DER SPIEGEL

C 7007 C
Nr. 2
42. Jahrgang · DM 4,–
11. Januar 1988

Ungelöste Entsorgung

Der Atommüll-Schwindel

Ihre Eintrittskarte für die Welt.

In Deutschland und in mehr als 160 Ländern weltweit sind Sie bei über 5,4 Millionen EUROCARD-Akzeptanzstellen immer willkommen. Bei Fluggesellschaften, Reisebüros, Autovermietungen. In Hotels, Restaurants, Geschäften. Und Sie können den Bargeldservice im In- und Ausland bei mehr als 120 000 Geschäftsstellen von Kreditinstituten nutzen.

Für 100 Mark Jahresbeitrag bietet Ihnen die EUROCARD in Verbindung mit der international verbreiteten MasterCard und Access in Großbritannien eines der dichtesten Akzeptanznetze rund um die Welt.

Fragen Sie nach den weiteren Vorteilen und Zusatzleistungen der EUROCARD. Und zwar dort, wo Sie auch Ihre eurocheque-Karte bekommen: Ihr kontoführendes Kreditinstitut hält EUROCARD-Anträge für Sie bereit.

EUROCARD: Eine Empfehlung der deutschen Banken und Sparkassen.

HAUSMITTEILUNG

Datum: 11. Januar 1988 Betr.: Dementis

Als besonders glaubwürdig haben Dementis aus Politikermund wohl nie gegolten. Zu viele schon hatten zu kurze Beine. Trotzdem können Politiker das Dementieren nicht lassen. Zwei Fälle aus diesen Tagen, die den SPIEGEL betreffen, zeigen exemplarisch, wie es dabei zugeht.

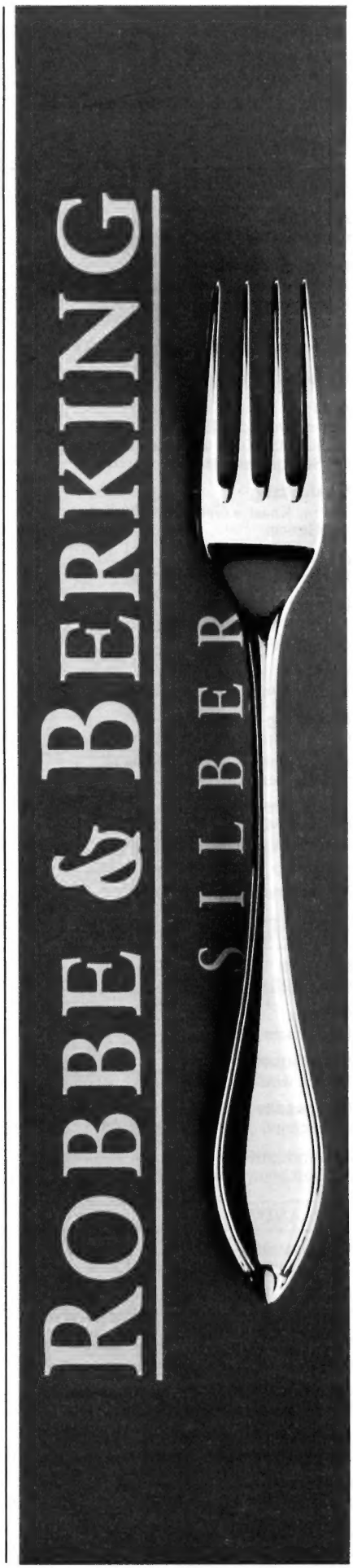
Am 14. Dezember 1987 meldete der SPIEGEL, Sowjetbotschafter Julij Kwizinski habe „kürzlich in der Münchner Staatskanzlei" die von Franz Josef Strauß heißersehnte Einladung nach Moskau übergeben. Strauß dementierte in „Bild". Noch am 23. Dezember wiederholte die Münchner Staatskanzlei auf SPIEGEL-Anfrage, ob Strauß nicht doch am 28. Dezember nach Moskau fliege, „unser damaliges Dementi". Am 28. flog Strauß. Die Einladung, sollte nun geglaubt werden, sei am Heiligen Abend gekommen.

Bangemann, Strauß

Letzten Montag berichtete der SPIEGEL, die ägyptische Regierung habe einen „Familien-Trip" bezahlt, den Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann zwischen zwei offiziellen Terminen an den Nil unternommen hatte. „Ministerium weist SPIEGEL-Vorwürfe zurück", meldete am selben Tag der „Münchner Merkur". Doch das so eindrucksvoll aufgemachte Dementi dementierte, was der SPIEGEL gar nicht behauptet hatte: Bangemanns Frau und Kinder nebst Freund seien „auf eigene Kosten nachgereist", den deutschen Steuerzahler koste der Familien-Ausflug „keinen Pfennig".

Ebenfalls wenig wertbeständig war die Beteuerung des Bangemann-Sprechers Volker Franzen, man sei davon ausgegangen, daß auch die Aufenthaltskosten für des Ministers Privatbegleitung von dieser selbst getragen würden. Hamdi Azzam nämlich, Sprecher der ägyptischen Botschaft in Bonn, erklärte der Hamburger „Morgenpost", sein gastfreundliches Land habe „selbstverständlich" für kostenlose Unterbringung und Beköstigung der Bangemann-Angehörigen gesorgt.

Was ist daraus zu lernen? Manches Dementi ist, genau gelesen, gar keins, und manches darf geradezu als Bestätigung des mehr oder minder schlau dementierten Sachverhalts verstanden werden. Nur selten ist ein Dementi so glaubwürdig wie das des preußischen Generalfeldmarschalls Wrangel, der Gerüchten über seinen Tod 1877 mit dem Satz entgegentrat: „Ick dementiere mir selber."



TITELGESCHICHTE

Die Entsorgungslüge der Atomwirtschaft platzt 20

SPIEGEL-Gespräch mit Umweltminister Klaus Töpfer über die Risiken der Atomenergie 29

DEUTSCHLAND

Abrüstung
Genschers Krach mit Wörner 18

Entwicklungshilfe
Mit Geld aus Bonn gegen Präsidentin Aquino 34

Bundesbauten
Zwei Milliarden für Repräsentation 38

Betrügereien bei öffentlichen Bauten 42

Aids
Der schwedische Epidemiologe Michael G. Koch über die Ausbreitung der Seuche unter Heterosexuellen 54

Strafvollzug
Sex im Knast – Gefängnis-Chefin vor Gericht 62

Abtreibung
Beratungsstellen unter Druck 66

Umwelt
Report über die Zerstörung der Alpen-Region 68

Verkehr
Radarfallen: Verbotenes Piep 80

Schleswig-Holstein
CDU streitet über Spitzenkandidaten 83

Reiner Pfeiffer – vom Buhmann zum Medienstar 84

Strafjustiz
Gerhard Mauz zur Verurteilung von Monika Weimar in Fulda 88

DDR
Honeckers Imagepflege in Paris 94

WIRTSCHAFT

Haushalt
Schwere Schlappe für Stoltenberg 16

Verlage
Bauer sucht neue Leser 48

Kaufhäuser
Horten wird umgebaut 82

Fluggesellschaften
Rausschmiß des Pan-Am-Chefs 104

Autoindustrie
Renault braucht neue Staatshilfen 112

AUSLAND

Sowjet-Union
Weniger Plan, mehr Profit? 96

Israel
Weltweite Proteste gegen Ausweisungen 100

USA
Juden auf Distanz zu Israel 101

Mittelamerika
Friedensplan gescheitert 105

Simbabwe
Einigung der alten Rivalen 106

China
Kritik am Mao-Mausoleum 108

Japan
Sündenfall eines Sumo-Ringers 110

IN DIESEM HEFT

Noch mehr Schulden, höhere Steuern

Seite 16

Für Finanzminister Stoltenberg war es eine der schwersten Schlappen seiner Laufbahn. Vorige Woche mußte er öffentlich zugeben, daß er sich verrechnet hat: Mehr Schulden und höhere Steuern sind unvermeidlich.

Kippt das C-Waffen-Abkommen?

Seite 18

Strauß, Kissinger (r.) in Kreuth

Bei der CSU-Klausurtagung in Kreuth erhielt Abrüstungsgegner Henry Kissinger so viel Beifall wie der frischgebackene Entspannungsfreund Franz Josef Strauß. Scheitert das geplante C-Waffen-Abkommen an den Hardlinern des Pentagon, wären weitere Fortschritte in der Bonner Abrüstungspolitik – wie etwa der Abbau von Kurzstreckenraketen und die Verminderung konventioneller Truppen – fraglich. Schon hat Verteidigungsminister Manfred Wörner ein Papier abgezeichnet, das den neuen Pentagon-Kurs „respektiert".

Alpen – „Gigantische Katastrophen"

Seite 68

Überschwemmung in den Alpen

Sterbender Bergwald und Betonburgen, Skizirkus und Touristenströme sorgen dafür, daß der „Dachgarten Europas" regelrecht zerstört wird. Fachleute halten „gigantische Naturkatastrophen" in den Alpen für „unabwendbar".

Radar-Alarm für Straßenflitzer

Seite 80

Polizeiwagen mit Radarantenne (Pfeil)

Temposünder wappnen sich gegen verstärkte Geschwindigkeitskontrollen auf bundesdeutschen Straßen. Von eingebauten Warngeräten lassen sich immer mehr Autofahrer vor den Radarfallen der Polizei warnen – vor allem viel- und schnellfahrende BMW- und Mercedesfahrer, die oft geschäftlich unterwegs sind. Die Verwendung der Alarmgeber ist verboten, doch kaum je nachweisbar.

Als Mörderin verurteilt

Seite 88

Verurteilte Monika Weimar

Das Publikum in Fulda applaudierte, als das Gericht Monika Weimar für schuldig am Tod ihrer Kinder befand. Die Verteidigung kündigte die Revision an. Sie setzt darauf, daß es in der Urteilsbegründung hieß: „Das Motiv der Angeklagten ist weitgehend im dunkeln geblieben." Doch das Tatmotiv von Müttern, die ihre Kinder töten, wird selten völlig geklärt. Und Monika Weimar, deren Ehe gescheitert war, hatte erkennen müssen, daß sie für ihren Liebhaber nur ein Abenteuer bedeutete. Die Klage über ein „Fehlurteil" verkennt, daß in Fulda mit seltener Fairneß verhandelt worden ist.

UdSSR: Die Wirtschaftsreform beginnt

Seite 96

Seit Neujahr gilt in der Sowjet-Union ein neues Betriebsgesetz: Die Arbeiter dürfen ihre Direktoren wählen und werden nach Leistung bezahlt. Die Fabriken wirtschaften ohne Befehle aus Moskau – orientiert am Gewinn. Doch erst mal steigen die Preise, Millionen verlieren ihren Job.

Winterspiele der Rekorde in Calgary

Seite 132

Olympia-Maskottchen Hidy & Howdy

Die Olympischen Winterspiele im kanadischen Calgary, die am 13. Februar beginnen, werden all ihre Vorläufer übertreffen: 775 Millionen US-Dollar setzen die Kanadier zum Gelingen ihrer Spiele ein. Erstmals ziehen sich Winterspiele über drei Wochenenden hin, um eine fernsehgerechte Vermarktung zu erreichen. Die Veranstalter kalkulieren mit 75 Millionen Dollar Reingewinn.

Aids: Netzwerk der Ansteckung

Seite 54

Aids-Experte Koch

Nach schwedischem Vorbild erwägt Bayern, uneinsichtige Aids-infizierte Drogenabhängige und Prostituierte zu isolieren. Der schwedische Aids-Experte Michael G. Koch, der als Berater des Freistaats diesen Vorschlag machte, verdeutlicht in einem Beitrag für den SPIEGEL, wie schnell und unbemerkt sich die Aids-Infektion, gleich einem unterirdischen Pilzgeflecht, unter promisken Heterosexuellen ausbreiten kann.

Ein Strahlenunfall und die Folgen

Seite 164

Nach dem fahrlässigen Umgang mit radioaktiver Leuchtziffer-Farbe starben in Ottawa (US-Staat Illinois) in den dreißiger Jahren junge Arbeiterinnen an Knochenkrebs. Die Tragödie wirkt bis heute nach: Durch Schlamperei beim Abriß der Leuchtziffer-Fabrik sind große Teile der Stadt radioaktiv verseucht.

Frankreich
Parteien sollen Finanzen offenlegen 114

Thailand
Aids im Paradies des Sex-Tourismus 116

New York
Obdachlose ins Irrenhaus 117

Brasilien
Massaker an Goldgräbern 118

SERIE

Die Abenteuer des Míguel Littín in seinem Heimatland Chile / Von Gabriel García Márquez (III) 122

SPORT

Olympia
SPIEGEL-Redakteur Werner Meyer-Larsen über Calgarys Geldhunger vor den Winterspielen 132

Schach
Interview mit Weltmeister Garri Kasparow über sein Duell mit Karpow 140

KULTUR

Kunst
Deutsche Historienbilder in Ost und West 146

Luftfahrt
Condor-Absturz bei Izmir 155

Regisseure
Michael Ciminos „Der Sizilianer" 158

Film
„Der Madonna-Mann" von Hans-Christoph Blumenberg 160

Design
Möbel von jungen Entwerfern 161

Geschichte
Rudolf Augstein über die hundertste Wiederkehr des Drei-Kaiser-Jahres 162

Strahlenunfälle
Die Altlast von „Radium City" 164

Psychologie
Mentales Training für Soldaten 166

Sponsoren
Iserlohner Eishockey-Delegation bei Gaddafi 169

Briefe 7
Panorama 14
Trends 95
Panorama Ausland 103
Szene 153
Bestseller 163
Prisma 171
Personalien 176
Register 178
Fernseh-Vorausschau 180
Hohlspiegel / Rückspiegel 182
Impressum 12

DER SPIEGEL (USPS 154–520) is published weekly. The subscription price for the USA is $ 230,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DER SPIEGEL, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Die Steyr-Daimler-Puch AG hat Kraft für die Zukunft. Sie verfügt über ein hohes innovatives Potential in Forschung und Entwicklung. Ein Beispiel dafür: die Motorenkonzepte. Sie setzen neue Akzente. Die neuen Motoren nehmen Rücksicht auf unsere Zukunft – Steyr-Daimler-Puch entwickelt und produziert die umweltfreundlichsten Motoren der Welt. Motoren mit besonders niedrigen Emissionswerten. Damit Technik Zukunft hat.

Steyr-Daimler-Puch AG

BRIEFE

Rechtswidrig ausgeschaltet

(Nr. 52/1987, Jubiläen: Die Arisierung jüdischen Besitzes)

Endlich bringt eine deutsche Zeitung den Mut auf, das Kind beim Namen zu nennen. Dieser Artikel über den größten Raubzug neudeutscher Geschichte ist seit gut und gern 25 Jahren überfällig.

Eyn Sarah (Israel) PROF. W. BÖHNER

Die von Ihnen genannte Zahl von „Arisierungen" ist ungeheuerlich: ein ganzes Heer von Räubern, Dieben und Aasgeiern – insgesamt was für ein Gesocks, das heute in diesem Lande wieder ganz vorne, gar „Gründungsjubiläen" feiert – pfui Deibel!

Cormagens (Schweiz) ELLEN M. ROZANES-GROSS

Der Vollständigkeit halber wäre es vielleicht angebracht gewesen, in Ihrem Artikel wenigstens kurz auch auf folgendes hinzuweisen (ich tue das, ohne im geringsten etwa die damaligen Schandtaten beschönigen oder gar verteidigen zu wollen, ganz im Gegenteil!): Es gab seinerzeit eine Verordnung des Reichswirtschaftsministeriums, die besagte, daß von sogenannten Arisierungsgewinnen, die aus dem Verkauf jüdischer Unternehmungen erzielt worden waren, eine Ausgleichsabgabe abzuführen sei. Wie hoch jene Ausgleichsabgabe war, ob sie in voller Höhe oder nur mit einem Prozentsatz aus dem Arisierungsgewinn erhoben wurde und an welche Stelle sie abzuführen war, entzieht sich heute meiner Kenntnis. Zweifellos ging sie mit Sicherheit nicht an den jüdischen Veräußerer. Ich weiß auch nicht, ob die betroffenen „Arisierungsgewinnler" – eventuell durch Einschaltung höherer NS-Funktionäre oder durch Ausnutzung besonderer Beziehungen – etwa noch „handeln" konnten, möglicherweise überhaupt ungeschoren blieben.

Nürnberg DR. HANS SCHWARZMANN

Nirgendwo deutlicher als bei der „Arisierung" zeigt sich: Die wirtschaftliche Blüte des deutschen Unternehmertums nach 1945 erfolgte nicht trotz, sondern wegen des Nationalsozialismus. Das „tausendjährige Reich" hat sich für

Kaufhaus Tietz in Berlin (1911): Ein Heer von Räubern

Esquire

IM JANUAR.

Jeden Morgen Kater: Angeblich sechs Millionen Dollar pro Jahr verdient Jim Davis mit einem getigerten Lümmel, der Garfield heißt – derzeit berühmteste Katze der Welt. Aber wer kennt schon den Menschen Jim Davis? Ein Porträt.

Persönlichkeitstest: Bildung? Soziale Herkunft? Zeugnisse? Vergessen Sie das alles. Wer heute Karriere machen will, der muß sich auf die Test-Couch legen lassen – selbst fortschrittliche Unternehmen holen die Persönlichkeitstests wieder aus der Mottenkiste.

Unternehmen Goldmedaille: Zehnkämpfer Siggi Wentz als Kronzeuge – wer in Seoul aufs Treppchen will, muß auf Sporthilfe verzichten und sich einen Sponsor suchen. Dazu: Winter-Fitness ganz nebenbei – Wentz turnt vor.

Die neuen Tiere: Die Natur gibt nicht auf – Forscher finden ständig unbekannte oder verschollene Arten. Beispiel: der kleine Tasman-Tiger.

Tagesverdienst: 21.000 Mark! Der bestbezahlte Angestellte Europas ist ein 41jähriger Engländer von fast unangenehmer asketischer Bescheidenheit.

Schönster Ort der Welt: Die zehn weitestgereisten Deutschen verraten Ihnen, wo das Paradies auf Erden wirklich liegt.

Jetzt bei jedem guten Zeitschriftenhändler!

MENSCH, MEIER!

(Oder was man unter Kollegen von Bundeswertpapieren hält.)

Ein Schlaumeier, der Meier.

Er legt sein Geld solide an. *(Bei Vater Staat.)* **Er geht einfach zur Bank oder Sparkasse und kauft sich Bundeswertpapiere.** *(Bundesschatzbriefe, Bundesobligationen, Finanzierungs-Schätze oder Bundesanleihen.)* **Da weiß er, daß die Laufzeit stimmt.** *(Zwischen 1 und 10 Jahren.)* **Macht einen schönen Gewinn.** *(Mit den guten Zinsen.)*

Und . . . er kann öfter einen ausgeben! *(Tja, nehmen Sie sich ein Beispiel.)*

An den Informationsdienst für Bundeswertpapiere, Postfach 900409, 6000 Frankfurt 90, Telefon (069) 77 70 13.

Ich suche eine risikolose, gewinnbringende Geldanlage. Bitte informieren Sie mich ausführlich über Bundeswertpapiere.

Name: _____

Straße: _____

PLZ/Ort: _____

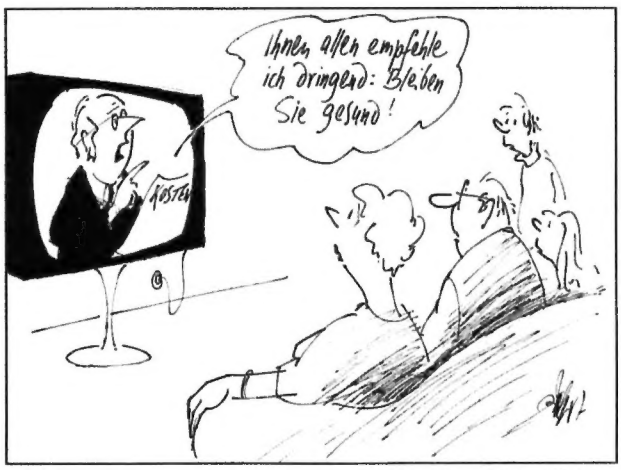
Eine solide Geldanlage.
Für alle Fälle.
Bundeswertpapiere.

etliche Leute buchstäblich gelohnt. Aber während sich die Neckermanns, Flicks, Hortens und so weiter an den noch lebenden jüdischen Geschäftsleuten bereicherten, gibt es auch noch ein Beispiel dafür, wie man sogar noch am industriellen Massenmord in Auschwitz gut verdienen konnte. Zwischen 1941 und 1944 verkaufte die Deutsche Gesellschaft für Schädlingsbekämpfung (Degesch) ungefähr 23 000 Kilogramm des „Schädlingsbekämpfungsmittels" Zyklon B an die SS im Vernichtungslager Auschwitz. In die Absicht der SS über die Verwendung des Gases eingeweiht, entfernte die Firma auf Drängen der Mörder schließlich sogar einen Geruchswarnstoff, der der normalerweise geruchlosen Blausäure beigemischt wurde (um den Tod im Gas „humaner" zu machen). Die Degesch ist heute ein führendes Unternehmen der deutschen „Schädlingsbekämpfungs"-Industrie, und sie produziert und verkauft bis heute ihr „Spitzenprodukt" Zyklon.

Frankfurt HERBERT SEHRING

Ein Hotel Kempinski gab es in dem jüdischen Familienunternehmen, dessen Betriebe 1937 arisiert und vom Aschinger-Konzern weiterbetrieben wurden, nicht. Erst seit 1953, nachdem es dem „M. Kempinski & Co. GmbH"-Chef der Arisierungszeit, W. Steinke, mit Dr. Unger gelungen war, rechtswidrig die Erben nach Hans Kempinski – die Witwen Luise und Mela und Enkel Tom – auszuschalten und die Firma an den schon seit den zwanziger Jahren republikfeindlichen Konzern „Hotelbetriebs AG" zu veräußern, gibt es „Kempinski"-Hotels. Die „Hotelbetriebs AG", ehemals unter anderem Eigentümerin des von Hitler bevorzugten Hotels Kaiserhof, nannte sich nach dem Erwerb des jüdischen Namens in zwei Schritten in „Kempinski AG" um, so daß der jüdische Name nunmehr dafür herhalten muß, die nationalistisch-kompromittierte Vergangenheit des einst mächtigsten deutschen Hotelkonzerns zu kaschieren.

Berlin FRITZ TEPPICH
Bruder von Mela Kempinski



Neue Osnabrücker Zeitung

Das Patentrezept

Marktschreierische Mischung

(Nr. 51/1987, SPIEGEL-Gespräch mit Sozialminister Norbert Blüm über die Gesundheitsreform)

Mein Gott, wieder typisch Regierungspolitik! Keine Ursachenbekämpfung zur Verringerung der Folge(kosten), sondern Reformen zur Ursachenfolge. Arbeitsminister Blüm sollte mal in seinem Bereich „Arbeit" aktiv werden und da Reformen durchführen; die Kosten würden rapide sinken. Oder haben Krummrücken, Gelenkabnutzung, Staublunge und Bandscheibenleiden nichts mit ungesunden Arbeitsbedingungen, Krebs und Allergien nichts mit giftigen, krank machenden Arbeitsabläufen zu tun?

Eisenberg (Rhld.-Pf.) OSKAR HOLLER

Dem kleinen Mann zieht man bei dieser Reform den letzten Groschen aus der Tasche, er muß die „Reform" finanzieren. Die Pharmaindustrie mit ihren Milliardengewinnen lehnt den Solidarbeitrag von 1,7 Milliarden Mark ab. Es ist unfaßbar: Die viel haben, geben nichts, die wenig haben, denen wird es einfach genommen. Herr Blüm, das kann doch wohl nicht Ihr Ernst sein!

Wyk/Föhr (Schlesw.-Holst.) KLAUS ANDERSEN

Wie gehabt – Blüm ist zu feige, sich mit der Lobby anzulegen.

Stuttgart HEINRICH FESSMANN

Die kranke Medizin bedarf einer Reform an Haupt und Gliedern. Minister Blüm betreibt aber eine Verstümmelungschirurgie: So wie Aschenputtels Stiefmutter schneidet er ab, was übersteht. Erinnert er sich nicht daran, daß die häßlichen Schwestern danach nicht mehr tanzen konnten? Die marktschreierische Mischung aus Sentimentalität und Härte, mit der er seine „Reform" anpreist, verrät Unsicherheit. Das Dilemma konnte nur deshalb entstehen, weil die Selbstverwaltungsorgane der Ärzteschaft versagt haben. Verstrickt in den Filz unserer Gesellschaft, hatten sie bisher nicht die Kraft, den Wildwuchs am „eigenen Baum" zu verhindern. Ein Appell an die Kostenträger und ihre Versicherten: Verlangt von der Ärzteschaft Qualitätskontrollen in allen Bereichen, damit der jetzt unausweichlich scheinende Abbau unserer Spitzenmedizin verhindert wird! Schafft transparente Abrechnungsverfahren, die endlich vom Arzt den „Ruch" nehmen, sich ungerechtfertigt aus dem „Kassentopf" zu bedienen!

Grafenau (Bayern) DR. MED. HELMUTH PROSCHEK

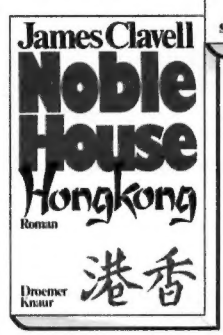
James Clavells neue große Asien-Saga.

1008 Seiten. Geb. DM 44,–

Der Iran in den entscheidenden 24 Tagen nach dem Sturz des Schahs. Mit dem Atem des großen Romanciers und sicherem Gespür für dramatische Spannung hat James Clavell ein monumentales Mosaik komponiert, durch dessen vielfarbige Szenen trotz aller Aktualität die uralten Mythen Persiens und Vorderasiens schimmern.

Der Kampf englischer und chinesischer Geschäftsleute um eines der ältesten Handelsunternehmen Hongkongs.
878 S. Geb. 45,–

»Tai-Pan« – so nannte man Dirk Struan, der Hongkong zum »Juwel in der Krone Ihrer Britischen Majestät« gemacht hat.
798 S. Geb. 39,80



Clavells verfilmter Bestseller.
960 S. Geb. 42,–

Droemer Knaur®

highTech
DAS DEUTSCHE TECHNOLOGIE-MAGAZIN

Zukunftstechnologien transparent gemacht

Supraleitung – ohne Widerstand in ein Milliardengeschäft

Einen „Goldrausch" wird die Entdeckung des Supraleit-Effektes in der Wissenschaft auslösen. Im Wettlauf der führenden Industrienationen sind heute Deutschland mit den USA und Japan führend – doch wie lange noch? highTech Nr. 1/88 berichtet über die derzeitigen Einsatzgebiete und deren wirtschaftliche Auswirkungen.

Jetzt im Zeitschriftenhandel

Weitere Themen der Nr. 1/88:

Bildplatte im Miniformat.
Übersetzungs-computer.
Länderthema: Berlin.
Japan-Roboter.
Skitechnik.

Kompetent in die Zukunft

„Schweigen und arbeiten"

(Nr. 51/1987, Journalisten: SPIEGEL-Autor Harald Wieser über die Nazi-Vergangenheit des Fernseh-Veteranen Werner Höfer)

Der SPIEGEL und Autor Harald Wieser haben sich Werner Höfer gegenüber bisher u. E. nobler verhalten, als dieser es leider verdient. Dürfen wir Ihnen aus unserem gemeinsam geführten Privatarchiv auszugsweise einige Höfer-Artikel anbieten, die dies belegen? Werner Höfer schrieb unter seinem vollen Namen:

In einem „Weltweite und Weltoffenheit" betitelten Aufsatz im „12 Uhr Blatt" am 30. August 1943:

> Was der Feind unter „Kulturpflege" im Kriege versteht, ist aus ungezählten Bildern schmerzlicher Verwüstung abzulesen, deren grausiges Panorama vom deutschen Küstensaum bis zu den Gestaden des Mittelmeeres reicht. Welcher Art die „Kulturleistungen" sind, die derselbe Feind jenseits des Kanals und des Atlantiks anzubieten wagt, zeigt ein Blick in seine Gazetten. Angesichts der dort veröffentlichten Revue- und Theaterszenen fühlt man sich peinvoll erinnert an jene rasseverwandten Darbietungen aus dem Berlin der Inflationszeit, als auch hierzulande manche Bühne ihren Ehrgeiz darein setzte, sich zum Podium der Hysterie und Perversität zu machen.
>
> Gewiß, es waren keine Deutschen, die dieses verwerfliche Geschäft mit einer Talmi-Kunst betrieben. Es gab aber Deutsche, die diesem faulen Zauber zumindest die Ehre ihrer Duldung zuteil werden ließen. Es fanden sich unter ihnen gewisse Intellektuelle, die auch gegenüber dem Hinterteil eines nackten Negergirls noch die Weltoffenheit des deutschen Wesens zur Rechtfertigung ihrer selbstvergessenen Toleranz geltend machen wollten.

In einem Nachruf auf Reichsminister Dr. Todt in „Die Wehrmacht" am 25. Februar 1942:

> Das deutsche Volk, vor allem sein Führer und seine Wehrmacht, haben in kurzer Zeit manchen schmerzlichen Verlust bedeutender soldatischer Persönlichkeiten verwinden müssen. Mit Reichsminister Dr. Todt hat das unerbittliche Schicksal des Krieges einen Mann aus der Front abberufen, dessen Wesen und Werk so umfassend war, daß es in der Geschichte kein Beispiel gibt . . .
>
> Dr. Todt war schon früh zum Führer gestoßen und . . . erfüllte das Idealbild der nationalsozialistischen Führerpersönlichkeit . . . Als Reichsminister für Bewaffnung und Munition hatte Dr. Todt unmittelbaren Einfluß auf die Kriegsführung. Seine Aufgabe war es, jeden Leerlauf in der Rüstungskapazität zu beseitigen und die Produktion an Waffen und Munition in kürzester Zeit zu steigern. Bei jeder Granate, die unsere Truppen zum Feind hinüberschickten, durften sie einen dankbaren Gedanken zu dem Manne hinlenken, den sie in kameradschaftlichem Stolz „unseren Todt" genannt hatten.

In einem Kriegsbericht im „12 Uhr Blatt" am 13. April 1943:

> In den Sommerplänen der Engländer spielte die französische Atlantik- und die belgische Kanalküste stets eine bevorzugte Rolle. Scharen- und pfundweise bevölkerten die Snobs der Londoner „Society"

„Frühschoppen"-Moderator a. D. Höfer
„Stets hat das Führerwort Geltung"

> die Badeorte von Biarritz bis Ostende. Dort hielten sie bei Bridge- und Cocktailparties flirtend und intrigierend vertraute Zwiesprache . . . Auch heute noch, nachdem seit Jahren der deutsche Soldat Herr dieses mondänen Gestades ist, erinnern verschämte Spuren an die lieben Gäste von ehedem, beispielsweise die Namen etlicher Hotelpaläste, deren Fassaden sich freilich inzwischen manche unpoetische Inschrift deutscher Militär-Dienststellen gefallen lassen mußten.
>
> Die alliierte Propaganda, angepeitscht von ihren sowjetischen Antreibern, spielt wieder mit dem Gedanken eines Invasionsversuches . . . Wenn sie kommen wollen, so wird ihnen freilich eine „gut deutsche Saison" bereitet werden . . . Der Strand der Luxusbäder hat sein Aussehen gründlich verändert. Die Brandung bricht sich an Drahtverhauen und Panzerhindernissen. Die verschwiegenen Strandkörbe haben diskret getarnten Betonbunkern Platz machen müssen. Wo einst die Kurkapelle spielte, ist jetzt Flak oder Marineartillerie aufgefahren, um die eventuellen Besucher mit ihrem robusten Konzert zu empfangen.

In einer Verherrlichung der Organisation Todt im „Kalender der deutschen Arbeit" 1943:

> Es ist ein besonderes Geheimnis der deutschen Kriegsführung, daß wir mit unseren Vorbereitungen immer zur rechten Stunde fertig sind, wobei stets das Führerwort Geltung hat, daß alle Möglichkeiten einkalkuliert sind . . . Für diese Aufgaben hat die Organisation Todt auch in erheblichem Umfange auf fremdvölkische Arbeitskräfte zurückgegriffen. Fast alle europäischen Nationen sind hier durch freiwillige Arbeiter vertreten. An einer Einsatzstelle wurden Vertreter von dreizehn Völkern gezählt . . . Die fremdvölkischen Hilfskräfte lernten hier Energie und Tempo, Tüchtigkeit und Gründlichkeit des deutschen Menschen kennen; sie erlebten aber auch die Vorzüge unseres Lohnsystems und unserer sozialen Einrichtungen. Für Männer, die oft jahrelang unter der Arbeitslosigkeit gelitten hatten, waren das alles zunächst geradezu unfaßliche Eindrücke. Ein neues, arbeitendes Europa unter deutscher Führung hat hier am Atlantik seine erste Probe bestanden . . .
>
> Die Heimat aber soll, wenn eine Sondermeldung neue stolze Versenkungsziffern bekanntgibt, daran denken, daß zu diesen Erfolgen auch der deutsche Arbeiter die Hand gereicht hat.

So schreibt die Presse über Cosmos-direkt

»...Der Rohüberschuß, der zu durchschnittlich 97% den Versicherten zugute kommt, liegt voraussichtlich wieder bei über 60% der Beitragseinnahme und zusätzlich sollen 1986 und 1987 in Form von Sonderausschüttungen jeweils 6 Mill. DM oder 2% des zinsberechtigten Versicherungsguthabens den Versicherten zufließen...«

Börsenzeitung Nr. 181 (23.9.1986)

»...„Cosmos direkt" als einzigen „echten Direktversicherer", der sowohl ohne Makler als auch ohne Geschäftsstellen auskommt... mit einer ausgeklügelten EDV und didaktisch gut ausgearbeiteten schriftlichen Angeboten...«

Die Welt Nr. 241 (17.10.1986)

Seit Januar 87 berücksichtigen wir in unserem Angebot die höhere Lebenserwartung von Frauen.

»Der Verzicht auf eine Überzeugungsarbeit leistende Vertreterschar impliziert die strikte Orientierung am Kundenwunsch.«

Handelsblatt Nr. 154 (16.8.1984)

»...Die Cosmos... schreibt dem Kunden deshalb schon nach zwölf Monaten mehr als 70% der eingezahlten Beiträge gut...«

Industriemagazin Nr. 12/1983

»...Jetzt macht die Cosmos... mit besonders pfiffigen Produkten von sich reden... So hat sie die Risikolebensversicherung und die Berufsunfähigkeitsversicherung, die sonst meist nur separat oder in anderen Kombinationen zu haben sind, zu einem Paket namens „Cosmos-Zusatzrenten-Plan" zusammengeschnürt.

Wirtschaftswoche Nr. 39 (18.9.1987)

Fordern Sie Ihr persönliches Angebot an:

Lebensversicherung billiger durch Direkt-Abschluß.

Mit unserem Angebot wenden wir uns an den kritischen und informierten Verbraucher, der genau weiß, was er will, und der es schätzt, direkt bei seinem Versicherer abzuschließen. „Direkt" heißt per Post und ohne Kosten für Geschäftsstellen und Außendienst-Organisation. Deshalb spart er bares Geld und erhält zudem den maßgeschneiderten Versicherungsschutz, den er braucht.

Prüfen Sie selbst

Als Beispiel unser „Niedrig-Tarif" zur Risiko-Lebensversicherung:

Risiko-Lebensversicherung über DM 100000,– Monatsbeiträge für Eintrittsalter 35				
	Tarifbeitrag DM		zu zahlender „Nettobeitrag" durch sofortige Gewinnbeteiligung* DM	
Laufzeit in Jahren	Frauen	Männer	Frauen	Männer
10	36,10	44,00	18,10	22,00
15	48,90	59,50	22,00	26,80
20	53,60	69,80	24,10	31,40
25	60,20	84,30	27,10	37,90

*Unsere hohen Gewinnanteile sind für das laufende und das folgende Geschäftsjahr garantiert. Sie bleiben so lange in dieser Höhe, bis ein neuer Satz festgelegt wird

Aber das ist noch nicht alles

Sie können die Risiko-Lebensversicherung ohne erneute Gesundheitsprüfung in den ersten 10 Jahren der Laufzeit in eine kapitalbildende Lebensversicherung umwandeln (z. B. zur Altersversorgung oder Baufinanzierung).

In allen wichtigen Wirtschaftsmagazinen werden unsere „Niedrig-Tarife" besonders herausgestellt. Zum Beispiel: „Wirtschaftswoche" 22/85, „Capital" 1/86, „DM" 4/86, „test"-Sonderheft Versicherungen 9/87.

Unentbehrlich für die ganze Familie

Die Private Unfall-Versicherung für Sie und Ihre Familie – ebenfalls zu „Niedrig-Tarifen" bei der Cosmos Versicherung-AG.

Telefon-Service

Auf eine persönliche Beratung brauchen Sie nicht zu verzichten – unser Telefon-Service ist werktags von 8.00 bis 18.00 Uhr und sogar samstags von 9.00 bis 12.00 Uhr für Sie bereit.

Tel. (0681) 3097-222

Btx-Kontakt über Leitseite * 340347 4 # im Bildschirmtext-Angebot der Tele-F.A.Z.

Cosmos Lebensversicherungs-AG,
Postfach 65, 6600 Saarbrücken

Senden Sie mir bitte ein für mich unverbindliches Angebot für

☐ die Risiko-Lebensversicherung
Vers.-Summe _____ DM,
Laufzeit ____ Jahre mit ☐ ohne ☐ Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung.

☐ die Kapital-Lebensversicherung
Vers.-Summe _____ DM,
Laufzeit ____ Jahre mit ☐ ohne ☐ Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung.

☐ die Vermögensbildungs-Versicherung nach dem 5. VermBG.

☐ die Private Unfallversicherung
☐ für mich ☐ für meine Familie

☐ Informieren Sie mich bitte über die Möglichkeiten, weniger Steuern zu zahlen mit einer Direktversicherung durch Gehaltsumwandlung (für öffentlich Bedienstete und Beamte nicht möglich).

Name _____

Vorname _____

Geburtsdatum _____

Straße _____

PLZ _____ Wohnort _____

Berufliche Tätigkeit _____

Telefon _____

SP 11.1.

COSMOS direkt

Cosmos Lebensversicherungs-AG, Postfach 65, 6600 Saarbrücken

In einer Theaterkritik des „Kaufmanns von Venedig", in der „B. Z. am Mittag" am 1. September 1942:

> Paul Rose beginnt die neue Spielzeit mit einer Neuinszenierung von Shakespeares „Kaufmann von Venedig". Er nimmt das Stück beherzt als Komödie mit deutlicher Betonung der satyrischen Züge, die fraglos in der entlarvenden Zeichnung des Juden Shylock zu finden sind . . . In der Hauptrolle konnte eine der Säulen des Hauses, der vielseitige Georg August Koch, an einem freilich unterwertigen Beispiel, seine des drastischen wie des tragischen Ausdruckes fähige Kunst der Charakterdarstellung darlegen . . . Unter den neuen Mitgliedern ist vor allem auf Kurt Strelow hinzuweisen, der den Antonio mit der Noblesse des königlichen Kaufmannes ausstattete und so das rechte Gegenbild zum Schacherjuden schuf.

In einem „Luftrüstung gegen Luftterror" genannten Artikel in den „Bremer Nachrichten" am 30. September 1943:

> Es besteht die begründete Hoffnung, daß im Zusammenwirken mit der Qualität unserer Waffen gerade die unerreichte kämpferische Gesinnung und das überlegene Können unserer Flieger bei der endgültigen Niederringung der feindlichen Terrorbomber eine entscheidende Rolle spielen werden. Die Leistung dieser Männer kann durch nichts besser belohnt werden als durch eine ebensolche Einsatzwilligkeit auch des letzten arbeitsfähigen deutschen Menschen . . . Wenn heute ein Volksgenosse an seinem Werkplatz oder im Luftschutzkeller schwach zu werden droht, so mag er bedenken, daß es nur noch eine übersehbare Spanne Zeit durchzuhalten gilt, um nach der ständig fortschreitenden Wirkung unserer Abwehr wieder zum Gegenschlag überzugehen.
>
> Bis dahin aber heißt es: schweigen und arbeiten.

Bochum

PROF. DR. ROLF TAUBERT
Zeitungshistoriker
EGBERT SCHENKEL
Rechtsanwalt und Notar

Der Gesamtauflage dieser SPIEGEL-Ausgabe ist ein Prospekt der Hannover Messe, Hannover, beigeklebt.

Einer Teilauflage dieser SPIEGEL-Ausgabe ist ein Briefumschlag der Firma American Express, Frankfurt, beigeklebt.

Die Redaktion des SPIEGEL behält sich vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen

DER SPIEGEL
DAS DEUTSCHE NACHRICHTEN-MAGAZIN

2000 Hamburg 11
Postfach 110 420
Brandstwiete 19/Ost-West-Straße
Telephon (040) 3007-1, Telex 2 162 477, Telefax (040) 3007-247,
Telegramm Spiegelverlag
Postgiro-Kto. Hamburg Nr. 7137-200
BLZ 200 100 20

HERAUSGEBER
Rudolf Augstein

CHEFREDAKTION
Erich Böhme, Dr. Werner Funk

REDAKTION
Ariane Barth, Rolf Becker, Dieter Bednarz, Wolfram Bickerich, Ulrich Bieger, Wilhelm Bittorf, Peter Bölke, Jochen Bölsche, Dr. Hermann Bott, Stephan Burgdorff, Werner Dähnhardt, Werner Dageför, Dr. Thomas Darnstädt, Bernd Dörler, Dr. Martin Doerry, Adel S. Elias, Nikolaus von Festenberg, Dr. Michael Fischer, Uly Foerster, Klaus Franke, Angela Gatterburg, Hans Jakob Ginsburg, Henry Glass, Rudolf Glismann, Wolfgang Gust, Dr. Hans Halter, Werner Harenberg, Dietmar Hawranek, Manfred W. Hentschel, Ernst Hess, Heinz Höhne, Joachim Hoelzgen, Dr. Jürgen Hohmeyer, Siegesmund von Ilsemann, Ulrich Jaeger, Urs Jenny, Dr. Wolfgang Kaden, Dieter Kampe, Dr. Hellmuth Karasek, Klaus-Peter Kerbusk, Hans Werner Kilz, Dr. Walter Knips, Siegfried Kogelfranz, Klaus Kröger, Karl Heinz Krüger, Bernd Kühnl, Wulf Küster, Dr. Romain Leick, Heinz P. Lohfeldt, Andreas Lorenz, Armin Mahler, Dr. Wolfgang Malanowski, Hans Hermann Mans, Dr. Hans-Peter Martin, Gerhard Mauz, Dr. Renate Merklein, Fritjof Meyer, Rolf S. Müller, Bettina Musall, Hans-Georg Nachtweh, Irma Nelles, Dr. Renate Nimtz-Köster, Hans-Joachim Noack, Gunar Ortlepp, Stephan Paetow, Rainer Paul, Christoph Peck, Jürgen Petermann, Norbert F. Pötzl, Joachim Preuß, Günter Rau, Klaus Reinhardt, Dr. Rolf Rietzler, Dr. Gerd Rokkel, Kurt Röttgen, Valeska von Roques, Dr. Fritz Rumler, Marie-Luise Scherer, Peter Schille, Tom Schimmeck, Heiner Schimmöller, Arnd F. Schirmer, Hans Joachim Schöps, Bruno Schrep, Diethelm Schröder, Harald Schumann, Helmut Sorge, Lutz Spenneberg, Mareike Spiess-Hohnholz, Hans Gerhard Stephani, Hans-Wolfgang Sternsdorff, Günther Stockinger, Peter Stolle, Willy Theobald, Dr. Rainer Traub, Dieter G. Uentzelmann, Klaus Umbach, Hartmut Volz, Dr. Manfred Weber, Rainer Weber, Alfred Weinzierl, Sibylle Weischenberg, Erich Wiedemann, Dr. Harald Wieser, Dr. Dieter Wild, Helene Zuber

REDAKTIONSVERTRETUNG BONN
Winfried Didzoleit, Dr. Richard Kiessler, Dirk Koch, Jürgen Leinemann, Dr. Paul Lersch, Heiko Martens, Hartmut Palmer, Olaf Petersen, Hans-Jürgen Schlamp, Tina Stadlmayer, Alexander Szandar, Klaus Wirtgen, Dahlmannstraße 20, 53 Bonn, Tel. 26703-0, Telex 886 630

REDAKTIONSVERTRETUNGEN DEUTSCHLAND
Berlin (West): Wolfgang Bayer, Christian Habbe, Axel Jeschke, Kurfürstenstraße 72–74, 1 Berlin 30, Tel. 26 10 61, Telex 184 704 · Berlin (DDR): Ulrich Schwarz, Leninallee 175, 16–06, DDR-1156 Berlin, Tel. 372 10 75 und 375 41 44 · Düsseldorf: Georg Bönisch, Hans Leyendecker, Manfred Müller, Richard Rickelmann, Rudolf Wallraf, Immermannstraße 15, 4 Düsseldorf 1, Tel. 1 68 90-0, Telex 8 582 737 · Frankfurt a. M.: Peter Adam, Stefan Baron, Wolfgang Bittner, Ulrich Manz, Jürgen Scherzer, Oberlindau 80, 6 Frankfurt a. M., Tel. 71 71 81, Telex 413 009 · Hannover: Wolfgang Becker, Jürgen Hogrefe, Rathenaustraße 16, 3 Hannover, Tel. 32 69 39, Telex 922 320 · Karlsruhe: Rolf Lamprecht, Amalienstraße 25, 75 Karlsruhe 1, Tel. 225 14, Telex 7 825 471 · Kiel: Manfred Ertel, Dietrich Lachmund, Niemannsweg 18, 23 Kiel, Tel. 56 30 66, Telex 299 859 · Mainz: Wilfried Voigt, Rheinstraße 101, 65 Mainz, Tel. 23 24 40, Telex 4 187 507 · München: Heinz Höfl, Dr. Joachim Reimann, Michael Schmidt-Klingenberg, Stuntzstraße 16, 8 München 80, Tel. 470 10 54, Telex 522 501 · Stuttgart: Dinah Deckstein, Peter Stähle, Kriegsbergstraße 11, 7 Stuttgart, Tel. 22 15 31, Telex 722 673

REDAKTIONSVERTRETUNGEN AUSLAND
Athen: Kostas Tsatsaronis, Omirou 13, 10672 Athen, Tel. 363 6577 und 363 6737, Telex 215 418 · Basel: Jürg Bürgi, Spalenring 69, 4055 Basel, Tel. 22 63 63, Telex 825 391 · Brüssel: Marion Schreiber, Bd. Charlemagne 45, Residence Roncevaux, 1040 Brüssel, Tel. 230 6108 und 230 6217, Telex 25 294 · Kairo: Volkhard Windfuhr, 18, shari' El-Fawakeh, Muhandisin, Kairo, Tel. 71 22 10 und 70 40 15 · Kapstadt: Paul M. Schumacher, 4th Floor, Protea Assurance House, 31 Adderley Street, Kapstadt 8001, Tel. 45 57 57, Telex 520 393 und 524 955 · London: Hans Hielscher, Economist Building, 7th Floor, 25 St. James's Street, London SW 1 A 1 HA, Tel. 839 7666 und 930 1604, Telex 25 278 · Madrid: Elisabeth Guth, Marques de Cubas 12, Madrid 14, Tel. 429 8964, Telex 45 383 · Mexiko: Armin Wertz, Alfonso Caso 278–7 bis, Col. Tlacopac, 01040 Mexico, D. F., Tel. 550 1297, Telex 1 773 310 (Presseclub) · Moskau: Jörg R. Mettke, Krutizkij Wal 3, Kw 36, Moskau, Tel. 274 00 09, Telex 413 288 · Neu-Delhi: Sri Prakash Sinha, 35 B Nizzamuddin East, Neu-Delhi, Tel. 61 97 33, Telex 3 162 469 · New York: Dr. Werner Meyer-Larsen, 516 Fifth Avenue, Penthouse, New York, N. Y. 10036, Tel. 221 7583, Telex 237 723 · Paris: Lutz Krusche, 17 Avenue Matignon, 75008 Paris, Tel. 4256 1211 und 4256 1972, Telex 650 086 · Peking: Dr. Stefan Simons, Qijiayuan 7. 2. 31, Peking, Tel. 52 35 41, Telex 22 736 · Rio de Janeiro: Walter Tauber, Avenida São Sebastião, 157 Urca, 22291 Rio de Janeiro (RJ), Tel. 275 1204, Telex: 2 130 706 · Rom: Birgit Kraatz, Largo Chigi 9, 00187 Rom, Tel. 679 7522, Telex 622 257 · Stockholm: Hermann Orth, Scheelegatan 4, Stockholm, Tel. 50 82 41 · Tel Aviv: Henri Zoller, Harechesch Street 12, Tel Aviv (Afeka), Tel. 42 73 65, Telex 342 663 · Tokio: Dr. Tiziano Terzani, 3–31–9 Kamimeguro, Meguro-ku, Tokio, Tel. 791 8011 · Washington: Hans Hoyng, Dr. Martin Kilian, Suite 702, 1015 15th Street, N. W. Washington, D. C. 20 005, Tel. 347 5222, Telex 440 214 · Wien: Dr. Inge Cyrus, Telekygasse 13, 1190 Wien, Tel. 36 15 92 und 36 35 37, Telex 115 888

ILLUSTRATION
Martina Blume, Barbara Bocian, Ludger Bollen, Katrin Bollmann, Thomas Bonnie, Regine Braun, Manuela Cramer, Josef Csallos, Peter Nils Dorén, Volker Fensky, Rüdiger Heinrich, Karin Kahlisch, Ingeborg Molle, Ursula Morschhäuser, Walter Pomikalko, Monika Rick, Chris Riewerts, Manfred Schniedenharn, Frank Schumann, Karin Weinberg, Rainer Wörtmann, Jürgen Wulf, Monika Zucht

SCHLUSSREDAKTION
Rudolf Austenfeld, Horst Beckmann, Jens Eggers, Horst Engel, Hermann Harms, Rolf Jochum, Herbert Kanthack, Karl-Heinz Körner, Heinz Kohl, Inga Lembcke, Reimer Nagel, Andreas M. Peets, Wolfgang Polzin, Gero Richter-Rethwisch, Thomas Schäfer, Wilhelm Schöttker, Claus Schüler, Ingrid Seelig, Hans-Eckhard Segner, Hans-Jürgen Vogt, Holger Wolters, Peter Zobel

VERANTWORTLICHER REDAKTEUR
dieser Ausgabe für Panorama, Abrüstung, Entwicklungshilfe, Bundesbauten, DDR: Diethelm Schröder; für Haushalt, SPIEGEL-Gespräch, Verlage, Kaufhäuser, Trends, Fluggesellschaften, Autoindustrie: Peter Bölke; für Titelgeschichte: Dieter Kampe; für Strafvollzug, Abtreibung, Umwelt, Verkehr, Schleswig-Holstein: Uly Foerster; für Sowjet-Union, Israel, USA, Panorama Ausland, Mittelamerika, Simbabwe, China, Japan, Frankreich, Thailand, New York, Brasilien: Dr. Romain Leick; für Serie: Gunar Ortlepp; für Sport, Kasparow-Interview, Sponsoren: Joachim Preuß; für Kunst, Szene, Regisseure, Film, Bestseller, Fernseh-Vorausschau: Christoph Peck; für Aids, Luftfahrt, Design, Strahlenunfälle, Psychologie, Prisma: Jürgen Petermann; für namentlich gezeichnete Beiträge: die Verfasser; für Briefe, Personalien, Register, Hohlspiegel, Rückspiegel: Ulrich Bieger; für Titelbild: Rainer Wörtmann; für SPIEGEL-Verlag/Hausmitteilung: Rolf Becker (sämtlich Brandstwiete 19/ Ost-West-Straße, 2000 Hamburg 11)

DOKUMENTATION
Jörg-Hinrich Ahrens, Werner Bartels, Sigrid Behrend, Dr. Jürgen Bruhn, Lisa Busch, Armin Dirks, Heinz Egleder, Dr. Herbert Enger, Johannes Erasmus, Wolfgang Fischer, Marianne Friedrichs, André Geicke, Ille von Gerstenbergk-Helldorff, Hartmut Heidler, Wolfgang Henkel, Gesa Höppner, Jürgen Holm, Christa von Holtzapfel, Joachim Immisch, Günter Johannes, Petra Kleinau, Sonny Krauspe, Hannes Lamp, Marie-Odile Jonot-Langheim, Ilse Lange-Henckel, Walter Lehmann, Michael Lindner, Leonore Lohse, Sigrid Lüttich, Roderich Maurer, Günther von Maydell, Rainer Mehl, Ulrich Meier, Wolfhart Müller, Christel Nath, Anneliese Neumann, Werner Nielsen, Paul Ostrop, Nora Peters, Peter Philipp, Ulrich Rambow, Anke Rashatasuvan, Dr. Mechthild Ripke, Hedwig Sander, Rolf-G. Schierhorn, Carl-Heinz Schlüter, Ekkehard Schmidt, Marianne Schüssler, Christel Schulz, Werner Siegert, Margret Spohn, Anja Stehmann, Monika Tänzer, Dr. Eckart Teichert, Jutta Temme, Dr. Iris Timpke-Hamel, Carsten Voigt, Ursula Vollmann, Horst Wachholz, Dieter Wessendorff, Andrea Wilkens, Georg Wöhner
Leitung: Karl-H. Schaper, Harald Schütz

NACHRICHTENDIENSTE
AP, dpa, Los Angeles Times/Washington Post, Newsweek, New York Times, Time

SPIEGEL-VERLAG RUDOLF AUGSTEIN GMBH & CO. KG
Büro des Herausgebers: Wolfgang Eisermann; verantwortlich für Anzeigen: Horst Görner; gültige Anzeigenpreisliste Nr. 42 vom 4. Januar 1988, Abonnementspreise (Normalpost, inklusive USt.): Inland sechs Monate DM 104,–, zwölf Monate DM 208,–. Normalpost Europa: sechs Monate DM 135,–, zwölf Monate DM 270,–; Seepost Übersee: sechs Monate DM 140,20, zwölf Monate DM 280;40; Luftpostpreise auf Anfrage. Abonnement-Service: Tel. (040) 30 07-445
Verlagsgeschäftsstellen: Düsseldorf: Immermannstraße 15, 4000 Düsseldorf, Tel. 16 89 0-0, Telex 8 382 737; Frankfurt a. M.: Oberlindau 80, 6000 Frankfurt a. M., Tel. 72 03 91, Telex 411 977; Hamburg: Brandstwiete 19, 2000 Hamburg 11, Tel. 3007-1, Telex 2 162 477; München: Stuntzstraße 16, 8000 München 80, Tel. 470 10 54, Telex 522 501; Stuttgart: Kriegsbergstraße 11, 7000 Stuttgart, Tel. 22 15 31, Telex 722 673
Druck: Druckhaus Ahrensburg, Ahrensburg bei Hamburg, und Darmstadt

VERLAGSLEITUNG
Helmut Wallbaum, Christian Wenger

GESCHÄFTSFÜHRUNG
Rudolf Augstein, Adolf Theobald

Über die einfache Kunst des Kopierens.
7. Kapitel: Vergrößern/Verkleinern.

Um das Wesentliche aus einem Original herauszustellen, bedarf es manchmal einer Kopie.

Etwas exakt zu kopieren, also originalgetreu, ist für die meisten Kopierer heutzutage keine Schwierigkeit mehr.

Leider ist das Tragische an einem Original, daß es manchmal nicht die richtige Größe hat. Und noch schwieriger wird es, wenn nur ein Detail aus der Vorlage kopiert werden soll.

Durch die variable Zoom-Funktion sind manche Kopierer heute in der Lage, ein Original auf eine beliebige Größe zu kopieren.

Jedes Detail kann so weit vergrößert werden, daß es auch die Bedeutung erhält, die ihm beigemessen wird. Für Architekten und Designer zum Beispiel ist diese Kopierfunktion eine echte Arbeitserleichterung.

Noch komfortabler sind Kopierer, die zusätzlich einen Zoom-Speicher besitzen. Hiermit lassen sich bestimmte Abbildungsmaßstäbe im Kopierer vor-

VON PHILIPP TANZMANN

programmieren. Selbst ungewöhnliche Formate wie Zeitungen und Bücher können so auf Normgrößen kopiert werden. Das Produzieren von Fehlkopien und die damit verbundene Papierverschwendung wird vermieden. Um wirklich zu wissen, was die wesentlichen Vorteile eines Kopierers sind, bedarf es allerdings detaillierter Beratung.

Beispielhaft für einen Hersteller, der außer hochentwickelten Kopierern auch qualitativ hochwertige Beratung und Service bietet, steht TOSHIBA.

Über 120 Werksvertretungen in ganz Deutschland helfen vom ersten Kontakt an, die richtige Kaufentscheidung zu treffen. In jedem Unternehmen, das einen TOSHIBA Kopierer kauft, werden Einweisungsgespräche geführt, die dafür sorgen, daß auch alle Mitarbeiter mit dem jeweiligen Gerät umgehen können. Einzigartig inDeutschland ist auch der Top-Service von TOSHIBA. Über dreihundert Mitarbeiter garantieren, daß der gekaufte Kopierer auch ständig einsatzbereit ist. Die speziell von TOSHIBA ausgebildeten Service-Techniker sind jederzeit abrufbereit, per Funk, Eurosignal oder Telefon.

NEU

Hier sehen Sie, beispielhaft für das vielfältige Angebot von TOSHIBA, den BD 5110. Ein multi-funktionaler Kopierer, der von 65 bis 154 % vergrößern oder verkleinern kann.

- ○ Ich interessiere mich für die einfache Kunst des Kopierens und möchte Sie bitten, mir weitere Kapitel zuzusenden.
- ○ Ich interessiere mich für die Kopierer von TOSHIBA und möchte Sie bitten, mir Unterlagen zukommen zu lassen.
- ○ Ich brauche einen Kopierer in meinem Unternehmen und möchte Sie bitten, mich zu beraten.

Firma

Name

Straße

PLZ Ort

Telefon SP 111

In Touch with Tomorrow

TOSHIBA

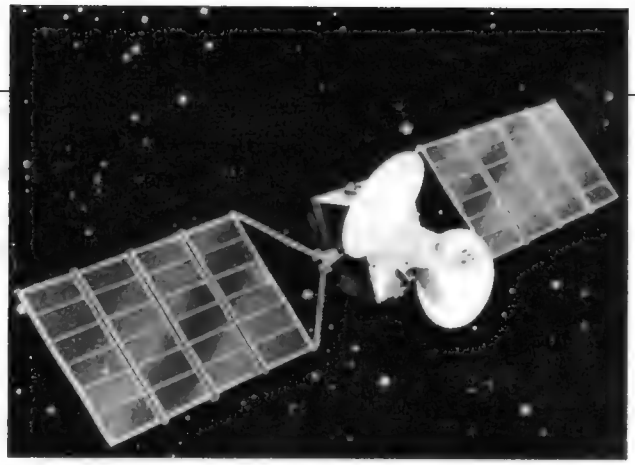
TOSHIBA Europa (I.E.) GmbH, Kopierer Deutschland A&P, Hammer Landstraße 115, 4040 Neuss.

panorama

Millionenstrafe für Henkel?

Die Bonner Staatsanwaltschaft hat jetzt beim Amtsgericht Düsseldorf den bislang höchsten Strafbefehl in der Parteispenden-Affäre beantragt. Weil er Gelder an illegale Waschanlagen von CDU und FDP gespendet hat, soll Konrad Henkel, Aufsichtsratsvorsitzender des gleichnamigen rheinischen Waschmittel-Konzerns, 3,6 Millionen Mark Strafe zahlen und etliche Millionen nachversteuern. Als Mitglied des sogenannten Höseler Kreises hatte Henkel mehr als ein Jahrzehnt lang mit der Creme der deutschen Wirtschaft vor allem Initiativen zur finanziellen Unterstützung der Union geplant. Die Rekordstrafe setzt sich aus 360 Tagessätzen (das entspricht einem Jahr Haft) zu je 10 000 Mark zusammen. Es ist unklar, ob der Konzern-Chef den Strafbefehl akzeptieren wird. In der Vergangenheit hatte Henkel signalisieren lassen, er werde einen Antrag der Bonner Ermittler ablehnen und statt dessen vor Gericht ziehen.

Henkel



Deutscher Fernsehsatellit TV-Sat 1

Schwacher Bolzen

Schwere Schlampereien beim Bau des deutschen Fernsehsatelliten TV-Sat 1 kamen bei industrieinternen Ermittlungen heraus, noch bevor bis Mitte Februar das Schicksal des Trabanten geklärt ist. Bei der Aérospatiale in Cannes, die den gestörten Sonnengenerator baute, gab es, laut Kritik aus der Europäischen Raumfahrtbehörde Esa, „ungeprüfte Prozeduren" mit „nicht narrensicheren Konstruktionen", etwa einer störanfälligen Bolzenscheibe an der Befestigung der Sonnenpaddel. Einer der beiden Solararme läßt sich nun nicht ausklappen. Nationaler Egoismus und Bürokratie sorgten bei dem deutsch-französischen Projekt für unklare Kompetenzen. So fand das Teamtraining im Startzentrum Kourou zeitweise ohne Wissen deutscher Experten statt.

Familienbetrieb MAD

Der Militärische Abschirmdienst (MAD) spannt für seine Tätigkeit seit Jahren auch die Ehefrauen und Kinder von Mitarbeitern ein. Sie dienen der Tarnung bei Observationen und helfen, „Zielpersonen" zu „betreuen" (MAD-Jargon). Beispiel: Eine beobachtete Person entspannt sich in einem Ferienhotel. Der MAD-Beschatter quartiert sich samt Familie im selben Haus ein. Vater, Mutter und Kinder setzen den Späh-Auftrag gemeinsam fort. Die Angehörigen der Soldaten erhalten zwar weder Ausbildung noch Honorar. Spesen wie Reise- und Hotelkosten trägt jedoch die Staatskasse. Die Hilfsdienste erfolgen, so der MAD, „auf rein freiwilliger Basis". Über die Familien-Praxis, die bei den Ermittlungen wegen der Bespitzelung des schleswig-holsteinischen SPD-Oppositionsführers Björn Engholm ans Licht kam, wurde jetzt auch die Bonner Parlamentarische Kontrollkommission für die Geheimdienste informiert.

Öffentlichkeit raus

Die Bundesregierung möchte die Anwendung der Gentechnik in der Pharma- und Lebensmittelindustrie erleichtern. Nachdem die Frankfurter Hoechst AG Schwierigkeiten hatte, ihre erste gentechnische Produktionsanlage zur Herstellung von Insulin gegen den Widerstand kritischer Anwohner durchzusetzen, will Bonn solch lästigen Bürgersinn künftig ausschalten. Versteckt im Maßnahmenpaket zur Verbesserung der Störfall-Vorschriften als Konsequenz aus

Zimmermann-Pläne: „Jeder kann mit jedem"

Nach der mühseligen Einigung auf ein strafbewehrtes Vermummungsverbot droht der Bonner Koalition neuer Streit um die Rechtspolitik. Neben der Asylproblematik und Details des Demonstrationsrechts und der Kronzeugenregelung zeichnen sich vor allem bei den Sicherheitsgesetzen, die in der vergangenen Legislaturperiode nicht mehr auf den Weg gebracht werden konnten, erneut Konflikte zwischen FDP und CSU-Innenminister Friedrich Zimmermann ab.

Erschrocken registrierten die Liberalen, daß Zimmermann mit seinem Entwurf einer Verfassungsschutznovelle in gravierenden Punkten hinter das zurückfällt, worauf sich die Fraktionsexperten schon geeinigt hatten. So strich der Christsoziale die Bestimmungen, daß eine Verfassungsschutzbehörde keiner Polizeibehörde angegliedert werden darf und daß die Polizei beim Verfassungsschutz keine Ermittlungen in Auftrag geben darf, die sie nicht selber durchführen kann.

Zimmermanns Tendenz, im Staatsschutzbereich alle Informationsschranken einzureißen, wird vollends offenbar in seinem Entwurf eines „Verfassungsschutzmitteilungsgesetzes". In zehn Paragraphen von eindrucksvoller Kürze regelt das „VerfSchMiG", mit dem das umstrittene Zusammenarbeitsgesetz (ZAG) fröhliche Urständ feiert, den umfassenden Datenaustausch zwischen Geheimdiensten und Polizei.

Wie seinerzeit das ZAG lehnen die Freidemokraten auch dessen Neuauflage ab. Sie plädieren unter Berufung auf das Volkszählungsurteil des Bundesverfassungsgerichts für bereichsspezifische Lösungen: Wer was unter welchen Voraussetzungen an andere weitergeben darf, soll jeweils in den Einzelgesetzen über die Geheimdienste und Polizeien festgeschrieben werden.

FDP-Rechtsexperte Burkhard Hirsch über die Zimmermann-Pläne: „Das ist informationeller Gruppensex – jeder kann mit jedem."

dem Baseler Sandoz-Unglück verabschiedete das Bundeskabinett einen Entwurf zur Änderung der Vierten Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes – ganz nach den Wünschen des Verbandes der Chemischen Industrie. Der Entwurf, der noch der Zustimmung des Bundesrates bedarf, sieht vor, daß in Zukunft „Anlagen zum fabrikmäßigen Umgang mit gentechnisch veränderten Mikroorganismen" in einem einfachen Verwaltungsverfahren ohne öffentliche Beteiligung genehmigt werden. Anwohner oder Kritiker sollen nur dann einbezogen werden, wenn von den jeweiligen Mikroor-

Gen-Labor der chemischen Industrie

ganismen „erwiesen ist" oder sie „im begründeten Verdacht stehen, daß sie bei Menschen, Tieren oder Pflanzen Krankheiten hervorrufen oder die Umwelt gefährden". Einen solchen Nachweis könnten Bürger jedoch kaum führen, wenn sie nicht zuvor Einsicht in die Genehmigungsunterlagen bekommen.

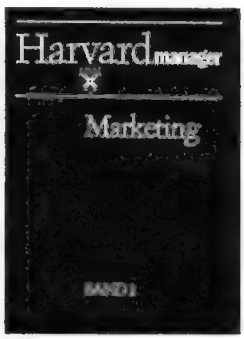
Andrang auf ARD-Posten

Für die Nachfolge des „ARD aktuell"-Chefs Edmund Gruber, der am Freitag zum Intendanten des Deutschlandfunks gewählt werden soll, stehen die Bewerber bereits Schlange. Während in CDU-Kreisen die NDR-Chefredakteurin Ulrike Wolf favorisiert wird, will der Bayerische Rundfunk den abservierten „Report"-Moderator Günther von Lojewski auf dem Chefsessel bei „Tagesschau" und „Tagesthemen" unterbringen. Beim NDR denkt man an eine Übergangslösung mit Gruber-Stellvertreter Heiko Engelkes. Nach dessen Vertragsende im September sollen NDR-Hörfunkvize Gernot Romann (CDU) und SPD-Kandidat Peter Dresewski übernehmen. Den Ausschlag gibt der nicht eben entscheidungsfreudige NDR-Intendant Peter Schiwy (CDU), der sich nicht nur mit den ARD-Intendanten abstimmen muß, sondern bei wichtigen Personalentscheidungen erkennbar auch die CDU-Führung konsultiert.

Harvard manager

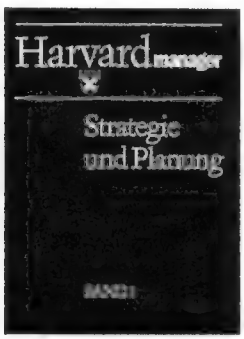
Exklusiv in Deutschland Edition HARVARDmanager

In dieser Edition werden die wichtigsten in HARVARDmanager veröffentlichten Beiträge aus der Harvard Business Review zum jeweiligen Thema zusammengefaßt. Die Edition umfaßt bereits sechs Bände; die beiden neuesten:



148 Seiten, DM 30,–

MARKETING Band 2: Megamarketing. Haben Sie wirklich eine globale Strategie? Globales Marketing – nach Maß. Erfolgsstrategien im Kampf um Marktanteile. Kontersegmentierung als Marketingalternative. Markterfolge begünstigen Marketingträgheit. Die nächste Marketingstufe läßt sich vorhersehen. Auf der Suche nach dem wirklichen Käufer. Große Abschlüsse erfordern ein klares Konzept. Der Verkaufsabschluß ist erst ein Anfang. Was zeichnet einen guten Verkäufer aus? Wie läßt sich der Außendienst motivieren? Job Matching – so läßt sich die Verkäuferleistung steigern. Marketingerfolg durch Differenzierung. Die sechs Todfeinde neuer Marken. Wie Kundenbedürfnisse die Preisgestaltung beeinflussen. Nonstore Marketing: Renner oder Flop?



148 Seiten, DM 30,–

STRATEGIE UND PLANUNG Band 2: Vom richtigen und falschen Gebrauch strategischer Planung. Strategieplanung mit der Erfahrungskurve. Strategische Planung – rückwärts voran? Portfolios für Produkte und Geschäftsbereiche. Strategie in Dienstleistungsunternehmen. Lohnt sich eine formale Planung? Hemdsärmeliges Vorgehen bei langfristiger Planung. Managementstrategien für kleine und mittlere Unternehmen. Die Datenkommunikation verändert den Wettbewerb. Wettbewerbsvorteile durch Information. Zielorientierte Informationssysteme. Szenarien: Unbekannte Gewässer voraus. Auslandseigentum – Wenn das Gastland die Regeln ändert. Gute Geschäfte – auch nach der Revolution. Dauerhafte Wettbewerbsvorteile aufbauen.

Die Edition HARVARDmanager gibt es nur bei der manager magazin Verlagsgesellschaft.

Bitte schicken Sie mir aus der Edition HARVARDmanager

___ Exempl. MARKETING Band 1, DM 32,–
___ Exempl. MARKETING Band 2, DM 30,–
___ Exempl. STRATEGIE UND PLANUNG Band 1, DM 30,–
___ Exempl. STRATEGIE UND PLANUNG Band 2, DM 30,–
___ Exempl. PRODUKTION Band 1, DM 28,–
___ Exempl. FÜHRUNG UND ORGANISATION Band 1, DM 32,–

(inkl. Porto und Versandkosten)

Name
Vorname
Position, Beruf
Straße, Nr.
PLZ, Ort
Datum
Unterschrift

Ich zahle ☐ mit beiliegendem Scheck ☐ nach Erhalt der Rechnung

manager magazin Verlagsges. mbH, Leser-Service, Postfach 11 10 60, 2000 Hamburg 11, Telephon (040) 30 07-624

DER SPIEGEL
DAS DEUTSCHE NACHRICHTEN-MAGAZIN

Haushalt: „Das vermiest die Stimmung“

An die Sitzung der vergangenen Woche werden Bonner Minister noch lange zurückdenken: Helmut Kohl demontierte seinen Finanzminister. Die Nachricht, daß mehr Schulden und höhere Steuern unvermeidlich seien, wollte Stoltenberg zurückhalten. Doch der Kanzler drängte ihn, die bittere Wahrheit publik zu machen.

Es ging am Donnerstag vergangener Woche etwas hektisch zu am Bonner Kabinettstisch. Die Zeit drängte. Der Bundespräsident erwartete die Damen und Herren der Regierung Kohl zum Neujahrsempfang.

Da kam es recht ungelegen, daß der Bundeskanzler im letzten Moment auch noch einen zusätzlichen Punkt auf die Tagesordnung gesetzt hatte. Eine gute halbe Stunde gab er den Kollegen, „aktuelle finanz- und haushaltspolitische Fragen“ zu diskutieren.

Was Kohl in dieser kurzen Zeit schaffte, das hatten selbst altgediente Kabinettsgänger, wie ein Teilnehmer hinterher staunte, „noch nicht erlebt“.

Als sich der Kanzler als erster um 10.30 Uhr erhob, um sich für Richard von Weizsäcker frisch zu machen, da ließ er einen demontierten Finanzminister zurück. Es war ihm gelungen, der Glaubwürdigkeit seiner rechtsliberalen Koalition einen empfindlichen Stoß zu versetzen und Probleme aufzuhäufen, die bis ins Wahljahr 1990 nachwirken werden.

„An diese Sitzung“, resümierte ein Minister hinterher erschrocken, „werden wir noch lange zurückdenken.“ In Stuttgart kommentierte Ministerpräsident Lothar Späth schlicht: „Katastrophe.“

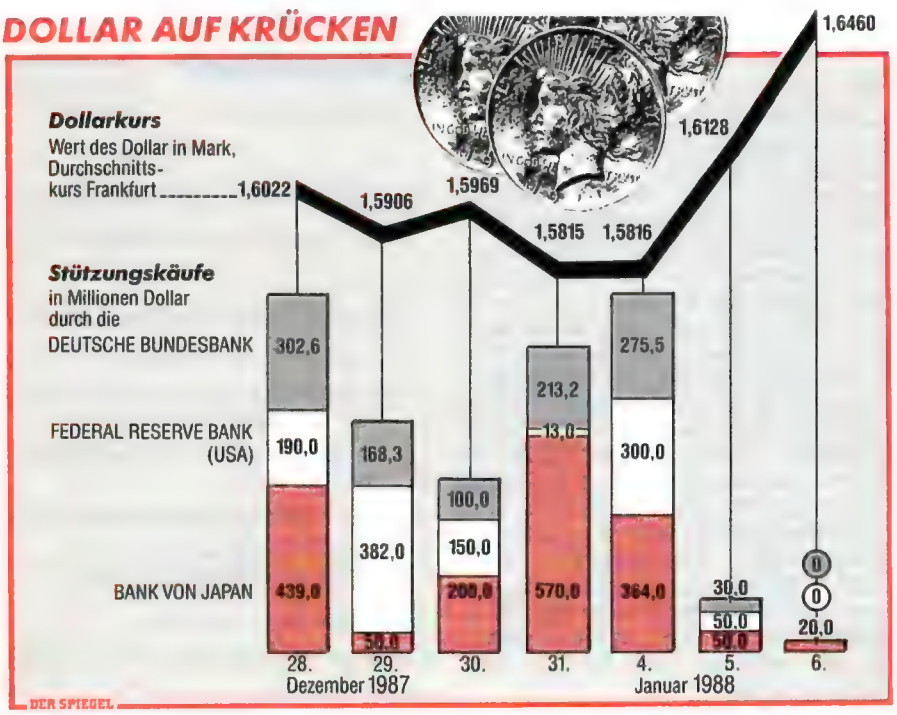
Für Gerhard Stoltenberg hatte das Unheil schon am Wochenanfang begonnen. Als er von seinem Skiurlaub aus St. Moritz zurückkam, fand er eine peinliche Erklärung des CDU-Abgeordneten Manfred Carstens vor. Der Finanzminister müsse, so hatte der Haushaltsexperte ohne Absprache mit dem Betroffenen in Bonn verkündet, in diesem Jahr viel mehr Geld pumpen als geplant.

Weil der Dollarsturz zum Jahresende 1987 den im Haushalt 1988 eingeplanten Sechs-Milliarden-Überschuß der Bundesbank beseitigt habe und die Europäische Gemeinschaft vier Milliarden Mark mehr benötige, werde die Nettokreditaufnahme zehn Milliarden höher ausfallen, als im gerade beschlossenen Haushaltsplan vorgesehen. Statt 29,5 müßte Stoltenberg 40 Milliarden Mark leihen – die höchste Verschuldung eines Jahres, die es je gab.

Der Haushälter aus dem niedersächsischen Emstek war nicht aus eigenem Antrieb vorgeprescht. Das Wohlwollen des Kanzleramtes war ihm sicher.

Helmut Kohl war daran gelegen, möglichst schnell die bittere Wahrheit in die Öffentlichkeit zu bringen. Der Kanzler tritt diese Woche vor der Bonner Presse auf, und er wollte vermeiden, den peinlichen Schuldenschub seiner Regierung selbst erklären zu müssen. „Da hat er lieber seinen besten Freund vorgeschickt“, kommentierte süffisant ein FDP-Minister.

Kein Wunder, daß Stoltenberg am Donnerstag im Kabinett gleich mehrmals betonte, daß er nur auf ausdrücklichen Wunsch des Kanzlers am Nachmittag öffentlich die Schuldenwirtschaft erläutern werde. Kohl bestätigte: „Ich habe



das empfohlen, wir müssen offensiv reagieren."

Das hatte sich der Finanzminister ganz anders gedacht. Zwar war seit Silvester klar, als der Dollar trotz heftiger Käufe der Notenbanken in Tokio, Washington und Frankfurt (siehe Graphik Seite 16) auf das Rekordtief von 1,58 Mark fiel, daß die sechs Milliarden aus Frankfurt fehlen würden. Auch der Brüsseler Fehlbetrag ist seit Monaten bekannt.

Aber Stoltenberg hätte sein Haushaltsproblem lieber bis nach den Wahlen in Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein in der Schwebe gehalten. Er hätte sogar eine durchsichtige Entschuldigung gehabt: Die Bundesbank rechnet das Jahr 1987 erst im späteren Frühjahr ab. Erst dann wird der exakte Abschreibungsbedarf festgestellt.

Die hastige Festlegung auf eine Nettokreditaufnahme von nunmehr 40 Milliarden Mark bringt den Finanzminister in eine üble Lage. Schon jetzt ist sicher, daß auch diese Summe nicht ausreichen wird. Stoltenberg wird sich im Laufe des Jahres noch mehrere Male korrigieren müssen – eine Demontage in Raten.

Mit dem Wegfall des Bundesbankgewinns und den Belastungen aus Brüssel hat Kohl nur das berücksichtigt, was schon verloren ist. Alle anderen Risiken werden gar nicht erst erwähnt.

So geht Stoltenberg für seine Steuerschätzung immer noch von einem realen Wachstum von 2,2 Prozent für 1988 und gar 2,5 Prozent für die folgenden Jahre aus. Ein Prozent weniger ist mehr als wahrscheinlich. Fehlbetrag für den Bundeshaushalt: zwei Milliarden Mark. Ein niedriger Dollarkurs treibt zudem die Ausgaben für die Kokskohlenbeihilfe und die Airbus-Subvention in die Höhe.

Mehr Geld wird auch im sozialen Bereich gebraucht. Um 90 000 lag die Arbeitslosenzahl, so gab die Bundesanstalt für Arbeit am Freitag vergangener Woche bekannt, schon im Dezember höher als ein Jahr zuvor – Vorbote für einen weiteren Anstieg in diesem Jahr und für zunehmende Defizite in der Arbeitslosenversicherung. Stoltenbergs Fehlbetrag kann leicht auf 45 Milliarden Mark anwachsen.

Finanzminister Stoltenberg: „Ich bin hochzufrieden"

Solche Risiken sehe er nicht, wiegelte der Finanzminister vergangene Woche ab. Am Kabinettstisch hatte sich das anders angehört: Stoltenberg selbst warnte, bei den 40 Milliarden werde es wohl nicht bleiben.

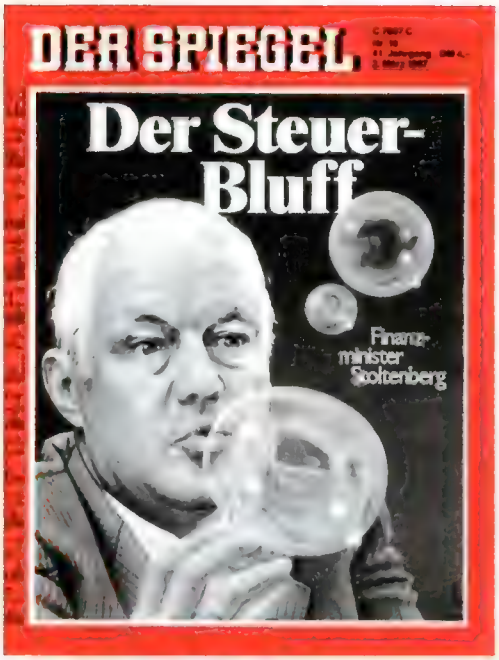
Um einen Rest an Glaubwürdigkeit zu retten, sah Stoltenberg nur einen Ausweg: Die Zahlen des Jahres 1988 mußten als einmaliger Ausrutscher, als „längerfristig nicht tolerabel" (Stoltenberg), als ein durch den Dollarfall verursachtes Unglück dargestellt werden.

Zusammen mit dem Nachtragshaushalt für dieses Jahr, so ließ Kohl deshalb hopplahopp vergangene Woche beschließen, soll im Frühjahr festgelegt werden, das Defizit 1989 „um mindestens zehn Milliarden Mark" zu verringern. Auch das „Wie" ist seit Donnerstag per Kabinettsbeschluß entschieden: „durch Subventionsabbau, Erhöhung spezifischer Verbrauchsteuern und konsequente Ausgabenbegrenzung".

Erschrocken überlegten Minister mit ökonomischen Grundkenntnissen, welche Falle Kohl sich und vor allem seinem Finanzminister aufgestellt hat.

Steuern, das steht in der Koalitionsvereinbarung zwischen CDU/CSU und FDP, sollten erhöht werden – aber nur für die Deckung zusätzlicher EG-Lasten und in einer Größenordnung von zwei Milliarden. Da die Subventionen bereits durchforstet sind und der Haushalt ohnehin schon mit geringen Raten wächst, kann der Beschluß nur eines bedeuten: Der größte Teil der für 1989 vorgesehenen Einsparung von zehn Milliarden oder mehr muß über Steuererhöhungen hereingeholt werden.

Politisch ist diese Entscheidung töricht. Sie droht das Wachstum abzuwür-



SPIEGEL-Titel 10/1987
Demontage auf Raten

gen und die Bürger zu verärgern. Ausgerechnet in einem Jahr, in dem keine der Steuerentlastungsstufen zündet, in dem aber ein Konjunktureinbruch droht, sammelt Kohl Kaufkraft ein. Dem Durchschnittsverdiener, der in diesem Jahr durch die Steuerreform etwas mehr in der Tasche behält, wird durch höhere Spritkosten für sein Auto das Geld wieder entzogen.

Stoltenbergs Ministerkollegen graust es jetzt schon, wenn bereits im Frühjahr detailliert die Steuererhöhungen für 1989 beschlossen werden. „Das vermiest die Stimmung fürs ganze Jahr", so ein Freidemokrat.

Vergeblich fragte Bildungsminister Jürgen Möllemann im Kabinett, ob denn die Zahl von zehn Milliarden, die 1989 einzusammeln seien, genannt werden müsse und ob die Regierung sich nicht den Hinweis auf die Steuern sparen könne. Kohl blockte ab: „Wir müssen Beträge nennen."

Seit vergangener Woche hat auch Wirtschaftsminister Martin Bangemann einen schweren Stand. Im Jahreswirtschaftsbericht, den er Ende des Monats vorlegen muß, hätte er vielleicht andeuten können, daß er im Falle eines Konjunktureinbruchs handeln werde – das kann er jetzt vergessen. Nun sind zwangsläufig alle Ideen, die Steuerreform von 1990 auf 1989 vorzuziehen oder die Steuern nach dem Stabilitäts- und Wachstumsgesetz zu senken, zu reinen Hirngespinsten geworden.

Die trübe Aussicht für die Bonner: Handlungsunfähig muß Kohl steigende Arbeitslosenzahlen akzeptieren und einen eventuellen Konjunktureinbruch aussitzen. Ein Kabinettsmitglied über die Kohl-Initiative der vergangenen Woche: „Eine tiefe Furche, die sich bis ins Wahljahr 1990 zieht."

Nur der Kanzler sah das alles ganz anders. Amüsiert notierte Hans-Dietrich Genscher Sprüche seines Chefs. „Das Gütesiegel", faßte Kohl die Diskussion zusammen, „bleibt unsere Haushaltssolidität." In seinem feinsten Kanzlerdeutsch rechtfertigte Kohl die Beschlüsse: „Die Lage ist über uns gekommen." Aber optimistisch munterte er auf, daß kein Grund bestehe, jetzt „mit verkniffenem Gesicht herumzulaufen".

Das letzte muß Stoltenberg wohl überhört haben. Auf seiner von Kohl angeordneten Pressekonferenz vermittelte der geprügelte Finanzminister nicht gerade den Eindruck einer Frohnatur.

Gefragt, ob er in den letzten Tagen an Rücktritt gedacht habe, antwortete Stoltenberg mit ausdrucksloser Miene: „Ich bin mit dem heutigen Kabinettsbeschluß hochzufrieden."

ABRÜSTUNG

Wirksames Potential

Scheitert das C-Waffen-Abkommen an den USA, werden Fortschritte bei anderen Abrüstungsproblemen fraglich. Minister Wörner hat bereits ein Papier abgezeichnet, das den Pentagonkurs „respektiert".

Die altvertrauten Vokabeln hörten die zur Klausur in Wildbad Kreuth versammelten CSU-Bundestagsabgeordneten vorigen Donnerstag von einem Franken. Gastredner Henry Kissinger, der in Fürth geborene ehemalige US-Außenminister, tadelte den amerikanisch-sowjetischen Vertrag über den Abbau von Mittelstreckenwaffen als „völlig überflüssig" und „in seiner Wirkung nachteilig für die Bundesrepublik".

Im Kremlherrn Michail Gorbatschow, so CSU-Freund Kissinger, solle sich keiner täuschen. Der habe nur „die Taktik, nicht die Strategie" sowjetischer Machtpolitik geändert. Es handle sich um „Wirklichkeitsflucht", wenn man im Westen glaube, Gorbatschow sei Pazifist geworden. „Was mich stört, ist, wenn man sagt, man muß Gorbatschow helfen." Die CSU-Leute klatschten.

Das hinderte sie nicht, anderntags ebenso zu klatschen, als vom eigenen Parteivorsitzenden ganz andere Töne kamen. Gorbi-Fan Franz Josef Strauß, der es nach Rückkehr aus Moskau gar „unsere Pflicht" genannt hatte, dem Generalsekretär der KPdSU auf seinem „schwierigen Weg zu helfen", pries den Friedenswillen des Sowjetmenschen und dessen Bereitschaft zu weiteren Abrüstungsschritten in allen Bereichen.

Gorbatschow, so erzählte Strauß in Kreuth, habe auf seine Fragen hin dem Ziel der Weltrevolution abgeschworen. Der Sowjetführer denke nicht an eine militärische Auseinandersetzung mit dem Westen. Die Strahlenschäden nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl hätten auch ihr Gutes bewirkt: In Moskau reife die Erkenntnis, daß ein nuklear geführter Krieg „kein Mittel der Politik mehr sein kann".

Kanzler Helmut Kohl und Außenminister Hans-Dietrich Genscher hörten Straußens Kreuther Botschaft gern.

*Auf der CSU-Klausurtagung in Wildbad Kreuth am 7. Januar.

CSU-Freund Kissinger, Gastgeber Waigel, Strauß*: „Völlig überflüssig"

Außenminister Schewardnadse, Genscher*: Nicht viel zu bieten

Doch so sehr sie sich freuten: Verbindliches zum sowjetischen Kurs versprechen sie sich erst nächste Woche bei dem Besuch des Außenministers Eduard Schewardnadse am Rhein.

Die Bundesregierung muß sich auf einen Katalog von Fragen gefaßt machen. Denn bevor sich die Sowjets auf eine Terminabsprache für eine Bonn-Visite Gorbatschows einlassen, wollen sie ihrerseits Klarheit über die Bonner Absichten bei Rüstungskontrolle und wirtschaftlicher Zusammenarbeit.

Die christliberalen Gastgeber haben nicht viel zu bieten. Zwar ist seit Straußens Kreml-Flug viel von einer neuen Gemeinsamkeit zwischen Koalition und SPD-Opposition die Rede. Aber diese seltene Einmütigkeit in der Sicherheitspolitik steht im krassen Gegensatz zum Krach der Bonner mit ihren wichtigsten Alliierten. Seit der letzten Woche bahnt sich zudem ein neuer Konflikt zwischen Verteidigungsministerium und Auswärtigem Amt bei einem der drängendsten Abrüstungsvorhaben an: der Beseitigung der chemischen Waffen.

Wie schon bei den atomaren Mittelstreckenwaffen, argwöhnt Außenminister Hans-Dietrich Genscher, mache sich der CDU-Verteidigungsminister Manfred Wörner ohne Not zum flinken Freund von Hardlinern in Washington.

Falken im Pentagon, so die Bonner Erkenntnis, mauern nicht nur, wo es um den Abbau atomarer Kurzstreckenraketen und die Verminderung konventioneller Streitkräfte in Europa geht. Neuerdings machen sie auch Front gegen das fast unterschriftsreife Abkommen zur weltweiten Ächtung chemischer Waffen.

Schon 1984 hatten die Amerikaner versucht, das Abkommen scheitern zu lassen. In der festen Überzeugung, die Sowjets würden sich niemals darauf einlassen, verlangten sie rigorose Kontrollen in Militärdepots und chemischen Fabriken. Doch zum Entsetzen der Militärs und der amerikanischen Chemiekonzerne willigten die Sowjets ein.

Außerhalb der offiziellen Genfer C-Waffen-Verhandlungen, an denen 40 Staaten beteiligt sind, stellten die USA in Geheimgesprächen mit den Sowjets neue Forderungen. So bestehen sie darauf, ihre neuen Nervengasgranaten, die sogenannten binären Waffen, auch nach Inkrafttreten einer Chemiekonvention weiterzuproduzieren.

„Nach sowjetischem Eindruck", meldeten Bonns Genfer C-Waffen-Unterhändler in einem vertraulichen Fernschreiben vom 21. Dezember 1987, „geht es dabei den Amerikanern vor allem darum, bis zu einem Spätstadium des Vernichtungsprozesses ein wirksames Potential an binären Kampfstoffen beibehalten zu können."

Inzwischen wissen die Bonner, daß der sowjetische Eindruck nicht trügt. Überrascht stellte Genscher fest, daß sein Kabinettskollege Wörner ein Papier abgezeichnet hat, in dem der neue Kurs des Pentagon „respektiert" wird. Dabei hat die US-Regierung ihre Nato-Partner offiziell noch gar nicht über das neue Denken in Washington informiert, geschweige denn konsultiert.

Ebenso wie die französische Regierung und manche britische Militärs wollen nun auch die Falken im Pentagon „Sicherheitsreserven" von Giftgranaten einlagern und erst nach mehrjähriger Verringerung der vorhandenen Bestände über ein totales Verbot verhandeln.

Nur so ist zu erklären, warum der FDP-Außenminister – der bisherigen Bündnis-Linie folgend – seit der Jahreswende das C-Waffen-Abkommen zum „Lackmus-Test" (Genscher) für die Glaubwürdigkeit des Westens hochgeredet hat. Selbst Strauß bestätigte in Moskau, er stehe beim Thema C-Waffen den Sowjets näher als den Amerikanern.

Kippt dieses Abkommen, werden Fortschritte bei den anderen Bonner Abrüstungsanliegen mehr als fraglich, befürchtet Genscher.

Kohls Koalition und die West-Allianz tun sich ohnehin schwer, das von den Nato-Außenministern im Juni vorigen Jahres in Reykjavik verabredete „Gesamtkonzept" zu entwickeln. Es soll den Abbau konventioneller Streitkräfte in Europa mit der Reduzierung atomarer Kurzstreckenwaffen zusammenfügen.

Aber Franzosen und Briten haben es mit der konventionellen Abrüstung nicht eilig – sie bremsen, wo sie können. Wie die Amerikaner wollen sie erst dann über die Atomwaffen geringer Reichweite verhandeln, wenn die Sowjets die angebliche Überlegenheit ihrer konventionellen Streitkräfte beseitigt haben.

Zu einseitigen Schritten bei seiner konventionellen Streitmacht in Europa könnte sich Moskau bereit erklären. Auch Strauß brachte den Eindruck mit, Gorbatschow und seine Militärs dächten über Vorleistungen nach.

Deshalb wohl fiel es dem bayrischen Strategen nicht schwer, seinem Männerfreund Kohl Anfang letzter Woche zuzusagen, er könne bei den atomaren Kurzstreckenwaffen die von Genscher angestrebte dritte Null-Lösung akzeptieren. Bedingung bleibe freilich, daß das Ungleichgewicht im konventionellen Bereich weitgehend abgebaut sei.

Das hat den Kanzler ganz besonders gefreut, der einen sicherheitspolitischen Schwenk eigener Art vollzogen hat. „Einige kluge Schriftgelehrte" (ein Kanzler-Vertrauter) haben den Pfälzer belehrt, daß sein in der Regierungserklärung vom Oktober 1982 gegebenes Versprechen „Frieden schaffen mit immer weniger Waffen" die Regierung auf einen fatalen Kurs bringe. Die Formel „immer weniger" bedeute strenggenommen, daß am Ende gar keine Waffen mehr übrigbleiben dürften. Dann könne er ja auch gleich das Motto der Friedensbewegung „Frieden schaffen ohne Waffen" übernehmen.

So friedensbewegt mag Kohl doch nicht sein. In der Neujahrsansprache verkündete er sein neues Motto: „Frieden schaffen mit weniger Waffen." ◆

* Mit Marianne von Weizsäcker und Botschafter Meyer-Landruth beim Besuch des Bundespräsidenten in der Sowjet-Union im November 1987.

Atommüll: „Kein Land ist darauf vorbereitet“

Seit über 30 Jahren betreiben die Industriegesellschaften den Ausbau der Kernenergie. Das wichtigste Problem wurde verdrängt: Wohin mit dem strahlenden Atommüll? Bisher gibt es nur Theorien, aber keine Endlager. Die 2000 von Transnuklear verschobenen Fässer, die einer erstaunten Öffentlichkeit erstmals den Blick auf das Entsorgungsproblem öffneten, sind nur ein Bruchteil des strahlenden Abfallbergs.

Die Herren aus Hanau und ihre Gäste genossen die Nacht in vollen Zügen – im „Clubhotel Messel“. Erst Abendessen im Edel-Restaurant „La Chandelle“, dann in den Nachtklub „Mon Bijou“ zur Live-Show. Dort orderten die Gastgeber Champagner, „Dom Perignon“ zu 750 Mark die Flasche.

Die Dienste, die von den „Tänzerinnen“ des einschlägig bekannten Luxusbordells unweit von Darmstadt angeboten wurden, nahmen die geschätzten Gäste nicht in Anspruch. Sie hatten, erinnert sich ein Klub-Mitarbeiter, „ihre eigenen Damen mitgebracht“. Die besichtigten nach dem Strip-Programm die „Liebeswelt“ des Hauses, phantasievoll ausgerüstete Lagerstätten, darunter ein zum Bett ausgebauter Rolls-Royce.

Am Morgen rechnete das „Clubhotel“ zusammen: 14 010 Mark hatten die vier Damen und die vier Herren „verzehrt“. Der Betrag wurde anstandslos beglichen, die Hanauer Nuklear-Industrie stand dafür gerade.

Bewirtet wurden im „Clubhotel“ zwei leitende Mitarbeiter aus dem kerntechnischen Bereich des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerkes (RWE), dem größten Stromversorger in der Bundesrepublik. Eingeladen zu der Orgie hatten ein Prokurist der Firma Transnuklear (TN) und der Verkaufsmanager Gregor Hölker von der TN-Mutterfirma Nukem, deren Brennstoff-Fertigung das Herzstück der deutschen Nuklear-Industrie bildet. Die Nukem übernahm die Rechnung.

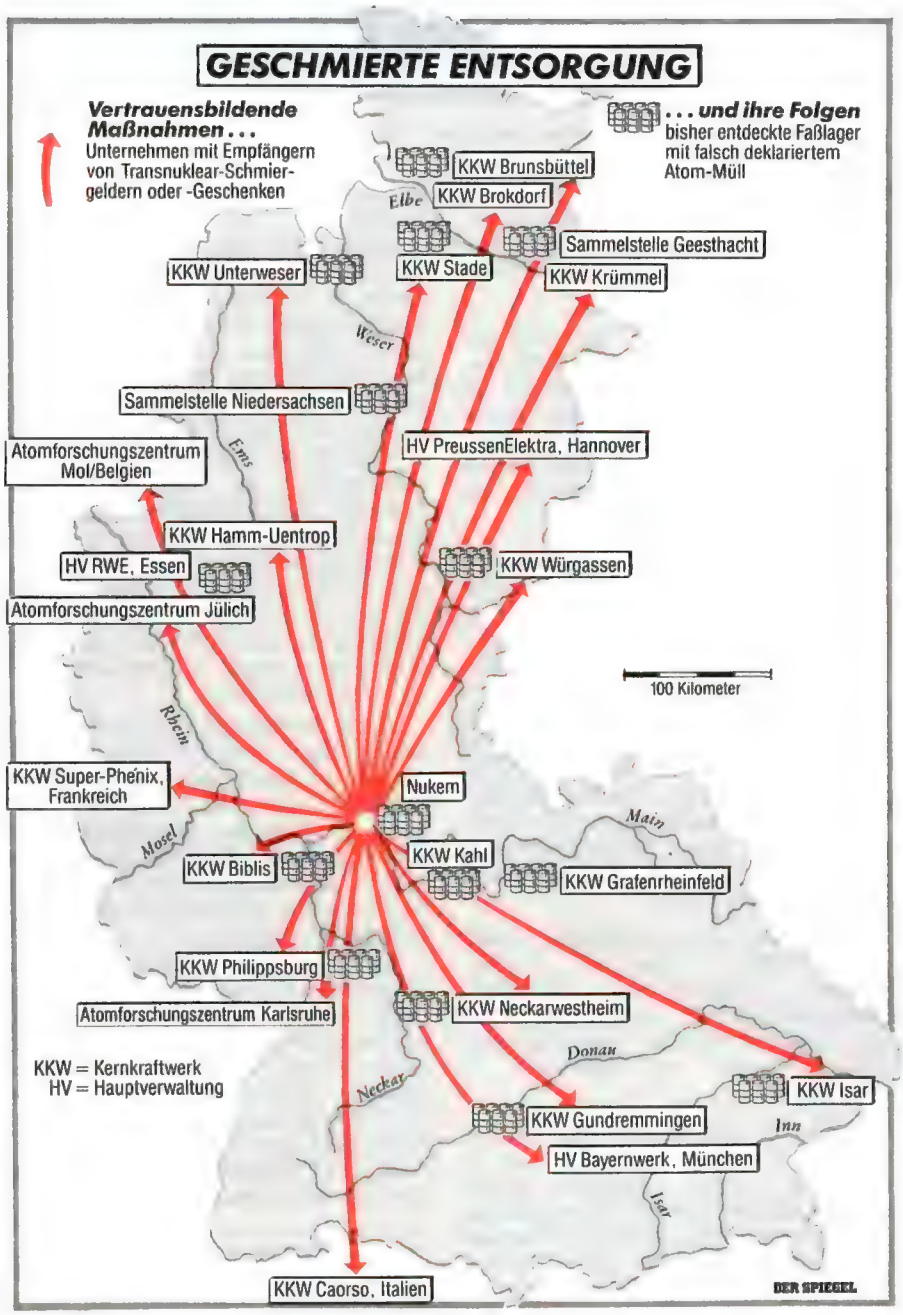
Das Finanzamt hätte eine so teure Bewirtung von Managern des RWE, immerhin größter Anteilseigner bei Nukem, nicht akzeptiert. In der Nukem wurde daher der Spesenzweck für die Buchhaltung verfälscht. Die 14 010 Mark waren nun „aus vertrieblicher Sicht erforderliche Ausgaben“ zur „Akquisition“ eines Geschäfts mit Ungarn – das nie zustande kam. Zwei weitere Prokuristen veranlaßten mit ihrer Unterschrift die Auszahlung auf das Privatkonto des Einladers bei der Raiffeisenbank in Gründau-Lieblos.

Bestechung, Veruntreuung von Geldern und anrüchige Beeinflussung übergeordneter Kontrollinstanzen, das zeigen diese neuen Entdeckungen der Ermittlungsbehörden, gehören zu den geschäftlichen Gepflogenheiten in der Nuklear-Industrie.

„Krimineller Einzelfall“, verniedlichte Bonns Umweltminister Klaus Töpfer, als der SPIEGEL im April 1987 erstmals die aufwendigen Bestechungsaktionen der Atom-Transportfirma Transnuklear bekanntmachte. Die neueste Spesenaffäre, in die die Nukem und das RWE verwikkelt sind, belegt, daß derartige Praktiken keine Randerscheinungen sind.

Sie gehören offenbar zum normalen Ablauf in einer Branche, die bisher – mit staatlichem Rückenwind und in selbstgefälliger Technik-Euphorie – alle ihre Ziele durchsetzte; und die wohl glaubte, sich alles leisten zu können.

Der Name Transnuklear steht heute nicht nur als Synonym für die Bestech-



Atommüll-Transport: „Wir haben nur die Papiere kontrolliert, nicht aber die Inhalte"

Reaktor-Minister Töpfer
„Krimineller Einzelfall"

lichkeit im Atomgeschäft; er steht auch – nachdem das Verschieben radioaktiver Abfälle über die deutsch-belgische Grenze und zwischen deutschen Atomanlagen aufgeflogen ist (siehe Graphik) – für kriminellen und leichtsinnigen Umgang mit lebensgefährlichem Atomabfall.

Die Affäre Transnuklear hat endlich eines der heißesten Themen der Atombranche in den Vordergrund geschoben: die Entsorgung, also die Beseitigung des radioaktiven Abfalls. Bis heute, und wohl auch künftig, ist unklar, wo der Müll, der für viele Jahrtausende todbringende Strahlen aussendet, untergebracht werden soll.

Noch ist das ganze Ausmaß der Affäre unbekannt. Nach Transnuklear haben die Staatsanwälte jetzt die Nukem, Deutschlands wichtigste Nuklear-Firma, ins Visier genommen. Erste Erkenntnis: In der Transnuklear-Mutterfirma war sehr viel mehr Wissen über die schmierigen Aktivitäten der Tochter Transnuklear vorhanden, als bisher zugegeben wurde.

Der Nukem-Einkauf beschaffte serienweise die Bestechungsgeschenke, mit denen die TN ihre Geschäftspartner freundlich stimmte. Zahlreiche Scheinrechnungen zum Füllen der schwarzen TN-Kasse liefen über Nukem.

Nukem-Chef Manfred Stephany, zugleich oberster Aufseher über TN und nach eigener Darstellung „zutiefst betroffen über die Vorgänge", wußte schon seit fünf Jahren, was da lief. Zwei Nukem-Prokuristen gaben zu Protokoll, den Chef 1983 über die „Unregelmäßigkeiten" informiert zu haben.

Stephany, so die Manager, habe damals das Gespräch „abgebrochen". Ein Bonner Ministerialdirigent, erfahren in der Nuklear-Branche, geht noch weiter: „Was Stephany weiß, weiß auch der Vorstand von RWE." Falls dem so ist, wären „diese Vorgänge" (Töpfer) keine Pannen, sondern System.

Erst vergangenen Freitag, als Stephanys Rolle im Schmiergeldskandal durchzusickern begann, ließ der Nukem-Aufsichtsrat den Geschäftsführer fallen. Er nahm Stephanys Rücktrittserklärung an und würdigte seine „besondere Leistung".

Die Atombranche, der Eindruck drängt sich auf, lebt und arbeitet nach ihren eigenen Gesetzen.

Was da fast täglich aus Hanau und anderen Atomzentren in die Nachrichten gelangt – eine giftige Mischung aus Korruption, Schlamperei und Vertuschungsmanövern –, klingt mehr nach Science-fiction als nach Realität. So also geht es in jener Branche zu, die nach Allgemeinverständnis und Gesetz zu extremer Sorgfalt und Sicherheit verpflichtet ist.

Die Affäre trifft eine Atomwirtschaft, die noch immer den Schock von Tschernobyl verarbeiten muß. Nach dem GAU in der Ukraine hatten die bundesdeutschen Atommanager gerade noch einmal die Kurve gekriegt, indem sie, eher willkürlich, zwischen östlicher und westlicher Kerntechnik unterschieden: Russische Kernkraftwerke bekamen die Note mangelhaft, deutsche Reaktoren erhielten die Auszeichnung „sicherste Kraftwerke der Welt".

Und nun das. Die in teuren Anzeigenkampagnen beschworene Zuverlässigkeit deutscher Ingenieure, die Werbung für das qualifizierte und verläßliche Betreiberpersonal der Atommeiler – das mühsam zurückgewonnene Vertrauen ist wieder zerronnen.

Überall, so zeigt die neueste deutsche Schmiergeldaffäre, haben Atommanager und Ingenieure die Hand aufgehalten. Sie haben sich über rechtliche Vorschriften und moralische Bedenken hinweggesetzt. Sie haben, weil sie fahrlässig mit hochgiftigen und radioaktiven Materialien umgingen, Millionen Menschen großen gesundheitlichen Risiken ausgesetzt, um sich zu bereichern.

Muster und Ablauf der Schmiergeldaffäre erinnern an die Durchstechereien in der Baubranche. Die Atomwirtschaft, das lehren die letzten Wochen, ist keineswegs, wie es im Atomgesetz pathetisch heißt, ein Bereich besonderer „Zuverlässigkeit" und „Fachkunde".

Die in der Kernindustrie beschäftigten Menschen sind offenbar nicht in der Lage, die andere, so viel größere Dimension des Risikos, mit dem sie hantieren,

zu erkennen. Da werden Augen zugedrückt, Privatgeschäfte gemauschelt und verbindliche Vorschriften verletzt, als ob es nur darum ginge, auf einem mittelalterlichen Viehmarkt lahme Gäule und kranke Schweine an tumbe Kunden zu verhökern.

Dieses „Nach mir die Sintflut"-Denken, gut bekannt aus anderen Umweltskandalen, hat nirgends so katastrophale Konsequenzen wie in der Kernkraftbranche, wo mit extrem gefährlichem Material umgegangen wird.

Anschaulich führte Gerhart Baum 1978, damals noch Parlamentarischer Staatssekretär im Innenministerium, aus, daß die Plutonium-Menge von der Größe einer Pampelmuse ausreicht, um die gesamte Menschheit zu vernichten. Das unkontrollierte Umherwandern einiger Gramm Plutonium, wie es Trans-

Nachtklub „Mon Bijou": Die Nukem übernahm die Rechnung

nuklear bis vor kurzem in deutschen Landen geschehen ließ, ist daher alles andere als ein Kavaliersdelikt.

Die „wunderbare Fässervermehrung" („Frankfurter Rundschau") der Vorweihnachtszeit, als die Zahl der illegalen Atomabfall-Behältnisse fast täglich um einige Hundert stieg; die schmierigen Geldströme zwischen Atomfirmen, die von den Hanauer Staatsanwälten jetzt aufgedeckt wurden; die Ratlosigkeit der politischen Aufsichtsbehörden, die sich wochenlang vergebens bemühten, das Ausmaß des Skandals zu erfassen und nur hilflos auf die illegalen Giftberge starrten – all dies führte bei den Bundesdeutschen zu weiterer Ernüchterung und zu bestürzenden Einsichten.

Die Atommanager haben, so wird deutlich, jahrzehntelang Lügen verbreitet, um ihr Wunschkind namens Kernkraft großzuziehen.

Nachdem das Lügengebäude von der perfekten Sicherheit eingestürzt ist, wird der Blick frei auf das eigentliche Problem der Atomwirtschaft: die ungelöste Entsorgung. Die Odyssee der 2000 Fässer ist ja nicht entstanden, weil jemand an dem Hin- und Hergeschiebe verdiente; verschoben wurde das Zeug, weil niemand wußte, wo das Gift letztendlich bleiben sollte.

Wer immer beteiligt war am Entsorgungsgeschäft, verfuhr offenbar nach dem Motto der norddeutschen Comic-Kultfigur Werner: „Hau weg den Scheiß" – egal, wohin.

Doch da zeigte der vielbeschworene Brennstoff-Kreislauf, der angeblich fast das gesamte Brennmaterial immer wieder dem Reaktorkern zur Verbrennung zuführt und kaum Müll übrigläßt, plötzlich eine ganz neue Qualität. Wie ein Bumerang kehrte der abgeschobene Atommüll wieder zurück zu seinen Erzeugern. Denn eine Lagerstätte, wo der Stoff endgültig abgeladen werden kann, gibt es nicht.

Auf die Frage, wo der hochradioaktive Abfall eingelagert werden soll, um ihn für die Jahrtausende seiner anhaltend strahlenden Gefährlichkeit von der Lebenswelt der Menschen zu trennen, kann kein Experte eine Antwort geben. Selbst bei schwach und mittelstark verseuchtem Material, das im Umfeld der Brennstoff-Herstellung und -Nutzung entsteht, ist die Beseitigung der immensen Abfallmenge ungeklärt.

Seit die Atomkraft wirtschaftlich genutzt wird, gibt es eine Debatte über die Frage, wo und wie der radioaktive Müll gelagert werden kann. Lange schon warnen kritische Wissenschaftler, den Kernenergie-Pfad zu beschreiten, bevor die Entsorgung geklärt ist.

Schon in den fünfziger Jahren entstand der Vergleich der Kerntechnik mit einem Piloten, der gestartet ist, ohne zu wissen, ob es am Zielort auch eine Landebahn gibt.

Eine diffuse emotionale Mixtur aus großtechnischer Faszination, unterschwelligen militärischen Interessen und Hoffnung auf billigen Strom (und damit grenzenloses Wachstum) sorgte dafür, daß Politiker, Manager und Wissenschaftler sich für den Bau von Kernkraftwerken stark machten. Die ungelöste Entsorgungsfrage wurde ausgeklammert.

Der AKW-Bauboom in den sechziger Jahren verschob das allgemeine Interesse, auch der Atomkritiker, auf die Frage der Reaktorsicherheit. Nur noch selten mahnten Experten, den anfallenden radioaktiven Müll nicht zu vergessen. So schrieb die Rand Corporation, eine der führenden amerikanischen Denkfabriken, im September 1972:

> Keine der vorgeschlagenen Lagermethoden erscheint zur Zeit zufriedenstellend. Das Problem muß gelöst werden, bevor die Anzahl der Kernkraftwerke stark erweitert werden kann.

Die schnell wachsende Atomindustrie ging in den siebziger Jahren dazu über, eine Entsorgungslösung herbeizudefinieren. Was den Naturwissenschaftlern und Technikern nicht gelang, schafften die Werbefachleute: Endlagerung und sichere Abfallbeseitigung wurden einfach als vorhanden hingestellt.

„Mit der Endablagerung in Salzformationen kann das Problem ‚Atommüll' als gelöst betrachtet werden", hieß es in einer Broschüre der Hamburgischen Electricitäts-Werke Ende der siebziger Jahre. Damals kamen die Gutachter, die über die geologischen Eigenschaften der Salzstöcke zu urteilen hatten, noch zu widersprüchlichen Ergebnissen. Im November 1986 verkündete die Kraftwerk Union, Deutschlands führender Reaktorbauer, in großen Anzeigen:

> Sicherer Einschluß der Radioaktivität und eine geordnete Entsorgung gehörten so von Anfang an zur friedlichen Kernenergietechnik der westlichen Welt und wurden mit ihr weiterentwickelt. Daher gibt es auf diesem Gebiet heute eine ausgereifte Gesetzgebung, eine internationale technische Zusammenarbeit und erprobte Technologien für Transport, Lagerung und Verarbeitung der radioaktiven Abfälle.

Der aktuelle Fässer-Skandal läßt, 30 Jahre nach Beginn der Offensive zur friedlichen Nutzung der Kernenergie, diese Lebenslüge der Atomwirtschaft platzen. Die riesige Atommüll-Menge, von der die 2000 Fässer nur einen Bruchteil zeigen, erdrückt alle propagandistischen Behauptungen.

Die „Aus den Augen, aus dem Sinn"-Methode der Entsorger funktioniert nicht mehr. Weltweit fällt so viel nuklearer Abfall an, daß die bisher genutzten provisorischen Lager überquellen.

Anders als von den Atomfans behauptet, gibt es keineswegs einen Brennstoff-Kreislauf, der radioaktiven Abfall auf geringe Mengen begrenzt und den Großteil des spaltbaren Materials immer wieder neu den Reaktoren zuführt.

Fast 99 Prozent des Brennstoffs werden bei der Kernspaltung in einem Reaktor zu Atommüll in Form von radioaktiven Spaltprodukten, die weder vernichtet noch problemlos auf Deponien gelagert werden können.

„Es gibt", schreibt der Atomexperte Ewald Gaul, „keinen Energieträger, dessen ‚Nutzung' auch nur annähernd soviel Abfall erzeugt wie die Nuklearenergie, und es gibt keinen Müll, der auch nur im entferntesten so gefährlich ist wie die Spaltprodukte."

Stoff für strahlende Müllberge wird auf jeder Etappe im atomaren Produktionsprozeß geschaffen. Weithin sichtbar ist dies im Uran-Bergbau: Dort entstehen beim Fördern und Zermahlen von Uran-Erz riesige Abraum-Halden aus meist feinem Sand, der mit natürlichen Radionukliden versetzt ist. Rund 175 Millionen Tonnen Abraum, vermischt mit dem Uran-Zerfallsprodukt Radon 222, hatten sich bis 1982 allein in den USA angesammelt.

Atommüll-Lager im AKW Unterweser: „Kein Energieträger erzeugt soviel Abfall"

Kernenergie-Anzeige: Die Hand aufgehalten

Die staubigen Abraum-Dünen, die eine schwache Alpha-Strahlung aussenden, galten lange Zeit – wie so vieles in der Atomwirtschaft – als ungefährlich. Im US-Staat Colorado wurde das vermeintlich harmlose Zeug als Bausand benutzt. Erst als bekannt wurde, daß die Radon-Strahlung Lungenkrebs auslösen kann, rückten Trupps mit Preßlufthämmern an. Tausende von Wohnbauten, Schulen und Supermärkten in Colorado mußten abgerissen werden.

Dem Abraum-Problem, so schätzen Experten, sei vergleichsweise leicht beizukommen; es genüge, den Radon-Sand mit einer schützenden Erdschicht zu bedecken.

Was bei den nächsten Produktionsschritten, beim Anreichern des Natur-Urans und bei der Herstellung von reaktorfähigen Brennelementen an radioaktiven Rückständen anfällt, läßt sich nicht einfach verbuddeln – und erst recht nicht das, was schließlich in den Reaktoren ausgebrütet wird. Die verbrauchten Brennstäbe, die aus dem Reaktorkern gezogen werden, sind mit einem wahren Teufelsgemisch von radioaktiven Giftstoffen geladen.

Unter Neutronenbeschuß entstehen in den Uran-Brennstäben extrem gefährliche Gifte wie Caesium, Strontium und Plutonium, Kobalt 60 und Jod 129 – radioaktive Stoffe, die zum Teil noch in Jahrhunderten oder gar Jahrtausenden mörderische Strahlung aussenden.

Jährlich etwa 30 Tonnen Uran-Brennstoff verwandelt ein 1200-Megawatt-Meiler vom Standard-Typ Biblis in hochradioaktiven Atommüll. Die darin enthaltene Giftportion durch Verdünnen unschädlich zu machen würde, wie der amerikanische Wissenschaftsautor Luther J. Carter errechnete, rund zehn Milliarden Kubikmeter Wasser erforderlich machen – zehnmal mehr, als jährlich den Hudson River hinunterfließt.

Insgesamt produzieren die 21 westdeutschen Kernkraftwerke pro Jahr etwa 300 Tonnen abgebrannter Brennstäbe – ein Giftausstoß, der mit furchterregender Geschwindigkeit weiterwächst. In den USA lagerten 1986 bereits mehr als 12 000 Tonnen verbrauchter Brennelemente; bis zum Jahre 2000, taxieren Experten, werden weitere 40 000 Tonnen hinzukommen.

Doch das ist noch immer nicht alles. Jedes Ding, das mit den tückischen Energieträgern oder ihren Zerfallsprodukten in Berührung kommt, wird kontaminiert: Gebäude, Arbeitsgeräte, Behälter und Transportfahrzeuge verwandeln sich nach einiger Zeit unweigerlich selbst in strahlenden Abfall, der sorgfältig eingesammelt und sicher verwahrt werden muß.

Gigantische Mengen von verstrahltem Müll muß die Atombranche bewältigen, wenn, vermutlich in den neunziger Jahren, die ersten großen Kernkraftwerke aus Altersgründen stillgelegt werden. Ursprünglich hatten die Kerntechniker geglaubt, es sei möglich, die ausgedienten Anlagen weitgehend zu dekontaminieren; die Strahlung im Reaktorbereich, nahmen sie an, würde wahrscheinlich in 50 bis 100 Jahren restlos abgeklungen sein.

Doch das hat sich, wie vieles in der Geschichte der Kerntechnik, als trügerische Hoffnung erwiesen. Im Skelett der Reaktorveteranen nisten, wie Forscher inzwischen entdeckt haben, äußerst langlebige Strahlenpartikel wie etwa Nickel 59 oder Niob 94, radioaktive, durch den Neutronenbeschuß „angeregte" Substanzen mit Halbwertzeiten von 80 000 und 20 000 Jahren*.

Welche immensen technischen Probleme und welch gigantische Kosten entstehen, wenn ein stillgelegtes Kernkraftwerk entgiftet werden muß, haben die Fachleute inzwischen bei den Reinigungsarbeiten im Unglücksreaktor

* Halbwertzeit = physikalische Definition der Zeit, in der die Hälfte der Atomkerne einer radioaktiven Masse zerfällt. Nach Ablauf der Halbwertzeit ist nur noch die Hälfte des radioaktiven Ausgangsmaterials vorhanden.

Three Mile Island bei Harrisburg (USA) gelernt.

Noch heute, fast neun Jahre nach dem Unfall, dauern die Arbeiten an. Mehr als 13 000 Arbeiter waren bislang an der Aktion beteiligt, die alles in allem an die 1,6 Milliarden Mark verschlingen wird – und bei der massenhaft neuer Atommüll produziert wurde: verstrahltes Werkzeug oder radioaktiv verseuchte Berufskleidung, darunter eine Million Kunststoff-Overalls.

„Weltweit", stellte unlängst das amerikanische „Worldwatch Institute" fest, „werden in den nächsten 30 Jahren mehr als 350 Kernkraftwerke außer Dienst gestellt. Und kein Land ist darauf angemessen vorbereitet."
Den Betreiberfirmen empfiehlt das Institut, rechtzeitig Geld für eine geordnete Stillegung zurückzulegen – „etwa den gleichen Betrag wie für die Errichtung eines neuen Kernkraftwerks".

Doch mit Geld allein ist das Problem so wenig zu lösen wie mit der Abrißbirne. Wie Pech klebt der strahlende Dreck an den Verursachern, die bei ihren Versuchen, ihn loszuwerden, immer hektischer werden. Mittlerweile gelingt es ihnen nur noch mit Mühe, der ständig wachsenden Müllmenge Herr zu werden.

Was derzeit zwischen Flensburg und Füssen an strahlendem Abfall gehortet wird, ermittelt alljährlich die Physikalisch-Technische Bundesanstalt (PTB) in Braunschweig, von der Bundesregierung zum Sachwalter für die „Sicherstellung und Endlagerung radioaktiver Abfälle" bestimmt.

Nach der letzten Bestandsaufnahme der Atombuchhalter vom 31. Dezember 1986 stapeln sich Zehntausende von Normfässern mit 200 und 400 Litern Inhalt, von Beton- und Gußbehältern sowie Atommüll-Container in kerntechnischen Anlagen:

- ▷ In den Atomkraftwerken lagern einschließlich der ausgedienten Brennelemente gut 3000 Kubikmeter Rohabfall, 24 621 Fässer, 2556 Beton- und Gußbehälter sowie 34 Container mit Atomabfall.
- ▷ In der Wiederaufarbeitungsanlage von Karlsruhe, einer kleinen Pilotanlage für die geplante Atomfabrik von Wackersdorf, harren 120 Kubikmeter Rohabfall, 2085 Fässer, 3094 Betonbehälter und 322 Container auf die Entsorgung.
- ▷ In den Sammelstellen der Bundesländer werden 1100 Kubikmeter Rohabfall gehortet, 6865 Fässer, 18 Betonbehälter und ein Container.
- ▷ In den Atomforschungszentren des Bundes, wie etwa der Kernforschungsanlage Jülich, warten 1330 Kubikmeter Rohabfall, 19 383 Fässer, 4000 Beton-, fünf Gußbehälter und 392 Container auf die Atommüll-Abfuhr.
- ▷ In den Unternehmen der Atomindustrie, allen voran die Kraftwerk Union und die Hanauer Atomfabriken Alkem und Nukem, lagern 888 Kubikmeter Rohabfall, 3892 Fässer und 47 Betonbehälter.

Reaktor-Ruine in Tschernobyl: Jahrzehntelang Lügen, um das Wunschkind Kernenergie großzuziehen

Insgesamt wuchs der von der PTB erfaßte Atommüll-Berg der Republik mittlerweile auf gut 40 000 Kubikmeter an: ausreichend, 675 Güterwaggons der Bundesbahn zu füllen – ein Waggonbandwurm, der sich über siebeneinhalb Kilometer vom Bahnhof bis zum Horizont schlängeln würde.

Den größten Teil des gefährlichsten, nämlich des hochradioaktiven Abfalls, die abgebrannten Brennelemente, lagern die Atomstrom-Erzeuger auf dem eigenen Werksgelände. Dort liegen die Brennstäbe, zunehmend dichter gepackt, in den sogenannten Abklingbekken, gleich neben den Reaktoren.

Im tiefen Wasser gekühlt und gegen die Umgebung abgeschirmt, warten sie dort, zum Teil schon seit Jahrzehnten, auf die Reise in jenes märchenhafte Gebilde, das die Atomgemeinde „Brennstoff-Kreislauf" taufte. Gemeint ist die Abtrennung der Spaltstoffe – Uran 235 und Plutonium – , die auch in schon „abgebrannten" Brennstäben noch in geringem Maße enthalten sind. In Wiederaufarbeitungsanlagen sollen die Stäbe in kleine Stücke gesägt, in Säurebädern aufgelöst und in ihre chemischen Bestandteile zerlegt werden.

Damit, behauptete erst im vergangenen Dezember wieder Hermann Krämer, Aufsichtsratsvorsitzender der Atommüll-Gesellschaft DWK* und Vorstandschef der PreussenElektra, würden 96 Prozent des Materials wiederverwertet. Nur vier Prozent blieben als radioaktiver Abfall übrig. Deshalb auch sei die „Wiederaufarbeitung so wichtig".

In Wahrheit trägt die angebliche radioaktive Kreislaufwirtschaft mehr zur Verschärfung des Müllproblems bei als zu seiner Lösung.

Energietechnisch interessant sind ohnehin nur maximal zwei Prozent des in den alten Brennstäben enthaltenen Materials, etwa ein Drittel des ursprünglichen Drei-Prozent-Anteils des Uran-Isotops 235 sowie ein etwa gleich großer Anteil neu „erbrüteten" Plutoniums. Der ganze Rest besteht aus dem nicht spaltbaren Uran 238, einer Trägersubstanz.

* Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen.

Die Spaltstoff-Reste lassen sich höchstens zweimal recyclen und nicht, wie oftmals suggeriert, ewig im Kreislauf führen. Spätestens nach dem zweiten Durchgang in einer Wiederaufarbeitungsanlage macht die hohe Durchseuchung mit störenden Isotopen und Spaltprodukten die Wiederverwendung der Brennstoff-Reste unmöglich.

Vor allem aber die bei der Plutonium-Extraktion anfallenden Müllmengen sprechen der Vision vom umweltfreundlichen Brennstoff-Recycling hohn. Der Aufarbeitungsprozeß, so der Hannoveraner Physiker Helmut Hirsch, läßt das Volumen der strahlenden Abfälle auf ein Vielfaches anschwellen.

Bei einer Verarbeitungskapazität von 350 Tonnen (pro Jahr) verbrauchter Brennelemente sind etwa 170 Waggon-Ladungen für den Transport zur Anlage notwendig. Im Gegenzug muß dann allerdings mit etwa 2500 Waggonladungen strahlenden Abfalles gerechnet werden, weil haufenweise Verarbeitungsstoffe und -materialien vergiftet werden. Hirsch: „Das wird das eigentliche Atommüll-Problem der Zukunft."

Die Wiederaufarbeitung ist eine weitere Schleife in den verschlungenen Pfaden des Atommülls. Das Problem, wo der hochradioaktive Müll schließlich bleiben soll, ist aber nach der Wiederaufarbeitung genauso offen wie vorher.

Die Atommanager haben bisher nur vage Vorstellungen, was letztlich mit dem stark strahlenden Abfall geschehen soll. Sie wollen die abgebrannten Brennstäbe, nach einigen Jahren des Abklingens, in Glas oder Keramikhüllen einschweißen und die zerbrechliche Fracht tief in der Erde endlagern. Dort wird sie mindestens 20 000 Jahre weiterstrahlen – vorausgesetzt, es gelingt den Geologen, geeignete Lagerstätten ausfindig zu machen, die weder Grundwasser führen noch von tektonischen Zuckungen erschüttert werden.

Alle bisher vorgesehenen Endlager sind vorläufig unbenutzbar:

- ▷ Das Salzbergwerk Asse II bei Wolfenbüttel war ohne Planfeststellungsverfahren als Endlager genutzt worden; 1978 stoppten die Gerichte weitere Einlieferungen.
- ▷ Der Salzstock in Gorleben wird noch immer auf seine Eignung als Endlager geprüft; doch die Zukunft des „Erkundungsbergwerks" ist ungewiß: Nach einem Unfall im vergangenen Frühjahr wurden weitere Arbeiten eingestellt.

Daß es trotz fehlender Endlager noch nicht zu einer Überflutung der vorhandenen kraftwerksinternen Lager mit hochradioaktivem Material gekommen ist, hat einen schlichten Grund. Rund 2000 Tonnen, die strahlende Spitze des deutschen Atommüll-Bergs, wurden bislang im Ausland versteckt.

Doch das Abschieben des heißen Atommülls nach La Hague in Frankreich

DER SPIEGEL – ein Lexikon der Zeitgeschichte

Es gibt kein ergiebigeres Nachschlagewerk zur jüngeren Geschichte als eine SPIEGEL-Sammlung.
Wer auch morgen die Facts von heute parat haben will, kann aus SPIEGEL-Heften mit **Einbanddecken** ein Lexikon machen.
Für einen SPIEGEL-Jahrgang sind vier Einbanddecken erforderlich; deren Rückenbreite kann erst am Ende eines Quartals festgelegt werden. Bestellungen sind deshalb nur für zurückliegende Quartale möglich; bitte angeben, für welche Jahresquartale die Einbanddecken benötigt werden.
Preis DM 9,– pro Einbanddecke (inkl. Umsatzsteuer).
Versand gegen Vorkasse, im Inland portofrei.
Überweisungen mit genauem Bestellvermerk bitte auf Postgirokonto Hamburg 7137-200 (BLZ 200 100 20).

SPIEGEL-Verlag
Vertriebsabteilung
Postfach 11 04 20, 2 Hamburg 11

Magnat®

LAUTSPRECHER TEST 10/87

STIFTUNG WARENTEST **test**

MONITOR D
von
Magnat
Technologies

Testurteil: Gut
*** Nach Punkten schnitt Magnat Monitor D am besten ab.**

Wir schicken Ihnen gerne Informationsmaterial zu.
MAGNAT ELECTRONIK
Postfach 50 16 06 · 5000 Köln 50

und nach Sellafield in England dürfte schon bald ins Desaster führen. Von 1992 an darf die staatliche französische Aufarbeitungsgesellschaft Cogema, so steht es in den Verträgen, den Strahlenmüll nach Deutschland zurückschicken. Dann erst wird sich das wahre Ausmaß der bisherigen Atommüll-Produktion zeigen.

Spätestens zu diesem Zeitpunkt werden die Atommanager offenbaren müssen, daß sie va banque gespielt haben. Sie müssen den hochradioaktiven Müll zurücknehmen, ohne sichere Endlagerstätten vorweisen zu können.

Bis jetzt ist unklar, was eigentlich mit dem täglich anfallenden Stoff passieren soll.

Für den Transport der strahlenden Abfälle besitzt die Firma Transnuklear fast ein Monopol. „Unser umfangreicher Behälterpark befähigt uns", wirbt Transnuklear, „für alle vorkommenden Fälle optimale Lösungen anzubieten."

Eine Überwachung der schwach- und mittelaktiven Transporte, wie zum Beispiel der zwischen Belgien und Deutschland, hat in der Bundesrepublik praktisch nie stattgefunden. „Wenn es da um so große Firmen geht wie Nukem und Degussa oder RWE", so der Leiter der Gewerbeaufsicht Frankfurt, Manfred Vopel, „da zweifelt man doch nie dran", da gäbe es „sehr viel blindes Vertrauen".

Die Grundregeln sind für alle Bundesländer identisch: Die Polizei ist für die Sicherheit der Transportfahrzeuge verantwortlich, die Gewerbeaufsicht für Inhalt und Deklaration der Behälter. Doch der Vollzug der Vorschriften, eine echte Kontrolle, fand nirgends statt.

Das Düsseldorfer Wirtschaftsministerium räumt unumwunden ein, man habe bisher stets nachträglich „nur die Papiere kontrolliert, nicht aber die Inhalte von Ladungen". „Tatsächliche Kontrollen" seien „ungemein zeitaufwendig".

Von vergleichbarer Intensität waren bundesweit die Sicherheitskontrollen der Polizei. „Bei Tausenden von Einzeltransporten", so das Münchner Umweltministerium, sei das „ein unsäglicher Schmarrn".

So konnte der Transport-Monopolist Transnuklear nach eigenem Gutdünken radioaktives Material quer durchs Land und über viele Grenzen verschieben. Daß die Firma sich dabei mehr nach den Gewinn-Interessen richtete als nach den Vorschriften, bemerkte über Jahre niemand.

Im belgischen Kernforschungszentrum Mol, das brachte die Bestechungsaffäre ans Tageslicht, lagern knapp 2000 Kubikmeter deutscher Reaktorabfall, der nach amtlichen Angaben „viel zu hoch strahlt" und in Belgien gar nicht verarbeitet werden kann.

Transnuklear hatte die Menge, falsch deklariert, dorthin geschafft. Deutsche und belgische Kontrolleure, die bescheinigt hatten, es handele sich bei der Fracht lediglich um schwach verstrahlte Handschuhe und ähnliches, standen auf der TN-Bestechungsliste.

Doch die Belgier waren keinen Deut besser. Sie schickten ihren deutschen Kunden durch Transnuklear belgischen Atommüll, in Beton und Fässer gegossen, zurück und deklarierten ihn als deutschen Abfall. In mindestens 321 von knapp 2000 Fässern mischten die flämischen Abfallbehandler sogar noch Kobalt und Plutonium, angeblich Reste vom Großreinemachen eines belgischen Reaktors.

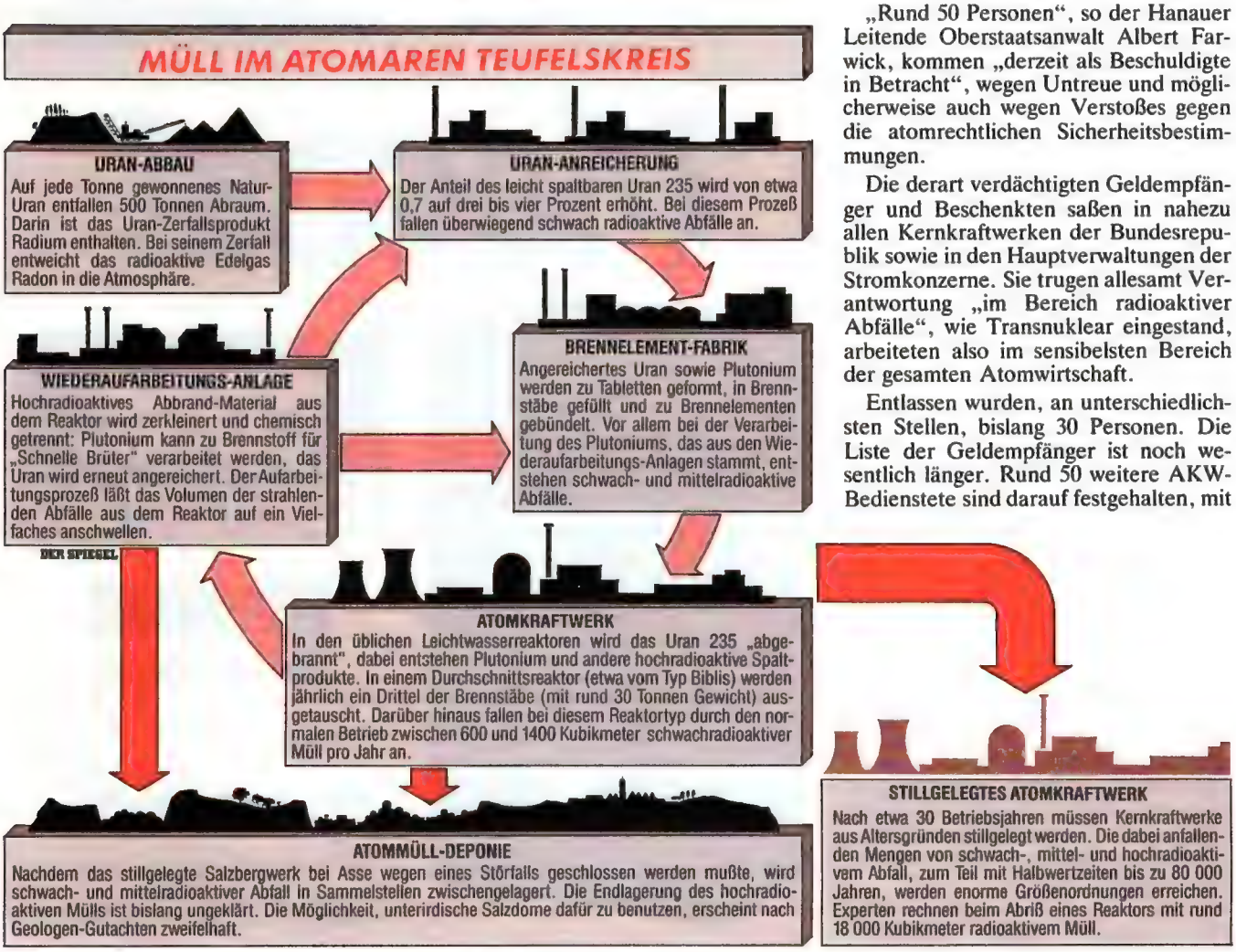
Am Freitag vergangener Woche wurde in Brüssel bekannt, daß die Mol-Manager ihre Kunden in der Schweiz und in Frankreich ähnlich austricksten. Mol war der europäische Rangierbahnhof für Atommüll-Verschiebungen größten Ausmaßes.

Die Transnuklear-Manager revanchierten sich bei den Belgiern wiederum auf ihre Weise. Anfang 1984 beschlossen sie, gut 100 Gramm plutoniumverseuchtes Reaktormaterial heimlich in den für Mol bestimmten schwachaktiven Müll zu mischen – eine Menge, die bei richtiger Verteilung ausreicht, mehrere Millionen Menschen zu töten.

„Rund 50 Personen", so der Hanauer Leitende Oberstaatsanwalt Albert Farwick, kommen „derzeit als Beschuldigte in Betracht", wegen Untreue und möglicherweise auch wegen Verstoßes gegen die atomrechtlichen Sicherheitsbestimmungen.

Die derart verdächtigten Geldempfänger und Beschenkten saßen in nahezu allen Kernkraftwerken der Bundesrepublik sowie in den Hauptverwaltungen der Stromkonzerne. Sie trugen allesamt Verantwortung „im Bereich radioaktiver Abfälle", wie Transnuklear eingestand, arbeiteten also im sensibelsten Bereich der gesamten Atomwirtschaft.

Entlassen wurden, an unterschiedlichsten Stellen, bislang 30 Personen. Die Liste der Geldempfänger ist noch wesentlich länger. Rund 50 weitere AKW-Bedienstete sind darauf festgehalten, mit



Zahlungen zwischen 1000 und 80 000 Mark.

Doch ihre Bestechung macht für Staatsanwalt Farwick „noch keinen Sinn", denn vielfach handelt es sich um „einfache Buchhalter", ein Rätsel, das auch Hessens Umweltstaatssekretär Manfred Popp „ausgesprochen unruhig" macht.

Popps Verdacht, von maßgeblichen Hessen-Juristen geteilt: Die Buchhalter-Bestechung könnte den Zweck haben, jene Männer zum Stillschweigen zu verpflichten, die merken, daß die gleichmäßig hohen Kosten der Reaktorgesellschaften für die Beseitigung hochaktiven Mülls plötzlich zurückgehen. Und daß es möglich ist, Hochaktives preiswert unter schwachstrahlenden Müll zu mischen, wenn Schmiergeld im Spiel ist, beweisen die bisherigen Ermittlungen.

Wo, das ist demnach die beunruhigende Frage, lagern noch weitere gefährliche Stoffe? Auf die Beschriftungen der Fässer und ihre Deklarationen darf sich niemand mehr verlassen.

Selbst mit der Moral des öffentlichen Dienstes steht es im Atomsektor nicht zum besten. Der Einkaufschef des staatlichen Kernforschungszentrums Karlsruhe, Hubert Tebbert, reiste auf Nukem-Kosten mehrfach nach Amerika und Japan. Der Name des langjährigen Leiters der Betriebsprüfung, Weber, der seltsamerweise in den Büchern von den Schiebergeschäften nie etwas entdeckte, erschien Weihnachten 1986 erstmals offiziell auf der „Anforderungsliste für Weihnachtsgeschenke" bei der Nukem-Abteilung „Zentrale Vertriebskoordination".

Während die Suche nach den Fässern weitergeht und die Staatsanwälte Licht in eine dunkle Vergangenheit bringen wollen, muß in Bonn geklärt werden, wie in Zukunft die Atommüll-Transporte ablaufen sollen.

Einigkeit gibt es im christlich-liberalen Lager darüber, daß die Atomwirtschaft im ganzen nicht zur Disposition steht. Geredet wird über Reformen, um die Strahlentransporte sicherer und durchschaubarer zu machen.

Mit Hochdruck arbeiten die Beamten im Bonner Umweltministerium an konkreten Vorschlägen, wie die Länderkontrolle und die Bundesaufsicht verbessert werden können. Öffentlich sollen diese Pläne in dem nach vier Jahren jetzt gerade wieder fälligen Entsorgungsbericht der Bundesregierung gemacht werden.

Unglücklicherweise war die Expertise am 15. Dezember schon fertig. Der Ton des gesamten Entwurfs: Wir haben alles im Griff, zeitliche Verzögerungen bei der Verwirklichung von Wiederaufarbeitung und Endlager fallen nicht ins Gewicht, Mengenprobleme gibt es nicht.

So strammer Optimismus ist nun nicht mehr gefragt. In aller Eile ergänzte Töpfer den amtlichen Entsorgungsreport um einen Transnuklear-Bericht; schon Mittwoch dieser Woche wird er dem Kabinett vorgelegt.

Im Entsorgungsbericht will Töpfer die wesentlichen Punkte seiner künftigen, neuen Kontrollpolitik festschreiben. Hauptziel: Der internationale Atommüll-Tourismus soll unterbunden, der binnendeutsche Nuklear-Abfall-Transport verringert werden.

Der Entsorgungsbereich soll so „kontrollfreundlich" werden, daß künftig auch der Umweltminister jederzeit einen Überblick darüber hat, welche Gesamtmenge an strahlendem Abfall wo lagert.

International Herald Tribune

„'zeihung, wo wollt ihr den Atommüll hinhaben?"

Ob dieses Ziel realistisch ist, wird schon jetzt bezweifelt. „Angesichts des Umfangs der Atomindustrie", meint Michael Sailer, Nuklear-Experte des Darmstädter Öko-Instituts, „ist eine perfekte Kontrolle aller radioaktiven Materialien ausgeschlossen." Auch bei größtem Aufwand sei es unmöglich, Pannen, Schlampereien und kriminelle Aktionen zu verhindern.

Der Skandal um die Transnuklear-Fässer und um die bestochenen Techniker bestätigt den Atomkritiker Sailer und widerlegt die Bundesregierung. Die hatte im Mai 1987 noch voller Optimismus kundgetan, „daß das Abhandenkommen auch kleiner Mengen von Reaktorplutonium ausgeschlossen bleibt".

Nach den jüngsten Einblicken in die Arbeitsweise der Atomwirtschaft und nach den bisherigen Erfahrungen mit dem schaumschlägerischen Zweckoptimismus der Kernenergie-Lobby kann die Skepsis nicht groß genug sein. Es muß bezweifelt werden, daß dem Bonner Umweltminister Reformen gelingen, mit denen die Sicherheit der Atommüll-Transporte garantiert wird.

Vor allem aber können Töpfers hektische Aktivitäten nicht darüber hinwegtäuschen, daß er an der ungelösten Entsorgung nichts ändern wird. Der forsche Pragmatismus des Bonn-Neulings wird am Grunddilemma der Atomwirtschaft scheitern: Es gibt sie nicht, die ungefährliche, beherrschbare Kerntechnik; es gibt keinen Atomstrom, der konkurrenzlos billig und zugleich sicher in der Herstellung ist.

Nur weil die Entsorgungsfrage verdrängt und ein unverantwortlich lässiger Umgang mit dem radioaktiven Material akzeptiert wurde, konnte die Nuklear-Gemeinde die Stromerzeugungskosten der atomaren Stromfabriken unter die von Steinkohle-Kraftwerken drücken.

Eine der Gefährdung angemessene Behandlung des Atommülls und eine ordentliche Sicherung der Transporte und der Lagerplätze würde den Atomstrom zur teuersten Energie der Welt machen. Die Behauptung der Kernenergie-Befürworter, die Technik sei sicher, ist nach Harrisburg und Tschernobyl, nach der Müll-Affäre hierzulande kaum noch zu halten; fällt diese These, dann fällt auch die These vom billigen Atomstrom.

Billig ist Atomstrom nur, solange die Sicherheit zweitrangig ist; und solange es die Menschheit hinnimmt, für ihre heutige Energieverschwendung die Menschheit über unzählige Generationen hinweg mit dem Höllenfeuer des nuklearen Abfalls zu belasten.

Die Frage nach den Reformen beim Atomtransport-Gewerbe erscheint da eher zweitrangig. Es geht im Grunde

Gewöhnliche Anrufbeantworter sind ziemlich beschränkt. Was Sie brauchen, ist das Organisationstalent.

Zukunftssicher – da ISDN - modifizierbar

TAB 5 Modul System

Warum sollten Sie sich beschränken? Das ZETTLER TAB 5 Modul System paßt sich Ihren Anforderungen an. Ganz flexibel. Und mit System. Wählen Sie das Leistungsspektrum für Ihr persönliches ZETTLER TAB 5 Modul System.

Anrufbeantworter mit bis zu 6 wählbaren Meldetexten – auch zum Anschluß an 2 Amtsleitungen. Bis zu 4 Std. Gesprächsaufzeichnung – auf Wunsch mit Datum- und Zeitansage. Fernabfrage. Dialogsystem. Diktierfunktion. Mitschneiden von Telefongesprächen. Fernschaltung von Elektrogeräten. Wählautomat mit Speicher und Rufweiterleitung – auch an Euro-Signal. Und vieles mehr.

Viel Leistung und anspruchsvolles Design. Sie sehen, das ZETTLER TAB 5 Modul System paßt zu Ihnen. In jeder Hinsicht.

Fordern Sie ausführliche Informationen an. Beim qualifizierten Büro-Fachhändler oder direkt bei ZETTLER.

Übrigens: ZETTLER Anrufbeantworter gibt es schon ab DM 776,–*

* Unverbindliche Preisempfehlung

ZETTLER

Alois Zettler Elektrotechnische Fabrik GmbH
Holzstraße 28-30 · D-8000 München 5
Telefon (089) 2388-278

ZETTLER-Elektro-Apparate Ges.m.b.H.
Murlingengasse 61, A-1120 Wien
Telefon (02 22) 8 32 53 50

Telion AG
Albisriederstraße 232, CH-8047 Zürich
Telefon (01) 4 93 15 15

sp 156 136

darum, ob die Atomindustrie überhaupt weitermachen soll und darf.

Ginge es nach den Buchstaben des geltenden Atomrechtes, das eine funktionierende und sichere Entsorgung des Atommülls für den Betrieb von Kernkraftwerken voraussetzt – die 21 deutschen Reaktoren müßten morgen abgeschaltet werden.

Würden die Preiskalkulationen der atomaren Stromerzeuger wirklich allen gegenwärtigen und zukünftigen Aufwand einschließen – die Elektrizitätswirtschaft müßte den Betrieb der Kernkraftwerke aus Kostengründen schnellstens einstellen: Die demnächst anfallenden Kosten einer auch nur halbwegs verantwortlichen Atommüll-Behandlung werfen die Atomreaktoren als Stromproduzenten aus dem Wettbewerb mit Kohle, Öl oder Wasserkraft.

Doch die Kohl-Regierung und große Teile der deutschen Wirtschaft bleiben voll auf Atomkurs. Bonn drängt darauf, den Schnellen Brüter bald anzuschalten; in Wackersdorf wird an einer Wiederaufarbeitungsanlage gebaut, die nur sinnvoll ist, wenn langfristig weiter auf Kernkraft gesetzt wird; auch ein mittelfristiger Ausstieg aus der Kernkraft steht nicht auf dem Programm dieser Regierung.

Einzige Neuerung: Umwelt- und Reaktorminister Töpfer gibt zu, daß bislang keine wirklich sichere Entsorgungsmöglichkeit existiert. Töpfer im SPIEGEL-Gespräch (Seite 29): „Hier ist etwas noch nicht gelöst."

Natürlich wird der Bankrott der Atomideologie nicht eingestanden. Statt dessen beschwört das Polit-Establishment in altdeutscher Stahlbad-Manier die schicksalhafte Herausforderung des menschlichen Erfindergeistes. Weil der Atommüll nicht mehr unterzubringen ist, müssen jetzt, in einer heroischen Anstrengung der Wissenschaftler und Techniker, Lösungen gefunden werden.

Doch welche? Nichts weist darauf hin, daß demnächst Werkstoffe und Materialien zur Verfügung stehen werden, die radioaktiv strahlenden und Wärme entwickelnden Atommüll für 20 000 oder mehr Jahre von der Lebenswelt der Menschen trennen können.

Die Notbremse zu ziehen, die Kernreaktoren allmählich abzuschalten, umzustellen auf weniger Energieverbrauch und andere Energiegewinnung wäre die redlichste und verantwortungsvollste Konsequenz aus den Skandalen.

Ob die Kosten des (technisch machbaren) Abschaltens aller Atommeiler und des (Wieder-)Umsteigens auf andere Energieträger und Energiesparen zumutbar sind, ist eine Frage der Prioritäten. „Alle Verantwortlichen sollten mit offenen Karten spielen", meint Atomexperte Sailer, „und deutlich machen, was ihnen wichtiger ist: ein paar Pfennig auf der Stromrechnung oder das Leben der Menschen."

„Das Vertrauen ist erheblich erschüttert“

Umweltminister Klaus Töpfer über die Affäre Transnuklear und die Risiken der Atomenergie

SPIEGEL: Herr Töpfer, nach der Katastrophe von Tschernobyl haben Industrielle und Politiker hierzulande den Anspruch erhoben, die Qualität deutscher Nukleartechnik und deutscher Kontrolle sei weltweit Spitze. Östliche Schlampereien seien in der deutschen Sicherheitskultur undenkbar. Sie sind jetzt neun Monate im Amt, seit vier Wochen sind Sie Tag und Nacht mit dem Transnuklear-Skandal beschäftigt. Ist Ihr Vertrauen in die Kompetenz und die Moral der Atommanager eigentlich ungebrochen?

TÖPFER: Es wäre falsch, die Atommanager und die Branche zu verurteilen. In den letzten Tagen und Wochen ist das Vertrauen in die Verläßlichkeit von Menschen, die mit Kernenergie umgehen, allerdings erheblich erschüttert worden. Wer in diesen Wirtschaftszweigen arbeitet, muß intensiv überprüft werden. Gefahren für Mensch und Umwelt wegen der Unzuverlässigkeit von Mitarbeitern müssen ausgeschlossen werden.

SPIEGEL: Beschränkt sich der Vertrauensverlust auf Transnuklear?

TÖPFER: Bis zum Augenblick ist der Vorgang auf einen ganz bestimmten Firmenbereich konzentriert. Doch wegen des Vertrauensverlusts müssen wir tiefer pflügen und nicht nur dort handeln, wo Transnuklear sich jetzt als fehlerhaft erwiesen hat.

SPIEGEL: Sie haben bereits wenige Tage nachdem die Atommüll-Schieberei bei Transnuklear offenkundig geworden war, erkannt, daß von den Fässern keine Gefahr für die Menschen ausgeht. Woher wußten Sie das eigentlich?

TÖPFER: Aus den Fakten. Denn als erstes haben wir die Aufsichtsbehörden – also die Länder – veranlaßt, die Fässer auszumessen. Uns wurde – bis zum heutigen Tage – bestätigt, daß die Außenstrahlung der Fässer nicht über den Genehmigungswerten liegt und daß deswegen von diesen Fässern aktuell keine Gefährdung für Mensch und Umwelt ausgeht, weder für die dort Beschäftigten noch für die in der Umgebung wohnenden Menschen.

SPIEGEL: Sie haben in diesen Tagen aber auch erfahren, daß Begleitpapiere manipuliert werden können; daß die Außenmessungen keine endgültigen Aussagen darüber zulassen, was tatsächlich in den Fässern ist. Gefahr kann ja auch dadurch entstehen, daß in den vielen tausend Fässern etwas drin ist, von dem niemand weiß, was es ist.

Töpfer (M.), SPIEGEL-Redakteure*: „Hier ist etwas noch nicht gelöst“

TÖPFER: Ich habe doch überhaupt nicht den Eindruck erweckt, als wäre die Aussage für alle Zeit richtig, daß von diesen Fässern keine Gefahr ausgeht. Diese Aussage habe ich nie getroffen und werde ich auch nicht treffen. Wir haben veranlaßt, das Innenleben dieser Fässer genau zu überprüfen. Erst dann werden wir weitere Aussagen machen können – bis hin zu der Frage: Wie sieht es mit der Endlagermöglichkeit dieser Fässer und ihres Inhalts aus?

SPIEGEL: Akute Gefahr bestand also nie?

TÖPFER: Dies ist das, was wir zum gegenwärtigen Zeitpunkt nach bestem Wissen und Gewissen sagen können. Deswegen war es richtig, so vorzugehen, wie wir vorgegangen sind. Andere Maßnahmen – wie etwa eine kurzfristige Verlagerung dieser Fässer – waren nicht notwendig.

SPIEGEL: Bei der Bund-Länder-Sitzung am Dienstag voriger Woche konnte Ihr Ministerium nicht einmal sagen, wie viele Fässer tatsächlich zu der Belgien-Partie gehören. Es schwirrten, vier Wochen nach der ersten Kenntnis von diesem Skandal, immer noch drei Zahlen herum. Nun wird eine monatelange, wahrscheinlich jahrelange Untersuchung beginnen, weil kein Mensch weiß, was und wo überall manipuliert wurde.

TÖPFER: Wir haben die Zahlen der Fässer veröffentlicht, die uns von den Ländern genannt worden sind, aber ich will mich hier weder verteidigen . . .

SPIEGEL: . . . wir haben eher den Eindruck, daß Sie Verantwortliche aus der Atomindustrie verteidigen.

TÖPFER: Genau das tue ich nicht. Ich habe ja unmittelbar nach Kenntnis dieser nuklearspezifischen Vorgänge den Verantwortlichen die Zuverlässigkeit nicht mehr attestiert und die Genehmigungen zum Transport suspendiert. Das, was hier inkriminiert wird und in besonderer Weise problematisch ist, ist die Tatsache, daß Alpha-Strahler wie Plutonium mit hineingemischt und nicht deklariert worden sind. Die aber kann man bei Messungen ohne Faßöffnung eben nicht identifizieren. Ich kann heute kein endgültiges Urteil abgeben.

SPIEGEL: Sie haben gesagt, der Skandal sei auf das „unverantwortliche Verhalten einzelner in der Kernenergie“ zurückzuführen. Einzelner? Immerhin sind ja doch inzwischen bei Transnuklear sowie bei den Kraftwerken über 100 Menschen in diese Affäre verwickelt, darunter Strahlenschutzbeauftragte, die quasi öffentliche Funktionen erfüllen.

* Klaus Wirtgen und Winfried Didzoleit, in Töpfers Amtszimmer.

TÖPFER: Wir werden auf Dauer die friedliche Nutzung der Kernenergie in der Bundesrepublik nur verantworten und akzeptabel erhalten können, wenn wir ohne Rücksicht auf betroffene Personen – auch auf deren Zahl – zusammen mit der Staatsanwaltschaft und den Bundesländern aufdecken und aufklären. Es darf kein Zweifel aufkommen: Sicherheit, aber auch Zuverlässigkeit von Personen stehen über allen anderen Kriterien wie zum Beispiel Wirtschaftlichkeit. Das zu garantieren ist meine Aufgabe.

SPIEGEL: Sind Sie sicher, daß Sie diesem hehren Grundsatz immer folgen?

TÖPFER: Wir arbeiten praktisch unter öffentlicher Kontrolle, auch durch die Medien. Eine radioaktive Verseuchung könnten wir gar nicht vertuschen, und das wollen wir auch nicht. Ich glaube, wir können in unserer Gesellschaft auf der Grundlage einer Unwahrheit auf Dauer nie etwas akzeptabel erhalten. Ich suche auch hier wirklich die Wahrheit – auch auf die Gefahr hin, daß wir sie finden.

SPIEGEL: Fühlen Sie sich frei zu Entscheidungen, die Sie sachlich für notwendig halten, die aber Ihrer Partei, der CDU, politisch nicht unbedingt opportun erscheinen? Immerhin hält die Union auch nach Tschernobyl unbeirrt an der Kernkraft fest.

TÖPFER: Die Partei, der ich angehöre, hat sich für die friedliche Nutzung der Kernenergie immer unter der klaren Bedingung ausgesprochen, daß dies bei Vorrang der Sicherheit zu geschehen hat. Ich habe immer wieder – lange vor Transnuklear – gesagt: Gerade dort, wo eine Technik mit weitreichenden Konsequenzen für Mensch und Umwelt verbunden ist, müssen menschliche Fehler und das menschliche Irren mit bedacht werden. Das gilt vornehmlich auch für das menschliche Fehlverhalten in kriminellem Sinne. Schon deshalb kann der Beleg, daß jemand bestechlich – also kriminell – ist, uns nicht zu einer grundsätzlichen Neubewertung dieser Technik führen.

SPIEGEL: Irgendwo stoßen Sie mit der Methode, sich gegen technische Fehler und menschliche Schwächen durch immer neue organisatorische und konstruktive Barrieren abzusichern, an eine Grenze, ohne die Gefahr völlig gebannt zu haben.

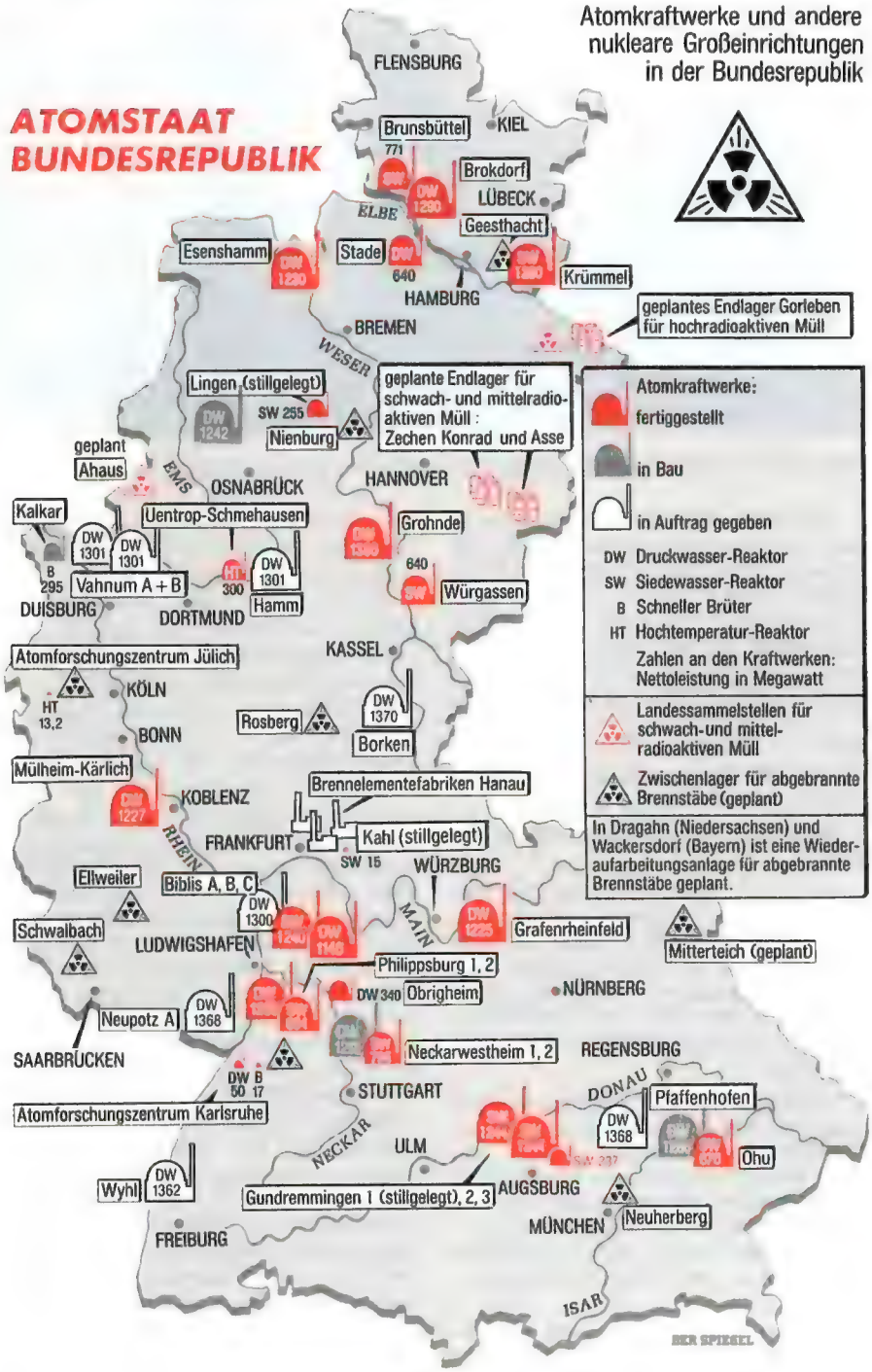
TÖPFER: Natürlich kommt man dabei zu einer logischen Kalamität. Kernenergie-Technik erhält Sicherheit durch Redundanz und Diversität, also durch mehrfach voneinander unabhängige Sicherheitssysteme. Aber auch diese Mehrfachsicherung kann durch bewußtes oder unbewußtes Falschreagieren von Menschen wieder außer Kraft gesetzt werden, was logisch eine wiederum neue Sicherung vorauszuplanen erforderlich machen würde. Dieser gedankliche Prozeß könnte immer und immer wiederholt werden, ohne daß eine abschließende Sicherheit erreicht wird.

SPIEGEL: Was hat diese Einsicht für Folgen?

TÖPFER: Wir leben in einer Welt, in der menschliches Entscheiden durch unvollkommene Information gekennzeichnet ist. Entscheidungen bergen zwangsläufig Risiken. Unsere Aufgabe besteht darin, dies Risiko so zu vermindern, daß es – wie es das Bundesverfassungsgericht gesagt hat – als allgemeine, sozial adäquate Last akzeptiert werden kann. Überall dort, wo das Risiko nicht unterhalb dieser Schwelle liegt, sage ich: Hier können wir nicht mehr weitergehen.

SPIEGEL: Damit weiß immer noch keiner, von wo an Sie nicht mehr weitergehen.

TÖPFER: Ein Überspielen der Sicherheitsvorkehrungen kann ich denknotwendig nicht ausschließen. Dazu habe ich mich bekannt. Das ist das von Ihnen angesprochene logische Dilemma. Der Prozeß, immer weitere Barrieren gegen Unfälle zu errichten, muß an irgendeiner Stelle abgebrochen werden, weil ein Entscheiden sonst unmöglich wird – ebenfalls nicht ohne Folgen. In dieser Entscheidung ist zu beachten, daß der Verzicht auf diese Technik ebenfalls Konsequenzen für die Bewältigung der Probleme hat, die von der Menschheit heute und in Zukunft gelöst werden müssen. Das gilt nicht nur für die Kernenergie. Das gilt für die Gentechnologie ganz genauso, es gilt für alle technischen Entwicklungen.



SPIEGEL: Im konkreten Fall sind die Durchstechereien bei Privatfirmen passiert. Würde eine Verstaatlichung des Transportsystems oder gar der gesamten Atomindustrie helfen?

TÖPFER: Natürlich muß man sich fragen: Kann diese Energieerzeugung, in Teilen oder ganz, im Rahmen staatlicher Zuständigkeit sicherer gemacht werden? Aber an der von mir vorhin dargestellten Kalamität ändert das überhaupt nichts.

SPIEGEL: Sie haben Transnuklear – vorläufig zumindest – die Genehmigung für den Transport entzogen, weil Sie das Vertrauen in die dort handelnden Menschen verloren haben. Betroffen sind aber auch viele Mitarbeiter in den Kernkraftwerken, die sich offenbar über eine lange Zeit hin bestechen ließen. Müßten Sie da nicht auch mit einem zumindest vorläufigen Lizenzentzug reagieren?

TÖPFER: Ich habe deutlich gemacht, daß mich die Vorgänge bei Transnuklear gegenwärtig nicht zu einer Veränderung meines Urteils über die friedliche Nutzung der Kernenergie führen. Das beruht auf dem Informationsstand, den ich jetzt habe. Ich bin weiter sehr, sehr nachhaltig daran interessiert, deutlich zu machen, daß wir einen Entsorgungsnachweis für das Betreiben eines Kernkraftwerkes fordern . . .

SPIEGEL: . . . darum geht es uns jetzt nicht. Die Frage ist: Wieso gelten die Stromherren, die Korruption nicht durch Kontrollen verhindert haben, noch als so zuverlässig, wie das Atomgesetz es befiehlt?

TÖPFER: Die Betreiber von Kernkraftwerken?

SPIEGEL: Genau die.

TÖPFER: Eine ganz schlichte Antwort: Die Forderung nach Zuverlässigkeit ist nicht auf die Menschen begrenzt, die den Transport und die Konditionierung von Abfallstoffen vornehmen. Das gilt für jeden, der sich mit Kernenergie abgibt. Und dort, wo ich Informationen erhalte, daß an anderer Stelle die Zuverlässigkeit in Frage gestellt werden muß, werde ich dieselben Maßnahmen ergreifen, die ich bei Transnuklear ergriffen habe.

SPIEGEL: Mutmaßliche Täter saßen auch in den Atomkraftwerken. Nur haben Sie dort bisher noch keine Konsequenzen gezogen.

TÖPFER: Selbst Sie sprechen von mutmaßlichen Tätern.

SPIEGEL: Wir sind keine Vorverurteiler.

TÖPFER: Prima. Sehen Sie: Auf bloße Mutmaßungen hin kann ich keine Entscheidungen treffen. Da kann ich nicht sagen: Ich stelle die Zuverlässigkeit in Frage – und ziehe Genehmigungen zurück.

SPIEGEL: Das ist doch das Dilemma. Wenn den Müllkutschern von Transnuklear eine Straftat nicht nachgewiesen werden kann, haben die ihre Lizenzen bald wieder.

Brennstäbe-Lagerung in La Hague
„Wir müssen tiefer pflügen"

TÖPFER: Also, Zuverlässigkeit baut auf zwei Säulen auf: auf der persönlichen und auf der organisatorischen. Selbst wenn sich herausstellen sollte, daß überhaupt keinem Menschen bei Transnuklear strafrechtlich ein Fehlverhalten nachgewiesen werden kann, muß ich fragen, ob die Organisationsstruktur der Transnuklear oder anderer Firmen so ist, daß Gefährdungen nicht entstehen können. Wir prüfen das seit langem, denn Transnuklear ist ja nicht erst seit Dezember ein Fall, der die Öffentlichkeit erregt, sondern seit . . .

SPIEGEL: . . . wenige Tage nach Walter Wallmanns Wahlsieg in Hessen eine Selbstanzeige wegen Korruption erfolgte . . .

TÖPFER: . . . seit im April diese Informationen kamen. Die haben das Ministerium natürlich veranlaßt zu sagen: Wir müssen mal die Kriterien klarstellen, mit denen wir die Zuverlässigkeit – und zwar bundeseinheitlich – bestimmen können. Es gab überhaupt keine Diskussion mit den Ländern darüber, daß die Zuverlässigkeit auf diese beiden Säulen gestellt werden muß.

SPIEGEL: Sehen Sie denn jetzt Anlaß, die Statik Ihrer beiden Säulen auch bei den Stromkonzernen mal zu untersuchen?

TÖPFER: Überall dort, wo es dazu Hinweise gibt, werden wir tätig.

SPIEGEL: Haben Sie damit schon angefangen? Haben Sie Grund gehabt, damit anzufangen?

TÖPFER: Wir haben gerade mal drei Wochen Zeit gehabt, uns in diesem recht spektakulären Fall voranzuarbeiten. Wir wissen, daß von der Transnuklear aus auch andere Bereiche der Kernenergie mit erreicht werden. Wir müssen sehen: Wo kommen die Abfallstoffe her? Und wir müssen sehen, wem Transnuklear gehört. Es wäre leichtfertig und unverantwortlich, wenn wir nach Bearbeitung der ersten aktuellen Erkenntnisse über Transnuklear nicht auch diese Vorwärts- und Rückwärtsverflechtungen überprüfen würden, die Muttergesellschaft Nukem inklusive.

SPIEGEL: Seit über 30 Jahren wird Strom aus Kernenergie gewonnen. Dennoch gibt es auf der ganzen Welt immer noch kein einziges legales Endlager für den strahlenden Müll. Bedrückt Sie das?

TÖPFER: Aber selbstverständlich bedrückt mich das. Man hält mir immer wieder öffentlich vor: Die Technik als solche mag ja sicher sein. Aber wohin denn mit diesen Abfallstoffen, die Tausende und Abertausende von Jahren Hypotheken für kommende Generationen darstellen werden? Das kann ich nicht als herbeigeredetes Problem abtun. Durch die Vorgänge bei Transnuklear werden wir mit Macht wieder darauf gestoßen: Hier ist etwas noch nicht abgearbeitet, noch nicht gelöst.

SPIEGEL: Kein Element der bereits Mitte der siebziger Jahre konzipierten Atommüll-Beseitigung – Zwischenlager für abgebrannte Brennelemente, Wiederaufarbeitung, Endlager im Salz von Gorleben – ist heute funktionsbereit. Die Fertigstellung rückt immer weiter in die Zukunft, näher an das Jahr 2000. Trotzdem produzieren die Kraftwerke nicht nur Strom, sondern auch immer mehr Atommüll. Ist das verantwortbar?

TÖPFER: Die zweite Seite der Medaille halten Sie wohlweislich bedeckt. Es gibt in der Bundesrepublik viel weniger Kernkraftwerke als in den siebziger Jahren prognostiziert. Also fällt auch viel weniger Müll an, es wurde Spielraum gewonnen.

SPIEGEL: Wir halten fest, daß Sie für den Atommüll kein Zwischenlager und kein Endlager haben.

TÖPFER: Wir haben natürlich Zwischenlager, zum Beispiel kraftwerksintern oder Landessammelstellen. Die gewonnene Zeit nutzen wir eben, um die Entscheidung über das Endlager mit der gebotenen Eile, aber ohne Hast auf gesicherter wissenschaftlicher und fachlicher Basis zu fällen.

SPIEGEL: Kann es nicht sein, Herr Töpfer, daß eines Tages ein für die Reaktorsicherheit zuständiger Minister – wie in der Geschichte der Nutzung der Kernenergie schon häufiger – vor voll-

endete Tatsachen gestellt wird? Dann liegen da soundso viele tausend Tonnen Brennelemente. Das gefährliche Zeug muß schnell weg. Und dann ist die Versuchung groß, die Ansprüche an die Sicherheit zu senken. Dies ist immer noch weniger riskant, als prinzipientreu einen Haufen von Brennelementen oder Atommüll in der Landschaft rumliegen zu lassen.

TÖPFER: Ich sitze doch nicht in diesem Amt mit der Selbstgefälligkeit und Selbstsicherheit eines Menschen, der sagt: Das haben wir immer geregelt, deswegen werden wir das in Zukunft auch regeln können. Ich bin überzeugt, wir müssen in der Umweltpolitik, auch in der Entsorgungspolitik, von der Schadensbeseitigung noch mehr zur wirksamen Vorsorge kommen. Ich gebe zu, daß wir bei der Beseitigung von Atommüll deswegen unter Druck stehen, weil sich die Umsetzung der Entscheidungen verzögert, nicht zuletzt zur weiteren Absicherung auch der sicherheitsrelevanten Fragestellungen.

Doch egal, ob wir jetzt aussteigen oder nicht: Wir haben diese Endlager-Frage zu bewältigen – egal auch, welcher politischen Couleur der Bundesumweltminister ist. Die Bausteine des Entsorgungskonzepts stehen, sie sind aber noch nicht alle fertig; aber ihre Bereitstellung ist nicht so gefährdet, daß man auf der Grundlage dieses Konzepts nicht belastbar entscheiden könnte.

SPIEGEL: Belastbar heißt, Sie können den Betrieb der vorhandenen Kernkraftwerke weiter zulassen und sogar noch einen begrenzten Zubau hinnehmen?

TÖPFER: So sehe ich das.

SPIEGEL: Die endgültige Genehmigung des Standorts für ein Endlager im Salzstock von Gorleben scheint für Sie Formsache zu sein. Sie wissen schon, der Standort ist geeignet.

TÖPFER: So eben nicht. Aufgrund der Aussagen der Fachleute habe ich Grund zu guter Hoffnung. Aber damit hier kein falscher Zungenschlag hineinkommt: Hier ist nichts entschieden, sondern hier wird bergmännisch erkundet.

SPIEGEL: Würden Sie als Genehmigungsminister im Licht heutiger Erkenntnisse in den Sechzigern auf den roten Knopf gedrückt und die Entwicklung ohne Endlager in Gang gesetzt haben?

TÖPFER: Die mir zugewachsenen Kenntnisse veranlassen mich zu größter Skepsis gegenüber dem Druck auf rote Knöpfe . . .

SPIEGEL: . . . weil Sie an Ernst Albrecht denken, der unlängst feierlich durch Knopfdruck im Kraftwerk Buschhaus eine Entgiftungsanlage einschaltete, die dann nie funktionierte . . .

TÖPFER: . . . daran haben Sie gedacht. Ich glaube, daß es immer so sein wird: Wir nutzen eine Technik und lernen während dieses Prozesses immer wieder zuvor unerkannte Schwachstellen kennen. In den siebziger Jahren wendeten Ingenieure und Politiker alle Konzentration auf die Sicherheit der Reaktoren. Jetzt steht die Entsorgung im Mittelpunkt. Nach heutiger Kenntnis gebe ich gern zu: Schon damals hätte man, genauso nachdrücklich, wie wir es heute tun, an der Entsorgung arbeiten können und müssen.

SPIEGEL: Korruption und Versäumnisse in der Atombranche – ein Fall wie jeder andere?

TÖPFER: Ganz und gar nicht. Das geht an die Substanz einer Industriegesellschaft, und es stellt sich die ethische Grundfrage: Wie geht der Mensch mit seinem immer gefährlicher werdenden Wissen um? Hat er überhaupt die moralische Stärke zur verantwortlichen Nutzung von Techniken, die auch ohne Mißbrauch unabsehbare Schäden auslösen können?

SPIEGEL: Zweifel sind erlaubt.

TÖPFER: Deswegen müssen wir darüber nachdenken, ob es nötig ist, unsere Probleme durch immer größere, zentral gesteuerte Projekte zu lösen. Sind nicht dezentrale Lösungen möglich?

SPIEGEL: Ist der Unionsminister Töpfer auf dem alternativen Trip „Klein ist schön"?

TÖPFER: Wenn's vernünftig ist, ich habe keine Berührungsangst. Die Überzeugung, daß wir zum Beispiel die Großtechnik Kernenergie als Energieträger verantworten können, ist für mich kein Alibi, mit dem Nachdenken aufzuhören. Ich habe zu Anfang meiner Tätigkeit in Bonn gefordert, da war ich noch gar nicht richtig im Amt, wir müßten eine Zukunft ohne Kernenergie erfinden; aber ich fügte auch hinzu, wir müßten auch eine Zukunft ohne fossile Energieträger erfinden. Da kam nicht nur ein freudiges Echo. Aber ich bin heute noch derselben Meinung.

SPIEGEL: Vielleicht sollten Sie Ihren Erfindergeist zunächst mal auf das Energiesparen konzentrieren.

TÖPFER: Natürlich muß Energie gespart werden. Das kann am besten über die Preise geschehen. Ich bin durchaus der Meinung, daß der durch die Wechselkurse verursachte Ölpreisverfall – umweltpolitisch gesehen – aufgefangen werden sollte, vielleicht durch höhere Mineralölsteuern. Von niedrigen Energiepreisen gehen die falschen Signale für die Verbraucher aus. Doch wer heute die Mineralölsteuer erhöhen will, gerät in den Verdacht, keine Umwelt-, sondern Haushaltsprobleme lösen zu wollen.

SPIEGEL: Die Bürger sind zum Jahresende ganz schön wachgerüttelt worden. Der Transnuklear-Skandal hat ihr Vertrauen in die Integrität von Atommanagern erschüttert. Das Vertrauen in die Kontrollkapazität des Staates ist gleich mit geschwunden. Hinzu kam die Enthüllung, daß vor 30 Jahren eine demokratisch gewählte Regierung in London die Bürger über das Ausmaß des Atomunfalls in Windscale aus taktischen Erwägungen getäuscht und die Betroffenen einem hohen gesundheitlichen Risiko ausgesetzt hat, das vermeidbar gewesen wäre. Seit der Kieler Affäre wissen wir, daß auch hier Politiker zu beachtlicher Skrupellosigkeit fähig sind . . .

TÖPFER: . . . ich muß mir doch immer wieder selbst die Frage stellen und sie mir auch gefallen lassen: Wieweit bist du denn selbst glaubwürdig? An irgendeiner Stelle blickt ja auch in meine Seele niemand anders rein als ich selbst. Doch ich kann nur versuchen, durch mein Handeln zu belegen, daß ich meine, was ich sage. Mehr ist nicht drin.

SPIEGEL: Herr Töpfer, wir danken Ihnen für dieses Gepräch.

tz, München

Störfall bei Töpfer

AE 12/87 PC

Erfolg macht souverän.

Wer seine Souveränität *ichtigen Entscheidungen* verdankt, hat eine wichtige längst getroffen: für die American Express Kar:e. Und damit für finanzielle *Unabhängigkeit,* die sich geschäftlich wie privat in kürzester Zeit lohn:. Deshalb ist die Karte nicht nur hierzulande ebenso erfolgreich wie die Menschen, die sie besit:en.

Informationen unter: Tel. 069/720016

Die American Express Karte. Bezahlen Sie einfach mit Ihrem guten Namen.

Messe Düsseldorf Düsseldorfer Messegesellschaft mbH – NOWEA – Postfach 32 02 03
D-4000 Düsseldorf 30, Tel.: (02 11) 45 60-01, Telefax (02 11) 45 60-668, Telex 8 584 853 mes d

Ein Haufen Schurken

Ein Rundfunksender, der mit Millionen aus Bonner Kassen finanziert wurde, fördert inzwischen den Sturz der philippinischen Präsidentin Corazon Aquino.

Philippinen, 22. November 1986. Rechte Militärs proben den Aufstand gegen die neue Staatspräsidentin „Cory" Aquino. Putschgefahren auch in Cebu City, der drittgrößten Stadt des Archipels: Dort sucht der Rundfunksender DYLA mit Falschinformationen seine Hörer aufzuwiegeln.

28. August 1987. In der Hauptstadt Manila versucht der Oberst Gregorio „Gringo" Honasan mit rund 1000 Mann, die Regierung Aquino aus dem Amt zu jagen. Als einziger der Regionalkommandeure hat sich in Cebu City Brigadegeneral Edgardo Abenina den Meuterern von Manila angeschlossen. Er bringt alle örtlichen Rundfunksender zum Schweigen; nur Radio DYLA bleibt auf Sendung und ist fortan die Stimme der Rebellen. Es dauert Stunden, bis der regierungstreue General Romulo Querubin dem Spuk ein Ende macht und den Sender zwingt, vom Zusammenbruch der Rebellion in Manila zu berichten.

Wann immer Militärs und Marcos-Anhänger gegen die Präsidentin angehen wollen, Radio DYLA ist dabei – und zwar mit Bonner Hilfe. Der Sender wird auch mit deutschen Steuergeldern finanziert, die aus dem Etat des Entwicklungshilfeministeriums stammen und über die sozialdemokratische Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) ins fernöstliche Inselreich fließen.

Vor einiger Zeit noch pries FES-Auslandschef Siegfried Bangert seine Sendestation als „eines der erfolgreichsten Projekte des medienpolitischen Entwicklungssektors". Mehr noch: Die deutsche Hilfestellung sollte die „Sinnfälligkeit der Medienförderung in einem asiatischen Entwicklungsland" schlechthin unterstreichen.

Der Fall ist da, der Sinn ist klar, das Projekt ganz offenbar am Ende. So sehen es inzwischen auch die Stiftungsmanager, die den Sender seit 1970 „zur Förderung gesellschaftspolitischer Rundfunkarbeit" aufbauten und ihm seit 1979 über ein „Rundfunkproduktions- und Trainingszentrum" (BPTC) weitere Millionen zukommen ließen.

So sehen es auch regierungstreue Politiker vor Ort, die den aufrührerischen Ebert-Sender ausschalten wollen. Nach dem November-Putsch 1986 klagte das Provinz-Parlament über „Mißinformation" der Bevölkerung. Nach der August-Untat forderte Antonio Cuenco, Vizepräsident des Repräsentantenhauses in Manila, Parlament und Rundfunkkommission sollten die Lizenz entziehen.

Sozialdemokrat Kühn, philippinische Partner*, Rebellen in Manila (August 1987): Reichlich Bonner Gaben

Sein Bruder Jose Cuenco, Cebus Aquino-treuer Bürgermeister und wie der Provinzgouverneur am 28. August 1987 von den Rebellen unter Hausarrest gestellt, sagt es drastischer. „Ein Haufen Schurken" sei in den Senderäumen versammelt. Er wundere sich, wie die Herren aus Deutschland das hinnähmen.

Die ziehen sich mit dem Hinweis aus der Affäre, von seiten der Stiftung sei nichts mehr zu machen, so Helmut Kurth, FES-Repräsentant in Manila: „Im Grunde genommen sind wir 1978 raus gewesen." Seitdem werde zwar das Produktionszentrum BPTC mit Geld aus Bonn unterstützt, doch auf den Rebellen-Sender DYLA habe man keinen Einfluß – „weder direkt noch indirekt".

Das mag den Deutschen in Cebu keiner abnehmen, weder die Filipinos noch Landsmann Günther Paschner, 1979 bis 1983 Leiter des Ebert-Projektes. Er weiß, was alles dem Rebellen-Sender zugute kam. Da gab es etwa den Titel 09 im Kostenplan: „Technische Ausstattung". Finanziert aus Mitteln des Ministeriums, schafften die Sozialdemokraten nur vom Feinsten an. Der UKW-Sender („UKW des Arbeiters") wurde auf Stereo umgestellt, der Mittelwellensender („Stimme der Arbeit") erhielt eine moderne Zehn-Kilowatt-Anlage.

Die Geschäftsgrundlage war klar: Die FES sorgte für Gerät und Fachpersonal, der philippinische Partner – die Gewerkschaft Associated Labor Union mit ihrer eigenen Stiftung – für eine Sendelizenz und für Räumlichkeiten.

Das war zu Zeiten Marcos' kein Problem für die ihm ergebene Gewerkschaft. Das Gelände in Hafennähe, auf dem auch eine gewerkschaftseigene Kantine, eine Kirche und ein Sozialzentrum unterkamen, hatte der Diktator seinen Freunden einst für den symbolischen Kaufpreis von einem Peso überlassen. Und den Ausbau der Räume zu Studios mit allen Schikanen erledigten die Ebert-Leute - bis hin zu den Bodenbelägen.

Auch der laufende Betrieb des Senders profitierte von den spendenfreudigen Deutschen: Ein von der FES bezahlter Gerätewart gab von der Büroklammer bis zum teuren BASF-Tonband Material auch an den Sender aus. An das Gewerkschaftsunternehmen, das offiziell Lizenzträger des Senders ist, wurde monatlich gezahlt – nach außen für Wasser und Strom, tatsächlich laut Paschner „ein verkappter Zuschuß für den finanziell chronisch asthmatischen Sender".

Das Geld floß ja nach Bonner Einschätzung in ein gutes Projekt. Stolz ließen sich die Stiftungsherren und ihre Freunde die Funkstation vorführen. Im Lauf der Jahre kamen der damalige IG-Metall-Chef Eugen Loderer, der Intendant des Deutschlandfunks, Richard Becker, und der Stiftungsvorsitzende, der frühere nordrhein-westfälische Regierungschef Heinz Kühn.

Paschner erinnert sich: „Die haben sich laufend auf die Schulter geklopft, was das für ein schönes Projekt ist."

Die Wende für das Ebert-Projekt auf den Philippinen kam, als sie im fernen Deutschland gerade vollzogen war – im März 1983. Vor Ort zeichnete Kühn in kleinem Kreis ein düsteres Bild: Die Stiftung verfüge nicht mehr über den politischen und finanziellen Rückhalt der letzten Jahre. Konservative wollten die Projekte der Sozialdemokraten jetzt auf „Schwachstellen" abklopfen.

Die Schwachstelle in Cebu: Die Ebert-Stiftung hatte für 145 000 Mark einen weiteren Sender in Digos auf der Insel Mindanao gekauft, doch die philippinische Gewerkschaft kam mit dem Bau des erforderlichen Gebäudes nicht über. Das schöne Vorhaben geriet damals zur Entwicklungshilfe-Ruine. Und auch der Traum der deutschen Entwicklungshelfer, über Mittel- und Ultrakurzwelle gesellschaftliches Bewußtsein zu schaffen, ging nach und nach in Trümmer.

Zwar floß weiter Geld aus Bonner Quellen – zwischen 1983 und 1987 immerhin noch 2,715 Millionen Mark –, doch was in Sender und BPTC vorging, darauf achtete die Stiftung nicht mehr. Kurth: „Was der Partner daraus macht, darauf haben wir keinen Einfluß."

Der Philippinen-Flop ist wohl das krasseste, aber nicht das einzige Beispiel eines Medienprojekts, das gut gemeint, aber nicht erfolgreich ist. In ihrem Bemühen, der Dritten Welt auch bei der Kommunikation weiterzuhelfen, haben die Stiftungsherren, die sich gern als „außenpolitische Feuerwehr" der SPD sehen, schon manche Steuer-Mark in den Sand gesetzt (SPIEGEL 19/1979).

„In der Entwicklungshilfe", sagt einer der Cebu-Verantwortlichen, „wird vieles nur gemacht, damit in Bonn die Statistik stimmt." Statt der Projekte müssen die Abrechnungen gegenüber dem Ministerium sauber sein. Gelder, die einmal bewilligt worden sind, müssen jedes Jahr bis auf den letzten Pfennig ausgegeben werden, weil sich nach den Ausgaben der allgemeine Verwaltungszuschuß an die jeweilige Parteistiftung berechnet, mit dem sie ihre Arbeit finanziert.

Auch beim Sender DYLA haben die Abrechnungen offenbar gestimmt. „Ein sehr produktives Projekt", lobt einer der Sprecher des Bonner Entwicklungshilfeministeriums, Klaus Michel, noch heute das Unternehmen. ◆

* 1983 beim Besuch der Rundfunkstudios in Cebu.

Der neue Citroën

AX

Unverschämt gut.

EIN PREIS-

Bühne frei für den kompakten AX Hit. Er hat alles, was ein Sondermodell so besonders macht.

Ein glänzendes Aussehen etwa, was kein Wunder ist bei seiner meteorgrauen Metallic-Lackierung. Zudem hat er an den seitlichen Stoßschutzleisten eine feine blaue Linie – dazu an Heck und Seite seine Visitenkarte, den Schriftzug „Hit".

Auch seine inneren Werte bringen die Fans zum Jubeln. Weil der AX Hit einen der **geräumigsten Innenräume** seiner Klasse hat. Ganz in

aktuellem Schwarz. Und bequeme Sitze mit blau paspelierten Polstern.

Unter der Haube schlägt sein spritziges Herz mit 40 kW/55 PS. Damit schafft der AX Hit **161 km/h Spitze.** Und sein Verbrauch ist der Schlager: ganze **4,2 l/100 km,** bei konstant 90 km/h (Vergleichswert nach DIN 70030).

Besonders der Preis ist hitverdächtig: **12.990,– Mark unverbindliche Preisempfehlung ohne Überführung.** Preisvorteil gegenüber dem vergleichbaren Serienmodell: 400,– Mark. Außerdem ist er steuerbefreit nach Stufe C. Sie sparen zusätzlich 561,60 Mark.

Live-Auftritte nur bei Ihrem Citroën-Partner.

Finanzierung (**2,99%** effektiver Jahreszins, ab 20% Anzahlung, bis zu 36 Monaten Laufzeit) und Leasing durch die Citroën-Partnerbank, die P.A.-Creditbank. Citroën empfiehlt **TOTAL**.

Änderungen des Fahrzeugdekors vorbehalten.

Das Sondermodell zum Sonderpreis.

HIT ZUM ABFAHREN.

BSCG, BUTTER. RANG

CITROËN
Die Kraft der Kreativität.

„Die haben das Parlament übers Ohr gehauen“

In den nächsten zwei Jahren soll sich Bonn zur Hauptstadt wandeln: Bundesbauminister Oscar Schneider will fast zwei Milliarden Mark für repräsentative Neu- und Großbauten ausgeben; Motto: „Klotzen statt Kleckern“. Die Fachleute des Parlaments fühlen sich von der staatlichen Baubürokratie überrumpelt.

Bevor er „für den weiteren Fortgang der Baumaßnahmen den Segen Gottes“ erbat, verkündete der Bundesbauminister eine frohe Botschaft: „Die Bauverwaltung“, so Oscar Schneider (CSU) vor Weihnachten beim Richtfest auf dem Petersberg, „wird alle Anstrengungen unternehmen, den jetzt festgesetzten Kostenrahmen einzuhalten.“

Da freuten sich die Leute vom Bau. Das Wort des Ministers bedeutet nämlich, daß im Prinzip alles so weiterlaufen kann wie bisher – Pannen und Preisexplosionen inklusive.

116 statt 103 Millionen Mark für das Petersberg-Gästehaus – wer will da knauserig sein? Insgeheim peilen die Herren von der Baudirektion schon wieder ihr ursprüngliches Traumziel von 140 Millionen an, das ihnen der Kanzler Helmut Schmidt zusammengestrichen hatte.

Denn die Zeiten haben sich gewendet. Auf allerhöchsten Wunsch – Helmut Kohl kümmert sich persönlich um die Details – wird nun der Ausbau Bonns zur Bundeshauptstadt vorangetrieben. Fast eine dreiviertel Milliarde verschlingen die Neu- und Umbauten des Parlaments, etwa die gleiche Summe – rund 700 Millionen – kostet die Errichtung neuer oder der Ausbau bestehender Ministerien. Ein „Haus der Geschichte“ und eine Kunsthalle – jeweils 100 Millionen – müssen her, damit Bonn sein 2000-Jahr-Jubiläum in neuem Glanz feiern kann.

Da fallen ein paar Millionen mehr oder weniger am Petersberg schon gar nicht mehr auf. Jedenfalls läßt sich jetzt in aller Eile nachschieben, was vorher unmöglich oder auch entbehrlich schien: eine höhere Decke für eine halbe Million oder eine zusätzliche Direktorenwohnung für 200 000, eine Fußbodenheizung für 1,3 Millionen oder eine aufwendigere Klimaanlage für 1,6 Millionen Mark extra. Die Kritik der 519 Abgeordneten-Bauherren im Parlament hat man bis jetzt immer ungeschoren überstanden.

Festnageln kann man auch den zuständigen Minister Schneider nicht. Sein Richtfest-Versprechen verdient nämlich wörtlich genommen zu werden: Nicht „er“ unternimmt „Anstrengungen“, um „den jetzt festgesetzten Kostenrahmen einzuhalten“, die „Bauverwaltung“ ist im Obligo. Durch dieses Schlupfloch kann er immer.

Aber auch die Bundesbaudirektion (BBD), unter deren Regie die Milliarden verbaut werden, erklärt sich vorsorglich für unzuständig. Bei dem vorhandenen Personal, klagt BBD-Präsident Fritz Moritz Sitte, sei eine wirksame Überwachung am Bau „kaum noch möglich“.

Außer dem Bonner „Haus der Geschichte“ und der Kunsthalle müssen Sittes Baubeamte in Berlin drei weitere Museen errichten: das Deutsche Historische Museum (für etwa 360 Millionen Mark) – ein „Geschenk“, das der Bundeskanzler aus Steuermitteln den Berlinern aus Anlaß der 750-Jahr-Feier ihrer Stadt machte –, daneben einen Neubau für Kupferstiche und Kunstbibliothek der Stiftung Preußischer Kulturbesitz (etwa 50 Millionen Mark) und schließlich eine Gemäldegalerie (200 Millionen Mark).

Bisher zahlte der Steuerzahler fast immer drauf, wenn die Bundesbaubehörde ihre von Minister Schneider versprochenen „Anstrengungen“ unternahm – vergeblich, wie oft genug auch der Bundesrechnungshof feststellen mußte. In den Prüfberichten der Frankfurter Rechnungskontrolleure hat die Millionenverschwendung am Bau seit vielen Jahren einen festen Platz.

Wo nämlich so viel öffentliches Geld zu verdienen ist, fehlt es auch nicht an Interessenten, die mit gezinkten Karten ihren Schnitt und eine schnelle Million machen wollen.

Hotel Petersberg vor dem Abbruch: Mit gezinkten Karten eine schnelle Million?

Die Manipulationen am Bau sind aktenkundig. Wie findige Bauunternehmer die öffentliche Bauverwaltung ausnehmen, hat der Rechnungshof erst kürzlich belegt (siehe Seite 42).

Auch in Bonn ermitteln Staatsanwälte gegen einheimische Firmen, die sich mit betrügerischen Manipulationen den Zuschlag für lukrative Bauaufträge des Bundes sicherten – ein „dicker Betrugsfall“, wissen Branchen-Insider. Aber weder die Ermittler noch die betroffene Baudirektion wollen sich dazu öffentlich äußern.

Dafür überraschte der Bundesbauminister seine Gäste auf dem Petersberg-Richtfest mit der Feststellung, „Planungspannen und Planungsmängel“ habe es dort „zu keiner Zeit gegeben“. Dabei ist gerade der Neubau des Gästehauses ein Paradebeispiel für die Ver-

Baustelle Petersberg: Paradebeispiel für die Verschwendung von Steuergeldern

schwendung von Steuergeldern – aber schuld daran haben immer die anderen.

Mal sind es die Medien, die „Falschmeldungen" (Schneider) verbreiten, mal werden frühere Generationen von Baumeistern haftbar gemacht, weil sie ihre Wände – wie der Petersberg-Architekt Professor Horst Linde vorwurfsvoll mitteilte – „nicht wie angenommen" in einer „Stahlbetonkonstruktion" hochzogen, sondern „eine Mischkonstruktion aus Stahlstützen und Unterzügen mit dazwischen gespannten Betonkappen" wählten. Oder der Petersberg hat die Verantwortung, weil sein Fels zu „stark klüftig war", wie die Beamten auf der Baustelle im Siebengebirge feststellten.

Warum der Umbau schon jetzt so viel teurer wurde, hält ein Vermerk des Bauministeriums vom 26. Oktober 1987 fest, ein Musterbeispiel der behördlichen Kunst, Mehrausgaben mit unabweisbaren Sachzwängen zu begründen.

Allein 9,8 Millionen Mark verlangte das Ministerium für Maßnahmen, die bis dahin als entbehrlich galten oder vergessen worden waren.

So verbirgt sich hinter der Bezeichnung „funktionale Verbesserungen im Gästetrakt" die späte Erkenntnis, es sei besser, wenn

> der Präsidentenflügel von den übrigen Gebäudeteilen völlig getrennt und das Schwimmbad von den oberen Etagen aus ohne Querung des Zugangs zu den Toiletten im Gartengeschoß erreicht werden kann.

Außerdem schoben die Planer („damit der Direktor des Gästehauses als Ansprechpartner jederzeit für die Gäste zur Verfügung steht") noch rasch eine „Wohnung im Gartengeschoß des Gästetraktes" nach; Mehrkosten: rund 200 000 Mark.

Bundesbauminister Schneider*
„Planungspannen und Planungsmängel"?

Die Erhöhung der „lichten Höhe" des Speisesaals von 3,50 m auf 4,50 m schlägt in der ministerialen Vorlage mit einem Zusatzaufwand von 535 000 Mark zu Buch. Eigentlich hätte da alles auf Betreiben der Denkmalschützer beim alten bleiben sollen. Doch erst als die alte Fassade zum Rhein mit schweren Eisenträgern für etwa 200 000 Mark gesichert worden war, stellten die Baubürokraten fest, daß die Wand nicht zu erhalten war. Schneider selbst entschied, die Decke zu erhöhen und sie auch nicht mehr zu verspiegeln. „Das war doch eine Todsünde! Da saßen dann die Damen im Dekolleté, und die Herren ließen ihre Blicke an die Decke schweifen."

330 000 Mark kostete es, die Baugrube zusätzlich „durch besondere bauliche Maßnahmen" zu sichern. Um 685 000 Mark verteuern sich in der Nachschlagsliste die „Lüftungsanlagen" – ein Schreibfehler: Gemeint waren die Lifte. 255 000 Mark mehr als vorgesehen kostet die Erneuerung der Stromversorgung – man hatte den „Erschließungsbeitrag" falsch kalkuliert.

Mit 135 000 Mark begründete die Bauverwaltung „zusätzlich notwendige Steuerungen und Verteilungselemente sowie Sicherungs- und Blitzschutzanlagen". Kommentar des SPD-Abgeordneten Albert Nehm: „Sind Blitze denn eine neue technische Erfindung, oder gab es sie nicht schon vor tausend Jahren?"

Die Beleuchtung wurde um 595 000 Mark teurer. Das Fernsehen bekommt – es kostet ja nur 170 000 Mark mehr – die Scheinwerfer fest installiert.

Eine zusätzliche Beleuchtung des Hubschrauberlandeplatzes verschlingt 310 000 Mark; 215 000 Mark mehr als geplant kostet die „Zentrale Leittechnik".

Für den festen Einbau von Dolmetscherkabinen wurden weitere 90 000 Mark benötigt – ursprünglich genügten mobile Leihkabinen des Auswärtigen Amtes. Die Anschaffung von Röntgengeräten zum rechtzeitigen Aufspüren von Briefbomben und die Laboreinrichtungen „für die toxikologische Untersuchung von Speisen" kosten 360 000 Mark extra.

Die dicken Brocken stehen am Schluß der Liste: Um 1,3 Millionen Mark verteuert sich die Heizung, weil statt normaler Radiatoren Fußbodenheizung eingebaut wird. Gas-, Wasser- und Abwasseranlagen verschlingen 1,5 Millionen Mark mehr, weil die Installationen „aus statischen Gründen nicht in den Flurwänden untergebracht werden konnten". 1,6 Millionen Mark mehr kosten die Kli-

* Mit Zimmerleuten beim Richtfest auf dem Petersberg im Dezember 1987.

20 Jahre Lichtgeschichte und kein Ende.

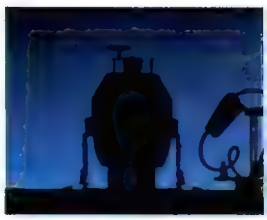
Am Anfang stand die Idee, Licht zu verkaufen und nicht Leuchten.

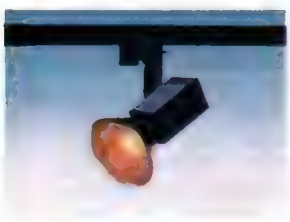
Sich also einem Medium zu widmen, das sichtbar macht, selbst aber nicht sichtbar ist.

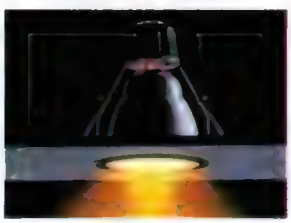
Diese grundsätzlich neue Idee liegt all unseren Produkten zugrunde, die wir im Laufe der Jahre gemacht haben.

Genutzt werden alle technischen Möglichkeiten.

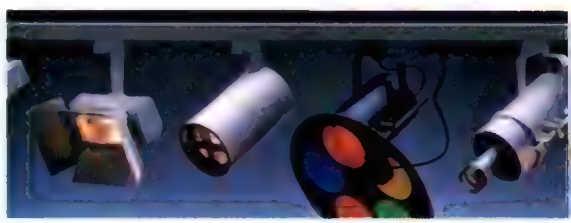
Von der einfachen Glühlampe bis zur Niedervolt-Halogenglühlampe. Von der Dreibanden-Leuchtstofflampe, der modernen kompakten Leuchtstofflampe bis hin zu den letzten Entwicklungen der Hochdruck-Entladungslampen.



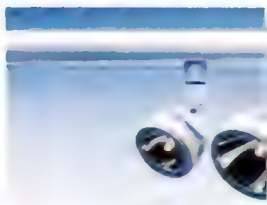




Aus den einfachen Schienen- und Strahlersystemen der ersten Generation wurden umfassendere Systeme gebildet.



Bei den Rohrsystemen zum Beispiel wird Licht jeglicher Art in allen Funktionen integriert, und nicht nur – wie bei den Schienen – angehängt.



Schließlich entwickelten sich daraus neue rechteckförmige Systeme, die eine Einheit von Decke und Beleuchtung bilden und zu einem Bau- und Gestaltungselement des Architekten werden. Zum Beispiel Pantrac und Hitrac: Licht und Struktur in vielfältigen Formen und Arten.

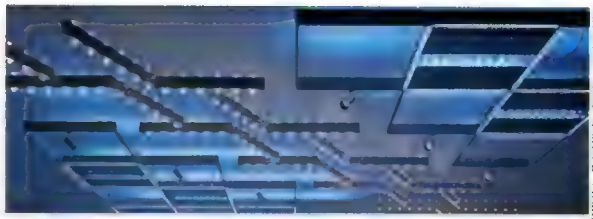
Aber auch dem ursprünglichen Glühlampen-Downlight haben sich viele neue Downlights beigesellt: Wandfluter, Richtstrahler und High-cut-off-Downlights.

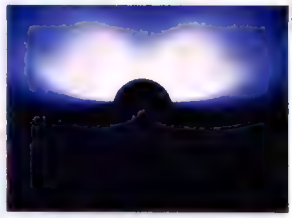
Das alles wurde erreicht in etwa 20 Jahren.

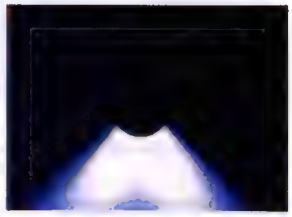
Obwohl sicher mancher glaubt, es habe diese Art von Licht schon immer so gegeben.

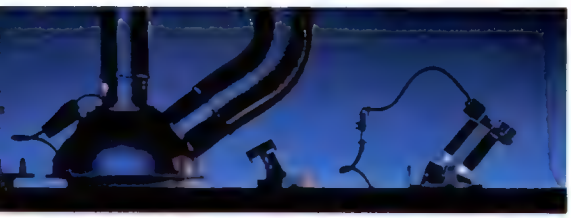
ERCO Leuchten · gibt es im guten Fachhandel.
ERCO
Leuchten GmbH
Brockhauser Weg
5880 Lüdenscheid

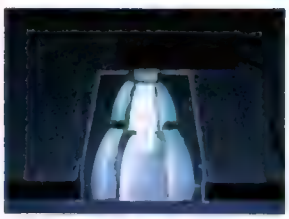
ERCO

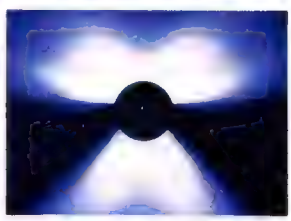


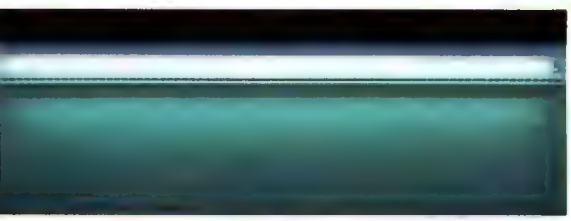


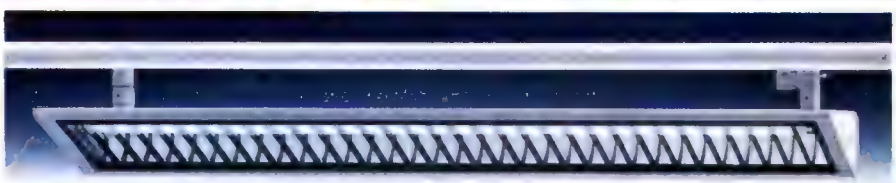


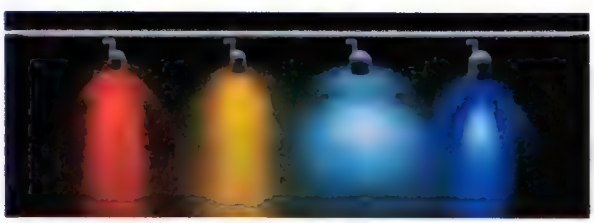


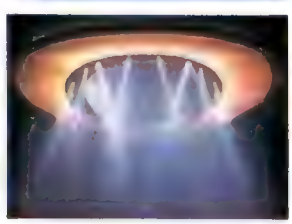












Präsidentenflügel des Bundestags (1987): Für 600 000 Mark Glas zersplittert

maanlagen, die bisher geplanten reichten nicht aus.

Als der Sozialdemokrat Nehm in der Haushaltsdebatte über die Bauverwaltung herzog („Welche Baufachleute haben wir denn dort um Gottes willen beschäftigt?"), gab es grimmige Zustimmung von allen Seiten. „Da muß einmal der Blitz einschlagen!" donnerte der CSU-Abgeordnete Hermann Fellner. „Sie sagen es", bestätigte Nehm. Sein Genosse Rudi Walther rief dazwischen: „Die haben das Parlament übers Ohr gehauen!", und hörte Zustimmung – wieder aus Fellners Ecke: „Jetzt reicht es aber! Die können wir entlassen!"

Grund der interfraktionellen Empörung: Allzuoft sahen sich die Abgeordneten von den Fachleuten der Bauverwaltung ausgetrickst und vor vollendete Tatsachen gestellt, zum Beispiel beim Neubau des Plenarsaals.

Auch hier hatten die Architekten von Anfang an ihre Ideallösung im Sinn: Nicht kleckern, sondern klotzen wollten sie, nicht renovieren, sondern total sanieren. Zum Schluß wurden die immer noch zögernden Abgeordneten mit dem Argument weich geredet, es wäre Verschwendung, die bereits entstandenen Planungskosten in Millionenhöhe verfallen zu lassen.

Als es dann aber ans Abreißen ging, galt das Sparsamkeitsargument nicht mehr. Unter dem Ansturm der Planierraupen barsten nicht nur die Mauern des alten Plenarsaals. Auch die gesamte Fensterfront des Präsidialflügels zersplitterte in tausend Stücke. Sie war erst vor kurzem aus Sicherheitsgründen für 600 000 Mark mit Panzerglas ausgestattet worden.

Die Abgeordneten haben sich daran gewöhnt, daß sie der Exekutive als Kontrolleure nicht gefährlich werden können. „Wir haben ja im Bundestag", klagt Rudi Walther, der dem Haushaltsausschuß vorsitzt, „viel zuwenig Leute mit praktischer Berufserfahrung und müssen der Verwaltung einfach glauben."

Das sieht der Bauverwaltungspräsident Fritz Moritz Sitte genau umgekehrt. Gerade weil jeder Abgeordnete glaube, eine Bauexperte zu sein, sei es fast unmöglich, für das Parlament zu planen. „Da hat man es nicht mit einem, sondern immer gleich mit 519 Bauherren zu tun – und jeder fühlt sich zuständig."

Aber wehe dem Volksvertreter, der es wirklich versucht, den Herren von der Bauverwaltung in die Quere zu kommen. Der SPD-Abgeordnete Albert Nehm, dessen Rede wider die Verschwendung am Petersberg öffentliche Beachtung fand, hat seine Erfahrungen gemacht.

Der gelernte Stellmacher und Hobby-Drechsler heißt „Treppen-Albert", seit er sich, vor zwei Jahren, aktiv in die Bauplanung für das Berliner Präsidentenschloß Bellevue einmischte. Die dort geplante Holztreppe, so behauptete Nehm, müsse nicht 148 000 Mark kosten, sie sei von einem ihm bekannten

Behördenchef Sitte
„Spaß am Bau"

Handwerksbetrieb aus Nordhessen für 110 000 Mark zu haben.

Die Intervention hatte Wirkung, die Firma aus Nordhessen bekam den Zuschlag. Aber als am Ende abgerechnet wurde, traf Treppen-Albert fast der Schlag: Nicht 110 000 Mark hatte das Bauwerk gekostet, sondern 198 000.

Ein Schild mit der Aufschrift „Albert-Nehm-Treppe", das ihm zu Ehren beim Rundgang durchs renovierte Präsidentenschloß vor der Treppe stand, fand der Geehrte nicht sehr komisch. Fritz Moritz Sitte, der Präsident der Bundesbaudirektion, aber hat herzlich darüber gelacht: „Wir machen schon mal gern einen Spaß am Bau."

Aus hochgestellten Nullen wurden Neunen

Wie Baufirmen öffentliche Ausschreibungsunterlagen manipulierten

Noch im Gerichtssaal akzeptierten die Angeklagten das Urteil: viereinhalb Jahre Knast für den Wentorfer Bauunternehmer Frank Reuter, drei Jahre und zehn Monate für seinen Kompagnon Jürgen Moeller, vier Jahre für Otto Ahlers, den ehemaligen Bauleiter beim Landesbauamt Lübeck.

Der Baubeamte und die Bauunternehmer hatten bei der Renovierung des Bundeswehr-Gerätedepots im schleswig-holsteinischen Glinde und beim Neubau einer Autobahnmeisterei in Grande einträglich zusammengearbeitet und abgesahnt. Gegen Geschenke und Geld – insgesamt rund 150 000 Mark – half Ahlers der Firma „Hopp & Reuter", die Konkurrenz mit frisierten Angebotsunterlagen auszustechen. Außerdem zeichnete er Rechnungen für Leistungen ab, die nicht erbracht worden waren. Das Lübecker Landgericht, das im Mai 1987 das Urteil sprach, schätzte den Schaden für den Bund auf 1,9 Millionen Mark.

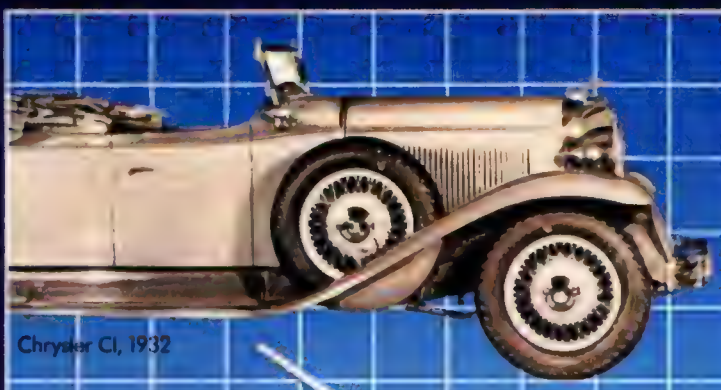
Der Dreh der drei: Nach dem offiziellen Ende öffentlicher Ausschreibungen bekamen Moeller und Reuter von Ahlers ihre vorher eingereichten Bewerbungsunterlagen zurück. In Kenntnis der Preise, die ihre Mitbewerber angeboten hatten, konnten sie ihre Zahlen nachträglich ändern. Als billigster Bieter bekam ihr Unternehmen dann den Zuschlag.

Der schleswig-holsteinische Bauamtsskandal ist kein Einzelfall. Das Lübecker Modell funktioniert längst bundesweit, fand der Rechnungshof in Frankfurt heraus. Und die Methoden des Aus-

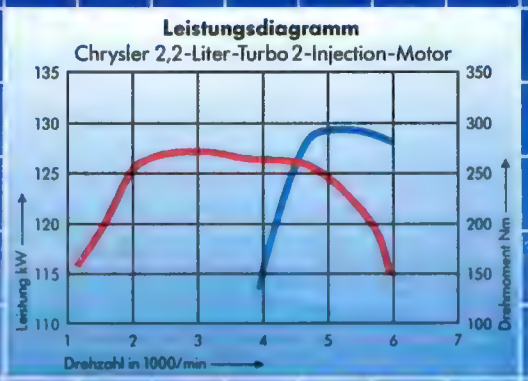
CHRYSLER KOMMT

Chrysler kommt nach Europa. Der erfolgreiche Automobilkonzern wird Anfang 1988 seine Produkte in Deutschland anbieten. Chrysler kommt mit außergewöhnlichen Modellen für anspruchsvolle Individualisten.

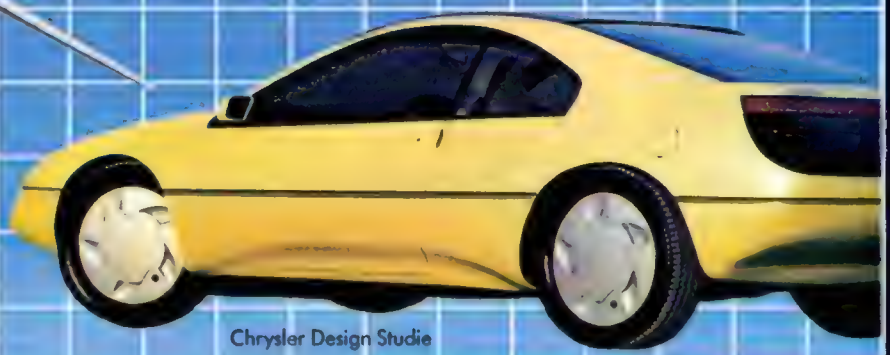
Chrysler kommt mit 5 Modellen:
einer Limousine für die Familie,
einem 2 + 2-Sitzer für Autonarren,
einem Kompaktauto für Junggebliebene,
einem Luxuscoupé für Verwöhnte,
das es auch als Cabrio gibt,
und einem „Großraumfahrzeug" für
Leute mit Lebensstil.



Chrysler CI, 1932

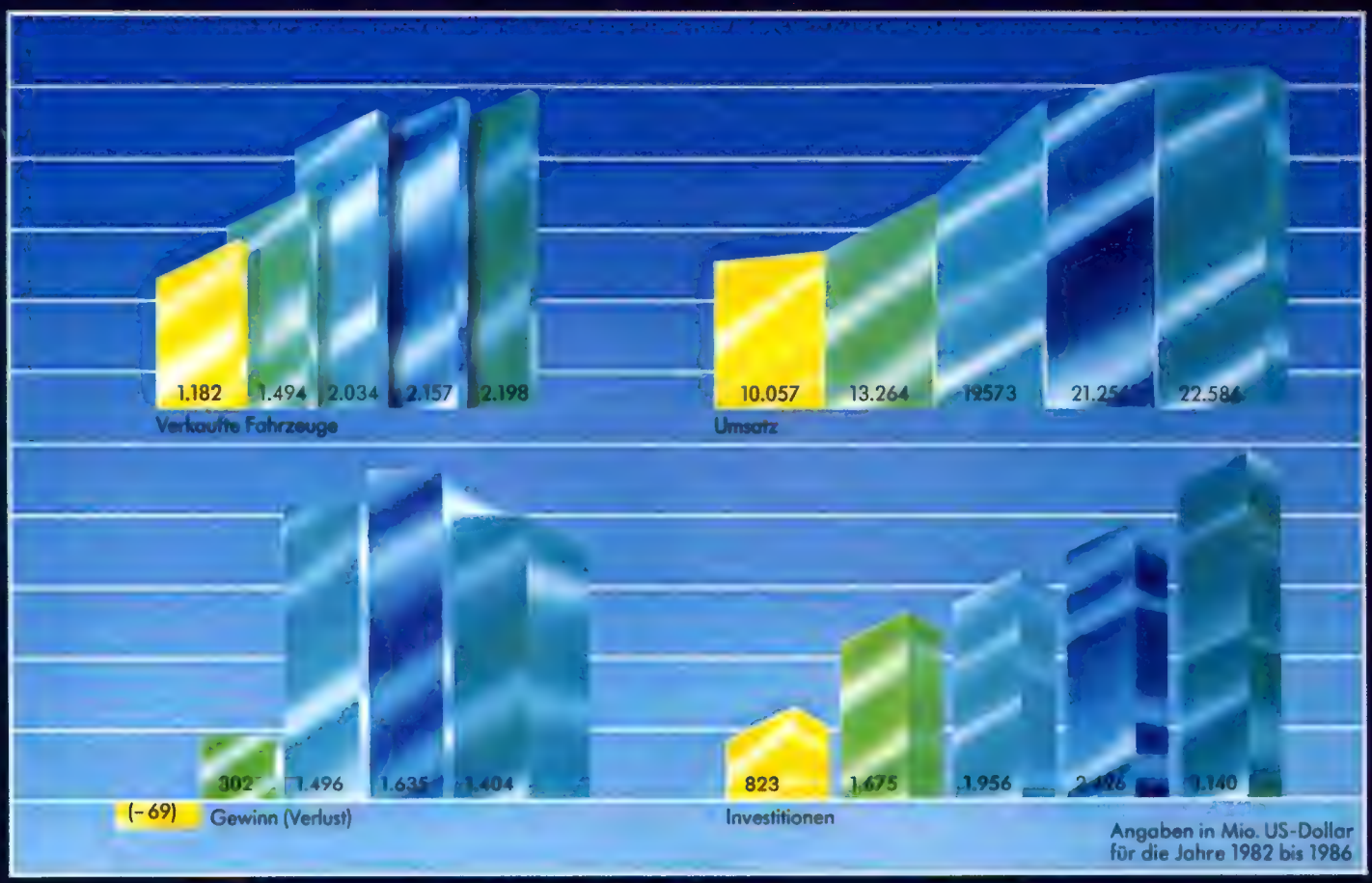


Gulfstream IV Business Jet



Chrysler Design Studie

Chrysler kommt mit über 70 Jahren Automobilerfahrung. Den Aufstieg zum Großkonzern verdankt das Unternehmen seinen bahnbrechenden Entwicklungen in der Automobiltechnik. Der heutige Erfolg wird bestimmt durch eine starke Unternehmenskultur, einen unkonventionellen Management-Stil und eine hohe Investitionsbereitschaft in qualitäts- und produktivitätssteigernde Neuerungen. Chrysler verfügt über ein außergewöhnlich großes Potential in Forschung und Entwicklung. Zum Chrysler Konzern gehören High-Tech-Unternehmen wie Gulfstream Aerospace, ein führender Hersteller von Business Jets, Electro Space Inc., ein Elektronik-Unternehmen im Telekommunikationsbereich, und Acustar, einer der größten Zulieferer für die Automobilindustrie.



Chrysler kommt mit Management-Qualität. Mit einem Umsatz von 22,5 Milliarden Dollar ist Chrysler das elftgrößte Industrieunternehmen der Vereinigten Staaten und gehört zu den 25 größten Firmen der Welt. Der Konzern beschäftigt 115.000 Mitarbeiter und ist auf vielen Märkten der Welt vertreten. Chrysler produziert jährlich an die 2,2 Millionen Fahrzeuge und liegt in den USA in Fertigungsqualität und Produktivität mit an der Spitze. Ein Gewinn von 1,4 Milliarden Dollar gibt Chrysler die Finanzkraft, in neue Märkte vorzustoßen.

Chrysler GTS

Chrysler GS Turbo 2

Chrysler ES

Chrysler LeBaron

Chrysler Voyager

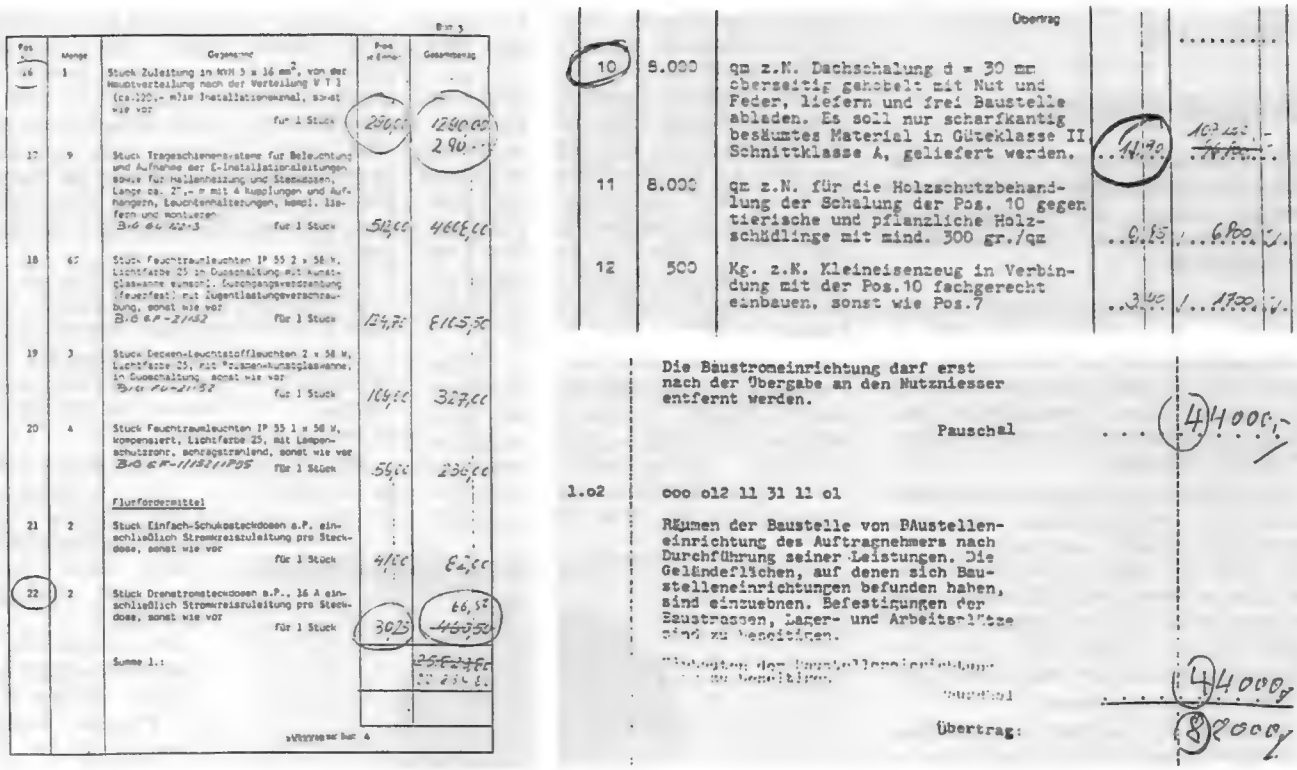
Chrysler kommt mit außergewöhnlichen Modellen für verwöhnte Individualisten:

- **Chrysler GTS**, 2,2-Liter-Turbo-Injection und 2,5-Liter-Injection, eine Limousine für die Familie
- **Chrysler GS Turbo 2**, 2,2-Liter-Turbo-Injection, der Zweisitzer für Autonarren
- **Chrysler ES**, 2,2-Liter-Turbo-Injection und 2,5-Liter-Injection, das Kompaktauto für Junggebliebene
- **Chrysler LeBaron** Coupé, 2,2-Liter-Turbo-Injection und 2,5-Liter-Injection, das Luxuscoupé für Verwöhnte, das es auch als Cabrio gibt
- **Chrysler Voyager**, 2,5-Liter-Injection und 3-Liter-V6-Injection, das unkonventionelle „Großraumfahrzeug" für Leute mit Lebensstil

CHRYSLER KOMMT. SIE WERDEN STAUNEN.

CHRYSLER

Nähere Informationen erhalten Sie bei: Chrysler Import Deutschland GmbH, Mainz, Telefon: 0 61 31/38 66 17, 38 66 18, 38 66 19



Ausrisse aus gefälschten Preisangeboten (von Rechnungshofprüfern markiert): Die Betrugsmethoden werden raffinierter

schreibungsbetrugs werden immer raffinierter.

Jahrelang galt das Vergabeverfahren als betrugssicher. Vor einer öffentlichen Ausschreibung legt die Bauverwaltung das „Leistungsverzeichnis" an: In einem Formblatt erscheinen links Art und Umfang der ausgelobten Arbeiten. Das Verzeichnis erhalten die Bewerberfirmen. Sie tragen ihre Preise in den rechten Spalten ein. Das Formblatt geht wieder zurück an die Behörde.

Die Bauverwaltung nimmt die Liste unter Verschluß. Jedes Blatt wird einzeln mit einem Datumstempel perforiert, die von den Firmen errechneten Endsummen werden in der öffentlichen „Verdingungsverhandlung" verlesen.

Doch diese Vorsichtsmaßnahmen reichten nicht aus. So ist es, nach den Ermittlungen der Frankfurter Rechnungsprüfer, bei öffentlichen Ausschreibungen inzwischen üblich geworden,

- ▷ einzelne Blätter der Leistungsverzeichnisse doppelt – mit jeweils unterschiedlichen Preisangaben – abzuliefern und später, je nach Konkurrenzlage, wieder zu entfernen;
- ▷ einzelne Preisangaben entweder zunächst zu unterlassen oder so zu schreiben, daß nachträgliche Änderungen oder Ergänzungen möglich sind – aus hochgestellten Nullen wurden Neunen, aus einer als Strich geschriebenen Eins wurde durch nachträglich hinzugefügte Schenkel eine 4 oder eine 7;
- ▷ durch nachträgliches Setzen von Kommata Preise entweder zu verzehnfachen oder auf ein Zehntel zu verringern;
- ▷ für einzelne Teilleistungen voneinander abweichende Einheits- und Gesamtpreise abzugeben, um später den jeweils günstigeren Preis geltend machen zu können.

Selbst die Forderung der Bauämter, Preisangaben in Zahlen *und* Worten zu machen, hat, so der Rechnungshof, „nicht zu verhindern vermocht, daß Bieter sich die Möglichkeit zu nachträglichen Änderungen offenhielten". Es wurden einfach „am Anfang oder am Ende der für die Wortangabe vorgesehenen Zeile . . . Freiräume gelassen, die es gestatteten, den Text zu ergänzen".

Das Hinzufügen von Ziffern zählt zu den beliebtesten Methoden, das Wettbewerbsergebnis nachträglich zu verfälschen. Die Frankfurter Rechnungsprüfer lieferten eindrucksvolle Belege.

So war in einem Fall der Preis für die Einrichtung und den Abbau einer Baustelle durch Voranstellen der Ziffer 4 um zweimal 40 000 Mark nachträglich hochmanipuliert worden: Aus der Endsumme 8000 wurden 88 000, und dies obwohl die Manipulation im Schriftbild ohne weiteres erkennbar war (siehe Ausrisse).

In anderen Angeboten fanden die Kontrolleure bei einzelnen Preisangaben „auffällige, von der üblichen Schreibweise abweichende Abstände zwischen der letzten Ziffer des Preises und dem Komma, die es dem Bieter gestatteten, durch das nachträgliche Einfügen einer Null den Preis zu verzehnfachen".

Es blieb bei der Betrugsabsicht: Die Zahl 10 000 war so geschrieben, daß daraus leicht eine 100 000 hätte gemacht werden können, und in die Endsumme war der Differenzbetrag von 90 000 Mark schon eingearbeitet worden – 120 260 statt 30 260 Mark.

Offenbar hatte die Bauverwaltung aber in diesem Fall aufgepaßt: Das Unternehmen konnte die fehlende Null nicht mehr einsetzen, der Sachbearbeiter im Bauamt korrigierte die Endsumme.

Im Lübecker Bauamtsskandal öffnete ein korrupter Beamter den Bauunternehmern die Aktenschränke. Aber es geht auch ohne Schmiergeld, einfach durch Schlamperei.

„Mehrmals" stellten die Kontrolleure aus Frankfurt bei unangemeldeten Bauamtsvisiten fest, „daß Verdingungsunterlagen – wie übrigens auch andere geheimhaltungsbedürftige Texte und Pläne – in unbesetzten und jedermann zugänglichen Räumen offen auf den Arbeitsplätzen lagen".

Gegendarstellung

In der Ausgabe DER SPIEGEL Nr. 51/1987 wird auf Seite 68 innerhalb der Rubrik „Sekten" im Artikel „Verdeckt und anonym" behauptet:

„Einen geeigneten Strohmann für den Transfer von Wiedemann-Anteilen an den Mun-Konzern hatte der Makler bereits an der Hand. Die Rolle sollte der bayerische Geschäftsmann Manfred C. Gierling übernehmen."

Hierzu stelle ich fest: Mir war von alledem nichts bekannt. Ich habe auch mit dem Makler keinerlei Kontakt in dieser Angelegenheit gehabt.

Rottach-Egern, den 30. Dezember 1987
Manfred C. Gierling

Zeitgeist entdeckt

Mit anspruchsvollen Blättern versucht der Hamburger Heinrich Bauer Verlag, bislang auf Niedrig-Niveau spezialisiert, neue Leserschichten zu gewinnen.

Der große, schlanke Student mit dem etwas bläßlichen Gesicht fällt im Vorlesungsbetrieb der Hamburger Uni kaum auf. Natürlich, er ist etwas älter als die meisten seiner Kommilitonen; aber einige Spätberufene finden sich ja immer in den Vorlesungen.

Der Student der Betriebswirtschaftslehre Heinz Heinrich Bauer, 48, ist offenkundig bemüht, unerkannt zu bleiben. Statt des schnellen BMW, mit dem er normalerweise durch Hamburg fährt, benutzt Bauer für die Fahrten zur Uni einen älteren Volkswagen. Mit den Kommilitonen hat der Herr in mittleren Jahren nur wenig Kontakt.

Bald wird die Heimlichtuerei ein Ende haben. In diesem Jahr will Bauer, der im achten Semester steht, sein Examen machen. Als diplomierter Betriebswirt wird er sich dann wieder voll seiner eigentlichen Aufgabe zuwenden: eine der größten Zeitschriftenfabriken Europas zu leiten, den Heinrich Bauer Verlag.

Da gibt es viel zu tun. Mehr als drei Dutzend Massenblätter kommen Woche für Woche aus dem Hause Bauer, wie „Quick" oder „Neue Revue", Programmhefte wie „TV Hören und Sehen" oder „Fernsehwoche", Sexmagazine wie „Praline" oder Frauenjournale wie „Tina" oder „Neue Post".

Heinz Heinrich Bauers Vater Alfred hat das Imperium nach dem Krieg aufgebaut. Den Sohn wies der Alte, Schreibtisch an Schreibtisch, in die Arbeitsweise des familieneigenen Unternehmens ein.

Als sich der Filius anschickte, das väterliche Erbe zu übernehmen, kamen ihm jedoch Bedenken. Der Aufgabe, den zum Konzern gewachsenen Familienbetrieb mit seinen rund 30 Firmen und 10 000 Mitarbeitern ganz allein zu lenken, fühlte sich der Junior nicht gewachsen.

„Praxis allein reicht nicht", gestand der neue Chef 1984 nach dem Tode des Vaters Vertrauten, „mir fehlt das theoretische Rüstzeug." Also schrieb er sich an der Uni ein.

In der Konzernzentrale an der Hamburger Burchardstraße läßt sich Bauer seither nur ein paar Stunden pro Woche sehen. Dort stimmt er mit seinen beiden Topmanagern Peter Heidenreich, 51, und Gerd Bolls, 46, die große Linie ab und leistet wichtige Unterschriften – Prokura behält er sich allein vor.

Ob angeregt durch das akademische Umfeld oder, wahrscheinlicher, aus ganz nüchternen kaufmännischen Überlegungen – seit Verleger Bauer mit seinen Studien vorankommt, wandelt sich das Bild des Heinrich Bauer Verlags, kurz HBV genannt.

Heinz Heinrich Bauer will weg vom Schmuddel-Image, das auf dem Familienkonzern lastet. Mit Blättern, die so gar nicht ins herkömmliche Bauer-Bild passen wollen, versuchen Verlag und Verleger ins anspruchsvollere Publikum vorzustoßen. „Irgendwo zwischen Universität und Chefsessel", bemerkt ein Bauer-Manager, „muß Heinzi der Zeitgeist in die Glieder gefahren sein."

Im November kam aus dem Hause Bauer die erste Nummer des Monatsmagazins „Esquire" in den Handel. Eine aufwendige Werbekampagne begleitete den Start. „Es hat mit Lebensart zu tun", verkündeten die mehrseitigen Anzeigen über das neue Blatt, „beansprucht Ihren Kopf" und „wird Ihre Weltanschauung verändern".

Verleger Bauer: Mit altem VW in die Uni

Schlüpfrigkeiten und nackte Mädels, wie sie in Bauers Lizenzausgabe des US-Männermagazins „Playboy" verbreitet werden, sind im feinen „Esquire" verpönt. „Wir sind ein politisches Blatt", sagt Chefredakteur Axel Thorer, „aber wir sind politisch nicht festgelegt."

Titel-Signet und Redaktionskonzept für die Neuerscheinung besorgten Aufkäufer des Verlags in den USA. Dort gilt „Esquire", 1933 gegründet, als älteste Herrenzeitschrift der Welt. Lizenzausgaben des in die Jahre gekommenen US-Originals gibt es in Japan und Italien.

Nun eben auch bei Bauer. Von der Dezember-Nummer fanden rund 70 000 Exemplare einen Käufer. Das ist zwar wenig im Vergleich zu den Millionen-Auflagen üblicher Bauer-Machart. Doch in der gehobenen Leserschaft, das weiß der Verleger, ist Masse nicht mehr möglich.

„Esquire" ist nicht das einzige Objekt der besseren Sorte. Vor Jahresfrist machte sich Bauer mit dem Umweltmagazin „Chancen" (Auflage: 65 000) auf den Ökotrip. Frisch und frech mosert das Blatt zum Einzelpreis von acht Mark gegen Chemiekonzerne oder die Autoindustrie, aber auch gegen Öko-Aktivisten: „Umwelt-Aktionismus in der Sackgasse?"

Später holten die Hamburger die österreichische Zeitgeistspezialität „Wiener" in ihr Verlagsreich. Seit November erscheint der deutsche Ableger der Yuppie-Gazette, wie auch das Lizenzprodukt „Esquire", bei Bauers Spezialzeitschriftenverlag in München.

Für Bauers Suche nach neuen Tätigkeitsfeldern, im In- wie im Ausland, gibt es gute wirtschaftliche Motive: Viele seiner Massenblätter leiden unter Anzeigen- und Auflagenschwund.

Das kränkelnde Illustrierten-Flaggschiff „Quick" druckt rund 20 Prozent weniger Anzeigen als vor fünf Jahren. Die Auflage sank in den letzten zwei Jahrzehnten von über 1,5 Millionen auf 800 000 Exemplare. Ähnlich schlecht steht es um Blätter wie „Neue Revue" oder „Praline", „Sexy" oder „Neue Mode".

Zwar verdient der Verlag mit seinen billigen Frauenblättern, Programmzeitschriften und Sexheften noch immer prächtig. Die Gesamtauflage liegt immerhin bei 20 Millionen Exemplaren.

Doch es fehlt vor allem die für die Anzeigen-Auftraggeber interessante Leserschaft der oberen Konsumränge. Die soll mit den neuen Blättern gewonnen werden, um den Abwärtstrend bei der Massenware langfristig auszugleichen.

Weil es daheim eher nach unten als nach oben geht, versucht der Presseriese auch international ins Geschäft zu kommen. In den USA, in Frankreich und in Spanien machen die Norddeutschen der heimischen Presse mit Frauengazetten oder Programmzeitschriften Konkurrenz.

Jüngstes Produkt ist ein Abbild von Bauers deutschem Frauenjournal „Bella", das seit Oktober von einer Tochtergesellschaft in London redigiert und vertrieben wird. Ob das Blatt in England ein Erfolg wird, ist noch offen.

Bereits seit einiger Zeit bietet Bauer in den USA ein Hausfrauen-Journal namens „Woman's World" als Leitfaden und Lebenshilfe. Inzwischen werden

Leinen los, Skipper, der schönste Teil unserer Tour beginnt. Denn wir lieben die Stürme, die brausenden Wogen, und des eiskalten Bommerlunders würzigen Geschmack.

Die Würze des Nordens.

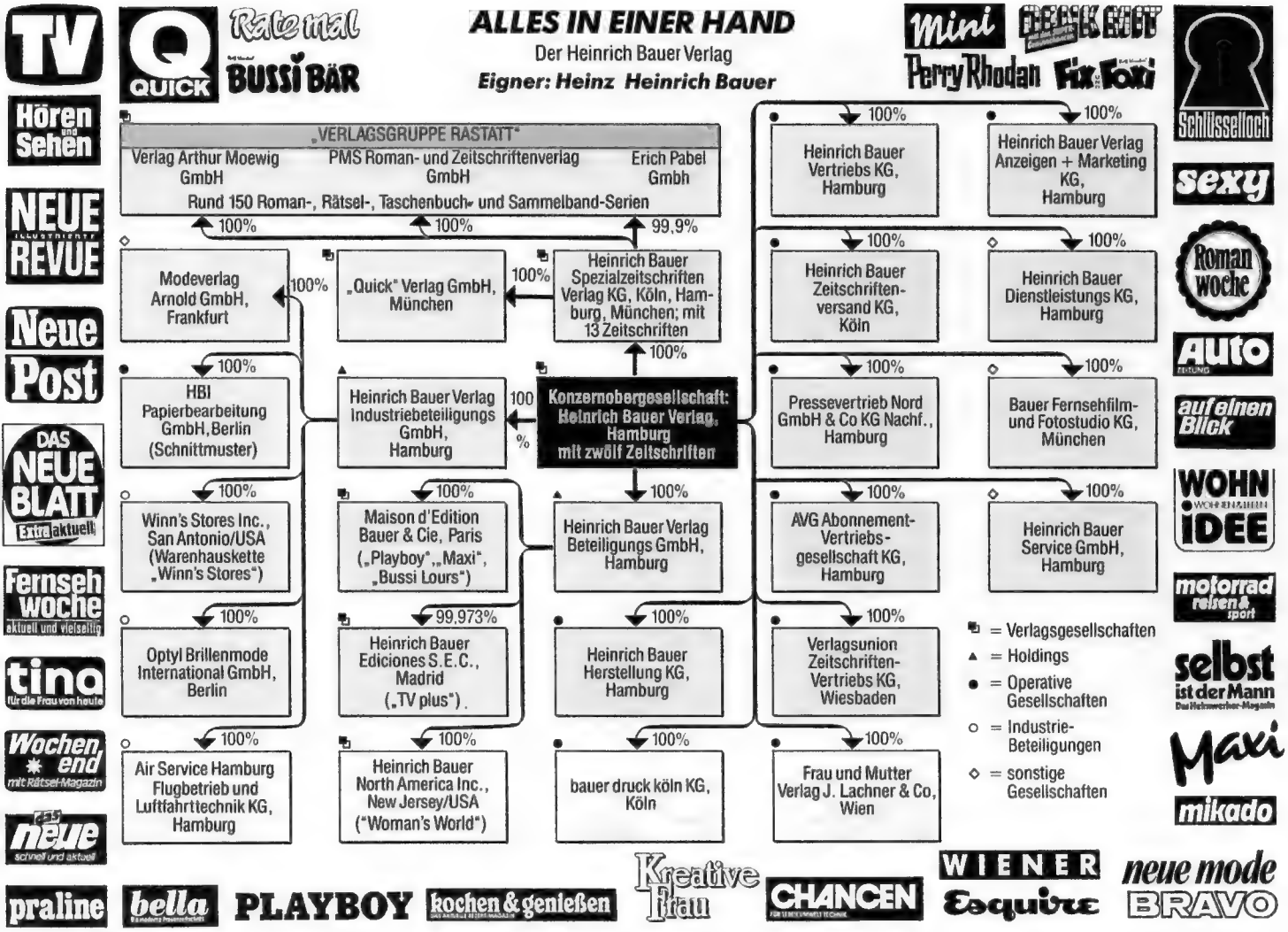
Sein charakteristischer Geschmack beruht auf feinem Kräuterdestillat. Die lange Reifezeit gehört zur Rezeptur. Sie wird seit Generationen gehütet und noch heute nach strengen Regeln eingehalten.

SOUVERÄN

UND ZUVERLÄSSIG IST DIE WIRKUNG VON DEUTSCHLANDS GROSSEM SCHUPPEN-SHAMPOO.

WELLA

A.B.S.



wöchentlich 1,4 Millionen „Woman's World" in Supermärkten zum Stückpreis von 79 Cent verkauft.

Den Aufschwung vom 1875 gegründeten kleinen Druckunternehmen, das sich auf Visitenkarten spezialisiert hatte, zu einem großen Pressekonzern hat die Familie Bauer einem ihrer Angestellten zu verdanken: Als Generalbevollmächtigter des Verlegers Alfred Bauer kaufte der gelernte Bilanzbuchhalter Siegfried Moenig in den sechziger und siebziger Jahren eine Zeitschrift nach der anderen auf. Nach dem Krieg hatte Bauer zunächst mit Lohnsteuertabellen sein Geld verdient.

Damals einträgliche Publikationen wie die „Quick" oder Billigblätter der Regenbogenpresse wie „Das Neue Blatt" wechselten zu Bauer. Allein 1970 wuchs die Verlagsgruppe um 69 Titel. Damals schluckten die Hamburger die badischen Romanfabriken Pabel und Moewig, in denen Hefte wie „Der Landser" und „Perry Rhodan" produziert werden.

„Ich bin Industriemanager", pflegte Moenig über seinen Job zu sagen, „der zufällig Gedrucktes produziert."

Nicht nur. Auch branchenfremde Unternehmen kaufte der Verlagsgeneral für die Bauers auf. Dazu gehört die texanische Warenhauskette Winn's ebenso wie die internationale Brillenfirma Optyl, bei der unter anderem Dior und Porsche ihre Markenware fertigen lassen.

Schon früh, Ende der Sechziger, bestimmte Alfred Bauer seinen Sohn zum Erben. Heinz Heinrich wurden beim Tod des Vaters 96 Prozent der Konzernanteile zugesichert. Die beiden Töchter Marlis und Heike mußten sich mit je zwei Prozent zufriedengeben.

Nach dem Tod des Vaters 1984 übernahm Heinz Heinrich Bauer endgültig die Konzernführung. Der vergangenes Jahr verstorbene Moenig war 1983 aus dem Unternehmen ausgeschieden.

Am Führungsstil des Bauer-Imperiums hat sich seit Heinz Heinrichs Amtsantritt kaum etwas geändert. Die Spitzenmannschaft des Hauses blieb klein. Bauer, seine Statthalter Bolls und Heidenreich sowie der fürs internationale Geschäft zuständige Konrad Wiederholz kontrollieren die rund 30 Firmen des Konzerns (siehe Graphik). Ein Mittelmanagement, wie in anderen Verlagsunternehmen üblich, gibt es bislang nicht.

Der jährliche Geschäftsbericht sagt wenig. Verbissen wehrte sich Bauer lange grundsätzlich gegen die Pflichtveröffentlichung der Konzernbilanz.

Erst nach zähem Gang durch die gerichtlichen Instanzen wurde Bauer zur Offenlegung einiger Interna gezwungen. Die Ertragslage des Milliarden-Konzerns aber bleibt weiterhin Betriebsgeheimnis.

Tiefe Abneigung empfindet Bauer, wie schon sein Vater, gegen Gewerkschaften und Arbeitnehmervertreter. Einen Gesamtbetriebsrat, wie er in vergleichbaren Großbetrieben üblich ist, hat Bauer im eigenen Unternehmen verhindert. Auch dieser Fall beschäftigt seit geraumer Zeit die Gerichte.

„Ich leiste mir einen Betriebsrats-Abwehrbeauftragten", erzählt der Großverleger gern im Freundeskreis. Ansprechpartner des Betriebsrats ist bei Bauer nicht die Geschäftsleitung, sondern die Rechtsabteilung des Konzerns.

Daß sich der Verleger nach abgeschlossenem Studium verstärkt dem Innenleben seiner Unternehmen widmen wird, ist kaum zu erwarten. „Der ist wie Howard Hughes", meint ein Abteilungsleiter, „man sieht ihn nicht, man hört ihn nicht, und doch muß es ihn geben."

Die PR-Abteilung des Konzerns hat sich mit der Scheu des Konzerneigners längst abgefunden. Als das Wiener Nachrichtenmagazin „Profil" sich kürzlich um ein Interview mit dem Verleger bemühte, meinte der Pressesprecher lakonisch: „Wenn Sie das schaffen, können Sie meinen Job haben." ◆

DAS NEUE AIRBUS A320-COCKPIT

ELEKTRONIK IST AUCH IM AUTO KEINE SPIELEREI.

DAS GOLDENE LENKRAD 1987

Im Flugzeugbau ist Elektronik seit langem selbstverständlich. Sie entlastet den Piloten und ist ein wichtiger Sicherheitsfaktor. Gibt es einen Grund, im Automobilbau anders vorzugehen? Ein Blick ins Cockpit des neuen Senator zeigt, was wir von der Luftfahrt gelernt haben: Konzentration auf das Wesentliche, Information ohne Schnörkel.

DAS ZWEI-ZONEN-PRINZIP. In der inneren Zone, und damit direkt im Blickfeld, liegen alle Bedienungselemente, die für die Fahrt notwendig sind. In der äußeren Zone finden Sie alles, was weniger häufig genutzt wird.

DER COCKPIT-DIALOG. Wieviel Treibstoff ist im Tank? Wie weit komme ich damit noch? Kein Pilot würde sich mit der Antwort „halb voll" zufriedengeben. Der neue Senator CD gibt Ihnen die Antwort in Zahlen.

DIE SICHERHEITS-ELEKTRONIK. Sie steuert ABS, damit das einzigartige DSA-Fahrwerk auch beim Bremsen mit plötzlichen Hindernissen fertig wird. Sie regelt die Fahrwerksdämpfung (Ride-Control), damit Sie auf Knopfdruck auch sportlicher oder komforta-

OPEL GM

DAS NEUE SENATOR CD-COCKPIT

bler fahren können. Sie kontrolliert die neue 4-Gang-Automatik, damit sie samtweich schaltet und Sie zwischen drei Fahrprogrammen wählen können. Sie paßt die Lenkung kontinuierlich der Geschwindigkeit an (Servotronic), damit Sie jederzeit ein sicheres Gefühl für die Straße haben. Denn mit zunehmender Geschwindigkeit wird die Lenkung straffer. Und schließlich ist die Elektronik nicht nur für die Wirtschaftlichkeit der kraftvollen 6-Zylinder-Motoren verantwortlich, sondern auch für den geregelten Katalysator.

Wer jetzt noch sagt, Elektronik im Auto sei Spielerei, ist wohl nur durch eine Probefahrt zu überzeugen.

OPEL

ERLEBEN SIE DEN NEUEN SENATOR.

Sie sind herzlich eingeladen, das Buch über den neuen Senator zu lesen. Und Sie sind herzlich eingeladen, den Senator unverbindlich und ausführlich zu testen. Denn nichts überzeugt mehr als das eigene Erlebnis. Rufen Sie einfach unseren Senator-Service an. Zum Ortstarif:

✆ 0130-2040

Adam Opel AG, Abt. 9201, Senator-Service, D-6090 Rüsselsheim.

DER NEUE SENATOR. HIGH-TECH VON OPEL.

Aids: „Im Untergrund ein unsichtbares Netzwerk“

Der schwedische Arzt Michael G. Koch, seit Beginn dieses Jahres in Bayern als Aids-Berater verpflichtet, stieß mit seinem Vorschlag, uneinsichtige Aids-infizierte Drogenabhängige und Prostituierte zu internieren, letzte Woche auf heftigen Widerstand. In einem Beitrag für den SPIEGEL verdeutlicht Koch, anhand von in Schweden aufgedeckten Infektionsketten, wie sich das Aids-Virus unter Heterosexuellen ausbreitet.

Viele Menschen hoffen, Aids sei und bleibe eine Krankheit bestimmter „Risikogruppen“ – der promisken Homosexuellen, der Drogenfixer, der Bluter. „Normale Heterosexuelle“ seien nicht gefährdet. Das ist eine Illusion. Diese Fehleinschätzung kann weltweit Millionen Menschen das Leben kosten.

Aus aller Welt werden von seriösen Forschern Beispiele für die heterosexuelle Übertragung der Infektion berichtet. Öffentlich wird dies nur ungern zur Kenntnis genommen. Dabei gibt die sich schon heute abzeichnende Virusverbreitung unter Heterosexuellen Anlaß zu großer Sorge. Sehen wir uns einige Beispiele aus Schweden an, einem Land, das vergleichsweise rechtzeitig und weitsichtig auf Aids reagiert hat.

Im Jahre 1979 besuchte ein junger Schwede auf Haiti eine HIV-infizierte Prostituierte. In den folgenden Jahren hatte er in Schweden sexuellen Kontakt mit insgesamt sieben Frauen, von denen heute vier mit Sicherheit als infiziert anzusehen sind. Zwei dieser Frauen haben ihrerseits wieder ihre späteren männlichen Partner angesteckt. In zwei Ehen wurden drei Kinder geboren, von denen man bisher zwei infiziert fand. Insgesamt resultierten damit aus jenem Kontakt auf Haiti bisher neun sichere Sekundär- und Tertiärfälle in einer mittelgroßen Stadt im Norden Schwedens, die weniger als 100 000 Einwohner hat.

Keiner der Infizierten gehört irgendeiner der konventionellen Risikogruppen an. Entdeckt wurde diese heterosexuelle Kette, als einer der in dritter Linie angesteckten Männer beim Blutspenden routinemäßig getestet wurde.

Bis zu jenem Zeitpunkt war keiner der Infizierten durch irgendwelche Symptome aufgefallen. Es mag weitere zehn oder mehr Jahre dauern (hoffen wir um der Beteiligten willen, daß es mehr sind), bis alle diese Infizierten zu Aids-Fällen geworden sind. Nichts demonstriert besser als diese Kette: Aids-Statistik ist eine Art HIV-Archäologie. Sie zeigt, was vor im Durchschnitt jeweils einem Dezennium geschehen ist – für jede Form von Intervention viel zu spät.

Es konnte nicht ausbleiben, daß wir uns fragten, wie es um die Virusausbreitung in Kreisen bestellt sein mochte, die im Gegensatz zum gerade geschilderten Fall eine extrem hohe Promiskuität aufweisen. In einem kleinen nordschwedischen Ort mit nur 17 000 Einwohnern konnten wir dank der Initiative und des Arbeitseinsatzes von Sozialarbeitern und Ärzten eine entsprechende Untersuchung beginnen. Wichtige Bedingungen dafür waren auch ein durchweg gutes Vertrauensverhältnis zwischen den lokal tätigen Sozialarbeitern und ihren Klienten, also in erster Linie alkohol- oder drogensüchtigen Jugendlichen mit sozialer Problematik, sowie die in Schweden allgemein verbreitete Gutwilligkeit.

Aids-Experte Koch
„Wir brauchen Mut zur vollen Wahrheit“

Michael G. Koch

plädiert für die Anwendung seuchenrechtlicher Maßnahmen bei Aids und gilt deshalb als „Falke“ bei der Aids-Bekämpfung. Der deutschstämmige schwedische Arzt beobachtet seit 1983 den Verlauf der Seuche. Seine epidemiologischen Prognosen, gestützt auf Computer-Simulationsprogramme, haben sich als weitgehend zuverlässig erwiesen. Im Heidelberger Verlag Spektrum der Wissenschaft publizierte Koch, 46, ein populärwissenschaftliches Fachbuch („Aids – vom Molekül zur Pandemie“. 290 Seiten; 59 Mark). Es ist die bisher umfassendste Darstellung der Krankheit. Der bayrische Innenstaatssekretär Peter Gauweiler hat den Schweden zum Aufklärungsberater des staatlichen Gesundheitsdienstes ernannt, dotiert mit einem 100 000-Mark-Werkvertrag. Die Berufung ist bei der SPD und bei der Deutschen Aids-Hilfe auf Protest gestoßen. Die bayrischen Grünen nennen Koch einen „Däniken der Aids-Medizin“, der „gesundheitspolitisch vollkommen inkompetent“ sei.

Die Kleinstadt heißt Hudiksvall, sie ist eine der ältesten Hafen- und Holzhandelsstädte im schwedischen Norrland. Hier scheint die Aids-Epidemie noch sehr weit entfernt zu sein. Als HIV-Epidemie ist sie in Wahrheit auch in Hudiksvall schon im Gange.

Mit der Aids-Infektion ist es wie mit den Pilzen im Wald: Wo ein Fruchtkörper sichtbar wird, kann man davon ausgehen, daß ein ausgebreitetes Netzwerk von Pilz-Myzelien im Untergrund verborgen ist, das da schon seit langem wächst. Wo kein Pilz sichtbar ist, kann man über das Vorhandensein solcher Myzelien nichts Sicheres sagen, ohne den Spaten in den Boden gesetzt und nachgeschaut zu haben. Es ist eine Frage des Wissenwollens.

In Hudiksvall wollte man es wissen und opferte damit die trügerische Ruhe des Nichtinformiertseins, die ohne Zweifel noch für viele Jahre hätte aufrechterhalten werden können. Man begann, aktiv jene Jugendlichen zu testen, die sich Aufputschdrogen injizierten und bei denen ein Mangel an sozialer Verankerung, verbunden mit hoher Mobilität und Promiskuität, bekannt war.

Schon einer der ersten Tests ergab einen positiven Fund. Man stieß in rascher Folge auf Sekundärfälle innerhalb dieser Risikogruppe, was nicht überraschen kann. Die Zahl der Intimkontakte (etwa zur Hälfte gemeinsame Benutzung der Nadel bei Amphetamin-Injektionen, zur Hälfte sexuelle Kontakte, in einigen Fällen beides) betrug bei der als ersten lokalisierten Virusträgerin etwa 46 innerhalb des zurückliegenden Jahres. 34 von diesen Kontakten betrafen Einwohner anderer Städte, darunter Stockholm, woher die Infektion ursprünglich eingeschleppt worden sein dürfte.

Naturgemäß stellte sich heraus, daß die Kontaktpersonen, soweit untersuchbar, ihren Lebensstil beibehalten hatten. Es wurden für das laufende Jahr im Durchschnitt vier bis elf weitere Sexualpartner (vermutlich auch weitere Partner bei der gemeinsamen Benutzung des Injektionsbesteckes) ermittelt. Die weitaus meisten konnten noch nicht untersucht werden, da sie an anderen Orten woh-

Zuverlässigkeit.

Deshalb
vertrauen führende Weltunternehmen
ihre Containertransporte Cast an.

CAST

Das "Blue Box" System, das Erfolgskonzept im Containerverkehr

nen. Damit hat dieses Kontaktnetz einen nach allen Seiten hin völlig offenen Rand, der sicher auch ins Ausland reichen dürfte (siehe Graphik).

Bei den mühseligen, zeitraubenden und teilweise heiklen Nachforschungen, die sich nur auf öffentliche Quellen, freiwillige Angaben und legale Arbeitsmethoden stützten, stieß man auch auf zwei HIV-infizierte junge Frauen, die völlig außerhalb der beschriebenen und bekanntermaßen gefährdeten Kreise lebten. Sie waren eher zufällig mit einem der gewohnheitsmäßig riskant lebenden Jugendlichen in Kontakt gekommen und hatten eben Pech gehabt; in den USA heißt dies: „Sie hatten Mr. Wrong getroffen." Jetzt sind sie für andere zur „Miss Wrong" geworden.

Bei den zwei Frauen handelt es sich um Vertreter jener ziemlich normalen, manchmal unvorsichtigen Jugend, die als Tanzpartner in der Diskothek, als Studenten oder Touristen im Ausland, als Freunde im Bekanntenkreis oder als Blutspender nicht die geringsten Verdachtsmomente auf eine HIV-Infektion aufweisen. Sie sind der sinnfällige Beweis dafür, daß die sogenannten Risikogruppen keineswegs virusdicht gegen andere Bevölkerungsteile abgeschottet sind, sondern in allen Richtungen kontinuierlich in jene Gruppen übergehen, bei denen man eher von „unerfahrenem" oder allenfalls „manchmal leichtsinnigem" Verhalten spricht.

Innerhalb weniger Monate fand man in Hudiksvall fünf neue HIV-Infizierte. Damit sind allein 60 Prozent aller bekannten Virusträger der Stadt in diesem Netzwerk miteinander verknüpft. Keiner der so gefundenen Infizierten wies Symptome auf oder hatte daran gedacht, spontan den Arzt aufzusuchen oder sich testen zu lassen. Sie alle wären noch für viele Jahre unsichtbar, dabei aber unwissentlich ansteckend geblieben.

Nichts spricht dafür, daß das Virus sich hier anders aufführt als in Paris, Berlin oder London, nur hat man seine Ausbreitungswege nirgendwo sonst so genau untersucht. Dabei handelt es sich in Hudiksvall nicht etwa um ein wirklich extremes Großstadtmilieu, um Heroingebrauch und Prostitution, sondern um eine normale Kleinstadt mit einem eher provinziellen Lebensstil.

Erschreckend ist nicht so sehr die Zahl der gefundenen Infizierten – obwohl sie bei einer Extrapolation für ganz Schweden Hunderte, für die Bundesrepublik Tausende ähnlicher Fälle bedeuten würde –, sondern die Größe des Kontaktnetzes, auf das man dabei stieß. Es dürfte innerhalb eines Jahres nicht weniger als 260 bis 400 Kontakte umfassen, und man scheut sich davor, die Ausdehnung dieses Netzes in Gedanken auf fünf oder zehn Jahre hochzurechnen. Die Zahlen werden, trotz einer gewissen internen Sättigung, riesengroß.

Nichts ließe sich im nachhinein mehr präzise ermitteln, die meisten Kontakte wären vergessen – und eigentlich ja dann auch nicht mehr so wichtig. Denn alles, was sich abgespielt hat, ist dann schon Vergangenheit. Geschehene Infektionen sind nicht mehr rückgängig zu machen. Vorbeugendes Denken käme mit Sicherheit um viele Jahre zu spät. Weiter wird deutlich, daß schon in einem so frühen Stadium der HIV-Epidemie 40 Prozent der hier gefundenen Infizierten keiner Risikogruppe mehr angehören.

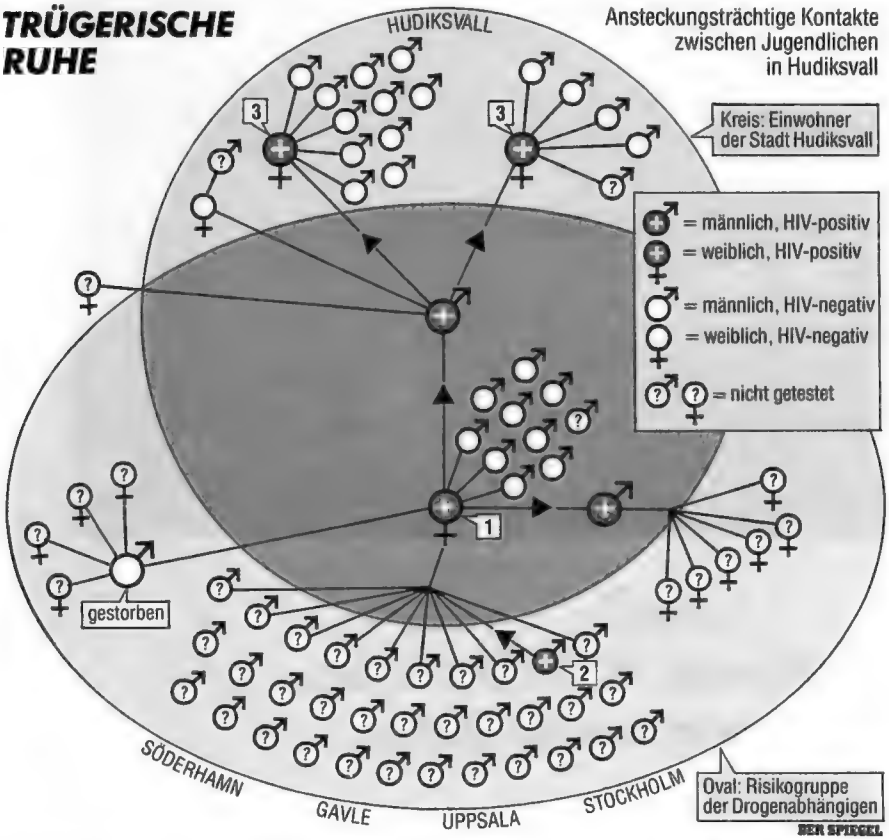
In einer anderen Gegend Schwedens, ebenfalls außerhalb der großstädtischen Problemzentren, stieß man kürzlich auf den Fall eines 19jährigen Drogensüchtigen, der erst mit einem halben Jahr Verspätung über sein positives HIV-Test-Resultat hatte informiert werden können. Eine Befragung ergab folgende möglichen Ansteckungskontakte für die zurückliegenden sechs Monate: zehn männliche Partner bei gemeinsamer Benutzung von Kanülen, sechs weibliche Sexualpartner, weitere drei Mädchen, mit denen es sowohl zum Koitus als auch zum gemeinsamen Drogengebrauch gekommen war, sowie sechs weitere männliche Partner, bei denen sich nicht mehr mit Sicherheit sagen ließ, ob mit ihnen die Kanülen geteilt worden waren.

In der Summe sind das 19 bis 25 risikobehaftete Kontakte mit Menschen ähnlicher Lebensgewohnheiten. Hier und da beginnt die Einsicht zu dämmern, was das auf lange Sicht mit sich bringt. (Es sind im übrigen bedeutend schlimmere Fälle dieser Art bekannt – hier sind, um dem Vorwurf der negativen Auswahl vorzubeugen, absichtlich nicht die extremsten dargestellt worden.)

Aids wird sich unter Heterosexuellen mit Sicherheit nicht so rasch wie unter Drogensüchtigen und Homosexuellen verbreiten. Wo Gruppensex praktiziert wird, wo es Swinging Clubs und die „Single-Kultur" gibt, dort, im Umfeld anderer Geschlechtskrankheiten und „kaputter Beziehungskisten", ist das Risiko jedoch groß. Als eine wesentliche Überlaufstelle für das HIV aus der primären Risikogruppe der Drogensüchtigen in die heterosexuelle Bevölkerung erweist sich die Prostitution.

Noch 1986 war beruhigend verkündet worden, zwar seien die Prostituierten Afrikas schon zu 27 bis 88 Prozent infiziert, die der USA hingegen nur zu 0 bis 10 Prozent (Ausnahme Miami mit 25 Prozent). Im Juni 1987 hingegen kamen andere konkrete Angaben aus den USA. Danach betrug der Anteil der Infizierten bei den untersuchten Prostituierten:

TRÜGERISCHE RUHE



Eine sozialmedizinische Studie unter drogenbenutzenden und sexuell kontaktfreudigen Jugendlichen in der schwedischen Kleinstadt Hudiksvall zeigte, wie sich das Aids-Virus über ein Netz von ansteckungsträchtigen Kontakten innerhalb eines Jahres ausbreiten kann, ohne daß sich die Beteiligten der Gefahr bewußt sind. So zählten die Forscher bei einer Aids-infizierten Frau aus Hudiksvall (1), die sich vermutlich bei einem Stockholmer Drogenabhängigen (2) angesteckt hatte, innerhalb des zurückliegenden Jahres 46 potentielle Ansteckungs-Kontakte, zwölf davon in Hudiksvall, die übrigen in anderen Städten. Dabei handelte es sich je etwa zur Hälfte um sexuelle Kontakte oder um gemeinsame Benutzung einer Injektionsnadel, in einigen Fällen um beides. Über die Kontaktpersonen und deren Folgekontakte breitete sich das Aids-Virus aus. Dabei wurden in Hudiksvall auch zwei Frauen infiziert, die nicht der Risikogruppe der Drogenabhängigen angehören, sondern eher zufällig mit den riskant lebenden Jugendlichen in Kontakt gekommen waren (3).

Marlboro Lights

Die leichte Marlboro.

Der Bundesgesundheitsminister: Rauchen gefährdet Ihre Gesundheit. Der Rauch einer Zigarette dieser Marke enthält: Marlboro Lights 0,4 mg Nikotin und 6 mg Kondensat (Teer), Marlboro Lights 100's 0,6 mg N und 8 mg K (Durchschnittswerte nach DIN)

3.0 V6

GEBALLTE KRAFT.

DER NEUE ALFA 75 AMERICA.

Soviel Kraft müssen Sie erleben: 136 kW (185 PS) bei 5800 U/min, Höchstgeschwindigkeit 217 km/h, von 0 auf 100 km/h in 7,4 sec, spurtstark im gesamten Drehzahlbereich (216 Nm schon bei 1000 U/min, max. Drehmoment: 245 Nm bei 3000 U/min) – nie war die Leidenschaft stärker. Im neuen Alfa 75 America verbinden sich die Elastizität und die Laufkultur eines Sechszylinder-Einspritzers mit der unbändigen Kraft und den exzellenten Fahreigenschaften eines echten Alfa Romeos: 25%iges Sperrdifferential an der Hinterachse für maximale Bodenhaftung, selbst in engsten Kurven. Progressive Servolenkung für entspanntes Fahren. ABS (gegen Aufpreis) für die passive Sicherheit. Geregelter 3-Wege-Katalysator für die Umwelt. Mit seiner charakteristischen Keilform, US-Stossfängern und Spurverbreiterung ist der neue Alfa 75 America der Inbegriff kultivierter Sportlichkeit. Die elegante Innenausstattung, die vertikal und axial verstellbare Lenksäule und das übersichtliche Cockpit gewährleisten höchsten Fahrkomfort. Der neue Alfa 75 America. Sinnlich? Sportlich? Luxuriös? Entscheiden Sie selbst. Bei einer Probefahrt.

ALFA ROMEO

Alfa Romeo: Fahren aus Leidenschaft

Alfa Romeo empfiehlt Agip

LINTAS:FRANKFURT

Ort der Untersuchung	HIV-positive Prostituierte pro Anzahl der Getesteten	Anteil der Infizierten
Las Vegas	9/35	25%
Colorado Springs	19/71	27%
San Francisco	74/154	47%
Miami	180/309	58%
Los Angeles	152/217	70%
Newark	51/59	86%

Zur Zeit tröstet man sich mit dem Hinweis, daß es sich hierbei vorwiegend um die nicht repräsentativen Straßendirnen handelte, die häufig auch drogensüchtig sind. Auf letzteres schiebt man jetzt ihre Seropositivität, wie man früher die hohe Durchseuchung Afrikas auf verbreitete Analsex-Praktiken zurückzuführen suchte (ein ausgemachter Unsinn, der nur zeigt, wie schwer man sich von liebgewonnenen Vorstellungen trennt).

Für Nairobis Prostituierte hat man die Prozentzahlen der HIV-Positiven über mehrere Jahre ermittelt:

1981 — 0%	1985 — 54%
1982 — 5%	1986 — 66%
1983 — 12%	1987 — 83%
1984 — 22%	1988 — ?

In den USA und in der Bundesrepublik wird tröstend argumentiert, die teuren Luxus-Callgirls seien ja noch weitgehend HIV-frei. Was sagt das mehr, als was wir schon längst wissen? Natürlich wird eine arme Prostituierte, zu hohen Partnerzahlen gezwungen und häufig mit genitalen Wunden, mit größerer Wahrscheinlichkeit infiziert. Aber die anderen, die „teuren" kontrollierten Dirnen sind nicht gegen HIV gefeit. Dafür sorgt schon die Internationale der Freier. Ein Seemann oder ein Geschäftsmann, der in Mombasa oder in Nairobi zu einer Prostituierten geht, der tut das in London, Hamburg oder Frankfurt auch. Auf lange Sicht wird Aids keine professionelle Prostituierte unberührt lassen.

Die Mehrheit der Heterosexuellen sucht nicht ständig Bordelle auf, teilt nicht an einem Abend die Injektionsspritze mit zehn anderen Süchtigen und besucht auch keine anonymen Sex-Dunkelkeller wie manche Homosexuelle. Heterosexuelle wechseln zuweilen ihre Partner, manche öfter, manche selten oder nie. Dies führt, wie wir von anderen Geschlechtskrankheiten sehr genau wissen, zu einer Virusausbreitung, die selbstverständlich nicht explosionsartig stattfindet, sondern ausgesprochen langsam verläuft. Das mag in der Tat ein Trost sein. Hier brennt nicht die Prärie, sondern schwelt ein Torfmoor. Wir sollten wissen, wie schwer das zu löschen ist.

Die Sexualität ist unverzichtbar für den Fortbestand des Lebens und bei den meisten Menschen auch für ihr seelisches Wohlbefinden. Bisher sind alle Versuche, ihre Abarten und Ausschweifungen zu regulieren, gescheitert. Es gilt, realistisch zu sein und nicht zum Opfer eigener Wunschvorstellungen hinsichtlich der menschlichen Wesensart zu werden.

Im Hinblick auf das Potential der heterosexuellen Kontakte für die HIV-Verbreitung ist zu bedenken:

- ▷ Die große Zahl der Heterosexuellen führt dazu, daß die Virusträger unter ihnen sehr verstreut leben und daher schlecht zu finden sind.
- ▷ Sättigungseffekte, wie sie heute in vielen primären Risikogruppen schon auftreten, sind grundsätzlich nicht zu erwarten. Ein Prozent der Heterosexuellen wären in den USA schon 2,4 Millionen, in der Bundesrepublik immerhin schon 600 000 Infizierte. Bisher zählt in Europa die gesamte Durchseuchung erst nach Promille.
- ▷ Es gibt keine einfachen Anhaltspunkte für die Risiken, da es nicht ein besonderes Verhaltensmerkmal von Menschen (etwa Drogen zu injizieren, Bluttransfusionen zu erhalten, Prostituierte aufzusuchen), sondern die jeweilige Virusverbreitung unter den heterosexuellen Partnern ist, die über das Ausmaß der Risiken entscheidet – und diese ist nicht direkt sichtbar.
- ▷ Da die Bedrohung nicht offensichtlich ist, motiviert sie auch nur wenig. Dies gilt insbesondere für risikofreudige Menschen. Der Respekt vor Aids ist heute bei jenen am größten, in deren Umkreis am wenigsten zu befürchten ist.

Die Infektionszahlen von Heterosexuellen aus den USA lassen schon jetzt Schlimmes befürchten. So ist in Baltimore unter 4911 Patienten einer Klinik für Geschlechtskrankheiten die Zahl der HIV-Infizierten dreimal so hoch wie die der Patienten, die an aktiver Syphilis erkrankt sind. Das muß man erst einmal versuchen zu verarbeiten, hat doch die in naiver Lesart „viel infektiösere" Syphilis für ihre Verbreitung schon Jahrhunderte zur Verfügung gehabt.

Gefährdet sind zwar im Moment noch hauptsächlich jene Teile der heterosexuellen Bevölkerung – vorwiegend Farbige und Latinos –, die auch überdurchschnittlich häufig andere Geschlechtskrankheiten aufweisen. Diese Trivialität jedoch gibt nicht viel Beruhigendes her. Es ist einfach ein Zeichen für ein gemeinsames und überrepräsentatives Risikoverhalten. Die Quantität ist schon heute beachtlich: Allein zu jener genannten Klinik in Baltimore etwa kommen derzeit jährlich 1000 HIV-Träger – in einer Stadt, in der es zahlreiche Krankenhäuser gibt und in der bislang noch nicht einmal 300 Aids-Fälle bekanntgeworden sind. Alle Anzeichen stehen auf Sturm, wenn man sich die selbstbeschleunigenden Eigenschaften dieses Ausbreitungsprozesses vergegenwärtigt. Die genannten Beobachtungen, die beliebig vermehrt werden könnten, stellen eines klar: Unser selbstverständliches Recht auf Unversehrtheit (die jede Blutentnahme zu einem einwilligungspflichtigen Eingriff macht) und unser Recht auf Nichtinformiertsein (etwa über Krebs oder eine andere schlimme Diagnose) stoßen an eine Grenze.

Diese Grenze liegt da, wo auch andere Menschen tödlich betroffen werden könnten. Es tritt etwas ein, das man „Verpflichtung zum Wissen" nennt. So ist schon lange akzeptiert, daß man die Blutentnahme für einen Alkoholtest nicht verweigern darf, etwa mit den Worten: „Ich will das gar nicht wissen!" oder, etwa für einen Busfahrer: „Es hätte für mich in meiner Anstellung katastrophale Folgen." Man ist verpflichtet, zu wissen, ob man für andere im Verkehr eine Gefahr darstellt oder nicht. Es sollte beim Geschlechtsverkehr nicht anders sein.

Aids-Bekämpfung in Schweden*
Risikogruppen sind nicht abgeschottet

Bei Syphilis und Gonorrhöe ist ein konsequentes Erfragen der gefährdeten Partner seit Jahrzehnten akzeptiert und wird unwidersprochen durchgeführt. Die Sonderrolle, die man der tödlichen HIV-Infektion gegeben hat, wird sich auf die Dauer nicht aufrechterhalten lassen.

Daß man keine effektive Behandlung gegen Aids anbieten kann, ist ein häufig gehörtes, aber schlecht durchdachtes Gegenargument. Zur Zeit der Seuchengesetzgebung, etwa hinsichtlich der Tuberkulose und der Syphilis, waren auch diese Krankheiten nicht heilbar. Gerade deshalb wurden sie so ernst genommen. Und gerade deshalb müssen wir die HIV-Infektionen so ernst nehmen (Wenn wir erst einmal über eine effektive Therapie verfügen, können wir uns

* Schwedischer Soldat mit Kondom-Packung, die im Oktober 1987 als Marschgepäck ausgegeben wurde.

Spiel's noch einmal, Sam.
Mit freundlichem Diebels!

Diebels
Alt

entspannen. Dann kann man sich auf diese statt auf die Infektionsvorbeugung konzentrieren.)

Man sprach bei Lues-Proben, Durchleuchtung auf Tuberkulose oder der Pockenimpfung auch nie von Zwangstestung, Zwangsröntgen oder Zwangsimpfung (viel Schrecken wird allein durch tendenziöse Wortwahl verbreitet), sondern schlicht von obligatorischen Proben, Reihenuntersuchungen und Schutzimpfung. Wir sprechen auch nicht von einer Zwangsbeschulung, sondern von einer Schulpflicht. Es ist alles eine Frage des Konsenses. Wenn das Solidaritätsdenken auch in der Aids-Frage erst einmal Fuß gefaßt hat, wird in nicht allzu entlegener Zukunft der HIV-Test beim Arztbesuch als ähnlich selbstverständlich gelten wie bis vor kurzem die Wassermann-Probe zum Lues-Nachweis. Die Gründe sind diesmal viel gravierender.

Mit der in allen Kulturnationen durch breiten Konsens gedeckten Verurteilung und Kriminalisierung der Vergewaltigung haben wir längst Stellung bezogen zu der Frage, ob jemand seine sexuellen Gelüste auf Kosten anderer zufriedenstellen darf.

Die Antwort ist ein um so entschiedeneres Nein, je intensiver man den Leiden der Infizierten konfrontiert ist. Zahlreiche Vergewaltigungsopfer haben nur unwesentliche körperliche Blessuren erlitten und ihr psychisches Trauma mit der Zeit überwunden. Viele haben danach ein normales Leben führen können. Auch haben sie kein tödliches Unheil weitergetragen.

Die Infektiosität, die schweren, komplizierenden Erkrankungen, die ausgeprägten Hirnschäden, die bösartigen Tumorerkrankungen, die Ausmergelung und der tödliche Ausgang dürften das Gewicht der HIV-Infektion weit über jenes der Folgen einer Vergewaltigung erheben. Damit ist das Recht, ja, die Pflicht der Gesellschaft, hier zur Verhinderung von Leid anzutreten, über alle Zweifel erhaben.

Das oben vorgestellte Material bedeutet, daß eine weitere stille Virusausbreitung auch unter Heterosexuellen unabweislich stattfinden wird. Wir können lediglich ihr Ausmaß beeinflussen. Hierzu muß die Information gerade das enthalten, was nicht völlig offensichtlich ist. Wir müssen lernen, auch über schwierige Themen miteinander zu reden – auch über jene, die heute noch tabuisiert sind, auch mit jenen Gesprächspartnern, die heute noch gegenüber jedem Akzent von Unfreiwilligkeit in Mißtrauen erstarren. So gilt es klarzustellen, wie unsinnig es ist, ausgerechnet bei Menschen, deren Problem im Zusammenhang mit einer Drogenabhängigkeit darin besteht, daß sie über einen freien Willen gerade nicht mehr verfügen, auf die Freiwilligkeit zu setzen. Bei diesen Diskussionen müssen wir uns alle bemühen, zwar das Herz warm, aber den Kopf kühl zu halten.

Lange hat man ungläubig auf dieses neue Virus gestarrt, wie gebannt vom Basiliskenblick einer Schlange. Man hat ihr Zischen gehört, und viele haben es anfangs fehlgedeutet. Die sogenannten Risikogruppen, aktive und passive (zum Beispiel Bluter), haben dafür teuer bezahlen müssen. Denn selten irrten so viele Gelehrte in so kurzer Zeit so oft und so sehr. Nun gilt es, nicht auch noch das nachzumachen, was im Zusammenhang mit Aids schon anderswo nicht funktioniert hat.

Straßenprostitution (in München)
„Alle Zeichen stehen auf Sturm"

Wenn es heute so wichtig ist, der Wahrheit – auch der unangenehmen – eine Chance zu geben, dann aus einem sehr naheliegenden und wichtigen Grunde: In Europa herrschen noch keine Zustände wie in San Francisco oder in der Karibik. Wie läßt sich vermeiden, daß es dahin kommt?

Für die weitaus meisten Gefährdeten ist heute noch Zeit, ihre Risiken zu verringern. Dies bedeutet sicher für viele junge Menschen eine Kalamität. Für jeden, der sie nicht bewältigt, kann sie sich zur Katastrophe wandeln.

Darüber zu informieren hat seinen Preis. Aber, um mit den Worten des Vorsitzenden der Aids-Beratergruppe der DDR, Professor Niels Sönnichsen, zu sprechen: Jeder einzelne Fall, in dem es gelingt, die Übertragung des Aids-Virus auf einen anderen zu verhindern, ist ohne Zweifel ein hundertprozentiger Erfolg. Das sollte uns den Mut zur vollen Wahrheit geben.

STRAFVOLLZUG

Intensive Beziehung

Häftlinge berichten über Sex und Drogen im Crailsheimer Jugend-Knast. Der Gefängnisleiterin wird der Prozeß gemacht.

Uniformierte Polizei sicherte das Gebäude Parkstraße 1 im nordwürttembergischen Crailsheim, stundenlang durchsuchten Kriminalbeamte alle Räume. Sie wühlten in Betten und Wäschestapeln, filzten Schreibtische und Schränke, tasteten Bad-Utensilien und Bücher ab, stocherten hinter Fußleisten und in Mauerritzen.

Die Aktion galt der Crailsheimer Außenstelle der Justizvollzugsanstalt (JVA) Schwäbisch Hall, in der männliche drogengefährdete Strafgefangene, zwischen 15 und 22 Jahre alt, untergebracht sind. Gesucht wurde, ohne jedes Ergebnis, nach Rauschgift.

Gefunden und beschlagnahmt dagegen wurde, in der Wohnung der Anstaltsleiterin Monika Schießer, 36, anderes Material: 87 Briefe und drei Postkarten – durchweg intime Liebesbotschaften von ehemaligen Häftlingen. Allein 68 Briefe stammten von einem einzigen früheren JVA-Insassen.

Die Diplom-Psychologin Monika Schießer wurde für viereinhalb Wochen in Untersuchungshaft genommen. Der Erste Staatsanwalt Harald Stephan in Ellwangen ermittelt wegen des Verdachts des „sexuellen Mißbrauchs von Gefangenen" und wegen falscher uneidlicher Aussage – Delikte, die mit Freiheitsstrafen bis zu fünf Jahren bedroht sind.

Die Vorwürfe treffen eine Anstaltsleiterin, die von Mitarbeitern und Vorgesetzten als „engagiert", „sensibel", „durchsetzungsfähig" und „kreativ" beurteilt wurde und demnächst den Beamtenstatus erhalten sollte. Sie hat den Staatsdienst inzwischen von sich aus aufgekündigt.

Bei der Staatsanwaltschaft in Ellwangen waren mehrere „Verdächtigungsschreiben" ehemaliger Crailsheimer Häftlinge eingegangen, die schwere Beschuldigungen enthielten: In den „Drogenknast", wie die JVA-Außenstelle landesweit genannt wird, seien Rauschmittel eingeschmuggelt worden. Und

Monika Schießer habe sich mit Inhaftierten sexuell eingelassen.

Von „Gruppensex" und anderen Praktiken berichteten die Denunzianten. Von „Körperkontakt" und „unsittlicher Berührung" spricht der Leitende Oberstaatsanwalt Klaus Kunath in Ellwangen, der zumindest ein „unkorrektes sexuelles Verhalten gegenüber Gefangenen" vermutet. Die Ex-Gefängnischefin wiederum meint, jugendliche Häftlinge, die verlegt und gemaßregelt worden waren oder sich vernachlässigt fühlten, hätten ein Komplott geschmiedet.

Die „bildhübsche Diplom-Psychologin" („Stuttgarter Zeitung") forderte offenbar zu Phantasien und Eifersucht geradezu heraus. Knackis brüsteten sich gern damit, sie hätten freizügige Einblicke ins Dekolleté der Anstaltsleiterin erhalten, aus einem lockeren Händedruck wurde gleich ein Händchenhalten.

Beschuldigte Ex-Gefängnisleiterin Schießer: „Kumpelhaft und nett"

Die Lustvorstellungen der Insassen wurden vor allem dadurch genährt, daß Monika Schießer vor zwei Jahren mit einem Strafentlassenen aus Crailsheim tatsächlich eine intensive Liebesbeziehung unterhielt, die noch im Knast begonnen hatte. „Intimverkehr erst nach der Entlassung", gab die einstmals verliebte JVA-Leiterin zu Protokoll.

In einem zweiten Fall war es vor Jahren jedoch zu einer intimen Begegnung mit einem Häftling auf Urlaub gekommen. Den Gefangenen fand Monika Schießer zwar, sagt sie zum SPIEGEL, nur „kumpelhaft und nett", aber es kam dann doch bei ihr zu Hause zu einer „ungewollten Überrumpelung".

Ein Freund des Häftlings zeigte damals den Vorfall an, beide Beteiligten bestritten vor Gericht den sexuellen Kontakt, der Tip-Geber wurde wegen Verleumdung angeklagt, jedoch freigesprochen. Jetzt, nachdem Monika Schießer den Verkehr einräumte, wird sie der uneidlichen Falschaussage beschuldigt.

Die Affäre brachte ein bundesweit beachtetes Modell des Strafvollzugs ins Gerede, das 1982 vom baden-württembergischen CDU-Justizminister Heinz Eyrich eingerichtet worden war. In Crailsheim wird jugendlichen Straftätern, die bereits eine Entziehungskur wegen Drogen-, Tabletten- oder Alkoholsucht hinter sich haben, die Chance geboten, durch Langzeittherapie zurück ins bürgerliche Leben zu finden.

In einem internen ministeriellen Vergleich der baden-württembergischen Vollzugserfolge schnitt Crailsheim besonders gut ab. 30 Insassen konnte die Anstalt maximal aufnehmen, durchschnittlich 20 wurden von 19 staatlichen Mitarbeitern betreut.

Stuttgarter Justizminister Eyrich
„Mancher Sorgen enthoben"

Die Konzeption war von der Diplom-Psychologin, seit 1983 im Amt, realisiert worden. Sie führte Gruppentherapie ein, verstärkte die Einzeltherapie, entwarf Arbeitsprogramme, machte kleine Ausflüge und Besichtigungen mit den JVA-Jugendlichen, um sie an die spätere Freiheit zu gewöhnen. Das Modell, so lobt jetzt Justizminister Eyrich, „macht uns nach den bisher vorliegenden Ergebnissen Mut, die Arbeit mit Drogenhäftlingen fortzusetzen".

Daß das Experiment so lange gut laufen würde, war bei der Berufung der damals erst 31 Jahre alten Diplom-Psychologin keineswegs garantiert. Monika Schießer hatte keine Erfahrungen im Umgang mit Drogenabhängigen.

Sie hatte ihr Abitur mit 25 Jahren auf dem Zweiten Bildungsweg gemacht und dann in Hamburg und Frankfurt studiert, zuvor war sie Fremdsprachensekretärin. Aus der Arbeit in einer Psychiatrischen Klinik in Darmstadt und einem kurzen Praktikum in einer hessischen Vollzugsanstalt brachte sie wenig praktische Kenntnisse für die Leitung eines Gefängnisses mit. Und die Bürger der Kleinstadt Crailsheim mokierten sich zudem darüber, daß die zierliche junge Frau ohne Trauschein mit ihrem Freund zusammenlebte. Im Herbst 1987 heiratete sie ihren Lebensgefährten Rolf, einen Musiker, der zu ihr hält.

Über das angebliche Liebesleben von Frau Schießer ließ die Ellwanger Staatsanwaltschaft nun Dutzende von Zeugen in der ganzen Bundesrepublik teils richterlich, teils polizeilich vernehmen, überwiegend ehemalige JVA-Insassen aus Crailsheim und Schwäbisch Hall.

Verteidiger Klaus-Dieter Gebhardt wundert sich „über eine erstaunlich aufwendige Ermittlungstätigkeit für die behaupteten Delikte, die in keinem Verhältnis zu den Vorwürfen und der Glaubwürdigkeit der meisten Zeugen steht, denen die Justiz sonst normalerweise kaum etwas glauben mag".

Monika Schießer bekommt zwar auch Briefe von Ex-Häftlingen, die ihr Mut machen, aber sie ist „auf jeden Fall von vielen Leuten enttäuscht, weil sie lügen". Sie wundert sich, „wie schnell gerade blödsinnige Behauptungen offenbar für bare Münze genommen werden".

Sie kritisiert auch die Passivität des Justizministeriums. Monika Schießer: „Das ist eine bittere Erfahrung, denn ich habe mich sehr engagiert." Auch auf Kongressen und bei Fachtagungen war die Diplom-Psychologin eine geschätzte Referentin.

CDU-Minister Eyrich sieht sich durch die freiwillige Kündigung seiner JVA-Leiterin „mancher Sorgen enthoben". Zum Nachfolger berief er einen erfahrenen Oberregierungsrat, bisher stellvertretender Leiter der therapeutischen Anstalt Hohenasperg, ihm wurde der Außenposten Crailsheim zusätzlich unterstellt. Monika Schießer hat sich arbeitslos gemeldet und wartet auf ihren Prozeß vor einer Ellwanger Strafkammer. ◆

ES_ _ _ _ _ _

SORGT IM KALTEN JANUAR FÜR HEISSEN GESPRÄCHSSTOFF

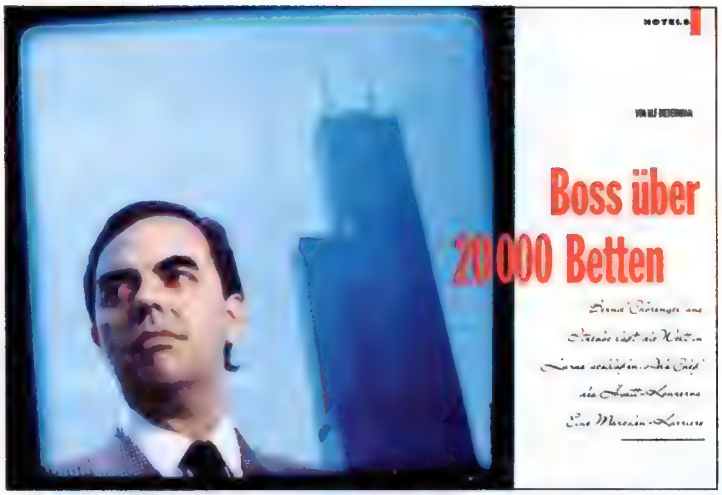
Jeder will fit sein. Aber faul sind die meisten! Siggi Wentz, unsere Hoffnung auf eine Medaille im Zehnkampf bei den Olympischen Spielen 1988, hat sich sechs Übungen ausgedacht, die so raffiniert sind, daß Sie damit sogar zu Hause ganz enorm in Form kommen. ESQUIRE zeigt, wie's geht…

Die Presselandschaft in Deutschland läßt sich in zwei Epochen einteilen: die Zeit vor ESQUIRE und die Zeit danach.

Willkommen in der Zeit danach! ESQUIRE ist die älteste Männerzeitschrift der Welt. Jetzt gibt es sie in einer deutschen Version. So exklusiv im Inhalt wie unverwechselbar im Konzept.

Die Welt des ESQUIRE ist aufregend. Und entspannend. „Männer, Möglichkeiten, Meinungen" – so haben wir sie überschrieben. In diesem Sinne möchte ESQUIRE seine Leser beraten, aber niemals belehren. Augenzwinkerei statt Augenwischerei.

Auf ESQUIRE können Sie sich verlassen. Wie auf einen guten Freund. Und Partner. Und einen guten Zeitschriftenhändler erkennen Sie von nun an immer an ESQUIRE*. Jeden Monat neu.



Da ist ein Ex-Koch mit abgebrochener Schulbildung. Er stammt aus Itzehoe (Schleswig-Holstein) und blickt zurück auf eine Bilderbuch-Karriere: Präsident Bernd Chorengel (43), oberster Chef der Hotel-Kette Hyatt-International. Er gebietet über 20.000 Betten und läßt die Welt in Luxus schlafen. Wie er wurde, was er ist, und was er noch alles vorhat – steht in ESQUIRE…

Er ist 79 und von der Eitelkeit eines Jünglings: Herbert von Karajan gibt nur Fotos zur Veröffentlichung frei, die ihn von seiner besten Seite zeigen – niemals eine Spur von Ermüdung oder Erschöpfung. ESQUIRE zeigt die andere Seite des Maestro…

Das Tempo, mit dem bekannte Tierarten von der Erde verschwinden, ist schneller geworden. Tag für Tag wird die Welt um eine Tierart ärmer, obwohl Rettungsversuche nicht ohne Erfolg bleiben. Und dann werden plötzlich Tiere von den Forschern entdeckt, die längst als ausgestorben galten. Doch immer wieder steht einer der Tierwelt im Wege: der Mensch. ESQUIRE dokumentiert…

*** (Falls vergriffen, bestellen Sie bitte bei: ESQUIRE-Leserservice, Postfach 30 05 45, 2000 Hamburg 36, oder telefonisch zum Ortstarif: 0130/2014)**

Bestimmtes Maß

Politiker entziehen den Beratungsstellen für Schwangere immer häufiger die staatlichen Zuschüsse. Erstmals soll nun ein Gericht über diese Maßnahmen entscheiden.

Mit einer merkwürdigen Begründung erbat die Verkäuferin Anita Beierle*, 20, dringenden Rat in der Freiburger „Pro Familia"-Zentrale. Sie sei in der zwölften Woche schwanger, habe aber schon ein Kind und wolle demnächst verreisen. Deshalb könne sie das Baby nicht austragen.

Die „Pro Familia"-Angestellten, eine Ärztin und eine Sozialarbeiterin, stutzten zunächst, zeigten dann aber, nicht zuletzt wegen des jugendlichen Alters der Schwangeren, Verständnis. Bereits „nach fünf Minuten", erinnert sich die junge Frau, sei ihr im April vorigen Jahres eine Bescheinigung zugesagt worden, daß sie sich in einer „sozialen Notlage" befinde und deshalb die Schwangerschaft abbrechen dürfe.

So steht es zumindest in einer eidesstattlichen Erklärung, die von der Verkäuferin kurze Zeit später bei einem Freiburger Notar hinterlegt wurde. Das zweieinhalbseitige Protokoll dient Abtreibungsgegnern zum Beleg, daß in der Freiburger „Pro Familia"-Dependance gegen die Richtlinien verstoßen wird, wonach die Berater und Beraterinnen sich „schützend und fördernd" vor das „ungeborene Leben stellen" müssen.

* Name von der Redaktion geändert.

Doch bisher kennen die Angestellten weder den Namen der Besucherin von „Pro Familia" noch den Inhalt der eidesstattlichen Versicherung. „Wie sollen wir zu dem Vorgang Stellung nehmen", kritisiert der Freiburger „Pro Familia"-Sprecher Helmut Koerner, „wenn uns diese wichtigen Informationen vorenthalten werden?"

Die unbekannte Verkäuferin ist nicht die erste anonyme Kronzeugin gegen die Beratungsstelle. Schon 1984 hatte die „Stuttgarter Zeitung" eine angeblich schwangere Journalistin zu einer Paragraph-218-Konfliktberatung in die badische Universitätsstadt entsandt, um die „Pro Familia"-Mitarbeiterinnen des Verstoßes gegen gesetzliche Vorschriften zu überführen (SPIEGEL 33/1984).

Seit Jahren werden die 138 „Pro Familia"-Dependancen im Bundesgebiet von Kirchenleuten und CDU-Politikern verdächtigt, sie machten den Frauen eine Abtreibung zu leicht. Vor allem die 1976 eingeführte Notlagenindikation aus sozialen Gründen, mit der 85 Prozent aller Abbrüche begründet werden, sei mitunter ohne weiteres erhältlich.

Bislang fehlte es den „Pro Familia"-Kritikern jedoch an Beweisen – die Teilnehmer eines Beratungsgesprächs sind zum Stillschweigen verpflichtet. Deshalb griffen vor allem christdemokratische Politiker zu anderen Druckmitteln: Sie kürzten staatliche Zuschüsse.

So strich zum Beispiel vor zwei Jahren der Uelzener Stadtrat die Unterstützung für „Pro Familia", weil die CDU-Fraktion nicht an der „Dezimierung unserer Bevölkerung" mitwirken wollte. Erst nachdem die Initiatorin des Beschlusses wegen Differenzen mit ihrer Partei zurückgetreten war, floß das Geld wieder.

In Freiburg wartet „Pro Familia" schon seit zwei Jahren auf 25 594 Mark, die der CDU-regierte Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald blockiert. Auch in Hessen, berichtet Landesverbands-Geschäftsführerin Hannelore Knittel, „nimmt der Druck zu". Seit dort die Christliberalen regieren, wurden die Mittel um über zehn Prozent gekürzt.

Erst kürzlich forderte der CDU-Bundestagsabgeordnete Hermann Kroll-Schlüter die Bundesregierung auf, jenen „Pro Familia"-Stellen die Zuschüsse zu verweigern, in denen Schwangere nicht „klipp und klar" aufgefordert würden, ihr Kind auszutragen. Auch das geplante Beratungsgesetz der Bonner Koalition sieht vor, jene 218-Ratgeber von der Förderung auszuschließen, die sich nicht „zugunsten des ungeborenen Lebens" einsetzen.

Die Freiburger Familienplaner wollen nun die ausstehenden Zuschüsse beim Verwaltungsgericht Freiburg einklagen. Die Landkreise, argumentiert „Pro Familia", seien für die Anerkennung einer Beratungsstelle überhaupt nicht zuständig. Außerdem erbringe ihre Organisation neben der 218-Beratung noch zahlreiche andere Leistungen, die ebenfalls unter dem Geldentzug zu leiden hätten. In diesem Prozeß wollen auch badische Abtreibungsgegner auftreten. Ihr wichtigstes Beweismittel ist das Protokoll der 20jährigen Verkäuferin.

Die Verwaltungsrichter müssen nun versuchen, einen Geburtsfehler des reformierten Schwangerschaftsparagraphen zu beheben: Wann eine „soziale Notlage" vorliegt, ist im Gesetz unzureichend definiert.

Zwar hatte das Bundesverfassungsgericht in einem Urteil vom Februar 1975 verlangt, der Staat und die von ihm beauftragten Beratungsstellen sollten werdende Mütter „zur Fortsetzung der Schwangerschaft ermutigen". Allerdings, räumten die Juristen ein, könnten „von der Schwangeren über ein bestimmtes Maß hinaus Opfer zugunsten des ungeborenen Lebens . . . nicht erzwungen werden".

Wann das Maß voll ist, ließen Verfassungsrichter und Gesetzgeber offen. Die Ärztinnen und Ärzte in den Beratungsstellen müssen also in jedem Einzelfall entscheiden, wie schwer die Argumente der Schwangeren wiegen.

Auch nach Inkrafttreten der neuen Vorschriften für die Beratung von Schwangeren dürfte es deshalb schwierig sein, einzelnen „Pro Familia"-Angestellten einen Verstoß gegen Gesetze nachzuweisen. „Wir können die Frauen doch keiner Gehirnwäsche unterziehen", meint die Vorsitzende des Mainzer „Pro Familia"-Landesverbandes, Ulla Ellerstorfer. „Auch in der Alkohol- und Drogenberatung", pflichtet ihre Berliner Kollegin Gisela Eckold bei, „gilt doch der Grundsatz, eine Zwangstherapie gegen den Willen des Hilfesuchenden bringt überhaupt nichts." ◆

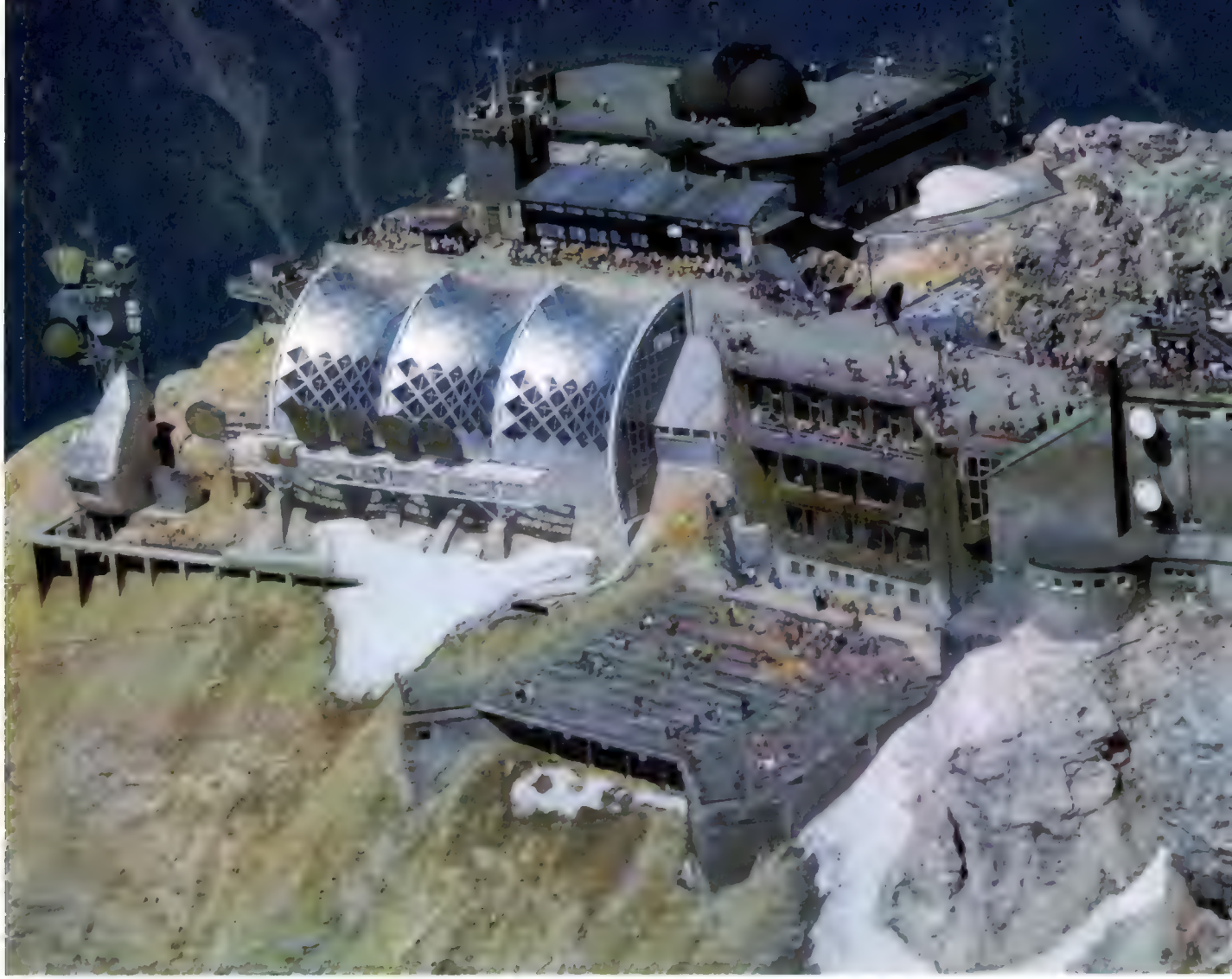
„Pro Familia"-Beratungsstelle: „Wir können doch keine Gehirnwäsche machen"

O&M LH 1/88

Mit 167 Zielen in 83 Ländern ist Lufthansa einer der gefragtesten Weggefährten der deutschen Wirtschaft.

Zugvogel der deutschen Wirtschaft.

Lufthansa



Zubetonierte Zugspitze: „Wenn ich mich vor eine geladene Kanone hinsetze, und es reißt mir den Kopf ab, dann ist ja wohl nicht die

„Vom Dachgarten zum Katastrophenmuseum“

SPIEGEL-Report über die fortschreitende Zerstörung der Alpen-Region

Vor Schloß Linderhof, wo Bayernkönig Ludwig II. einst im Muschelkahn durch die Blaue Grotte schaukelte und von Lohengrin träumte, hat sich eine riesige Geröllhalde gewälzt. Ringsum bröckeln Gipfel und Grate des Ammergebirges ab. Schutt und Schlamm drohen Ludwigs Linderhof zu zermalmen.

Weiter westlich tobt das Pöllatflüßchen mit nie dagewesenen Wassermengen zu Tal. Felsbrocken und entwurzelte Bäume verbarrikadieren den Zugang zur Schloßburg Neuschwanstein, wo der König seinen geliebten Richard Wagner anzuhimmeln pflegte. Berstend angeschwollene Wildbäche überfluten den nahen Bannwaldsee, Muren (Schutt- oder Schlammströme) und Lawinen verfüllen den Alpsee bei Hohenschwangau.

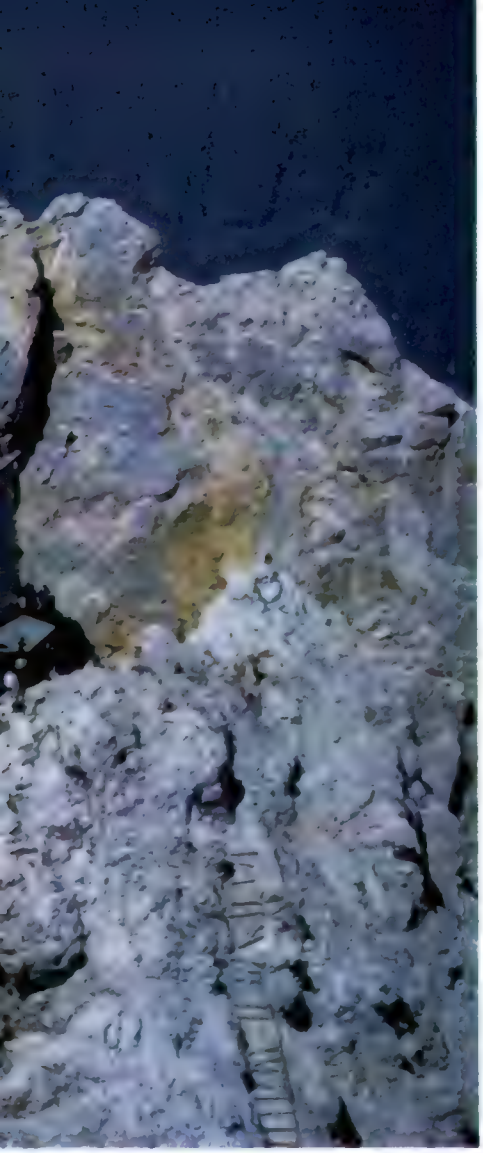
Über dem Walchensee bricht Ludwigs liebster Gipfel, der Herzogstand, zusammen, dessen Brocken die Kesselberg-Paßstraße unter sich begraben. Zwischen Wallgau und Vorderriß ist das obere Isartal zugeschwemmt, in dem der Monarch gern seine nächtlichen Prunkschlittenfahrten unternahm. Auf Herrenchiemsee, dem königlich-bayrischen Versailles-Verschnitt, steht die Sintflut aus den Bergen bereits im Spiegelsaal.

Nix geht mehr „auf König Ludwigs Spuren“ – der touristische Traumpfad entlang der Alpenkette, auf den die bayrische Fremdenverkehrswerbung schon Abermillionen Besucher aus aller Welt gelockt hat, ist verwüstet.

Das Szenarium von den kaputten und unzugänglichen Stätten des Wittelsbachers ist kein Phantasieprodukt und auch keine abstruse Hochrechnung. Da geht es vielmehr, beispielhaft, um die verheerenden Folgen fortgeschrittener Landschaftszerstörung in den Alpen, wie sie etwa mit einer „Katastrophenkarte“ des Deutschen Alpenvereins (DAV) oder im „Landeskulturellen Gefährdungsindex“ des österreichischen Landwirtschaftsministeriums beschrieben wurden. Mitte der neunziger Jahre werden im bayrischen Alpenraum, so eine DAV-Prognose, die Hälfte aller Ortschaften und 370 Kilometer Verkehrswege – Forststraßen gar nicht gerechnet – katastrophengefährdet sein.

Aus dem ökologischen Gleichgewicht geraten sind nicht nur Bayerns Berge und Tirol – die gesamte Alpenregion ist vom Kollaps bedroht. Der „Dachgarten Europas“ gilt mittlerweile als die am meisten gefährdete Großlandschaft des Kontinents. Lawinen und Erdrutsche, Muren und Felsstürze, Bodenerosion, Verkarstung und Überschwemmungen ballen sich zu einem brisanten Komplex von Ursachen, die sich nach Einschätzung des Wiener Forstwissenschaftlers Hannes Mayer „gegenseitig aufschaukeln“. Das großartige Gebirge könnte bald regelrecht verstümmelt sein.

Selten sind die Wunden, die bereits in der Alpenlandschaft klaffen, so gut aus-



Kanone schuld"

Kranker Alpenwald: „Wenn er wegstirbt, wird's giftig"

Wege-, Schneepisten-Planierung in den Alpen: „Damit ein paar Narrische Ski fahren können"

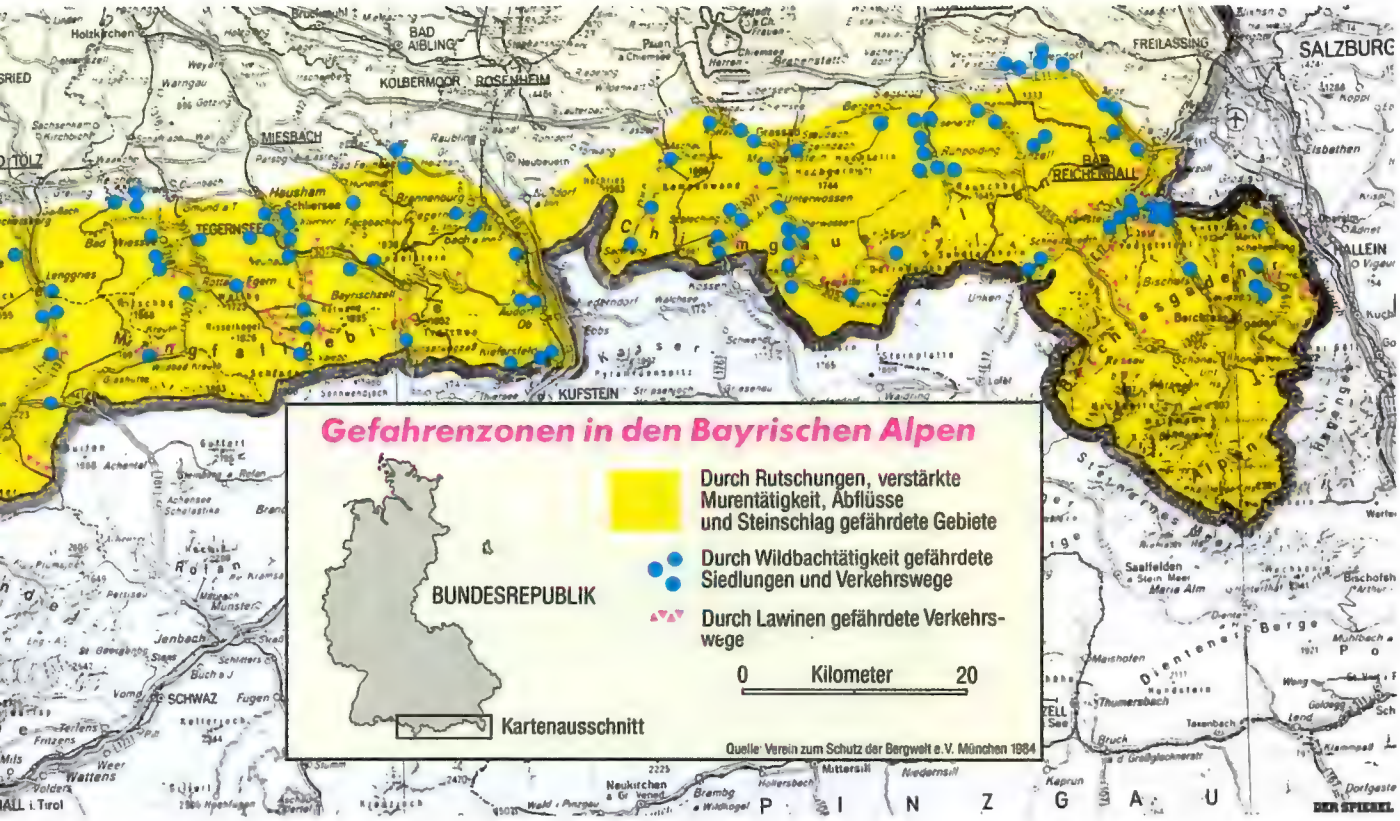
zumachen wie – während der letzten Wochen – in einem Frühwinter fast ohne Schnee, wenn kein Weiß oder Grün die Kalamitäten kaschiert. Konsternierte Skiurlauber fliehen karawanenweise vor der trostlosen Natur – oder sie malträtieren, mehr als sonst, die letzten befahrbaren Hänge.

Und das dramatische Siechtum des Bergwalds, der in Bayern zu 80 Prozent geschädigt ist, läßt vielleicht am Ende noch die apokalyptische Vision Wirklichkeit werden, daß „der Berg kommt" – herunterkommt. Denn die Krankheit des Gebirgswalds, der seine vielfältige und unersetzliche Schutzfunktion immer mehr einbüßt, wirkt wie ein Multiplikator auf alle übrigen Gefahrenfaktoren, die wiederum auf die kranken Bäume zurückschlagen.

Die Verkümmerung des Bergwalds ist nach Ansicht des Münchner Bodenkundlers und Wildbachexperten Johann Karl, folgerichtig, „die existentielle Frage für die Alpen überhaupt". Karl: „Wenn er wegstirbt, wird's giftig." Dann sind, konstatiert DAV-Naturschutzreferent Heinz Röhle, „gigantische Naturkatastrophen unabwendbar".

Mit beängstigenden Konsequenzen: Das 1200 Kilometer lange und bis 250 Kilometer breite Gebirge verlöre seine buchstäblich überragende Bedeutung als Trinkwasserspeicher, Entwässerungssystem und Klimaregulator für halb Mitteleuropa. Auf dem Spiel stünde auch

Katastrophenkarte Bayrische Alpen, Überschwemmung im Veltlintal (1987): „Kaum ist die Wildnis ein Rummelplatz, wird de



Almrausch zum Alptraum"

seine Rolle als riesiges Energiepotential und als Erwerbsgrundlage der dominanten Tourismusindustrie, die mit den verschandelten Alpen zugrunde ginge.

Bereits jetzt, das zeigten im letzten Sommer die Menetekel vom Ötztal oder dem Veltlin mit Dutzenden von Toten und Millionenschäden, verwandeln allein die Folgen heftiger Regenfälle ganze Alpentäler in unwirtliche Geröllwüsten. Bereits jetzt geschieht es, daß Tausende von Bergbewohnern und Sommerfrischlern evakuiert oder gar umgesiedelt werden müssen. „Aus Urlaubstälern", registrierte die Münchner „Abendzeitung", „wurden Todesfallen."

Längst verzeichnen Experten wie die Wissenschaftler der Wiener Universität für Bodenkultur eine „zunehmende Katastrophenanfälligkeit" der gestörten Alpenwelt. Die Statistik zählt immer mehr „Katastrophenereignisse": 34 Großschäden waren es 1949, 83 Fälle im Jahr 1974 und 200 im Jahr 1985. Im Sommer 1983 wurden erstmals, zu Axams in Tirol, große Teile einer Alpengemeinde meterhoch vermurt. Zwei Jahre danach machte ein Murenabgang zum erstenmal die Brenner-Autobahn, Hauptschlagader im transalpinen Straßenverkehr, unpassierbar.

Eine der bedrohlichsten Ursachen, die Hochwasser, wird in den Alpen, wie der Wiener Waldbau-Ordinarius Hannes Mayer befürchtet, „in Zukunft immer rascher und mit wesentlich höherer Spitze auftreten". Folge, so Mayer: „Die Katastrophen werden exzessiver werden."

Dennoch verharmlosen Tourismuswerber die alpinen Gefahren unentwegt und definieren schwerste Unwetterschäden stereotyp als unvermeidliche „Naturereignisse" – so etwa der Bürgermeister von Neustift im Tiroler Stubaital nach den „Ereignissen" vom vergangenen Juli: Im Stubai hatte der hochwasserführende Ruetzbach die Straße an 13 Abschnitten weggerissen, fünf Brücken und etliche Gebäude demoliert.

Der Beschwichtigungsversuch des Bürgermeisters, der sich nur um den Fortgang des Sommerski-Betriebes auf dem Stubaigletscher sorgte, mutet grotesk an. Die Zubringerstraße ins hintere Stubaital wurde nämlich trotz aller Warnungen von Wildbach- und Lawinenexperten wie dem Wiener Botaniker Herbert Aulitzky gebaut und „in fadenscheinigster Weise als Forststraße deklariert" (Aulitzky), „nur damit ein paar Narrische Ski fahren können" (so der Münchner Karl). Die Risiko-Route führt nicht nur bedrohlich nah an der Ruetz entlang, sondern auch, auf 11 von 18 Kilometern, durch Lawinengebiet.

Tatsächlich hat derlei Menschenwerk den meisten Katastrophen des letzten Jahres, ob in Tirol oder im Tessin, im Salzburgischen oder in Savoyen, erst den Weg geebnet. Die sogenannten *Natur*katastrophen waren, erkannte die Internationale Alpenschutzkommission (Cipra), „im eigentlichen Sinne *Kultur*katastrophen", nämlich „weitestgehend hausgemacht".

Zwar gab es in den Alpen seit je gewaltige Felsstürze und immense Regengüsse. Doch hinzugekommen ist, daß

sich Alpenbewohner wie Alpenbenutzer schier hemmungslos den Gefahren aussetzen. Der Campingplatz von Le Grand Bornand im französischen Hochsavoyen stand am Ufer eines Gebirgsbachs, der schon des öfteren gefährlich angeschwollen war, und unterhalb eines Skibergs, an dem erst im Jahr zuvor wieder Wald für neue Pisten und Lifte gerodet worden war. Im Regensommer 1987 wurde der Platz glatt weggespült, 23 Camper ertranken.

Und obschon im oberitalienischen Veltlintal zwischen Sondrio und Bormio seit über 20 Jahren bekannt war, daß vom Gebirgsstock des Pizzo Coppetto (3066 Meter) eine halbe Bergflanke von 500 Metern Länge abzureißen drohte, wurden gefährdete Höhenlagen unbekümmert weiterbesiedelt. Bei der Erdrutschkatastrophe im Juli 1987, die noch immer bedrohlich nachwirkt, ist das obere Veltlin regelrecht untergegangen; unter 40 Millionen Kubikmetern Schlamm und Gestein liegen drei Dörfer und 27 Tote.

Solche – vermeintlichen – Schicksalsschläge kommentiert der Münchner Alpenexperte Karl sarkastisch: „Wenn ich mich direkt vor eine geladene und schußbereite Kanone hinsetze, und es reißt mir den Kopf ab, dann ist ja wohl nicht die Kanone daran schuld."

Daß sich die Alpenbewohner in diese Lage manövriert haben, ist letztlich das Ergebnis eines unablässigen Siedlungs- und Erschließungswillens, der sich bis in die entlegensten Hochtäler und Gletscherregionen wie Hinterglemm oder Hintertux auswirkt. Die Alpen, die dem Dichter Theodor Fontane vor gut 100 Jahren noch als „die Verkörperung des Elementar-Ungeheuerlichen" erschienen, sind Wohn-Raum und gehören mittlerweile zu den drei Weltzentren des Fremdenverkehrs neben der Karibik und dem Mittelmeer.

Umgeben von den wohlhabendsten und freizeitreichsten Ländern Europas und unter dem Druck unmittelbar anrainender, ständig wachsender Ballungsräume wie Mailand oder München, Zürich, Wien, Stuttgart und Lyon, wird das Hochgebirge jährlich von 40 Millionen Urlaubern und 60 Millionen Tagesausflüglern heimgesucht – und mancherorts buchstäblich zertrampelt: Am Großglockner beispielsweise tummeln sich bisweilen Hunderte von Bergvagabunden zur gleichen Zeit, auf dem Gipfel drängeln sich bisweilen 100 bis 150.

Die großen Alpenstraßen wie die Brenner-Autobahn, über die an Spitzentagen bis zu 50 000 Kraftfahrzeuge rollen, verästeln sich längst tourismusgerecht in sonnigen Höhen. Auf geht's, mit Abgaswolken und Motorenlärm, etwa zur Zillertaler Höhenstraße oder der Brixener Dolomitenstraße, die vor wenigen Jahren noch Jägern und Forstleuten vorbehalten waren.

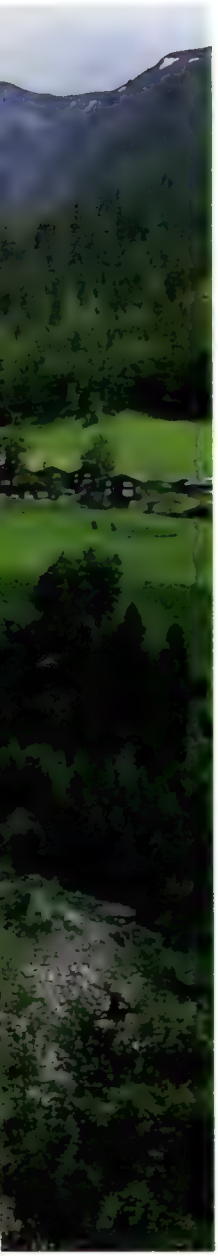
Ausgebaute Forstwege erschließen ausgebaute Almhütten. Radikale Naturschützer wie der Münchner Hans Steinbichler fordern, alle Hütten und Wege zur Abschreckung verkommen zu lassen und so „vor den Alpen wieder die Barriere des Schweißes zu errichten".

Geröll-Lawine im Wallis: „Die Katastrophen sind weitestgehend hausgemacht und werden

Prachtexemplare der Übererschließung stehen in den französischen Alpen: gigantische Retortendörfer. Lac de Tignes etwa beherbergt während der Hauptsaison neben den 580 Einheimischen noch 25 000 Urlaubsgäste. Davos in der Schweiz schwillt in dieser Zeit von 6000 auf 50 000 Bewohner an.

Da drunten, im Tal, mag's noch halbwegs gemütlich sein. Doch in hochalpinen Lagen steht nach Expertenschätzung heute ein Drittel aller Gebäude auf gefährdetem Gelände, wo sie vor Jahrzehnten niemand errichtet hätte. „Für den Tourismus", urteilt der Tiroler Wasserkundler Christian Klenkhart, „wagt man das totale Risiko." Vor allem Öster-

Lawinenzerstörtes Haus im Veltlin: „Für den



exzessiver werden"

Überschwemmungsfolge im Stubaital (1987): „Aus Urlaubstälern wurden Todesfallen"

ourismus wagt man das totale Risiko": **Brückenbau im Tessin**

Lernen wie im Schlaf

SITA LEARNING SYSTEM: Von Wissenschaftlern entwickelt, von Wissenschaftlern getestet.

Einfach zurücklehnen und SITA-Lernmaske auf. Ohne Büffeln und Pauken können Sie Englisch, Französisch, Spanisch und Italienisch lernen oder auffrischen. Denn mit SITA LEARNING können Sie die Kraft Ihres Unterbewußtseins aktivieren. Machen Sie die Probe auf's Exempel.
Gratis-Info von SITA, Amselstieg 38, D-2080 Pinneberg, Tel. (04101) 61055

Ja, bitte kostenlose Info über SITA LEARNING

Name ..... Vorname .....

Straße .....

Ort .....

Ausschneiden und gleich in den Briefkasten an:
SITA, Amselstieg 38, D-2080 Pinneberg (SP 2)

reicher bauen ohne Skrupel: Der „Gefährdungsindex" des Wiener Landwirtschaftsministeriums weist die Besiedelung der Tiroler Bezirke Landeck, Imst und Lienz sowie von Zell am See im Salzburgischen beispielsweise als „extrem stark gefährdet" aus; es sind jene Bezirke, die vom letzten Sommer-Unwetter am meisten betroffen waren und von über 200 000 Menschen bewohnt werden – Touristen nicht gerechnet. Da trifft das Urteil des Münchner Geographie-Ordinarius Friedrich Wilhelm zu: „Schnee- oder Schlammlawinen zerstören eigentlich nie die alten Ortskerne. Betroffen sind fast immer neue Hotels und Häuser in den Gebieten, die auch früher schon hochwasser- oder erdrutschgefährdet waren."

Da klingt der neue Werbeslogan, mit dem die lawinengefährdete Gemeinde Ischgl im engen Tiroler Paznauntal in die Skisaison gestartet ist, geradezu zynisch: „Apokalypse snow!"

Manche Alpengemeinden bestehen schon zur Hälfte aus neugebauten Zweitwohnsitzen. Breite Tallagen an Hauptverkehrsrouten, wie das Inntal zwischen Landeck und Rosenheim oder das Etschtal zwischen Sterzing und Trient, wuchsen zu urbanen Verdichtungsräumen.

Ein Musterbeispiel für die Verstädterung ist Garmisch-Partenkirchen, das es trotz seiner mittlerweile 30 000 Einwohner schamhaft vermeidet, sich zur Stadt erheben zu lassen. Auf die „Marktgemeinde" mit ihrem Zugspitz- und Kreuzeck-Rummel paßt klassisch eine Aussage des Alpenvereins: „Fremdenverkehr ist die Unterwerfung der Alpen durch die Großstadt."

Auch Garmisch, Wiege des deutschen Alpentourismus und Austragungsort der Olympischen Winterspiele von 1936, ist auf der „Katastrophenkarte" des DAV vermerkt: Die Großgemeinde wird durch Lawinen und Wildbäche gleich von drei Seiten – Wettersteinmassiv, Kramer und Wank – „besonders bedroht"; tritt hier der Ernstfall ein, dann „überschwemmt und überschottert" der Loisachfluß „auf lange Sicht den Talboden von Garmisch-Partenkirchen bis Eschenlohe".

Wenn soviel Berg in Bewegung gerät, dann rächt sich auch in Garmisch, daß die Alpen seit Jahrzehnten für ein winterliches Massenvergnügen, genannt Skilauf, malträtiert werden. „Wahre Umweltvernichtungsschlachten werden da geführt", kritisiert DAV-Präsident Fritz März beispielsweise die Entwicklung im österreichischen Skizentrum Kaunertal, „die Alpen werden richtig umgebaut, weil der liebe Gott offenbar kein Skifahrer war."

Für den Homo skiens wurden die Alpen zu einem kolossalen Tummelplatz verdrahtet, gerodet und planiert. Dem Wintersportler stehen 15 000 sogenannte Aufstiegshilfen vom einfachen Schlepplift bis zur Kabinenbahn für 100 Passagiere pro Gondel zur Verfügung. Die 40 000 Abfahrtspisten lassen sich zu einer Streckenlänge addieren, die dreimal um den Erdball reicht: 120 000 Kilometer.

Das sportliche Repertoire beschränkt sich längst nicht nur auf normalen Skilauf auf normalen Pisten. Da tummeln sich auch Snowboarder und Snowsurfer, Monoski-Fans und Skibob-Athleten, Firngleiter und – neuerdings – windbewegte „Paraglider". Und nicht nur die üblichen „Variantenfahrer" bewegen sich abseits: „Nichts ist für Surfer und Boarder schöner", so eine Skizeitschrift unlängst, „als ein ausgefahrenes Bachbett mit steilen Seitenhängen. In solchen Röhren können die Fahrer mit voller Fahrt auf- und abbrausen."

Alpengemeinden, die als Wintersportzentren reüssieren wollten, vernetzten ihre Liftanlagen zum Skizirkus und ebneten Buckelhänge zu Skiautobahnen ein. Strapazierte Pistenabschnitte werden mit „Schneekanonen" – mittlerweile über 300 Maschinen alpenweit – präpariert und so gründlich vereist, daß an den Stellen im Frühjahr und Sommer kein Gras mehr wächst. Berg- und Mittelstationen sind längst keine heimeligen Holzhütten mehr, sondern gastronomische Großbetriebe im Format von Fabrikkantinen.

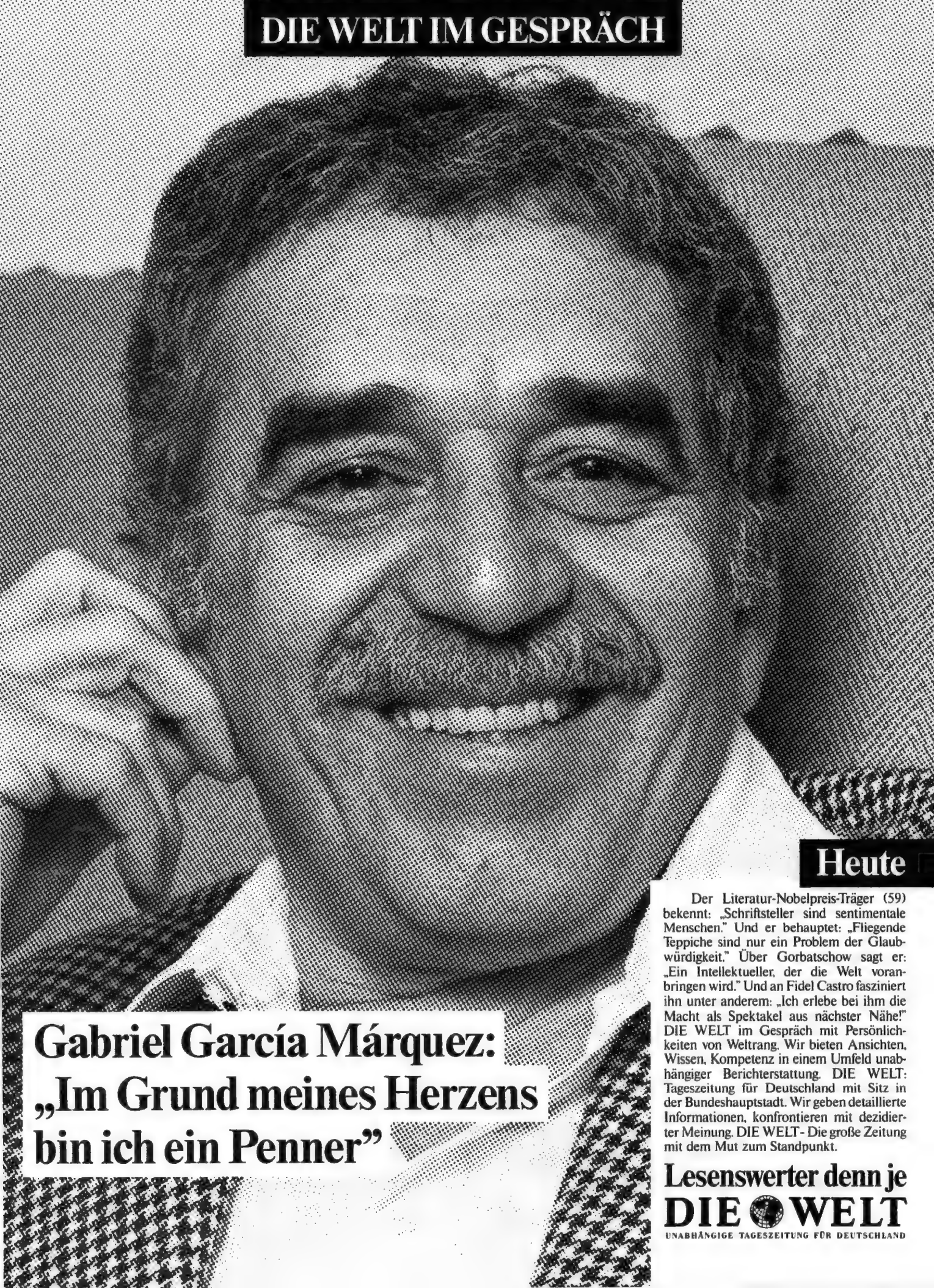
Das letzte, was zur totalen Erschließung des Gebirges für den Fremdenverkehr noch getan werden mußte, war der Griff nach dem ewigen Eis. Resultat: 36 Sommerskigebiete in den Gletscherregionen Österreichs, Frankreichs und Südtirols, die kaum mehr darstellen als eine teuer erkaufte „perverse Modeerscheinung" (Deutscher Naturschutzring). Für keine andere Abart, sich in den Alpen zu amüsieren, wurde pro Teilnehmer soviel Beton verbaut und Boden versaut wie für das Gletscherskifahren im Hochsommer.

Bei der Vereinnahmung des österreichischen Dachstein-Gletschers, 1982 mit Bahn und Berghotel, wurde nicht nur gesprengt und betoniert, sondern auch tonnenweise Tausalz zur Beseitigung von Gletscherbrocken eingesetzt. Folge: Zu Hallstatt im Tal mußte lange Zeit das Trinkwasser abgekocht werden. „Kaum ist die Wildnis ein Rummelplatz", kommentierte Buchautor Wolf Schneider die Gletschererschließung, „wird der Almrausch zum Alptraum."*

Schneiders Erkenntnis, daß der Sommerskilauf ein „asozialer Sport" sei, der auf Kosten der Umwelt nur einem „Freizeitrausch für Herrenmenschen" diene, läßt sich mittlerweile wohl auf den ganzen alpinen Skibetrieb übertragen. Der enorme Aufwand für das Massenvergnügen stellt, das ergab schon 1982 eine Studie der Universität Innsbruck, den

* Wolf Schneider/Guido Mangold: „Die Alpen. Wildnis – Almrausch – Rummelplatz". „Geo"-Buch im Verlag Gruner + Jahr, Hamburg 1984, 360 Seiten; 98 Mark.

DIE WELT IM GESPRÄCH



Gabriel García Márquez: „Im Grund meines Herzens bin ich ein Penner"

Heute

Der Literatur-Nobelpreis-Träger (59) bekennt: „Schriftsteller sind sentimentale Menschen." Und er behauptet: „Fliegende Teppiche sind nur ein Problem der Glaubwürdigkeit." Über Gorbatschow sagt er: „Ein Intellektueller, der die Welt voranbringen wird." Und an Fidel Castro fasziniert ihn unter anderem: „Ich erlebe bei ihm die Macht als Spektakel aus nächster Nähe!" DIE WELT im Gespräch mit Persönlichkeiten von Weltrang. Wir bieten Ansichten, Wissen, Kompetenz in einem Umfeld unabhängiger Berichterstattung. DIE WELT: Tageszeitung für Deutschland mit Sitz in der Bundeshauptstadt. Wir geben detaillierte Informationen, konfrontieren mit dezidierter Meinung. DIE WELT - Die große Zeitung mit dem Mut zum Standpunkt.

Lesenswerter denn je

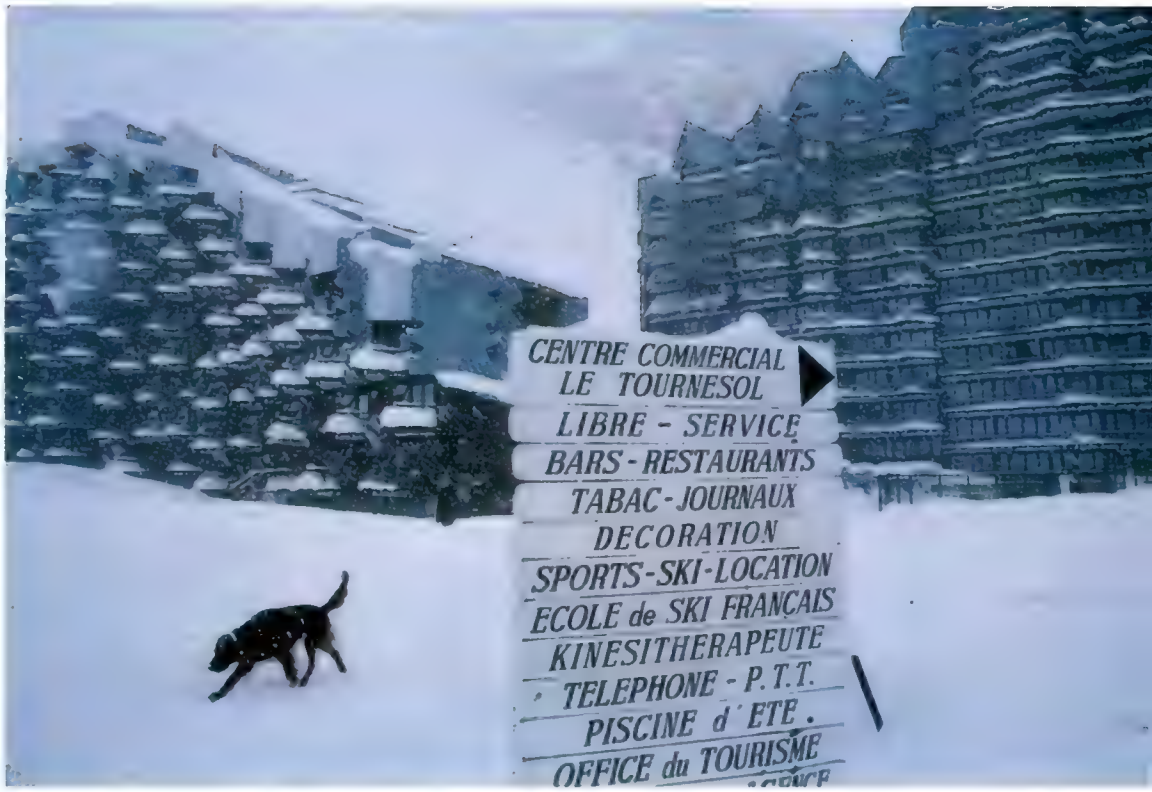
DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

schwersten Eingriff in das Umweltsystem der Alpen dar.

Großflächiges Planieren der Abfahrtstrecken im Sommer und das Plattwalzen der Pisten im Winter führen, so der Innsbrucker Bodenkundler Alexander Cernusca, zu „ungeheurer Verdichtung" des Bodens, auf dem der Regen im Sommer „wie in einer Betonrinne ins Tal" abfließt. Messungen im Skigebiet von Christlum am Achensee, beliebtes Wochenend-Ziel der Münchner, ergaben, daß das Pistengelände zehnmal weniger Wasser aufnimmt als der Waldboden daneben.

„Der Bau von Skiautobahnen mit Schubraupen", konstatiert Cernuscas Wiener Kollege Mayer, „hat den Wasser-



Hochhäuser im Val d'Isère: „Die Alpen werden richtig umgebaut . . .

. . . weil der liebe Gott offenbar kein Skifahrer war": **Skizirkus in Sölden (Tirol)**

Pistenschäden im Achental: „Grasnarben regelrecht abrasiert"

haushalt entscheidend verändert." Für kleinere Wassereinzugsgebiete bedeute der erhöhte Regenabfluß eine „katastrophenfördernde Mehrbelastung" (Mayer).

Am Beispiel des Skigebiets Fellhorn/Kanzelwand, bei Oberstdorf in den Allgäuer Alpen, hat der Münchner Geograph Thomas Dietmann nach umfangreicher Spurensuche akribisch aufgelistet, was Bau und Betrieb eines Skizirkus an „irreversiblen Schäden" hervorrufen. Rund ein Viertel des 202 Hektar großen Areals, ehedem Almen und Bergwald, wurde innerhalb von 15 Jahren, so Dietmann, durch „Vollplanierung", „Abtragung kompletter Bergteile" und „Ausholzung ganzer Schutzwaldgebiete" umgekrempelt.

Wo die Fellhornpisten frequentiert werden, sind Grasnarben und Sträucher „regelrecht abrasiert"; sie fallen als Stabilisatoren des Bodens aus. Pistenwalzen haben die Humusdecke zermahlen und den Unterboden „ziegelartig losgerissen" (Dietmann).

Auf einem derart mißhandelten Gelände dringt Starkregen, so ergaben Messungen, kaum noch in die Erde ein, sondern fließt zu zwei Dritteln direkt ab und nimmt dabei über sechs Pfund Boden je 100 Quadratmeter mit. Gesunder Almboden hingegen saugt gut zwei Drittel des Niederschlags auf und bewirkt allenfalls 200 Gramm Bodenverlust.

Auf Skischneisen, die dem Bergwald abgerodet wurden, wirkt das Wasser noch verheerender: Dort erhöht sich, wie der Münchner Dietmann am Fellhorn ermittelte, der Oberflächenabfluß um das Dreizehn- bis Vierzehnfache und der „Bodenabtrag" gar um das Dreißigfache. Da gibt es nichts mehr, was Lawinen und Muren bremsen könnte. So ging im Juli 1983 der Schlammrutsch in der Axamer Lizum just in dem Gelände ab, auf dem die Organisatoren der Olympischen Winterspiele von 1964 und 1976 insgesamt 50 Pisten gehobelt und 41 Hektar Wald gerodet hatten.

Doch weit schlimmer ist: Verheerende Wildbäche stürzen mittlerweile auch aus scheinbar unberührten Regionen; Lawinen brechen aus unangetasteten Hanglagen – Alarmsignale aus dem kranken Bergwald. „Die Eingriffe des Menschen, beim Skibetrieb oder beim Straßenbau oder wo auch immer", sagt DAV-Präsident Fritz März, „das alles ist ein Klacks gegen die Gefährdung durch das Waldsterben."

Längst ist erwiesen, daß der Wald in den Alpen, zumal am Nordrand des Gebirges, ebenso schwer unter der Luftverpestung leidet wie etwa der Schwarzwald oder die Vogesen. Nur: Die Krankheit schlägt im Hochgebirge mit bewaldeten Steilhängen von über 30 Grad Neigung ungleich heftiger durch als im Flachland oder im sanften Mittelgebirge. Der Forst auf exponierten Alpenlagen reagiert, einerseits, hochempfindlich schon auf geringste ökologische Störungen wie etwa Humusschwund. Andererseits ist er selber der wichtigste Bestandteil des alpinen Ökosystems: Nur der Bergwald hält den Berg zusammen.

Ohne das Wurzelwerk und den Wetterschutz der Bäume bliebe nur der blanke Fels. Der Alpenforst garantiert zugleich ein raffiniertes Entwässerungssystem für ein Starkregen-Gebiet mit Niederschlagsmengen bis zu 3000 Litern je Quadratmeter und Jahr. Die Bäume selber, die Nadeln der Fichte wie die Blätter des Bergahorns, absorbieren einen Großteil des Regens oder geben ihn erst später tropfenweise zum Boden ab.

Gesunde Baumkronen bieten zudem dem Waldboden Schutz vor zuviel Licht und extremen Temperaturen, ohne

Dorfkirchturm im geleerten Reschenstausee (im Frühjahr vor der Schneeschmelze): „Der Mensch ist ein Schuft, der Mensch

den der Untergrund versteppen würde.

Vielfältigen Schutz bietet der Bergwald auch im Winter: Standfeste Bäume bremsen und brechen Lawinen nicht nur, sie verhindern auch deren Entstehung. Das Kronendach fängt bis zu 90 Prozent des Schnees auf, der entweder am Baum verdunstet oder nach und nach zu Boden fällt, was zu einem stabilen Aufbau der Schneedecke führt. Im Frühjahr verzögert der schattige Wald überdies die Schneeschmelze, Hochwasser kann nicht so leicht entstehen.

All diese Lasten sollten im bayrischen Alpenraum zwei Drittel von insgesamt 250 000 Hektar Forst tragen, die als Schutzwald gegen Erosion und Lawinen ausgewiesen sind. Doch nur 15 Prozent dieser Bestände sind so intakt, daß sie nach Einschätzung des Münchner Forstwissenschaftlers Bernhard Zenke „langfristig noch Lawinenschutzfunktion übernehmen können". Innerhalb der nächsten 20 Jahre müsse, so Zenke, in den bayrischen Alpen auf einer Fläche von 5000 Hektar (etwa so groß wie der Starnberger See) mit dem „gänzlichen Fortfall des Lawinenschutzes" gerechnet werden.

Ende der siebziger Jahre begann der kränkelnde Wald, zunächst unmerklich, seine Schutzfunktion zu verlieren. Je mehr Licht und Niederschlag durch die schütter werdenden Wipfel drangen, desto mehr verkümmerten Unterholz und Strauchwerk zur Grasdecke, auf der Regenwasser abfließt und Schnee keinen Halt mehr findet. Weitere Folgen: Humusschwund, Versteppung, Erosion.

Im Endstadium, mancherorts schon erreicht, werden die Hänge nicht mehr von Waldboden bedeckt. Statt dessen ist eine tückische Gleitschicht für Muren und einen ganz neuartigen Typus von Schneelawinen entstanden, die *im* Wald abgehen. Auf strauchlosem Untergrund bilden sich sogenannte Gleitschneerisse, die sich zu kompakten Schneeschüben verdichten und schließlich zu Lawinen anwachsen. Bei ihrer Talfahrt reißen sie Jungbäume weg und hinterlassen neue Erosionsflächen („Schürfblaiken").

Schon jetzt liegen drei Viertel aller 1200 registrierten Lawinenstriche Bayerns unterhalb der Waldgrenze – meist im Wald. Im Schutzwald über der Spitzingseestraße etwa, die zum völlig überlaufenen Skigebiet auf dem Sudelfeld nahe Bayrischzell führt, wurden in jüng-

gewöhnt sich an alles"

ster Zeit 17 Lawinenlücken ausgemacht, die teilweise bis zur Straße reichen. Elf neue Lawinenstriche dräuen auch über der Deutschen Alpenstraße an der B 305 zwischen Schneizlreuth und Berchtesgaden.

Gefahrenschwerpunkte für Erdrutsche und Lawinen im bayrischen Raum sind aber auch König Ludwigs Ammergebirge und die Allgäuer Hochalpen – Gebiete, die keineswegs übermäßig erschlossen, jedoch schwer vom Waldsterben betroffen sind. Im Allgäu hat das Siechtum auch schon die zähe Latschenkiefer befallen. „Wenn die Leute in Oberstdorf wüßten", warnt der Biologe Karl Partsch, „wie die Latschen 600 Meter über ihren Köpfen aussehen, würde keiner mehr ruhig schlafen."

Noch schlimmer ist die Lawinenlage im Nachbarland Österreich. Dort muß, nach Berechnungen des Wiener Waldbau-Ingenieurs Alfred Pitterle, eine halbe Million Hektar Schutzwald rekultiviert werden. Im besonders gefährdeten Stubaital klaffen allein im Bereich der drei Hauptgemeinden Telfes, Fulpmes und Neustift hundert flächige Lawinenzüge, deren Zahl weiter zunimmt.

Eine wissenschaftliche Untersuchung über „Wald und Lawinen im Stubaital" kam 1986 denn auch zu einem alarmierenden Ergebnis: „Verlichten die Schutzwälder weiter, werden neben Lawinen vermehrt Bergrutsche, Muren und Steinschläge abgehen und Siedlungen und Verkehrswege verschütten . . . was früher oder später in der totalen Unbewohnbarkeit des Tales enden würde."

Das gilt offenkundig für viele Alpentäler Austrias: Wenn die Bergschutzwälder nicht gründlich saniert werden können, „dann werden wir letztlich", befürchtet Waldexperte Pitterle, „um Absiedelungsmaßnahmen nicht herumkommen". Auch Kollege Mayer sieht das so: Der kaputte Wald mache den „Dachgarten Europas zum Katastrophenmuseum".

Wirksamen Katastrophenschutz versprachen sich die Alpenländer zeitweilig von Betonriegeln und Stahlgerüsten, der sogenannten Lawinenschutzverbauung. Die monströsen Barrikaden, die an Panzersperren erinnern, erfüllen zwar ihren Zweck. Zum Schutz des Schutzwaldes aber sind sie nur bedingt geeignet und zudem nicht finanzierbar: Die Bauwerke kosten eine Million Mark pro Hektar bebauter Fläche.

Allein die Erhaltung des Bergwaldes mit allen erdenklichen Mitteln könnte die Entwicklung noch bremsen. Die wirksamste Maßnahme freilich, eine Verjüngung, kommt – wie im Flachland – vielleicht zu spät: Der Boden ist schon übersäuert. Solange „nicht abzuschätzen ist, wann Maßnahmen der Luftreinhaltung greifen", rechnet Alpenexperte Karl damit, „daß der Exitus der Bäume bereits vorher eintritt".

Wenn überhaupt junge Bäume hochkommen – was im rauhen Bergklima viel länger dauert als im flachen Land und „nur in seltenen Ausnahmefällen gelingt" (Karl) –, tun sich Hirsch, Reh und Gams daran gütlich. Dem Wildverbiß, der in den Alpen schon katastrophenfördernde Ausmaße angenommen hat, wäre nur durch Zäune beizukommen, die sich in steilerem Gelände aber nicht verankern lassen.

„Hier hilft", so eine Radikalforderung des Forstwissenschaftlers Zenke, „nur eines: der Totalabschuß." Zenke: „Wir haben jetzt 100 Jahre hinter uns, in denen das Wild absoluten Vorrang hatte. Jetzt brauchen wir in Teilbereichen 30, 40 Jahre, wo der Wald Vorrang haben muß. Es geht doch schließlich um unsere Dörfer und Straßen."

Die wuchernde Reh- und Rotwildpopulation in den Bergen wird nicht annähernd auf das Maß reduziert, das dem Wald guttäte. Einer der Gründe, so der Münchner Forstprofessor Richard Plochmann, ist, daß „die Jagdgesetze weitgehend von jagenden Politikern erlassen" würden. Noch immer müssen zum Beispiel in Bayern die Jäger nicht handfest nachweisen, daß sie ein Stück Rotwild erlegt haben – Postkarte an das zuständige Landratsamt genügt.

Lasch bleiben auch die anderen Maßnahmen, die den Bergwald und damit die Alpen schützen sollen. Die Anrainerstaaten haben zwar die Jagd- und Naturschutzgesetze, selten aber auch die Ausführungsbestimmungen verschärft. Immer mehr Landschaftsschutzgebiete und Naturparks wurden ausgewiesen, aber keine konkreten Restriktionen erlassen wie beispielsweise für die Nationalparks der USA.

Bisher vergebens forderten die Alpenvereine und Umweltorganisationen eine verbindliche „Alpenkonvention" aller Alpenländer als Grundlage zur Landschaftserhaltung. In einem solchen Pakt könnten allerlei Regeln festgeschrieben werden, die etwa zur Dezentralisierung des Tourismus, zur Neuordnung der Forstwirtschaft sowie des Jagd- und Hegewesens führen müßten.

Wieder einmal begann die bayrische SPD, nach den Katastrophen des letzten Sommers, in München und Bonn eine parlamentarische „Großoffensive" zur Rettung des Bergwalds. Wieder einmal erinnerte die bayrische Staatsregierung daran, daß sie schließlich jährlich 20 Millionen Mark für die Schutzwaldsanierung ausgebe. Die CSU-Regierung versprach auch, daß Eingriffe in die Natur für den Bau von Seilbahnen oder Skiabfahrten „grundsätzlich nicht mehr genehmigt werden", wenn sie „schädlich" seien.

Was sich die bayrische Staatsregierung unter einem unschädlichen Eingriff vorstellt, ist seit Herbst vergangenen Jahres an der bayrisch-österreichischen Grenze im Landkreis Rosenheim zu besichtigen. Dort, in den Chiemgauer Bergen zwischen dem Kranzhorn und dem Spitzstein, schlugen Waldarbeiter im Staatsauftrag eine kilometerlange, vier bis sieben Meter breite Schneise in den Bergwald.

Die Holzaktion diente ausschließlich dem Zweck, den Verlauf der grünen Grenze gemäß einer Vereinbarung mit den Österreichern „beiderseits des trokkenen Teils der Staatsgrenze" sichtbar zu machen und für Vermessungsarbeiten oder Luftbildaufnahmen zu präparieren.

Protest gegen die Bürokraten-Schneise kam nur von den Grünen. Zur sonst vorherrschenden Gleichgültigkeit und Sorglosigkeit im Umgang mit den Alpen hat Experte Johann Karl resignierend stets ein russisches Sprichwort parat: „Der Mensch ist ein Schuft, er gewöhnt sich an alles." ◆

Arg dumm

Der Trend zum Vollgasfahren und verschärfte Geschwindigkeitskontrollen der Polizei fördern das Geschäft mit verbotenem Autozubehör: elektronischen Radarfallen-Warnern.

Knapp zwei Stunden schon drückte der Gastwirt aus dem Stuttgarter Raum aufs Gas, mit Tempo 180 raste sein schwerer Mercedes auf der Autobahn Richtung Frankfurt. Kurz vor dem Darmstädter Kreuz stieg der schnelle Schwabe, scheinbar ohne Anlaß, unvermittelt in die Bremsen und blieb für einige hundert Meter deutlich unter dem Tempo-Limit.

An einer Autobahnbrücke hatte der Raser eine Radarfalle der Polizei ausgemacht. Ohne Notbremse wären eine satte Geldstrafe und etliche Strafpunkte in der Flensburger Verkehrskartei fällig gewesen.

Gerade noch rechtzeitig geortet worden war die Meßstation mit Hilfe eines kleinen Kästchens auf dem Armaturenbrett des Benz, das neuerdings in vielen flotten Flitzern fast schon zur Grundausstattung gehört: Verbotene Radarfallen-Warner, mitunter nicht größer als ein Zigarillo-Päckchen, sind gefragtes Zubehör.

„Das Geschäft läuft gut, die Nachfrage ist da", vermelden Radarwarner-Händler wie Peter Holub aus dem baden-württembergischen Backnang, der bis zu 100 Geräte im Monat absetzt und bei dem auch der schwäbische Gastwirt seinen Warner erworben hat. Der Ludwigsburger Elektronik-Vertreiber Hans-Rudi Scholz verkaufte nach eigenen Angaben in manchen Monaten schon bis zu 800 Geräte. Bundesweit, schätzte das Fachblatt „auto motor und sport" („ams"), piepen und blinken weit über 80 000 Alarmanlagen.

Den Umsatzschub verdanken die Händler dem Zeitgeist: Tempo, Tempo. Nachdem bis vor wenigen Jahren noch, der Umwelt zuliebe, langsamer gefahren wurde, gilt es wieder als chic, mit Geschwindigkeit und Power zu protzen. Selbst biedere Kleinwagen machen mittlerweile ihre 150 Stundenkilometer, manche bringen es, hochgetunt und turboverstärkt, auf 200 Sachen.

Bezeichnend: Während 1981 allenfalls jeder hundertste Autofahrer die Tachonadel auf 170 Stundenkilometer hochjagte, erreicht jetzt jeder zehnte dieses Tempo.

Um den Trend zum Vollgas abzubremsen, sollen Bleifußfahrer, wie es der Chef der Landespolizeidirektion Stuttgart I, Hanspeter Sturm, unlängst formulierte, „den vollen Fahndungsdruck zu spüren bekommen". In Nordrhein-Westfalen kündigte Innenminister Herbert Schnoor „allen Kamikaze-Fahrern" nicht nur „konsequente Verfolgung" an, sondern auch höhere Bußgelder und längere Fahrverbote. Schon jetzt kostet eine Limitüberschreitung um mehr als 25 Kilometer mindestens 100 Mark Bußgeld und drei Strafpunkte in der Kartei des Kraftfahrt-Bundesamtes.

Vor allem mit scharfen Geschwindigkeitskontrollen sollen die Raser zur Räson gebracht werden. Die Polizei in Nordrhein-Westfalen etwa hat weit über 100 Tempofallen aufgestellt, in die allein im ersten Halbjahr 1987 mehr als 600 000 Autofahrer gerast sind.

Im Register des Flensburger Bundesamtes ist „Geschwindigkeitsübertretung" mittlerweile einer der häufigsten Vermerke. Von den 1986 aufgenommenen 1,4 Millionen Eintragungen betraf nahezu jede dritte ein zu hohes Tempo, rund 10 000 Rasern wurde ein befristetes Fahrverbot erteilt.

Vor solchen Sanktionen sollen Radarwarner schützen, die von schätzungsweise gut einem halben Dutzend Händlern zumeist über Kleinanzeigen in der Motorpresse vertrieben werden. Die billigsten Geräte sind für weniger als 200 Mark zu haben, die teuersten Warner, die auch auf die Wellenlänge von Radarfallen im Ausland reagieren, kosten an die 2000 Mark.

Je nach Preisklasse registrieren die Warner die Radarwellen einer Tempofalle auf 500 bis gut 1000 Meter Entfernung – früh genug, um noch auf die Bremse zu treten, bevor der Polizei-Blitz zuckt.

Gekauft werden die Warner, berichten Händler wie Holub, „zu 90 Prozent von BMW- und Mercedes-Fahrern", die geschäftlich viel unterwegs sind und sich zumeist schon in Radarfallen verfangen haben. „Der typische Kunde", berichtet

Privates Radar-Warngerät*: „Für alle Kamikaze-Fahrer . . .

. . . der volle Fahndungsdruck": **Polizeiliches Radar-Meßgerät***

* Oben: mit Kabel zum Zigarettenanzünder; unten: mit Kamera (im Heckfenster) und Antenne (Pfeil).

It's CeBIT Time.

Die Zeit neuer Entscheidungen für Manager.

Ein Muß für Manager: Hannover-Messe CeBIT'88. Das internationale Spitzenereignis der Büro- und Informationstechnik, der C-Techniken und der Telekommunikation.

Über 2.300 Aussteller aus 40 Ländern zeigen das komplette Weltmarktangebot. Alle bedeutenden nationalen und internationalen Hersteller präsentieren ihre Neuheiten hier zuerst – und häufig exklusiv.

Planen Sie jetzt Ihren Besuch. Einer Ihrer Kollegen hat bereits die hier eingeklebte Broschüre genutzt. Zeit für Sie, Ihr persönliches Informationsmaterial anzufordern. Direkt bei:

Deutsche Messe AG
Messegelände, D-3000 Hannover 82
Telefon (05 11) 89-1, Telex 9 22 728
Btx *30143 #

HANNOVER MESSE
CeBIT'88
Welt-Centrum Büro·Information·Telekommunikation
16. – 23. MÄRZ 1988

Welt-Centrum der Büro-, Informations- und Telekommunikationstechnik

Holub, „hat schon seine 12, 13 Punkte auf dem Konto" – bei 18 droht der Führerscheinentzug. Aber auch Elektronik-Freaks kaufen die Pieper und Blinker. Holub: „Wer eine Hi-Fi-Anlage im Wagen hat und einen elektronischen Garagenöffner, der will eben auch noch einen Radarwarner haben."

Doch eine bloße technische „Spielerei", als die der ADAC vor Jahren die ersten Warner abtat, sind die Geräte längst nicht mehr. Zwar bemängelten „ams"-Tester gerade bei Billigangeboten, daß die Geräte „zwischen Fehlalarm und punkteträchtigem Schweigen" schwanken. Doch in der Preisklasse über 1000 Mark registrierten die Experten auch „sehr zuverlässige Warner".

Von der Polizei erwischen lassen dürfen sich Benutzer allerdings nicht. Zwar ist der Vertrieb der Geräte etwa für den Export nicht verboten. Doch der Inlandsbetrieb der Alarmgeber, die als Sender gelten, ist von der Post nicht genehmigt – Verkaufshinweis: „Nur für den Export bestimmt." Warngeräte-Vertreiber wie Holub räumen denn auch ein, daß sie ihre Geschäfte „schon irgendwo in der Grauzone" betreiben.

Wer von Ordnungshütern mit eingeschaltetem Warngerät im Wagen ertappt wird, kann nach dem „Gesetz zur Verhinderung des Mißbrauchs von Sendeanlagen" mit „Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft" werden. Wenn der Warner nicht in Betrieb ist, droht zumindest die Beschlagnahme des Gerätes.

Händler wie Holub halten die Gefahr, mit dem Radarwarner aufzufallen, allerdings für gering. Und tatsächlich sind nach Angaben der Bundespost, deren Experten bei Prozessen gegen ertappte Radarwarner-Benutzer Gutachten über die Geräte erstellen, im letzten Jahr „vielleicht nur eine Handvoll Fälle bekannt" geworden. Die Täter kamen mit Geldstrafen davon.

Um Bestrafungen und Beschlagnahmen zu vermeiden, werden die Pieper zumeist gut getarnt. Manche sind hinter Digitaluhr-Attrappen versteckt, die „sichtbar auf dem Armaturenbrett montiert werden" (Verkaufsprospekt) oder aber im Handschuhfach fest eingebaut sind. Wieder andere werden, wie es in einem Händler-Rundschreiben heißt, „getarnt in einem Lederetui mit Klettband auf dem Armaturenbrett befestigt. Die Stromversorgung erfolgt über ein Kabel mit Stecker aus dem Zigarettenanzünder".

Wenn ein Raser mit dem Warner erwischt wird, hat er sich zuvor, wie ein Temposünder in Rheinland-Pfalz, zumeist „arg dumm" (Holub) verhalten.

Der flotte Fahrer hatte bei der Bußgeldstelle gegen einen Zahlungsbescheid Einspruch erhoben. Er könne, argumentierte er, zum angegebenen Zeitpunkt gar nicht in eine Radarfalle geraten sein, denn sein Warner habe „an dem Tag gar nicht gepiept".

KAUFHÄUSER

Gründlich vergriffen

Der Bericht eines Unternehmensberaters hat Management und Aufsichtsrat aufgeschreckt – das Kaufhaus Horten wird neu geordnet.

Die Geschäftsleitung des Kaufhauses Horten glaubte zu wissen, wofür die Bürger in der Stahlstadt Duisburg ihr Geld ausgeben: Smokings und Nerzmäntel kamen vor dem Jahreswechsel in die Auslage, Champagner der feinsten Marken in die Regale. Wertvolle alte Möbel sind auf der fünften Etage zu kaufen.

Doch die Kundschaft drängelt sich nur an den Grabbeltischen mit den Ramschartikeln. Seit die Stahlarbeiter von Rheinhausen um ihre Arbeitsplätze bangen, geht nichts mehr, was viel kostet.

Horten-Chef Garsoffky: Früher aufs Altenteil?

Fehlplanungen wie in Duisburg sind nach Erkenntnissen des Münchner Unternehmensberaters Roland Berger Alltag bei Horten. Bei etlichen der 57 Filialen des nach Karstadt, Kaufhof und Hertie viertgrößten Warenhauskonzerns stimmt das Sortiment nicht mit den Kaufgewohnheiten der örtlichen Kundschaft überein. Für „Problemhäuser" mit chronischen Verlusten müssen radikale Lösungen gefunden werden.

Die Studie hatte der Horten-Vorstand auf Verlangen der Großaktionäre Batig und Deutsche Bank angefordert. Die in Hamburg ansässige Deutschland-Tochter des britischen Mischkonzerns BAT besitzt 51 Prozent des Horten-Kapitals. Die Deutsche Bank hält mit der Commerzbank über die Gemeinschaftsfirma Degav ein gutes Viertel. Der Rest verteilt sich auf 30 000 Kleinaktionäre.

Am Freitag dieser Woche will Vorstandschef Heinz Garsoffky seine Aufsichtsräte über die Konsequenzen aus dem Berger-Bericht informieren. Der 61jährige Warenhausmanager wird vor allem die Arbeitnehmervertreter überzeugen müssen. Den Betriebsräten dürfte die Zustimmung zum geplanten Personalabbau in der Zentrale am Düsseldorfer Seestern und in manchen Filialen schwerfallen.

Seit Jahren versucht der Vorstand, mit laufend wechselnden Konzepten dem Warenhauskonzern eine existenzsichernde Struktur zu verpassen. Nun sollen etliche der mit hohem Kostenaufwand durchgeboxten Maßnahmen auf Bergers Rat wieder rückgängig gemacht werden.

Nicht alle Fehler sind Garsoffky und seinen Leuten anzulasten. Vieles geht auf seinen Vorgänger Bernd Hebbering zurück, der vor zwei Jahren als stellvertretender Vorstandsvorsitzender zu Karstadt gegangen war.

Hebbering hatte sich mit Neuerwerbungen mehrfach gründlich vergriffen. Das Versandhaus Peter Hahn sowie die Dogmoch-Ladenkette – beide von Hebbering gekauft – mußten nach Verlusten wieder abgegeben werden.

In Etappen soll nach Vorschlägen Roland Bergers und seiner Experten auch die von Hebbering eingeführte Managementstruktur teilweise wieder abgeschafft werden. In hartem Ringen über Jahre hatte er eine Sparten-Organisation durchgesetzt. Die Leiter der neugebildeten Sparten mit Sitz in der Zentrale bestimmten seitdem, was der Kundschaft angeboten wurde.

Mehrere der entmachteten Manager in den Filialen wanderten zur Konkurrenz

Edeka-Markt in der Horten-Filiale Düsseldorf: Stammkunden vergrault

ab. Jetzt sollen, rät Berger, die Manager vor Ort wieder mehr Befugnisse bekommen. Sie würden die Wünsche der Käufer in ihrer Umgebung viel besser kennen als die Herren am Seestern.

Komplette Einkaufsabteilungen könnten geschlossen werden, weil künftig einige Produktgruppen aus dem Sortiment gestrichen werden. Artikel, die viel Raum der teuren Verkaufsfläche benötigen und bei den Discountern auf der grünen Wiese weit billiger zu haben sind, sollen weitgehend ausgemustert werden. Darunter fallen etwa Autozubehör und Waschmittel, Möbel und Heimwerkerbedarf.

Das „Neue Horten-Haus" mit deutlich abgespecktem Sortiment soll im kaufkräftigen Münster getestet werden. Für Produktgruppen, die Erträge bringen, soll viel Verkaufsfläche bereitgestellt werden.

Eine andere Fehlentscheidung kann erst 1990 ausgebügelt werden. Um die dürftigen Bilanzen aufzubessern, hatte Horten seine verlustreichen Lebensmittel-Abteilungen an die Edeka vermietet. Der auf zehn Jahre laufende Vertrag bekam beiden nicht.

Horten kassierte zwar jährlich rund 20 Millionen Mark Miete. Doch mancher Stammkunde wurde vergrault. Die Lebensmittel-Abteilungen in Warenhäusern wie Karstadt und Hertie locken dagegen mit attraktiven Angeboten, von der Sektbar bis zum Delikatessenstand, Kunden in die Häuser. Der Kaufhof entwickelt ein Markthallen-Konzept mit vielen Frischwaren wie Fisch, Fleisch und Gemüse. Bei Horten dagegen bietet die Edeka von Norden bis Süden eine Hausmannskost an, die keine Rücksicht auf unterschiedliche Geschmäcker oder Geldbeutel nimmt.

Die Fehlerquote an der Konzernspitze wäre nach Meinung der Experten nicht so hoch ausgefallen, wenn die Eigentümer besser aufgepaßt hätten. Doch auch noch nach der Beförderung Garsoffkys wurde die Firmenleitung irritiert durch ständige Querelen im Kreis der Großaktionäre. Aufsichtsratschef Harald Erichsen änderte dabei laufend seine Haltung.

Zunächst wollte der Batig-Mann seinen Mehrheitsbesitz auf 100 Prozent aufstocken. Er war bereit, der Degav einen guten Kurs für das Horten-Viertel zu zahlen, die Kleinaktionäre dagegen sollten mit dem Tageskurs abgespeist werden. Der Deal scheiterte.

Dann kam Erichsen die Idee, die rund 45 Horten-Häuser im Firmenbesitz zu verkaufen, um sie dann wieder anzumieten. Der Erlös von mehr als einer halben Milliarde Mark sollte zinsbringend angelegt werden. Auch daraus wurde nichts.

Erichsens Wankelmut hat bereits Spuren im Horten-Vorstand hinterlassen. Vorstandsmitglied Michael Goebel, den Insider als möglichen Nachfolger des 1991 in Pension gehenden Garsoffky handelten, kündigte zu Ende 1988. Er wird Chef des Reisegiganten Touristik Union International. Auch Garsoffky ließ durchblicken, er werde womöglich früher aufs Altenteil gehen, falls BAT und Tochter Batig sich nicht eindeutig zu Horten bekennen würden.

Nach der Abgabe des Berger-Berichts und den neuen Umbauplänen des Horten-Managements will Erichsen nun doch seinen Warenhausbesitz behalten. Er beauftragte den Hamburger Personalberater Olaf Mummert, Führungskräfte für den Horten-Vorstand zu suchen. Mummert will in Kürze drei Kandidaten vorstellen. Ein Spitzenmann aus dem Handel ist nicht dabei.

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Rollende Augen

Die CDU im Norden der Republik sucht verzweifelt nach einem neuen Spitzenkandidaten, die FDP nach einem Weg, die Neuwahlen noch zu vermeiden.

Er sollte „nicht außerhalb des Landes gesucht" werden, der neue Spitzenkandidat der Christdemokraten in Schleswig-Holstein, „aber auch nicht innerhalb der CDU-Fraktion in Kiel gefunden". „Unbelastet" mußte er nach dem erklärten Willen seiner Partei sein und „glaubwürdig", um die nordelbischen Christdemokraten erfolgreich aus dem Sumpf der Waterkantgate-Affäre heraus in die Neuwahlen am 8. Mai führen zu können.

Mehr als elf Wochen brachte die Partei damit zu, Anwärter auf die Führungsposition an diesen Ansprüchen zu messen. Mindestens 15 Kandidaten wurden geprüft, nachdem Fraktionschef Klaus Kribben Mitte Oktober vorigen Jahres an der Parteibasis in Ungnade gefallen war – zu forsch, so kritisierten viele CDU-Funktionäre, habe er die Machenschaften seiner Partei und ihres früheren Ministerpräsidenten Uwe Barschel an die Öffentlichkeit zerren wollen.

Bundesminister wie Heinz Riesenhuber und Rita Süssmuth standen auf der Aspirantenliste, Polit-Importe wie die Berliner Bürgermeisterin Hanna-Renate Laurien oder die niedersächsische Finanzministerin Birgit Breuel, CDU-Oldies wie der frühere Bundesverfassungsgerichts-Präsident Ernst Benda. Zudem wurden nahezu alle Landespolitiker von Rang zwischenzeitlich als Kandidaten gehandelt. Jetzt endlich, so scheint es, könnten die CDU-Fahnder fündig geworden sein: Der Kieler Justizminister

CDU-Kandidat Hoffmann
Nach oben geschwemmt

„Heute issas ja wohl'n ganz annern Schnack"

Reiner Pfeiffer – vom Buhmann der Nation zum Medienstar

Auf der Bühne wälzt sich der Schauspieler Hermann Lause als sterbender Politiker „unruhig in der Badewanne", begleitet von „Gitarrengewittern" einer Rock-Gruppe „Einstürzende Tranquilizer".

Ulrich Tukur mimt den „Herrn Pfeiffer", der Kiels Waterkantgate-Affäre inszenieren half und dann im SPIEGEL enthüllte. Eva Mattes spielt Freya Barschel, die Frau des ehemaligen Ministerpräsidenten. Und Dieter Giesing als schonungsloser Gerhard Stoltenberg monologisiert über „den Zusammenhang zwischen Steuerreform und Steuerbord".

„So ungefähr oder ähnlich", fürchtet Gerhard Stadelmaier, Theaterkritiker der „Stuttgarter Zeitung", wird es alsbald im Hamburger Schauspielhaus zugehen, wenn Intendant und Regisseur Peter Zadek bis zum Ende seiner letzten Saison 1988/89 seinen jüngsten Einfall in Szene setzt: den Kieler Skandal, wie Schauspielhaus-Generalmanager Ulrich Schwab sagt, „so authentisch wie möglich" auf den Spielplan zu bringen.

Seit Wochen schon reifen bei den Theatermachern in der Hansestadt Überlegungen, die Affäre etwa Anfang Mai „in Form szenischer Kollagen" (die Leitende Dramaturgin Mechthild Lange) zu dramatisieren. Bereits vor Weihnachten trafen sich Zadek und Autor Kai Hermann zu stundenlangem Gespräch mit Pfeiffer im Hamburger Hotel „Reichshof". „Zwischen Zadek und mir", freute sich Pfeiffer hernach, „funkte es sofort." Der Wirbel um das Theaterprojekt, das schon vor der Uraufführung der „vollkommenen, grandiosen Überflüssigkeit" („Stuttgarter Zeitung") geziehen wird, rückte zum Jahresbeginn wieder jenen Mann in die Schlagzeilen, der zur Schleswig-Holstein-Wahl im September mit einem Schlag zu einem der prominentesten Deutschen avanciert war und 1987 zum „Jahr Pfeiffer" („Die Zeit") hatte werden lassen.

Zunächst, zwei Monate lang, war der Name Pfeiffer Synonym für einen „Ausbund an Verworfenheit" gewesen, wie die Zürcher „Weltwoche" resümierte. „Dubios" und „zwielichtig" waren noch die harmlosesten Urteile über den „Mann, von dem J.R. noch lernen könnte" („Abendzeitung", München). Als „Schmierenschreiber" und „Berufs-Denunzianten" bezeichnete ihn die „Frankfurter Neue Presse", einen „krankhaften Schwindler" nannte ihn die Würzburger „Deutsche Tagespost". Die liberale „Zeit" beschrieb den 48jährigen Journalisten als einen Mann „mit bewegter Vergangenheit, mit Alkohol- und Finanzproblemen und mit einem Gewissen, das so erratisch ausschlägt wie ein verklemmter Geigerzähler".

Zustimmend zitierte „Bild", was Professor Erich Samson, der Rechtsvertreter der Barschel-Familie, über den „Ver-Pfeiffer" (CDU-Schimpf) gesagt hat: In sich einen Bart stehen zu lassen, um nicht gleich von jedermann erkannt zu werden.

Der Bart bedeckte kaum das Kinn, da hatte, wie sich Pfeiffer erinnert, „das Spießrutenlaufen schlagartig ein Ende": Seit Mitte November, als Barschels Entlastungszeugen vor dem Untersuchungsausschuß reihenweise umfielen und der christdemokratische „Politkriminelle" („Süddeutsche Zeitung") Stück für Stück der Lüge überführt wurde, erhält Pfeiffer in Briefen und Telephonaten allenthalben „Lob und Anerkennung".

Studiogast Pfeiffer (l.) bei „Radio Hamburg": „Es hat sofort gefunkt"

4,5 Zentimeter hohen Lettern prangte auf der Titelseite der größten Zeitung Europas, bei der Pfeiffer zeitweise als Politik-Chef im Gespräch gewesen war, das Wort „Ratte". Die Medien-Kampagne zeitigte Wirkung. Auf die Frage, welchem deutschen Polit-Prominenten sie am ehesten „einen Mord aus Leidenschaft" zutrauten, nannten Bundesbürger bei einer Umfrage für das Zeitgeist-Magazin „Wiener" unter ausgewählten Persönlichkeiten an allererster Stelle Reiner Pfeiffer, vor Joschka Fischer, Jutta Ditfurth und Peter Gauweiler.

In jenen Wochen zählten Staatsschützer den Journalisten zu den meistgefährdeten Bundesbürgern; die Polizei empfahl ihm einen Wohnungswechsel. Nachdem an die 200 Morddrohungen bei Pfeiffer eingegangen waren, beschloß er,

Zwar ergießt sich dann und wann noch Haß und Häme über ihn, etwa wenn er, wie letzte Woche, als Arbeitsloser beim Arbeitsamt vorstellig wird. Weit über hundert Anrufe gingen bei den Job-Vermittlern ein, nachdem „Bild" bundesweit die Telephonnummer des Amtes veröffentlicht hatte. Vorwiegend wurden Beleidigungen abgesondert, etwa: Pfeiffer solle doch „Abschmecker in der Klärgrube" werden.

Zumeist jedoch erfährt der Ex-Referent Sympathiebeweise. Pfeiffer registriert die Auswirkungen des jähen Image-Wandels beim Einkaufen, wenn ihn völlig Unbekannte freundlich grüßen, beim Jogging, wenn Förde-Fischer ihm zurufen: „Mok di mol nich kaputt." Im breiten Waterkant-Platt freut sich der örtliche Fischhändler mit ihm: „Na, heu-

te issas ja wohl'n ganz annern Schnack." Leserbriefschreiber forderten in der Presse sogar „das Bundesverdienstkreuz für Reiner Pfeiffer" – als sei schon vergessen, daß der Barschel-Helfer mitverantwortlich für eine der schmutzigsten Wahlkampagnen in der Geschichte der Bundesrepublik war. Selbst der Bonner Grünen-Abgeordnete Thomas Wüppesahl schloß sich dem Begehren an, Pfeiffer zu dekorieren.

Zugleich erreichen den Ex-Referenten dutzendfach Autogrammwünsche. Ein Hamburger Tierarzt bot dem arbeitslosen Journalisten „Schutz und Hilfe" sowie, zur Erholung, sogar sein Ferienhaus an der Ostsee an. Entspannung vom Streß der Affären-Wochen könnte Pfeiffer, auf Angebot ihm völlig unbekannter Anrufer, auch in bayrischer Einsamkeit finden oder an der Möhnetalsperre im Sauerland.

Ein pensionierter Beamter aus dem westfälischen Münster bat Pfeiffer um Recherchenhilfe in „einem Fall von Wirtschaftskriminalität". Der Kieler Pastor Siegfried Munz offerierte nicht nur „kirchlichen Beistand" – er sähe Pfeiffer gern, ähnlich wie den Schauspieler Will Quadflieg, als Gastprediger auf seiner Kirchenkanzel.

Wenngleich es bisweilen schon scheint, als sei, typisch deutsch, ein Extremurteil durch ein anderes abgelöst worden – seine „innere Genugtuung" über den Stimmungswandel mag Pfeiffer nicht verhehlen, auch nicht seine Zufriedenheit über die „Chance, mein kaputtes Image wieder aufzubessern".

Widerhall findet er vor allem in den Medien, die sich um Pfeiffer geradezu reißen: sechs Stunden Spaziergang mit „Zeit"-Autor Ben Witter, fünf Stunden mit der Zürcher „Weltwoche", drei mit der „Hamburger Morgenpost". Fernsehanstalten, auch aus der Schweiz, Italien, Belgien, Luxemburg und Dänemark, laden zu Interviews und Talk-Shows. Radio-Stationen rücken stundenlange Spezialsendungen ins Programm, bei denen sich Pfeiffer den Fragen des Publikums stellt. „Von den über hundert Anrufern", bilanzierte Redakteur Klaus Lohmann von „Radio Hamburg", „bezweifelten nur zwei die Glaubwürdigkeit von Reiner Pfeiffer."

Verblüfft entdecken viele Gesprächspartner nun einen ganz neuen Pfeiffer: „Mehr Biedermann als Brandstifter, alles in allem jedoch nicht unsympathisch", wie die schweizerische „Weltwoche" urteilte.

Im übrigen, gab das Blatt zu bedenken, sei der einstige Mann fürs Grobe nicht unseriöser als manch einer sonst in seiner Branche: „Enthüllungsgeschichten waren von Anfang an sein Metier, und seine Fehlerquote in diesem heiklen Geschäft war nicht höher als die ähnlich arbeitender Kollegen."

Heiko Hoffmann, 52, soll es werden, zumindest wenn es nach dem Willen einflußreicher Unionspolitiker um Kribben und die stellvertretenden Parteichefs Günter Flessner und Eberhard Dall'Asta geht.

Der Jurist, respektiert auch beim politischen Gegner, gilt als verbindlich und abwägend. Er ist Mitglied der Synode der evangelisch-lutherischen Kirche Nordelbiens und ein Mann des Ausgleichs. Als einer der ersten und wenigen in seiner Partei fand er beispielsweise Worte des Bedauerns für das Opfer der schmutzigen Kieler Wahlkampftricks, den SPD-Oppositionsführer Björn Engholm. Vor allem wird Hoffmann einem verbreiteten Wunsch in der Union gerecht, die laut Parteibeschluß vom November einen Kandidaten will, „der sich über die Wahl hinaus in der Landespolitik engagiert" – im Falle der befürchteten Niederlage nämlich.

Hoffnungsträger Hoffmann hat eigentlich nur einen Fehler: Er ist nicht der Mann seines Landesvorsitzenden Gerhard Stoltenberg. Deshalb steht der Partei am kommenden Wochenende, wenn Landesvorstand und Landesausschuß über die Nominierung entscheiden sollen, eine neue Machtprobe bevor.

Denn Stoltenberg hat sich bereits festgelegt: auf den amtierenden Regierungschef, seinen Schulfreund Henning Schwarz, 59. Kandidat Schwarz, so verkündete Stoltenberg vorschnell nach einer Vorstandssitzung Mitte Dezember, habe „nachhaltige Unterstützung von zahlreichen Parteifreunden" erfahren.

Das Gegenteil war der Fall. Seit Wochen schon formierte sich der innerparteiliche Widerstand gegen einen Neuanfang mit alten Köpfen. Dem angehenden Polit-Pensionär Schwarz, der nach der Wahl im September eigentlich in Rente gehen wollte und dann sichtlich Spaß an der unumschränkten Macht in Kiel fand, werden von Parteifreunden unverhohlen „Herrenreitermanieren" und „Gutsherrenart" bescheinigt. Zudem wird dem früheren Justizminister in der CDU seine Rolle bei Barschels öffentlicher Verteidigung verübelt.

Statt Barschel zur Wahrheit zu drängen, hatte Schwarz mit dubiosen Informationen und Halbwahrheiten versucht, dessen ehemaligen Medienreferenten Pfeiffer unglaubwürdig zu machen (SPIEGEL 47/1987). Und er schwieg hartnäckig, als Fraktionsmitarbeiter eineinhalb Tage lang versuchten, Barschel an seinem Urlaubsort zu erreichen, obschon Schwarz doch dessen Telephonnummer auf Gran Canaria kannte.

Hoffmann vermeidet vorerst die offene Konfrontation mit seinem Gegner. Während Schwarz in der Partei verbreitet, er wolle „kämpfen", verweigert Hoffmann, so ein Sprecher, „zu den Spekulationen" jeden Kommentar.

Nach vorn gedrängt hat er sich nie. Im Fahrwasser Barschels wurde er geradezu nach oben geschwemmt, über die Junge Union, die Kieler Kultusverwaltung und die Fraktionsführung (1979 bis 1985) bis, vor zwei Jahren, ins Kieler Kabinett.

CDU-Kandidat Schwarz*
Neuanfang mit alten Köpfen?

Dort hielt sich Hoffmann auch dann noch im Hintergrund, als Barschel seine Minister anlog und er, als Justizminister und Dienstvorgesetzter der ermittelnden Lübecker Staatsanwälte, es längst besser gewußt haben muß. Hoffmann hat, einziges Zeichen seiner Skepsis, „immer nur mit den Augen gerollt" (ein CDU-Vorständler). Immerhin kann er sich im parteiinternen Machtkampf der Zustimmung von außen, vom Koalitionspartner, gewiß sein. Die FDP, die nach den Worten ihres stellvertretenden Landesvorsitzenden Wolfgang Kubicki „jeden" akzeptieren will, „der nicht Schwarz heißt", äußerte vorsichtiges Lob. Wegen seiner „Kompetenz und seines menschlichen Umgangs" schätze er, sagt Kubicki, Hoffmann „sehr".

Lauter wollen die Liberalen den neuen Anwärter derzeit nicht preisen. Denn während die Union noch über den geeigneten Kandidaten streitet, sucht die FDP längst nach einem Ausweg, die Wahlen am 8. Mai zu verhindern.

Weil sie, nach mageren Umfrage-Zahlen, um die Rückkehr in den Landtag bangen, kamen liberale Spitzenleute ungeniert bei den Sozialdemokraten in Bonn und Kiel um Zusammenarbeit ein. Neuwahlen, so verkündete etwa ein FDP-Vorstandsmitglied in Kiel den überraschten Genossen, machten „überhaupt keinen Sinn". Die „Überwindung des Patts", so der FDP-Emissär, sei „auch ohne Neuwahlen" zu erreichen – durch einen sozial-liberalen Pakt im Landtag. ◆

* Mit Uwe Barschel bei seiner Ehrenwort-Pressekonferenz am 18. September 1987.

Eine Probefahrt m
und Sie werden Ihr

Packen Sie das Lenkrad kräftig, und bewegen Sie die Seite nach oben und nach unten.

Stoppen Sie die Bewegung in 5 verschiedenen Positionen (möglichst 5 Grad Unterschied, bitte).

Markieren Sie die für Sie beste Stellung, indem Sie Ihre Arme daselbst einrasten lassen.

So. Das ist das Saginaw TWS*-Aktivlenkrad.

Eine Zusatzausstattung, die auf Wunsch von Automobilherstellern eingebaut wird, um den Fahrkomfort zu erhöhen.

Dadurch wird
das Lenken entscheidend
sicherer. (Zur Standardausrüstung gehört übrigens auch die patentierte energieabsorbierende Lenksäule von Saginaw.)

Nicht nur Sie haben dadurch einen Vorteil.

Sondern jeder, der Ihr Auto fährt. Denn das Saginaw TWS*-Aktivlenkrad paßt Ihr Auto individuell jedem Lenker an.

Kaum ein anderes Extra macht ein Auto so flexibel.

t dieser Anzeige, Lenkrad wechseln.

Und das schon zwischen 285,– DM und 367,– DM (Preise differieren nach Automodell; unverbindliche Preisempfehlung). Das Saginaw TWS*-Aktivlenkrad bekommen Sie als Extra für alle Opel-Modelle.

Fragen Sie den nächsten Opel-Händler. Oder senden Sie uns den Coupon. Wir sagen Ihnen gerne, wo Sie mit unserem Lenkrad ein paar Runden drehen können.

Saginaw. TWS*-Aktivlenkrad.

Ein paar Grad bequemer, ein paar Grad sicherer.

Bitte senden Sie mir nähere Informationen über das Saginaw TWS*-Aktivlenkrad und den Namen des nächsten Händlers.

NAME: _____

STRASSE: _____

PLZ/ORT: _____

TELEFON: _____ AUTOMARKE: _____ 051

Senden an:
SAGINAW STEERING CORP
c/o Koldeweyh Versand + Service GMBH
Postfach 4263
7302 Ostfildern 1

Saginaw

* Tilt Wheel Steering. Das Saginaw-Aktivlenkrad, 5fach – jeweils um 5° – verstellbar, paßt das Auto dem Fahrer an.

„Ich hielt ihn für dringend tatverdächtig“

Gerhard Mauz zur Verurteilung von Monika Weimar in Fulda

Verurteilte Monika Weimar: „Jetzt kriegt keiner von uns die Kinder“

Der Vorsitzende Richter Klaus Bormuth, 53, verkündete am vergangenen Freitag um 14 Uhr das „Lebenslang“ für Monika Weimar. Im Publikum im überfüllten Sitzungssaal des Fuldaer Stadtschlosses wurde applaudiert.

Eine 29 Jahre alte Frau wird für mindestens 15 Jahre dem Strafvollzug überantwortet, und es gibt Menschen, die das freut. Eine Mutter wird für schuldig befunden, ihre Kinder getötet zu haben, und es sitzen Menschen dabei, die klatschen in die Hände.

Andere, überall in der Bundesrepublik, brauchen Trost. Den finden sie darin, daß sie sich über das „Fehlurteil“ gegen Monika Weimar empören. Sie fordern, daß der Bundesgerichtshof dieses Urteil in der Revision aufhebt; daß er den Weg für eine neue Hauptverhandlung frei macht, in der das Monika Weimar zugefügte Unrecht korrigiert werden kann.

Die einen feiern, daß ihr Favorit, die Verurteilung, zuerst durchs Ziel ging. Die anderen behaupten, der Freispruch habe durch Manipulation verloren. Wie es dazu kam, daß diese Strafsache betrachtet wurde, als beobachte man ein Pferderennen, läßt sich beschreiben.

Am Mittag des 4. August 1986, an einem Montag, wurden in Philippsthal-Röhrigshof, einer Ortschaft nordöstlich von Fulda, unmittelbar an der Grenze zur DDR, die sieben beziehungsweise fünf Jahre alten Kinder Melanie und Karola Weimar als vermißt gemeldet. Suchaktionen der Polizei und des Bundesgrenzschutzes, bei denen Hunde und Hubschrauber eingesetzt wurden, hatten keinen Erfolg.

Drei Tage später, am Donnerstag, wurden die Leichen der Mädchen, das eine erwürgt, das andere erstickt, am Rand von verschiedenen Parkplätzen entdeckt. Die Fundorte lagen nur wenige Kilometer vom Elternhaus der Kinder entfernt.

Die Ermittler hatte neben der Möglichkeit, daß die Kinder entführt worden waren, von Anfang an auch beschäftigt, daß die Ehe von Reinhard und Monika Weimar offensichtlich heillos zerrüttet war. Vielleicht hatte ein Elternteil die Kinder fortgebracht und versteckt, um sie für sich zu sichern, bevor es zu juristischen Auseinandersetzungen um das Sorgerecht kam?

Mit dem Fund der Leichen bekam die Zerrüttung der Ehe der Eltern Weimar ein ganz anderes Gewicht. Und als sich Spuren der Bekleidung der toten Kinder im Wagen der Weimars, einem Passat Variant fanden, konzentrierten sich die Ermittler auf Reinhard und Monika Weimar.

Am 28. August 1986 wurde Monika Weimar eingehend vernommen. Sie hielt daran fest, sie habe Melanie und Karola am Montag, dem 4. August 1986, zuletzt am Kinderspielplatz gesehen und mit ihnen gesprochen, bevor sie zwischen 10.30 und 10.45 Uhr mit dem Passat fortfuhr, um Besorgungen zu machen und etwas bei Bank und Post zu erledigen. Bei ihrer Rückkehr seien die Kinder verschwunden gewesen.

Während Monika Weimar verhört wurde, befaßten sich gleichzeitig andere Beamte mit Kevin Douglas Pratt, dem 23 Jahre alten Freund von Monika Weimar, einem US-Soldaten aus der Kaserne in Bad Hersfeld. Mit ihm war sie in der Nacht zum 4. August 1986 bis nach Mitternacht zusammengewesen.

Was Kevin Pratt aussagte, ließ sich nicht mit dem in Einklang bringen, was Monika Weimar aussagte. Dabei blieb es auch, als man beide zusammenbrachte und befragte. Monika Weimar wurde vorläufig festgenommen. Am 29. August 1986 holte man sie aus der Haftzelle und setzte ihre Befragung von 8.15 Uhr an fort. Sie hielt zunächst an ihrer Aussage vom Vortag fest. Dann jedoch mußte sie sich in zwei Punkten korrigieren, weil inzwischen Befunde vorlagen, die ihre bisherigen Einlassungen in diesen Punkten widerlegten.

Daraus ergab sich schließlich, daß Monika Weimar „nach einem längeren Gespräch mit den vernehmenden Beamten“

erklärte, sie sei bereit, „nun endgültig die Wahrheit zu sagen". Was sie dann vortrug, war eine furchtbare Anklage gegen Reinhard Weimar, ihren Mann. Sie habe ihn, als sie in der Nacht zum 4. August 1986 heimkehrte, bei den toten Kindern vorgefunden.

Sie sei völlig fassungslos gewesen, habe den Anblick der Kinder nicht mehr ertragen, sei ins Schlafzimmer gerannt und sich dort in ihrer Verzweiflung aufs Bett gesetzt. Sie habe den Wagen abfahren und zurückkehren gehört. Schließlich sei ihr Mann zu ihr ins Schlafzimmer gekommen. „Warum hast du das getan?" habe sie ihn gefragt. Er habe nur geantwortet: „Jetzt kriegt keiner von uns die Kinder." Und dann habe er ihr auf ihre Fragen hin noch erklärt, wohin er die Kinder gebracht habe.

Danach – „Wir haben uns dann beide ausgezogen und in die Ehebetten gelegt, nachdem wir unsere Schlafanzüge angezogen hatten. Er schlief dann fest ein und schnarchte, während ich nicht schlafen konnte. Ich war dann auch mal ein bißchen eingeschlafen und bin dann gegen 10 Uhr aufgestanden. Der Reinhard lag zu diesem Zeitpunkt noch in seinem Bett und schlief fest."

Warum hat Monika Weimar ihren Mann gedeckt? Warum hat sie bis zu dieser Aussage daran festgehalten, die Kinder noch am Morgen des 4. August 1986 gesehen zu haben, bevor sie mit dem Passat fortfuhr? Sie hat bis in ihren Prozeß, bis in die Hauptverhandlung hinein erklärt, sie hätte ein Schuldgefühl gegenüber ihrem Mann überwältigt. Daß er die Kinder getötet habe, hätte über sie hereinbrechen lassen, was sie ihm durch ihr Verhältnis mit Kevin Pratt angetan habe.

Der zuständige Staatsanwalt sprach nach dieser Einlassung zwar noch von einem fortbestehenden Verdacht gegen Monika Weimar. Doch „dringenden Tatverdacht" nahm er nicht mehr an. Monika Weimar wurde nach Hause entlassen. Das war der Startschuß dazu – daß die Öffentlichkeit auf das Urteil wie auf den Ausgang eines Pferderennens wartete.

Geschiedener Ehemann Weimar
Der Haftbefehl wurde abgelehnt

Getötete Kinder Melanie und Karola: Das Motiv blieb im dunkeln

Denn nun warf sich der Staatsanwalt auf Reinhard Weimar, sah schließlich gegen ihn den „dringenden Tatverdacht" für gegeben – und scheiterte mit diesem vor dem Amts- und vor dem Landgericht. Es gelang ihm nicht, einen Haftbefehl gegen den Mann zu erlangen, der für ihn zweifelsfrei der Täter war. Der Staatsanwalt wurde abgelöst, ein anderer trat an seine Stelle, und der erhielt einen Haftbefehl gegen Monika Weimar, der den Beschwerden ihres Verteidigers bis zum Oberlandesgericht standhielt.

Die Berichterstattung über den Prozeß gegen Monika Weimar ist kein Ruhmesblatt der Medien gewesen. Der Prozeß hat länger gedauert, als erwartet worden war. Es kam immer mehr, immer schwerer zu übersehender Stoff zusammen. Fulda liegt abseits. Zu Beginn der Hauptverhandlung war noch abzusehen, welcher Sitzungstag wichtig sein würde und darum wahrgenommen werden mußte. Später konnte man einfach nicht mehr zu jedem Termin jemand entbehren. So blieben Vorgänge der Hauptverhandlung unberichtet, oder sie wurden so berichtet, wie man sie von irgend jemand, der vor Ort war und zuverlässig schien, zugeliefert erhielt.

Eine objektive Berichterstattung über den Strafprozeß kann es nicht geben. Schon die Auswahl dessen, was man berichtet, ist ein subjektiver Eingriff. Der Berichterstatter kann sich nur seiner Subjektivität bewußt sein und versuchen, angesichts dieser Subjektivität so redlich wie möglich zu bleiben, etwa indem er deutlich macht, daß er subjektiv versucht, der Objektivität so nah wie möglich zu kommen.

Die Redaktionen haben sich bemüht, eine Linie in der Berichterstattung über den Weimar-Prozeß zu wahren, obwohl es immer schwerer wurde, den Überblick zu behalten und den Stellenwert der Aussagen einzuschätzen. Diesem Versuch kam entgegen, daß Zweifel an der Schuld von Monika Weimar eine Linie ergaben, die von einem Teil des Publikums zustimmend aufgenommen wurden, von einem Teil des Publikums, der einem wichtig war.

Was Monika Weimar entgegenschlug, nicht nur in Fulda, was sich an Vorurteil und ordinärer Vorverurteilung austobte, war ekelhaft.

Eine Ehefrau, die ihren Mann betrügt, noch dazu mit einem US-Soldaten, ist eine „Ami-Hure". Eine Ehefrau, die von ihrem Liebhaber kommt und zu ihrem Mann ins Bett kriecht, die es sich herausnimmt, außerhalb ihrer gescheiterten Ehe einen Partner zu suchen und ihn gefunden zu haben meint, bevor sie geschieden ist oder wenigstens getrennt lebt – die bringt auch ihre Kinder um.

Die muß geradezu ihre Kinder umbringen, denn die behindern schließlich ihr zügelloses sexuelles Leben. Als bekannt wurde, daß Monika Weimar bei Kevin Pratt die körperliche Erfüllung gefunden hat, die ihr Ehemann ihr nicht hatte geben können, gab es kein Halten mehr. Auch sprach sich herum, daß die Anklage Monika Weimar nicht zuletzt darum für die Täterin hielt, weil sie Kevin Pratt „hörig" gewesen sei.

Man mußte sich einfach vor Monika Weimar stellen, und es ist ein – wenn

auch dürrer – Trost im Jammer dieses Falles, daß viele Menschen sich angewidert gegen die Vorurteile und Vorverurteilungen stellten und für jeden Zweifel an der Schuld von Monika Weimar offen waren.

Die „Jagd auf eine Mutter" hat Viola Roggenkamp in der „Zeit" beschrieben. Und in „Emma" schrieb sie unter der die Orgie der Vorurteile und Vorverurteilungen treffenden Überschrift „Die alte Hexe war's".

Es ist verständlich, daß ein Mann, der von der Unschuld Monika Weimars ausging, ein Mann wie der Staatsanwalt Raimund Sauter, heute 43, der Mann, der vergeblich versucht hatte, Reinhard Weimar anzuklagen, für viele der tragische Held des Falles Weimar wurde.

Es ist verständlich, daß es hieß, etwas „Ungeheuerliches" sei passiert. Man habe diesen Mann, den einzigen, der die Dinge richtig sah, „zum Rücktritt gezwungen", nur um – wohl aus heimlicher, männlicher Solidarität – nicht Reinhard Weimar anklagen zu müssen.

Es fällt nicht leicht, an Staatsanwalt Sauter Kritik zu üben. Er war nach seiner Ablösung lange Zeit schwer krank. Doch er hat den Fall Weimar auf die Rennbahn gebracht. Sein Entschluß, Reinhard Weimar für den Täter zu halten und Monika Weimar für entlastet, hatte Folgen, die jetzt Monika Weimars Verurteilung für viele verdächtig machen, eine Verurteilung, die der Bundesgerichtshof in der Revision aufheben mag, die aber ohne jede Frage strengster, um nicht zu sagen verzweifelter Gewissensprüfung entsprungen ist.

Monika Weimar für nur noch am Rande verdächtig zu halten und Reinhard Weimar für den Täter – dagegen stand eine Passage in der Aussage von Monika Weimar, die der Staatsanwalt Sauter allzuleicht weggewischt hat. Monika Weimar will in der Nacht zum 4. August 1986, als sie nach Hause kam, die Kinder Melanie und Karola tot vorgefunden haben.

Sie behauptet, ihr Schock über diese Entdeckung sei so groß gewesen, daß sie nicht habe reagieren, daß sie nichts habe unternehmen können. Sie hat kein Licht gemacht. Sie kann nicht sagen, ob die Augen der Kinder offen oder geschlossen gewesen sind. Sie hat nicht festgestellt, wie die Kinder gestorben waren, ob ihr Mann sie erstochen oder erschlagen hatte oder erschossen.

Daß die Kinder nicht in ihrem Blut lagen, muß sie allerdings gemerkt haben. Denn in ihrer Aussage vom 29. August 1986 heißt es: „Als ich in die Wohnung kam und den Reinhard auf dem Bett der Karola im Kinderzimmer antraf und die Melanie als auch die Karola am Arm ergriff und sie schüttelte, stellte ich fest, daß sie zwar noch körperwarm, aber doch offensichtlich tot waren. Aus diesem Grund kam ich auch gar nicht auf die Idee, noch einen Arzt zu verständigen."

Monika Weimar ist ausgebildete Krankenpflegehelferin. Sie war seit Jahren im Nachtdienst eines Krankenhauses tätig. Ihr mußte, ihr muß bekannt sein, daß die Beantwortung der Frage, ob der Tod eingetreten ist, nur einem erfahrenen Arzt möglich ist. Die Kinder waren, ihre Worte, „noch körperwarm". Daß sie nichts unternommen hat, um die Kinder vielleicht doch noch zu retten, was ist nicht alles zur Wiederbelebung möglich – ist nicht zu begreifen.

Wir meinen frei von Vorurteilen zu sein darüber, wie eine Frau, wie eine Mutter sich verhält. Für uns gibt es nichts im Verhalten Monika Weimars, wofür wir nicht eine Erklärung wüßten und wo wir nicht für Monika Weimars Erklärungen offen sind. Doch hier prallen wir vor ihrer Aussage zurück. Im Haus Ausbacher Straße 3 in Philippsthal-Röhrigshof wohnten nur Angehörige Monika Weimars, ihre Mutter und ihre Großmutter, ihre beiden Schwestern mit ihren Partnern. Sie befand sich nicht in Feindesland.

Und so groß der Schock, den sie erlitt, auch war, so fürchterlich auch über sie gekommen sein mag, daß ihr Verhalten ihren Mann zu dieser Tat gebracht hatte: Es muß ihr der Spielraum, etwas zur Rettung der vielleicht doch noch nicht toten, der vielleicht wiederzubelebenden Kinder geblieben sein. Sie hätte die Kinder retten und auch ihren Mann vor den ärgsten Folgen seiner Tat bewahren können . . .

Der Staatsanwalt Sauter ist über diesen Abschnitt in der Einlassung von Monika Weimar hinweggekommen. Doch er hätte wenigstens, wenn ihm das schon möglich war, gegen Reinhard Weimar *und* Monika Weimar mit gleicher Intensität weiter ermitteln müssen. Er entschied indessen so unbedingt und frei von Zweifeln über Schuld und Unschuld, als repräsentiere er das Jüngste Gericht. Wie er dazu kam, wurde rasch klar, als er in der Hauptverhandlung gegen Monika Weimar am 7. August 1987 als Zeuge gehört wurde.

Gisela Friedrichsen hat den Staatsanwalt Sauter als Zeugen in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" beschrieben; ihre Berichterstattung ist immer darum bemüht gewesen, Distanz zu allen Verfahrensbeteiligten zu behalten, daran, daß sie sich subjektiv um Objektivität bemühte, konnte nie ein Zweifel sein: Sie schilderte einen Zeugen „in offenem Hemd, Lederjacke und Turnschuhen", dessen Versuch, zur Entlastung der Angeklagten beizutragen, ebenso schiefging „wie die damaligen Versuche des Staatsanwaltes Sauter, Zeugen zur richtigen Erinnerung zu zwingen".

Verteidiger Schultze, Dähn: Hoffnung auf die Revision

Zeugen, deren Aussagen dem Staatsanwalt Sauter nicht in sein Bild von der Täterschaft Reinhard Weimars paßten, sind von ihm so rüde angepackt worden, daß einer von ihnen meinte, er sei so behandelt worden, als sei er ein Angeklagter. Vielleicht habe er den Zeugen „etwas zu Unrecht bedrängt", räumte der Zeuge Sauter ein. Doch wenig später brach aus ihm in anderem Zusammenhang heraus: „Schließlich hat es mir gestunken." Und in einem Ton von strengster Bestimmtheit sagte er über sein entscheidendes Verhör Reinhard

Weimars: „Ich hielt ihn für dringend tatverdächtig." Hinter diesem Satz blieb kein Millimeter freier Raum.

Reinhard Weimar habe sich durchaus erklärt. Der Vorsitzende Richter Bormuth wandte ein: „19 Seiten (Protokoll), den ganzen Tag über. So flüssig kann es nicht gewesen sein." Verhielt sich Reinhard Weimar wie ein Lamm auf der Schlachtbank, so die Äußerung eines Polizeibeamten? Der Zeuge Sauter: „Also Widerstand hat er nicht geleistet." Ein Zeuge, den der Staatsanwalt Sauter richterlich hatte vernehmen lassen, wurde gehört, auch der Richter, der dieses Verhör leitete und protokollieren ließ.

Der Richter hat damals die Befragung durch den Staatsanwalt Sauter beanstandet, gesagt, daß man einen Zeugen so nicht befragen darf. Der Staatsanwalt Sauter habe „sehr eindringlich" befragt, er habe versucht, „die Glaubhaftigkeit des Zeugen zu erschüttern" – auf Nebenkriegsschauplätzen.

Das Verhör „war sehr heftig, es war so heftig", daß der Richter dazwischen ging. Der Zeuge Sauter wiederholt, er habe „erhebliche Zweifel an der Wahrheitsliebe" des Zeugen gehabt, und das sagt er so, daß man ein Scheißkerl sein muß, um an seinem Zweifel zu zweifeln. Der Zeuge, um den es ging, hielt daran fest, die Kinder Melanie und Karola noch am Vormittag des 4. August 1986 gesehen zu haben. Im Zeugen Sauter begegnete man einem Mann mit der Mentalität eines noch sehr jungen Fahnders, der von der Staatsanwaltschaft mit schärfster Aufmerksamkeit kontrolliert werden muß.

Vorurteile und Vorverurteilungen gegen einen Menschen, der sich schuldig gemacht haben soll, werden nicht dadurch gerechtfertigt, daß sie sich gegen einen Menschen richten, der sich tatsächlich schuldig gemacht hat. Im Gegenteil: Vorurteile und Vorverurteilungen gegen einen Schuldigen sind die bösesten. Sie schließen ihn ein, sie sperren ihm den Weg, die Wahrheit vielleicht doch zu bekennen, endgültig zu. Auch sind sie eine Versuchung.

Daß Menschen gegen Vorurteile und Vorverurteilungen aufbegehren und ihretwegen für jemand eintreten, stiftet die Illusion, man könne vielleicht doch durchkommen. Für Monika Weimar haben sich viele aus ehrenwerten Gründen eingesetzt. Mancher Kollege braucht allerdings einen unschuldigen Angeklagten, um an seine Seite zu treten und sich darum zu bemühen, ihn so darzustellen, daß man ihn versteht. Diese Kollegen haben einfach an die Stelle von Vorurteilen und Vorverurteilungen gegen Monika Weimar – Vorurteile und Vorverurteilungen gegen den Reinhard Weimar gesetzt.

Die Verteidiger Monika Weimars, die Rechtsanwälte Wolf-Rüdiger Schultze und Ulrich Dähn, standen vor einer Aufgabe, an der auch erfahrenere Strafverteidiger gescheitert wären. Die Verteidigung einer Angeklagten, die nur dann Erfolg haben kann, wenn ein anderer, hier der Ehemann, als Täter erkannt und nach dem Freispruch festgenommen wird, ist eine fast unlösbare Aufgabe. Daß auch andere als der Mandant als Täter in Betracht kommen, kann entscheidend sein. Wenn es nur eine einzige Alternative für die Täterschaft gibt, wird es eng.

Die Verteidigung hat sich allzusehr darauf verlassen, daß es unmöglich schien und auch unmöglich gewesen ist, genau zu sagen, warum Monika Weimar ihre Kinder getötet hat. In diesem Irrtum wurde sie durch die Sachverständigen, den Psychiater Professor Willi Schumacher und die Psychologin Professor Elisabeth Müller-Luckmann, gefördert. Sie hatten alles für psychiatrisch und psychologisch einfühlbar erklärt, was Monika Weimar ausgesagt hat.

Sachverständige Müller-Luckmann
Anmerkungen zu den Zeugen

Staatsanwalt Sauter
„Es hat mir gestunken"

Das Gericht hat in der mündlichen Urteilsbegründung ausdrücklich gesagt, daß es Frau Müller-Luckmanns Ausführungen nicht folgen konnte, was das Unterlassen von Wiederbelebungsversuchen angeht. Herr Schumacher hatte immerhin erwähnt, daß der Satz, den Reinhard Weimar, der Aussage seiner Frau zufolge, gesagt haben soll, als sie ihn fragte, warum er die Kinder getötet habe („Jetzt kriegt keiner von uns die Kinder"), von besonderer Bedeutung sei, falls Monika Weimar die Kinder getötet, diesen Satz also erfunden und ihrem Mann in den Mund gelegt hat.

Daß die beiden Sachverständigen sich dazu hinreißen ließen, Anmerkungen zu den Zeugen beizusteuern, war ein beklemmender Vorgang. Auch das hat Monika Weimar und ihre Verteidiger gegen Ende des Prozesses dazu verleitet, ihre Situation falsch einzuschätzen.

„Das Motiv der Angeklagten ist weitgehend im dunkeln geblieben", hieß es in der mündlichen Urteilsbegründung. Doch fast immer, wenn Mütter ihre Kinder töten, läßt sich ein einleuchtendes Motiv für die Tat nicht erkennen. In einem vergleichbaren Prozeß, an dem auch Frau Müller-Luckmann beteiligt war, sagte der Psychiater Professor Asmus Finzen: „Sie (die Angeklagte) hat jedoch selbst weder eine Erklärung noch ein Motiv für diese Handlung", für die Tötung von zwei Kindern.

Monika Weimars Ehe war gescheitert. Am späten Abend in der Nacht auf den 4. August 1986 erkannte sie bewußt oder unbewußt, daß ihr amerikanischer Freund trotz aller Reden von Scheidung und Zusammenbleiben nicht mehr als ein Abenteuer in ihr sah. Sie sagt, sie habe die Kinder nicht getötet. Wir wissen nicht, was in ihr zerbrach und sie töten ließ.

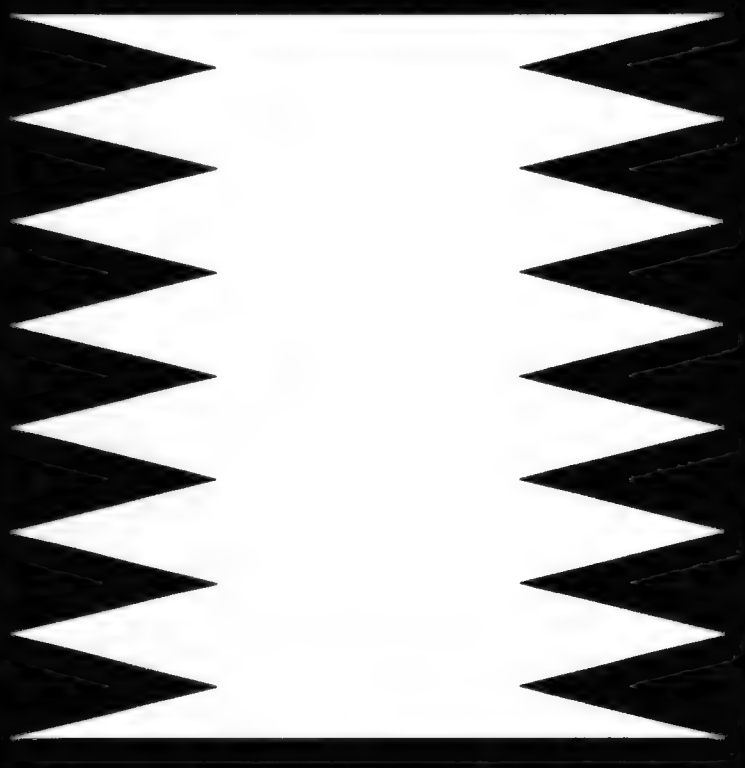
Ob sie tatsächlich die Kinder als Hindernis empfand, ob die Verzweiflung sie töten ließ und ob sie vielleicht nach den Kindern sich selber töten wollte und dazu nicht mehr die Kraft hatte – wir wissen es nicht. Doch daß wir es nicht wissen, widerlegt die Beweise nicht, die das Gericht als Beweise für Monika Weimars Täterschaft ansah.

Monika Weimar hat Mitleid verdient, ein Mitleid, das größer ist als das Gefühl, das ihr zugewandt wurde, solange der Zorn über Vorurteile und Vorverurteilungen den Blick auf die Tatsachen verstellte. Und Mitleid hat auch Reinhard Weimar, 35, nötig. An ihm ist die inzwischen geschiedene Ehe gescheitert, aber er konnte kein Partner sein, jedenfalls nicht für Monika Weimar, so arm wie er mit sich dran ist. Daß seine Frau die Kinder Melanie und Karola getötet hat, begann er erst zu begreifen, als sie ihm vorwarf, er sei der Mörder. ◆

Vom richtigen Seh

Warum die Form fast so

Kaum ein Unternehmen kann es sich noch leisten, einzig und allein durch seine Produkte präsent zu sein. Die Identität nach innen wie nach außen zu kommunizieren, gilt als Notwendigkeit. Geht es jedoch an die Umsetzung der eigenen CI-Richtlinien, treten schnell Probleme auf. Und häufig wird des Guten zuviel getan. Das Medium wird überfrachtet, obwohl die funktionale Einfachheit der Form das geschlossenste Erscheinungsbild ergibt. Weyel als Europas führender Hersteller von Element-Systemen zur visuellen Information in Gebäuden und Außenanlagen macht die Kommunikation einfacher. Vom integrierten Leitsystem über Display-Stellwände bis zu Vitrinen sorgt Weyel dafür, daß Wege und Lokationen transparent dargestellt und Informationen effizient vermittelt werden. Übrigens: Haben Sie



en und Verstehen.

wichtig ist wie der Inhalt.

gesehen, daß beide Formen ein absolut identisches Quadrat ergeben? Weyel V.I.S., das integrierte System für visuelle Information in Gebäuden und Außenanlagen. Lückenlos im Corporate Design. Bestehend aus Schilder-Leitelementen, Display-Stellwänden und Vitrinen. Plus ein komplettes Servicepaket von CAD-gestützter Detailplanung bis zur Gesamtlösung. Wenn Sie mehr wissen möchten, schreiben Sie uns: Weyel KG, Postfach 136327, 6342 Haiger. Oder rufen Sie uns bitte an: 02773/84-299. Telefax: 02773/84-213.

BAU '88, München.
20.–26. Januar 1988,
Halle 5, Stand 511.

weyel® international

Visuelle Kommunikation

Mit Musike

Honeckers Paris-Trip brachte keine Annäherung in politischen Fragen – nur Imagepflege bei Gast und Gastgeber.

Einträchtig wehten auf der Prachtstraße der französischen Hauptstadt gleich hundertfach die Trikolore und die schwarzrotgoldene Staatsflagge der DDR mit Hammer und Zirkel im Ährenkranz nebeneinander – drei Tage boten die Champs-Elysées letzte Woche ein noch nie dagewesenes Bild.

Die Flaggenparade galt einem Mann, der solche Honneurs im Westen bislang nicht gewohnt war: Der Kommunist Erich Honecker aus Ost-Berlin wurde vom sozialistischen Staatspräsidenten François Mitterrand mit allem Pomp empfangen.

Paris-Besucher Honecker, Gastgeber Mitterrand: Honneurs im Westen

Mitterrand persönlich holte den Staatsratsvorsitzenden am Flughafen Orly ab, 132 in farbenprächtige historische Uniformen gehüllte Reiter der Republikanischen Garde eskortierten den SED-Chef mit gezogenem Säbel und Musike vom Invalidendom zu seinem Quartier im Gästehaus des Präsidenten direkt neben dem Elysée-Palast.

Mitterrand ließ es seinem Gast aus dem Osten an nichts fehlen. Schon vor Honeckers Ankunft hatte er im DDR-Fernsehen verkündet, er freue sich auf das Zusammentreffen „mit diesem großen deutschen Staatsmann" und er werde den hohen Gast „in gebührender Form empfangen, so, wie es sich für eine so wichtige Staatsvisite geziemt".

Geziemend waren ein Diner im Elysée und ein Mittagessen auf dem Eiffelturm sowie die obligatorische Fahrt nach Versailles. Schließlich war Honecker zuletzt vor mehr als 50 Jahren in Paris gewesen, und damals, 1935, hatte er für Sightseeing wenig Muße, da er sich, auf der Flucht vor den Nazis, auf seine Widerstandsarbeit in Deutschland vorbereitete.

Deutlicher als letzte Woche in Paris hätte kaum werden können, was sich durch Honeckers Quasi-Staatsbesuch in der Bundesrepublik im vergangenen September für die DDR geändert hat.

Daß ausgerechnet der Chef der auf Statusfragen besonders pingelig bedachten Berliner Schutzmacht Frankreich als erster der drei Westalliierten den Staatsratsvorsitzenden empfing, liegt allerdings kaum an der übergroßen Sehnsucht der Franzosen nach der „ostdeutschen Nummer eins", wie Honecker in der französischen Presse meist salopp tituliert wird. Der Termin hat vielmehr innenpolitische Gründe. In Frankreich steht am 24. April der erste Wahlgang zur Kür des neuen Präsidenten an.

Von der Honecker-Visite verspricht sich der Präsident doppelten Gewinn – zum einen Sympathie bei den kommunistisch gepolten Wählern, zum anderen eine allgemeine Wertsteigerung als cleverer Außenpolitiker: Mit dem prächtigen Empfang für den Staatsratsvorsitzenden kann er seinen nationalbewußten Landsleuten Unabhängigkeit auch gegenüber den westdeutschen Erzfreunden demonstrieren.

Die Bonner Frankreich-Experten in Hans-Dietrich Genschers Außenamt haben noch ein weiteres Motiv ausgemacht: Mitterrand wurme es seit langem, daß allein Bonn als Motor der Ost-West-Beziehungen gelte, jetzt sehe er eine Gelegenheit, Anschluß zu gewinnen, indem er vor den Briten und Amerikanern den Kommunisten aus Ost-Berlin vorläßt.

Die Bonner muß Mitterrands Eifer nicht stören. Zum einen ist der Honekker-Besuch in Paris tatsächlich nur die logische Folge der Aufwertung, die Kanzler Kohl dem Genossen Erich hat angedeihen lassen. Die Bonner erwarten, daß Margaret Thatcher schon bald dem Beispiel Mitterrands folgt. Nur auf seinen Auftritt im Weißen Haus wird der SED-Chef wohl warten müssen, denn in den USA wird Ende des Jahres erst einmal ein neuer Präsident gewählt.

Zum anderen hat die Visite des SED-Chefs, zieht man die Schau ab, an den Beziehungen zwischen Paris, Bonn und Ost-Berlin nichts verändert. Politische Annäherung in wichtigen Fragen fand nicht statt. Honeckers Vorschlag auf Abbau oder Modernisierungsstopp der atomaren Kurzstreckenraketen stieß bei Mitterrand auf deutliche Ablehnung. Und auf die Spitze des Ministerpräsidenten Chirac, Rivale Mitterrands und Gaullisten-Chef, gegen die Berliner Mauer reagierte Honecker mit Schweigen.

Auch die Ostdeutschen sehen den Ertrag der Chef-Reise realistisch. „Uns geht es in erster Linie um politische Kontaktaufnahme", versichert ein DDR-Diplomat. Und er fügt, ein Zeichen neuen Selbstbewußtseins, hinzu: „Das ist kein Besuch, der wirtschaftlich erkauft wurde."

Ökonomisch läuft trotz aller aus Anlaß des Honecker-Besuchs verbreiteten optimistischen Beteuerungen zwischen Frankreich und der DDR wenig. 1986 rangierten die Franzosen – läßt man die Sonderrolle des innerdeutschen Handels außen vor – mit einem Handelsvolumen von knapp 1,6 Milliarden Mark unter den westlichen Handelspartnern der DDR nur an dritter Stelle – hinter Österreich und der Schweiz.

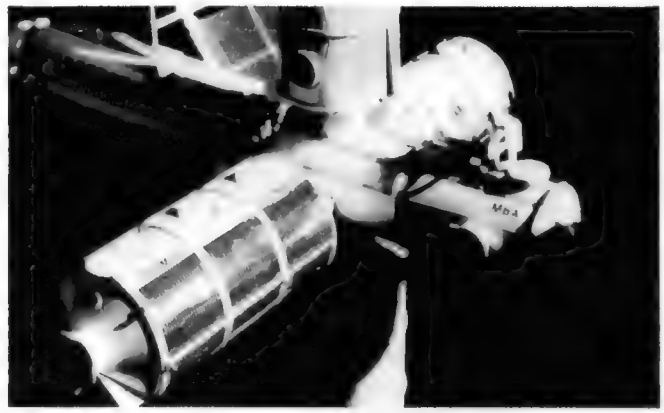
Um diese Defizite abzubauen, veranstaltete der im Politbüro für die DDR-Ökonomie zuständige Genosse Günter Mittag am Freitag in Paris eine Zusammenkunft mit französischen Wirtschaftsführern – ähnlich dem Kölner Treffen mit westdeutschen Spitzenleuten während des Honecker-Besuchs in Bonn.

Der Bonner Gelassenheit tut solcher Aktionismus keinerlei Abbruch. Bereits in wenigen Tagen, da sind sich Außenminister Genscher und die Seinen gewiß, wird die Welt wieder in gewohnter Ordnung sein. Dann, am 22. Januar, finden in Paris die von den Franzosen organisierten politischen und kulturellen Festivitäten zum 25. Jahrestag der Unterzeichnung des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages statt – mit Helmut Kohl und François Mitterrand und deutsch-französischem Gemeinschaftssingen im Invalidendom.

„Die große Show", so ein Genscher-Gehilfe, „wird den Honecker-Besuch schon auf die richtige Relation zurückstutzen."

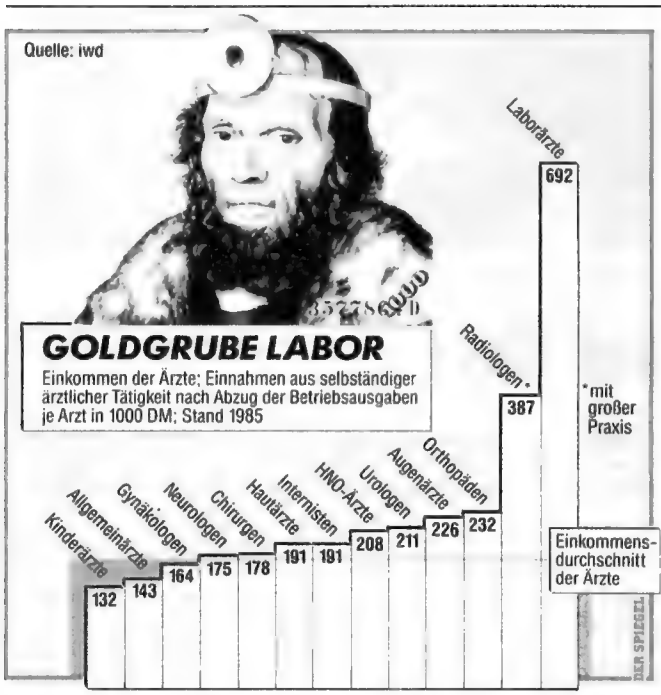
USA wollen Hausrecht für „Columbus“

Die Verhandlungen zwischen der Europäischen (Esa) und der Amerikanischen Raumfahrtagentur (Nasa) über eine gemeinsame Weltraumstation kommen nicht voran. Aus einem Fernschreiben des Auswärtigen Amtes an Bonner Ministerien ergibt sich, daß Washington in allen Streitpunkten auf seiner harten Linie beharrt. So räumen die Amerikaner zwar ein, sie wollten „die Verantwortung für Entwurf und Entwicklung“ des an die Raumstation angedockten europäischen Teils „Columbus“ nicht „usurpieren“. Gleichzeitig beharren sie jedoch auf US-nationaler „Gesamt-Leitung“ des internationalen Projekts. Ebenso besteht Washington darauf, die zivile Raumstation „auch für Zwecke der nationalen Sicherheit“ nutzen zu können. Damit wären SDI-Experimente möglich, was aber im Gegensatz zur Satzung der Esa steht. Deren Aktivitäten dürfen nur „friedlichen Zwecken“ dienen. Die Amerikaner wollen sich auch nicht auf eine Schiedsklausel einlassen, in der ein Verfahren für die Beilegung von Streitfällen festgelegt wird. „Europäer bezeichneten dies als völlig ungenügend“, heißt es dazu im Fernschreiben des Auswärtigen Amtes. Meinungsverschiedenheiten gibt es auch beim Technologie-



Europäisch-amerikanische Weltraumstation

transfer. Nach wie vor beansprucht Washington das Hausrecht für „Columbus“. Erfindungen, die dort gemacht werden, könnten die Amerikaner dann ohne Rücksicht auf die Europäer ausnutzen.



Je mehr Apparate, um so höher das Einkommen: Laborärzte verdienen fast viermal soviel wie der Durchschnittsarzt. Das soll sich nun ändern. Nach der neuen Gebührenordnung wird die persönliche Beratung höher bewertet.

Airbus lockt die Konkurrenz

Mehr als 300 Bestellungen und Kaufoptionen konnten die Verkäufer des europäischen Airbus 1987 einsammeln. An diesem Erfolg sollen nun auch amerikanische Flugzeughersteller wie McDonnell Douglas, Lockheed oder Rockwell teilhaben. Airbus-Manager verhandeln mit diesen Firmen über gegenseitige Zulieferungen. So war Lockheed-Manager Kenneth Cannestra im Dezember zu Kooperations-Gesprächen im Airbus-Hauptquartier in Toulouse. Nun folgen Vertreter von McDonnell. Die Gespräche sind ein Versuch, die US-Kritik an den hohen Subventionen für die Airbus-Industrie zu mildern. Ob es aber zu Vereinbarungen kommt, ist fraglich. Seit dem Dollarsturz ist der Airbus noch tiefer in die Verlustzone geraten, so daß zum Ärger der Amerikaner wohl neue Subventionen nötig werden.

Gute Geschäfte in Bio-Ecken

Für die Reformhäuser verlief das vergangene Jahr schlecht: Ihre Umsätze stagnierten, während der Fach-Einzelhandel in den ersten elf Monaten seine Einnahmen um zwei Prozent steigern konnte. Wird die Preissteigerung berücksichtigt, machten die Reformhäuser sogar ein Minus. Für die Branche ist das ein herber Schlag. Denn ihre Zuwachsraten lagen stets über dem Durchschnitt des Einzelhandels. Nun aber bekommen die Naturkostläden die Konkurrenz der Supermarkt-Giganten zu spüren. Weil immer mehr Kunden auf gesunde Ernährung achten, haben Handelsriesen wie Co op in ihren Filialen Bio-Ecken eingerichtet.

Schnuckelchen hilft Investoren

Italiens Pornostar Ilona Staller (Kosename Cicciolina, zu deutsch etwa Schnuckelchen), die für die Radikale Partei im Parlament sitzt, soll nun auch der Bankenwelt dienlich sein. Die Abgeordnete soll in Argentinien eine Kette „Cicciolina“-Hotels eröffnen, in denen die Gäste auch stundenweise unterkommen können. Finanziert wird das Projekt der sogenannten Liebes-Hotels mit Hilfe des größten italienischen Geldinstituts Banca Nazionale del Lavoro. Die Italiener nutzten eine neuerdings in hochverschuldeten Ländern wie Argentinien beliebte Kapitalbeschaffungsmethode: Dabei erwerben Investoren argentinische Schuldpapiere zu einem Discount-Preis. Ihr Nominalwert wird gegen argentinische Austral eingetauscht, die dann im Land investiert werden müssen.

Ilona Staller

Reformer Gorbatschow, Werktätige in Leningrad: „Man wird sich das Kommandieren abgewöhnen müssen"

Sowjet-Union 1988: Weg von der Planwirtschaft?

Zum Jahresbeginn trat ein Gesetz in Kraft, das die Sowjetwirtschaft von der staatlichen Lenkung befreien soll: Künftig kommt es auf die Rentabilität an. Doch Direktoren und Beschäftigte sind auf die Neuerungen schlecht vorbereitet. Die Arbeiter fürchten Lohneinbußen, Preissteigerungen und Massenarbeitslosigkeit.

In den letzten Minuten des „historischen" Jahres 1987 beruhigte Michail Gorbatschow sein Fernsehvolk: „Wir verstehen gut, daß unsere Wirtschaft viele Lebensbedürfnisse noch nicht befriedigt." Der Trost lag darin, daß dies nun auch die Führung weiß.

So ist die Realität des Sowjetlebens: Die Bevölkerung konnte „bislang noch nicht genügend und gleichmäßig mit Fleisch und Milchprodukten versorgt werden", meldete Radio Moskau. „Die Nachfrage nach Schuhen ist bei weitem nicht befriedigt", räumte das ZK-Organ „Kommunist" ein. In der Rechentechnik steht die UdSSR, so der dafür verantwortliche Genosse Nikolai Gorschkow, „hinter den führenden Ländern zurück".

Zu Neujahr aber verhieß „Väterchen Frost", der landeseigene atheistische Weihnachtsmann, den Sowjetbürgern den Frühling – Perestroika in der Volkswirtschaft. Am 1. Januar trat das „Gesetz über den Staatsbetrieb" in Kraft, das die zentrale Planung lockern und Rückständigkeit wie Massenarmut beenden soll. „Man wird sich das Kommandieren abgewöhnen müssen", hatte Gorbatschow, der große Verwandler, als Parole ausgegeben.

Laut Artikel 2 des Reformgesetzes entwerfen und genehmigen die Industriebetriebe, allesamt im Staatseigentum, ihre Produktionspläne künftig „selbständig" (wenn auch „auf der Grundlage des Staatsplans"). Bisher hatten die Behörden in Moskau alles zu bestimmen – nicht nur das Fertigungsprogramm, sondern auch Zulieferungen und Abnehmer, Lohnhöhe und Preise.

Alles soll anders werden: Jetzt bestimmen die Betriebsdirektoren selbst über ihren Etat. Sie kaufen Rohstoffe und Maschinen nach eigener Entscheidung, produzieren auf eigene Rechnung, setzen die Löhne selbst fest, suchen sich Kunden und bestimmen die Verkaufspreise – jedenfalls nach dem Gesetz. Die „allgemeine Kennziffer der wirtschaftlichen Tätigkeit des Unternehmens", also die Norm, nach der sich alles richten soll, ist fortan der „Pribyl", was sich laut Sowjetlexikon so übersetzen läßt: „Gewinn, Profit, Vorteil".

Bislang mußte jeder Betrieb den erwirtschafteten Überschuß, ganz gleich ob größer oder geringer als von Moskau eingeplant, an den Staatshaushalt abführen – was die Lust am Produzieren und Verkaufen nicht eben förderte. Resultat: Jede siebte Sowjetfabrik arbeitete 1987 mit Verlust. In Zukunft, sagt Gorbatschow, müssen Pleitefirmen „nachdenken, wie sie weiterleben können".

Der Gewinn bleibt künftig laut Gesetz zum Teil im Betriebsetat, fließt der finanzierenden Bank zu oder – Schlupfloch für den Fiskus – „übergeordneten Organen". „Ein anderer Teil" wird als Tantieme an die Fleißigen ausgeschüttet, als Prämie für gutes Wirtschaften – bereichert Euch!

Diesem Happen Kapitalismus hat das Gesetz noch ein Stückchen proletarischer Revolution hinzugefügt: Künftig

können die Belegschaften ihre Betriebsleiter und Meister selbst wählen. Zum erstenmal seit der Oktoberrevolution von 1917 darf die Arbeiterklasse somit über Produktionsmittel mitbestimmen.

Doch wie sich der Umbruch in der Wirtschaftspraxis vollziehen soll, wußten weder Direktoren noch Arbeiter, als sie am 4. Januar nach den Neujahrsferien wieder in ihre Fabriken kamen: Es gibt noch keine Durchführungsbestimmungen zu dem neuen Gesetz.

„Unzählige Ministerialabteilungen schlagen alle Arten von Zusätzen vor", berichtete vorige Woche der Wirtschaftsexperte Woschtschanow, „um ihre eigene Existenz zu rechtfertigen, jede Änderung zu verhindern und die Macht der Bürokratie zu erhalten."

Viele Manager erbaten sich ein einschlägiges Lehrbuch als Neujahrsgeschenk, 20 Millionen Fachkräfte müssen in Schnellkursen umlernen. Das Betriebsgesetz selbst ist ein Sammelsurium komplizierter, zweideutiger und somit dehnbarer Regelungen – „eine Schande", so Juristen vom Moskauer Institut für Staat und Recht.

Die jetzt verordnete „wirtschaftliche Rechnungsführung" sollte seit über einem halben Jahrhundert eingeführt werden. Das neue Gesetz wurde im Februar 1987 öffentlich zur Diskussion gestellt und im Juni beschlossen – arg verwässert, als Kompromiß in einem Meinungsstreit:

Die Wahl der Betriebsleiter muß nicht geheim sein, der Gewählte muß von oben bestätigt werden. Erfüllung von „Staatsaufträgen" im alten Planstil bleibt Pflicht – sie machen mehr als die Hälfte und im Werkzeugmaschinenbau sogar 86 Prozent aus. Sie sollen zwar binnen drei Jahren auf ein Drittel oder gar ein Viertel sinken, doch mehrere Ministerien haben sich bereits per Direktive einen Anteil am Gewinn der ihnen unterstellten Betriebe (manchmal bis zu 90 Prozent) gesichert, dazu die Verwendungskontrolle über den Rest.

Die „Prawda" zum neuen Jahr: „Gesellschaftliche Interessen stehen an erster Stelle." Ökonom Gawriil Popow, der durch Kritik am gefeuerten Moskauer Parteichef Boris Jelzin bekannt wurde, kritisierte das Reformgesetz: Zu viele Auflagen beseitigten die angestrebte Selbständigkeit der Unternehmen.

In vier Jahren, verspricht Premier Nikolai Ryschkow, gebe es keine Preiskontrollen mehr, dann richte sich – abgesehen von „Erzeugnissen nationaler Wichtigkeit" – der Preis nach Angebot und Nachfrage. Bis dahin bestimmen noch das Staatliche Plankomitee und die Ministerien, was die 24 000 wichtigsten Artikel kosten.

Das heißt: Bis dahin lassen sich außerplanmäßige Gewinne nur durch Senkung der (gar nicht genau kalkulierbaren) Kosten erwirtschaften, am besten durch Einsparen von Arbeitskräften.

Bei freier Preisbildung ab 1991 werden Rohstoffe und Investitionsgüter laut Reform-Ökonom Abel Aganbegjan um 50 bis 100 Prozent teurer, Produkte der Konsumgüterindustrie wegen des allgemeinen Mangels noch lange nicht billiger – außer bei Pfuschware wie dem neuen „Wolga"-Auto oder jenen TV-Geräten, die zu Implosionen neigen.

Lebensmittel kosten bald doppelt soviel wie heute: Gorbatschow hat angekündigt, daß Subventionen (210 Milliarden Mark) entfallen sollen. „Heute werden nahezu alle Lebensmittel unter Verlust hergestellt: Roggenbrot, Kartoffeln, Fleisch, Milch, Käse, Sauerrahm, Wurst, Möhren, Fisch", erläuterte der oberste Preiskommissar Walentin Pawlow, „die gegenwärtigen Einzelhandelspreise der Nahrungsmittel liegen im Schnitt bei der Hälfte der Produktionskosten."

Die Löhne aber sollen nur um 20 bis 35 Prozent steigen, so Gorbatschows Berater Aganbegjan. Sein Chef ortete schon „Unruhe unter den Werktätigen, unter der gesamten Bevölkerung des Landes". Sie stelle sich die Frage: „Hat die gegenwärtige Führung etwa im Sinn, alle Wirtschaftsprobleme durch eine Senkung des Lebensstandards des Volkes zu lösen?" Gorbatschows Lösung: „Bessere Arbeit von uns allen, den Werktätigen des Landes."

Das Einkommen sei künftig „unmittelbar von den Produktionsergebnissen abhängig". Der Vorsitzende des Komitees für Arbeit, Iwan Gladki, kündigte ein Verfahren an, nach dem bei schlechter Arbeitsleistung die Direktoren „Lohn einbehalten können".

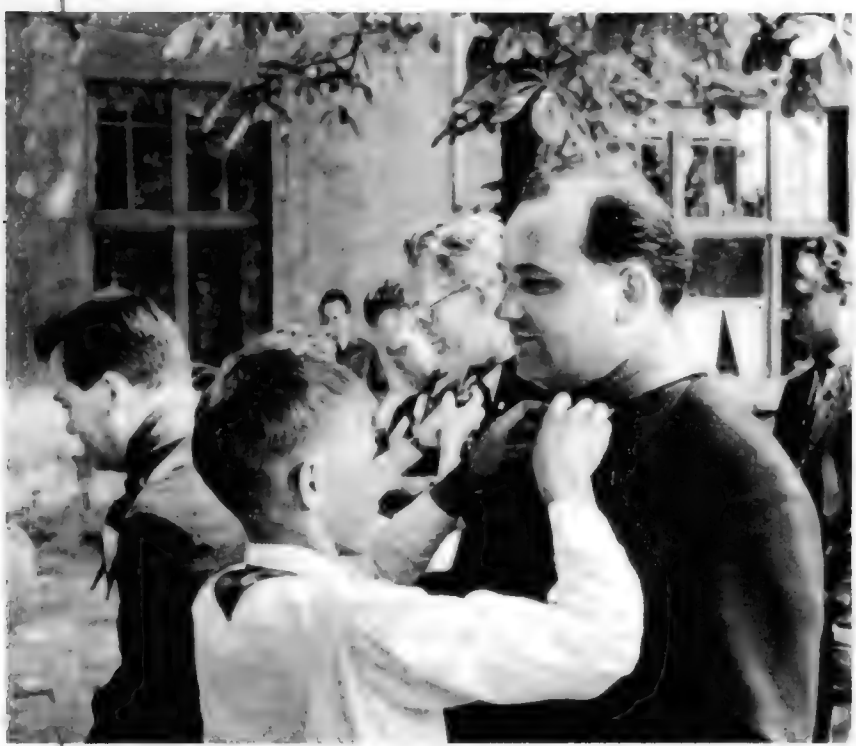
Außer Mehrarbeit, Minderlohn und Inflation droht Massenarbeitslosigkeit. Nach Aganbegjan soll jeder zweite Ministerialbeamte seinen Schreibtisch verlieren: Die 18 Millionen Verwaltungsangestellten kosten insgesamt über 120 Milliarden Mark im Jahr.

Ganze Ministerialabteilungen werden bereits aufgelöst – doch der Apparat wuchert weiter: An Stelle des in der Ukraine abgeschafften Eisenhütten-Ministeriums entstanden fünf „Produktionsvereinigungen", laut „Prawda" mit „einem ansehnlichen Stellenplan"; ein „Kampf um jede Aktentasche, um jeden Geschäftsbereich" sei im Gang. An der

Fleischverkauf in Stawropol: „Viele Bedürfnisse noch nicht befriedigt"

Gorbatschow-Berater Aganbegjan
Perestroika ist der einzige Weg

Generalsekretär Gorbatschow (4.v.l.), Mutter Marija, Ehefrau Raissa in Priwolnoje: Ohne Schuhe nicht zur Schule



DDR-Gast Gorbatschow (l.), Hochzeitsphoto
Die Schönste an der Uni

Stationen einer Karriere

Studentenliebe: 1954, ein Jahr nach Stalins Tod, heiratet stud. jur. Michail Gorbatschow die Schönste an der Moskauer Uni, die Soziologin Raissa Titorenko; Hochzeitsbild im staatlichen Photoatelier, Hochzeitsessen in einer Ecke der Mensa – danach wohnen die beiden weiter in ihren streng getrennten Studentenheimen.

Aufstieg: Der unbekannte Abteilungsleiter im Parteibüro der Provinzstadt Stawropol darf 1966 mit einer Delegation ins brüderliche Ausland reisen und sich vor dem Lokal „Schützenhaus“ im Städtchen Golßen, DDR, mit dem obligaten „Pionier“-Halstuch schmücken lassen.

Heimkehr: Als Generalsekretär der KPdSU, nun ganz oben, besucht er 1986 seine Mutter Marija Pantelejewna im Heimatdorf Priwolnoje bei Stawropol. Sie hatte im Krieg ihrem (1976 gestorbenen) Mann ins Feld geschrieben, Sohn „Mischa“ könne nicht zur Schule gehen, weil er keine Schuhe habe. Antwort: Sie möge irgend etwas verkaufen, um die Bildung des Knaben unbedingt zu ermöglichen. Es hat sich gelohnt.

Spitze entfiel eins der 91 Ministerien, vier wurden mit anderen zusammengelegt, aber zehn darüberschwebende „Ministerratsbüros" und Staatskomitees eingeführt (darunter jene „Staatliche Außenwirtschaftskommission", die jüngst Bayerns Franz Josef Strauß einlud).

Über solche Taktiken des Widerstands verfügen Rußlands Proletarier nicht, sie protestieren per Bummelstreik. Fjodor Burlazki vom ZK-Institut für Sozialwissenschaften hält die Arbeit von 12 bis 13 Millionen Werktätigen für überflüssig und kontraproduktiv; Nikolai Schmeljow vom USA-Institut sagt: „Da, wo einer allein eine Aufgabe erledigen kann, arbeiten drei. Unter den Bedingungen der wirtschaftlichen Rechnungsführung kann es so nicht weitergehen."

So kündigte denn der Direktor des Wirtschaftsinstituts der Akademie der Wissenschaften, Leonid Abalkin, die Freisetzung von 15 bis 20 Millionen Arbeitern bis zur Jahrtausendwende an – mehr als eine Million im Jahr. Wahrscheinlich sollen sie im Dienstleistungsbereich untergebracht werden, als Kellner, Taxifahrer, Bankpersonal; Frauen hat Gorbatschow aufgefordert, sich mit dem heimischen Herd zufriedenzugeben. Statt Arbeitslosenunterstützung gibt es eine Abfindung von sechs Monatslöhnen.

In deren Genuß kamen bereits 95 000 Arbeiter der Erdölindustrie, elf Prozent aller dort Beschäftigten. Zur Steigerung der Arbeitsproduktivität (plus elf Prozent) bei der belorussischen Eisenbahn verloren 12 000 Bahner ihren für sicher gehaltenen Job. Die Zurückgebliebenen erhielten sieben Prozent mehr Lohn, mithin weniger, als die Leistungssteigerung einbrachte.

Zu den Besorgnissen der Arbeiter gesellen sich die Ängste der Direktoren, die auf ihre neue Selbständigkeit nicht vorbereitet sind. Sie haben nie gelernt, aus eigener Verantwortung Bestellungen aufzugeben, Kosten zu kalkulieren, Kunden zu umwerben.

Gorbatschow kennt das Problem: „Unsere Kader sind daran gewöhnt, unter den Bedingungen einer Kommandowirtschaft zu arbeiten, und jetzt, wo die Umstellung auf Methoden des ökonomischen Wirtschaftens im Gang ist, befinden sich manche einfach im Zustand der Fassungslosigkeit."

Er habe viele Briefe von Betriebsleitern erhalten: „Wir brauchen keine Rechte und keine Selbständigkeit, möge alles beim alten bleiben, wir konnten leichter und besser arbeiten."

Gorbatschow enttäuscht im kleinen Kreis: „Sie wollen nicht, sie können nicht. Generationen müssen vorübergehen, damit wir tatsächlich eine Perestroika erreichen."

Nur 13 Prozent der Manager in Sibirien streben nach einer Untersuchung der Soziologin Tatjana Saslawskaja eine Beförderung an, 72 Prozent würden eine „Befreiung von ihren Leistungsaufgaben" begrüßen. Der Staatsverlag „Ekonomika" druckt demnächst eine Übersetzung der deutschen Reihe „Führen ohne Konflikte" (Siegert-Verlag, Ehningen), mit Ratschlägen für Motivation, Betriebsklima, kooperative Führung.

In Musterbetrieben war die Unabhängigkeit von der Planzentrale ein bis zwei Jahre getestet worden. Die Moskauer Weberei „Krasnaja rabotniza" (Rote Arbeiterin) erzielte dabei überplanmäßige Einkünfte, woraufhin die Staatsbank Kredite zur Neuausstattung der alten Fabrik gewährte.

Die Wolga-Autowerke in Togliatti, von Gorbatschow persönlich zur Umstellung ermuntert, erhöhten die Löhne; sieben der zehn Abteilungsleiter wurden ausgewechselt. Doch die Zulieferbetriebe zogen nicht mit, das zuständige Ministerium genehmigte nur drei Prozent der nötigen modernen Ausrüstung, das Staatsplankomitee zauderte ein halbes Jahr mit der Exporterlaubnis für 23 000 Wagen.

Bei der Wahl des Chefingenieurs der Fleischverpackungsfabrik in Jakutsk, an der 250 der 350 Arbeiter teilnahmen, siegte Tamara Prokopjewa mit fünf Stimmen Mehrheit, weil sie am lautesten schrie. „Wir spielen nur Demokratie", resignierte ein Kollege.

Andere Betriebe erkunden die Grenzen des Möglichen: Die Lemberger Agro-Firma „Prowesin" finanziert den Bau eines Gewächshauskomplexes mit dem Verkauf von Anteilscheinen an andere Staatsbetriebe, aber auch an Privatpersonen – Zinsen werden auf Wunsch in natura gezahlt: mit Frischgemüse.

Und die Moskauer Bank für Außenwirtschaft placierte mit Hilfe einer westdeutschen Bank zum erstenmal seit der Oktoberrevolution eine (schon überzeichnete) Anleihe im kapitalistischen Westen: 100 Millionen Franken in der Schweiz, zu fünf Prozent Zinsen, in bar.

Zins galt bislang als Einkommen ohne Arbeit, das allein dem Staat zustand. „Wir werden keine Börse bekommen", spielte Aganbegjan auf den großen Crash an: „Wir werden nachts ruhig schlafen können."

Kann er? Kollege Schmeljow warnt, der „Widerstand des Konservatismus" gegen die Reform verstärke sich von Tag zu Tag. „Kommunist" veröffentlichte die Meinung eines hochrangigen Fabrikdirektors aus Kiew, „nicht die Befriedigung der Bedürfnisse, sondern ihre vernünftige Einschränkung sollte als zivilisiert gelten". Dafür reiche dann ein Drittel der heutigen Produktion.

Sowjetische Karikatur zur Wirtschaftsreform*: Kampf um jeden Schreibtisch

Sowjetökonom Wassilij Seljutin rügte vorige Woche den Wachstumswahn auch der Reformer im Investitionsgüterbereich: Eine Steigerung des Volkseinkommens auf 5 Prozent im Jahr bringe den Bürgern im Schnitt nur anderthalb Rubel (fünf Mark) mehr im Monat. Der Konsumgüteranteil an der Industrieproduktion sei gesenkt worden – von 60 Prozent 1928 auf heute 24,7 Prozent. Statt überflüssiger Maschinen und nutzloser Güter sei die Erzeugung von Massenbedarfsartikeln das Gebot der Stunde.

Vordenker Aganbegjan nennt die Perestroika dennoch den einzigen Weg, sich das westliche Lebens- und Technologie-Niveau anzueignen. Und was passiert, wenn der Umbau nicht klappt? Seine Antwort: „Die Stagnation in der Sowjetwirtschaft würde andauern, die Vor-Krisen-Situation sich zu einer Krise auswachsen, der Lebensstandard zu sinken beginnen." ◆

* Aus „Ogonjok", Moskau. Text: „Ich aber bin ein ‚Opfer' der Perestroika."

Aspirin gegen Typhus

Die geplante Ausweisung von neun Palästinensern löste weltweite Proteste aus. Doch die Regierung bleibt hart – und riskiert noch gewalttätigere Tumulte.

Der Stabschef der israelischen Armee war zur Berichterstattung erschienen. Vor der Sicherheitskommission der Knesset prophezeite Generalleutnant Dan Schomron, die Ausschreitungen in den besetzten Gebieten würden bald abflauen.

Da wurde ein Zettel in den Sitzungssaal gereicht: In El-Ram, am nördlichen Stadtrand von Jerusalem, war eine 25jährige Palästinenserin von israelischen Sicherheitskräften getötet worden – das 25. Opfer der seit fast fünf Wochen anhaltenden Unruhen.

Ein neuer Ausbruch von Gewalt im Westjordanland und in der Gazazone schien unausweichlich, obwohl dort „viel mehr Truppen eingesetzt wurden als 1967 für die Eroberung dieses Landstreifens" (Generalleutnant Schomron).

Die Befürchtungen wurden gleich durch ein palästinensisches „Rock-Festival" bestätigt: Hunderte von Demonstranten, vor allem Kinder und Frauen, schleuderten Steine und Müll gegen Israels schwerbewaffnete Soldaten. Die schossen erst mit Gummikugeln und Tränengas-Granaten zurück, dann mit scharfer Munition. Der 18jährige Adil Dahalan, Neffe eines PLO-Anführers, wurde tödlich getroffen. Zwölf Menschen – sieben Demonstranten und fünf Soldaten – wurden verletzt.

Die Zahl der verwundeten Palästinenser war in Wirklichkeit wahrscheinlich viel höher: Ihre Familien bringen sie lieber nach Hause als ins Krankenhaus. Dort könnten ihre Namen notiert, die Patienten nach ihrer Genesung vor Gericht gestellt werden.

Angeheizt wurden die Krawalle durch den Beschluß, neun Palästinenser – vier aus dem Gazastreifen und fünf aus dem Westjordanland – des Landes zu verweisen. Diese als „streng, aber wirksam" (Verteidigungsminister Jizchak Rabin) gerühmte Strafe stützt sich auf einen Paragraphen aus den Notstandsgesetzen der britischen Mandatsbehörden von 1945 – als die Briten die Maßnahme gegen jüdische Untergrundkämpfer anwendeten.

Ursprünglich hatte Israel geplant, mehr als hundert angebliche Aufwiegler zu verbannen. Doch das, so fürchtete Jerusalem, hätte den Volksaufstand erst recht angefacht.

Die neun auszuweisenden Palästinenser aber seien „aktive Mitglieder von Terrorverbänden, vorgewarnt und vorbestraft", rechtfertigte sich Rabin im Parlament. „Das sind Nazi-Gesetze", wütete dagegen die kommunistische Anwältin Felicia Langer, während der sozialistische Abgeordnete Elieser Granot den Erfolg der Verfügungen bezweifelte: „Man kann Typhus nicht mit Aspirin behandeln." Als „Märtyrer" würden die Ausgewiesenen von jenseits der Grenzen noch größeren Einfluß ausüben.

Die Ausweisung militanter Palästinenser ist in den 20 Besatzungsjahren seit dem Sechstagekrieg eine stets heftig umstrittene Waffe gewesen. Nach der Eroberung der Gebiete hatte der damalige Verteidigungsminister Moshe Dajan die Strafe systematisch angewandt: Von 1967 bis 1974 wurden 850 Palästinenser, ausgestattet „mit einem Laib Brot, einer Flasche Wasser und einer kleinen weißen Fahne", nach Jordanien abgeschoben. Dann hielten sich die Israelis zehn Jahre lang zurück.

Erst Rabin führte die Deportationen wieder ein. In den vergangenen zwei Jahren wurden 19 Ausweisungen angeordnet, drei Fälle harren noch auf das Urteil der Berufungsinstanz – die fast immer gegen die klagenden Palästinenser entscheidet. Die Ausweisungsbefehle lösten weltweite Entrüstung aus. Ägypten, das einzige arabische Land, das Frieden mit Israel geschlossen hat, warnte vor den „Folgen für unsere Beziehungen". Auch die amerikanische Schutzmacht empfahl, auf die völkerrechtswidrige „Herausforderung" zu verzichten.

Doch wie immer, wenn das Ausland Israel kritisiert, igelte sich das Land trotzig ein. Wieder erklang das Lied „Kol haolam negdenu" (Die ganze Welt steht gegen uns). Von einem Bruch völkerrechtlicher Grundsätze könne keine Rede sein, denn die „unverbesserlichen Aktivisten" seien schließlich jordanische Staatsbürger, die nur in ihr Land überstellt würden.

Ministerpräsident Schamir wies die Einwände aus Washington barsch zurück: „Wir danken für die Ratschläge, wissen aber besser, was wir tun müssen." Ergebnis: Vergangene Woche stimmten die USA, zum erstenmal nach sechs Jahren, im Uno-Sicherheitsrat gegen ihren Schützling.

Aber auch in Israel stieß Rabins „Politik der harten Hand" auf scharfe Kritik. „Ihr habt wie üblich alles vergessen und nichts dazugelernt", erregte sich die Abgeordnete Schulamit Aloni. 160 Reservisten der Armee verkündeten, sie würden sich künftig weigern, bei „Israels Unterdrückungsmaßnahmen in den besetzten Gebieten" mitzumachen. Denn „ich wurde ausgebildet, meine Heimat gegen feindliche Armeen zu verteidigen, nicht um einen Aufstand von Kindern zu bekämpfen", erklärte ein Soldat auf Patrouille in Ramallah.

Palästinensische Flüchtlinge im Gazastreifen*: „Wir werden niemals aufgeben"

Der Verweigerer Ofer Kassit, Feldwebel bei den Fallschirmjägern, wurde wegen Ungehorsams zu 28 Tagen Gefängnis verurteilt. „Solche Männer retten Israels Ehre", befand der kommunistische Abgeordnete Meïr Wilner.

Die neun auf ihre Ausweisung wartenden Palästinenser haben derweil gegen die Verfügung der Militärbehörden Berufung eingelegt und einen Hungerstreik begonnen. „Der Tod ist unserem gegenwärtigen Nicht-Leben vorzuziehen", so Mohammed Samara, der im „Ansar 2"-Lager auf das Berufungsurteil wartet.

Schon jetzt ist klar, daß der Streit um die Ausweisungen den Radikalismus auf

* Im Lager Dschabalija.

beiden Seiten verschärft, bei Palästinensern und Israelis.

Die jüdischen Siedler-Aktivisten in den besetzten Gebieten jubelten: „Nur so läßt sich die Ruhe wiederherstellen“ und forderten, noch mehr „Rädelsführer“ zu vertreiben.

Fünf Prozent der Wahlbürger, mehr als viermal soviel wie beim letzten Urnengang 1984, zeigten sich vergangene Woche geneigt, die ultrarechte „Kach“-Bewegung des rabiaten Rabbiners Meïr Kahane zu unterstützen. Im rechtslastigen Likud-Lager meinte der Abgeordnete Beni Schalita: „Wenn wir 50 Araber auf einen Schlag umlegten, würde hier 30 Jahre lang Ruhe herrschen.“ Da bangte die liberale Zeitung „Haaretz“: „Derart blöde Äußerungen könnten eines Tages noch verwirklicht werden.“

Trauerdemonstration für erschossenen Palästinenser*
„Der Tod ist dem Nicht-Leben vorzuziehen“

Die Palästinenser ließen sich durch die Repression bisher nicht einschüchtern. Besonders bedenklich scheint gemäßigten Israelis, daß der Aufruhr fast ausschließlich von der jungen Generation getragen wird.

Von den Älteren haben sich viele mit den Besatzern arrangiert. Manche von ihnen arbeiten im jüdischen Kernstaat, sprechen Hebräisch und unterhalten sogar freundschaftliche Beziehungen zu Juden, wenn auch nur von sieben Uhr morgens bis vier Uhr nachmittags, während der Arbeitszeit also.

Die Jugendlichen dagegen (zwei Drittel der Bewohner des Gazastreifens sind jünger als 24 Jahre) kennen Israelis nur als Soldaten oder Sicherheitsagenten. Die Zukunft unter Israels Fuchtel scheint ihnen ohnehin sinnlos: „Wir wollen nicht dazu verdammt sein, die Straßen zu fegen und Teller zu waschen.“

Auf ihre Haftzeit und ihre Wunden sind sie stolz. Wer im Gefängnis saß, wird von den Kameraden als Held gefeiert. Zudem wurden Israels Strafanstalten zu „Schulen für Terroristen“ (so ein Offizier): Dort lernen die jugendlichen Palästinenser Disziplin, wählen ihre Anführer, planen künftige Einsätze.

Dieser Jugend haben die arabischen Niederlagen im Feld keine Minderwertigkeitskomplexe zugefügt. Sie sind frustriert, aber nicht gedemütigt, und sie glauben felsenfest an ihren Sieg.

Sogar die PLO-Führer, von der älteren Generation als „unsere einzig legitimen Vertreter“ anerkannt, werden von den Jugendlichen oft als korrupte Nutznießer einer „Revolution der Cadillacs“ angeprangert. „Was soll ich mit Arafat? Der reist nur in der Weltgeschichte herum, während ich hier sitze wie menschlicher Abfall“, schimpfte ein 17jähriger Steinewerfer in Gaza.

Sie kämpfen mit Steinen in der Hand und Haß in den Augen für mehr als nur ein Selbstbestimmungsrecht in einem palästinensischen Staat von Israels Gnaden. Sie wollen Israel in die Knie zwingen, so illusorisch dieses Ziel auch scheint. „Wir werden niemals aufgeben“, lautet ihre Parole.

Selbst in der arabischen Welt löst diese Entwicklung Besorgnis aus. Jordanien befürchtet, der Aufruhr könne wie eine ansteckende Krankheit eines Tages auf den eigenen Staat überspringen, in dem die Palästinenser 65 Prozent der Bevölkerung ausmachen.

Auch PLO-Chef Jassir Arafat sorgt sich um seinen Einfluß. Bei den jüngsten Demonstrationen wurden nur selten Arafat-Bilder mitgetragen, hingegen immer öfter Parolen wie „Allah wird uns helfen“ nebst Koran-Sprüchen gerufen.

Vergangene Woche entwarfen im Ostjerusalemer „National Palace Hotel“ 15 prominente Palästinenser ein gewaltloses Alternativ-Programm für den Befreiungskampf: Die arabische Bevölkerung der besetzten Gebiete solle Widerstand leisten, keine Steuern zahlen, keine israelischen Waren erwerben und nicht mehr für die Israelis arbeiten.

Das wäre ein „Eigentor“, glaubt Außenminister Schimon Peres, „wenn sie nicht bei uns arbeiten wollen, wird sie niemand dazu zwingen“. Lange könnten die Palästinenser die Verweigerung sicher nicht durchhalten, weil ein Dauerstreik letztlich der arabischen Bevölkerung selbst schaden würde.

Doch zugleich wächst in Israel die Einsicht, daß sich mit militärischen Mitteln allenfalls eine – brüchige – Feuerpause erreichen läßt, kein Waffenstillstand und schon gar keine Befriedung. Künftige Aufstände, fürchten die Israelis, könnten von Mal zu Mal blutiger werden. Efraim Sneh, bis vor wenigen Monaten Leiter der Zivilverwaltung im besetzten Westjordangebiet: „Vielleicht werden wir uns eines Tages noch nach den jetzigen Unruhen sehnen.“

Die Israelis stecken in einer Zwickmühle: Verweigern sie den Palästinensern weiterhin politische Rechte, marschieren sie unaufhaltsam in Richtung Apartheidstaat; geben sie ihnen mehr Mitbestimmung, gefährden sie die Identität des Judenstaats.

Als einzigen Ausweg propagiert Außenminister Peres die Einberufung einer internationalen Friedenskonferenz für den Nahen Osten. Viel Zeit hat Israel nicht mehr, denn die demographische Zeitbombe tickt: In absehbarer Zeit könnte es im jetzigen Großisrael mehr Palästinenser als Israelis geben. So lange zu warten wäre „Verrat an unseren Söhnen“, warnt der ehemalige Chef der militärischen Abwehr, Jehoschafat Harkabi.

Doch Premier Schamir widersetzt sich weiter jedem Kompromiß: „Keine Macht der Welt kann eine Rückkehr des jüdischen Volkes in alle Teile von Erez Israel (Großisrael) verhindern.“

* Mit Photo von Adil Dahalan.

USA

Nur zu Besuch

Amerikas liberale Juden gehen auf Distanz zu Israel, die Zeit der bedingungslosen Solidarität ist vorbei.

Die Freunde Israels seien „beschämt und verzweifelt“, zog Rabbiner Alexander Schindler in der „New York Times“ Bilanz: Israels zwielichtige Rolle beim Iran-Contra-Skandal, die Spionageaffäre Pollard, die weithin publizierten Kontakte zwischen Israel und dem südafrikanischen Apartheidstaat – das Jahr 1987 würden die sechs Millionen Juden der USA am liebsten vergessen.

Seit vier Wochen machen den US-Juden jetzt auch noch die Berichte über die israelische Unterdrückung in den besetzten Gebieten zu schaffen. „Schmerzhaft“ seien die allabendlichen Fernsehbilder, sagt Hyman Bookbinder, Washingtoner Repräsentant des American Jewish Committee und einflußreicher Vertreter des liberalen amerikanischen Judentums.

Während die Regierung Reagan sich vom israelischen Vorgehen behutsam distanzierte, flammte unter Amerikas Juden erneut die Diskussion über ihr Verhältnis zu Israel auf.

Begonnen hatte diese Debatte bereits nach der israelischen Invasion im Libanon 1982: Damals, so Jerry Lippman, Herausgeber der jüdischen Zeitung

Orthodoxe Juden in New York: „Ein besserer Platz zum Leben als Jerusalem"

Israel-Spion Pollard
Gespaltene Loyalität?

„Long Island Jewish World", sei vielen amerikanischen Juden klar geworden, „daß jede Regierung, auch die israelische, sich Fragen gefallen lassen muß".

Zum Wendepunkt aber wurde die Affäre Jonathan Pollard. Mit Bestürzung registrierten amerikanische Juden, daß der israelische Geheimdienst einen der ihren als Spion gegen die Vereinigten Staaten eingesetzt hatte – und somit den antisemitischen Verdacht nährte, Juden hätten immer eine gespaltene staatsbürgerliche Loyalität.

Das komplizierte Verhältnis der US-Juden zum Staat Israel dürfte in Zukunft noch schwieriger werden. Zwar haben sie den jüdischen Staat seit seiner Gründung mit Dollarspenden in Milliardenhöhe unterstützt und im amerikanischen Kongreß eine schlagkräftige Israel-Lobby aufgebaut; zugleich aber drifteten die Lebenswelten amerikanischer und israelischer Juden immer weiter auseinander.

„Wir sind, offen gesagt, derzeit keine besonders reizvolle Gemeinschaft. Was sollen die amerikanischen Juden an uns bewundern?" fragte der ehemalige israelische Außenminister Abba Eban in einer Rede an der Hebrew University im kalifornischen Palm Springs. Vor allem der wachsende Einfluß ultraorthodoxer Juden und das Chaos, das die religiösen Fanatiker in der israelischen Innenpolitik anrichten, verschreckt viele liberale US-Juden. Das amerikanische Judentum, so warnte Abraham Burg, ehemaliger Regierungsberater, habe demokratische Werte „so vollständig absorbiert, daß es mit einem totalitären Israel keine Beziehungen eingehen könnte".

Tatsächlich ist nirgendwo sonst in der Diaspora eine jüdische Gemeinschaft so fest in die Gesellschaft integriert wie in den USA. Die meisten Juden sind Teil der amerikanischen Mittelklasse geworden. Kein Wunder daher, daß es die meisten jüdischen Sowjet-Emigranten nicht nach Jerusalem, sondern nach New York zieht. Fast eine halbe Million israelischer Juden leben vorübergehend oder auf Dauer in den USA. Nach Israel auswandern möchte dagegen allenfalls noch eine kleine Minorität von US-Juden – die Ultraorthodoxen.

Rabbiner Jacob Neusner, Professor für jüdische Studien an der Brown University, pries in der „Washington Post" die Vereinigten Staaten und nicht Israel als das „Gelobte Land". „Amerika ist für einen Juden ein besserer Platz zum Leben als Jerusalem", so Neusner. Für Israel gelte das gleiche wie für New York: Es sei „ein prima Ort für einen Besuch".

Derart provozierende Töne reizen die Israelis. Stets hatten sie ja, den Holocaust vor Augen, davor gewarnt, Sicherheit außerhalb Israels zu suchen. Mit gemischten Gefühlen verfolgten sie auch den wirtschaftlichen Erfolg ihrer Glaubensbrüder in Amerika, der den Wandel vom amerikanischen Juden zum jüdischen Amerikaner beschleunigte.

In einem offenen Brief an einen amerikanischen Freund klagte der israelische Politologe Schlomo Avineri über den „komfortablen, gepolsterten" Lebensstil vieler US-Juden und spottete über die „eleganten Wein- und Käsepartys" in New York. Avineri beschuldigte die US-Juden, sie würden das angenehme Leben in den Vereinigten Staaten der Heimkehr ins Gelobte Land vorziehen – ein geschickter Versuch, schlummernde Schuldgefühle zu wecken.

Tatsächlich tragen Amerikas Juden, so Nan Fink, Herausgeberin der jüdischen Zeitschrift „Tikkun", zwar weiterhin ein „Schuldgefühl gegenüber israelischen Juden" in sich, die israelische Politik in den besetzten Gebieten zwinge sie aber zu offener Stellungnahme und auch zu Widerspruch.

Der Kolumnist Richard Cohen verglich das Verhalten der Israelis gegenüber den Palästinensern mit dem von Südstaaten-Sheriffs. Die hätten bei Unruhen auch immer nach „Anstiftern von außen" gesucht. Die Situation in den besetzten Gebieten zeige „klarer als jemals zuvor", so warnten 30 prominente US-Juden, daß Israel Friedensverhandlungen mit seinen arabischen Nachbarn aufnehmen müsse.

Ein neues Selbstbewußtsein amerikanischer Juden gegenüber Israel demonstriert auch Hyman Bookbinder: Israel könne keinesfalls erwarten, daß amerikanische Juden und die US-Regierung „immer das tun, was Israel will". Bookbinder tadelte die auf Druck von Israels Freunden im Kongreß gefällte Entscheidung, das PLO-Informationsbüro in Washington zu schließen.

Noch halten sich die großen jüdischen Organisationen mit offener Kritik an Israel zurück. Aber offenkundig sind die US-Juden dabei, ihre Scheu vor Einmischungen in die israelische Innenpolitik zu verlieren.

Schon versuchte Israels sozialdemokratischer Außenminister Schimon Peres bei seinem jüngsten Besuch in den USA, führende Repräsentanten des amerikanischen Judentums für seinen Plan einer internationalen Nahost-Friedenskonferenz zu mobilisieren und in direkten Gegensatz zu Likud-Premier Jizchak Schamir zu bringen – ein bis dahin undenkbarer Vorgang.

Torrejon: Marokko bietet Ersatz an

König Hassan von Marokko hat den Amerikanern angedeutet, daß er der U. S. Air Force Asyl geben wolle, wenn die Regierung in Madrid ihre Drohung wahrmacht und die US-Luftwaffenbasis im spanischen Torrejon schließt. Das hat Pentagon-Staatssekretär Fred Ikle bestätigt. Marokko habe auch Manöver-Luftraum für das 401. Taktische F-16-Geschwader angeboten, das bislang noch in Torrejon stationiert ist. „Langfristig", so sagte Ikle, „geht der Trend dahin, uns auf bestimmten vorgeschobenen Stützpunkten unabhängiger zu machen."

Schmierenstück um Fassbinder-Drama

In Holland endete der Protest gegen Rainer Werner Fassbinders umstrittenes Drama „Der Müll, die Stadt und der Tod" jetzt mit einem kriminellen Schmierenstück. Vorigen Mittwoch gab der jüdische Schauspieler Jules Croiset aus Amsterdam zu, er habe „die schwierigste Rolle seiner Laufbahn" (so der Amsterdamer „Telegraaf") selbst inszeniert: Er hatte seine eigene Entführung vorgetäuscht und antisemitische Drohbriefe an Glaubensgenossen geschrieben, um die Stimmung gegen die Aufführung des Fassbinder-Stücks anzuheizen. „Der Müll" hatte, ebenso wie 1985 in Frankfurt, auch in den Niederlanden Empörung ausgelöst. Das Rotterdamer Avantgarde-Theater „De Lantaren" mußte die geplante Aufführung am 18. November 1987 absetzen, nachdem 40 Demonstranten, darunter Croiset, die Bühne besetzt hatten, um gegen die angeblich antisemitische Tendenz des Stückes zu protestieren. Mit der getürkten Entführung und selbstgemachten rassistischen Tiraden hatte Croiset – wie beabsichtigt – weltweite Betroffenheit über die „Woge des Rassismus in Holland" (so die israelische Zeitung „Haaretz") ausgelöst.

Demonstrant Croiset in Rotterdam

Belgrad: Big Mac gegen Ćevapčići

Ausgerechnet im krisengeschüttelten Jugoslawien – 20 Prozent Arbeitslose, 170 Prozent Inflation – will der amerikanische Hamburger-Multi McDonald's Kasse machen. Gegen die Konkurrenz der Ražnići- und Ćevapčići-Restaurants will der US-Hackfleisch-Konzern den jugoslawischen Fast-Food-Markt aufrollen. Das erste Big-Mac-Gasthaus eröffnet im Februar in Belgrad. Predrag Dostanić, der Manager des Unternehmens: „Das hohe Niveau von McDonald's wird für die meisten Kunden, die an langsame, sauertöpfische Kellner gewöhnt sind, ein Schock sein."

Westafrika: Mit Musik gegen Aids

Mit Rock, Pop und Gesang will die Regierung des westafrikanischen Kleinstaates Guinea-Bissau die Bevölkerung über Aids aufklären. In der Hauptstadt Bissau traten unlängst 23 Künstler zum ersten „Nationalen Aids-Gesangswettbewerb" an. Als Preise hatte das Gesundheitsministerium unter anderem Kassettenrecorder und eine Reise nach Lissabon gestiftet. Beim Finale warfen die Interpreten ganze Hände voll Kondome ins Publikum. Sieger wurde der Sänger Buka Pussick mit seiner Ballade auf das Mädchen mit dem „süßen Honigmund und dem schönen Körper". Darin heißt es unter anderem: „Sie sagte ja zu allen Männern, und nach zwei, drei Jahren wurde sie so dünn."

Afrikanisches Aids-Opfer

Politik mit der Hungersnot

Äthiopien reagiert zögerlich auf Hilfsangebote aus dem Westen. Obwohl die Regierung dringend Lkw für die Versorgung der notleidenden Bevölkerung benötigt, wollte sie bislang eine Offerte der Hilfsorganisation „Komitee Cap Anamur/ Deutsche Not-Ärzte" vom November, 15 Mercedes-Laster zu liefern, nicht bedingungslos annehmen. Grund ist die Forderung der Deutschen, die Lebensmitteltransporte dürften nicht vom Militär eskortiert werden. Die Soldaten erlaubten Transporte nur in von Rebellen nicht kontrollierte Gebiete. Die Lieferungen müßten aber auch in Risikozonen gelangen. Wenn Addis Abeba nicht einlenkt, sollen die Lkw der eritreischen Befreiungsbewegung zur Verfügung gestellt werden.

Deutsche Lebensmittellieferung für Äthiopien

Zur falschen Zeit

Um die Gewerkschaften gnädig zu stimmen, bieten die Pan-Am-Aufseher den Rausschmiß des Chefs an.

Edward Acker, Chef der New Yorker Pan Am Corporation, weiß seit vergangener Woche, wie hoch sein Kopfgeld ist: Für Lohn-Konzessionen der Gewerkschaften in Höhe von 180 Millionen Dollar an die Pan-Am-Tochtergesellschaft Pan American World Airways sind die Oberaufseher der Firma bereit, den Chef davonzujagen.

Acker, gebürtiger Texaner, war den Aufsichtsräten, den Managern und den Arbeitnehmervertretern von Pan Am schon lange nicht mehr geheuer. Denn von den Vorschußlorbeeren, mit denen er 1981 als Retter für das schon damals angeschlagene Unternehmen geheuert worden war, ist nur der Vorschuß geblieben.

Mit 945 Millionen Dollar langfristiger Schulden steht Pan Am bei den Banken im Minus, 550 Millionen an nicht gedeckten Pensionsverpflichtungen kommen hinzu. Die Vermögenswerte – vorwiegend zu alte und zu große Flugzeuge – wiegen diese Schuldenlast bei weitem nicht auf.

Daß Pan American World Airways, einstmals die angesehenste Fluggesellschaft der Welt, noch nicht Konkurs anmelden mußte, verdankt sie der von Acker geführten Pan Am Corporation, die 100-Prozent-Eigner des Unternehmens ist. Zwischen Mutter und Tochter konnte Acker zu kritischen Zeiten immer mal ein paar Millionen Dollar hin und her schieben.

Doch auch die Muttergesellschaft steht nicht leuchtend da. Der Pan Am Corporation gehören als weitere Töchter der Pan Am Shuttle, die Pan Am Express Corporation und die Pan Am World Services. Auch die Verdienstkraft dieser Ableger ist begrenzt und teilweise umstritten.

Der Pan Am Shuttle bedient im Stundentakt die Strecken New York–Washington und New York–Boston. Gegen den alteingeführten Shuttle-Dienst des Konkurrenten Eastern Air Lines konnte er sich bislang nicht durchsetzen.

Pan Am World Services, eine Dienstleistungsfirma für Fluggesellschaften, dagegen bringt Gewinn, die Tochter-Fluggesellschaft Pan Am Express angeblich auch. Im Vergleich zu den Giganten der US-Luftfahrt, vor allem zu United und American Airlines, ist die einst legendäre Pan Am allerdings nur noch ein Kümmerling.

Schon bevor Acker 1981 von der Air Florida weggekauft worden war, hatte Pan Am nach jahrelangem Mißmanagement seine besten Beteiligungen verkaufen müssen: die Hotelkette Intercontinental und das große Verwaltungsgebäude über der New Yorker Park Avenue.

Mit den Verkaufserlösen hatte Pan Am damals seine laufenden Verluste ausgeglichen, nicht aber die aufgelaufenen Bankschulden abdecken können. Acker, als Sanierer bestellt, muddelte sich auf ähnliche Weise wie die Vorgänger durch: Vor knapp anderthalb Jahren stieß er die pazifischen Routen der Pan Am an United Airlines ab. Anschließend versuchte er, einen Teil der Flotte zu verkaufen. Schließlich kettete er Pan Am zu einem hohen Preis an das elektronische Buchungssystem Sabre von American Airlines, weil das firmeneigene System völlig veraltet war.

Pan-Am-Chef Acker
Jedes Jahr Märchen von der Wende

Nach dem Verkauf der profitablen Pazifik-Routen wollte sich Edward Acker auf Europa konzentrieren. Zumindest im Monopol-Verkehr zwischen der Bundesrepublik und West-Berlin, wußte Acker, klingelte die Kasse.

Inzwischen macht die Gesellschaft, die nie leistungsfähige Inlandsstrecken hatte, 60 Prozent ihres Geschäfts mit Europa. Aber dort verstärkte Acker den Betrieb zur falschen Zeit.

Pan Am baute seinen Europa-Dienst ausgerechnet 1986 aus, als das Verdienen auf der Transatlantik-Strecke immer schwieriger wurde: Der Wertverlust des amerikanischen Dollar, die Tschernobyl-Katastrophe und der Bomben-Anschlag auf eine TWA-Maschine schränkten die Reiselust der Amerikaner nach Europa stark ein.

Acker, der jedes Jahr aufs neue die große Wende bei Pan Am angekündigt hatte, berief sich darauf, daß der TWA-Fall und das Tschernobyl-Desaster nicht voraussehbare Schicksalsschläge gewesen seien. Er hielt sich zugute, daß er das Flugnetz gestrafft und den Gewerkschaften kostensparende Zugeständnisse abgerungen habe.

Mit seinen einsamen und oft übereilten Entscheidungen habe der Chef zunehmend Unheil im Unternehmen angerichtet, kritisierten dagegen Manager-Kollegen und Gewerkschafts-Vertreter den Autokraten Acker. Mehr und mehr drängten Aktionärsvertreter auf den Verkauf der Firma oder auf eine Kapitalaufstockung durch einen großen Geldgeber.

Statt passender Partner aus der Branche aber drängelten sich vor allem Spekulanten um das konkursreife Unternehmen. So interessierten sich etwa der in Beverly Hills residierende Kirk Kerkorian, ein Geschäftsmann mit großer Erfahrung im Handel mit Entertainment-Firmen, und die Familie Pritzker für die Fluggesellschaft.

Der Pritzker-Clan beherrscht die Hyatt-Hotelgruppe und hat der vor vier Jahren bankrott gegangenen Fluggesellschaft Braniff neues Leben eingehaucht. Nach genauerem Studium der Firmenbücher und nach Widerstand der Gewerkschaften aber ließen beide Interessenten gegen Ende 1987 von ihren Kaufabsichten ab.

Acker stand damit wieder einmal vor der Frage, die ihn seit Anfang der achtziger Jahre jeden Winter bewegt: Wie kann Pan Am für die Flaute in der kalten Jahreszeit soviel Bares zusammenkratzen, daß die Firma bis zum Frühjahr überlebt?

Kapitalanleger, Banken und Gewerkschaften wollten nicht noch einmal das Märchen von der bevorstehenden Wende hören. Nachdem Akker und dessen Vize Martin Shugrue sich auf einem Spitzentreffen des Boards – einer Mischung von Aufsichtsrat und Vorstand – lautstark Grobheiten gesagt hatten, wurden beide erst einmal kaltgestellt.

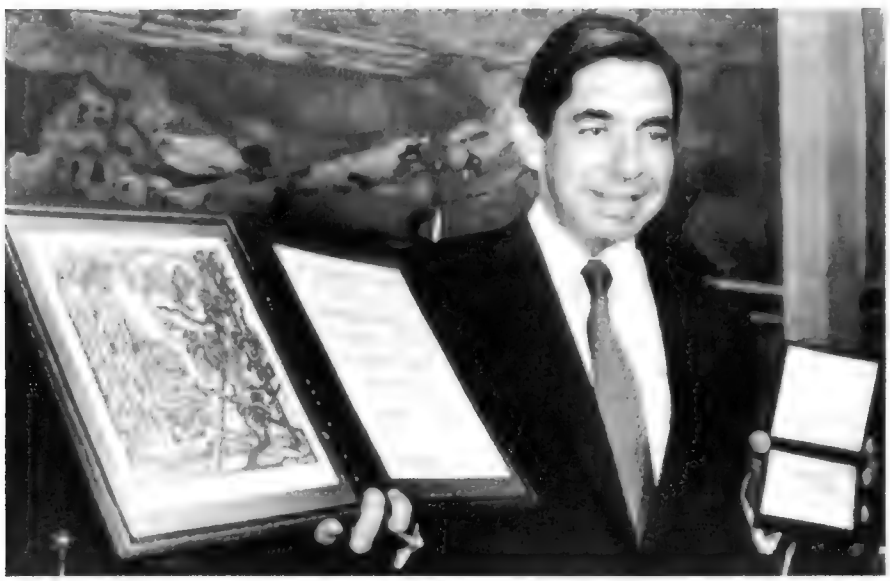
Im Büro von Pan-Am-Direktor William T. Coleman legten Bankiers und Gewerkschaften den künftigen Kurs der Pan Am fest: Einsparungen beim Lohn, Kapitalnachschub durch noch unbekannte Geldgeber, Rausschmiß der Kapitäne Acker und Shugrue.

Nach Ansicht Shugrues, der sich Hoffnungen auf den ersten Platz in der Firma gemacht hatte, kann die Pan Am allerdings tun, was immer sie will – es wird danebengehen. „Wenn Pan Am ein Beerdigungsunternehmen aufmacht", verbreitete Shugrue einen im Haus über der Park Avenue beliebten Witz, „stirbt plötzlich keiner mehr."

Falsche Hoffnung

Der Friedensplan, für den Costa Ricas Präsident Arias den Nobelpreis erhielt, ist gescheitert.

Staatschef Daniel Ortega, Minister Humberto Ortega: MiGs von den Sowjets?



Friedensnobelpreisträger Arias: Die Frist ist abgelaufen

Wenn Nicaragua „befreit" ist, dann soll der unbebaute, staubige Platz des 19. Juli im Zentrum der Hauptstadt Managua, auf dem die regierenden Sandinisten ihre Revolutionsrituale abhalten, in „Elliott-Abrams-Platz" umbenannt werden.

Das haben die antisandinistischen Contras dem Unterstaatssekretär im US-Außenministerium versprochen – als Dank für Abrams' unermüdlichen Einsatz. Denn dem Mittelamerika-Spezialisten gelang es, den Krieg der rechten Rebellen gegen die linken Revolutionäre zum persönlichen Anliegen des US-Präsidenten zu machen.

„Ein Ende des Krieges hängt nicht von irgendeinem Friedensplan ab", erklärte ein Contra-Kommandant vor kurzem selbstbewußt, „das hängt von Ronald Reagan ab." Und derzeit gibt es keine Anzeichen dafür, daß der US-Präsident im letzten Jahr seiner Amtszeit den Druck auf die verhaßten Sandinisten lockern würde.

Eben erst meldete Nicaraguas „La Prensa" neue „heftige Rebellenangriffe" aus den Nordprovinzen des Landes. Schwere Gefechte fanden auch im Osten El Salvadors statt, und in Guatemala ging der Krieg ebenfalls weiter.

Fünf Monate hatten sich die fünf Präsidenten Mittelamerikas gegeben, um die Voraussetzungen für eine Befriedung ihrer Region zu schaffen: Einstellung aller Kampfhandlungen, Amnestie für politische Gefangene und Garantien für mehr Demokratie.

Sie gründeten „Versöhnungskommissionen" und verhandelten mit den Aufständischen, entließen Häftlinge und erlaubten Demonstrationen der Opposition, hoben Zeitungsverbote auf und ließen Rundfunkstationen wieder auf Sendung gehen. Am Freitag dieser Woche, wenn die Frist abgelaufen ist, werden sich die fünf Präsidenten in San José erneut treffen. Doch die Bilanz, die sie ziehen müssen, ist niederschmetternd.

Es sieht ganz so aus, als sei die im August als „historischer Schritt" gefeierte und mit dem Friedensnobelpreis gewürdigte Initiative des costaricanischen Präsidenten Oscar Arias endgültig gescheitert.

Kaum mehr als Höflichkeitsfloskeln tauschten die verfeindeten Parteien bisher aus. In Madrid trafen sich Vertreter der Guerilla und der Regierung Guatemalas in einem „zufriedenstellenden Gesprächsklima", wie beide Seiten hinterher versicherten. Damit war der Dialog auch schon beendet.

„Das ist ein neues El Salvador", verkündete der von linken Untergrundkämpfern, Armee und rechten Todesschwadronen belagerte Präsident José Napoleon Duarte, entließ rund 1000 politische Gefangene und ermutigte die Aufständischen: „Ihr solltet euch nicht fürchten, die Waffen niederzulegen."

Doch als im Oktober Killer den Vorsitzenden der Menschenrechtskommission in San Salvador niederschossen, brachen die Rebellen die Gespräche ab. Weitere Verhandlungen „würden nur falsche Hoffnungen wecken".

An ihrem karibischen Treffpunkt Santo Domingo konnten sich Sandinisten und Antisandinisten nicht einmal über das Verfahren einigen. Waffenstillstandsverhandlungen fanden gar nicht statt. Beide Seiten taten alles, um der jeweils anderen Partei einen Grund für den Abbruch der Gespräche zu liefern.

Präsident Reagan – ohne dessen Okay die Contras sich nicht an den Tisch setzen – schraubte die Bedingungen so hoch, daß sie für die Sandinisten unerfüllbar bleiben mußten. Washington verlangte uneingeschränkte Presse-, Religions-, Organisations- und Versammlungsfreiheit für alle – auch für die mörderischen „Freiheitskämpfer".

„Diese Forderungen gehen weit über alles hinaus", kommentierte „Newsweek", „was die USA jemals von irgendeiner anderen Nation verlangt haben." Selbst Oscar Arias, Erfinder des Friedensplans und gewiß kein Sandinistenfreund, beklagte diesen verhängnisvollen Teufelskreis: „Nicaragua kann keine Demokratie aufbauen, wenn jeden Tag gekämpft wird."

Die Sandinisten wiederum taten alles, um Reagans Position zu stärken. Bis zum 4. Februar, wenn im US-Kongreß die Entscheidung über die von Reagan gewünschte weitere Contra-Hilfe fallen

Contras in Nicaragua
„Die Sandinisten müssen weg"

soll, wollen sie keine Waffenstillstandsvereinbarung unterzeichnen und entziehen damit dem Kongreß ein Argument, die Militärhilfe abzulehnen.

Nicaraguas Verteidigungsminister und Präsidentenbruder Humberto Ortega wiederholte vor 3000 Getreuen, die ihrerseits gegen jegliche Verhandlungen und „bürgerliche Freiheiten" protestierten, einen Militärplan von 1986. Der sieht vor, bis 1995 sowjetische MiG-21 Kampfflugzeuge zu beschaffen und die Miliz auf 500 000 Mann zu verstärken.

Die Ankündigung – wie die Bestätigung durch den Staatschef Daniel Ortega – verursachte im Ausland viel Aufregung, ist aber in Wahrheit unrealistisch.

Schon heute fehlen Nicaraguas Armee (80 000 Mann) Munition, Uniformen, Treibstoff und Medikamente. Und die russischen Lieferanten, beklagen die Sandinisten, sind „unzuverlässige Partner".

Anders die USA. Die Amerikaner schickten jetzt die ersten der lange versprochenen zwölf F-5-Kampfflugzeuge nach Honduras, um „die traditionelle Luftüberlegenheit" des Landes zu sichern, wie ein Beamter des Außenministeriums sagte.

Friedensstifter Oscar Arias bedauerte die Rüstungshilfe, auch wenn er in der Lieferung technisch „keinen Verstoß gegen das Abkommen" von Guatemala sieht. Allerdings, so fügte er hinzu, „wäre es ebensowenig ein Verstoß, wenn die Sowjets den Sandinisten MiGs lieferten".

Moskau aber zeigt bisher wenig Neigung, solche Wünsche zu erfüllen. Immer wieder betonten die Sowjets gegenüber den Revolutionären, daß Managua das Guatemala-Abkommen unbedingt einhalten müsse.

„Es könnte kaum deutlicher gemacht werden", kommentierte die „New York Times", „daß Moskau bereit ist, die Sandinisten sich selbst zu überlassen, wenn die USA ihre Hilfe für die Contras einstellen."

Aber die Reagan-Regierung denkt nicht daran. Eine Einigung sei nur möglich nach einem „unwiderruflichen politischen Wandel", stellte Elliott Abrams klar. Die „New York Times" übersetzte diese Forderung des Diplomaten so: „Die Sandinisten müssen weg."

SIMBABWE

Fünfe gerade

Regierungschef Mugabe söhnte sich mit seinem alten Rivalen Nkomo aus – und kann jetzt mit einer Einheitspartei regieren.

Zusammengearbeitet haben sie schon öfter, vertragen haben sie sich nie.

In den sechziger Jahren zerstritten sie sich über die Frage, wie den weißen Herrschern des Landes die Macht zu entreißen sei; der eine gründete schließlich seine eigene Widerstandsgruppe.

Vereint übernahmen sie 1980 die Geschicke der Heimat – der eine als Regierungschef, der andere als Innenminister.

Doch nach zwei Jahren war die Kooperation erneut zu Ende. Der Premierminister verdächtigte seinen Sicherheitschef der Verschwörung und warf ihn hinaus. Der flüchtete außer Landes, weil er um sein Leben bangte.

Nun wollen es die beiden alten Rivalen wieder miteinander versuchen. Simbabwes Regierungschef Robert Gabriel Mugabe, 63, nahm den zehn Jahre älteren Joshua Nkomo als Superminister für Kommunalwesen und Entwicklung in sein 27köpfiges Kabinett.

Vorausgegangen war ein politischer Deal. Mugabes Regierungspartei „Zimbabwe African National Union-Patriotic Front" (Zanu-PF) und Nkomos kleinere, bei Wahlen stets unterlegene Oppositionsgruppe „Patriotic Front-Zimbabwe African People's Union" (PF-Zapu) gingen im Dezember vorigen Jahres eine Fusion ein.

Seither hat im früheren britischen Rhodesien – so wie in den meisten afrikanischen Staaten – nur noch eine Partei das Sagen. Sie trägt den Namen von Mugabes „Zanu" und wird von ihm geführt. Der schwergewichtige Nkomo dient als Vize. Mugabe: „Die Nation dürfte sehr glücklich sein über diesen Akt, der uns zusammengebracht hat."

Zufrieden dürfte hauptsächlich er sein. Denn Mugabe hat nun geschafft, was er schon nach seiner Wahl zum Premierminister 1980 wollte: die Abschaffung des am britischen Vorbild orientierten Mehrparteiensystems, das er stets als „Luxus" angesehen hatte. Afrikanischen Verhältnissen, so Mugabes Maxime, werde eine Einheitspartei viel eher gerecht, weil sie die unterschiedlichen Stammesinteressen besser ausgleichen könne.

Sein Kontrahent Nkomo denkt ähnlich: Er fürchtete um sein politisches Vermächtnis, die beiden Völker des Landes – die vor allem in Mugabes „Zanu" konzentrierten Schona aus dem Norden und seine Ndebele aus dem Süden – zu einer starken Nation zu vereinigen.

Beide Stämme waren in den letzten Jahren heftig aneinandergeraten. Die

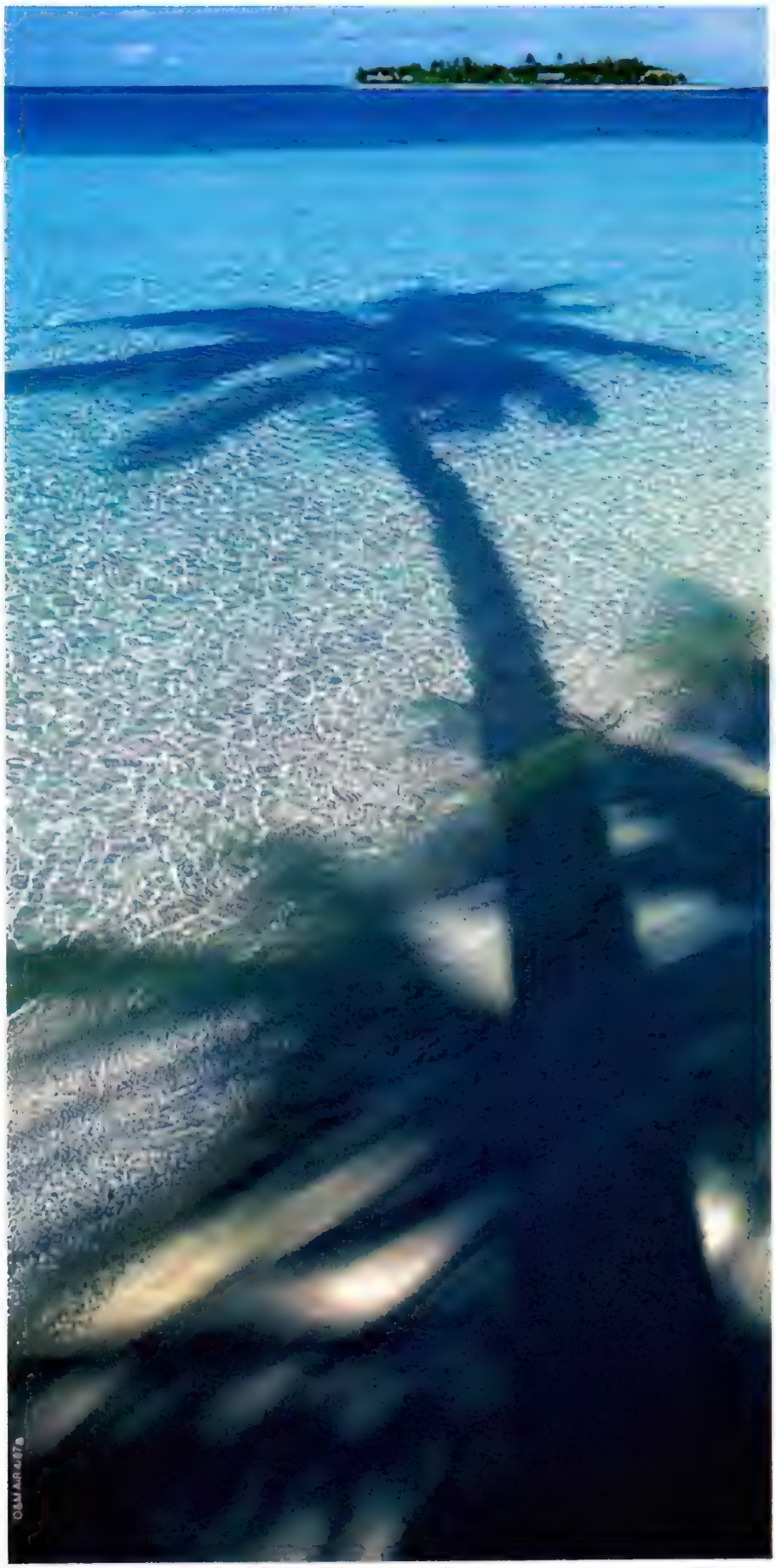
* Am 22. Dezember 1987 nach der Unterzeichnung des Fusionsvertrags.

Versöhnte Rivalen Mugabe, Nkomo*: „Die Nation dürfte sehr glücklich sein"

Buchen Sie einen Urlaub, der so einmalig ist wie Sie selbst.

Manche Leute müssen immer was Besonderes haben. Die wollen da Urlaub machen, wo sonst keiner hinkommt; abfliegen, wann sie Zeit haben; bleiben, solange sie können, und zurückreisen, wann es ihnen paßt. An den Service stellen sie Ansprüche, und essen möchten sie, wonach ihnen der Sinn steht. Kurzum, sie wollen, daß sich im Urlaub alles nach ihnen richtet.

Ehrlich gesagt, recht haben sie. Und deshalb reisen unsere Gäste ausschließlich mit Linie, z. B. mit Lufthansa. Da können sie täglich von allen deutschen Flughäfen aus starten und sich praktisch jeden Ort der Welt als Ziel wählen. Nur die Hotels haben wir schon für sie ausgesucht: die besten in jeder Kategorie.



Kein Wunder, daß Leute mit ganz persönlichen Vorstellungen von Urlaub fast zwangsläufig auf airtours kommen. Und dabei bleiben, wenn sie im Reisebüro erfahren, wie leicht sich so ein Urlaub auch mit ihren Preisvorstellungen in Einklang bringen läßt.

airtours
Urlaub mit Linie

Urlaub mit Linie.

Die unberührtesten Strände finden Sie in unserem Katalog „Traumstrände". Fragen Sie Ihr Reisebüro.

Kämpfe hatten begonnen, nachdem Mugabe 1982 Nkomo aus der Regierung geworfen hatte – mit der nie bewiesenen Beschuldigung, er habe einen Putsch geplant. Guerillakämpfer aus Nkomos traditionell kriegerischem Ndebele-Volk, ohnehin aufgebracht über die Vormachtstellung der Schona in der Hauptstadt Harare, reagierten mit Überfällen auf Dörfer. Mugabes Regierungstruppen schlugen brutal zurück, Oppositionelle wurden schikaniert und „Zapu"-Parteibüros geschlossen.

Mugabe und Nkomo sahen schließlich ein, daß sich der Konflikt zu einem ständigen Bürgerkrieg ausweiten könnte, von dem bloß einer profitieren würde: der verhaßte Nachbar Südafrika.

Daß Nkomo dabei den kürzeren zog, erscheint sicher. Viele seiner Parteifreunde befürchten, er werde von dem

Weißer Farmer, Angestellte: Ideologische Sprüche, pragmatische Politik

charismatischen Mugabe alsbald ausgeschaltet. Schon in den Vereinigungsverhandlungen war Mugabe knallhart aufgetreten und hatte selbst die Forderung Nkomos nach einer geringfügigen Änderung des Parteinamens abgelehnt.

Gleich nach dem Zusammenschluß schuf der Marxist Mugabe das Amt des Staatspräsidenten ab und ließ sich zum Exekutiv-Präsidenten Simbabwes ernennen. Als Staats- und Regierungsoberhaupt, Parteichef und Oberbefehlshaber der Truppen hat er fast uneingeschränkte Machtbefugnisse und kann das Parlament auflösen, wann es ihm paßt.

Die Befürchtung der im Land verbliebenen Weißen, Mugabe werde Simbabwe so schnell wie möglich in einen kommunistischen Staat osteuropäischer Prägung ummodeln, könnte sich dennoch als voreilig erweisen. Der ehemalige Jesuitenzögling, der auch nach seiner Konvertierung zum Marxismus noch die heilige Messe besuchte und als Ministerpräsident 1985 an der Londoner Universität ein Ökonomie-Fernstudium abschloß, klopft zwar gern ideologisch stramme Sprüche, betreibt aber eine pragmatische Politik.

So warf er im vorigen Jahr die im 100-Sitze-Parlament von Harare mit 20 Abgeordneten überrepräsentierten Weißen hinaus, darunter den früheren Ministerpräsidenten Ian Smith. Aber um die weiße Minderheit mit ihrem wirtschaftlichen Know-how nicht zu verschrecken, ließ er sogleich über die „Zanu" elf der ehemaligen Kolonialherren wieder ins Abgeordnetenhaus wählen, darunter vier ehemalige Minister des Smith-Kabinetts. Der Weiße Chris Andersen dient unter Mugabe sogar weiter als Minister.

Auch in der Wirtschaftspolitik ließ Mugabe schon mal fünfe gerade sein – wohl mit Blick auf die sozialistischen Bruderstaaten, die mit Verstaatlichungsprogrammen und zentraler Lenkung die Ökonomie ruinierten. Große Bereiche in Landwirtschaft und Industrie blieben in privaten Händen.

Folge: Während andere afrikanische Staaten wegen Dürre und Mißwirtschaft Getreide einführen müssen, produzieren Simbabwes Bauern Überschüsse.

Gleichwohl krankt die Wirtschaft: Die Korruption blüht, die Produktion geht zurück, die Inflationsrate kletterte im vorigen Jahr auf 15 Prozent.

Weil Harare in den letzten Monaten zahlreiche ausländische Kredite zurückzahlen mußte, wurden die Devisen knapp. Es fehlt an Importwaren wie Seife und Waschpulver. Betriebe müssen zeitweise dicht machen, weil sie kein Geld haben, um dringend benötigte Ersatzteile im Ausland zu kaufen.

Neue Kredite sind immer schwerer zu bekommen. Weltbank und Internationaler Währungsfonds knüpften jüngst weitere Geldvergabe an Bedingungen, etwa die Kürzung des aufgeblähten Beamtenapparats.

Dieser Forderung kann Mugabe in nächster Zeit wohl kaum nachkommen: Er muß nun auch die neuen Parteimitglieder mit Posten versorgen.

CHINA

Mit Zähneknirschen

Angriff auf die letzte Bastion des Mao-Kultes: Die Parteipresse rügte das Mausoleum des großen Vorsitzenden als feudalistischen Prachtbau.

Zum Eintrittspreis von 20 Mark dürfen Westtouristen seit dem 1. Januar jene Balustrade am Tor des Himmlischen Friedens besteigen, von der aus Mao 1949 die Volksrepublik ausrief und Jahre später den Vorbeimarsch der Rotgardisten-Millionen abnahm.

Der Blick geht von dort über den größten Platz der Welt zu einem Mammut-Säulenbau im totalitären Stil, der die Harmonie der Anlage stört: das Grabmal Mao Tse-tungs.

Dort stehen chinesische Touristen Schlange, die selten mehr als 20 Mark in der Woche verdienen: staunende Besucher, meist vom Lande, denen der Marmor-Koloß gefällt. Ehrfürchtig defilieren sie im Inneren am rotgesichtigen, mumifizierten Leichnam im Kristallsarg vorbei.

Eine Million Pekinger Bürger hatten im freiwilligen Arbeitsdienst binnen neun Monaten das Mausoleum errichtet, das die Partei-Presse bei seiner Fertigstellung vor zehn Jahren „grandios und glanzvoll, würdig und feierlich" nannte und dessen Design und Symmetrie der aktuelle Reiseführer „Peking – alt und neu" für seine „Schlichtheit und Feierlichkeit" preist.

25 000 Chinesen, doppelt soviel wie sonst, besuchten am 26. Dezember 1987, dem 94. Geburtstag des hehren Toten, den Tempel. Doch vier Tage später wetzte sich die Zeitung des kommunistischen Jugendverbandes an der Architektur der Gedenkhalle: „Extravagante westliche Verpackung".

Das respektlose Organ der jungen Generation Chinas erkannte in dem Mausoleum gegenüber der „Verbotenen Stadt", wo bis zum Sturz der Monarchie 1912 Mandschu-Herrscher Pu Jy regierte, Elemente feudaler Herrschaftsarchitektur: „Mag sein, daß die Leute, die den Bau genehmigten, daran nicht dachten, aber viel einfaches Volk bemerkte es."

Besuchergruppen vor dem Mao-Mausoleum in Peking: „Extravagante Verpackung"

Solche Kritik wurde bislang nur hinter vorgehaltener Hand geübt, denn die postmaoistische Gigantomanie ist selbst unter linientreuen Kommunisten umstritten. Stadtplanern und Architekten gilt das quadratische Riesengemäuer (Grundfläche 5,4 Hektar) im Herzen der chinesischen Hauptstadt als Ärgernis.

Mißfallen erregt der sino-griechisch geratene Tempelzwitter, weil er die ästhetische Balance auf dem Platz des Himmlischen Friedens stört und – genau in die zentrale Fluchtlinie der Verbotenen Stadt gebaut – eine Rückkehr zum konfuzianisch geprägten Ahnenkult ausdrückt: Der verblichene Revolutionär, rügt ein Geschichtsprofessor, sei als Kaiser und nicht als Kommunist begraben.

„Die Chinesen haben ein Jahrhundert lang, Generation um Generation, beim Kampf gegen den Feudalismus Blut vergossen oder gar ihr Leben geopfert, ja man kann sagen, daß jeder bei dem Wort Feudalismus mit den Zähnen knirscht", so das Jugendblatt: „Als man dann aber die konkreten Pläne des Platzes diskutierte, wollten alle nur Entwürfe von feudalem Ausmaß und feudaler Pracht."

Maos Ruhestätte entspricht dem Geschmack der hohen Bürokratie. Ein Ideenwettbewerb, für den 1976 „die Phantasie aller Epochen" bemüht wurde, hatte nur abstruse Vorschläge gebracht: ein ägyptisches Pyramidengrab, eine überdimensionale Mango-Frucht aus Beton (Mao bekam von Bauern während der Kulturrevolution die Früchte geschenkt und reichte sie mit großer Geste an einen Propagandatrupp weiter) oder ein kreisrundes Gebäude, gekrönt von einem Dach aus feuerrotem Kunststoff: Wie ein halbes Wagenrad in der Erde versenkt, sollte es, ständig angestrahlt, jene „nie untergehende Sonne" symbolisieren, als die Mao zu Lebzeiten bezeichnet wurde. Dieser „schlechte Scherz" (Jugendzeitung) scheiterte am Mangel geeigneten Baumaterials.

Die endgültige Wahl traf der Mao-Nachfolger Hua Kuo-feng, der sich mit sozialistischer Grandeur zu Ehren des Großen Vorsitzenden legitimieren wollte. „Welches ist das höhere?" fragte er bei der Vorlage von zwei Modellen. Der Tempel-First, 33,6 Meter über dem Gehweg, gab den Ausschlag.

„Als an einem frühen Morgen im Sommer 1977 der Bauzaun um das Mausoleum abgebrochen wurde, blinzelten die umstehenden Betrachter mit verwirrten Augen", berichtet die Jugendzeitung jetzt: Sie verspürten einen „Moment der Melancholie".

Das triste Gefühl blieb Pekings Bürgern erhalten, obwohl Wandzeitungen von Dissidenten schon 1980 zum Abbruch rieten. „Es ist das größte Grabmal der Gegenwart, und es wird ewig hier aufragen", bedauert die Jugendzeitung, „selbst ein Erdbeben der Stärke acht würde es kaum zerstören."

Doch offensichtlich gibt es Mao-Gegner oder Ästheten, die versuchen, dem nachzuhelfen. Vor einem Jahr erwischten Torhüter einen Soldaten, der zehn Handgranaten bei sich trug.

Vor einem halben Jahr löste der Feuerwerksfabrikarbeiter Deng Gilin, 24, um Mitternacht eine selbstgebaute Bombe aus, die einige schmückende Denkmalsfiguren vor dem Mausoleum beschädigte.

Deng wurde gefaßt, zum Tode verurteilt, hingerichtet und sein Leichnam verbrannt, wie es Brauch ist. ◆

Maos Leichnam im Kristallsarg: Wie ein Kaiser begraben

Kleiner Schubs

Berufsverbot für einen Sumo-Großmeister: Der Ringer hatte die Frau seines Trainers attackiert.

Tatsunami, Chef der gleichnamigen Ringerschule in Tokio, hatte Kummer mit seinem gelehrigsten Schüler, dem Sumo-Großmeister Futahaguro, 24: „Eigenwillig" sei der 199 Zentimeter große, 161 Kilogramm schwere Muskelprotz, befand der Boss; „brutal", auch im privaten Umgang, nannten ihn schwächere Kampfkollegen.

Da sollte eine ordentliche Standpauke den Charakter des Sportlers stärken. Zur moralischen Unterstützung bat der Trainer noch den Vorsitzenden der Fan-Vereinigung seines aufmüpfigen Zöglings, einen 88jährigen Greis, und seine Frau Chieko, 46, hinzu.

Doch Futahaguro zeigte keine Demut: Erregt drohte er dem alten Herrn statt Entschuldigungen Fußtritte an; Frau Chieko, die begütigend dazwischenging, schubste er beiseite – sie stürzte durch eine pappbespannte Schiebetür und mußte ärztlich versorgt werden.

Wütend packte Futahaguro seine Habseligkeiten und rannte aus der Sumo-Schule, in der er, wie andere Berufsringer auch, seit seiner Jugend gelebt, trainiert, gekämpft hatte. „Ich komme nie mehr hierher zurück", brüllte er noch seinen Lehrmeister an.

Das darf er nun auch gar nicht mehr. Vier Tage nach der Rangelei schloß der Vorstand des japanischen Sumo-Verbandes den unbeherrschten „rikishi" (Berufs-Sumo-Kämpfer) aus der Standesorganisation aus – und verhängte damit praktisch ein lebenslanges Berufsverbot gegen Futahaguro.

Der eher harmlose Zwist in Sumo-Kreisen wuchs unversehens zu einem nationalen Skandal. Denn wenn es um ihre dicken Männer geht, verstehen Japaner weniger Spaß als Engländer beim Kricket.

Sämtlichen überregionalen Zeitungen Japans war Futahaguros Knuff mehrspaltige Berichte auf der Titelseite wert; die halbstaatliche Fernsehgesellschaft NHK brachte den Sündenfall als Topmeldung in den Abendnachrichten; mehrere Sportzeitungen mit Millionenauflagen widmeten dem geschaßten Sumo-Star die ganze erste Seite.

Für viele Japaner ist Sumo eben mehr als nur ein (auf Außenstehende komisch wirkender) Sport, bei dem zwei halbnackte übermästete Kolosse aufeinander losspringen und sich in Sekundenschnelle aus einem Viereinhalb-Meter-Kreis drängen oder zu Fall bringen wollen. Das Durchschnittsgewicht der Sumotori in der höchsten Kampfklasse liegt bei 143 Kilogramm; Meister Konishiki („Kleiner Brokat"), 23, brachte vor dem jüngsten Turnier gar 242 Kilogramm auf die Waage.

Sumo-Großmeister Futahaguro (l.): „Ich komme nie mehr zurück"

Sumo ist Weltanschauung. Die Ringer – rund 800 Mitglieder zählt der Sumo-Verband derzeit, mehr als je zuvor – leben und kämpfen in einer Welt für sich, abgeschottet gegen alle Fremdeinflüsse von außen, gegliedert in festgefügte Hierarchien.

Die Welt des Sumo ist ein getreues Abbild der japanischen Feudalgesellschaft von einst, als heldenhafte Samurai den Ton angaben, soziale Mobilität unbekannt war und jeder seinen vorbestimmten Platz in der Gesellschaft hatte – und sich auch damit beschied. Das macht traditionsbewußten Japanern die Sumo-Welt so attraktiv.

Mehr noch: Sumo ist eng verwoben mit dem Schintoismus, der Japan eigenen Religion. Fußestampfen und andere Kampfrituale, wie sie heute einen Großteil des Sumo-Ringens ausmachen, entspringen uralten religiösen Bräuchen. Schafft es ein Sumo-Ringer, sich den höchsten Rang eines „yokozuna" (Großmeister) zu erkämpfen, was in über 300 Jahren lediglich 62 Sumotori gelang, so absolviert er seinen ersten zeremoniellen Auftritt unter den Segnungen von Schinto-Priestern vor dem Meiji-Schrein in Tokio. Der japanische Kaiser ist nominell Oberpriester des Schintoismus; der Tenno ist damit auch oberster Gönner und Patron der Sumo-Kämpfer.

Sechs Sumo-Turniere von je 15 Tagen werden jährlich in Japan ausgetragen – vom Fernsehen landesweit live ausgestrahlt. Die Rangfolge der Ringer wird nach jedem Turnier neu bestimmt: Wer die Mehrheit seiner 15 Kämpfe gewinnt, bekommt einen höheren Status. Wer verliert, wird zurückgestuft. Dem Gesamtsieger eines Turniers stehen etliche Millionen Yen und der „Kaiserpokal" zu.

Nur die Großmeister können nicht degradiert werden. Wer dennoch zu häufig verliert, dem wird nahegelegt, sich vom aktiven Sport zu verabschieden.

Die Yokozuna werden von vielen Japanern wie Halbgötter verehrt. Das verpflichtet. Nach seiner Ernennung wird jeder Großmeister darauf vereidigt, dem „hehren Rang des Yokozuna entsprechend zu leben". Das heißt aber nicht nur, daß er sich beispielhaft betragen muß – er soll auch unbezwingbar erscheinen.

Daran haperte es bei Futahaguro. Er war der erste und einzige Großmeister in der 2000jährigen Sumo-Geschichte (der erste Sumo-Kampf wurde nachweislich im Jahre 23 vor Christus ausgetragen), der kein einziges größeres Turnier für sich entscheiden, geschweige denn den Kaiserpokal erringen konnte.

Experten in Tokio glauben denn auch, daß die Funktionäre sich nicht getraut hätten, Futahaguro nach seiner Tätlichkeit rauszuschmeißen, wenn er eine strahlende Siegerfigur gewesen wäre. So aber konnte der Verband den Fehler wiedergutmachen, den er selbst begangen hatte, als er vor anderthalb Jahren einen Unwürdigen auf den Großmeister-Thron gehievt hatte.

Natürlich kommt es in der auf Unterordnung und Harmonie gedrillten Schulwelt des Sumo einem Sakrileg gleich, die Hand gegen die Frau des Lehrmeisters zu heben. „Das ist, als ob man seine eigene Mutter schlüge", schauderte es einem Verbandsfunktionär.

Aber schlimmer noch ist Erfolglosigkeit. „Es gibt Dinge", sagt Futahaguros Ex-Coach Tatsunami, „die selbst ich nicht verzeihen kann." ◆

Die Morgenmaschine in die Zukunft.

Der Braun micron® vario 3 universal L mit 3-Stufen-Schersystem. Mit Combi-Schnitt-Rasur, ausfahrbarem Langhaarschneider, platinveredeltem Scherblatt, Ladekontrolle, Kapazitätsanzeige, automatischer Spannungsanpassung, Überladeschutz und two-way-Technik: Für gründliches und hautschonendes Rasieren mit Kabel und bis zu 14 Tagen ohne. Im guten Fachgeschäft als Netz/Akku- und Netzgerät erhältlich. **Good morning future.**

BRAUN

In den Abgrund

Frankreichs Regierung wollte den staatlichen Autokonzern Renault auf eigene Füße stellen. Der Versuch scheiterte – vorerst.

Für das neue Jahr hatte sich Raymond Lévy, Chef des französischen Staatskonzerns Renault, viel vorgenommen: „Wir werden keine Anstrengung scheuen, um Renault zum prosperierendsten Autounternehmen Europas zu machen."

Kurz vor der Jahreswende konnte Lévy außer großen Worten dann auch ein paar harte Zahlen bieten. Nach jahrelangen Verlusten rechnete Renault für 1987 erstmals wieder mit einem ordentlichen Gewinn – bis zu umgerechnet einer Milliarde Mark.

Renault-Chef Lévy: „Das Leben des Unternehmens steht auf dem Spiel"

Wichtiger noch: Schon im Januar sollte das Staatsunternehmen von einem Teil der Bürde befreit werden, unter der es zu ersticken droht. Ministerpräsident Jacques Chirac wollte Frankreichs größtem Unternehmen (fast 40 Milliarden Mark Umsatz, 74 000 Beschäftigte) Schulden in Höhe von 12 Milliarden Franc (3,5 Milliarden Mark) erlassen.

Der Staatskonzern hat inzwischen fast 55 Milliarden Franc Schulden – der Betrag liegt weit über dem Eigenkapital. Jedes Privatunternehmen wäre da in Konkurs gegangen.

Der Erlaß von 12 Milliarden Franc sollte, so Chirac, die „ein für allemal letzte" Infusion zur Sanierung des höchstverschuldeten Autokonzerns der Welt sein. Denn gleichzeitig, so hatte es der Premierminister vor, sollte die Régie Nationale des Usines Renault in eine ganz normale Aktiengesellschaft umgewandelt werden.

Fortan würde die Société Anonyme Renault wie jedes Privatunternehmen sich allein nach den strengen Regeln der Rentabilität zu richten haben. „Die Gesellschaft", meinte Industrieminister Alain Madelin, „kann sich nicht länger mehr auf den Rettungsschirm des Staates verlassen."

Auf diese Weise wollte Chirac den Konzern reif machen für die spätere Privatisierung. Die Rückführung der staatlichen Unternehmen in Privateigentum gehört zum Herzstück der Wirtschaftspolitik unter Jacques Chirac – ganz nach dem Vorbild von Margaret Thatcher in Großbritannien.

Doch Chirac und sein Industrieminister hatten ihre Rechnung für Renault ohne die Kommunisten gemacht. Die Abgeordneten der Kommunistischen Partei Frankreichs (KPF) brachten 3500 Zusatzanträge zum Umwandlungsgesetz im Parlament ein und lähmten so die Gesetzgebungsmaschinerie.

Nur über eine Sondersitzung der Nationalversammlung wäre es der Regierung möglich gewesen, noch vor den Präsidentschaftswahlen im Frühjahr das Renault-Gesetz durchzupauken. Doch über eine Sondersitzung des Parlaments bestimmt nach der Verfassung Frankreichs der Staatspräsident. François Mitterrand, der vor sieben Jahren seine erste Amtszeit mit einem umfassenden Verstaatlichungsprogramm begonnen hatte, lehnte ab.

Das ist bitter für die Regierung und die Régie Renault. Der Konzern werde, urteilte das Wirtschaftsblatt „Les Echos", „in den Abgrund zurückgestoßen, in dem eine archaische Ideologie das Unternehmen schon fast begraben hatte".

Seit Ende des Zweiten Weltkriegs war Renault für die Franzosen stets mehr als nur ein Unternehmen, das Autos baut. General de Gaulle hatte 1945 die Übernahme der Renault-Werke in Staatsbesitz verfügt – Vergeltung dafür, daß Firmengründer Louis Renault (er starb bereits 1944) allzu eng mit den Nazi-Besatzern kollaboriert hatte.

Renault wurde zum Symbol für die besondere Spielart dirigistischer Staatswirtschaft im Nachkriegs-Frankreich. Die Firma hat, so legt es ihr Statut fest, dem „ausschließlichen Interesse der Nation" zu dienen. Für Frankreichs Linke war Renault lange ein überzeugender Beweis für den Erfolg staatlicher Wirtschaftslenkung.

Die Gewerkschaften, allen voran die von der KPF kontrollierte CGT, machten aus der Firma ein Vorzeige-Unternehmen für soziale Errungenschaften.

Renault führte als erstes Unternehmen Frankreichs eine Art Betriebsrat ein, Renault-Arbeiter erzwangen 1955 als erste drei Wochen bezahlten Urlaub (heute fünf Wochen), und in Lohnverhandlungen spielten die Renault-Beschäftigten fast immer die Vorreiter. Auch heute zahlt Renault noch etwa 15 Prozent mehr als der private Konkurrent Peugeot. Beim Mai-Aufstand der Studenten 1968 solidarisierten sich ungelernte Renault-Arbeiter mit der Akademiker-Jugend.

Die Staatsmanager leisteten häufig nur hinhaltenden Widerstand gegen die Bemühungen, die Autofirma zum Pionier sozialen Fortschritts zu machen. Mochten die Kosten explodieren und die Schulden sich noch so hoch türmen – der Eigentümer Staat bot die Überlebensgarantie. Immer neue Milliarden pumpte die Regierung in den Staatsbetrieb, allein von 1983 bis 1986 acht Milliarden Franc.

Zwar verletzte Paris damit nach Ansicht der EG-Kommission die Gesetze der Wirtschaftsgemeinschaft. Danach ist es verboten, einzelnen Unternehmen mit Subventionen Wettbewerbsvorteile gegenüber den Konkurrenten zu verschaffen. Aber Industrieminister Madelin besänftigte die EG-Wettbewerbshüter mit dem Versprechen, daß Renault als Aktiengesellschaft bald endgültig auf eigenen Füßen stehen werde.

Das Versprechen scheint Madelin nun so bald nicht einlösen zu können. Bei dem Versuch, das Staatsunternehmen mit immer neuen Finanzhilfen – vorgesehen sind nun erst einmal drei Milliarden Franc – zu stärken, wird er deshalb mit hartem Widerstand der Brüsseler Kommission rechnen müssen.

Ohne staatliche Hilfe aber geht es nicht. Allein auf die zwölf Milliarden Franc, die Paris der Autofirma erlassen wollte, muß Renault 800 Millionen Franc Zinsen zahlen. Insgesamt lastet auf dem

Sie müssen nicht alles lesen, um das Wichtigste zu wissen.

trendletter wertet für Sie über 100 internationale Wirtschaftszeitschriften und Fachblätter aus und faßt das Wichtigste in konzentrierten Highlight-Informationen zusammen. Sie sparen zweierlei: viel Zeit und mindestens 40 000 Mark. Denn so viel kosten die ausgewerteten Publikationen im Jahr. Alle Informationen mit Quellenangaben.

manager magazin
trendletter

Auswertung und Analyse internationaler Fach- und Wirtschaftspresse
Redaktion Speersort 1 (Pressehaus), 2000 Hamburg 1, Telephon (040) 30 80 05-41, Telex: 2 162 477 Fax (040) 30 80 05-49 Verantwortlich für den Inhalt Christian Hoppe Verlag manager magazin Verlagsgesellschaft mbH, Brandstwiete 19, 2000 Hamburg 11 trendletter erscheint wöchentlich, Jahresbezugspreis DM 200,– (zuzüglich Porto) Druck Giesel, Hamburg Abonnentenservice Telephon (040) 30 07-624 Verlagsleitung Dr Heinz Gerhardt

Nr. 51 14. Dezember 1987

WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNGEN

Kampf der Eurosklerose

Die stetige Zunahme des grenzüberschreitenden Warenverkehrs in Europa erfordert nach Meinung von Fachleuten dringend bessere Kommunikationsmöglichkeiten. Computernetzwerke zur Automatisierung der Handelsabwicklung sind in der Vergangenheit häufig am mangelnden Datenstandard in Industrie und Handel gescheitert. Doch das soll sich ändern. Die Lösung heißt EDIFAC und steht für "Electronic Data Interchang for Administration, Commerce and Tran port". Die vor der ISO (International Sta dards Organization) anerkannte Norm wu kürzlich von allen wichtigen Industr staaten ratifiziert und soll die Hand abwicklung der beteiligten Länder wes lich erleichtern.
Auf Basis dieser Norm entstehen derze Europa zahlreiche paneuropäische E steme (Electronic Data Interchange etwa vor kurzem der Datenverbund größten Chemiekonzerne Europas. N sicht der Experten wird durch die steme die Wettbewerbsfähigke europäischen Industrie ganz ent gestärkt, da die Wirtschaft die keit hat, in vielen Fällen auf Dokumente bei der Abwicklung im verzichten.
Zwar gibt es schon seit Jahren v chende internationale Datennet strie, doch handelt es sich m lierte Lösungen einzelner I diese Netze mit eigenen Sta mehr zu integrieren waren, sich für den branchenübergr FACT-Standard. Die Vorteil sind für die Industrie ein kann man sich auf ein Syste

tausch konzentrieren und die Daten können effektiver übermittelt werden.
Die Grundvoraussetzungen für einen weltweiten Handelsdatenaustausch sind damit geschaffen, doch bevor sich EDI-Systeme durchsetzen, müssen noch einige Fragen geklärt werden. So sind beispielsweise elektronische Rechnungen nicht allen europäischen Ländern erlaubt. Weitere Problemfelder betreffen die unterschiedlichen Standards der nationalen Postgesellschaften sowie die Überwachung des vereinbarten ... Aber auf diesen Gebieten will ... künftig verstärkt koor- (BUSINESS INTERNA-

trendletter 51/87

trendletter **erscheint wöchentlich.**
Themenschwerpunkte: Neue Produkte, Branchen und Märkte, Technologie, Unternehmensstrategie, Zukunftsinformationen, Verbraucherverhalten, Marketing.

Testen Sie trendletter **mit einem Probeabonnement: vier Ausgaben für nur DM 15,40 plus Porto.**

trendletter
Wir machen's kurz

Ja trendletter **interessiert mich. Bitte schicken Sie mir die nächsten vier Exemplare für nur DM 15,40 plus Porto zum Testen.**

Wenn ich **trend**letter anschließend nicht regelmäßig lesen möchte, teile ich Ihnen dies spätestens 10 Tage nach Erhalt der vierten Ausgabe schriftlich mit. Wenn ich nichts von mir hören lasse, erhalte ich **trend**letter künftig wöchentlich im Abonnement. Der Preis für das Jahresabonnement beträgt DM 200,– plus Porto. SP 2

X
Datum Unterschrift

Vor- und Zuname des Abonnenten Firma Titel/Position

Straße und Hausnummer/Postfach PLZ/Wohnort/Land

Garantie: Mir ist bekannt, daß ich diesen Auftrag innerhalb von 14 Tagen mit einer schriftlichen Mitteilung an die manager magazin Verlagsgesellschaft mbH widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung. Nach Beginn des Abonnements beträgt die Kündigungsfrist 3 Monate zum Ende eines Bezugsjahres.

X
Unterschrift

Bitte senden Sie diesen Coupon an: manager magazin Verlagsgesellschaft mbH, Abonnenten-Service, Postfach 11 10 60, D-2000 Hamburg 11, oder rufen Sie einfach an: Stephan Schaper, Tel. (040) 30 07-624

Konzern eine jährliche Zins-Bürde von fünf Milliarden Franc.

„Wir werden niemals wettbewerbsfähig", erkannte Renault-Chef Lévy, „wenn der Staat unsere Bilanz nicht in Ordnung bringt. Das Leben des größten Industrieunternehmens in Frankreich steht auf dem Spiel."

Dabei schien Lévy auf dem besten Weg, den langen Niedergang der Firma endlich zu stoppen.

Zu hohe Produktionskosten, zu geringe Produktivität, eine ineffiziente Unternehmensstruktur und eine unglückliche Hand in der Modellpolitik machten dem Konzern seit den frühen achtziger Jahren zu schaffen.

Der Marktanteil sackte in Frankreich von über 40 Prozent auf nur gut 30 Prozent, in der EG von nahe 15 auf rund 10 Prozent.

Nicht einmal den R 5, einen der meistverkauften Wagen der Welt, produzierte das Unternehmen rentabel, behaupten Experten. Allein von 1984 bis 1986 machte Renault 27 Milliarden Franc Verlust.

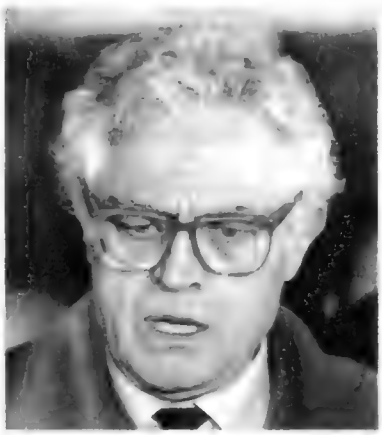
Weil es dem langjährigen Renault-Chef Bernard Hanon nicht gelang, die Staatsfirma aus der Krise zu führen, mußte er 1985 seinen Stuhl räumen. Nachfolger Georges Besse brach sogleich mit einem Tabu: Er setzte Massenentlassungen durch.

Als Besse im November 1986 von Terroristen ermordet wurde, beschäftigte Renault noch nahezu 80 000 Leute. Heute sind es knapp 74 000.

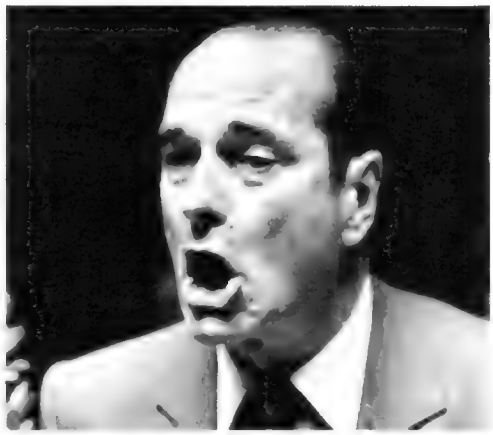
Auch Lévy nämlich, der nach Besse kam, ist nichts Besseres eingefallen: Er baut weiter ab – Mitte der neunziger Jahre sollen nur noch 45 000 Menschen bei Renault arbeiten.

Le Pen (Front national)

Marchais (Kommunisten)



Jospin (Sozialisten)



Chirac (Gaullisten)

Französische Parteiführer: Merkwürdige Allianzen

FRANKREICH

Bares in der Tüte

Die Parteien konnten bisher ungestraft aus trüben Quellen schöpfen. Jetzt soll erstmals ein Gesetz für mehr Offenheit bei der Geldbeschaffung sorgen.

So gern die fünf französischen Parteichefs sonst für Pressephotographen posieren – *gemeinsam* wollten sie nicht aufs Bild. Ihr Wunsch nach Diskretion fand Verständnis beim gaullistischen Premierminister Jacques Chirac, der die Runde in seinen Pariser Amtssitz, das Hôtel Matignon, geladen hatte: „Keine Photos, keine Kameras; das ist doch kein Zirkus "

Zu Gast bei Chirac waren, zuletzt im Dezember 1987, die Top-Repräsentanten der in der Nationalversammlung vertretenen Parteien: Jacques Toubon, Generalsekretär der Gaullisten-Bewegung RPR; Jean Lecanuet, Chef der rechtsliberalen Sammeltruppe UDF; Lionel Jospin, Erster Sekretär der Sozialistischen Partei (PS); KPF-Boß Georges Marchais und der Führer des rechtsradikalen Front national (FN), Jean-Marie Le Pen.

Zirkusartisten sind die Herren sicher nicht, aber Magier allemal: Obwohl ihre Parteien offiziell nur bescheidene Einnahmen durch Mitgliedsbeiträge kassieren, zaubern sie vor jedem Wahlkampf Dutzende, die großen sogar Hunderte von Millionen Franc hervor.

Woher das Geld kommt, wissen nur wenige Eingeweihte. Die Spenderquellen liegen im dunkeln oder lassen sich bestenfalls erahnen – die rechten Regierungsparteien zapfen vornehmlich Industrie und ministerielle Sonderfonds an, die Linken bedienen sich überwiegend bei regionalen Körperschaften und in den Rathäusern. „In Frankreich", so resümierte das Linksblatt „Libération", „leben Zaster und Demokratie in einem schändlichen Konkubinat."

Kein Gericht, kein Rechnungshof, keine Untersuchungskommission konnte je Einnahmen und Ausgaben der Parteien prüfen. Denn Frankreich hat bisher kein Gesetz über Parteien- und Wahlkampf-Finanzierung.

Diesem Zustand wollen der Gaullist Chirac und die Parteifunktionäre nun ein Ende bereiten – jedenfalls tun sie so. Bis Ende dieses Monats sollen dem Parlament zwei Gesetze präsentiert werden, welche die Wahlkampfkosten begrenzen, die Volksvertreter zur Offenlegung ihrer Vermögensverhältnisse zwingen und die Finanzierung der Parteien regeln.

Bei der Vorbereitung kam es zu merkwürdigen Allianzen: Der Gaullist Toubon kämpfte gemeinsam mit dem Kommunisten Marchais gegen Transparenz bei der Franc-Beschaffung. Der eine wollte seine industriellen Gönner schützen, der andere offenbar lieber mit Gerüchten weiterleben, die KPF lasse sich von Moskau aushalten, als die Wahrheit enthüllen.

Gegen die beiden fochten der Linke Jospin und der Ultrarechte Le Pen Seite an Seite für mehr Ehrlichkeit bei der Offenlegung von Spenden. Als Belohnung wollen sie Zuschüsse vom Staat (viele Spenden bekommen ihre Parteien ohnehin nicht).

Daß es überhaupt zu der Vorlage kam, ist dem sozialistischen Staatschef François Mitterrand zu verdanken. Der Präsident war am 16. November in einem Rundfunkinterview zu illegalen Munitionsgeschäften Frankreichs mit dem Iran befragt worden. An den Provisionen, die in dieser Affäre geflossen sind, soll die damals regierende Sozialistenpartei kräftig mitverdient haben.

Der trickreiche Mitterrand, der von dem krummen Geschäft womöglich gewußt hat, machte aus dem drohenden Sozialistenskandal kurzerhand ein Pro-

blem aller Parteien: Frankreich brauche, so der Präsident, ein Gesetz zur Lösung der Finanzierungsfrage, „die das Leben der Republiken seit mehr als hundert Jahren vergiftet hat".

Die Überrumpelung gelang. Zähneknirschend willigten selbst die reichen Gaullisten, die immer „mit allen vier Rädern gebremst" („Le Figaro") hatten, in eine Gesetzesinitiative ein.

Das Problem rührt an die Fundamente aller Parteien. Die leben nämlich, so PS-Schatzmeister André Laignel, in einem „völlig absurden Status": RPR und UDF existieren als lose Verbände im Rahmen des Gemeinnützigkeitsgesetzes von 1901, sie dürften also weder Vermögen haben noch Spenden annehmen. PS und KP sind nicht näher definierte „Vereinigungen".

spezialist Jacques Séguéla (er trug 1981 mit originellen Wahlplakaten zu Mitterrands Sieg bei), wird der KP-Kandidat André Lajoinie 80 Millionen Franc ausgeben, der sozialistische Bewerber – ob Mitterrand oder ein anderer – 100 Millionen, Jacques Chirac gar 500 Millionen. Der Wahlkampfleiter des UDF-Kandidaten Raymond Barre veranschlagt die Kampagne seines Chefs auf 200 Millionen.

Daß die Rechten enorme Summen von der Industrie erhalten, ist ein offenes Geheimnis. Der 1986 verstorbene Flugzeug- und Elektronik-Industrielle Marcel Dassault etwa honorierte sein Beinahe-Monopol als Kampfflugzeug-Lieferant der Luftwaffe mit Unsummen an die Gaullisten, zahlte aber sicherheitshalber auch an die Linken. Einmal, so ist über-

tienkäufe wenige Wochen vor der amtlich geheimgehaltenen Umstrukturierung der Elektrogiganten Thomson und CGE „mehrere hundert Millionen" verdienten. Ein Teil des Gewinns floß womöglich in Parteikassen.

Parteien, die nicht an der Regierung sind, behelfen sich anderweitig. So gilt es als selbstverständlich, daß Sozialisten und Kommunisten die Rathauskassen „melken". Eigens gebildete Kommissionen kassieren für die Partei bei jedem ab, der dem Rathaus Schreibmaschinen verkaufen, im Vorort einen Supermarkt eröffnen, eine Siedlung hochziehen oder Straßen bauen will.

So anrüchig viele Geldbeschaffungsmethoden sein mögen – selten endet eine Affäre vor Gericht. Erwischt hat es den früheren sozialistischen Entwicklungsmi-

Pariser Nationalversammlung: „Zaster und Demokratie leben in einem schändlichen Konkubinat"

Offiziell kassieren alle Parteien nur Mitgliedsbeiträge und intern festgelegte Anteile an den Diäten ihrer Abgeordneten. Aber mit diesen Einkünften könnten sie kaum die nötigsten Auslagen für Geschäftsstellen und hauptamtliche Mitarbeiter decken. Denn die Franzosen engagieren sich zwar für politische Parteien, aber sie treten ihnen nicht gern bei. So zählt die größte, die gaullistische RPR, nur etwa 250 000 Mitglieder, der PS rund 180 000, der FN Le Pens um die 70 000.

Bei den Millionenkosten für Reisen, Plakate, Saalmieten, Werbeagenturen, TV- und Radiospots wäre keine Partei in der Lage, eine Wahlkampagne zu führen, wenn alles mit rechten Dingen zuginge.

Für die Präsidentschaftswahlen im April, so errechnete der Pariser Werbe-

liefert, half er gaullistischen Geldboten, die all das Bare nicht in den mitgebrachten Papiertüten verstauen konnten, mit Aktentaschen aus, die den Namen seiner Unternehmen trugen.

Systematisch wird auch die Staatskasse angezapft. Nie ist dementiert worden, daß die etwa 400 Millionen Franc, die im Staatshaushalt den Ministerien zur „besonderen Verwendung" zugewiesen werden, letztlich in die Kassen der jeweiligen Regierungspartei fließen. Offen, wenn auch ohne Namensnennung, berichtet die französische Presse, daß Minister Staats- und Exportaufträge an politische „copains" (Kumpel) vergeben, die sich mit fetten Provisionen revanchieren.

Auch Insider-Tips der Regierung an die Industrie können sich als einträglich erweisen. „Le Point" berichtete, daß 1983 Spekulanten durch rechtzeitige Ak-

nister Christian Nucci. Ihm droht ein Verfahren vor dem für beschuldigte Regierungsmitglieder zuständigen Sondergericht „Haute Cour de justice".

Nucci und sein Kabinettschef hatten es allzu ungeniert getrieben – sie sollen mit gefälschten Schecks dem PS Wahlgelder aus einem Entwicklungsfonds zugeschleust haben. Doch angesichts der gängigen Praktiken scheuen sich Pariser Politiker nicht, im privaten Gespräch das Verfahren gegen Nucci eine „Heuchelei" zu nennen.

Ob nun vor den Präsidentschaftswahlen ein Gesetz zustande kommt oder nicht – in der französischen Öffentlichkeit ist der Ruf der Parteien ohnehin ruiniert. Nach Umfragen des Sofre-Instituts sind 79 Prozent der Franzosen überzeugt, daß ihre Politiker lügen, 42 Prozent halten sie generell für korrupt. ◆

Böse Schlieren

Um den lukrativen Sex-Tourismus nicht zu gefährden, spielt die Regierung in Bangkok die Ausbreitung der Seuche Aids hartnäckig herunter.

Das Geschäft läuft nur noch schleppend im „Mona Lisa", einem der bekanntesten Etablissements für Massagen und intimere Dienste in Bangkoks Rotlichtviertel an der New Petburi Road. Selbst ausgefallene Werbung zieht nicht mehr.

Seit kurzem prangt am Eingang das Konterfei eines Arztes, die Diplome in Ablichtung gleich daneben, um potentiellen Kunden zu versichern, in diesem Hause werde medizinisch überwachter, sauberer Sex geboten. Die meisten der über 100 „Mona Lisa"-Damen können ihren Freiern neuerdings sogar „Mona Clinic & Lab"-Karten, zu erneuern alle drei Monate, vorzeigen, die sie als kerngesund ausweisen.

Bordell in Bangkok: „Panik schadet dem Tourismus"

Dennoch, klagt Puff-Manager Tschirasak Buraphan, seien die Einnahmen in den letzten Monaten um 40 Prozent gesunken, verdienten seine numerierten Girls statt wie früher 10 000 Baht nunmehr im Monatsdurchschnitt nur noch 3000 Baht (214 Mark).

Die Angst geht um in Bangkoks Bordellen, die Furcht vor der Killer-Krankheit Aids.

Auch im Massage-Etablissement „Cleopatra" hat das Management die tödliche Gefahr erkannt – und angeblich gebannt: „Überwältigende Beweise zeigen", meint der Betreiber, „daß Nichtasiaten eher Aids-infiziert sind als Asiaten." Deshalb ist das „Cleopatra" – andere Bordelle folgten flugs seinem Beispiel – seit dem Herbst „off limits" für Europäer und Amerikaner. Die sexhungrigen Passagiermassen der Bums-Bomber aus Japan jedoch, dem Land mit der weitaus höchsten Aids-Krankenrate in Asien, können weiterhin ungestört preiswerter Fleischeslust frönen.

Die Ansicht, Aids sei ein Importartikel aus Übersee, und wenn die Asiaten unter sich kopulierten, drohe keinerlei Gefahr, ist in Thailand weit verbreitet. So rechnete unlängst ein Beamter des Gesundheitsministeriums zur allgemeinen Beruhigung in der „Bangkok Post" vor, seit 1984, Bangkoks Aids-Jahr Null, seien in Thailand lediglich elf Aids-Fälle gemeldet worden. Ausschließlich habe es sich dabei um homosexuelle Nichtasiaten oder um Thais mit sexuellen Kontakten zu Nichtasiaten gehandelt.

Das konnte nicht unwidersprochen bleiben. Einen „alarmierenden Trend" macht etwa Thira Ramasutra, Vize-Chef der Seuchenkontrollbehörde, aus: Von 150 amtlich bekannten Aids-Infizierten in Thailand seien elf Prostituierte, sieben heterosexuelle Männer, 60 Homosexuelle und 72 drogensüchtige Fixer. Ausländer kommen in dieser Statistik nicht vor: Alle infizierten Nichtthais hätten das Land bereits wieder verlassen.

Professor Prasert Thongtscharoen vom Sirirat-Hospital scheinen die Regierungszahlen arg geschönt. Nach seinen Untersuchungen, erklärte er jüngst auf einem Fachsymposium, gebe es schon rund 700 Träger des tödlichen Virus in Thailand. Und sein Kollege Tschidpong Tschaiwasu will gar genau errechnet haben, daß bei gleichbleibender Ausbreitung die Zahl der Aids-Infizierten bis 1992 auf über 250 000 hochschnellen wird.

Bangkoks Presse brachte die Horrorzahlen in großer Aufmachung – und handelte sich damit umgehend einen Rüffel der Regierung ein: „Die Massenmedien sollten ihre Berichte über die Aids-Lage nicht aufbauschen", tadelte Gesundheitsminister Terdpong Dschajanandana, „damit negative Auswirkungen auf das Image des Landes vermieden werden."

Darum geht es: Das Bild vom internationalen Sextourismus-Paradies Thailand kriegt durch Aids böse Schlieren. Der Tourismus ist einer der wichtigsten Devisenbringer Thailands. „Seien wir doch ehrlich", meinte vor einiger Zeit Regierungssprecher Mitschai Wirawaidja, „wenn es keinen Sex gäbe, gäbe es auch nicht soviel Tourismus."

In der ersten Jahreshälfte 1987 flogen 1,14 Millionen ausländische Vergnügungsreisende nach Thailand. Das größte Kontingent, fast 150 000, stellten dabei die Japaner – nicht verwunderlich bei der Beliebtheit, der sich pauschal arrangierte, offen so genannte „Sex-Tours nach Bangkok" bei Nippons Männerwelt erfreuen. Und auch die sprichwörtlichen Bums-Bomber aus Deutschland waren weiter gut belegt: Über 100 000 Bundesbürger zog es im vergangenen Jahr nach Thailand – es werden immer mehr.

Diesem wichtigen volkswirtschaftlichen Faktor trägt die Regierung in Bangkok Rechnung – auch wenn sie dafür schummeln muß. „Immerzu über Aids reden trägt Panik in die Bevölkerung", meinte vor einem halben Jahr noch ein Staatssekretär im Gesundheitsministerium, „und Panik hat sicher Auswirkungen auf den Tourismus."

Der Angstbekämpfung diente auch die jüngste Anweisung der Polizei in Bangkok an Verleger und Redakteure, in den Tageszeitungen keine offene Werbung mehr für Homo-Treffs und „Dienstleistungen" – amtlicher Bordell-Euphemismus – zu dulden. Solche Anzeigen könnten ein „falsches Bild von thailändischer Kultur" schaffen. Das Problem soll weggeschwiegen werden.

Einen Filmbericht der Londoner TV-Gesellschaft „Channel 4" über Prostitution und Aids in Thailand ließ Bangkok auf diplomatischem Wege als „ungezogen und irreführend" rügen – weil Schönredner der Regierung nicht zu Worte kamen. Schließlich sei doch, so Vinit Assawasena, Generaldirektor der Seuchenkontrollbehörde, „die Lage nicht ernst".

Immerhin hat sich Bangkoks Regierung in jüngster Zeit zu dem Eingeständnis durchgerungen, daß der so sorgsam gepflegte Mythos vom Aids-freien Thailand eben nicht mehr als ein Mythos war.

Erstmals in seiner Geschichte bekam das Gesundheitsministerium Besuch von

einem amtierenden Regierungschef: Ministerpräsident Prem begehrte persönlich Aids-Aufklärung. 43 Millionen Baht (drei Millionen Mark) stellte die Regierung nun für ein Aids-Forschungs- und -Aufklärungsprogramm bereit – verteilt auf vier Jahre. Die Touristenwerbung im Ausland hingegen läßt sie sich jährlich 170 Millionen Baht (zwölf Millionen Mark) kosten.

Krankenhäuser sind angewiesen, Aids-Verdächtige den Behörden zu melden – doch die können nicht mehr tun, als den so statistisch Erfaßten gut zuzureden. Es machte Schlagzeilen, als ein Arzt vor drei Monaten in Bangkok preisgab, eine seiner Patientinnen, ein landesweit bekanntes Covergirl, sei an Aids erkrankt. Obgleich er ihr aber klargemacht habe, welche Gefahr sie nun für andere darstellen könnte, habe sich die 19jährige Titelschöne geweigert, künftig von ihrem lukrativen Nebenjob als Callgirl zu lassen.

Hilfe ist dringend notwendig – und das Ausland hilft: USAID, das amerikanische Amt für Internationale Entwicklung, lieferte Thailand 135 Millionen Kondome zur kostenlosen Verteilung in der Bevölkerung.

Noch wichtiger aber ist Aufklärung: Die nach 30 Jahren aus den USA heimgekehrte Krankenschwester Sommatra Troy, engagierte Vorkämpferin einer thailändischen Anti-Aids-Kampagne, glaubt, daß die Mehrheit ihrer Landsleute überhaupt nicht weiß, was und wie gefährlich Aids ist – weil die Regierung nur halbherzig informiert.

„In Amerika wurde die Seuche auch erst richtig ernst genommen, als Rock Hudson daran starb", sagt Sommatra Troy. „Wenn also das nötig ist", um einen Schock auszulösen und das Bewußtsein zu schärfen, „dann möchte ich, daß ein prominentes Regierungsmitglied an Aids stirbt."

Obdachlose in New York: „Wer ist hier der Verrückte?"

NEW YORK

Offenes Geschwür

Bürgermeister Koch will die Obdachlosen von der Straße wegbringen – mit fragwürdigen Methoden.

Joyce Brown ist 40, sieht aus wie 60 und hat schwarze Haut. Fast ein Jahr lang lebte sie auf zwei Quadratmeter New Yorker Bürgersteig. Wenn es stürmte und schneite, wärmte sie sich vor der Abluftdüse eines Restaurants.

Da es in New York nicht viele öffentliche Toiletten gibt, verrichtete Joyce ihre Notdurft im Rinnstein der 65. Straße. Von Passanten nahm sie am liebsten Münzen. Dollarnoten verbrannte sie demonstrativ, um Straßenräuber nicht in Versuchung zu bringen. Die feinen Pinkel von der East Side pöbelte sie routinemäßig an.

Henry von der Wall Street ist auch so eine Type. Eine schwarze Roßhaardecke über den Kopf gezogen, steht er seit fünf Jahren am selben Platz und starrt in den Himmel. Wenn es kalt ist, begibt er sich in eine Wolke warmer Luft, die aus dem U-Bahn-Schacht quillt. Dabei brabbelt er sich eine Traumexistenz vor: In seiner Phantasie lenkt er 30 vollbusige, blonde Straßen-Dirnen, die ihm ihren Verdienst abliefern.

Zwangspatientin Joyce Brown (r.), Bürgerrechtler Siegel
„Das Grundrecht, obdachlos zu sein"

Psychisch krank? Einfach elend? Joyce Brown und Henry sind zwei von 50 000 Pennern in der großen Stadt, amtlich „homeless" (Obdachlose) genannt. Die Homeless haben ihre eigene Romantik. Viele Stadtstreicher wollen gar nicht anderswo leben; sie lieben die Straße.

Doch die bürgerliche Gesellschaft, repräsentiert durch Bürgermeister Ed Koch, will die Penner von der Straße haben. Sie stören dort, wo inzwischen aufgeräumt ist: in den feineren Stadtvierteln Manhattans etwa, wo Sozialwohnungen wegsaniert und dafür teure Apartments gebaut wurden, in den Parks, am Rande des Wall-Street-Viertels, an U-Bahn-Schächten, an der Grand Central Station und im Greenwich Village.

Sie sind teils klar im Kopf, teils von Alkohol und Drogen benebelt, teils seelisch krank. Zumindest die geistig Gestörten auf den feineren Straßen New Yorks will Bürgermeister Koch jetzt in geschlossene Anstalten bringen. Mit viel Getöse eröffnete er vor kurzem eine Krankenstation für Obdachlose im 18. Stockwerk des Bellevue-Hospitals am East River – mit 28 Betten für 500 Notfälle im Jahr.

Doch die vermeintliche Wohltat gilt vielen als Rückfall. Seit John F. Kennedys Amtszeit sind die meisten psychiatrischen Anstalten Amerikas geschlossen worden. Die Entlassung der Patienten war seinerzeit als Befreiung aus der Isolation gedacht, auch als Wiederherstellung eines Stücks Menschenwürde.

Statt der Irrenhäuser sollten psychiatrische Gemeindezentren gebaut werden. Aber nur 700 der 2000 geplanten Stationen wurden bislang fertig. Die Anzahl der Betten für psychisch Kranke schrumpfte in New York seit 1965 von 12 000 auf 4300. So wurde für viele der freigesetzten Kranken die Straße zur Notaufnahme-Station.

Nun schwärmen nach dem Willen des Bürgermeisters Hilfspatrouillen aus, um die Gefährdeten zu beobachten und not-

FLUSHTRONIC.
DAS EINZIGE
ELECTRONISCHE
URINAL-SPÜLSYSTEM
OHNE
NETZANSCHLUSS.

In nur knapp 15 Minuten bringt Ihnen Ihr Installateur das neue Flushtronic-System an jedes vorhandene Urinal an.

Ohne großen Dreck und großen Ärger, denn Flushtronic braucht keinen Netzanschluß.

Eine Batterie sorgt ca. 8 Jahre lang für Frische und Sauberkeit.

Flushtronic spült das Urinal automatisch nach jeder – wahlweise auch vor und nach jeder Benutzung und einmal in 24 Stunden sogar selbsttätig (Urlaubs-/Werksferien etc.). Übrigens erhalten Sie Flushtronic auch als vandalismus-geschützte Unterputz-Ausführung für Renovierung und auch Neubau.

Fragen Sie noch heute Ihren Installateur, oder senden Sie uns den Informations-Gutschein.

KERAMAG
ELECTRONIC

Keramag, Postf. 14 20, 4030 Ratingen 1
Ja! Wir machen Schluß mit dem Geruch von Urinalen.

Name

Firma

Straße

PLZ/Ort

Telefon SP 2/88

falls auch gegen ihren Willen wegzuschaffen. Nachdem 1984 eine Bettlerin erfroren war, brachten Sozialarbeiter zwar auch bisher schon die Penner bei Frost in Krankenhäuser. Doch solange die Temperaturen über Null liegen, dürfen die Kliniken nur Obdachlose aufnehmen, bei denen akute Gefahr für Leib und Leben droht. Joyce Brown zum Beispiel war von Betreuern fünfmal aufgelesen worden und jedesmal sofort wieder draußen.

Die Stadtverwaltung erließ daraufhin eine Verordnung, nach der Obdachlose schon dann zwangsweise eingewiesen werden können, wenn Gefahr „für die absehbare Zukunft" droht. „Wir wollen Patienten ins Krankenhaus bringen", so Jane Putnam, Direktorin des Hilfspatrouillen-Teams Help, „bevor ihre Geschwüre aufbrechen."

Norman Siegel von der Bürgerrechtsliga American Civil Liberties Union (ACLU) deutet diese Fürsorge ganz anders: „Es ist ein erster Schritt zurück in die düstere Zeit der Irrenanstalten."

Eines der ersten Opfer von Kochs Notverordnung wurde Joyce Brown, die der Bürgermeister persönlich schon im Mai 1987 auf ihrem – damals sonnengewärmten – Gehsteig-Revier besichtigt hatte. Seinerzeit hatte sich Koch noch gefragt: „Wer ist hier der Verrückte?" Jetzt sitzt Joyce gegen ihren Willen in der geschlossenen Abteilung des Bellevue-Hospitals. „Wenn du Leuten sagst, du bist okay", beschreibt sie ihre Erfahrung, „halten sie dich erst recht für verrückt."

Der Fall beschäftigte Gerichte und Ärzte. Vier von der Stadt gestellte Psychiater halten Joyce für psychisch krank, drei andere dagegen finden sie ungefährlich und ungefährdet.

Das Gericht entschied zunächst gegen die Einweisung und gegen Koch: Für Joyce Brown „muß es eine andere zivilisierte Alternative als Anstalt oder Straße geben". Doch obwohl die Anwälte der Schwarzen ein Winterquartier in einer offenen Anstalt vermittelten, bemühte die Stadt weiter die Gerichte und will Joyce Brown nicht freilassen – zu ihrer eigenen Sicherheit, wie die Behörden behaupten.

Kochs Kritiker glauben an ein anderes Motiv des Bürgermeisters: Der Stadtchef, sagen sie, wolle die Elendsgestalten nur in die dreckigen Viertel abdrängen, wo kein Tourist und kein schnieker Yuppie das Ärgernis sieht. Norman Siegel von der ACLU: „Es ist kein Zufall, daß Koch seine Säuberungsaktionen auf die reiche East Side konzentriert und nicht nach Harlem geht."

In Harlem stünde Joyce Brown wohl weiterhin unbeachtet auf der Straße, auch im Winter. Im Rechtsstreit mit der Stadt hat sie immerhin so viel gelernt, daß sie Reporter mit dem Satz verblüffen konnte: „Ich habe das Grundrecht, obdachlos zu sein."

BRASILIEN

Kahler Berg

Militärpolizei schoß in eine Demonstration von Goldgräbern: Der Traum vom schnellen Reichtum in der größten offenen Goldmine der Welt geht zu Ende.

Als die Dunkelheit hereinbrach, hörten die Streikposten das Dröhnen schwerer Motoren. Stiefel knallten auf Beton, Maschinenpistolen knatterten. Tränengasgranaten flogen pfeifend über die Brücke und detonierten inmitten der eingekesselten, in Panik schreienden Menge.

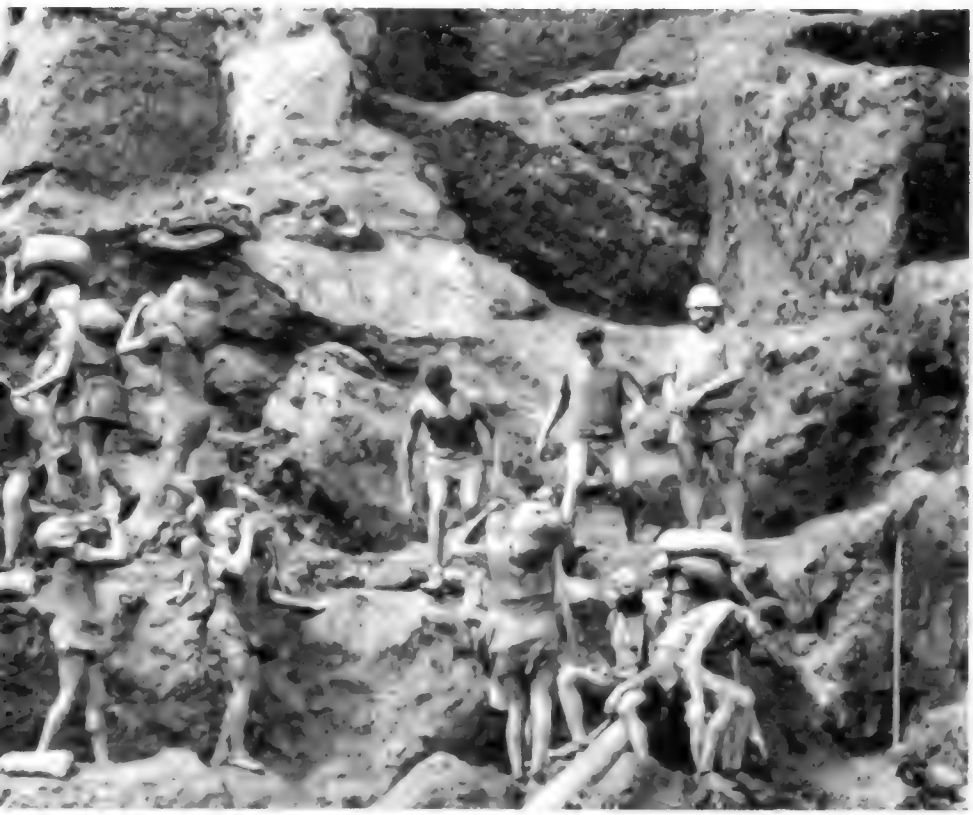
Goldschürfer in der brasilianischen Grube

Francisco de Nascimento versuchte noch, einen sechsjährigen Jungen zu retten, der in einer dichten Wolke von Tränengas zusammengesackt war, doch eine neue Salve trieb ihn zurück. Der reglos daliegende Junge wurde achtlos über den Rand der 70 Meter hohen Brücke geworfen. Eine schwangere Frau brach mit einem Kopfschuß zusammen, Soldaten luden Leichen in Busse und Jeeps, über hundert Menschen verschwanden in den Fluten des Tocantins.

Das Massaker richtete zwei Tage vor Silvester ein Elitebataillon der brasilianischen Militärpolizei an, als es den Streik von 3000 Goldgräbern niederschlagen wollte, die zehn Kilometer vor der Stadt Marabá eine Eisenbahnbrücke gesperrt hatten.

Die „Garimpeiros", die Goldsucher, die wie Sklaven mit Hacke und Schaufel mühsam in der Erde schürfen, hatten mit ihrer Blockade den Staat herausgefordert: Täglich rollen 75 000 Tonnen Erz aus Carajás, der ergiebigsten Eisenmine der Welt, über die zwei Kilometer lange Brücke bei Marabá nach São Luís an der brasilianischen Nordküste. Und längst hat es die staatliche Bergbaufirma Vale do Rio Doce auch auf das Gold der Garimpeiros abgesehen: Schon seit fünf Jahren will sie das riesige Erdloch der Goldschürfer mit ihren Maschinen ausbeuten.

„Serra Pelada" (kahler Berg) heißt der mythische Ort, der jährlich bis zu 100 000 Menschen anzieht und weit mehr verheißt als Arbeit: „Serra Pelada ist Mutter und Vater, Serra Pelada ist alles", sagt der Bauer Alberto da Costa, der Haus und Familie verlassen hat, um reich zu werden. Noch hat er kein Gold gefunden, auch nach drei Jahren harter Arbeit nicht. „Aber ich muß durchhalten, dann schaffe ich es."



Serra Pelada: „Die ganze Gegend lebt im Aufstand"

Wer von Marabá aus nach Serra Pelada fährt – die letzten 30 Kilometer auf einer Staubpiste –, landet in einer anderen Welt mit eigenen Regeln und einer eigenen Sprache. Das Loch, in dem seit 1980 die Garimpeiros nach Gold schürfen, ist inzwischen rund 200 Meter tief, eine nierenförmige Grube, 30 000 Quadratmeter groß, und sieht aus wie ein umgekehrter Turmbau.

Das Menschengewühl in der Grube ist ein Chaos mit strenger Ordnung: Die „catas", zwei mal drei Meter große Schürfeinheiten, auf denen je zehn Mann arbeiten dürfen, reichen stufenweise in die Tiefe. Sie sind oft brüchig, die Erde ist mal tief schwarz, mal rötlich gefärbt. Die Stufen scheinen zu vibrieren vor kriechendem Leben: Hunderte von wackligen Leitern („Lebewohl, Mama" heißen sie im Jargon der Garimpeiros) reichen schwankend von Stufe zu Stufe.

Über sie klettert ein endloser Strom von „Ameisen" hinauf und hinab: Es sind die Hilfsarbeiter der Serra Pelada, die unterste soziale Schicht, die 30mal am Tag einen 30-Kilo-Sack voller Erde hoch an den Kraterrand schleppen. Dafür bekommen sie rund eine Mark pro Kletterpartie, dazu Nahrung und Unterkunft – wenn man einen Platz unter einer windschiefen Plastikplane so nennen kann.

Kein Goldgräber verfügt heute noch allein über die wenigen Quadratmeter einer Cata. „Am Anfang war es einfach", sagt Eleo de Almeida, der noch 12,75 Prozent seiner Cata besitzt. „Jeder konnte nur soviel Boden für sich beanspruchen, wie er mit seinem Leben verteidigen konnte. Der Revolver und das Messer bestimmten die Größe der Einheiten."

Nur fleißiges Graben bringt – mit Glück – Gold ein. Also benötigt man Helfer fürs Einkaufen, Kochen und Schleppen. Wer kein Geld hat, um seine Arbeiter zu bezahlen, verkauft eben Prozente; wer Geld mitbringt, kauft sich irgendwo ein. Wie ein riesiges Kreuzworträtsel sieht die Karte der Minenbehörde aus, die das Geschäft mit dem Gold im Namen des Staates zu kontrollieren versucht. Täglich reiht sich vor der Bretterbude der Beamten eine Schlange von Garimpeiros auf, Goldgräber, die ihre Streitigkeiten austragen wollen. Zu schweren Schlägereien kommt es nur selten, denn Gewalttaten werden mit der Vertreibung aus dem gelobten Land geahndet. Waffen und Alkohol sind verboten; Frauen haben keinen Zutritt.

Gold ist hier der einzige Gott. Immer wieder ist die Gier größer als die Vorsicht, dann stürzt ein Teil der Wand ein und begräbt Menschen unter sich, 1986 kamen so 20 Männer ums Leben.

Eine Wolke aus rotem Staub hüllt die Siedlung von Bretterbuden am Rande des Lochs ein: Kneipen, Lebensmittelgeschäfte, Optiker, viele Apotheken, ein Freiluftkino, das vor allem Western und Pornos zeigt.

Der Alltag ist prosaisch: „Jede Woche haben wir Abertausende Überweisungen zu bearbeiten", sagt der Direktor der Bundessparkasse, einziges Finanzinstitut der Serra Pelada und gleichzeitig Aufkäufer des Goldes, „die meisten hier unterstützen regelmäßig ihre Familien."

„Ein Spiegelbild der sozialen Struktur Brasiliens" erkennt der Journalist Ricardo Kotscho in der Serra Pelada. Wenige hundert Garimpeiros kontrollieren drei Viertel des Goldes, die Masse muß schuften und darf sich allenfalls beschwingte Träume leisten. Am Ende der Saison, wenn im Dezember der Regen die Grube unter Wasser setzt, sind die meisten erfolglos geblieben. Nur wenige „bumborrados", so werden die Finder schwerer Goldklumpen genannt, haben Geld genug für die nächste Saison.

Dank der Garimpeiros ist Brasilien zu einem der größten Goldproduzenten der Welt geworden. Rund 105 Tonnen, so schätzt die Regierung, sind im vergangenen Jahr aus der Erde geschürft oder aus den Flüssen gespült worden – offiziell deklariert wurden nur 36 Tonnen. Dafür ist das Nachbarland Uruguay, das kein Gramm Gold produziert, ein großer Exporteur.

Schon dreimal hat die brasilianische Regierung – zu Zeiten der Militärdiktatur wie der Demokratie – die industrielle Ausbeutung der Serra Pelada unter dem Druck der wütenden Garimpeiros verschoben. Nun fordern die Goldgräber die maschinelle Abräumung von acht Millionen Tonnen Schutt und die Begradigung der steilen Böschungen, damit im April die Wühlarbeit ohne Gefahr von Erdrutschen wieder beginnen kann.

Doch die staatliche Bergbaufirma Vale do Rio Doce will ihre Maschinen heranschaffen und die Garimpeiros aussperren. Das Massaker am Tocantins war wohl nur der Auftakt zu weiteren Unruhen, fürchten die Goldgräber: „Die ganze Gegend lebt heute im Aufstand." ◆

CIAO!

music box TV

HALL

Nachrichten
ohne Filter,
Serien
mit Zündstoff.
Live-Shows
ohne Schlafmittel,
Music-Clips mit
Nebenwirkungen.
Gewinnspiele
ohne Tralala,
Spielfilme
mit Niveau.
24 Stunden Kabel.
Fernsehen
ohne Frust,
Programm
mit Profil.
Fernsehen am 11.1.88.
A CHORUS LINE. Premiere im deutschen
TELE 5
Der helle Wahn

Ein Eselsschwanz für den Diktator

Das Abenteuer des Miguel Littín in seinem Heimatland Chile / Erzählt von Gabriel García Márquez (III)

Regisseur Littín im Dokumentarfilm „Acta general de Chile“: Rausch der verwegenen Aktion

Chilenische Oppositionszeitschrift „Análisis“ (Ausriß)*: Ironische Schlagzeile

Wir waren seit fast einem Monat in Santiago, die Filmteams waren häufiger als ratsam in der Öffentlichkeit gesehen worden, wir hatten Kontakte zu sehr unterschiedlichen Leuten aufgenommen, und viele Leute wußten, daß dieser Film unter meiner Regie gedreht wurde.

Ich hatte mich so an meine neue Identität gewöhnt, daß ich immer wieder vergaß, mit uruguayischem Akzent zu sprechen, und im wirklichen Leben verhielt ich mich nicht mehr allzu vorsichtig. Genügend Grund also zu vermuten, daß die Polizei sowohl über meinen Aufenthalt in Chile informiert sei als auch über die Art der Arbeit, die wir machten.

Anfangs trafen wir uns in Autos, die wir alle vier oder fünf Straßen wechselten. Diese Methode war so kompliziert, daß wir manchmal größere Risiken eingingen als jene, die wir vermeiden wollten.

Eines Abends stieg ich aus einem Auto an der Ecke Providencia und Los Leones, wo mich fünf Minuten später ein blauer Renault 12 abholen sollte, der ein Schild mit der Aufschrift „Tierschutzverein“ an der Windschutzscheibe haben würde. Er kam so pünktlich, war so eindeutig ein Renault 12 und so strahlend blau, daß ich nicht mehr auf das Schild vom Tierschutzverein achtete. Ich stieg hinten ein, wo bereits eine aufreizend nach Parfüm duftende und mit Juwelen behängte reifere, aber noch sehr schöne Dame in einem roséfarbenen Nerzmantel saß, der zwei- bis dreimal so teuer gewesen sein dürfte wie das ganze Auto. Sie riß den Mund vor Erstaunen auf, als sie mich einsteigen sah, aber ich beeilte mich, sie mit der Parole zu beruhigen: „Wo kann ich um diese Uhrzeit einen Regenschirm kaufen?“

Der livrierte Chauffeur wandte sich zu mir um und knurrte mich an: „Steigen Sie aus, oder ich rufe die Polizei.“

Ich erfaßte mit einem Blick, daß das Pappschild nicht an der Windschutzscheibe steckte, und das Peinliche des Moments saß mir im Magen. „Entschuldigung“, sagte ich, „ich habe mich im Auto geirrt.“ Aber die Frau hatte sich wieder gefangen. Sie hielt mich am Arm zurück und beschwichtigte den Fahrer mit einer süßen Sopranstimme.

„Ob das Kaufhaus París noch geöffnet ist?“ fragte sie ihn. Der Chauffeur bejahte. Also bestand sie darauf, daß ich dorthin gebracht würde, damit ich einen Regenschirm kaufen

* Ausgabe der Woche vom 9. bis 16. Juli 1985, Text im Kasten: „Geheimes Interview: Miguel Littín kam, drehte und verschwand.“

konnte. Sie war nicht nur schön, sondern auch charmant und warmherzig, und sie konnte einem Lust machen, eine Nacht lang Politik, Diktatur und Kunst zu vergessen, um mit ihr in dieser intimen Atmosphäre zu versinken. Sie setzte mich am Eingang des Kaufhauses Paris ab und entschuldigte sich, daß sie mich nicht begleiten könne, um den Regenschirm zu kaufen.

Ich organisierte die Arbeit der ausländischen Filmteams neu, damit sie unter möglichst geringem Risiko ihre Arbeit schnellstens beenden und sofort in ihre Länder zurückkehren könnten.

Nur die Italiener blieben in Santiago, um uns bei den Dreharbeiten im Moneda-Palast zu begleiten. Das französische Team sollte nach Paris zurückfliegen, sobald der „Hungermarsch" gedreht war, der für die nächsten Tage angekündigt war.

Das holländische Team erwartete mich in Puerto Montt nahe am Polarkreis; es sollte nach den Dreharbeiten dort das Land sofort über den Grenzübergang Bariloche verlassen und nach Argentinien fahren.

Angesichts der unsicheren Lage in jenen Tagen schien es ratsam, daß mein chilenischer Kontaktmann Franquie und ich eine Ausreise inszenierten, um anschließend unter größeren Vorsichtsmaßnahmen wieder einzureisen. Nach Puerto Montt kam ich ebenso leicht über Argentinien wie über Chile.

Südchilenischer Ort Puerto Montt: Dreharbeiten nahe dem Polarkreis

Ich bestellte eines der chilenischen Teams für drei Tage später in das Tal von Colchagua in Mittelchile und nahm mit Franquie das Flugzeug nach Buenos Aires. Wenige Stunden zuvor hatte ich bei der Zeitschrift „Análisis" angerufen und der Journalistin Patricia Collier ein ausführliches Interview über meinen illegalen Aufenthalt in Santiago gegeben. Tatsächlich erschien die Zeitschrift zwei Tage später mit meinem Photo auf der Titelseite und einer Schlagzeile mit einer Spur Ironie: „Littín kam, drehte und verschwand."

Von Buenos Aires aus flog ich allein nach Mendoza, um einige Aufnahmen von den chilenischen Kordilleren zu machen. Das war sehr einfach, denn von Mendoza aus kommt man durch einen Tunnel nach Chile, der nicht besonders streng kontrolliert wird.

Ich ging zu Fuß über die Grenze, allein und mit einer leichten 16-Millimeter-Kamera, filmte auf der anderen Seite, was zu filmen war, und fuhr in einem Auto der chilenischen Polizei wieder zurück: Der Fahrer hatte sich eines armen uruguayischen Journalisten erbarmt, der nicht wußte, wie er wieder nach Argentinien zurückkommen sollte.

Von Mendoza ging es weiter nach Bariloche, einer anderen Grenzstadt weiter im Süden. Ein altersschwaches Schiff brachte uns von dort bei stürmischer See quer durch eine gleißende Polarlandschaft mit gigantischen Abgründen aus ewigem Eis zurück zur chilenischen Grenze. Kurz bevor wir die Grenze passierten, sammelte ein Schiffsangestellter nicht weniger als 300 Pässe ein, auf die nur ein kurzer Blick geworfen wurde und die keinen Einreisestempel erhielten.

Nur die chilenischen Pässe wurden mit der vor den Augen der Paßbeamten aufgehängten langen Liste der Exilchilenen verglichen, denen die Einreise verboten war. Alle anderen, darunter auch ich, passierten die Grenze ohne Zwischenfall, bis zwei Offiziere, die ich wegen ihrer Polarkleidung nicht als chilenische Carabineros erkannt hatte, mir befahlen, den Koffer zu öffnen. Als ich meinen Koffer öffnete, rollten zahllose leere Gitanes-Schachteln über den Fußboden, auf vielen von ihnen standen meine Drehnotizen.

Ich war mit einem für zwei Monate berechneten Gitanes-Vorrat nach Chile gekommen, und ich hatte nicht gewagt, die

Präsident Allende (M.), Slumbewohner in Santiago 1972: Gleichberechtigte Menschen

leeren Schachteln wegzuwerfen, denn sie waren in Chile zu auffällig, und ich fürchtete, der Polizei damit eine leicht zu verfolgende Spur zu legen. Die Schachteln, die ich während der Arbeit leerrauchte, bewahrte ich in den Taschen auf und versteckte sie später überall, besonders dann, wenn ich Notizen zum Film daraufgeschrieben hatte. Schließlich hatte ich leere Zigarettenschachteln in allen Taschen meiner Kleidung im Schrank, aber auch unter der Matratze, in den Reisetaschen, und ich fand einfach keinen sicheren Weg, sie loszuwerden.

Jedesmal wenn ich meinen Koffer packte, um in ein anderes Hotel zu ziehen, überlegte ich, was ich mit so vielen leeren Zigarettenschachteln anfangen sollte. Schließlich fiel mir nichts Besseres ein, als sie in den Koffer zu stopfen. Ich hatte vorgehabt, sie in Argentinien wegzuwerfen, aber dort hatten sich die Dinge in einer derartigen Geschwindigkeit entwickelt, daß ich nicht einmal den Koffer geöffnet hatte, bis ich es schließlich hier an der Grenze im Süden tun mußte und entsetzt Erstaunen und Mißtrauen der Carabineros bemerkte, als ich eilig die wild auf dem Boden verstreuten Zigarettenschachteln aufsammelte.

„Sie sind leer", sagte ich.

Selbstverständlich glaubten sie mir nicht. Während sich der jüngere von beiden um die anderen Passagiere kümmerte, öffnete der ältere eine Zigarettenschachtel nach der anderen, untersuchte sie von innen und von außen und versuchte, einige meiner Notizen zu entziffern. Da kam mir blitzartig die Erleuchtung. „Das sind so kleine Verse, die mir manchmal einfallen", sagte ich.

Schweigend untersuchte er die Schachteln weiter und sah mir schließlich ins Gesicht, als wolle er in meiner Miene die Lösung für das unergründliche Geheimnis der leeren Zigarettenschachteln finden.

„Wenn Sie wollen, können Sie sie behalten", sagte ich zu ihm.

„Und was soll ich damit anfangen?" fragte er.

Dann half er mir, sie wieder in den Koffer zu stopfen, und widmete sich dem nächsten Passagier. Ich war so durcheinander, daß ich gar nicht auf die Idee kam, die Schachteln sofort dort, vor den Augen der Carabineros, in den Abfalleimer zu werfen. Also schleppte ich sie auch noch für den Rest der Reise mit mir herum.

Nachdem die Dreharbeiten in Puerto Montt abgeschlossen waren und damit das ganze Programm für den Süden, reiste das holländische Team über Bariloche nach Buenos Aires und nahm einen großen Teil des Filmmaterials mit, um es nach Madrid zu bringen. Ich verbrachte eine gute Nacht im Zug nach Talca, mietete dort ein Auto und machte mich auf den Weg nach San Fernando im Herzen des Colchagua-Tales.

Auf der Plaza de Armas erinnerte mich jeder Fleck, jeder Baum, jeder Mauerstein an meine Kindheit. Vor allem das uralte Schulgebäude, in dem ich meine ersten Buchstaben gemalt hatte. Ich setzte mich auf eine Bank, um Photos zu machen, die ich für den Film brauchte. Der Platz füllte sich allmählich mit dem Lärm der Kinder, die in die Schule gingen. Einige posierten vor der Kamera, andere versuchten, ihre Handfläche vor das Objektiv zu halten.

Mit dem chilenischen Team war vereinbart worden, daß wir uns um halb zwölf vormittags auf der Brücke von Los Maquis treffen sollten. Pünktlich kam ich auf der rechten Seite an und sah die auf dem gegenüberliegenden Ufer installierten Kameras. Es war ein klarer Vormittag, erfüllt von dem Duft des Thymians, und in dieser Gegend, wo ich geboren bin, fühlte ich mich sicherer und weniger exiliert als je zuvor, denn ich

hatte meine Krawatte und den Anzug meines anderen Ichs abgelegt und war wieder ich selbst geworden, in einer pelzgefütterten Jacke und Jeans.

Als ich bemerkte, daß der Kameramann mich durch den Sucher entdeckt hatte, stieg ich aus dem Auto und ging sehr langsam über die Brücke, um ihm Zeit zu geben, mich zu filmen; dann begrüßte ich das ganze Team, einen nach dem anderen, von ihrer Begeisterung und ihrer Frühreife angesteckt. Sie waren unglaublich jung: 15, 17 und 19 Jahre alt. Ricardo, den Ältesten, der das Team leitete und 21 war, nannten die anderen „den Alten".

Gleich dort, auf dem Brückengeländer, planten wir die Dreharbeiten und fingen sofort damit an. Das Tal von San Fernando ist ein ausgedehntes landwirtschaftliches Anbaugebiet, wo die Bauern jahrhundertelang wie Leibeigene behandelt erst von der Regierung der Unidad Popular als gleichberechtigte Menschen anerkannt worden waren. Vorher war diese Gegend eine Bastion der feudalen Oligarchie gewesen, die den Ausgang der Wahlen mit dem erzwungenen Votum ihrer Vasallen zu entscheiden pflegte.

Während der Regierungszeit des Christdemokraten Eduardo Frei wurde hier der erste große Landarbeiterstreik organisiert, an dem auch Salvador Allende teilnahm. Als er dann an die Regierung kam, nahm er den Großgrundbesitzern ihre übermäßigen Privilegien und organisierte die Bauern in Produktionsgemeinschaften, den „comunidades". Heute befindet sich das Sommerhaus Pinochets im Valle Central, ein Symbol des Rückschritts.

Als wir gegen Abend mit der Arbeit aufhörten, blieb gerade noch Zeit, die 140 Kilometer nach Santiago vor Beginn der Ausgangssperre zurückzulegen. Das Team machte sich sofort auf den Weg, bis auf Ricardo, der bei mir blieb und sich ans Steuer setzte.

Wir machten einen großen Umweg bis zum Meer und legten die Orte fest, an denen wir am nächsten Tag drehen wollten, und waren so in unsere Arbeit vertieft, daß wir ohne die geringste Nervosität vier Polizeikontrollen passierten. Allerdings traf ich nach der ersten die Vorsichtsmaßnahme, meine lässige Kleidung von Miguel Littín, Regisseur, abzulegen und wieder meine uruguayische Identität anzunehmen.

Wir hatten nicht gemerkt, wie die Zeit vergangen war, und als wir plötzlich feststellten, daß es schon nach Mitternacht war, also eine halbe Stunde nach Beginn der Ausgangssperre, fühlten wir uns einen Moment lang ganz hilflos. Ich sagte Ricardo, er solle die Hauptstraße verlassen, und wir bogen in einen Feldweg ein, der mir so vertraut war, als wäre ich ihn erst gestern entlanggelaufen, und ich sagte Ricardo, er solle nach links abbiegen und über die Brücke fahren, dann die Scheinwerfer abstellen und einem nichtasphaltierten Weg mit engen Kurven und unvermuteten Talfahrten folgen.

Am Ende des Labyrinths fuhren wir durch ein verschlafenes Dorf, dessen Hunde alle anderen Tiere in den Nachbarhöfen aufscheuchten, und am anderen Ende des Dorfes hielten wir vor dem Haus meiner Mutter.

Ricardo glaubt es mir bis heute nicht, daß dies kein vorgefaßter Plan war. Ich schwöre, daß es nicht so war. Erst als mir klar wurde, daß wir die Ausgangssperre überschritten hatten, kam mir die Idee, daß wir uns irgendwo bis zum Morgengrauen verstecken müßten, denn auf dem Weg nach Santiago erwarteten uns noch vier Polizeikontrollen. Als wir die Hauptstraße verlassen hatten, erkannte ich den Feldweg aus meiner Kindheit wieder, und ich konnte den unbesonnenen Impuls nicht unterdrücken, meine Mutter zu überraschen.

Das Dörfchen Palmilla mit seinen 400 Einwohnern hat sich seit meiner Kindheit nicht verändert. Mein Großvater väterlicherseits – ein Palästinenser aus Beit Sagur – und mein Großvater mütterlicherseits – der Grieche Cristos Cucumides – hatten zu den ersten Siedlern einer großen Einwanderungswelle gehört, die sich zu Anfang des Jahrhunderts im Umkreis der Eisenbahnstation niedergelassen hatten. Palmillas einzige Bedeutung zu jener Zeit bestand darin, daß dort die Eisenbahnlinie endete, die heute Santiago mit der Küste verbindet.

Das Haus, in das Ricardo und ich in jener Nacht kamen, war das des griechischen Großvaters. Dort hatte ich meine Kindheit verbracht, und meine Mutter Cristina Cucumides lebt heute dort. Es wurde im Jahr 1900 erbaut und hat den traditionellen Stil des chilenischen Landhauses bewahrt, mit langen Fluren, schattigen Gängen, Labyrinthen von Zimmern, riesigen Küchen und weiter hinten dem Stall und den Viehweiden.

Polizeieinsatz beim „Hungermarsch" in Santiago 1985: Filmteam verprügelt

Die Erregung, wieder hier zu sein, war so heftig, daß ich aus dem Wagen sprang, noch bevor er zum Stehen gekommen war. Ich lief durch die Flure und über den im Dunkeln liegenden Hof, und der einzige, der herauskam, um mich zu begrüßen, war ein einfältiger Hund. Am Ende eines langen Ganges steckte ich meinen Kopf durch die Tür des nur von einem blaßgelben Licht erhellten Wohnzimmers, und dort saß meine Mutter.

Ein seltsames Bild. Das Wohnzimmer ist sehr groß, mit einer hohen Decke und kahlen Wänden, und es stand ein Sessel darin, in dem meine Mutter saß, mit dem Rücken zur Tür und einem Kohlenbecken neben sich, und ein zweiter Sessel, in dem ihr Bruder saß, mein Onkel Pablo. Sie schwiegen und schauten beide mit stiller Zufriedenheit in

dieselbe Richtung, als sähen sie fern, dabei sahen sie in Wirklichkeit auf nichts anderes als die nackte Wand.

Ich ging auf sie zu, ohne zu versuchen, besonders leise zu sein, und da sie sich nicht rührten, sagte ich: „Hier wird man wohl überhaupt nicht begrüßt, zum Donnerwetter." Meine Mutter erhob sich.

„Du mußt ein Freund von meinen Söhnen sein", sagte sie. „Laß dich umarmen."

Onkel Pablo hatte mich nicht gesehen, seit ich Chile vor zwölf Jahren verlassen hatte, er rührte sich nicht einmal in seinem Sessel. Meine Mutter hatte mich im September vergangenen Jahres in Madrid gesehen, aber sogar, als sie aufstand, um mich zu umarmen, hatte sie mich noch nicht wiedererkannt. Da packte ich sie bei den Armen und schüttelte sie, um sie aus ihrer Erstarrung zu reißen.

„Aber sieh mich doch an, Cristina", sagte ich und schaute ihr in die Augen, „ich bin's."

Da sah sie mich noch einmal an, und ihr Gesicht wurde leichenblaß.

„Ach", sagte sie, „ich werde ohnmächtig."

Chilenische Landarbeiter: Jahrhundertelang wie Leibeigene behandelt

Ich mußte sie auffangen, damit sie nicht zu Boden fiel, während Onkel Pablo sich gerührt aufrichtete.

„Das ist das letzte, womit ich gerechnet hätte", sagte er. „Jetzt kann ich in Frieden sterben."

„Das kommt gar nicht in Frage, Onkel", sagte ich ihm, „das werden Sie mir doch wohl nicht antun, jetzt zu sterben. Holen Sie lieber ein Flasche Wein, damit wir meine Rückkehr feiern können."

Ricardo aß mit uns und zog sich dann zum Schlafen zurück. Wenig später ging auch mein Onkel zu Bett, und meine Mutter und ich redeten weiter bis zum Morgengrauen. Bevor es hell wurde, nahm sie mich bei der Hand und führte mich wortlos über den Hof; wie in einem Roman von Dickens leuchtete sie mir mit einem Kerzenleuchter den Weg und bereitete mir die größte Überraschung dieser Reise. Auf der anderen Seite des Hofes war das Arbeitszimmer, das ich in meiner Wohnung in Santiago gehabt hatte, bevor ich ins Exil flüchtete, genauso wie ich es verlassen hatte, und mit allem, was sich darin befunden hatte.

Nachdem die Militärs die letzte Haussuchung dort durchgeführt hatten und Ely und ich mit den Kindern nach Mexiko hatten gehen müssen, hatte meine Mutter einen befreundeten Architekten beauftragt, das Arbeitszimmer Brett für Brett zu zerlegen und es genauso in dem alten Familienhaus in Palmilla wieder aufzubauen. Von innen war es so, als hätte ich es niemals verlassen. Am selben Platz, an dem ich sie zurückgelassen hatte, sogar in derselben Unordnung lagen die Papiere aus meinem ganzen Leben, Theaterstücke aus meiner Jugendzeit, Notizen für Filmmanuskripte, Skizzen für Drehbücher.

Die Luft hatte dieselbe Farbe und denselben Geruch, und ich glaubte sogar, es sei dasselbe Datum und dieselbe Uhrzeit wie damals, als ich das Zimmer zum letzten Mal gesehen hatte. Eine tiefe Rührung überkam mich, denn ich hätte in diesem Moment nicht sagen können, ob meine Mutter diese peinlich genaue Rekonstruktion vorgenommen hatte, damit ich meine frühere Wohnung nicht vermißte, wenn ich eines Tages zurückkehrte, oder um sich besser an mich zu erinnern, falls ich im Exil sterben sollte.

Diesmal war die Rückkehr nach Santiago eine Fahrt ins Ungewisse. Der Eindruck, daß sich der Kreis immer enger um uns schloß, war fast greifbar. Der „Hungermarsch" war brutal und blutig niedergeschlagen worden, und die Polizei hatte auch einige Mitglieder unserer Filmteams verprügelt und eine Kamera zerstört.

Die Leute, mit denen wir bei unserer Arbeit zusammentrafen, hatten den Eindruck, daß niemand an das Ausreisemanöver geglaubt hatte. Das war die Stimmung, als das italienische Team die Nachricht erhielt, daß für den folgenden Tag um elf Uhr die Dreharbeiten in der Moneda genehmigt worden seien.

Es war kaum möglich, nicht eine tödliche Falle dahinter zu vermuten. Ich war bereit, das Risiko einzugehen, und auch die Italiener waren damit einverstanden, es zu tun, auf eigene Verantwortung und im vollen Bewußtsein der Gefahr.

Für das französische Team dagegen gab es keinen Grund mehr, in Santiago zu bleiben. Also rief ich eilig alle zusammen und bat sie, mit dem nächsten Flugzeug Chile zu verlassen und das gesamte Filmmaterial mitzunehmen, das wir noch nicht nach Madrid geschickt hatten. Noch am selben Nachmittag reisten sie ab, zur selben Zeit, als das italienische Team unter meiner Regie in den Amtsräumen von General Pinochet drehte.

Ich betrat die Moneda als Beleuchtungsassistent, mit Kabeln und Scheinwerfern bepackt. Wir drehten zwei ganze Tage in aller Ruhe und unter guten technischen Bedingungen, betreut von drei sehr liebenswürdigen jungen Offizieren, die uns abwechselnd zur Verfügung standen. Wir überhäuften sie mit Fragen über die Restaurierung des Palastes, denn die Chefin des Teams hatte sich sehr gut über den Moneda-Baumeister Toesca und die italienische Architektur in Chile informiert, damit niemand daran zweifeln konnte, daß dies und nichts anderes der Inhalt des Films war.

Aber auch die Militärs waren gut vorbereitet. Sehr selbstbewußt erklärten sie uns die Bedeutung und die Geschichte jedes einzelnen Zimmers des Palastes und berichteten, in welcher Weise bei den Restaurierungsarbeiten die ursprüngliche Anlage berücksichtigt worden sei, aber sie überschlugen sich mit Ausreden und Ausflüchten, um den 11. September 1973 nicht erwähnen zu müssen.

Am zweiten Tag in der Moneda spürten wir vormittags gegen elf Uhr, daß eine unsichtbare Unruhe in der Luft lag, und hörten hastige Stiefelschritte und Säbelklirren. Die Laune

Saal der Moneda im Dokumentarfilm „Acta general de Chile“: Als Feind der Staatsmacht unerkannt im Regierungspalast

des uns begleitenden Offiziers änderte sich schlagartig, und er befahl uns mit einer heftigen Geste, die Scheinwerfer auszuschalten und mit dem Drehen aufzuhören.

Zwei Leibwächter in Zivil bauten sich vor uns auf, um einzuschreiten, falls wir versuchen sollten, weiterzufilmen. Wir wußten nicht, was vor sich ging, bis wir General Augusto Pinochet vorüberkommen sahen, grünlich und aufgedunsen, wie er mit einem Adjutanten und zwei Zivilisten in Richtung seines Arbeitszimmers ging. Die Erscheinung tauchte so plötzlich auf, daß wir nicht in der Lage waren, etwas zu unternehmen, aber er ging so nah an uns vorbei – ohne uns anzusehen –, daß wir deutlich hören konnten, was er sagte:

„Den Frauen darf man nicht einmal die Wahrheit glauben.“ Der Kameramann Ugo war wie versteinert und hielt den Finger gespannt auf den Auslöser der Kamera, als hätte er gerade sein Schicksal vorbeigehen sehen. „Wenn ihn jemand hätte töten wollen“, sagte er uns später, „wäre es sehr leicht gewesen.“

Sobald wir die Dreharbeiten in der Moneda abgeschlossen hatten, verließ das italienische Team ohne Zwischenfälle mit dem restlichen Material das Land. Franquie und ich blieben noch vier Tage in der Hoffnung, einen oppositionellen Offizier interviewen zu können, mit dem mich Kontaktleute des Widerstands zusammenbringen wollten. Doch die Sache zerschlug sich.

Als ich eines Abends ins Hotel zurückkehrte, fand ich eine dringende Nachricht von Franquie vor: „Ich habe deine Koffer ins 727 mitgenommen.“ Das reichte. 727 war der Geheimname, unter dem Franquie und ich das Haus von Clemencia Isaura kannten, und die Tatsache, daß er mein Gepäck dorthin mitgenommen hatte, war der letzte Beweis dafür, daß sich der Kreis endgültig geschlossen hatte. In höchster Eile machte ich mich auf den Weg, wechselte, ich weiß nicht wie oft, Taxi und Fahrtrichtung und traf Clemencia Isaura in ihrer unerschütterlichen Gelassenheit, wie sie einen Hitchcock-Film im Fernsehen ansah.

Die Nachricht, die Franquie bei ihr für mich hinterlassen hatte, war eindeutig. An diesem Nachmittag waren zwei Polizisten in Zivil ins Hotel gekommen und hatten nach uns gefragt. Sie hatten sich die Angaben auf unseren Anmeldezetteln notiert. Der Portier hatte es Franquie erzählt, und ohne das geringste Anzeichen von Beunruhigung hatte Franquie die Zimmer bezahlt und den Portier gebeten, ihm für die Fahrt zum internationalen Flughafen ein Taxi zu rufen; dann hatte

Brennende Moneda beim Putsch 1973: Symbol des Rückschritts

D I E M A R K

C Jetzt möchten Sie bestimmt gerne wissen, wie diese **O** ALNO Markenküchen aussehen und was sie zu bieten haben? **U** Gar kein Problem. Schicken Sie uns diesen Coupon. **P** (Adresse wie unten.) Dann erhalten Sie gratis das große **O** ALNO Journal. Na also, worauf warten Sie noch? **N**

ALNO Möbelwerke GmbH & Co. KG, Abt. F/2, Postfach 11 60, 7798 Pfullendorf, Telefon: 0 75 52/21-0, Btx: * 20204 #

E N K Ü C H E

Wenn Sie beim Kauf einer Küche auf Qualität und einen guten Namen Wert legen, müssen Sie deshalb nicht gleich auf alle anderen angenehmen Dinge des Lebens verzichten. Denn eine maßgeplante ALNO Markenküche bekommen Sie schon zu einem ganz zivilen Preis. Mit 5 Jahren Garantie, erstklassigen Geräten und allem Pi-Pa-Po. Ihr Küchenfachhändler plant sie Ihnen millimetergenau. Er berät Sie ausführlich und hilft Ihnen, Ihre ganz persönlichen Vorstellungen zu verwirklichen.

ALNO® ... die Welt der Küche

er sich mit einem Händedruck und einem unvergeßlichen Trinkgeld verabschiedet.

Clemencia Isaura hatte mir ein Schlafzimmer hergerichtet und das Hausmädchen und den Chauffeur weggeschickt, damit die Wände keine Ohren und die Spiegel keine Augen hätten. Sie hatte ein phantastisches Abendessen vorbereitet, mit Kerzen, erstklassigen Weinen und Sonaten von Brahms, ihrem Lieblingskomponisten.

Nach dem Dessert blieben wir noch lange am Tisch sitzen und wateten durch die Sümpfe ihrer späten Frustrationen. Sie konnte sich nicht damit abfinden, ihr Leben damit verbracht zu haben, Kinder für die „momios" großgezogen und mit schwachsinnigen Matronen Canasta gespielt zu haben, um dann ihre Tage strümpfestrickend vor seichten, tränentriefenden Fernsehserien zu beenden. Mit 72 Jahren hatte sie

Franquie und ich kannten den Weg zum alten Flughafen Los Cerrillos sehr gut, aber nicht den nach Pudahuel, und plötzlich fanden wir uns in einem unübersichtlichen Industriegebiet wieder. Wir kurvten hin und her und suchten vergebens nach einer Ausfahrt und merkten nicht, daß wir uns in einer Einbahnstraße befanden, bis uns eine motorisierte Patrouille von Carabineros entgegenkam. Ich stieg aus dem Auto, entschlossen, mich ihnen zu stellen.

Franquie aber überschüttete sie mit einem nicht endenden Redeschwall und ließ ihnen keine Zeit, auch nur den geringsten Verdacht zu schöpfen. Er erzählte ihnen überstürzt eine phantastische Geschichte von einem Vertrag, den wir mit dem Ministerium für Kommunikation abgeschlossen hätten, um in Chile ein satellitengesteuertes Netz zur Kontrolle des Verkehrs im ganzen Land einzurichten, und er malte ihnen das

General Pinochet bei einer Militärparade in Valparaíso 1986: „Es wäre leicht gewesen, den Diktator zu töten"

entdeckt, daß ihre wahre Berufung der bewaffnete Kampf war, die Verschwörung, der Rausch der verwegenen Aktion.

Franquie kam am nächsten Morgen und brachte eine klare Botschaft mit: „Entweder du verschwindest oder du tauchst unter." Letzteres hätte bedeutet, mich zu verstecken, ohne weiter zu arbeiten, und das war keine echte Alternative. Franquie war derselben Meinung und hatte bereits Tickets für die beiden letzten freien Plätze in dem Flugzeug besorgt, das am Nachmittag nach Montevideo abging.

Es war der Schlußakt. In der vorangegangenen Nacht hatte ich das erste chilenische Team aufgelöst und es angewiesen, auch die anderen Teams aufzulösen; einem Mittelsmann aus der Widerstandsbewegung hatte ich die drei letzten Filmrollen übergeben, damit man sie so bald wie möglich außer Landes schaffte.

Clemencia Isaura verabschiedete uns unter Strömen von Tränen, und ich vermute, daß ihr Schmerz weniger in ihrem tiefen Gefühl für uns begründet war als vielmehr in der Aussicht, keine neuen Abenteuer mehr erleben zu können.

enorme Risiko aus, daß das gesamte Projekt scheitern würde, wenn wir nicht innerhalb einer halben Stunde im Flugzeug nach Montevideo säßen.

Zum Schluß, als wir uns überhaupt nicht mehr über den Weg zur Autobahn und zum Flughafen einigen konnten, sprangen die beiden Carabineros in ihren Wagen und befahlen uns, ihnen zu folgen. So kamen wir zum Flughafen, über eine Straße, die der mit über 100 Stundenkilometern dahinrasende Polizeiwagen mit Alarmsirenen und roten Lichtsignalen leergefegt hatte. Franquie rannte zum Schalter von Hertz, um den Mietwagen abzugeben. Mit Franquie war vereinbart, daß ich durch die Paßkontrolle gehen sollte, während er die Rechnung bei Hertz bezahlte, so daß er fliehen konnte, falls ich bei der Ausreise verhaftet würde.

Aber in letzter Minute entschloß ich mich, ihn vor dem Eingang zur Paßkontrolle zu treffen. Er ließ ungewöhnlich lange auf sich warten, und mit der Zeit erregte ich einiges Aufsehen mit meinem Aktenkoffer und den beiden Reisekoffern sowie den Geschenktüten. Die Stimme einer Frau, die

noch nervöser zu sein schien als ich, rief zum letzten Mal die Passagiere für den Flug nach Montevideo auf. Voller Panik gab ich einem Gepäckträger Franquies Koffer sowie einen großen Geldschein und sagte ihm: „Bringen Sie den Koffer zum Schalter von Hertz und sagen Sie dem Herrn, der dort seine Rechnung bezahlt, daß ich ins Flugzeug steige, wenn er nicht sofort kommt."

„Gehen Sie lieber selbst hin", antwortete er, „das ist sicher einfacher."

Ich rannte zu dem Schalter, ohne darauf zu achten, was für einen Eindruck ich machte. Die Angst hatte mich die zurückhaltende Art meines anderen Ichs vergessen lassen, und ich war wieder zu dem impulsiven Filmemacher geworden, der ich immer gewesen war. Ich kam dazu, wie Franquie gerade seelenruhig mit dem Angestellten von Hertz über ein Problem des Wechselkurses verhandelte.

„Verdammt", sagte ich, „bezahl ihm, was er will, ich warte im Flugzeug auf dich. Wir haben noch fünf Minuten."

Ich gab mir die größte Mühe, mich zu beruhigen, und stellte mich der Paßkontrolle. Der Beamte sah den Paß durch und blickte mir in die Augen. Ich blickte fest zurück, dann sah er auf das Photo und schaute wieder zu mir hoch, und ich hielt seinem Blick stand.

„Nach Montevideo?" fragte er mich.

„Zu Mutters Fleischtöpfen", antwortete ich.

Er warf einen Blick auf die Wanduhr und sagte: „Die Maschine ist bereits weg." Ich beharrte darauf, sie sei noch nicht weg, und er ließ es sich von der Angestellten von LAN-Chile bestätigen, daß sie auf uns wartete. Es blieben noch zwei Minuten.

Der Beamte stempelte den Paß und reichte ihn mir lächelnd zurück: „Gute Reise."

Ich hatte die Kontrolle noch nicht passiert, als man mich über Lautsprecher ausrief, meinen falschen Namen, in voller Lautstärke. Ich dachte, dies sei das Ende, und empfand sogar ein seltsames Gefühl der Erleichterung. Aber es war nur Franquie, der mich hatte ausrufen lassen, weil ich versehentlich seine Bordkarte mit meinen Papieren mitgenommen hatte. Ich mußte noch einmal zum Ausgang rennen, am Beamten an der Paßkontrolle vorbei, und wieder dieselben Kontrollen passieren, diesmal mit Franquie im Schlepptau.

Wir stiegen als letzte ins Flugzeug und setzten uns auf die beiden letzten freien Plätze. Da überkam mich das widersprüchlichste Gefühl der ganzen Reise. Ich empfand große Trauer, Wut und erneut den unerträglichen Schmerz der Verbannung, aber ich empfand auch eine ungeheure Erleichterung darüber, daß alle, die in mein Abenteuer verwickelt gewesen waren, es heil überstanden hatten.

Eine unerwartete Durchsage aus dem Flugzeuglautsprecher holte mich in die Realität zurück. „Alle Passagiere werden gebeten, ihre Flugtickets bereitzuhalten. Wir müssen eine Kontrolle durchführen."

Zwei Beamte in Zivil, die ebensogut von der Fluggesellschaft wie von der Regierung sein konnten, befanden sich bereits im Flugzeug. Ich bin sehr oft geflogen und weiß, daß es nicht ungewöhnlich ist, wenn in letzter Minute der Kontrollabschnitt der Bordkarte verlangt wird, um irgend etwas an Bord zu überprüfen. Aber es war das erste Mal, daß man die Flugtickets sehen wollte. Man konnte sich alles mögliche ausmalen. Bestürzt suchte ich Zuflucht in den herrlichen grünen Augen der Stewardess, die Bonbons verteilte:

Regisseur Littín: „Die würdigsten Wochen meines Lebens"

„Das ist aber reichlich ungewöhnlich, Señorita", sagte ich ihr.

„Ach, Señor, was soll ich Ihnen sagen", antwortete sie. „Das haben wir nicht in der Hand."

Ich war kurz davor aufzuspringen und mich den Kontrolleuren zu stellen, ihnen zuzurufen: „Geht doch alle zum Teufel, ich bin Miguel Littín, Filmregisseur, Sohn von Cristina und Hernán, und weder ihr noch sonst jemand habt das Recht, mir zu verbieten, unter meinem Namen und mit meinem eigenen Gesicht in meinem Land zu leben."

Aber als es dann soweit war, beschränkte ich mich darauf, in den schützenden Panzer meines anderen Ichs geduckt und so feierlich wie nur möglich mein Flugticket vorzuzeigen.

Der Kontrolleur warf kaum einen Blick darauf und gab es mir zurück, ohne mich anzusehen.

Fünf Minuten später, als wir über den in der Abenddämmerung rosafarbenen Schnee der Anden flogen, wurde mir klar, daß die vergangenen sechs Wochen nicht die heroischsten meines Lebens gewesen waren, wie ich es mir bei meiner Ankunft vorgestellt hatte, sondern etwas sehr viel Wichtigeres: die würdigsten. Ich sah auf die Uhr: Es war zehn nach fünf.

Die Stewardess mit den smaragdgrünen Augen servierte uns einen Willkommenscocktail und erklärte uns, ohne daß wir sie danach gefragt hätten: „Es wurde vermutet, daß sich ein blinder Passagier im Flugzeug versteckt hätte."

Franquie und ich erhoben unsere Gläser auf sein Wohl.

„Nicht einer", sagte ich, „zwei. Prost!"

Ende

© 1988 Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln. Der ungekürzte Text von Gabriel García Márquez erscheint in diesem Monat unter dem Titel „Das Abenteuer des Miguel Littín. Illegal in Chile". Aus dem Spanischen von Ulli Langenbrinck; 160 Seiten; 19,80 Mark.

Silhouette von Calgary mit Olympia-Stadion: Ein Pferdesattel in Übergröße

„Es wird der sahnigste Monat des Jahrhunderts“

SPIEGEL-Redakteur Werner Meyer-Larsen über Calgarys Geldhunger vor den Olympischen Winterspielen

Viereinhalb Wochen noch, dann wird Jeanne Suavé, Repräsentantin des kanadischen Staatsoberhaupts Königin Elizabeth II. von England, im McMahon Stadium zu Calgary die XV. Olympischen Winterspiele eröffnen. Und Calgarys Bürgermeister Ralph Klein, ein ehemaliger Fernsehreporter, weiß schon jetzt: „Es wird eine Riesenparty.“

Die Party von Calgary, so wollen es ihre Veranstalter, findet vorwiegend im Saale statt. Klein und sein Olympia-Manager Frank King, eine bekannte Figur des heimischen Öl-Geschäfts, haben es so gerichtet, daß die Winterspiele zur Not auch ohne Schnee oder sogar im Sommer steigen könnten.

Um Calgarys Spiele wettersicher zu gestalten, wagten die beiden Rekordeinsätze von Dollar und Spitzentechnologie. Sie ließen Veranstaltungshallen von so erbarmungslosem Ausmaß bauen, daß selbst ein klassischer Außenwettbewerb wie der Eisschnellauf kommod unter gewölbtem Dach dargeboten werden kann.

Wo es sich nicht vermeiden läßt, daß Wettkämpfe draußen stattfinden, ist Calgary ebenfalls gerüstet: Gegen Schneemangel und Tauwetter bietet die Stadt ein Arsenal von Computern, Schneemaschinen und Vereisungsapparaten auf, das seinesgleichen sucht.

Denn Calgary, das soll die Welt sich merken, ist nicht irgendwas. Die 1000 Meter hoch gelegene Stadt mit ihren 640 000 Einwohnern ist der zweitgrößte Austragungsort, den die Olympischen Winterspiele je hatten. Calgary nämlich ist das Geschäfts- und Finanzzentrum des kanadischen Westens und die Entertainment-Zitadelle des Prärieстaates Alberta.

Der eigenen Bedeutung eingedenk, orientierten sich die Olympia-Manager der Stadt beim Planen der Spiele nicht an so zwergenhaften Vorbildern wie den Winter-Austragungsstätten Lake Placid, Squaw Valley oder Cortina d'Ampezzo. Nein, sie zogen sich an den Giganten der Sommerspiele hoch: an Tokio zum Beispiel, mehr noch an Los Angeles.

Peter Ueberroth, unter dessen strammem Regiment die Olympischen Spiele in Los Angeles 1984 mit 215 Millionen US-Dollar Profit abschlossen, ist die Kultfigur der Olympia-Macher. Ihre Horrorvorstellung ist das Finanzdesaster der ostkanadischen Konkurrenzstadt Montreal bei den Sommerspielen 1976: Montreal wird noch bis ins nächste Jahrtausend an dem Milliardendefizit, in das die Stadt damals blindlings stolperte, abzuzahlen haben.

Mit der Verbissenheit ihrer aus Europa eingewanderten Vorfahren und kühn, wie die weite Prärie den Menschen offenkundig macht, schoben die Olympiaplaner der Stadt die Einnahmen- und Ausgabenseite ihres Budgets so weit nach oben, als handele es sich um zwei Olympische Spiele hintereinander.

Während Ueberroth in Los Angeles noch mit 413 Millionen US-Dollar auskam, klotzen die Kanadier mit einer vollen Milliarde Kanadischer Dollar (775 Millionen US-Dollar), davon 400 Millionen allein für Neubauten. Während Ueberroth sich mit 225 Millionen US-Dollar für exklusive Fernsehübertragungsrechte bescheiden mußte, lassen die Kanadier sich von der New Yorker Fernsehfirma ABC gleich 309 Millionen bezahlen.

Auch die übrigen Mäzene der kanadischen Spiele wurden geschröpft. Für das Recht, die Kreditkarte der Olympischen Spiele stellen zu dürfen, hatte die Marketingfirma ISL, der Vertragspartner des Internationalen Olympischen Komitees, von der American Express Company 15,5 Millionen US-Dollar verlangt.

Ueberroth, dessen Spiele von viermal so vielen Zuschauern besucht wurden, wie Calgary sie erwartet, hatte damals nur ein Drittel dieser Summe bekommen. American Express lehnte dankend ab, und Konkurrent Visa kam in Calgary zum Zuge.

Für das Recht, mit ihren Lang-Limousinen exklusiv olympische Kämpfer und Funktionäre durchs Land rollen zu dürfen, zahlt die General Motors Corporation mehrere Millionen. Coca-Cola kehrt weitere Millionen Dollar aus, um seinen Produkten die höhere Weihe eines olympischen Soft-Getränks geben zu dürfen.

Dem amerikanischen Medienkonzern Time Inc. dienten die Kanadier – unverfroren, aber erfolgreich – für zwei Millionen Dollar das Recht an, mit einem Olympia-Sonderheft aufwarten zu dürfen. Als das populäre kanadische „Maclean's"-Magazin seine journalistische Berichterstattungspflicht gleichfalls mit einer Sondernummer zu krönen ankündigte, kam es nur haarscharf an einer einstweiligen Verfügung des sogenannten Olympic Trust vorbei.

Der Olympic Trust ist die Wort- und Gedankenpolizei der geschäftstüchtigen Kanadier. Kaum daß sie die Olympischen Spiele ergattert hatten, begann der Trust mit galliger Strenge zu arbeiten. Als wäre er die Rechtsabteilung eines Bier-, Waschmittel- oder Zigarettenkonzerns, ließ er 214 Namen, Begriffe und Symbole sperren, die mit den Spielen auch nur andeutungsweise etwas zu tun haben könnten.

Die Wortpolizei versandte inzwischen mehr als 300 Drohbriefe, in denen von Unternehmen und Institutionen verlangt wurde, entweder ihren verfänglichen Namen und von ihnen benutzte Strichmänner-Symbole à la Olympia abzuschaffen. Oder, wenn nicht, zu zahlen.

So mußte etwa die kanadische Regierung, immerhin mit 200 Millionen Dollar Olympia-Subvention dabei, ihre „olympische" Arbeitsvermittlung in eine „Calgary '88"-Vermittlung umbenennen. Neben dem Staat aber traf es auch harmlose Unternehmer der Gastronomie und einen Fahrradhändler griechischen Geblüts aus Toronto. Der Mann war aus der hellenischen Stadt Olympia eingewandert und hatte seinen Laden deshalb olympisch aufgetakelt.

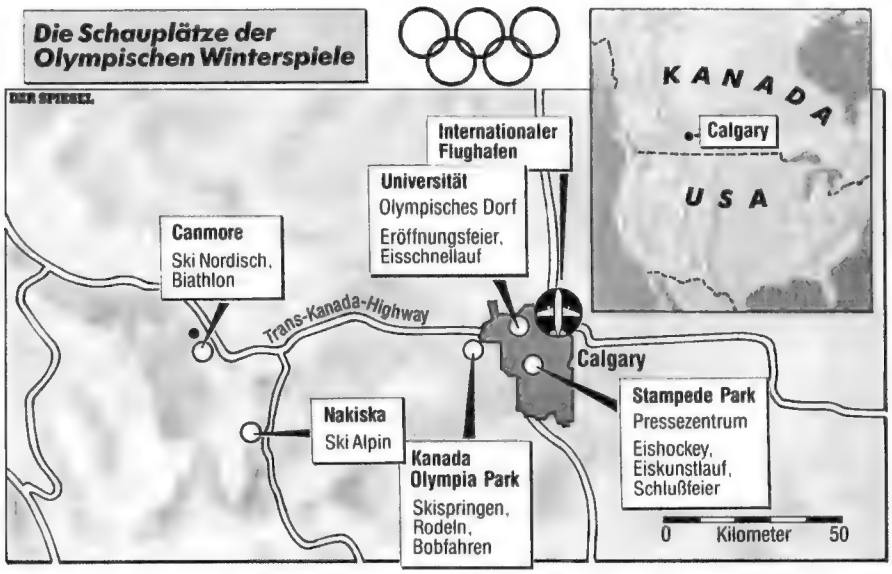
Griechenlands Fluggesellschaft Olympic Airways, um zweieinhalb Jahrzehnte älter als Calgarys Olympia, muß in bar und mit Freiflügen dafür zahlen, daß sie in Kanada Buchungsbüros mit ihrem Firmennamen unterhält. Empfänger der Freiflüge sind die 13 Mitglieder des kanadischen olympischen Exekutiv-Komitees oder von ihnen auserwählte Günstlinge.

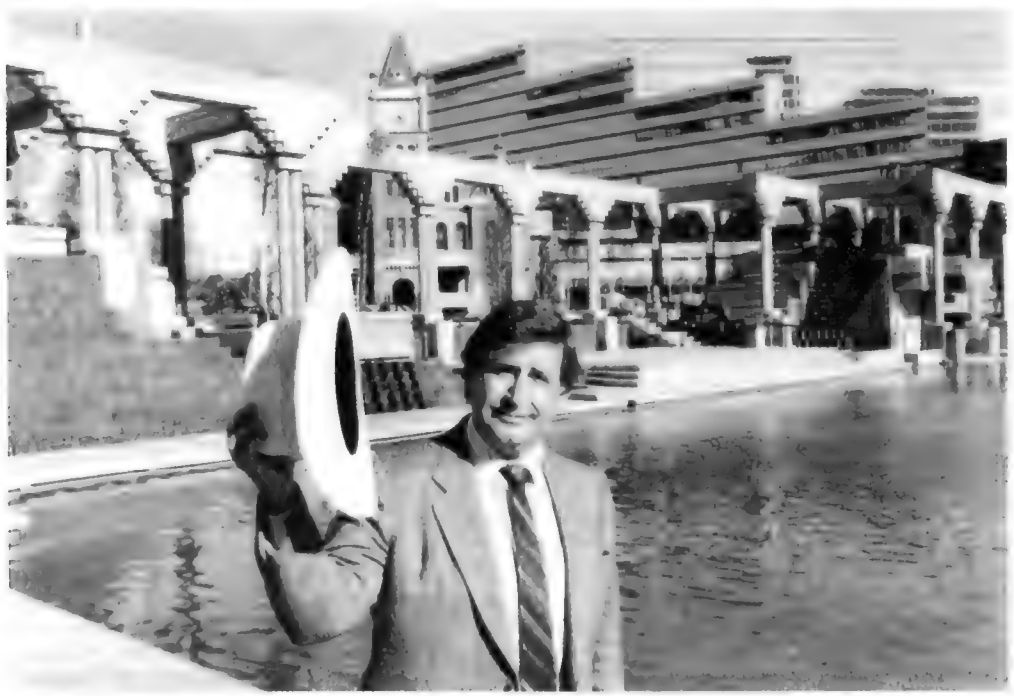
Auch bei der Festlegung des Datums der Spiele vom 13. bis 28. Februar ging den Kanadiern der Kommerz nicht aus dem Sinn. Um den Fernsehgesellschaften höchste Einschaltquoten zu verschaffen, bezogen sie drei komplette Wochenenden in die Spiele ein, die deshalb nicht wie üblich 12, sondern 16 Tage dauern.

Olympiatouristen können die Zeit brauchen: Die Sportstätten ziehen sich zwischen der Stadt Calgary und dem Fuß der Rocky Mountains über eine Länge von rund hundert Kilometern:

- ▷ In der Stadt selbst stehen drei Riesenstadien, zwei davon überdacht, für Eishockey-, Eiskunst- und Eisschnellaufwettbewerbe.
- ▷ Zehn Kilometer weiter, nach Osten mit dem Blick auf die Stadt, nach Westen auf die Rockies, stehen die olympischen Sprungschanzen und eine superschnelle Bobbahn.
- ▷ 80 Kilometer westwärts, in Nakiska am Mount Allan, sollen die olympischen Abfahrtsläufe starten.
- ▷ 90 Kilometer gen Westen, im Canmore Nordic Center, finden die olympischen Langläufe statt.

Neben den Spielen planen die Olympiamanager noch Volksbelustigungen wie internationale Heißluftballon-Starts, eine Outdoor-Laser-Show und ein 11,5 Millionen Dollar teures Kunstfestival. An sechs olympischen Tagen dürfen die Besucher sich zudem im Stampede Corral, einer Halle mitten in der Stadt, dem Klamauk eines Rodeos hingeben. „Das ist





Bürgermeister Klein: „Die Spiele sind uns von Gott gesandt"

Teil unseres Erbes", sagt Stadt-Chef Klein, „auf den wir nicht verzichten wollen."

Calgary nämlich, inzwischen eine modern geplante Rasterstadt mit verglasten Fußgängerbrücken zwischen den Häuserfassaden, gilt beim vornehmeren Rest Kanadas als „Cow Town" und versteht sich folglich als Frontstadt.

„Kuhstadt" ist das Zentrum, nicht die Hauptstadt der weiträumigen Westprovinz Alberta. Dort, zwischen den Rokkies und den großen Getreideflächen der östlichen Nachbarprovinz Saskatchewan, geht alles so zu wie in Texas.

Dort reichen die Straßen schnurgerade bis in den Horizont. Dort heißen Rindviehbarrieren unverwechselbar „Texas gates". Dort beschatten Stetson-Hüte, das in Pennsylvania erfundene Symbol der Texaner, die Augen der Cowboys. Wer den weißen Stetson von Calgary kauft, wird durch handsignierte Urkunde Mitglied des Klubs der „Calgary White Hatter".

Horntierranches also prägen die Konturen der Landschaft, aber Öl-Dollar die Konten ihrer Bewohner: Alles ähnelt Texas, nur ein paar hundert Meter höher und meistens etwas kälter. Drei Breitengrade aufwärts allerdings, nahe der nördlicher gelegenen Verwaltungshauptstadt Edmonton, hören Straßen und Zivilisation abrupt auf.

Nur Pferd und Flugzeug helfen noch, wenn es über den Peace River und über das vorgeschobene Fort McMurray hinausgehen soll. Da wird aus Texas ganz plötzlich Alaska, mit Eskimos, Indianersiedlungen und weißen Pioniergestalten.

Calgary selbst, ausweislich seiner Esso Plaza mit Glasfassaden und Springbrunnen, ausweislich auch seiner 500 anderen Ölgesellschaften, ist zum Houston, wenn es sein muß, zum Dallas der Kanadier geworden. Entstanden war es als Station der North-West Mounted Police – einer Romantik-umhauchten Elitetruppe, die auf schwitzenden Pferderücken nach dem Rechten sah.

Die Gebirgspolizisten hatten – angeblich – das indianische Volk vor dem Treiben bösartiger amerikanischer Whiskey-Händler schützen sollen. Wahrscheinlich aber hatten sie schlicht den Auftrag, Britanniens Recht in der Prärie durchzusetzen. Schon 1875 jedenfalls bauten sie dort, am Zusammenfluß von Elbow und Bow River, ihre erste feste Station.

Als die Büffelherden, Nahrungsgrundlage der nordamerikanischen Indianer, verschwanden, fingen die weißen Siedler mit der Rinderzucht an. 1887 begannen die Calgarianer ihre ersten Hornviehexporte ins großbritannische Mutterland.

Im selben Jahr etablierte sich, mit der presbyterianischen Kirche, dem Alberta Hotel und dem Amtsgericht, die spezifische Calgary-Architektur: Fassaden aus gehauenem Sandstein, deren Abklatsch sich, nun in Beton gegossen, an den modernen Hochhausfassaden der Stadt wiederfindet.

1912 endlich ereigneten sich zwei Dinge, die das Bild der Stadt mehr prägten als die Mounted Police oder die Kirche der Presbyterianer. In diesem Jahr, einer Krisenzeit der Weidewirtschaft, warfen Calgarys vier größte Rindviehzüchter die verbliebenen Reste ihres Geldes zusammen und ließen, um den Kummer zu verdrängen, eine wilde Rodeo-Show steigen. Auf calgarianisch hieß das „Stampede".

Seitdem zelebriert Calgary jedes Jahr zehn Tage im Juli das Calgary Stampede Festival, nach Bürgermeister Klein die „größte Outdoor Show der Welt". 1,2 Millionen Besucher und Rodeoprofis dringen während dieser Tage in die Stadt ein. Für die Gemeindeväter Grund genug, sich auch den großen Anforderungen bei Olympischen Spielen gewachsen zu fühlen.

Die Canadian Western Natural Gas Co. Ltd. brachte als erste 1912 in großem Stil heimisches Erdgas in die Kraftwerke der Provinz. Als die Calgary Petroleum Products Company 1914 das große Ölfeld im Turner Valley südlich von Calgary entdeckte, begann die Metamorphose der Cow Town zur Oil City. Fast über Nacht ließen sich in Calgary mehrere hundert Ölgesellschaften nieder.

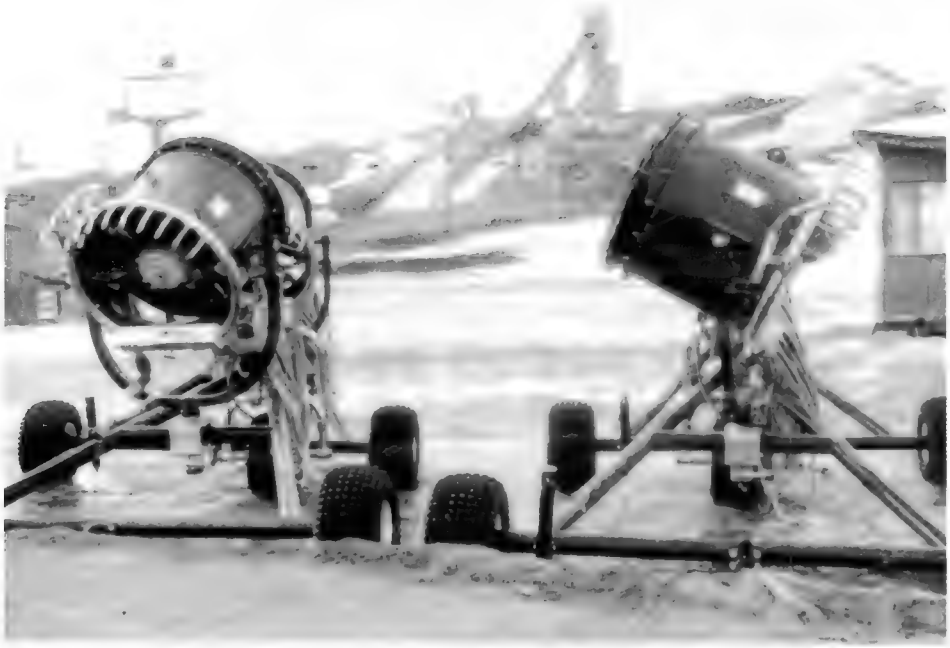
Aber erst als 1947 das gewaltige Leduc-Woodbend-Ölfeld entdeckt wurde, geriet die Provinz in einen texanisch-heißen Ölboom. Binnen vier Jahrzehnten versechsfachte sich Calgarys Einwohnerzahl. Die internationalen Ölgesellschaften – Exxon, Shell, Texaco, Mobil, BP – richteten ihre kanadischen Zentralen in Calgary ein. 85 Prozent der kanadischen Öl- und Erdgasförderung werden von Calgary aus gemanagt.

Auf dem Höhepunkt aller Kraft und Herrlichkeit, nachdem 1973/74 der Opec-Ölboykott ausgebrochen war, hatte Oil City die Provinzregierung von Alberta sogar überreden wollen, sich aus dem kanadischen Bundesstaat zu lösen. Der Grund war klar: Von dem aufkommenden Milliardensegen sollte nicht ein einziger Dollar an Unwürdige abgezweigt werden müssen.

Denn Alberta, so spekulierte Oil City damals, könnte sich bis zur Jahrhundertwende in ein Saudi-Arabien des Nordens verwandeln. Alberta nämlich besitzt, neben Öl und Erdgas, die größten Teersand-Vorkommen der Welt.

Aus Teersand läßt sich Mineralöl gewinnen. Und Albertas Teersand-Vorkommen enthalten mehr Öl, als unter dem Sand Saudi-Arabiens liegt. Die Gewinnung ist zwar teuer, doch nach der Ölpreis-Explosion 1973/74 schien das Ganze sich plötzlich zu lohnen. Alberta, kombinierte die Ölbranche in Calgary, besaß den Schlüssel zu einer Opec-unabhängigen Ölwelt des Westens.

Stampede in Calgary (1923): „Teil unseres Erbes"



Schneekanonen in Calgary: „Am schlimmsten ist richtiger Schneefall"

Ein wenig vermessen waren sie schon, die kühnen Planer in ihrer Euphorie. Und es kam denn auch ganz anders. Als der Ölpreis von 1980 an plötzlich wieder sank, war Albertas großer Traum erst einmal perdu. Aus den Hauptquartieren der Ölbranche quoll nun Krisenfurcht. 1986 prophezeite Douglas G. Stoneman von Shell Canada der Branche in Alberta 50 000 Entlassungen. Das Personal der Ölsuchtrupps samt ihrer Planungsstäbe wurde um fast die Hälfte gekappt. Da kam Olympia, noch mit breitkrempiger Boom-Mentalität in die Stadt geholt, in den Zeiten der Not wie ein Zeichen höherer Gnade.

Olympia-Manager King
16 000 neue Arbeitsplätze

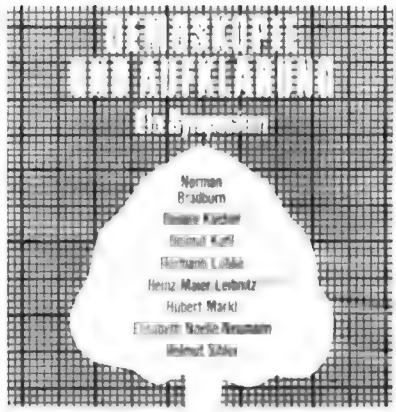
„Die Spiele sind uns von Gott gesandt", verkündete Stadthäuptling Klein seiner Gemeinde. Bevor Calgary ähnlich zusammenklappte wie das texanische Vorbild Houston, schalteten die Frontiers von Öl auf Sport. Der olympische Rummel, schätzen Fachleute, hat Calgary 16 000 neue Arbeitsplätze verschafft, halb so viele, wie der Stadt durch die Ölkrise inzwischen verlorengingen.

Statt im Sand zu graben, türmten die Calgarianer voluminöse Bauten auf. Längst ist ein 20 000-Mann-Stadion fertig, dessen sattelförmiges Dach die größte Betonspanndecke der Welt bildet: der Olympic Saddle dome, für die Bürger ein Pferdesattel in Übergröße. Seit kurzem auch steht das Field House (mit hölzernem Normaldach), in das zwei komplette Eishockeyfelder passen. Im Canada Olympic Park ragen Schanzen für 30-, 50-, 70- und 90-Meter-Sprünge weit über den oberen Rand eines Hügels hinaus. Der Wind bläst dort – jedenfalls statistisch – alle drei Tage so wild, daß keine Sprünge mehr möglich sind. Aber „man kann das hinkriegen", wiegelt Macher King ab, „wenn man genügend Tage zum Warten hat".

Den Mount Allan bei Nakiska, wegen seiner groben Form von der Zeitschrift „Sports Illustrated" als „Maulwurfshügel" bespöttelt, frästen die Kanadier in eine computerberechnete Idealform. Ski-Präsident Marc Hodler aus der Schweiz, vorher ein verbissener Kritiker des Hügels, ist ganz ergriffen davon: „Es ist der beste Berg dieser Zeit geworden."

Ihr höchstes technisches Wissen aber widmeten die Kanadier der

Natürlich



ist *Demoskopie* für Sie kein *Fremdwort*. Damit es nicht nur ein *Schlagwort* bleibt – schlagen Sie nach:

Demoskopie und Aufklärung

Ein Symposium

Norman Bradburn – Renate Köcher – Helmut Kohl – Hermann Lübbe – Heinz Maier-Leibnitz – Hubert Markl – Elisabeth Noelle-Neumann – Helmut Sihler

Herausgegeben vom Institut für Demoskopie, Allensbach
Mit einem Vorwort von Elisabeth Noelle-Neumann

1988. 76 Seiten. Broschur. DM 24,–
ISBN 3-598-10752-8

Noch vor der Bundesrepublik wurde das Institut für Demoskopie Allensbach 1947 als erstes deutsches Meinungsforschungsinstitut gegründet.
Jetzt, 40 Jahre später, im Herbst 1987, wird von acht Autoren aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft die Rolle der Demoskopie analysiert.

K·G·Saur Verlag

Postfach 71 10 09,
8000 München 71,
Tel. (089) 7 91 04-0

Appartements, auf die Sie fliegen werden.

Inclusive Flug, netten Nachbarn und Komfort nach Wunsch.

Wenn Sie sich am liebsten kopfüber ins volle Urlaubs-Vergnügen stürzen, frei von allen Verpflichtungen, dann sollten Sie sich ein eigenes Appartement nehmen – auf Zeit. Da sind Sie ganz für sich und trotzdem unter netten, sympathischen Leuten. Zum Beispiel in einem **Appartement** für 5 Personen auf **Menorca.** Zwei Wochen ab **DM 788,–** pro Person, mit Flug.

Wer lieber auf **Mallorca** ist, dem bieten wir zwei Wochen Strand und Sonne und die **Appartements** im Royal Mediterraneo ab **DM 736,–** pro Person. Auch das inclusive Flug und ohne Verpflegung. Am besten, Sie springen ganz schnell ins nächste TUI-Reisebüro und buchen Ihren privaten Urlaub.

SCHARNOW

Urlaub privat.

TUI

Abwehr Calgary-spezifischer Wettertücken: In der Hochebene fällt der Schnee gelegentlich aus. Und mehrmals im Jahr erwärmt ein vom Pazifik über die Rokkies strömender „Chinook"-Wind die Landschaft binnen einer Stunde um über 20 Grad auf Frühlingstemperatur. „Seit 1877", unkt Bruce Thomson vom Wetterdienst der Spiele, „hat es noch jeden Februar mindestens einen Chinook gegeben."

Gegen solche Unbill fahren die Olympiamanager mit einer Batterie von Schneegeschützen an. Vergangenen Winter, beim Weltcup der Frauen in Nakiska, taute der Kunstschnee dennoch schneller, als die Maschinen nachliefern konnten, und floß als schlichtes Wasser in die Rinnsale am Fuß des Berges.

Nach diesen Erfahrungen wurde das Schneemaschinen-Arsenal an Nakiskas Mount Allan weiter verstärkt. Dort regelt René Farwig, geboren in Deutschland und 1956 einziger bolivianischer Teilnehmer der Winterolympiade, die Dinge am Berg. Für ihn ist tauender Schnee denn auch nicht mehr das Hauptproblem. „Das Schlimmste, was uns passieren kann", so sagt er, „ist richtiger Schneefall."

Dann nämlich, fürchtet das Olympiamanagement, bricht der Verkehr zusammen, und Räumkommandos müssen heran. „Es ist besser", sinniert Farwig, „der Schnee liegt nur dort, wo er hingehört, nämlich auf den Wettkampfpisten." Und das ist, keiner bestreitet es, mit Schneekanonen besser zu bewerkstelligen als mit einem Tiefdruckgebiet.

Ähnlich perfekt geht es auch bei der olympischen Bob-Bahn zu. Die Kurven-Bahn, von DDR-Technikern konstruiert, enthält rund 80 Kilometer Gefrierleitungen nach dem Prinzip des Kühlschranks. An 98 Stellen der Bahn wurden photoelektrische Augen eingebaut und mit einem Computer verbunden. Wer genug Zeit zum Training hat, kann vom Rechner die optimale Geschwindigkeit und Fahrtechnik abrufen.

Fabelhaft auf Zack sind auch die Sicherheitskommandos der Polizei, ein aus der Stadtpolizei und der Royal Canadian Mounted Police zusammengesuchtes „Joint Securities Command". Die Spezialtruppe hat bereits über 10 000 ständige Olympiawerker durchleuchtet und Kurse mit der in Calgary bewunderten Polizei von Los Angeles abgehalten. „Terroristen sollten wissen", prahlt Truppen-Chef Len Elster, „wir sind vorbereitet."

Bestens präpariert, vor allem auf Spitzenprofite, sind Calgarys Gastronomie und das Gastgewerbe. Die Nachfrage der Teilnehmer und Besucher übersteigt das Angebot.

Die Stadt verfügt über 13 000 normale Hotelzimmer. Doch 2600 Athleten und ihre Trainer, 2200 Journalisten und 2500 Rundfunk- und Fernsehtechniker, dazu die geladene Prominenz und die Sportfunktionäre samt Gattinnen bringen den All-Olympia-Kader schon auf 15 000 Personen. Von Ende Januar an schweben sie ein.

Die zahlenden Gäste von Olympia, ungefähr 100 000, müssen sich deshalb etwas einschränken. Für sie hält das Olympic Housing Bureau Privatzimmer zum Einheitspreis von 37,50 Dollar je Nacht bereit. Dafür gibt es Bed and Breakfast ohne Breakfast. Die Pathfinder Vacations Organisation vermietet auf den fern gelegenen Campingplätzen der Rocky-Mountain-Nationalparks Wohnmobile für 150 Dollar täglich, in denen je sechs unerschrockene Besucher schlafen können.

Außerdem vermieten die Kanadier 1400 komplette Einfamilienhäuser zu je 2500 Dollar die Woche oder 8000 Dollar für die gesamten Spiele. Ein paar Häuser sind schon zum Tarif von 20 000 Dollar für einen vollen Monat weggegangen. „Die Eigentümer", juxt sich ein Olympia-Funktionär, „fliegen mit einem Teil des Geldes nach Hawaii und stellen am Strand die Olympia-Glotze an."

Olympia-Maskottchen Hidy & Howdy
75 Millionen Dollar Reingewinn

Auch bei den Tickets ist der Normalverbraucher eher Gast zweiter Klasse. Von den 1,9 Millionen Karten für die 128 Veranstaltungen, so versicherte das Olympische Organisationskomitee standfest, würden nur zehn Prozent an die Insider des Olympiageschäfts gehen.

Tatsächlich sind inzwischen 23 Prozent der Karten – Preis 15 bis 55 Dollar – den Olympia-Kadern zugeschanzt worden. Bei den populären Schlußveranstaltungen sind es sogar 50 Prozent.

Einiges ging auf andere Art unterderhand weg. So schob James McGregor, Olympias oberster Ticket-Manager, große Posten Karten einer World Tickets Inc. zu, die sie zu Überpreisen verkaufte. Es fügte sich, daß James McGregor selbst 99-Prozent-Gesellschafter der Firma war.

Zurückgehaltene Eintrittskarten kosten auch nach der Verhaftung des James McGregor noch den doppelten Tarif, zurückgehaltene Hotelzimmer gelegentlich das Fünffache.

Das Flamingo Motel etwa, ein Haus unterer Güte, kassiert für seine 32-Dollar-Zimmer zur Zeit der Spiele 180 Dollar:

Die Regeln des Oildriller-Gewerbes, eine gelungene Bohrung rasch in pralles Leben und Dollarsegen umzusetzen, haben das olympische Calgary voll erfaßt.

In der Stadt mit zwei Jacht-Klubs, 17 Golfplätzen, 220 Tenniscourts und 250 chinesischen Restaurants west noch der Geist der Pionierzeit.

Das heißt leben und leben lassen, Gastfreundschaft und kleine Durchstechereien inbegriffen.

Was macht es schon, wenn 1,2 Millionen Dollar unter dem Tisch durchgeschoben wurden – nur um die Spiele der Eishockey-Mannschaften der Vereinigten Staaten und Kanadas in die für Nordamerikaner günstigste Fernsehzeit zu placieren?

Nichts? „Ausgenommen eine Riesenkatastrophe", freut sich Öl- und Olympia-Manager King, „sind alle unsere Ausgaben schon jetzt voll gedeckt." Einschließlich der von King anvisierten 75 Millionen Dollar Reingewinn aus den Spielen.

„Es wird der sahnigste Monat des Jahrhunderts", beschreibt Richard Crochane, Chef des elitären Skylinehotels in der Stadt, die kaminwarmen Gefühle der Geschäftswelt gegenüber dem olympischen Februar.

Danach, wenn die Sahne weg ist, hofft Calgary auf die nächste Ölzeit. ◆

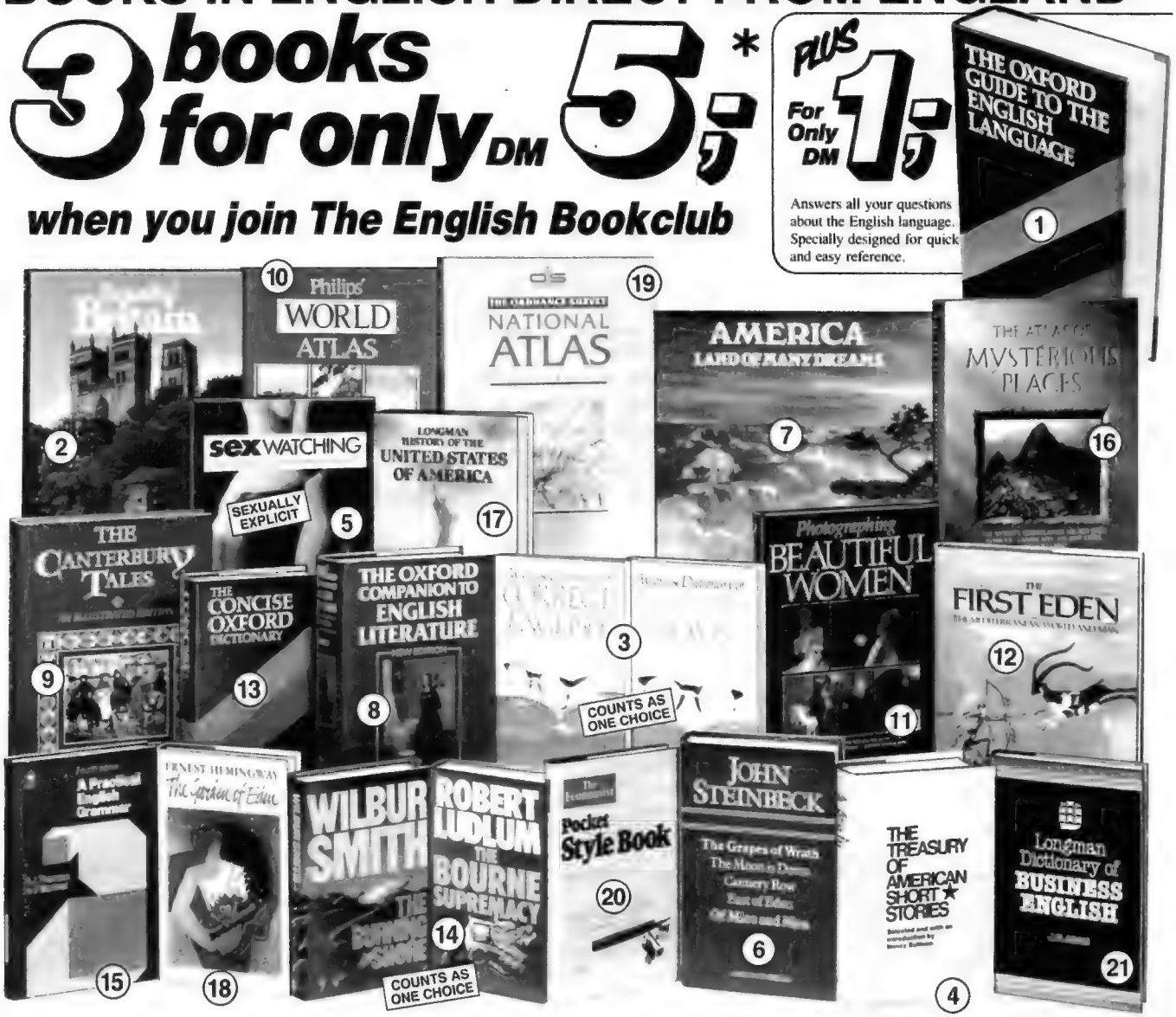
BOOKS IN ENGLISH DIRECT FROM ENGLAND

3 books for only DM 5,- *

when you join The English Bookclub

PLUS For Only DM 1,-

Answers all your questions about the English language. Specially designed for quick and easy reference.



Send off now for any three marvellous books for only DM5,- (plus* DM4,- p.& p.) plus, if you wish, *The Oxford Guide to the English Language* for just DM 1,–. Read on...

Books in English ... Direct from England
The English Bookclub sends you the best in English reading, promptly and efficiently, direct from England. You order your books in your own home, in your own time, from hundreds of titles offered to you each year.

Top British and American authors
You will enjoy choosing from our great selection ... bestselling novels from top names like *Frederick Forsyth*, *Arthur Hailey* and *John le Carré* ... classics of literature from revered authors such as *Orwell*, *Kipling* and *D.H.Lawrence* ... atlases ... dictionaries ... books to help you improve your English ... books about Britain and the USA ... history, art and nature books ... the choice is simply enormous!

All our books are top quality editions. Because at The English Bookclub, we cut prices, not standards.

How does The English Bookclub work?
Every quarter you will receive our free, full-colour magazine, 'Bookshop'. Your only commitment is to choose at least one book each quarter from *over 600 titles* you will be offered during the year.

Act Now
Send off at once for this great introductory offer. Fill in the coupon here but send no money now.

We want you to examine your books at home before you decide to become a member of The English Bookclub. First make your choice from the books here and post your coupon today.

10 days' right of cancellation. You may cancel your membership by posting back the introductory books to The English Bookclub c/o Koldeweyh Direktmarketing, Postfach 42 65, 7302 Ostfildern 1 no later than 10 days after you have received them (the postmark being proof of postage within 10 days). The English Bookclub will pay for the cost of return postage on the books.

THE ENGLISH BOOK CLUB
87, Newman Street, London, W1P 4EN, England.

PLUS FREE!
MEMBER'S WALLET
For keeping your Club Magazines, Order Forms and Statements.

Send this coupon to our German address: The English Bookclub, c/o Koldeweyh Direktmarketing, Postfach 42 65, 7302 Ostfildern 1.
Yes, I am interested in joining The English Bookclub, London.
Please send me the books I have chosen whose numbers are as follows:

☐ ☐ ☐ Please also send me *The Oxford Guide to the English Language*. Put an X here if required ▶ ☐ 1 FREE WALLET 22

If I keep the books for more than 10 days, I will pay you only DM5,- (plus* DM4,- p.& p.) for my three chosen books, plus only DM1,- should I also choose 'The Oxford Guide to the English Language' and thereby become a member. I will then order at least one book every three months from the titles described in the free quarterly magazine 'Bookshop'. If I do not order within the time stated in 'Bookshop', I agree to accept the 'Editor's Choice' title described in the club magazine. My membership is for a minimum of only one year after which I may cancel at any time by giving three months' notice. I hereby authorise The English Bookclub to import books on my behalf.

Signature X _____ Date _____

10 days' right of cancellation. I may cancel my membership by posting back the introductory books to the above address no later than 10 days after I have received them (the postmark being proof of postage within 10 days). I understand that The English Bookclub will pay for the cost of return postage on the books.

BLOCK LETTERS

Signature X _____ Date _____

Herr/Frau/Frl. Name _____ Vorname _____

Straße. Haus Nr _____

PLZ/Wohnort _____

PLEASE SEND NO MONEY NOW **SG800**

Wir machen Rabbits* schlagfertig...

... in der Winter-Golfschule im Golf-Club Poniente auf Mallorca.

In 2-wöchigen Seminaren für Golfeinsteiger ist das Ziel die Platzreife. Leicht Fortgeschrittene werden in 1-wöchigen Kursen auf ein hohes Handicap vorbereitet. Deutsche CIS-Golflehrer lehren Golfschwung, Etikette und Regeln.

Preis pro Person (ca. je nach Saison) einschl. Flug, Hotel mit Halbpension, Greenfees, Übungsbälle und Ausbildung:
Seminar 2.630 DM
Kurs 1.440 DM

INTER SPORT®

Club INTERSPORT
Ostergärten 32
6505 Nierstein
Tel.: 0 61 33/51 63

*Golfsprache: Rabbit = Anfänger

Tag für Tag in Wort und Bild

1987

Der vollständige Jahresrückblick.

Ereignisse, die Sie miterlebt haben!

nur 14,80 DM

● 128 Seiten ● Über 200 Fotos, Dokumente, Karten und Schaubilder ● Durchgehend vierfarbig ● Die wichtigsten Ereignisse von Januar bis Dezember '87

Jetzt überall, wo es Bücher gibt.

„So jämmerlich gespielt"

Interview mit Schach-Weltmeister Kasparow über sein Duell mit Karpow

FRAGE: Herr Kasparow, wie bewerten Sie die Qualität der Partien von Sevilla?

KASPAROW: Spannung und Intensität waren stärker als je zuvor in den Begegnungen zwischen mir und Karpow, aber für das Schachspiel an sich haben sie sehr wenig Bedeutung. Ich betrachte Schachspielen als Kunst, und künstlerisch gesehen waren die Partien von Sevilla völlig wertlos. Es gab viele und auch grobe Fehler.

FRAGE: Das gilt auch für Sie, oder?

KASPAROW: Ich schäme mich tatsächlich dafür, so jämmerlich gespielt zu haben. Karpow ist ein guter Kämpfer, eine Art Kartenspieler des Schachs, ich aber bin der Schachspieler. Das ist ja eben der Unterschied zwischen uns beiden. Ich konnte die elende Qualität der Spiele bis in die Fingerspitzen spüren, ich bin immer noch sehr ärgerlich über mich selbst.

FRAGE: Der ehemalige Weltmeister Boris Spasski meinte, für das Schachspiel insgesamt wäre es besser gewesen, wenn Sie verloren hätten. Eine Niederlage hätte Sie gezwungen, wieder zu Ihrem früheren spektakulären und riskanten Stil zurückzukehren. Teilen Sie diese Ansicht?

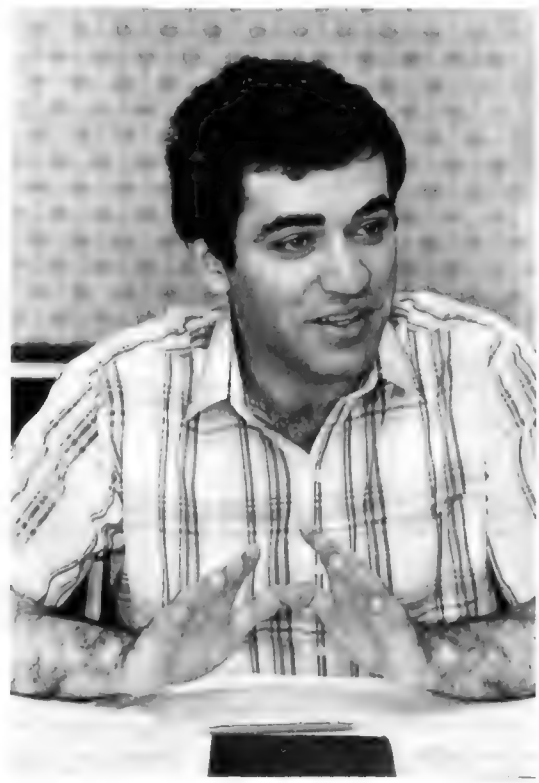
KASPAROW: Spasski konnte meine Gefühle vor dem Match intuitiv verstehen. Er ist ein kluger Kerl, er weiß, wovon er spricht. Nur wer sich selbst auf dem obersten Gipfel befunden hat, kann in vollem Umfang erfassen, was sich beim Kampf um die Weltmeisterschaft abspielt und welchen Belastungen gerade der Titelverteidiger ausgesetzt ist. Spasski hat meine schlechte psychologische Situation zu Beginn der Auseinandersetzung richtig eingeschätzt.

FRAGE: Wäre es denn tatsächlich besser für Sie gewesen, wenn Sie verloren hätten?

KASPAROW: Vielleicht hat Spasski auch darin recht. Wahr ist jedenfalls, daß ich meine volle Stärke nicht mobilisieren konnte, ich hätte es wohl zu 50 Prozent besser machen können. Meinen Stil werde ich sowieso wieder ändern, obwohl ich Weltmeister geblieben bin.

FRAGE: Warum haben Sie das nicht bereits in Sevilla getan? Etwa als Sie im Verlauf der Partien merkten, daß Sie sich mit Ihrem gegenüber früher weniger riskanten Spiel gegen den glänzend vorbereiteten Karpow nicht entscheidend durchsetzen konnten?

KASPAROW: Ich wollte meinen Stil ändern, doch ich konnte es nicht. Ich war leer. Aber ich war immerhin in der Lage, im allerletzten Spiel auch die allerletzten Ressourcen aus mir rauszuholen, um mich selbst, meinen Titel und das Schachspiel zu schützen. Jetzt kann Karpow nie mehr Weltmeister werden, ich bin ja am Leben. Er kämpfte in Sevilla besser als ich, doch in der letzten Partie habe ich bewiesen, wer der Stärkere ist. Eine Partie unter solchen Voraussetzungen kann man nicht gewinnen, wenn man nicht besser als sein Gegner ist, viel besser. Ich mußte die letzte Begegnung gewinnen, und ich habe sie gewonnen.



Weltmeister Kasparow: „Ich war leer"

FRAGE: Sie blieben Weltmeister, weil Ihnen als Titelverteidiger der 12:12-Endstand aus 24 Partien reichte, kein glanzvolles Resultat. Es ist viel darüber spekuliert worden, ob Sie sich vor dem Titelkampf nicht allzusehr verzettelt hätten. War es so?

KASPAROW: Ja. Ich habe meine Autobiographie publiziert, Schachpolitik betrieben und einen kleinen Krieg gegen die Bürokratie in meinem Land geführt. In einer Novelle des amerikanischen Schriftstellers O. Henry wird etwas sehr Kluges gesagt: Es gibt im Leben einige

© „Information", Kopenhagen

VISA

Internationaler Sponsor der Olympischen Spiele 1988.

IN ALLE WELT GETRAGEN

Die Olympische Fackel wird nach Calgary getragen. Mit dem Entzünden der Olympischen Flamme werden die Olympischen Spiele 1988 eröffnet.

Visa, gleichfalls in alle Welt getragen, ist alleiniger Sponsor der Olympischen Spiele 1988 und wird als einzige Kreditkarte bei den Spielen anerkannt.

Auf Ihren Geschäfts- oder Urlaubsreisen ins Ausland können Sie sich darauf verlassen, daß man Ihre Visakarte sowie Ihre Reiseschecks und Reisegutscheine gerne entgegennehmen wird.

Verlorene oder gestohlene Schecks können Ihnen an über 60.000 Bankschaltern ersetzt werden – normalerweise innerhalb von 24 Stunden.

Weltweit wird Ihre Visakarte an über 5,6 Millionen Orten bereitwillig akzeptiert, wenn Sie reisen, einkaufen oder ausgehen wollen.

Mit der Visakarte können Sie zuversichtlich reisen.

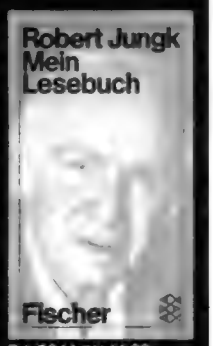
Alles, was Sie brauchen.

Taschenbücher Fischer im Januar

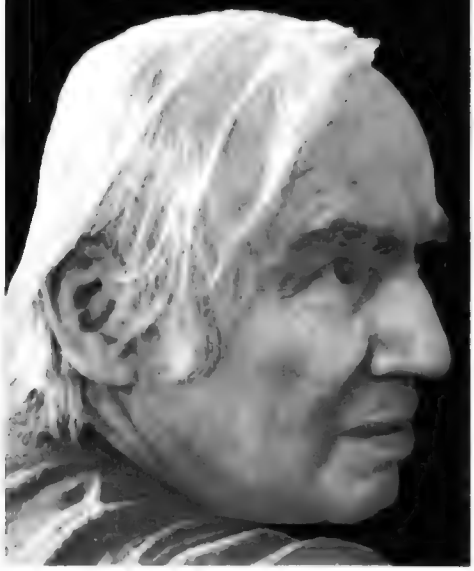
Mein Lesebuch

Unter dem Titel »Mein Lesebuch« veröffentlicht der Fischer Taschenbuch Verlag Anthologien, in welchen Schriftsteller von heute ganz subjektiv ausgewählte Texte der Weltliteratur vorstellen und zu ihrer eigenen literarischen Entwicklung in Beziehung setzen.

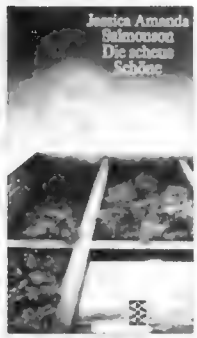
Robert Jungk, der als einer der ersten vor den Gefahren der modernen Technologie und einer sogenannten »wertfreien« Forschung gewarnt hat, stellt in seinem Lesebuch Texte zeitgenössischer Schriftsteller und Wissenschaftler vor. Er berichtet von persönlichen Begegnungen mit den Autoren und von seinem Bemühen, das humanistisch-geisteswissenschaftliche und das naturwissenschaftliche Weltbild zusammenzusehen und zusammenzuführen.



Bd. 5244 DM 14,80



Bd. 9138 DM 10.80



Bd. 2736 DM 16,80

Bd. 3252 DM 8,80

Bd. 9164 DM 24,80

»Obwohl dieses Buch natürlich ›nur geschrieben‹ ist, wirkt es mit seiner irrwitzigen, wahnsinnigen Spannweite an Stoffen und Ausdrucksmitteln wie eine bewußtseinserweiternde, zugleich befeuernde und beängstigende Droge.«

(Tages-Anzeiger Zurich)

Bd. 9165 DM 8,80

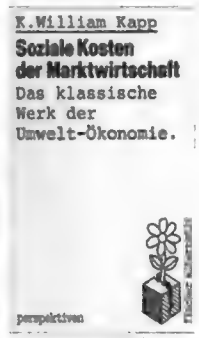
Bd. 7575 DM 14,80

Bd. 3872 DM 15,80

Bd. 3887 DM 15,80

Das Kernstück dieses Buches zeichnet die Entwicklungsgeschichte der philippinischen Befreiung nach, das Ringen um Demokratisierung seit der Ermordung von ›Ninoy‹ Aquino und begleitet die ersten neun Monate der Präsidentschaft von ›Cory‹ Aquino.

Bd. 8260 DM 9,80



Bd. 4167 DM 14,80

Bd. 42297 DM 19,80

Bd. 7400 DM 14,80

Foucaults historische und zugleich kritische Untersuchung handelt von der Geschichte der Medizin an der Schwelle zum 19. Jahrhundert. Die Entstehung der modernen Klinik und der pathologischen Anatomie sind Zeichen eines grundlegend neuen, rationalen Umgangs mit Krankheit und Tod.

WEITERE NEUERSCHEINUNGEN:

Werkkreis Literatur
Bis unter die Haut
Bd. 5296 DM 9,80

Charles Neider
Billy the Kid
Bd. 8259 DM 9,80

Robert Roden Marut
Bd. 8268 DM 12,80

Olaf Rademacher
Nichts passiert
Bd. 8272 DM 7,80

Ingvar Ambjørnsen
Sarons Haut
Bd. 7576 DM 9,80

Marlene Stenten
Die Brünne
Bd. 4706 DM 9,80

Joseph Huber
Die Regenbogen-Gesellschaft
Bd. 4118 DM 12,80

David Mark Mantell
Familie und Aggression
Bd. 3876 DM 18,80

Peter Martin
Das rebellische Eigentum
Bd. 4370 DM 19,80

Sigmund Freud
Brautbriefe
Bd. 6733 DM 12,80

Georges Poulet
Metamorphosen des Kreises in der Dichtung
Bd. 6879 DM 24,80

Bd. 9153 DM 12,80

»Ludwig Harigs ›Sprechstunde für die deutsch-französische Verständigung ..., ein Familienroman‹, nach dem Modell einer gebräuchlichen französischen Sprachlehre konzipiert, ist eines der witzigsten Werke der experimentellen Schule deutscher Gegenwartsliteratur.« (Der Spiegel)

Wege, die wir selbst wählen. Es gibt aber andere Wege, die uns wählen.

FRAGE: Und welcher Weg hat sie gewählt.

KASPAROW: Ich kann meinen Kampf nicht einstellen, auch wenn ich tausendmal Weltmeister bin. Mein Streit gegen das System ist ein Ausdruck dafür, was ich darunter verstehe, ein Mensch zu sein. Ich kämpfe zum Beispiel nicht so sehr gegen Florencio Campomanes, den Präsidenten des Weltschachbundes, der Fide, als Person, sondern gegen das System, das Phänomene wie Campomanes produziert. Der ist verrückt, die ganze Fide ist hoffnungslos.

FRAGE: Was wollen Sie ändern?

KASPAROW: Der WM-Titel ist in meinen Händen, das heißt, in den Händen der Schachdemokratie, die meine Mitkämpfer und ich verteidigen wollen. Die neue Organisation Grand Masters Association, die GMA, deren Präsident ich bin, ist auch ein Ausdruck der neuen Zeiten. Das Turnier um den World Cup, das erstmals 1988 oder 1989 ausgetragen wird, soll keine alternative Weltmeisterschaft sein, sondern eine Art Grand Prix wie im Tennissport. Es wird das weltweite Interesse am Schach weiter forcieren.

FRAGE: Ihr Buch „Politische Partie" ist bereits in mehreren Sprachen erschienen, demnächst soll es auch in den USA vertrieben werden. Wie sieht es mit einer Veröffentlichung in Ihrem Heimatland aus?

KASPAROW: Es gibt die Möglichkeit, demnächst ein paar Kapitel zu publizieren. Aber das ganze Buch? Es könnte für viele Menschen in meinem Land zu gefährlich werden. Sie tun alles, um eine Veröffentlichung zu verhindern, weil das Buch ihre Privilegien ernsthaft bedroht. Ich kann, zumindest zur Zeit, das Stärkeverhältnis zwischen der neuen Perestroika-Bewegung und der alten Garde nicht genau abschätzen.

FRAGE: 1990 müssen Sie Ihren Titel wieder verteidigen. Wen erwarten Sie als Herausforderer?

KASPAROW: Nun laßt mich bitte damit in Ruhe. Eine Zeitlang möchte ich alles über WM-Duelle vergessen. Der junge Engländer Nigel Short gilt als möglicher Anwärter. Aber selbst wenn er sich qualifizieren sollte, gebe ich ihm allenfalls die Chance von einem Prozent, mich zu besiegen. Schach auf WM-Niveau ist etwas ganz anderes als normales Großmeisterschach. Das habe ich auch erst verstanden, als ich im ersten Match gegen Karpow 0:5 zurücklag. Ich habe viel Lehrgeld zahlen müssen.

FRAGE: Experten vertreten die Ansicht, die Kluft zwischen Ihnen und Karpow einerseits und den anderen Großmeistern andererseits sei enorm. Teilen Sie diese Einschätzung?

KASPAROW: Wir spielen besser als die anderen, weil wir viel mehr über Schachpsychologie wissen, über die Vorbereitung auf solche Zweikämpfe, über alles, was sich nicht auf dem Schachbrett abspielt.

FRAGE: Sie sind der dreizehnte Weltmeister der Schachgeschichte. Wen von Ihren Vorgängern bewundern Sie am meisten?

KASPAROW: Als Kind gefiel mir Alexander Aljechin am besten, genauso wie Karpow den Kubaner José Raúl Capablanca bevorzugte und dessen Partien studierte. Das hat unsere Spielweisen beeinflußt. Eine unmeßbare Bedeutung für meine Entwicklung hat mein Schachlehrer Michail Botwinnik gehabt. Aber als der Weltmeister, der am meisten für das Image des Schachspiels, für die Bedeutung des Weltschachs getan hat, muß der Amerikaner Bobby Fischer gelten.

FRAGE: Sie schreiben in Ihrem Buch, daß einige Spieler vom Schicksal erkoren scheinen, Weltmeister zu werden, andere, wie Wiktor Kortschnoi oder der Däne Bent Larsen, nicht. Ist das eine Art Aberglaube?

KASPAROW: Ich glaube nicht an Gott, ich bin in diesem Sinne nicht religiös, aber ich sah plötzlich einen mystischen Zusammenhang in der Tatsache, daß ich in den Begegnungen zuvor ebenfalls Karpow in der fünften Partie unterlegen gewesen war.

Andererseits: Sowohl im zweiten wie im dritten Match hatte ich die 16. Partie gewonnen. Schön, Garri, dachte ich, dann schlägst du ihn zum drittenmal in der 16. Partie. Davon war ich völlig überzeugt, ich hatte das Ergebnis schon abgebucht. Aber ich verlor, nach albernem Spiel. Ich spielte tatsächlich so, als ob ich im voraus gewonnen hätte.

FRAGE: Nach der 21. Partie gerieten Sie abermals in eine Krise?

KASPAROW: Und wie. Ich hatte durch Zugwiederholung in ein Remis eingewilligt, obwohl ich die weitaus bessere Position hatte. Aber ich brauchte ja nur noch unentschieden zu spielen und war davon überzeugt, daß es besser sei, kein Risiko einzugehen. Deshalb akzeptierte ich das törichte Remis. Aber dann wurde ich nervös. Es gibt nämlich im Schach ein Sprichwort: „If you don't go your opponent, he goes you."

FRAGE: In der 23. Partie erwischte Sie Karpow dann tatsächlich und Sie mußten die 24. Partie unbedingt gewinnen, um Weltmeister zu bleiben. Mit welchen Gefühlen haben Sie die Bühne des Teatro Lope de Vega betreten?

KASPAROW: Besonders optimistisch war ich wohl nicht. Ich war nicht sicher, daß ich diese Partie gewinnen konnte. Aber ich wollte sie mit meiner ganzen Konzentration, mit hundertprozentiger Kraft spielen. Das war meine einzige Chance, mich und all das zu retten, was vor allem in meinem Heimatland an Hoffnung mit meinem Namen verbunden ist. Deshalb gewann ich. ◆

KRÜGER sagt Ihnen alles über Briefmarken.

Heute: Die WWF-Tierbriefmarken-Kollektion (7)

Wie kleine Briefmarken großen Tieren helfen.

Schon über 50 Postverwaltungen in aller Welt haben Briefmarkenserien mit Tiermotiven zu Ehren der größten internationalen Naturschutzorganisation WWF herausgegeben. Von Brasilien über die Sowjetunion oder von Jamaica bis Mauritius.

Aus diesem weltweiten und einzigartigen Briefmarkenprogramm wurde das WWF-Tierbriefmarken-Lexikon zusammengestellt, welches in seiner Schönheit nicht zu übertreffen und dennoch sehr preiswert ist. So kostet das Album mit Schutzkassette, Briefmarken, Ersttagsbriefen, Foto-Maximumkarten und farbig illustrierten Albumblättern zum Thema „Elefanten" nur DM 39,50. Der WWF erhält von dem Verkaufspreis ein Achtel als Spende. Inzwischen erbrachte dieses Tierbriefmarken-Lexikon mehr als 5 Millionen DM Spendenerlöse für den WWF. So helfen die WWF-Briefmarken kleinen und großen Tieren, die vom Aussterben bedroht sind. Die WWF-Briefmarkenkollektion wurde zur meistverkauften und schönsten Sammlung, die es je gab. Fordern Sie bei Interesse mit **Kennziffer 7** das WWF-Tierbriefmarken-Lexikon „Elefanten" für 39,50 DM plus Porto mit vollem Rückgaberecht an. Ein Schmuckstück für Ihre Bibliothek – zur Freude der ganzen Familie.

Prinz Philip ist WWF-Präsident.

KRÜGER

Unsere Marke ist Qualität.

8000 München 2
Bayerstrasse 27/G 60

KRÜGER, eines der größten Briefmarkenhäuser der Welt, zeigt in seiner Informationsserie, wie man das schönste Sammelhobby zeitgemäß anpackt. Sollten Sie nicht auf das Erscheinen der Sie besonders interessierenden Anzeigen-Folge warten wollen oder diese bereits versäumt haben, dann kreuzen Sie im Kupon jene Themen an, über die Sie unverbindlich informiert werden möchten.

Einsenden an KRÜGER, 8000 München 2, Bayerstr. 27/G 60

Informations-Gutschein

Die angekreuzten Sammel-Themen interessieren mich. Erbitte ausführliche Einzelheiten unverbindlich (per Post):

○ 1 Deutschland gesamt	○ 9 Deutsche Maximumkarten
○ 2 Bund & Bln.-Spezial	○ 10 Deutsche Numisbriefe
○ 3 DDR	○ 11 Nationenbriefe
○ 4 Europa	○ 12 Die Papstreisen
○ 5 Übersee	○ 13 Amtl. Briefmarken-Jahrbücher
○ 6 Block Spezial	○ 14 Briefmarken-Sport-Lexikon
○ **7 Tierbriefmarken (WWF)**	
○ 8 Künstler-Ersttags-Editionsblätter	

Genaue Anschrift bitte nicht vergessen, auf Postkarte kleben, oder im Kuvert einsenden.

Briefmarken sammeln – schöne Dinge im Leben.

Zeigen Sie dem Wi

Die −22 °C Garantie

nter die rote Karte.

für Diesel-Pkw.

7 Uhr 30 und Montagmorgen. Und wieder mal viel zu spät aufgestanden. Dabei wäre es doch so wichtig, heute pünktlich zu sein.

Und dann das: ein „unerwarteter Kälteeinbruch", wie der Mann von der Wetterkarte immer so schön sagt. Nicht genug, daß Sie Ihr Auto freikratzen müssen, nein, Sie fahren auch noch einen Diesel. Das heißt, an dem Tag fahren Sie ihn nicht, denn Ihr Diesel fährt nicht.

Doch das ist Schnee von gestern. Dieses Jahr gibt es das neue Dieselshell plus. Ein neuartiger Diesel-Kraftstoff, der sogar bis 22 Grad unter Null flüssig bleibt. Das garantieren wir für Pkw. Schriftlich.

Daß wir uns dabei so sicher sind, liegt einfach daran, daß wir es letzten Winter bereits getestet haben.

Die Garantie gibt Ihnen Ihre Shell Station. Fragen Sie danach. Und zeigen Sie dem Winter die rote Karte.

SH 1/88

Dieselshell plus

Die wirtschaftliche Art, Diesel zu fahren.

Scheitern unterm Regenbogen

Öffentlicher Anspruch, problematische Kunst: Mit einem Panorama-Gemälde zum Bauernkrieg knüpft DDR-Star Werner Tübke an die verblichene Historienmalerei an; Frankfurt plant ein 1848-Rundbild für die Paulskirche.

Das anspruchsvolle Beiwort ist unterstrichen: „Nur eine *künstlerische* Arbeit", so hat der Magistrat es schriftlich festgelegt, könne „Geschichte zur ständigen Emotion für die Gegenwart ummünzen". Kann sie das? Kann sie es noch?

Historienmalerei, sollte man denken, ist selber eine historische Erscheinung. Staatsaktionen pflegen nicht auf den Themenlisten der Gegenwartskunst zu stehen. Und daß er gar in öffentlichen Diensten an einem Geschichts-Bild wirkt, ist einem zeitgenössischen Maler auch deswegen heikel zuzumuten, weil seine „Subjektivität" mit der selbstverständlichen „Erwartung auf eine repräsentative Lösung" kollidieren könnte. Ein Kenner, der es wissen mußte, hat diese Diskrepanz einen „Risikofaktor" für Auftraggeber wie -nehmer genannt. Das ist sehr verbindlich ausgedrückt.

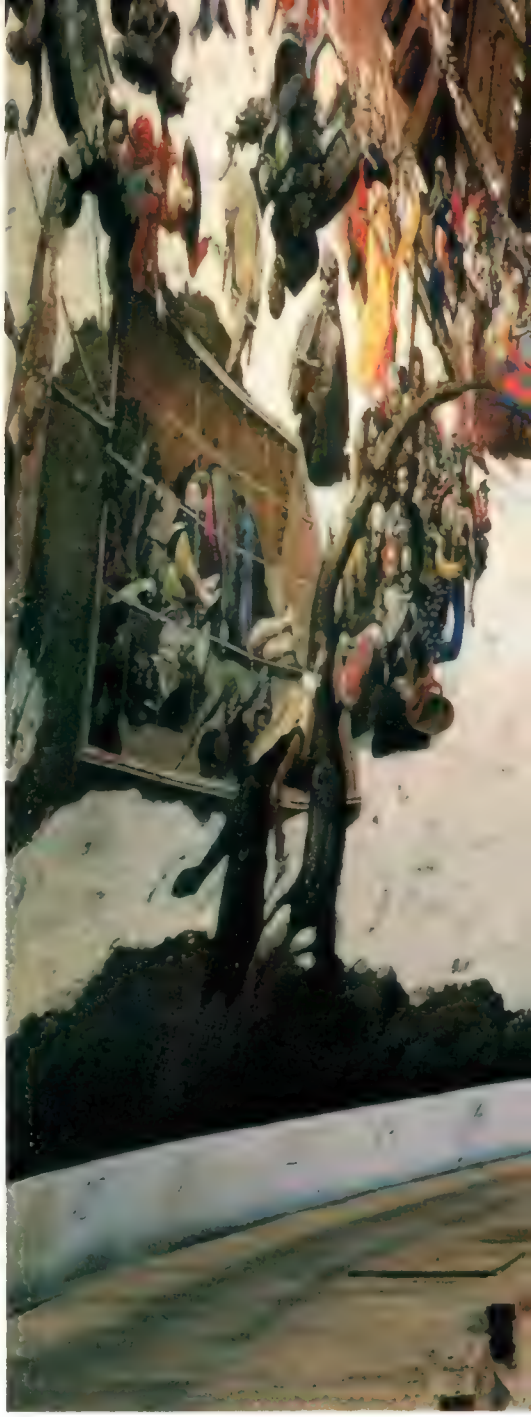
Aktuellen Anlaß zu solchen Zweifelsfragen liefern zwei erstaunliche Mal-Unternehmungen, die durch den Eisernen Vorhang und noch durch manchen Unterschied getrennt sind. Doch auch Gemeinsamkeiten fallen auf: Beide Male soll die Erinnerung an eine gescheiterte Revolution wachgerufen werden, und zwar jeweils an einem Hauptschauplatz der historischen Ereignisse. Beide Male bietet die umlaufende Wand eines Rund- oder Ovalbaus den Bild-Untergrund, und beide Male scheint sich der Stil der Vergegenwärtigung mehr an der dargestellten Epoche als am letzten Viertel des 20. Jahrhunderts zu orientieren.

Im einen Fall geht es der Stadt Frankfurt darum, die deutsche Nationalversammlung von 1848 „umzumünzen". Den so ausgeschriebenen Wettbewerb für das Erdgeschoß der Paulskirche hat der Berliner Maler Johannes Grützke, 50, gewonnen. Demnächst dürfte der Magistrat die Ausführung des preisgekrönten Entwurfs bestellen.

Die andere Geschichts-Malerei ist seit Herbst vollendet, nur noch nicht allgemein zugänglich. Die Aufgabe, eine „repräsentative Lösung" mit persönlicher „Subjektivität" (so der im Dezember gestorbene DDR-Kunsthistoriker Karl Max Kober) in Einklang zu bringen, war dabei Werner Tübke, nun 58, aus Leipzig zugefallen. Für sein gewaltiges Rundbild stand ihm ein eigens erbauter zylindrischer Kunst-Behälter bei Bad Frankenhausen in Thüringen zur Verfügung – eben dort, wo 1525 der deutsche Bauernkrieg mit einem blutigen Sieg der Fürsten endete. Diese Schicksalsschlacht ist denn auch das zentrale Thema des Tübke-Gemäldes.

Dem Gemetzel sieht sich der Besucher zuerst gegenüber, wenn er über eine Treppe in die Rotunde emporgestiegen ist. Auch wird die Szene symbol- und bildkräftig durch einen Regenbogen ausgezeichnet, der sich darüber wölbt. Genaugenommen freilich kann Tübkes anfang- und endelose Komposition überhaupt kein Zentrum haben – ebensowenig wie jener Zug von Abgeordneten, den Grützke an der Außenwand eines in das Foyer der Paulskirche eingebauten „VIP-Raums" herumführen möchte.

Anders jedoch als diese mit allerlei Sinnbild-Episoden verquickte Prozession, die künftige Betrachter nur um-

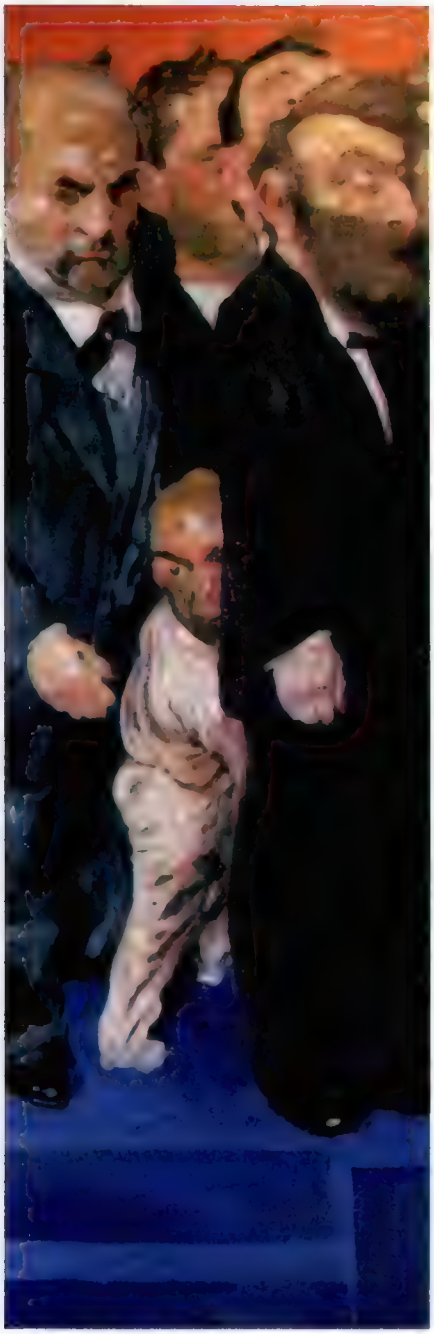


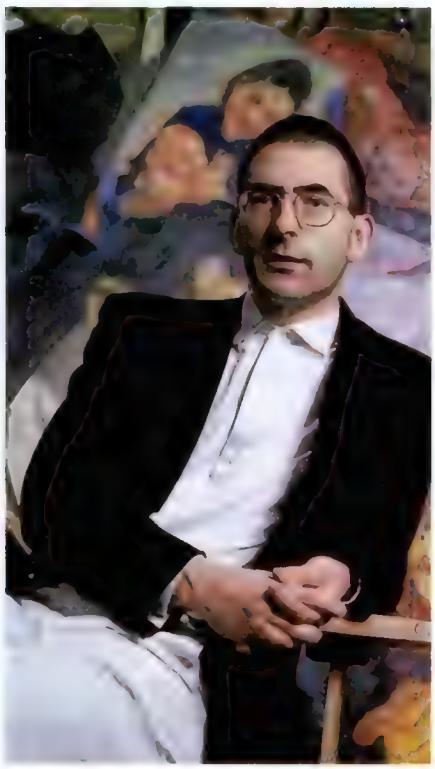
Panorama-Gemälde von Tübke in Bad

Grützke-Entwurfsskizze für das Foyer der Paulskirche in Frankfurt: Endloser Karussell-Kreislauf der Abgeordneten für „Trauer- oder

Frankenhausen (mit Turmbau zu Babel und Bauernkriegsschlacht): Für den Staatsauftrag die größte Leinwand der Kunstgeschichte

Würdefälle der Demokratie", vorbei an Preußenkönig und Schweinepferch





Grützke-Detailentwurf, Grützke: Ungewählter Gnom zwischen Hosenbeinen

schreiten und dabei abschnittsweise wahrnehmen können, kreist das Frankenhausener Gemälde, auf der Innenseite des Rundbaus angebracht, seinerseits das Publikum ein. Und unvergleichlich ist die Wirkung schon infolge der Bild-Dimensionen: Während in Frankfurt etwa 30 laufende Meter Wand, gut drei Meter hoch, mit Malerei zu bedecken sind, mußte Tübke sich auf einer Fläche von schier unabsehbaren 123 mal 14 Metern bewähren. Statt der etwa 140 Personen, die Grützke aufzureihen gedenkt, läßt er schätzungsweise 3000 Figuren die Rundum-Szenerie bevölkern.

Heftig tobt die Schlacht von Frankenhausen. Die Heere verknäulen sich in lanzenstarrendem Getümmel, Pulverdampf weht, gepanzerte Reiter sprengen heran, Getroffene stürzen zu Boden, Feuer ergreift eine Wagenburg. Doch das ist längst nicht alles. Daneben und weiter entfernt spielen sich noch viele andere Episoden ab, friedliche und grausame, realistische und übersinnliche. Tübke weigert sich glatt, so etwas Historienmalerei zu nennen.

Wirklich hat sein Monumentalbild mit Salonstücken des 19. Jahrhunderts, die dem Publikum die Kaiserproklamation von Versailles, Seni vor der Leiche Wallensteins oder Napoleon auf dem Schlachtfeld von Eylau nahebrachten, höchstens bedingte Ähnlichkeit. Sehr wohl etwas in der Art muß aber den Funktionären in Politbüro, Zentralkomitee und Ministerrat vorgeschwebt haben, die 1974 die Sache in Gang brachten. Beschlossen wurde damals die „Errichtung eines Panoramas auf dem Schlachtberg bei Bad Frankenhausen, Bezirk Halle, das dem deutschen Bauernkrieg und dem revolutionären Wirken von Thomas Müntzer gewidmet ist".

Panoramen: das waren die gleichfalls im vorigen Jahrhundert besonders beliebten Rundum-Darstellungen vornehmlich militärischer Begebenheiten, deren Illusionismus noch durch dreidimensionale Vordergrundsattrappen gesteigert war. Napoleons Sieg von Borodino wurde derart sogar erst 1962, mit älteren Gemälden freilich, in Moskau nachgebaut. Ein weiteres Schlachtenpanorama hätte also nach sozialistischen Vergleichsmaßstäben keineswegs völlig zeitfremd zu wirken brauchen.

Wie für die Borodino-Rekonstruktion, 150 Jahre nach dem Ereignis, war auch in Frankenhausen ein Jubiläum Anlaß des Projekts. Der Blick der Planer richtete sich auf den 450. Jahrestag der Schlacht sowie der knapp zwei Wochen später vollstreckten Enthauptung Müntzers – jenes lutherischen Geistlichen, der seinen Lehrmeister an urchristlicher Radikalität weit übertraf und der sich schließlich zum kriegerischen Bauernführer aufschwang. Zum Termin im Mai 1975 stand das thüringische Panorama immerhin als Rohbau.

Doch als Tübke sich 1976 vom DDR-Kulturminister beauftragen ließ, das siloähnliche Gehäuse mit Malerei auszustatten, hatte er längst klargemacht, Historienbilder nach Art des 19. Jahrhunderts, und gar mit realen Versatzstükken, seien nicht sein Fall. Statt ausschließlich der Schlacht sollte, umfassender, die „Frühbürgerliche Revolution in

Tübke (o.), Tübke-Wandbilddetails (l.: Selbst

Unvollendetes Menzel-Gemälde „Aufbahrung der Märzgefallenen", 1848: „Alles Lüge oder dummes Zeug"

porträt mit Frau des Malers): Beutezug durch Bildwelten des 16. Jahrhunderts

Deutschland" sein Thema sein. Daß es aber nicht irgendwie modern, sondern entschieden historisierend dargestellt wurde, dafür bürgte der Name Tübke.

Im Geistesleben seiner Republik ist der Leipziger Maler eine feste Größe. Er repräsentiert eine kultivierte „Erbe-Rezeption" und hat sich landesweit den Rang eines Malerfürsten, aber auch im Westen leidenschaftliche Bewunderer gesichert. Für einen derart anspruchsvollen Auftrag wie den in Frankenhausen mußte der (inzwischen dreifache) Nationalpreisträger prädestiniert erscheinen.

Dabei hatten die Politiker keinesfalls ein eingängiges Lehr- und Propagandabild zu erwarten. Respektheischend, daß sie trotzdem Prestige- und Bildungswert der Unternehmung hoch genug für ein Engagement einschätzten, das sich die DDR „gerade noch leisten konnte" – so, ohne die Kosten zu beziffern, der Vize-Kulturminister Dietmar Keller.

Der Aufwand ging ins Monströse. Das sowjetische Textilkombinat Sursk webte für Tübke die

größte Leinwand der Kunstgeschichte aus einem Stück. Ein Betrieb bei Moskau lieferte mehr als drei Tonnen Spezialfarben. Rund zwölf Jahre opferte der potentielle Devisenbringer Tübke überwiegend seiner „Frühbürgerlichen Revolution" – mit historischen und kunsthistorischen Studien, mit der Erstellung einer Entwurfsfassung auf fünf Tafelbildern im Maßstab 1 : 10 (bis 1981) und mit der Fron im Panorama selbst.

Etwa zwei Drittel der über 1700 Quadratmeter Leinwand, sagt der Meister, habe er eigenhändig bemalt. Von insgesamt 14 antrainierten Gehilfen ließ er sieben zu unterschiedlichen Zeiten „an die Wand", meist weiter oben, wo es nicht so auffällt. Einer durfte bis zum Schluß mitmachen.

Frustration über die Künstler-Entsagung, die es doch bedeuten muß, nur einen fremden Entwurf möglichst getreu zu verwirklichen, läßt dieser Eberhard Lenk, 36, sich nicht anmerken. Er bewundert die Renaissancemalerei und also auch deren „lebenden Vertreter" Tübke. Im Bewußtsein „Besser kann ich nie malen" ist er völlig zufrieden, wenn nebenbei entstandene eigene Werke denen des Vorbilds zum Verwechseln ähnlich sehen. Eine Demut, die denn doch recht anachronistisch anmutet.

Aber aus Lenk tönt, als Echo, auch die Stimme seines Herrn. Mit dem Selbstbewußtsein des Erfolgsmenschen ausgerüstet, hat Tübke es leicht, sich als „überzeugten Manieristen", ja, als „geborenen Fälscher" vorzustellen. Allzu ironisch sind solche Sprüche nicht.

Tübke ist auf einem großen Beutezug durch historische Bildwelten, vor allem die der Lutherzeit, unterwegs. Für sein Frankenhausener Großgemälde hat er dabei mannigfache Motive eingeheimst – Reitergefechte wie bei Albrecht Altdorfer, eine Welt in der Glaskugel, wie von Hieronymus Bosch erträumt. Und wie selbstverständlich hat er zugleich altdeutsche, renaissancehafte und manieristische Malweisen adaptiert.

Mann für Mann nach zeitgenössischen Porträts identifizierbar, umstehen 20 erlauchte Geister der Epoche, von Kolumbus bis Hans Sachs, einen wunderbar gezierten Brunnen unterhalb des Schlacht-Höhepunkts. Ein Stück weiter links an der Wand läßt sich beispielsweise der Babylonische Turm als Motiv Pieter Brueghels ausmachen. Um allerdings in einem davor schwebenden bläulichen Fisch, der Wasserströme auf eine Miniaturstadt ergießt, die Holzschnitt-Vision einer Unwetter-Katastrophe aus dem Jahr 1523 wiederzuerkennen, dürften die meisten Besucher schon auf die Spezialeinsichten des Tübke-Beraters und Forschers Kober angewiesen sein.

Tübke selber mag solchen Lösungsversuchen nicht viel Vorschub leisten – fast als befürchtete er, bei Aufdeckung aller Quellen als gar zu unselbständiger Kompilator dazustehen.

So bleibt im gedämpften Kunstlicht der Frankenhausener Rotunde auch viel vom Sinn des Monumentalbildes dunkel. Es ist, soviel läßt sich sagen, als ein Historiengemälde besonderer Art gemeint: ein Zeitgeist-Panorama mit geschichtlichen Figuren und Episoden, zugleich mit allegorisch dargestellten Ängsten und Hoffnungen der Epoche. Der Märtyrer-Revolutionär Müntzer, zu dessen mutmaßlichem 500. Geburtstag 1989 das Panorama für die Öffentlichkeit hergerichtet sein soll, steht, eine gesenkte Fahne in der Hand und Trommler zur Seite, in der Haupt-Blickachse. Außerdem steht er predigend am Fuß des Turms zu Babel.

Aber Martin Luther, der den Herrschern „wider die räuberischen und mörderischen Rotten der Bauern" beistand, ist sogar dreimal zur Stelle – besonders würdig am Brunnenrand zwischen Albrecht Dürer und Lucas Cranach.

„Nicht, wo einer seine Quellen sucht", so hat Interpret Kober ganz logisch plädiert, sei entscheidend, sondern „was er daraus macht".

Wer in den Rundbau von Frankenhausen eintritt, der empfängt starke Eindrücke von der Parforceleistung des Malers, von der Szenen- und Farbenfülle des Werks. Aber dem übergroßen Anspruch ihres Formats und ihres Themas kann diese „Sixtinische Kapelle des Sozialismus" („Zeit-Magazin") nicht gerecht werden.

Tübke-Wandbilddetail mit Müntzer-Gestalt: Märtyrer-Revolutionär im Blickpunkt

Altdorfer-Gemälde „Alexanderschlacht von Issos", 1529 (Ausschnitt): Unerreichtes Vorbild

Ein Geschichtsbild, das Schlüsselereignisse und -phänomene repräsentativ vergegenwärtigt – so etwas ist wohl mit den Mitteln heutiger Kunst gar nicht zustandezubringen. Ein reines Schlachtengemälde hätte sich durch militärisches Pathos unglaubwürdig machen müssen. Tübkes statt dessen versuchte Monumental-Collage aus Zitaten (und, natürlich, passenden eigenen Erfindungen) verzettelt sich in vielen Bilderrätseln und erweist sich auch formal als Stück-Werk.

Die große Komposition ist nur mit Einschränkungen geglückt. Schematisch, wenig überzeugend sind die szenischen Versatzstücke oft aneinandergesetzt und in den gemalten Raum eingefügt. Gruppen und Einzelfiguren kleben bisweilen wie Scherenschnitte vor der Fläche, und auch im malerischen Detail zeigt der vielgerühmte Virtuose Tübke sich Vorbildern wie Bosch oder Altdorfer weit unterlegen. Viele Bewegungen sind ihm ungelenk geraten, Gesichter so leblos, als bestänen sie aus Pappmaché oder Pfefferkuchen.

Wenn aber schon nicht in der DDR mit ihrer Tradition politischer Verpflichtungen für die Kunst und ihrer hingebungsvollen „Kulturerbe"-Pflege – wo sonst soll noch ein zeitgemäßes Historienbild gelingen? Ganz typisch waren zum Wettbewerb für die Frankfurter Paulskirche auch Tübke und sein Leipziger Kollege Bernhard Heisig eingeladen. Beide sagten ab, Tübke nicht nur wegen Überlastung, sondern auch, weil ihm das Thema fernlag. Seine Zeit ist das 16., nicht das 19. Jahrhundert.

Typisch wirkt außerdem, daß bundesdeutsche Malstars wie Gerhard Richter, Anselm Kiefer, Markus Lüpertz gleichfalls die Einladung ausschlugen, so daß nur vier Entwürfe eingereicht wurden. Kennzeichnend schließlich, daß nicht etwa der schwierige Jörg Immendorff mit schemenhaften Bildszenen in orangerotem Nebel, vor die plastische blaue Symbole montiert werden sollten, den ersten Preis davontrug, sondern der vergleichsweise solide Figurenmaler Grützke. Während in der DDR ein Künstler der Renommier-Elite gerade gut genug war, kommt hier ein Außenseiter, ein Mann ohne Documenta-Ehren, zum Zuge.

Es geht ja auch um einen Sonderfall. Ungenierter, als DDR-Offizielle über Frankenhausen reden, erklärt Hilmar Hoffmann, Kulturdezernent der Stadt Frankfurt, ein malender Auftragnehmer müsse sich eben auch gefallen lassen, „daß man seine Kunst auf ihren Gebrauchswert überprüft".

Weit weniger anspruchsvoll und selbstgenügsam als Tübkes Riesenwerk wird sich, wenn es zustandekommt, das Wandbild in der Paulskirche darbieten. Der Raum, dem es zugedacht ist, ein düsterer Ein- und Durchgangsbereich, ist erst beim Wiederaufbau der kriegsbeschädigten Kirche durch Einziehen einer Zwischendecke entstanden. Für die Außenfläche der damals errichteten Prominenten-Kabine war auch bereits an eine Bemalung gedacht. Die Pläne blieben liegen, als Frankfurt bei der Wahl der Bundeshauptstadt unterlag.

Derzeit wird die Paulskirche wieder renoviert. Anschließend soll ihr Erdgeschoß, wie schon vorher, neuerlich eine an Schulklassen und Touristen gerichtete Dokumentar-Schau aufnehmen. Ihr Thema: die deutsche parlamentarische Versammlung, die nach den Aufständen von 1848 in dem Gebäude tagte und schließlich auseinanderging, nachdem der Preußenkönig Friedrich Wilhelm IV. die ihm angetragene Kaiserkrone zurückgewiesen hatte. Auf dieses Gegenüber muß Grützke sich einstellen.

Er ist deswegen keineswegs gekränkt. Im Gegenteil fühlt er sich „unerhört geehrt" durch den Juryspruch und auch „unerhört geeignet", den Auftrag auszuführen: „Vor dem Begriff Historienmalerei fürchte ich mich überhaupt nicht."

Ein ergreifendes Historienbild zur Revolution von 1848 hat, als Augenzeuge, Adolph Menzel hinterlassen. Er malte

Machen Sie die Probe aufs Exempel.

Interessante Karriere-Chancen stehen in der BERUFS-WELT.

Nutzen Sie 4 Wochen lang die attraktiven Stellenangebote in der BERUFS-WELT, dem großen überregionalen Stellenmarkt der Samstag-Ausgabe der WELT. Einfach anfordern.

Wichtiger denn je
DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

An: DIE WELT, Vertriebs-Service,
Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Bitte schicken Sie mir
4 Wochen kostenlos die BERUFS-WELT
mit dem großen überregionalen Stellenteil für Fach- und Führungskräfte.

Vorname/Name: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Beruf: _____ 125-06

Sie können auch telefonisch zum Ortstarif bestellen 10130/ 60 601.

die Aufbahrung der bei Straßenkämpfen Gefallenen am 22. März auf dem Berliner Gendarmenmarkt – und ließ das Werk unvollendet, weil er zu erkennen glaubte, die proklamierten Ideale seien nur „Lüge oder dummes Zeug gewesen". Inzwischen ist die Aufgabe der Bildreportage an die Photographen übergegangen.

Mit Menzel und anderen Malern des 19. Jahrhunderts, Courbet oder Leibl, könnte Grützke sich geistesverwandt fühlen (nicht ganz so nah wie Tübke mit Altdorfer). Er liebt es, wenn beim Malen „der Pinsel pfeift" und flott hingesetzte großformatige Figuren entstehen. Auch die Historie ist dem geschichtsbewußten Künstler kein fremdes Feld. Nur sieht das dann so aus, als habe Wilhelm Busch mitgemalt. Eine „Darstellung der Freiheit", Anklang an das 1830er Revolutionsbild von Eugène Delacroix, bietet dem Betrachter statt des Busens das Gesäß der Dame dar. Parodie als Ausweg?

Grützke bestreitet jeden gehässigen Hintersinn, wenn er seine Abgeordneten nun wie Karussellpferde endlos im Kreis um den „VIP-Raum" der Paulskirche laufen lassen will. Vielmehr soll ihr Zug alle „Trauer- oder Würdefälle der Demokratie" begleiten. Er passiert unter anderem den widerspenstigen König von Preußen, auch einen Pferch, aus dem Schweine („wehrlose Zucht zu einer Nutzung") sich befreien, und Kinder – im Parlament nicht vertreten – drängeln zwischen den Hosenbeinen der Gewählten. Neben historischen Physiognomien will Grützke auch gegenwärtige einmontieren. Weil er danach so „dringlich gefragt" wird, erklärt er immerhin schon, Franz Josef Strauß werde in seinem Zug nicht mitmarschieren.

Wie ulkig die Parade trotzdem werden kann, läßt sich an einem im endgültigen Maßstab ausgeführten Detail abschätzen, das Grützke neben einer verkleinerten Pastellskizze des Ganzen vorgelegt hat. Einem weißgekleideten Gnom dort gesteht er eine gewisse „Familienähnlichkeit" mit dem Maler selber zu, aber noch eher will er sich in einer größtenteils verdeckten Figur mit dunklem Schopf wiedererkennen.

So oder so, allemal ist der Künstler im Bilde. Tübke für sein Teil hat sich mit einer privaten Mystifikation in sein 16. Jahrhundert zurückversetzt. Neben ihm, auf hohem Roß, hält Ehefrau Brigitte eine Zigarette hoch – wohl, um sie dem durch die Arbeit herzgeschädigten Gatten zu entziehen. Ihm bleibt nur, sehr ähnlich anzusehen, sein Malerpinsel.

Ist das alles auf der Höhe der Zeit und ihrer Kunst? Grützke hat auf solche Fragen die Gegenfrage parat, ob Michelangelo wohl zeitgemäß gewesen sei. „Oder war seine Zeit michelangelogemäß?"

Eine Zeit, die partout noch auf Historienbildern besteht, muß sich wohl damit bescheiden, tübke- und grützkegemäß zu sein. *Jürgen Hohmeyer*

„Felix" und die Filmfrauen

Ulrich Tukur, der blonde Liebling des Hamburger Zadek-Ensembles, hat zweifellos Showstar-Qualitäten. So sind vier deutsche Filmemacherinnen auf die Idee gekommen, den geballten Tukur-Charme für eine Episodengeschichte mit gemeinsamer Hauptfigur einzusetzen. „Felix", dieses Produkt soli-

„Felix" Tukur, Gabriela Herz

darischer Frauenarbeit, das jetzt in die deutschen Kinos kommt, ist leider zu einer Lektion in feministischer Drögheit geworden. Alle vier Regisseurinnen – Christel Buschmann, Helke Sander, Helma Sanders-Brahms, Margarethe von Trotta – zeigen den Sonnyboy von oben herab als Verlierer: Gelegentlich darf Tukur ein frisches Liedchen anstimmen, öfter aber schaut er, schwer unter Beschuß mit frauenideologischem Plapperlaplapp, nur sehr gequält aus der Wäsche.

Edition für Softie Bach

Vor drei Jahren, als der 300. Geburtstag des Sippen-Patriarchen Johann Sebastian zur Vermarktung anstand, drehte die Plattenbranche durch – jetzt, da der weniger läufige Filius Carl Philipp Emanuel (1714 bis 1788) 200 Jahre tot ist, macht sie lieber in stiller Trauer. Nur das rührige Label „Capriccio", das seit langem bei edlen Raritäten die Ohren vorn hat, widmet dem zweiten Thomas-Kantoren-Sohn gleich eine ganze „Edition". Das Paket enthält, auf bislang acht musikalisch wie klanglich hervorragenden Einspielungen aus der DDR, jede Menge Bläserkonzerte, Sonaten, Symphonien und damit, nebenbei, eine stattliche Anzahl von Katalog-Premieren. „Capriccio"-Chef und Bach-Freak Winfried Ammel, der „vom Verkaufserfolg der Ausgrabungen völlig überrascht" wurde, will das mustergültige Unternehmen Anfang März mit sechs vorzugsweise vokalen Einspielungen des empfindsamen Bach-Sohnes fortsetzen – Ton ab für den Softie aus dem genialen Clan.

Sowjettheater in München

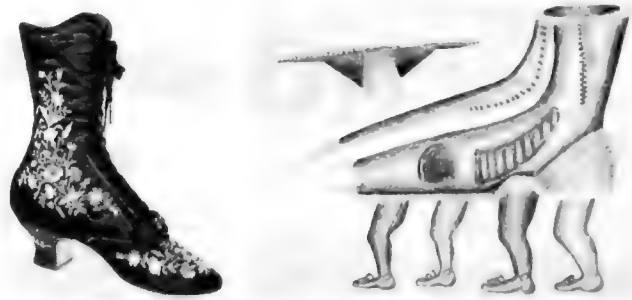
„Sprich . . ." heißt programmatisch ein neues Stück im Spielplan des Moskauer Jermolowa-Theaters: Allzu lange Verschwiegenes, Verdrängtes, Verbotenes soll endlich auf der Bühne ausgesprochen werden. Wie stürmisch sich die sowjetische Theaterszene in den letzten zwei Jahren verändert hat, wie drängend nun überall Tabu-Themen ins Rampenlicht geholt werden – das wollen, erstmals im Westen, vom 14. Januar bis zum 6. Februar die „Moskauer Theatertage" in München anschaulich machen: Insgesamt zehn Inszenierungen von sechs Moskauer Bühnen sind an der Isar zu

Moskauer Stück „Cinzano"

sehen. Von Korruption und Schlendrian in Betrieben ist da die Rede, von randalierender Jugend, kaputten Beziehungen, Alkoholismus und sogar vom Afghanistan-Krieg. Die Moskauer Theater-Offensive in München, von der Stadt und Sponsoren unterstützt, ist vor allem durch den Einsatz des sowjetischen Verbandes der Theaterschaffenden möglich geworden: Sie suchen West-Kontakte, und sie wollen, im Gegenzug, Anfang 1989 ein westdeutsches Theaterfestival in Moskau veranstalten.

Marlenes Salut für Udo

Er sei der „bedeutendste Pop-Sänger der Bundesrepublik", soll Marlene Dietrich unlängst über Udo Lindenberg gesagt haben. Oder auch nicht. Jedenfalls hat die Einsiedlerin in Paris auf Tonband 27 Sekunden – sie rezitiert die erste Strophe eines Friedrich-Hollaender-Liedes, das sie 1930 gesungen hat – zu Lindenbergs jüngster Produktion beigesteuert. Der Rock-Veteran, inzwischen 41, präsentiert sich diesmal mit vertraut heiserem Singsang als Nostalgie-Chansonnier. Evergreens von Theo Mackeben und Hollaender, ein bißchen Brecht und Erich Kästner sowie eine Reihe eigener Werke hat Lindenberg zu einer LP zusammengepackt, die Ende Januar auf den Markt kommt. Die harmlos gefällige Sentimentalitäten-Kollektion heißt, Lindenbergs Mutter zu Ehren, „Hermine".

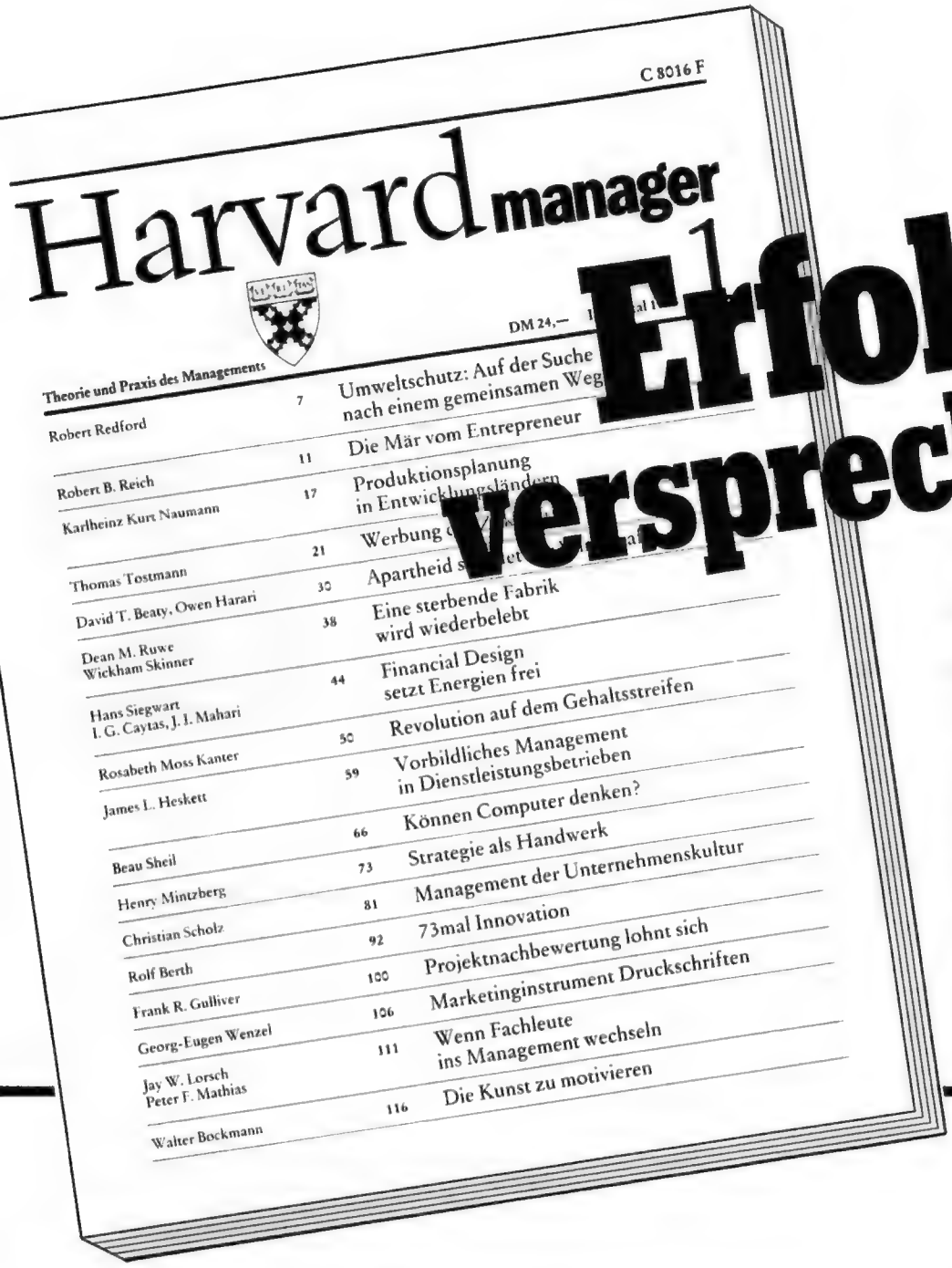


Pariser Damenstiefel um 1870, Schuh-Bild von Achim Mekdorf

Zeigt her eure Schuh

„Vom bloßen Fuß zum Stökkelschuh – eine Kulturgeschichte der Fußbekleidung": So lautet der Untertitel der Ausstellung „Zum Beispiel Schuhe", die derzeit im Museum Bochum zu sehen ist und dann nach Zürich, Heidelberg und Berlin weiterwandert. Die aufwendig inszenierte Schau, entworfen vom „Institut Objekt Kultur", schlägt ihre Bögen von den Sandalen, die in antiken Legenden ein Götter-Privileg waren, zu den Moon-Boots der Astronauten, vom römischen Legionärsstiefel zum Knobelbecher der Wehrmacht, von der Wandervogel-Sandale zum Turnschuh der Alternativen und zeigt auch eine Kollektion von Schuh-Werken internationaler Künstler. Zur Ausstellung ist im Gießener Anabas-Verlag ein üppiges Katalogbuch erschienen (280 Seiten; 48 Mark), das sich mit Fetischismus, Ideologie, Mythologie der Fußbekleidung beschäftigt, mit Werbung, Design, Manufaktur, und auch „die Schuh(an)probe als Sexualsymbol" (Aschenputtel) nicht vergißt.

Schuh-Bild von Vincent van Gogh, 1886



Erfolg-versprechend

HARVARDmanager erscheint vierteljährlich mit den besten Artikeln aus der renommierten amerikanischen „Harvard Business Review" sowie Originalbeiträgen kompetenter deutschsprachiger Autoren, von Praktikern aus Wirtschaft und Verwaltung.
HARVARDmanager dokumentiert die Theorie und Praxis des Managements mit Beiträgen, die unter dem Aspekt Aktualität, Nutzwert und Anwendungsbreite ausgewählt werden. Ein Magazin also, das auch dem erfahrenen Manager noch erfolgversprechende Impulse gibt.

Überzeugen Sie sich selbst!

Harvard manager

Kleben Sie diesen Anforderungsschein bitte auf eine Postkarte und senden Sie ihn an: manager magazin Verlagsgesellschaft mbH, Abonnenten-Service, Postfach 11 10 60, D-2000 Hamburg 11.

Anforderungsschein

Ich möchte HARVARDmanager vier Wochen lang prüfen. Schicken Sie mir die neue Ausgabe für DM 24,–.
Falls ich nicht innerhalb von vier Wochen nach Erhalt des Heftes mitteile, daß ich keinen weiteren Bezug wünsche, nehmen Sie mich in Ihre Abonnentenliste auf.
Ich zahle dann nur noch DM 60,– für die folgenden drei Ausgaben.
HARVARDmanager erscheint viermal jährlich. Jahresabonnement DM 84,–, Einzelpreis DM 24,–.

Name Vorname

Straße

PLZ/Ort

Position

Datum Unterschrift

Garantie: Mir ist bekannt, daß ich diesen Auftrag innerhalb von 14 Tagen mit einer schriftlichen Mitteilung an die manager magazin Verlagsgesellschaft mbH widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung.

Unterschrift

Zusammen mit meiner ersten Ausgabe bekomme ich außerdem einen Sonderdruck meiner Wahl aus HARVARDmanager – ohne zusätzliche Kosten. (Kreuzen Sie bitte hier an.)

- Job Sharing *H.-Helmut Heymann, Lothar J. Seiwert*
- Szenarien als Grundlage strategischer Planung *Ute von Reibnitz*
- Große Abschlüsse erfordern ein klares Konzept *B. P. Shapiro, R. S. Posner*
- Marketingerfolg durch Differenzierung *Theodore Levitt*

SP 2

Trichter verfehlt

Wrack inspiziert, alle Opfer geborgen, beide Flugschreiber gefunden – der Absturz einer deutschen „Condor"-Boeing bei Izmir blieb letzte Woche dennoch rätselhaft.

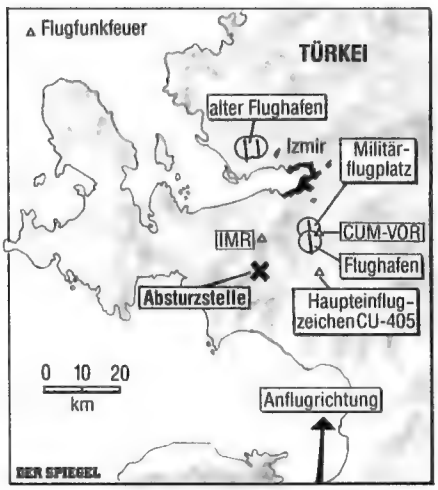
Das Flugzeug habe sich „in einem Sinkflug" befunden, „der abgebrochen wurde". Dann, „in der Rotation zum Steigflug", sei die Maschine durch „hohe Bäume am Berghang" geflogen, die ihre „rechte Außenfläche" abtrennten. „Mit hochgezogenem Bug und hochlaufender Triebwerksleistung" prallte die Unglücks-Boeing danach „in den steilen Felshang der Bergkuppe".

„Der Unfall", zog der Sprecher das Fazit, „war aufgrund seiner Art unüberlebbar."

Das war, letzte Woche im ZDF gesendet, das einzige Statement der Deutschen Lufthansa zum ersten Absturz eines Flugzeugs der Chartergesellschaft Condor am 2. Januar nahe der türkischen Hafenstadt Izmir (16 Tote). Sprecher war, gerade zurückgekehrt von einer Inspektion der Unglücksstätte, Flugkapitän Heino Caesar, Sicherheitspilot des Konzerns, innerhalb dessen die Condor eine Tochter der Lufthansa ist.

Ohne erkennbare Schwierigkeiten hatte die modern ausgerüstete, zweistrahlige Boeing 737 mit elf türkischen Passagieren und fünf Besatzungsmitgliedern an Bord den Streckenflug von Stuttgart nach Izmir, dem früheren Smyrna, bewältigt. Bei Regen und nebligem Dunst begann der Condor-Flug DF 3780 unter dem Kommando des Flugkapitäns Wolfgang Hechler, 48, eines Routiniers mit über 6000 Jet-Flugstunden, den nächtlichen Abstieg aus der Reiseflughöhe.

Völlig korrekt näherte sich das Flugzeug von Süden her dem erst im vergangenen November eröffneten neuen Adnan-Menderes-Flughafen im Anbaugebiet der Smyrna-Feigen. Für den Piloten galt es, nach einigen durch das vorgeschriebene Anflugverfahren bedingten Bögen, den elektronischen Gleitpfad des Instrumenten-Lande-Systems (ILS) der Landebahn 35 zu „treffen" – gleichsam einen unsichtbaren Trichter, der als Pisten-Zubringer schräg in die Wolken gerichtet ist und üblicherweise bis auf etwa 40 Kilometer Entfernung zuverlässig wirkt.



Nun aber begann das Unheimliche: Weder die Fluglotsen am Boden noch die Flieger im regenschwarzen Nachthimmel haben offenbar rechtzeitig bemerkt, daß die Stuttgarter Maschine auf der Suche nach dem hilfreichen Gleitpfad zwar grob die richtige Himmelsrichtung flog – fatalerweise aber um etliche Kilometer seitlich versetzt.

Und so, als wäre das Flugzeug einem parallel zum Original-ILS-Trichter wirkenden Phantom-Gleitpfad gefolgt, flog es dann genau 18 Kilometer westlich der Landebahn in die Tannen einer Hügelkette, „etwas niedriger als der Harz" (so ein Ortskundiger).

Keiner der eilig eingeflogenen deutschen Experten bezweifelte ernsthaft die Qualität der technischen Ausrüstung des Flughafens von Izmir. Zwei ungerichtete Funkfeuer und ein Drehfunkfeuer weisen den Weg auf den Gleitpfad. „Das entspricht dem normalen Standard und genügt, um sich gut an den Platz ranzuhangeln", erläuterte Flugkapitän Christian-Heinz Schuberdt, der als Vertreter des Luftfahrt-Bundesamtes die Unfallstelle untersuchte.

Izmir gehört allerdings zu jenen internationalen Flughäfen, die noch keine Radarhilfe zu bieten haben. Mit einem Radargerät, das die Position eines Irrfliegers jederzeit genau anzeigt, hätte sich das Unglück womöglich verhindern lassen.

Aber hat nicht die Luftfahrtgeschichte erwiesen, daß Flugzeuge mitunter trotz oder gerade wegen der Radarhilfe zerschellen? So wurde 1979 ein Boeing-707-Frachter der Lufthansa beim Nachtstart in Rio de Janeiro von den Fluglotsen geradewegs in ein Felsmassiv dirigiert. Sie hatten, wie sie später in der

Condor-Absturzstelle, Unfalluntersucher: Wahrheit vom Walzenschreiber

Aktion »Sicherer Auf

Meine Tips
auf Tonkassette über
»Sicherer Autofahren
im Winter« und dazu Ihre
Gewinn-Chance für diesen
SUBARU Super-Justy Allrad
oder eines von 150 SUBARU-Sicherheits-Sets. Jetzt bei jedem SUBARU-Händler.

Keke Rosberg,
Formel-1-Weltmeiste

Kostenlose Tonkassette für jeden Autofahrer

Super-Justy 1200 Allrad –
Sondermodell „Schneekönig".
Rundum „schneeweiß"
mit attraktiven Dekorstreifen,
umfangreicher Komplett-Ausstattung
und Stereo-Cassetten-Radio.
1189 ccm, 50 kW (68 PS).

ofahren im Winter!«

SUBARU hat diese Aktion ins Leben gerufen. Die Tips von Keke Rosberg sollen jedem Autofahrer helfen, die Gefahren und Hindernisse im Winter besser zu meistern – ganz gleich, ob Sie mit oder ohne Allrad fahren.

Themen wie Reifen, Schneeketten, vor allem aber Anfahren oder Bremsen bei glatter Fahrbahn werden ausführlich behandelt.

Die Kassette ist gleichzeitig Ihr persönliches Glückslos. Der Hauptgewinn: das abgebildete Super-Justy 1200 Allrad Sondermodell „Schneekönig". Außerdem werden 150 Sicherheits-Sets verlost: mit Überbrückungskabel, Sicherheitslampe und vielem anderen wichtigem Zubehör.

Also, auf zu Ihrem SUBARU-Händler – spätestens aber bis zum 31. 1. 1988! (Oder Kassette direkt bei SUBARU Deutschland, 6360 Friedberg, anfordern).

GUTSCHEIN

Für eine Tonkassette mit Tips von Formel-1-Weltmeister Keke Rosberg zum Thema „Sicherer Autofahren im Winter!" – mit Glückslos!

Name _____ Vorname _____

PLZ _____ Ort _____

Straße _____ Hausnummer _____

Führerschein Klasse _____

☐ ja ☐ nein

Ich möchte eine Probefahrt machen

Datum _____ Unterschrift _____

Sie können Keke Rosberg's Tonkassette – solange Vorrat reicht – gegen Einsendung dieses Gutscheins kostenlos bis zum 31. 01. 1988 auch bei SUBARU Deutschland, 6360 Friedberg, anfordern.
Nur komplett ausgefüllte Gutscheine werden bearbeitet.

SUBARU

Der meistgekaufte Allrad-Pkw der Welt

GHS

FRAUEN IN BAUSTOFFKOOPERATIVEN

Kap Verde – wunderschöne Inseln auf den ersten Blick. 500 Jahre portugiesischer Kolonialismus und die Ausbreitung der Sahel-Zone zeigen tiefe Spuren, wenn man genauer hinsieht: die Männer Kap Verdes arbeiten fast durchweg als Emigranten im Ausland, die im Land gebliebenen Frauen ringen dem kargen Boden die Nahrung für sich und ihre Familien ab. Die Frauen in Kap Verde sind stark und selbstbewußt, mußten es werden.
In den letzten Jahren haben sich viele Frauen in Kap Verde in ländlichen Kooperativen zusammengeschlossen.
Ein Beispiel unter vielen: auf der Insel Maio haben Frauen eine Baustoffkooperative gebildet: hier brennen sie Kalk und Gips, verkaufen ihn in der Umgebung zum Bau der Häuser. Damit schaffen sie sich und dem Land eine bescheidene Unabhängigkeit gegenüber dem teuren Import von Zement oder Beton.
Der Weltfriedensdienst unterstützt den Aufbau von Kooperativen mit Kooperanten, um die Gruppen fachlich zu beraten und auszubilden, z. B. in Buchhaltung, aber auch durch die Vergabe von Krediten für Material, Lagerhäuser usw.

Wir suchen Spender.

WFD-Spendenkonto:
Bank für Gemeinwirtschaft
Konto 8888 (BLZ 100 101 11)
Kennwort: Kap Verde

Weltfriedensdienst e.V.
Hedemannstraße 14
1000 Berlin 61

Unfalluntersuchung zugaben, die Radarsignale falsch gedeutet.

Nachdem sich erste Mutmaßungen, verärgerte Kurden hätten das Unglück mit einer Bombe im Gepäck herbeigeführt, als haltlos erwiesen (dafür gab es nicht das geringste Indiz), zirkulierten unter Luftfahrt-Fachleuten vergleichsweise ernsthafte Spekulationen. Haben am Ende topographisch bedingte Ablenkungen, Spiegelungen oder sogenannte Seitenfrequenzen des Instrumenten-Lande-Systems den unglücklichen Fliegern eine Landekursanzeige vorgetäuscht? Im Gebiet von Izmir liegen drei Hochfrequenz-Funkfeuer und drei Flughäfen verhältnismäßig nahe beieinander (siehe Graphik): nördlich des neuen Platzes ein Militärflughafen, am gegenüberliegenden Ufer der Bucht die alte, nur noch regional benutzte Verkehrsfliegerpiste – besteht womöglich Verwechslungsgefahr?

Das Abhören des auf Tonband gespeicherten Funksprechverkehrs schien den Fall zunächst noch mysteriöser zu machen: Nichts deutete auf ein sich anbahnendes Desaster. Aber auch das will wiederum nichts heißen: Wenn die Männer im Cockpit alle Hände voll zu tun haben, drücken sie ohne Not nicht auch noch die Sprechtaste für Gesprächspartner am Boden.

Alle Hoffnungen der Untersuchungskommissionen gelten daher dem schon vor 30 Jahren in die Verkehrsfliegerei eingeführten Flugdatenschreiber. Zwar hatte die verunglückte Boeing, wie für diesen Typ üblich, einen quasi veralteten „Walzenschreiber" an Bord, bei dem nur die fünf Basisdaten für Zeit, Druckhöhe, vertikale Beschleunigung, Steuerkurs und Geschwindigkeit in eine Metallfolie geritzt werden. Nach Auswertung durch Experten, die dafür Wochen benötigen, läßt sich jedoch schon aus diesen kargen Daten (moderne Flugschreiber speichern weit über 100 Meßdaten) im Verein mit anderen Fakten der Flugweg ins Unglück genau nachvollziehen.

Zusätzlichen Aufschluß erwarten die Unfalldetektive von der gleichfalls langwierigen Auswertung des „Cockpit Voice Recorder", eines seit 1966 von den Luftfahrtgesellschaften eingebauten Geräts, das nach einem geheimen Code den Flugzeugführerraum akustisch überwacht. Er wird, falls die Auswertung gelingt, die Nachwelt teilhaben lassen an dem letzten, vermutlich dramatischen Dialog der Piloten.

Denn außer Zweifel steht, daß die Flugzeugführer das drohende Unheil im letzten Moment bemerkt und verzweifelt versucht haben, ihm durch Ziehen an der Steuersäule und durch volle Turbinenschubkraft doch noch zu entkommen: Sie gingen, wie es später der Sicherheitspilot nach seinen Wahrnehmungen an der Unfallstelle beschrieb, „mit hochgezogenem Bug und hochlaufender Triebwerksleistung" zugrunde.

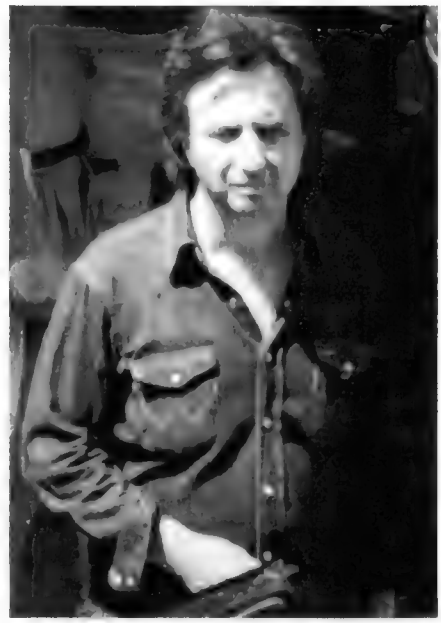
REGISSEURE

Einsamer Job

Michael Cimino, der einen der größten Flops aller Zeiten produzierte, hat wieder zugeschlagen: Er verfilmte das Leben des sizilianischen Banditen Salvatore Giuliano.

Seinen Ehrenplatz in der Filmgeschichte hat sich der amerikanische Regisseur Michael Cimino, 48, bereits gesichert. Auch wenn in ein paar Jahrzehnten von keinem seiner Kinostücke mehr die Rede sein sollte, so hat er sich zumindest mit einem der größten Flops aller Zeiten unsterblich gemacht.

Denn schon jetzt ist die Pleite des monumental gescheiterten Anti-Westerns „Heaven's Gate" legendär: So schnell, wie der Film 1980 in die Kinos kam, war er auch wieder aus ihnen verschwunden, und Cimino hatte 44 Millionen Dollar in den Sand gesetzt. Nach dem Desaster wurde die traditionsreiche Hollywood-Gesellschaft United Artists, die das Cimino-Werk bis zum bitteren Ende finanziert hatte, von der Konkurrenzfirma MGM geschluckt.



US-Filmemacher Cimino
Monomanische Regie-Feldzüge

Das Ende von United Artists bedeutete aber nicht das Aus für den Mann, der es mitverursacht hatte. Nach einer fünfjährigen Zwangspause konnte Cimino seine monomanischen Regie-Feldzüge fortsetzen. Er drehte den wüsten, spannenden und spektakulären Action-Thriller „Im Jahr des Drachen" über den einsamen Kampf eines New Yorker Polizisten gegen das organisierte Verbrechen in Chinatown. Doch auch dieser Cimino-Film geriet zum Kassenflop.

Der einsame Kampf des in New York geborenen und mit berufsbedingter Ego-

Giuliano-Darsteller Lambert (l.) im Cimino-Film „Der Sizilianer": Ein Robin Hood der Berge

manie ausgestatteten Filmemachers um die Finanzierung neuer, großer Projekte ging weiter und endete mit einem Etappensieg:

Jetzt läuft Ciminos Film „Der Sizilianer" in Deutschland an, eine pralle, blutgetränkte Kino-Oper, die die Geschichte des berühmten Banditen Salvatore Giuliano neu bebildert. Mit einem Budget von rund 17 Millionen Dollar dirigierte der Regisseur seine Komparsen-Heere diesmal nicht durch Szenerien in den USA oder im Fernen Osten, sondern durch die malerischen, schroffen Landschafts-Kulissen von Sizilien.

Dort wurde Giuliano, ein gut aussehender Twen aus dem Milieu der Ärmsten, in den vierziger Jahren als gnadenloser Killer gefürchtet und als wohltätiger Volksheld mit einem Herz für die Ausgebeuteten angebetet, eine Art Robin Hood der Berge, der seine Macht durch mörderische Raubüberfälle und Kidnappings zwischen Kirche, Mafia und Aristokratie etablieren konnte.

Wie große Kino-Gangster vom Schlage Al Capones war Giuliano ein Typ, der an seinem Image feilte und schon zu Lebzeiten an seiner Legende strickte – ein Angeber mit Sendungsbewußtsein und fixen Großmanns-Ideen.

Als er, 20jährig, beim Weizenschmuggel erwischt wurde, einen Carabiniere erschoß und selbst eine schwere Schußverletzung erlitt, hielt er sich fortan für unverwundbar und maß sich eine Christus-ähnliche Statur an. Regelmäßig gab er Presseerklärungen heraus, stand für Interviews bereit und genoß seine Rolle als internationaler Medienstar.

Giuliano posierte für Star-Photos und brachte es 1947 sogar zum Titelhelden der amerikanischen Illustrierten „Life". In grenzenloser Selbstüberschätzung forderte er die US-Regierung auf, Sizilien als 49. Staat zu annektieren. Wie ein Guerilla-Krieger zelebrierte der meistgesuchte Kriminelle Italiens eigenhändig auf öffentlichen Plätzen die Hinrichtung von Verrätern.

Rund 200 Leichen pflasterten den Weg des populären Banditen, meist waren seine Opfer Polizisten. Weil die Mafia seine Kreise nicht stören konnte, schloß sie einen Pakt mit ihm gegen die Kommunisten. Das Ergebnis: Am 1. Mai 1947 verübten Giulianos Männer ein Massaker an Demonstranten.

Das Ende ereilte den Killer 1950. Von Kugeln durchsiebt, fand man seine Leiche auf einer Straße, und noch heute liefert sein mysteriöser Tod Stoff für die Legende. Eine der Versionen: Giuliano wurde von Gegnern unter dem Vorwand in einen Hinterhalt gelockt, sie wollten mit ihm über die Verfilmung seines Lebens verhandeln.

Nachdem der Italiener Francesco Rosi in seinem Film „Wer erschoß Salvatore G.?" 1962 die Giuliano-Biographie in quasi-dokumentarischer Manier als Gegenstand einer journalistischen Recherche wiederaufbereitet hatte, näherte sich Cimino dem Abenteuer-Stoff auf seine Weise.

Er versuchte gar nicht erst, der Wahrheit über den Banditen auf die Spur zu kommen, sondern ließ sich in seinem Giuliano-Film (nach Mario Puzos Roman „Der Sizilianer") von der Hollywood-Maxime des von ihm verehrten Kino-Altmeisters John Ford leiten: „Wenn du Zweifel daran hast, dich auf die Tatsachen oder die Legende zu stützen, greife immer zur Legende."

Sein Film ist ein buntes, von opernhafter Musik durchflutetes Epos geworden. Cimino präsentiert seinen Helden (gespielt von dem hohl-blasierten Franzosen Christopher Lambert) als gockelhaft auftrumpfenden Egomaniak, als eitlen Aktionisten, der bei seinen Taten stets auf die öffentliche Wirkung achtet. Giuliano ist ein Popstar, ein Idol mit Revoluzzer-Attitüde, der sich als Gönner der armen Bauern aufspielt, deren wahre Bedürfnisse aber nicht begreift.

Als „Der Sizilianer" im vergangenen Oktober in amerikanischen Kinos gestartet wurde, erlitt er dasselbe Schicksal wie die beiden vorigen Filme Ciminos. Die „New York Times" schmähte das sizilianische Banditen-Spektakel als „Katastrophe", und auch an der Kasse erwies sich dieses Cimino-Opus wieder als ein Flop.

Es gab juristische Auseinandersetzungen um die US-Kinofassung des Films, nachdem Cimino seine Version um 20 Minuten hatte kürzen müssen, und wieder einmal hatte der kleine, zähe, von großen Kino-Visionen angetriebene Regisseur für Trouble gesorgt.

Den handelte er sich zum erstenmal 1978 mit dem Film „Die durch die Hölle gehen" ein, der mit fünf Oscars ausgezeichnet worden war und Cimino international berühmt und fürs große Hollywood-Geld interessant gemacht hatte.

Die in dem Film erzählte Geschichte russischer US-Immigranten, die als seelische Wracks aus dem Vietnam-Krieg in die „Heimat" zurückkehren, verschafften dem Filmemacher, nicht zuletzt wegen der blutrünstigen Darstellung der

Vietcong, den Ruch eines Rassisten. In „Deer Hunter" (Originaltitel) ließ Cimino das Thema anklingen, das ihn dann nicht wieder losließ: die trügerische Illusion vom „Schmelztiegel USA", der allen Einwanderern die gleichen Chancen gibt, sich ohne Diskriminierung als freie Bürger in ein gerecht funktionierendes Gemeinwesen zu integrieren.

Seine Kritik am amerikanischen Traum hat den Freundeskreis Ciminos in den USA nicht vergrößert, auch nicht sein Publikum. Aber die Bedeutung eines Regisseurs, so läßt er im Interview erahnen, mißt sich ohnehin nicht an der Zuneigung, die er bei seinen Financiers genießt, sondern an den Schwierigkeiten, die große Männer in ihrem einsamen Job zu überwinden haben.

Auch der Einbruch des „Sizilianers" an den US-Kinokassen konnte den energischen Cimino nicht von neuen Produktionsmitteln abschneiden. Ende Januar beginnt er in Kalifornien mit den Dreharbeiten zu einem Film, den er „klein" nennt: „Da kommen keine Revolutionen vor und große Menschenmassen, das ist eher eine persönliche Geschichte."

Es geht um zwei Männer und zwei Frauen, die sich in einer Krise befinden. Sie stehen vor der Frage, so Cimino, ob sie „aufgeben sollen oder noch intensiver weitermachen". Für sich hat er die Frage schon entschieden.

FILM

Der unsichtbare Zwilling

„Der Madonna-Mann". Spielfilm von Hans-Christoph Blumenberg. Deutschland 1988. Farbe; 83 Minuten.

Ein Mann fliegt von Australien nach Helsinki. Da die Maschine des Wetters wegen nach Hamburg ausweichen muß, hat der Mann einen Abend und eine Nacht in Hamburg vor sich.

Den Mann zieht es nicht wie seine Mitreisenden zur Reeperbahn, sondern er steht auf einmal vor dem Hansa-Theater, das natürlich, nie im Fernsehen, ausverkauft ist. Aber da ist eine Karte nicht abgeholt worden, die kriegt er, und nun beginnt das Abenteuer.

Eine blonde Frau setzt sich neben ihn, er wird zu einem geheimnisvollen Treff in die Kulissenwelt von Studio Hamburg verbracht.

Als sich herausstellt, daß er nicht der erwartete Killer ist, beginnt eine Verfolgungsjagd, bei der sich die Blondine, die ihn als Lockvogel aus dem Hansa-Theater holte, auf seine Seite schlägt.

Der Gejagte ist Marius Müller-Westernhagen, die Blondine Renée Soutendijk, der Regisseur Hans-Christoph Blumenberg, und das große Muster, das als Schatten auf den Film fällt, ist Hitchcocks „North by Northwest", in dem Cary Grant mit einem „Unsichtbaren Dritten" verwechselt und statt dessen gejagt wurde, während ihm eine Blondine zur Seite stand, lag und hing.

Blumenberg, kein Zweifel, liebt die großen Filmmythen und will ihnen filmend huldigen. Er liebt auch die kleiner geratene deutsche Filmvergangenheit der fünfziger Jahre: So kommt beispielsweise Ingmar Zeisberg, zur verlassenen Frau gereift, ins Bild, und die Edgar-Wallace-Filme heften sich mitsamt ihren exotischen Infantilitäten dem Fluchtpaar an die Fersen. Die Flucht führt durch Hamburg, das der ehemalige „Zeit"-Filmkritiker mit seinen Filmen als spröde Schöne aus dem Norden umwirbt: Hier ist die Welt noch in der Unordnung, aus der sich Filme machen lassen.

Blumenberg weiß inzwischen besser als in seinen ersten Filmen, daß Kino Täuschung, Trug, Verwechslung ist, und er arbeitet souverän mit Kulissen, die wirklich nur Kulissen sind, mit Verwechslungen, mit Vertauschungen.

Wie da ein Hauptmotiv des Films, dessen Story auch von zwei feindlichen Zwillingsbrüdern handelt, in verwirrend komischen Zwillingsauftritten verspiegelt und ironisiert wird, das zeigt ebenso wie Blumenbergs inzwischen avancierte Schnitt-Technik, daß der *Regisseur* Hans-Christoph Blumenberg sein Handwerk glänzend beherrscht.

Aber auch er hat, und dies ist leider das schwerste Handicap, an dem der „Madonna-Mann" zu asten hat, einen gleichnamigen Zwilling: den *Drehbuchautor* Hans-Christoph Blumenberg. Und der schafft und schreibt Figuren, schiebt denen Dialoge zwischen die Zähne, die eine an sich spannende Story in die Nähe des Kindergartens rücken.

Will heißen: Blumenbergs Menschen haben allesamt weder eine Psyche noch einen Unterleib. Marius Müller-Westernhagen ist auf seiner lebensgefährlichen Hamburg-Reise etwa so verstört wie ein Schuljunge, der aus Versehen die U-Bahn in die falsche Richtung bestiegen hat, und die mit ihm durch dick und dünn gehende, durchaus begehrenswerte Blondine schaut er an, als erwarte er von ihr bestenfalls, daß sie ihm vor dem Einschlafen noch Grimms Märchen vorliest.

Die wirklichen Märchen hat der schreibende Zwilling Blumenberg seinem filmischen Alter ego Schirmer alias Peter Kraus anvertraut. Der ist nun schon den dritten Film hindurch vor allem Freund von Beruf, ob er nun einen Taxifahrer, einen Barkeeper oder einen Diskjockey in einem Hamburger Privatsender mimt: Als solcher erzählt er den schlafgestörten Hamburger Hörern Gute-Nacht-Geschichten. Die Güte ist ihm so ins Gemüt geschrieben, daß er im nächsten Film unweigerlich mit einem Heiligenschein auftreten müßte, um sein süßliches Lächeln würdig zu umrahmen. Beruf: Film-Christus.

Als Taxifahrer („Tausend Augen") nahm er nur widerwillig Geld, als Barmixer („Sommer des Samurai") warnte er Kunden vor dem Dämon Alkohol, als Rundfunkmann verborgt er dem Freund aus Australien sein Auto und die ihm anvertraute Sendezeit.

Vielleicht sollte der versierte Filmemacher Blumenberg seinen Schirmer gegen einen versierten Drehbuchautor eintauschen. Meinetwegen auf dem Radio-Annoncenwege. *Hellmuth Karasek*

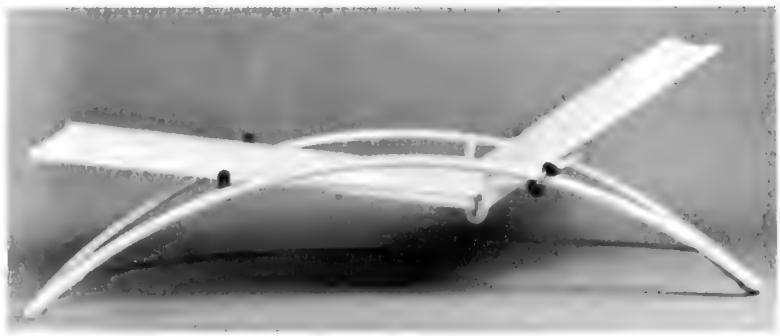
Blumenberg-Film „Der Madonna-Mann"*: Hitchcock trifft Wallace

* Mit Renée Soutendijk und Marius Müller-Westernhagen.

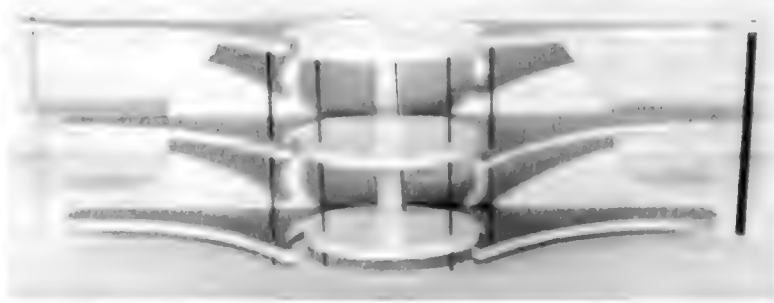
Tisch, Stühle von Mestmacher

Lampe von Tremel

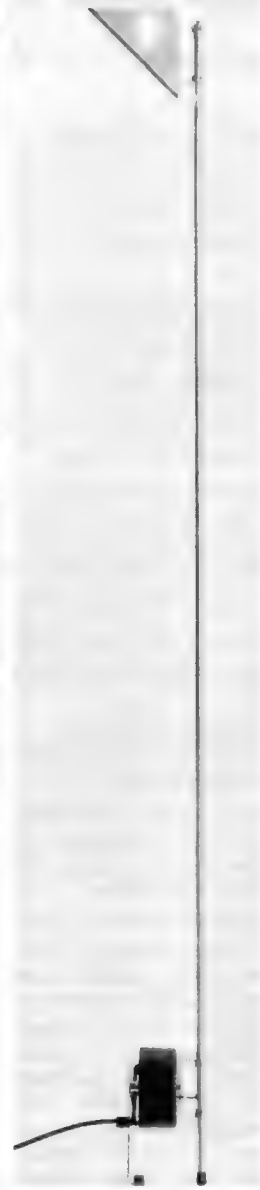
Leuchte von Tremel



Liege von Radde, Schulz, Spellmeyer („Formfürsorge")



Sideboard von Marquardt



Leuchte von Mann, Spiess

Entwürfe deutscher Nachwuchs-Designer: Statt unbenutzbarer Spinnereien praktisches Mobiliar gesucht

Nicht schrill

Innovativ und originell, funktionsgerecht und produktionsreif" – so hatte sich der Verband Creative Inneneinrichter (CI) die Entwürfe für seinen „Design-Wettbewerb Einrichtungsgegenstände" gewünscht. Gefordert wurden praktische Kleinmöbel und Leuchten, „aber keine unbenutzbaren Spinnereien von Leuten, die Möbel mit schrillen Kunstobjekten verwechseln".

Annähernd 500 überwiegend junge Teilnehmer machten mit, zum Jahreswechsel traf die Jury eine Vorauswahl der besten Entwürfe. Dazu zählen die von dem Münchner Stefan Tremel gestalteten Lampen aus mit Schweißdraht umrandetem Lochblech, eine stufenlos verstellbare Liege für Garten oder Wohnzimmer der Gruppe „Formfürsorge" aus Hannover und das variable Sideboard des Hildesheimers Manfred Marquardt. Aus polierten Edelhölzern und Stahl montierte Martin Mestmacher aus Wietze Tisch und Stühle seiner „Toro"-Serie, während die Karlsruher Michael Mann und Andreas Spiess eine formschöne, zwei Meter große Halogenleuchte konstruierten, die wahlweise ins Zimmer gestellt oder an die Dekke gehängt werden kann.

Im Gegensatz zu anderen Wettbewerben, bei denen die Teilnehmer oft nur als Staffage für die Public-Relations-Ziele des Veranstalters dienen, werden die Gewinner der CI-Ausschreibung nicht nur mit Lob, Urkunde und Händedruck ausgezeichnet. „Mindestens fünf Entwürfe", verspricht CI-Chef Roland Dubberke, „werden in Kleinserie produziert." Von 1989 an sollen die Objekte dann in den Einrichtungshäusern der 38 CI-Mitglieder verkauft werden.

Rund 50 weitere Gestaltungsideen hielt die Jury für „überarbeitungswürdig". Diese Entwürfe sollen interessierten Fabrikanten zur Fertigung offeriert werden. Mit der Mittlerrolle zwischen Designern und Produzenten will der Verband den Mut der Hersteller zu neuen Formen aus deutschen Landen fördern. „Die meisten Fabrikanten", beklagt der Hamburger CI-Möbelhändler Rudolf Beckmann, „wissen doch gar nicht, wie viele gute Ideen in den Schubladen der Hochschulen oder in den Ateliers vieler Designer vergammeln."

„All das auch ohne Bismarck?“

Rudolf Augstein über die hundertste Wiederkehr des Drei-Kaiser-Jahres

Ja, ja, es mußte ja so kommen, das Drei-Kaiser-Jahr jährt sich zum hundertsten Mal, jenes denkwürdige Jahr, in dem zwei deutsche Kaiser starben und ein dritter gekrönt wurde. Und gleich liegt auch das zum Anlaß passende Buch vor**.

Warum schon wieder ein Historiker-Gedenkbuch? Dies hier macht Sinn, wenn man sich fragt, ob der Hundert-Tage-Kaiser Friedrich III. (1831 bis 1888) das Bismarck-Reich hätte verhindern, die deutsche Geschichte mithin hätte verändern können.

Da bleiben doch recht viele Zweifel. Als der Kronprinz Friedrich Wilhelm, mit der „Princess Royal“ Viktoria, der ältesten Tochter Queen Viktorias verheiratet, angesichts des angedrohten Verzichts seines Vaters auf die Krone Preußens 1862 herbeigerufen wurde, wollten beide eines nicht: den Thronverzicht.

Bismarck, statt dessen, wurde damals und blieb ein Vierteljahrhundert die bestimmende Kraft.

Der Kronprinz hatte kaum noch Gelegenheit zu „frondieren“. Das lag nicht in seinem Wesen, das lag aber auch nicht im Wesen Preußens.

Allenfalls hätte er 1866 bei Königgrätz den Sieger Bismarck unwillentlich ins Nichts stoßen können, wenn er nicht als getreuer Militär und Sohn seines königlichen Herrn den Getrennt-Marschieren-Angriff durch die schlesischen Berge „energisch und geschickt“ (Wilhelm Treue) geführt hätte. Vom Donner der Kanonen sich leiten lassend, erschien er nahezu in letzter Minute mit seiner Armee auf dem „Kriegsschauplatz“. Dem Vater küßte er die Hand. Voller Bitternis schrieb seine Frau „Vicky“ ihrer Mutter, der Queen: „Wir haben niemand anderem als Bismarck für all das zu danken.“

Ja, so war das eben. Der dienstscheue Landwehrleutnant Bismarck hatte im Roulette gewonnen, hatte das Spiel der eisernen Kugeln für sich entschieden.

Hätte der Kronprinz 1862, ohne den verhaßten Bismarck, eine neue Regentschaft begründen sollen? Das schien nach preußischer Tradition unmöglich. Er konnte nicht, er konnte nicht wollen.

Wie sich die Geschichte ohne Bismarck und mit Friedrich Wilhelm als König hätte entfalten sollen, sieht man nicht. Er wollte eine konstitutionelle Monarchie nach englischem Muster mit einem „Parlamentsheer“. Dies nun allerdings wollten der König und sein ungeliebter Bismarck nicht. Man muß sich auch fragen, ob Preußen unter einer quasi „englischen“ Herrschaft hätte bestehen können. Die nötige Charakterstärke des späteren Kaisers Friedrich ist nicht unbestritten, wohl aber seine Wahrheitsliebe.

Vier Hohenzollern-Generationen (1882)*
Der Sensenmann macht Geschichte unkalkulierbar

Kaisermacher Bismarck (1889)
Niemand anderem für all das zu danken

Aber Bismarck, nachdem er 1871 seine riesigen Erfolge errungen hatte, konnte doch niemals sicher sein, wann sein achtzehn Jahre älterer Herr sterben würde. So mußte er den „Kronprinzen im Wartestand“ allzeit in seine Rechnungen einbeziehen, samt dessen starker Frau, samt dessen genauso starker Mutter, der Kaiserin Augusta. Alle drei waren ihm, aus den verschiedensten Gründen, feind.

Etliche gegen England gerichtete Handlungen, namentlich in der Kolonialpolitik, sind so zu erklären. In der Innenpolitik hat er auf den Kronprinzen ohnehin nicht viel Rücksicht genommen, weil ihm wohl klar war, daß eine politische Versöhnung hier kaum zustande kommen würde.

Aber es bleibt ja die unwiderlegliche Tatsache, daß der alte Kaiser noch eine Weile lebte und Friedrich Wilhelm vorerst Kronprinz blieb. Recht wenig spricht dafür, daß Bismarcks Politik gegenüber England sich objektiv hätte verändern können – unter keinem der drei Kaiser.

Es war sicher einer seiner schwersten Fehler, daß er England in seine Rechnung nicht richtig einstellte. Aber genauso könnte man dem englischen Parlament vorwerfen, daß es Bismarck keine Avancen machte. Beiden war wohl nicht bewußt, daß ein Bündnis Ärgeres hätte verhüten können. Die Avancen kamen erst, als Bismarck schon nicht mehr an Deck war und nichts mehr zu sagen hatte.

Wir müssen uns die Frage stellen, ob der Tod des an Kehlkopfkrebs leidenden Kronprinzen damals die Geschichte verändern konnte oder nicht. Hier bleibt für immer alles Spekulation. Vermutlich hätte ein gesunder Kaiser Friedrich III. die Politik Bismarcks nach außen hin fortgeführt, auch ohne Bismarck. Im Innern aber hätte er versucht, mehr mit dem Parlament, dem Reichstag, zu regieren. Zu welchem Erfolg?

Ja, das weiß man eben nicht. Der Sensenmann macht Geschichte unkalkulierbar. Die Lage, in der ein Bündnis zwischen England und Deutsch-

---

* Kronprinz Friedrich Wilhelm, Kaiser Wilhelm I. mit Urenkel Wilhelm auf dem Schoß, Kronprinzensohn Wilhelm (der spätere Kaiser Wilhelm II.).

** Wilhelm Treue (Hrsg.): „Drei deutsche Kaiser. Wilhelm I. – Friedrich III. – Wilhelm II.“. Verlag Ploetz, Freiburg; 240 Seiten; 39,80 Mark.

land möglich gewesen wäre – Friedrich III. hätte sie so wenig wie Bismarck erreicht.

Und die Interessen einer blindlings aufstrebenden Weltmacht? Sie wurden von Wilhelm II., dem Sohn des Hundert-Tage-Kaisers, besser vertreten. Nie wollen wir vergessen, was der Soziologe Max Weber in seiner berühmten Antrittsvorlesung, nach Bismarck, nach Friedrich III., verkündete. Er, den man Wilhelm II. als einen Anti-Kaiser entgegengesetzt hat, sagte 1895: „Die Einigung Deutschlands war ein Jugendstreich . . . wenn sie nicht der Ausgangspunkt einer deutschen Weltmachtpolitik sein sollte."

So dachten sie alle damals, die Professoren, die Pastoren, die aufstrebende Mittelschicht. Wilhelm II. war nur ihre Galionsfigur.

Es kann mithin keinen Zweifel leiden, daß Friedrich III., wäre er nicht todkrank gewesen, manch anderes versucht und wenig anderes erreicht hätte. Mag sein, er hätte 1906 auf der Konferenz von Algeciras die Isolation des Kaiserreichs verhindert. Aber Spekulation bleibt das alles. Damals, als die Figuren noch etwas zu bewirken schienen, siehe King Eduard VII., hätte der Kaiser der hundert Tage sich aus dem ihm von Bismarck überkommenen System schwerlich herauswinden können.

Bestseller

BELLETRISTIK

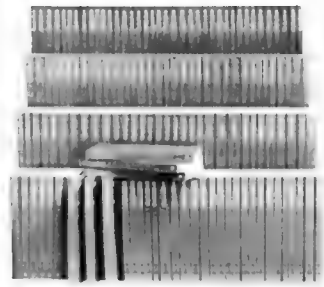
1	**García Márquez: Die Liebe in den Zeiten der Cholera** Kiepenheuer & Witsch; 39,80 Mark	(2)
2	**Simmel: Doch mit den Clowns kamen die Tränen** Droemer; 39,80 Mark	(1)
3	**Lenz: Das serbische Mädchen** Hoffmann und Campe; 34 Mark	(3)
4	**Süskind: Das Parfum** Diogenes; 29,80 Mark	(4)
5	**Ossowski: Wolfsbeeren** Hoffmann und Campe; 39,80 Mark	(5)
6	**Gordon: Der Medicus** Droemer; 44 Mark	(6)
7	**Fynn: Anna schreibt an Mr. Gott** Scherz; 16,80 Mark	(7)
8	**Konzelmann: Der Diwan des Harun Al Rashid** Edition Weitbrecht; 38 Mark	(8)
9	**Süskind: Die Taube** Diogenes; 16,80 Mark	(11)
10	**Hemingway: Der Garten Eden** Rowohlt; 38 Mark	(9)
11	**Miller: Zeitkurven** S. Fischer; 58 Mark	(12)
12	**Lindgren: Ronja Räubertochter** Oetinger; 20 Mark	(13)
13	**McCullough: Die Ladies von Missalonghi** Heyne; 24,80 Mark	(10)
14	**Brösel: Werner – normal ja!** Semmel; 16,80 Mark	
15	**Allende: Das Geisterhaus** Suhrkamp; 38 Mark	(14)

SACHBÜCHER

1	**Schmidt: Menschen und Mächte** Siedler; 48 Mark	(2)
2	**Gorbatschow: Perestroika** Droemer; 36 Mark	(1)
3	**Haffner: Von Bismarck zu Hitler** Kindler; 36 Mark	(3)
4	**Lindlau: Der Mob** Hoffmann und Campe; 36 Mark	(4)
5	**Fisher-Ruge: Nadeschda heißt Hoffnung** Econ; 32 Mark	(5)
6	**Norwood: Wenn Frauen zu sehr lieben** Rowohlt; 29,80 Mark	(6)
7	**Kronzucker: Unser Amerika** Rowohlt; 39,80 Mark	(7)
8	**Pu Yi: Ich war Kaiser von China** Hanser; 29,80 Mark	(8)
9	**Däniken: Wir alle sind Kinder der Götter** C. Bertelsmann; 39,80 Mark	(9)
10	**Dambmann, Lange, Rohde: Mit Edmund Hillary durch den Himalaya** Herder; 39,80 Mark	(15)
11	**Schumacher: Anpfiff** Droemer; 28 Mark	
12	**Carnegie: Sorge dich nicht, lebe!** Scherz; 36 Mark	
13	**Capra: Das neue Denken** Scherz; 38 Mark	(10)
14	**Hoimar von Ditfurth: Unbegreifliche Realität** Rasch und Röhring; 39,80 Mark	(11)
15	**Bettelheim: Ein Leben für Kinder** DVA; 44 Mark	

Im Auftrag des SPIEGEL wöchentlich ermittelt vom Fachmagazin „Buchreport"

Nur noch bis 31.1.88 zum Subskriptionspreis



Die ›Weimarer Ausgabe‹ von Goethes Werken im dtv. 143 Bände, 62 000 Seiten. Bis 31.1.88 DM 1420,–. Preis ab 1.2.88 DM 1700,–.

»...Diese Ausgabe hat eine unvergleichliche antiquarische Würde und Patina; das ist es auch, was die ›richtige‹ Ausgabe, die in der Bibliothek bisher stand, zum Ziel unserer Träume machte: eine solche Ausgabe mal besitzen zu können...«
Jörg Drews in der ›SZ‹

dtv-Klassiker im Januar

Rousseaus erster Roman gilt als ein Schlüsselwerk zum Verständnis des großen Philosophen. (2191 / DM 24,80)

Eine Rarität für Goethe-Liebhaber: Die ›Recension‹ mit den wiederentdeckten Kupferstichen. (2193 / DM 12,80)

Aufschlußreiche und fesselnde Rechtsfälle aus der römischen Kaiserzeit. (9243 / DM 12,80)

Zwölf Erzählungen Guy de Maupassants – Kabinettstücke seiner Erzählkunst. (9246 / DM 12,80)

Zifferblattmalerinnen der „Radium Dial Company" (1926)*: „Wenn du 20 bist, glaubst du, du bist unsterblich"

STRAHLENUNFÄLLE

Kellys Dreck

Junge Arbeiterinnen in einer US-Fabrik für Leuchtzifferblätter starben in den dreißiger Jahren an Radiumvergiftung und Knochenkrebs. Wie der Unfall bis heute nachwirkt, belegt jetzt ein Dokumentarfilm.

So ein dickes Fell hab' ich wirklich nicht", sagt Martha Hartshorn, 64. Wenn Radium, das Element, nach dem die Radioaktivität ihren Namen hat, durch meterdicke Ziegelwände und durch Stahltüren strahle, dann könne man ihr nicht weismachen, „daß es nicht durch meine Haut geht".

Zum zweiten Mal ist die Frau an Krebs operiert worden; eine bösartige Geschwulst wuchs unter ihrem rechten Fuß.

Martha Hartshorn ist überzeugt davon, daß es nicht ein normaler, schicksalhafter Krebs ist, wie er andere Menschen auch heimsucht. Ihren Freundinnen von einst gehe es nicht besser, meint sie, jede zweite von ihnen sei schon unter der Erde, in fast 80 Prozent der Fälle war die Todesursache Krebs. Sie lebten, wie Martha, und starben in Ottawa (US-Staat Illinois), jener Stadt, der die amerikanische Presse den Beinamen gab: „Death City".

Den Namen erhielt die 16 000-Einwohner-Stadt im Mittleren Westen schon während der dreißiger Jahre. In einer Fabrik, die Leuchtzifferblätter herstellte, waren reihenweise junge Arbeiterinnen umgekommen – als Folge des Hantierens mit der radioaktiven Leuchtfarbe. Sie starben an Radiumvergiftung, oder sie entwickelten Knochenkrebs. „The Living Dead", Gestorbene auf Abruf, nannte man sie damals.

Als einer der tragischsten Arbeitsunfälle der Vereinigten Staaten hat die Serie von Todesfällen Geschichte gemacht. Aber die Geschichte ist Gegenwart: Auf welch unheimliche Weise das fahrlässig verwendete radioaktive Element noch immer fortwirkt, bringt jetzt ein Dokumentarfilm ans Licht, der unter dem Titel „Radium City" im Herbst letzten Jahres auf dem New Yorker Filmfestival gezeigt wurde (und im Frühjahr auch in der Bundesrepublik zu sehen sein wird).

„Eine Horror-Story aus dem wirklichen Leben, die einen erschauern läßt", urteilte die „New York Times" über das Werk der Dokumentarfilmerin Carole Langer. Der 110-Minuten-Film folgt den Spuren der Katastrophe, die inzwischen zum Umweltskandal geworden ist: Der radioaktiv verseuchte Abfall der Fabriken ist über die ganze Stadt verteilt worden – ein groteskes Beispiel für sträflichen Leichtsinn im Umgang mit strahlender Materie und für die Langlebigkeit der Gefahr.

Die Tragödie begann 1922. Arbeit war damals knapp im Mittleren Westen, und 17,50 Dollar die Woche waren für Frauen ein Spitzenlohn, für manche Familie notwendig zum Überleben. Bei den jungen Mädchen in Ottawa waren die Jobs in der Radium Dial Company so begehrt, daß sie dafür frühzeitig von der Schule abgingen.

Niemand in Ottawa ahnte, daß das Ausmalen von Leuchtzifferblättern eine lebensgefährliche Arbeit sein könnte. Man brauchte Geduld, eine ruhige Hand und etwas Geschick. Die Ausbildung war kurz: Die Mädchen lernten die feinen Pinselhaare jedesmal zwischen den Lippen zu spitzen, bevor sie sie in die radiumhaltige Farbe tauchten, um die feinen Punkte zu setzen. Manchmal spielten die Arbeiterinnen mit der Wunderfarbe, malten sich Schnurrbärte und Masken auf ihre Gesichter, die dann geisterhaft im Dunkeln glühten.

Nicht nur die Mädchen waren sorglos im Umgang mit dem weißglänzenden Element, einem Zerfallsprodukt des Urans. Lange galt Radium als Wunderdroge. Apotheker verkauften es als Elixier gegen hohen Blutdruck und Arthritis, Depressionen und Impotenz. Joseph Flannery, der Gründer der Radium Chemical Company, düngte damit sogar seine Ländereien und zog gigantische Kürbisse und Tomaten. 1920 starb er an chronischer Radiumvergiftung. Ärzte setzten mit Radon gefüllte Röhrchen noch bis in die sechziger Jahre zur Krebstherapie ein (Radon ist ein beim Zerfall des Radiums entstehendes Edelgas).

Doch dann erkrankten und starben um 1930 die ersten Arbeiterinnen in Ottawa. Ähnliche Fälle waren in Fabriken an der Ostküste bekannt geworden. Der Fabrikant Joseph A. Kelly ging in die Offensive: In ganzseitigen Anzeigen versicherte er den Bürgern von Ottawa, wie „harmlos" Radium sei. Doch die Presse ließ nicht locker, Schadensersatzprozesse drohten. 1937, auf dem Höhepunkt der Kontroverse, schloß Kelly über Nacht die Pforten von „Radium Dial".

Kaum jemand in Ottawa ahnte, daß die neue Fabrik „Luminous Processes", die wenige Wochen später ein paar Straßen weiter aufgemacht wurde, ein Etikettenschwindel war. Wie die Todesfabrik, so gehörte auch sie zum Imperium des Joseph A. Kelly, der vom New

* Bei der Ausbildung in einem Saal der zur Fabrik umgebauten Ottawa High School.

Yorker Chrysler Building aus die Geschicke seiner 146 Fabriken im ganzen Land lenkte.

Die neue Firma am Ort versprach die gleiche Arbeit unter sicheren Bedingungen. Die angelernten jungen Arbeiterinnen wurden wieder eingestellt. Martha Hartshorn, die über 30 Jahre lang für „Luminous" Leuchtzifferblätter für Uhren und andere Instrumente gemalt hat: „Wenn du 20 bist, glaubst du, du bist unsterblich."

Sichere Arbeitsbedingungen hießen in der neuen Fabrik, daß die Arbeiterinnen angewiesen wurden, die Pinsel nicht mehr in den Mund zu nehmen. Sonst ging man auch hier mit dem Radium genauso schlampig um wie im alten Werk. Im Sommer wirbelten Ventilatoren Radiumpartikel durch die staubige Atemluft, mit Radiumfarbe getränkte Lumpen wurden regelmäßig im Hof verbrannt – was Strahlung freisetzte.

Eine Kollegin von Martha Hartshorn hatte versehentlich eine Ladung Radiumstaub eingeatmet, als sie ein Glas öffnete. Bald wackelten alle Zähne, wenige Wochen später waren sie ausgefallen: „Man ermahnte uns, vorsichtig mit der Farbe umzugehen, nicht weil sie gefährlich, sondern weil sie teuer war."

Mit der Zeit wurden auch die Luminous-Arbeiterinnen wieder krank. Nach Recherchen der Filmemacherin Carole Langer war 1968 jede zweite der ehemaligen Kelly-Arbeiterinnen tot, 60 Prozent waren an Krebs gestorben.

Doch nur wenige Opfer haben je gegen die skandalösen Sicherheitsbedingungen in dem Kelly-Werk geklagt. Das örtliche Krankenhaus, wo sie behandelt wurden, gehörte Kelly; von Luminous bestochene Rechtsanwälte, so die Filmerin, weigerten sich, die Fälle anzunehmen. Und niemand glaubte, es lohne sich, einen großen Aufstand zu machen.

Auch eine 1948 von der US-Regierung darauf angesetzte Behörde, das 50 Meilen von Ottawa entfernte Argonne National Laboratory, verhalf den Arbeiterinnen nicht zu ihrem Recht. Vielleicht auch deshalb nicht, meint Carole Langer, weil Kelly sich während des Zweiten Weltkrieges um das Vaterland verdient gemacht hatte: Einstein und Roosevelt hatten ihn persönlich für das geheime Manhattan-Projekt zum Bau der Atombombe gewonnen; Luminous lieferte radioaktives Polonium als möglichen Rohstoff für die Bombe.

In umfangreichen Langzeitstudien haben Richard Toohey und seine Mitarbeiter bei Argonne die überlebenden Radium-Chemical-Arbeiterinnen alljährlich auf Radioaktivität getestet. Sie haben Leichen exhumiert und sich deren Bürsten und Kämme von den Erben besorgt, um daran die Radioaktivität zu messen. Doch niemand in Ottawa hat je erfahren, was die Wissenschaftler in all den Jahren gefunden haben.

In einem Telephoninterview erklärte Dr. Toohey, die Zahlen der Filmemacherin seien falsch. 2500 Radium-Dial-Arbeiterinnen aus dem ganzen Land habe Argonne über die Jahre getestet, nur 90 seien an radiumbedingtem Knochenkrebs und einer seltenen Art von Gehirntumor gestorben. „Die Arbeiterinnen der ersten Fabrik vergifteten sich, weil sie das Zeug in den Pinseln ständig geleckt, also regelrecht gegessen haben. Die Nachfolgefabrik war sicher." Auch die „zugegebenermaßen hohe Brustkrebsrate" der Luminous-Arbeiterinnen in Ottawa könne man nicht auf Radium zurückführen: „Es ist nichts als eine normale statistische Häufung."

Martha Hartshorn ist nie getestet worden. Die „statistische Häufung" in Ottawa erklärt sie sich auf ihre Weise: Sie könne über hundert Kolleginnen nennen, die an Krebs gestorben seien.

Zifferblattmalerinnen in Ottawa (1927)*
Geistergesichter im Dunkeln

Auch die Arbeits- und die Behörde für nukleare Sicherheit in Illinois haben die Gesundheitsgefahren bei Luminous offenbar anders eingeschätzt als der Kollege von Argonne. Als Grund für die 1978 überraschend verfügte Schließung der Fabrik gaben sie ausdrücklich Gesundheits- und Sicherheitsrisiken an.

„Als ich nach der Schließung noch mal in das Gebäude wollte", erinnert sich Martha Hartshorn, „warnte man mich, nur mit Plastiküberzügen über meinen Schuhen dort reinzugehen. Der Zementboden sei extrem verseucht."

„Man zeigte auf dieselbe Stelle, an der ich über 30 Jahre lang tagein, tagaus gestanden hatte. Und trotzdem will man mir weismachen, meine Tumore am Fuß hätten damit nichts zu tun."

Der Alptraum von Ottawa war auch nach der Schließung der Kelly-Werke nicht vorbei. Dokumentarfilmerin Langer zeigt, wie durch Fahrlässigkeit und Schlampereien der radioaktive Schutt über die ganze Stadt verteilt wurde.

Erst 1968 war die alte Radium-Dial-Fabrik abgerissen worden. In der Zwischenzeit hatte sie als Lagerhaus für Fleisch gedient – bis auf eines seien alle Familienmitglieder des Betreibers an Krebs gestorben, weiß eine der Interviewpartnerinnen im Film. Für den Abbruch der Fabrik zogen die Eigentümer weder Umwelt-Experten noch die Behörde für nukleare Sicherheit zu Rate. Sie setzten eine Annonce in die Zeitung und boten die – radioaktiv verseuchten – Trümmer zur freien Abholung an. Nun weiß niemand, wo überall in der Stadt das Zeug verstreut ist.

Messungen in verschiedenen Gegenden von Ottawa lassen Geigerzähler knattern. Bis zu sieben Millirem je Stunde – dreieinhalbmal mehr, als die Behörden für sicher erklären – strahlen von Grundstücken, die nicht einmal als gefährlich beschildert oder eingezäunt sind. „Have a nice half life", höhnt ein Graffito auf der alten Friedhofsmauer: 1580 Jahre beträgt die physikalische Halbwertzeit von Radium, die Zeit, in der jeweils die Hälfte einer Menge eines radioaktiven Elements zerfallen und unschädlich geworden ist.

Mit den Messungen befaßt ist Ken Ricci, Mitglied einer Bürgerinitiative, der mit einem Geigerzähler durch die Stadt streift. „Mir fiel ein Platz auf", sagt Ricci, „der selbst im tiefsten Winter matschig war, wo kein Schnee liegenblieb." Unter dem Sportplatz und auf dem Wochenmarkt, wo frisches Gemüse und Eier verkauft werden, am Flußufer und auf verschiedenen Privatgrundstükken – überall hat Ricci erhöhte Werte gemessen.

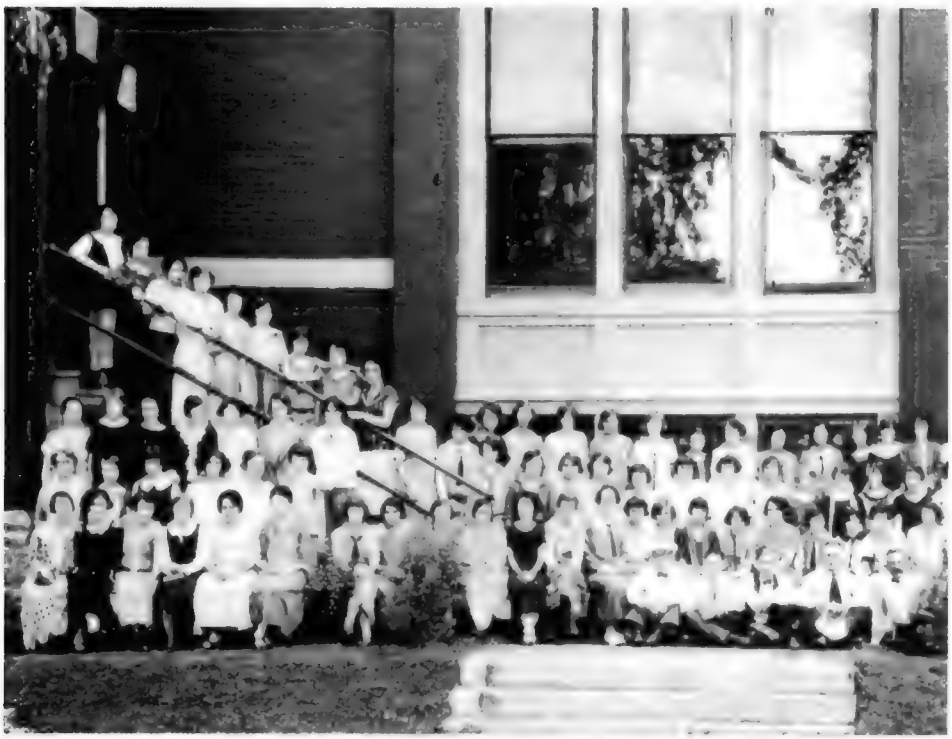
Im wesentlichen sind es die gleichen Orte und Werte, wie sie die Sicherheitsingenieure der Atombehörde von Illinois ermittelt haben. Erst kürzlich kaufte die Behörde aus Sicherheitsgründen ein Grundstück auf, dessen Radonwerte mehr als fünfmal höher lagen als zulässig. Mindestens zwei weitere Grundstükke sollen ähnlich hohe Werte zeigen,

* Aufgenommen bei einem Picknick.

doch dafür ist kein Geld mehr da. Tim Runyon, ein Sprecher der Behörde: „Das ist Kellys Dreck. Für Grundstücksgeschäfte sind wir nicht zuständig."

Die Bürgerinitiative mit dem bösen Namen „Rape", was eigentlich Vergewaltigung heißt, aber für „Residents against a polluted environment" steht, hat immerhin dafür gesorgt, daß sich der Skandal mit den verseuchten Trümmern nicht wiederholte, als 1985 das zweite, das Luminous-Gebäude, abgerissen wurde; diesmal blieb der Bauschutt nicht in der Stadt.

Mit schwarzen Buchstaben war die Parole quer über die Ziegelfront gemalt: „Dial Luminous for Death". Carole Langer hat den Abriß der Fabrik gefilmt und dabei wahrscheinlich eine ungesunde Portion Radium eingeatmet, ebenso wie die Arbeiter, die zum Teil in T-Shirts und ohne Mundschutz die alten Holzbalken zum Abtransport zersägten und in Tonnen verstauten. Die Aufseher von der Atombehörde standen derweil in Atemmaske und Schutzanzug dabei.



Belegschaft der „Radium Dial" (1922): „Ermahnungen, weil die Farbe teuer war"

6,5 Millionen Dollar hat die „Entsorgung" der Fabrik den Steuerzahler gekostet. Der Verursacher – inzwischen Joseph A. Kelly jun., der Sohn – hat sich nach alter Familientradition aus dem Staub gemacht. Wie in einem anderen seiner Werke, in Georgia, das er auch über Nacht verließ, hat er Bankrott angemeldet und seine Zahlungsunfähigkeit erklärt.

Die Sorge, daß Kelly noch ein weiteres Mal zu dieser Taktik greifen könnte, plagt unterdessen die Bewohner in New York: Dort, im Stadtteil Queens, unterhält die 75 Jahre alte Radium Chemical Company eine weitere – stillgelegte – Fabrik, deren Sicherheitsrisiken den New Yorker Behörden die Haare zu Berge treiben.

Bis vor vier Jahren wurden in diesem Werk Radium-„Nadeln" produziert, die in der Krebstherapie verwendet wurden. Inzwischen gibt es in der ganzen Welt keine Abnehmer mehr dafür – die gefährliche Ware stapelt sich in Queens.

Wegen mehr als hundert zum Teil unglaublichen Sicherheitsverstößen wurde das Werk amtlich geschlossen: Radium-Sendungen waren beim Transport von und nach Manhattan spurlos verschwunden, radioaktive Spuren fanden sich im städtischen Sielnetz nahe der Fabrik. 40fach überhöhte Strahlungswerte – bis zu 80 Millirem pro Stunde – wurden letztes Jahr im Oktober an den Fenstern der verlassenen Produktionsstätte gemessen.

140 Gramm Radium – wahrscheinlich die größte Ansammlung dieses Elements irgendwo auf der Welt – werden in dem Gebäude vermutet, eingeschlossen in 2000 zum Teil schon leck gewordenen Phiolen aus einer Platinlegierung. Rund sechs Millionen Dollar, so eine Schätzung, wird es kosten, das Gebäude zu entseuchen und das teuflische Radium loszuwerden.

Die Bürger von Ottawa wollen an ihre Strahlen-Altlast möglichst nicht mehr erinnert werden. Nur die letzten Überlebenden der alten Leuchtziffer-Fabrik und ein paar meist ältere Bürger, die nicht mehr um ihren Arbeitsplatz fürchten müssen, sprachen freimütig vor den Kameras der Filmemacherin. „Die Zeiten sind wieder hart", erläutert Ricci, „die Arbeitslosigkeit bei uns ist hoch. Jeder hier fürchtet neue Schlagzeilen. Wir haben Angst, den japanischen Arbeitgeber, auf den wir hoffen, zu vertreiben."

Aber auch wenn die Bewohner von Ottawa vergessen wollen, geht der ganz gewöhnliche Alptraum hier weiter. Jäger finden Rehe, die von Tumoren übersät sind; Haustiere werden nicht alt. Frauen fürchten Genschädigungen. Kinder, deren Eltern nie in Kellys Fabriken gearbeitet haben, leiden an Leukämie und Lebertumoren.

In New York verteilt Konzernchef Kelly jun. Presseerklärungen, in denen er sich rühmt, die Radium Chemical sei „stolz auf ihren guten Sicherheitsstandard und auf die Sorge um das Wohlergehen der Angestellten". In der Geschichte der Firma habe es „niemals einen sicherheitsbedingten Unfall gegeben".

Die duldsamen Opfer, die das Gegenteil beweisen, führt Carole Langer in ihrem Dokumentarfilm vor – sie liegen auf dem Friedhof in Ottawa.

Die Filmemacherin war dabei, als Forscher des Argonne-Instituts die Überreste von Radium-Arbeiterinnen aus den zwei Tonnen schweren Betonsärgen meißelten, um sie zu Untersuchungen ins Labor zu schaffen. Auch nach 50 Jahren knatterte über den verwesten Körpern heftig der Geigerzähler.

PSYCHOLOGIE

Warten auf Wunder

US-Psychologen haben herausgefunden, wie sich die Leistungskraft der Soldaten steigern läßt.

Gejagt wurde das Übersinnliche. In einem „Forschungsinstitut" in San Diego saß die freiwillige Testperson einem Röhrchen gegenüber, in das weiße Blutkörperchen (Leukozyten) aus dem Mundraum des Probanden gefüllt worden waren. Obwohl sie durch zwei Meter Luft voneinander getrennt waren, sollte eine geheimnisvolle Verbindungslinie zwischen dem Spender und den mikroskopisch kleinen Teilchen nachgewiesen werden.

Mit einem Aufzeichnungsgerät, ähnlich denjenigen, die bei medizinischen Gehirnstrommessungen verwendet werden, registrierte der Experimentator die elektrische Aktivität der Leukozyten und machte sie auf einem Bildschirm sichtbar. Ebenfalls eingeblendet wurden die Ausschläge, die bei Gefühlsveränderungen der Testperson entstanden. Doch wie so oft, wenn übersinnliches Walten vor kritischen Beobachtern dingfest gemacht werden soll, versagte auch diesmal das Experiment: Mensch und Menschenteilchen bewegten sich nicht im paranormalen Gleichschritt.

Der Experimentator wußte eine Entschuldigung: Die Blutkörperchen, so be-

MESSE MÜNCHEN GIBT DIE ANTWORT

Siem + Partner, München

INVESTITIONSGÜTER, KONSUMGÜTER, HIGH-TECH ERFOLGREICH IN MÜNCHEN

1988

BAU 8. Internationale Fachmesse für Baustoffe, Bausysteme, Bauerneuerung	**Januar** 20.–26.
C-B-R MÜNCHEN 19. Ausstellung Caravan – Boot – Internationaler Reisemarkt	**Februar** 6.–14.
INHORGENTA MÜNCHEN* 15. Internationale Fachmesse für Uhren, Schmuck, Edelsteine und Silberwaren	**Februar** 12.–16.
FASHION-START-MÜNCHEN* – Frühjahr Münchner Mode-Tage (Nicht im Messegelände)	**Februar** 21.–23.
ISPO – Frühjahr* 28. Internationale Fachmesse für Sportartikel und Sportmode	**Februar** 25.–28.
IHM 40. Internationale Handwerksmesse. Messe des Handwerks und für das Handwerk	**März** 12.–20.
57. MODE-WOCHE-MÜNCHEN* Internationale Fachmesse für Mode	**März** 27.–30.
105. KONGRESS DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR CHIRURGIE mit Fachausstellung	**April** 6.–9.
ANALYTICA 11. Internationale Fachausstellung mit Internationaler Tagung	**April** 19.–22.
BÜRO+COMPUTER 14. Fachausstellung Bürotechnik, Computer, Büromöbel, Organisationsmittel, Zeichentechnik	**Mai** 4.–7.
ELTEC Fachausstellung für Elektrotechnik	**Juni** 23.–25.
FASHION-START-MÜNCHEN* – Herbst Münchner Mode-Tage (Nicht im Messegelände)	**August** 26.–28.
ISPO – Herbst* 29. Internationale Fachmesse für Sportartikel und Sportmode	**Aug./Sept.** 30.–2.
IKOFA* 17. Internationale Fachmesse der Ernährungswirtschaft	**September** 16.–21.
58. MODE-WOCHE-MÜNCHEN* Internationale Fachmesse für Mode	**Oktober** 2.–5.
DEUTSCHER APOTHEKERTAG	**Oktober** 13.–16.
CERAMITEC 4. Internationale Fachmesse Maschinen, Geräte, Anlagen und Rohstoffe für die gesamte keramische Industrie	**Oktober** 18.–22.
SYSTEC 2. Internationale Fachmesse für Computerintegration in Logistik, Entwicklung, Konstruktion, Fertigung und Qualitätssicherung mit Kongreß	**Oktober** 25.–28.
ELECTRONICA 13. Internationale Fachmesse für Bauelemente und Baugruppen der Elektronik	**November** 8.–12.
11. HEIM+HANDWERK Das Handwerk im Wohnbereich mit Sonder- und Leistungsschauen der einzelnen Handwerkszweige	**Nov./Dez.** 28.–4.

*Nur für Fachbesucher

MESSE MÜNCHEN INTERNATIONAL

Münchener Messe- und Ausstellungsgesellschaft mbH, ✉ 121009, D-8000 München 12, ☎ (089) 5107-0, Tx 5212086 ameg d, Fax (089) 5107-506, Btx * 35075 #

Testperson bei Biofeedback: Suche nach Gleichgewicht

hauptete er, seien durch die Gedanken und Gefühle der im Raum Anwesenden wie von einem Störsender behindert worden.

Stattgefunden hatte die Demonstration, an einem Februartag des vorletzten Jahres, tatsächlich unter den Augen eines hochkarätigen Wissenschaftlertrupps. Im Auftrag der US-Armee suchte ein 14köpfiges Team von Experten, zumeist Psychologen renommierter amerikanischer Universitäten, schon seit 1985 nach Methoden und Techniken, mit denen sich die Lernfähigkeit und die Kampfkraft der US-Rekruten steigern ließe.

In den Blickwinkel der Militärberater gerieten Meditation und mentales Training, Biofeedback, Schlaflernen oder Techniken zur Streßbewältigung – Methoden, deren zutiefst friedliche Wurzeln in die diversen Subkulturen der sechziger Jahre zurückreichen und die erst jüngst in Managerseminaren und Sprachschulen wiederentdeckt worden sind.

Wie beim San-Diego-Experiment hatten sich die Wissenschaftler im Dienste der Militärs auch auf ungesichertes parapsychologisches Terrain vorgewagt. „Einige einflußreiche Offiziere und bestimmte Teile der Armee", so berichten die Gutachter in einer jüngst erschienenen Zusammenfassung ihrer Erkenntnisse, habe es danach verlangt, sich auch derlei „außergewöhnliche Techniken" zunutze zu machen.

Doch trotz ausführlicher Literaturstudien und Demonstrationen vor Ort verliefen die Sondierungen im Grenzbereich enttäuschend. Nur für einige der ins Auge gefaßten Supertechniken konnten die Psychologen ihren Auftraggebern Mut machen:

- ▷ Lernen im Schlaf: Forschungsergebnisse bestätigen, daß Lektionen, die Probanden in Leichtschlaf-Phasen verabreicht werden, beim Unterricht am nächsten Tag schneller verstanden und länger im Gedächtnis behalten werden; kein wissenschaftlicher Hinweis jedoch spricht dafür, daß Rekruten für die Zwecke der Army auch im Tiefschlaf gedrillt werden könnten.
- ▷ Mentales Training durch visuelle Konzentration: Soldaten, denen Filme mit bestimmten Bewegungsabläufen gezeigt werden, können ihre motorischen Fähigkeiten im Einsatz steigern; visuelle Konzentration allein genügt dagegen nicht, wenn es gilt, Denkprozesse und Verhaltensweisen der Uniformierten zu beeinflussen.
- ▷ Biofeedback: Versuche, das Körpersystem durch Kontrolle der Körperfunktionen, etwa des Herzrhythmus, in ein inneres „Gleichgewicht" zu bringen, können Muskelanspannungen und Verkrampfungen verringern, nicht aber Streß abbauen; bessere Informationen über die Lage, so die Experten, hätten sich als weit wirkungsvolleres Besänftigungsinstrument erwiesen – eine Forderung, die Generäle ihren Soldaten bisher nur selten erfüllen.
- ▷ Selbsthypnose, Meditation: Wissenschaftliche Erkenntnisse sprechen dafür, daß die Leistungs- und Kampfbereitschaft der Rekruten durch derartige Techniken zu steigern sind.

Soldaten-Ausbildung*: Hoffnung auf Psi

Gänzliche Fehlanzeige mußten die Helfer der Militärs dagegen für die Indienstnahme parapsychologischer Methoden melden. „Einige Leute", so berichten sie, darunter „militärische Entscheidungsträger", seien wahrhaftig darauf erpicht gewesen, über Psi-Waffen in ihren Arsenalen zu verfügen.

Offenbar träumen manche US-Militärs allen Ernstes von übersinnlichen Fähigkeiten ihrer Truppe – etwa davon, daß Medien in Uniform Informationen über den Feind einholen könnten, ohne daß Aufklärer losgeschickt oder Spionagesatelliten abgefragt werden müßten; oder davon, daß sich mit Hilfe der Psychokinese, der mentalen Beeinflussung von Objekten, feindliche Computer blockieren, Atomraketen schon beim Aufsteigen zünden oder Waffen und Fahrzeuge weit im feindlichen Hinterland außer Gefecht setzen ließen.

Doch solche Hoffnungen auf eine psychotrone Wunderwaffe lassen sich nicht erfüllen. „Auch bei der Auswertung einer großen Menge erstklassiger wissenschaftlicher Quellen", so resümierten die Experten, habe sich „kein Nachweis" für außersinnliche Wahrnehmung und Psychokinese ergeben. Die mittlerweile 130 Jahre währenden Versuche von Wissenschaftlern, die Existenz der geheimnisvollen Psi-Phänomene

* Aus dem Film „Full Metal Jacket".

wissenschaftlich zu belegen, hätten sich als lückenloser Fehlschlag erwiesen.

Für die Armee, formulierte das Expertenteam den herben Rückschlag für die Visionäre des Psi-Krieges, gebe es „keinen Grund für ein direktes Engagement zu diesem Zeitpunkt".

SPONSOREN

Kalter Hammel

Libyens Revolutionsführer Gaddafi empfing den Iserlohner Eishockey-präsidenten Weifenbach samt Delegation – vorläufiger Höhepunkt einer Provinzposse.

Der Passagier in der Tupolew 134 mit der Flugnummer IF 681 von Tripolis über Malta nach Ost-Berlin war ungewöhnlich gesprächig. Mit etwas schwerer Zunge klärte er seine Sitznachbarn über die Umstände auf, die ihn an Bord der Interflug-Maschine gebracht hatten.

Er sei von der Eishockeymannschaft Iserlohn, so erzählte er, „Sie wissen doch, die, die von Gaddafi gesponsert wird". Als erstes Team aus dem Westen seien die Sauerländer jetzt vom libyschen Revolutionsführer eingeladen worden, es sei eine „wahnsinnige Sache" gewesen: „Hatten gar kein Visum oder sonst was, sind einfach hin. Gaddafi hat gewunken, und wir sind geflogen."

Mit an Bord, berichtete er stolz den erstaunten Mitreisenden, seien auch „hochkarätige Presseleute", die jetzt großen Durst hätten. Denn: „Wir waren gerade bei Gaddafi im Zelt. Da gab's irgend so'n kalten Hammel."

So schilderte Franz W. Westholt, Wirtschaftsberater des mit Steuerschulden von 5,8 Millionen Mark in Konkurs gegangenen ECD Iserlohn, den Ablauf einer Reise, die eine bislang einzigartige Mischung aus Politklamotte, Provinzposse und Vatertagsausflug darstellte.

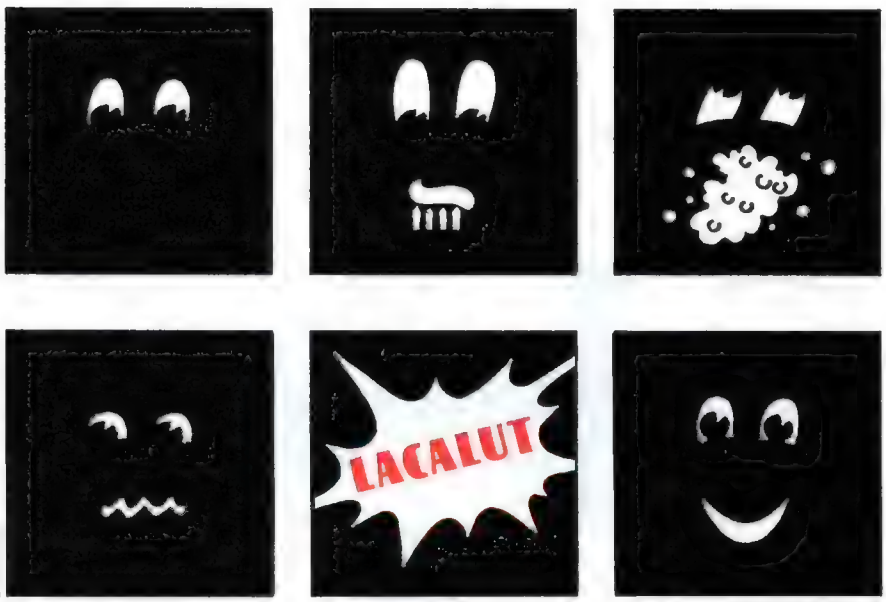
Mit dem Freiflug zu Muammar el-Gaddafi für 23 handverlesene Journalisten von der „Rheinischen Post" bis zur „New York Times" wollte Iserlohns Präsident Heinz Weifenbach beweisen, was bisher niemand glaubte: die Existenz eines mit 1,5 Millionen Mark dotierten Werbevertrags zwischen seinem Klub und dem „Weltcentrum zur Verbreitung des Grünen Buches", der Revolutionsfibel Gaddafis (SPIEGEL 51/1987).

Auf den ersten Blick scheint dies gelungen. Die Libyer spendierten der Weifenbach-Delegation Trip, Hotel, kulinarische Köstlichkeiten und trotz Alkoholverbots auch reichlich Whisky und Champagner, dazu noch eine persönliche Audienz im Beduinenzelt von „Denker Gaddafi" (Klappentext), für dessen „Grünes Buch" die Iserlohner ja schon einen Abend in der Eishockeybundesliga Trikotwerbung betrieben hatten.

Gleich nach dem VIP-Empfang auf dem Flughafen wurde mit Weifenbachs

ANASCO GmbH Wiesbaden

Die einzige Zahncreme,
die Sie sogar
im Dunkeln erkennen.



Daß es Lacalut aktiv ist, die Sie äußerst aktiv vor Parodontose schützt, läßt sich anfangs nur dunkel erahnen. Aber dann, nach wenigen Sekunden, wird es Gewißheit. Spüren Sie doch, wie unnachahmlich Ihr Zahnfleisch gestrafft wird: adstringierendes Aluminiumlactat erhellt selbst bei Stromausfall Ihren Geist mit der Einsicht, daß es kaum etwas Wirksameres gibt, als mit Lacalut aktiv das Zahnfleisch zu festigen und gesund zu erhalten. Wozu schließlich auch die entzündungshemmenden Wirkstoffe Allantoin und Bisabolol ihren Anteil leisten.

LACALUT
Für alle,
die Zahnhygiene ernst nehmen.

Pressemannschaft erst einmal die Taktik gebimst. Bruder Gaddafi, und nicht Gaddafis Bruder, wie einige herauszuhören glaubten, so hieß es, habe nur Fragen genehmigt, die im Zusammenhang mit dem Grünen Buch, mit Sport und den deutsch-libyschen Beziehungen stünden.

Einigen aus der „dollen Truppe" (Westholt) fiel dazu gleich etwas ein. Sie wollten den Revolutionsführer nach der Bedeutung des Sports im Grünen Buch fragen, „da freut er sich bestimmt". Den Mann von „Bild" interessierte, wann Gaddafi sich „in Deutschland ein Eishockeyspiel ansieht". Die Frage, ob der Libyer „vielleicht auch das Ruhrgebiet liebt", wurde wieder verworfen.

Vereinspotentat Weifenbach, ein Freund der einfachen Sprache, trimmte derweil besser Informierte und Aufmüpfige, die auch Menschenrechte und Terrorismusaktionen nicht aussparen wollten, auf den rechten Kurs: „Das geht uns einen Scheißdreck an, was die hier machen. Laßt uns die deutsche Art, alle belehren zu wollen, hier aussparen."

Beeindruckt stapfte der Troß dann durch den Schutt von Gaddafis Wohnhaus, das beim amerikanischen Luftangriff im April 1986 schwere Treffer abbekommen hatte. Aufmerksame Beobachter registrierten dabei, daß die Libyer der Zerstörungsaktion des Erzfeindes womöglich etwas nachgeholfen haben. Jedenfalls blieb unklar, warum bei der Attacke der Amerikaner zwar Decken und Wände zerstört, große Spiegel und wertvolle Fliesen in der neuen Kultstätte hingegen nicht beschädigt worden waren.

„Hallo, wie geht's Iserlohn?" fragte der Revolutionsführer, nachdem er die Besucher aus der Bundesrepublik im Beduinenzelt um sich versammelt hatte. Maurermeister Weifenbach übermittelte Grüße vom „deutschen an das libysche Volk", versprach die Entsendung von zwei deutschen Trainern für Rasenhokkey nach Tripolis und lud eine libysche Mannschaft zum Besuch nach Deutschland ein.

Dem berühmten Gastgeber hatte er auch etwas mitgebracht. Den Vereinswimpel des Konkursklubs und den Zinnteller der sauerländischen Metropole überreichte er Gaddafi mit den besten Wünschen, „they come from my heart".

Vom schnöden Mammon, deswegen war er ja eigentlich gekommen, mochte Weifenbach im Zelt nicht reden. Hinter dem telephonierte er von Suite 601 des Hotels „el-Kabir" aus stundenlang her, offensichtlich vergebens. Jedenfalls hastete er schließlich ohne die erhoffte Bankbürgschaft mit einem Teil der Reisegruppe zum Flughafen, um die Lufthansa-Maschine nach Frankfurt zu erreichen. Die wartete schon seit einer Stunde auf die angekündigten Passagiere. Als die dann ohne Flugscheine erschienen – beim Hinflug waren nur One-way-Tickets der Libyan Arab Airlines ausgegeben worden –, weigerte sich der Kapitän, sie an Bord zu nehmen.

Weifenbach, der am Donnerstagmorgen in Starnberg vor dem Schiedsgericht des Deutschen Eishockey-Bundes gegen den verfügten Ausschluß seines Klubs aus der Bundesliga kämpfen wollte, verlangte von seinen libyschen Freunden ein Privatflugzeug. Das wurde abgelehnt, die Gäste durften dafür ohne Ticket, Bordkarten oder Gepäckkontrollen in die startbereite Interflug-Maschine einsteigen. Die war zwar ab Malta ausgebucht, doch für Gaddafis neue Freunde aus der Provinz mußten 14 wütende westdeutsche Weihnachtsurlauber auf dem Luqa-Airport von La Valetta zurückbleiben.

Offenbar aufgeschreckt von der in Deutschland verbreiteten Meldung, Weifenbach sei ohne Geld zurückgekommen, wurde dem noch in Tripolis verbliebenem Rest der Delegation von Gaddafis Berater Salik el-Haddab erklärt, soeben habe die Libysche Zentralbank der Deutschen Bank in Dortmund per Telex den Betrag von einer knappen Million Mark für den Fall avisiert, daß die Iserlohner weiterhin in der Bundesliga spielen könnten.

Das ist nicht einmal ausgeschlossen. Die biederen und skandalimmunen Funktionäre des Deutschen Eishockey-Bundes (DEB) erlaubten Weifenbach in einer vorläufigen Entscheidung, mit seinem Klub unter dem neuen Namen ECD Sauerland in der Aufstiegsrunde zur Bundesliga wieder anzutreten. Einzige Bedingung: Das Geld aus Libyen müsse eingehen, über Trikots und Werbeaufschrift müsse der DEB entscheiden.

Wahrscheinlich hat der neue Nahost-Experte aus Iserlohn die Herren, die vorher so einmütig gegen die Gaddafi-Werbung waren, von den tatsächlichen Eigenschaften seines „mißverstandenen" Gönners überzeugt. Weifenbach: „Muammar ist vernünftig, friedfertig und außerordentlich sympathisch. Ein guter Mann."

Gastgeber Gaddafi (r.), Gast Weifenbach (2. v. l.) bei der Audienz: „They come from my heart"

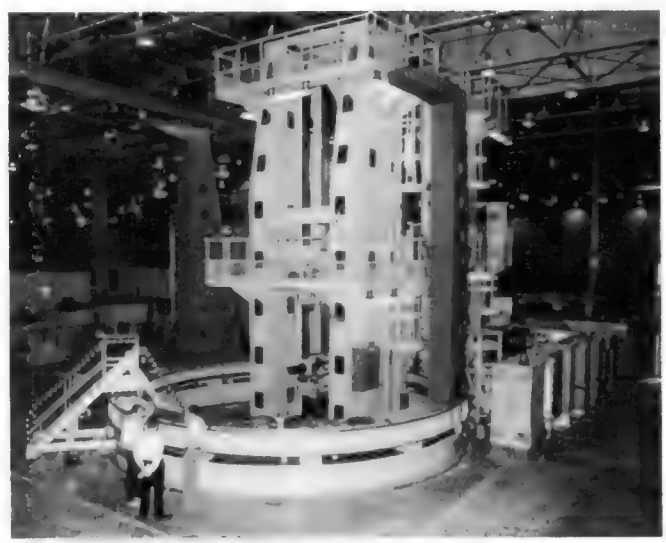
Ozonloch: Später Frühling

Der antarktische Frühling ist diesmal um mehrere Wochen später eingetroffen als je zuvor in den zurückliegenden 30 Jahren. Wissenschaftler befürchten, daß diese Verzögerung mit dem größer werdenden „Ozonloch" über dem Südpol (SPIEGEL-Titel 49/1987) zusammenhängt. Normalerweise beginnt sich der „polare Wirbel", eine zirkulierende Masse von sehr kalter Luft, die sich während des langen, dunklen antarktischen Winters über dem Südpol formt, Ende Oktober oder Anfang November aufzulösen – diesmal geschah es erst Mitte Dezember. Die abnehmende Ozondichte in der Stratosphäre, wahrscheinlich verursacht durch aggressive, von Menschen produzierte Fluorchlorkohlenwasserstoffe, behindert die alljährliche Erwärmung der Südpol-Atmosphäre. Welche Auswirkungen darüber hinaus die verstärkte ultraviolette Sonnenstrahlung auf das Plankton und die Nahrungskette der Antarktis hat, ist bislang ungeklärt.

SPIEGEL-Titel 49/1987

Niet-Riese arbeitslos

Eine gigantische Nietmaschine, vom US-Rüstungskonzern Martin Marietta konstruiert, um die riesigen Brennstofftanks der Space Shuttle schneller und kostengünstiger fertigen zu können, droht selbst zur Niete zu werden. Um das 200 Tonnen schwere und fast zwölf Meter hohe Ungetüm seinem Verwendungszweck zuzuführen, mußte drei Jahre lang gearbeitet werden, 2000 Konstruktionspläne wurden gezeichnet und sechs Millionen Dollar investiert. Jetzt hat die Challenger-Katastrophe das vor wenigen Monaten fertiggestellte Nasa-Werkzeug „TO6A 7398" schon beinahe wieder arbeitslos gemacht: Statt 60 Tanks pro Jahr nehmen die Nasa-Ingenieure Martin Marietta nur 4 ab, der computergesteuerte Riese, einem senkrecht stehenden Heftklammergerät nicht unähnlich, döst meist untätig vor sich hin. Versuche des Konzerns, andere Einsatzmöglichkeiten für Werkzeug 7398 zu finden, schlugen bisher fehl. Am liebsten sähen die Marietta-Konstrukteure ihr klobiges Kind deshalb in ein anderes Glamour-Projekt der Raumfahrt involviert: den Bau der amerikanischen Weltraumstation.



Nietmaschine von Martin Marietta

Jogger im New Yorker Central Park

Joggen gegen Alkoholismus

Regelmäßiges Lauftraining scheint Alkoholikern die Entwöhnung zu erleichtern. In einer vergleichenden Studie mit 23 Patienten, die von ihrer Sucht loskommen wollten, fand der Paderborner Erziehungswissenschaftler Professor Alexander Weber eine günstige Wirkung des Trabens: Suchtkranke, die das Joggen während des viermonatigen Experiments durchhielten (insgesamt 13 Patienten), fühlten sich seelisch gestärkt. Laufen befreie, gebe mehr Selbstvertrauen und beruhige, erklärten die Patienten nach der Jogging-Therapie. Die nichtlaufende Kontrollgruppe, so berichtet die Ärzte-Zeitschrift „Medical Tribune", habe bei dem Versuch „durchweg schlechter" abgeschnitten. Ob die seelische Unterstützung durch Joggen von Dauer ist, läßt sich nach Ansicht von Weber noch nicht sagen; doch könne das Laufen als zusätzliches Hilfsmittel seinen Platz in der Alkoholismus-Therapie finden.

Panzer-Armee aus Plastik

Mit einem Aufwand von nur 7,5 Millionen Dollar – dem Preis von zweieinhalb ihrer Kampfpanzer M-1 – will die U.S. Army ihre Panzer-Streitmacht verdoppeln: Für dieses Geld wollen die Planer der US-Armee 4000 Panzer-Attrappen, die dem M-1 täuschend ähnlich sehen, von der Firma TVI-Corp. in Beltsville im US-Staat Maryland erwerben. Derlei Attrappen zur Irreführung des Gegners hatte schon der deutsche Generalfeldmarschall Erwin Rommel – etwa bei der letzten, mißglückten Offensive gegen die Briten in Nordafrika im August 1942 – eingesetzt, um dem Gegner nichtvorhandene Stärke vorzutäuschen. Auch die Iraker setzen im Golfkrieg häufig Panzer-Attrappen aus Kunststoff ein – was die vom Kriegsgegner Iran angegebenen hohen Panzer-Abschußzahlen erklären mag. Die Amerikaner haben die Täuschung noch ein Stück weiter getrieben. Der Plastik-M-1, der nur elf Kilo wiegt und in drei Minuten von einem Mann aufgebaut werden kann, verfügt über einen eingebauten Generator, der die Wärmeabstrahlung eines Panzers nachahmt. Tonband und Lautsprecher täuschen, wenn nötig, das Kettengeräusch eines ganzen Panzer-Bataillons vor.

Heute spricht Eileen Gray (1879–1976) mit Ihnen.

Einrichtung entsteht nicht aus Gefühlen. Sondern aus einer Leidenschaft für den Verstand.

Einrichtung ist die Identität von Anspruch und Wirklichkeit.

Eine solche Übereinstimmung setzt ein passioniertes Qualitätsverständnis voraus. Der Verstand sagt eindeutig, daß sich das Gefühl der Zufriedenheit erst dann einstellt, wenn ein Anspruch konsequent bis ins Detail verwirklicht ist.

Dazu braucht es die vereinte Kraft der besten Fähigkeiten, die ich auch das Prinzip des Vereinigten Einrichtens nenne: die Vereinigung von guter Form, handwerklichem Können und der Fähigkeit, das Ganze zu beherrschen.

Ich freue mich, daß die Vereinigten Werkstätten mein Sofa Lota auch 1988 noch so bauen wie im Jahre 1924, um heute wie damals hohe Ansprüche zu erfüllen.

H&P HANDELS-PARTNER

Die Vereinigte

Sofa Lota
Design Eileen Gray 1924

/erkstätten. Das Vereinigte Einrichten für Menschen mit hohen Ansprüchen.

vereinigte werkstätten

Das Vereinigte Einrichten ist die Vereinigung von Form, Handwerk und der Fähigke

Das ist die Leistung der Vereinigten Werkstätten für Menschen mit hohen Ansprüchen.

Diesen Ansprüchen wollen wir dienen: Durch ein umfassendes Angebot hervorragender Design-Leistungen auf hohem Qualitäts-Niveau.

Durch unser handwerkliches Können, das uns ermöglicht, ganz individuelle Wünsche zu erfüllen.

Durch unsere Fähigkeit, komplette Gestaltungslösungen zu verwirklichen.

Stellen Sie hohe Ansprüche. Unsere Vereinigten Fähigkeiten stehen Ihnen zur Verfügung.

Die Vereinigten Fähigkeiten setzen wir ein als Berater und Einrichter, als Hersteller von Möbeln und Textilien und Gestalter von Groß-Objekten und Repräsentationsbauten.

Wollen Sie mit einem Mann sprechen, der wie Eileen Gray denkt? Dann rufen Sie Stephan Fischer von Poturzyn an.
Tel.: 089/5193–160.

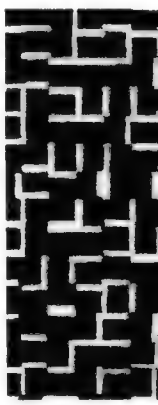
Er ist Ihr kompetenter Ansprech-Partner, welches Einrichtungs-Projekt Sie auch planen: Privatwohnung, Chefbüro, Hotel, Repräsentationsbau.

Oder schreiben Sie uns, was Sie anstreben, und wir schicken Ihnen detaillierte Leistungs-Informationen sowie entsprechende Referenzen.

Vereinigte Werkstätten AG
Ridlerstraße 31
8000 München 2

Besuchen Sie uns auf der Möbelmesse Köln, vom 19. bis 24. 1. 1988, Halle 13.1, Gang D, Stand 5/E2.

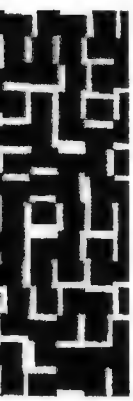
Clips Stehleuchte mit verstellbaren Reflektoren, Design Hans Dinnebier.



Labyrinth Tepp
Design Ulrich E

vereinigte werkstätten **Die Vereinigten Werkstätten. Das Vereinigte Einrichten für Menschen mit hoh**

as Ganze zu beherrschen.



warz-weiß,

sprüchen.

Die Gestaltung des Raumes ist das Vereinigte Einrichten in Vollendung.

Sie umfaßt bei den Vereinigten Werkstätten die entwurfsgetreue Maßanfertigung von Decken, Wänden, Türen, Einbauten, Möbeln und Dekorationen.

Der Stil des Hauses ist gute Form. Die Design-Klassiker sind der Beweis für die zeitlose Gültigkeit dieses hohen Anspruches.

Unsere Kollektion »die Klassiker« sind Meisterwerke, die in den ersten Jahren nach Gründung der Vereinigten Werkstätten entstanden sind und heute wie damals in ihrer formalen Qualität überzeugen.

Licht richtet ein. Der höchste Anspruch, den man an Leuchten stellen kann.

Diese Licht-Anschauung der Vereinigten Werkstätten dokumentiert sich am besten in »Contempora« – der hauseigenen Design-Kollektion zeitgenössischer Beleuchtungs-Objekte.

Teppiche sind begehbare Kunst. Das ist die Maxime für unsere Sammler-Kollektion in limitierter Auflage.

Gestaltet von zeitgenössischen Künstlern, die in ihrer Auffassung von gutem Design den Vereinigten Werkstätten nahestehen.

Sämtliche Produkte aus den Kollektionen »die Klassiker« und »Contempora«, sowie unsere Textil-Kollektion bekommen Sie nicht nur in unseren eigenen Einrichtungshäusern in München und Bremen, sondern auch bei den besten Einrichtungsgeschäften im In- und Ausland.

Nymphenburg Garderobenständer
Messing vernickelt,
Design Otto Blümel 1908.

personalien

Luciano Liggio, 62 (Photo), in Palermo einsitzender Mafia-Boß außer Dienst, hat auch in den fast 14 Jahren hinter Gittern das Geldverdienen nicht verlernt. In seiner Zelle hatte er Freude am Malen gefunden und sich auf Landschaftsbilder (Photos r.) spezialisiert. Offenbar mit Erfolg: Bei seiner ersten Ausstellung in einer Galerie, für die der Pate keinen Hafturlaub bekam, waren wenige Minuten nach der Eröffnung sämtliche Aquarelle zum Preis von 700 bis 14 000 Mark verkauft. Den Gesamterlös von 280 000 Mark stiftete Liggio dem Dialysezentrum seiner Heimatstadt Corleone.

Tom Cruise, 25, Held des amerikanischen Fliegerfilms „Top Gun", macht Mode. Nachdem er in den Kinos aufs eindrucksvollste die braune Lederjacke der Marineflieger vorgeführt hatte (Photo, mit Kelly McGillis), rissen sich die Fans um das Statussymbol. Da wollten offenbar die Piloten der U. S. Air Force nicht zurückstehen, die seit Ende der vierziger Jahre in schlichte Synthetikblousons gesteckt wurden. Der Kongreß genehmigte 7,4 Millionen Dollar, damit auch die Herren der Luftwaffe künftig in Leder abheben können. Dagegen gab es zwar bei einigen Abgeordneten erheblichen Widerstand, doch den Argumenten des Stabschefs der Air Force mochten sie sich letztlich nicht verschließen: Die neuen Jacken, so General Larry Welch, stärkten den Korpsgeist und würden vielleicht mehr Freiwillige anziehen.

Philipp Jenninger, 55, Bundestagspräsident, erfuhr, was er wert ist. Als ihn ein Schüler schriftlich um zehn Autogramme bat, ließ er zwar nur eines schicken, begehrte aber dennoch zu wissen, wofür der Steppke so viele Unterschriften benötige. Zwei Tage später bekam er die Antwort: Für drei Jenningers, so schrieb der Zehnjährige, bekomme er einen Jean-Marie Pfaff. Mit den restlichen sieben könne er im Tausch leicht seine Fußballer-Sammlung komplettieren.

Gérard Depardieu, 39, französischer Filmschauspieler, verkündete per Zeitungsanzeige, daß er bei der französischen Präsidentschaftswahl im Frühjahr zum erstenmal wählen wird. Sein Kandidat: der amtierende Präsident François Mitterrand. Sein Bekenntnis ließ sich der Erstwähler fast 40 000 Mark kosten – Preis für eine ganze Seite im Rechts-Blatt „Le Parisien".

Marcel Bigeard, 71 (Photo u.), französischer Vier-Sterne-General i.R. und Ex-Verteidigungsstaatssekretär mit Kampferfahrung in Indochina und Algerien, setzt derzeit zum Sturm auf die Hitparade an. Auf einer Single mit dem schlichten Titel „La France" verspricht er den für Frankreich gefallenen Soldaten immerwährendes Gedenken und baldiges Wiedersehen. Auszug: „Am Tag, an dem wir singen,/ leben sie plötzlich unter uns, / und wenn wir paradieren, marschieren sie mit uns./ Und wenn der Tag kommt,/ an dem wir uns wiedersehen,/ werden sie uns erkennen,/ trotz unseres weißen Haars." Den Erlös aus seiner Sanges-Karriere hat der für seine rüden Sprüche bekannte Haudegen („Ein Toter ist ein Besiegter, ein Toter ist ein Arschloch") den Veteranen der 2. Panzerdivision zugedacht. Dem guten Zweck ordnete der General offenbar auch den künstlerischen Anspruch unter: „Ich singe wie ein grunzendes Schwein."

Margarita Wladimirowna, 22 (Photo), trägt einen im Arbeiter- und Bauernstaat bislang unbekannten Titel: Sie wurde zum schönsten Mannequin der Sowjet-Union gekürt. Anders als die sozialistischen Bruderstaaten Ungarn und Polen hatte die UdSSR den Genossinnen bisher keine Schönheitswettbewerbe zugemutet. Margarita, verheiratet mit dem Kaufmann Alexej, arbeitet meist auf Moskauer Laufstegen, aber ohne Agentur und auf eigene Rechnung. Die Absolventin der Technischen Universität in Tallinn lebt wie ihre Kolleginnen im Westen: Sie raucht nicht, trinkt nicht und ernährt sich fast ausschließlich von Gemüse. Für Make-up und Frisur muß sie allein sorgen. Stolz teilten die Veranstalter mit, die Schöne des Landes kleide sich privat mit Vorliebe nach sowjetischer Mode – nur hin und wieder trage sie Kleider, die ihr Freunde im Westen besorgten.

Jürgen W. Möllemann, 42, Bundesminister für Bildung und Wissenschaft und wegen der Kulturhoheit der Länder arm an Kompetenzen, will jetzt die „europapolitisch gebotenen Prioritäten" setzen. Um „den notwendigen Beitrag des Bildungswesens zur Schaffung des gemeinsamen Binnenmarktes bis 1992 in die Diskussion" einzubringen, lud der Freidemokrat für kommenden Monat die EG-Bildungsminister zu einem „informellen Treffen" ein. Damit der Kreis nicht zu groß wird, sind nur zwei deutsche Ländervertreter eingeladen, die Auswahl soll die Kultusministerkonferenz treffen. Treffpunkt der Bildungs-Runde ist Möllemanns Heimatstadt Münster, für Quartier ist im „Waldhotel Krautkrämer" gesorgt. Unterhalten wird die Europa-Runde von einem Weltstar: Ute Lemper singt im „Erbdrostenhof" Lieder von Kurt Weill.

Marcello Mastroianni, 63, italienischer Filmschauspieler, hat nach einer stattlichen Reihe von Leinwanderfolgen als Frauenheld und Charakterdarsteller immer noch eine Traumrolle: Tarzan. Sein Dschungel-Protz soll sich allerdings nicht an Lianen durch den afrikanischen Urwald schwingen, sondern in der sibirischen Taiga zu Hause sein – „ein italienischer Soldat, der nach dem Krieg in Sibirien hängenblieb". Und auch sonst ähnelt Mastroiannis Tarzan Johnny Weissmuller und dessen Nachfolgern nur wenig: „Lächerlich, voller Beulen, mit schmerzender Arthritis." Da muß dann auch Jane aus anderem Holz sein: „Die Rolle soll eine schöne kräftige russische Bäuerin übernehmen."

ZITATE

„Es gibt keine Zeitungen mehr."

Gerold Tandler, *CSU-Generalsekretär, auf die Frage, welche Schlagzeile er 1988 gerne lesen möchte.*

★

„Wer den Schutz des Gesetzes will, der mag heiraten."

Hans Engelhard, *Bundesjustizminister, über eine rechtliche Aufwertung der eheähnlichen Lebensgemeinschaft.*

„Wir hatten Agenten im Parlament, im Bereich der Regierung, in den Ministerien. Daran wird sich auch in Zukunft nicht viel ändern."

Gerhard Boeden, *Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz.*

★

„Langfristig heißt: So schnell wie möglich."

Friedhelm Ost, *Regierungssprecher.*

FRAGEN AN

SIMON FREDERIK ADRIAANSE, 60. Der Mann, der sich gerne „König der Amsterdamer Unterwelt" nennen läßt, appellierte im holländischen Fernsehen an die Kidnapper des entführten Millionärs Heijn: „Jungs, Ihr habt jetzt 13 Briefe geschrieben, schreibt nun einen 14. Brief, damit wir erfahren, wo wir Heijn finden." Unüberhörbar der drohende Unterton: Seit Wochen stört die Fahndung die Geschäfte der Unterwelt.

SPIEGEL: Darf man Sie ungestraft einen Gangster nennen?

ADRIAANSE: Ich habe nie etwas getan, wofür ich mich schämen müßte. Meine Arbeit war immer sauber. Ein feiner Safeknack, ein Juwelierladen.

SPIEGEL: Und die Heijn-Entführer?

ADRIAANSE: Die sind zu weit gegangen. Die haben kein Ehrgefühl und sitzen nun in den Nesseln, denn Heijn ist tot.

SPIEGEL: Kennen Sie die Kidnapper?

ADRIAANSE: Nein, aber wir werden ihnen bald helfen.

SPIEGEL: Wie fühlen sie sich als Medienstar?

ADRIAANSE: Leider kann ich damit nichts verdienen.

SPIEGEL: Sie besitzen das schönste Haus am Zeedijk, wovon leben Sie?

ADRIAANSE: Was so anfällt. Gebt mir eine Tonne Hasch, besser noch einige Juwelen.

SPIEGEL: Und die Polizei?

ADRIAANSE: Die sind doch froh, daß es uns gibt. Wir sind doch deren Arbeitsnachweis.

Eine Auswahl aktueller Taschenbücher

Knaur

Buchstäblich Qualität

Ein vollständiges Verlagsprogramm erhalten Sie bei Ihrem Buchhändler oder direkt von Droemer Knaur, Postfach 80 04 80, 8000 München 80

Eine notwendige Hilfe für alle, die nach dem Schulabschluß das erste Arbeitsverhältnis anstreben. Das Buch hilft mit Regeln und Taktiken, sich auf die allgemein üblichen Testverfahren vorzubereiten. (7748) DM 6,-

Das erschütternde Tagebuch eines Aidskranken. Ein bewegendes Dokument, das an das Verständnis und Mitgefühl aller appelliert und jeden anrühren wird! (3907) DM 8,80

»Es gibt nichts Gutes, außer man tut es«. Dieser praktische Ratgeber gibt Tips für jeden, der sich im täglichen Leben umweltbewußt verhalten will! (7710) DM 8,80

Sämtliche Adressen zu den Bereichen Landschaftspflege, Ökologie, Luft, Wasser, Boden, Lärm, Energie, Ernährung, Arbeitsplatz, Umwelt, Verkehr u. a. (3899) DM 8,-

register

GESTORBEN

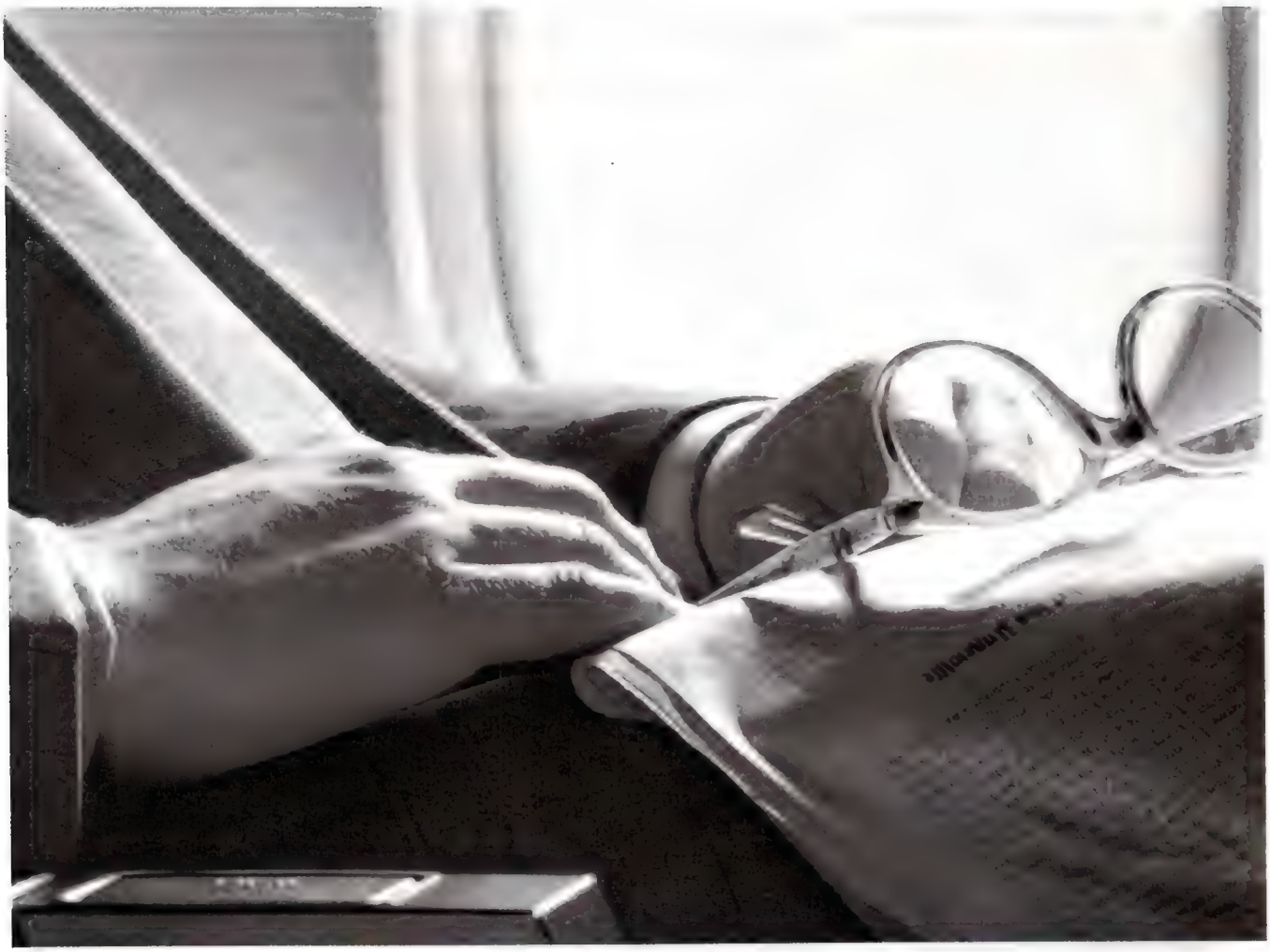
Wolfgang Zeidler, 63. Bis November 1987 war er höchster Richter der Republik – ein ambivalenter Jurist: konservativ in seiner Rechtsprechung, progressiv in seinen rechtspolitischen Forderungen. Der Hamburger Sozialdemokrat, ein Weggefährte Helmut Schmidts, irritierte mal die Rechten und mal die Linken im Lande. Im Bundesverfassungsgericht, dem er zuletzt als Präsident vorstand, gehörte Zeidler zum konservativen Flügel. Er hielt den, wie er meinte, staatsschwächenden „Grundrecht-Totalitarismus" für ein Übel. Zeidler votierte für die Kontaktsperre zwischen Verteidigern und mutmaßlichen Terroristen, gegen die Beschwerden grüner Parlamentarier und gegen die Interessen der Kriegsdienstverweigerer. Doch fast alles, was Zeidler als Autor und Redner von sich gab, wirkte wie ein Kontrastprogramm zu seiner Rechtsprechung. Als er die Ansicht äußerte, die befruchtete Eizelle gleiche einem „himbeerähnlichen Gebilde", fiel die katholische Kirche über den Verfassungsrichter her. Sein Vorschlag, die Gewinne aus Grundstücksspekulationen abzuschöpfen, provozierte die Kapitalisten. Der unorthodoxe Jurist, der in keine Schublade paßte, stand vor einer zweiten Karriere – als Leiter einer internationalen Forschungsgruppe im italienischen Bologna. Wolfgang Zeidler verunglückte Silvester tödlich bei einer Bergwanderung in Südtirol.

Trevor Howard, 71. Hätte er nur im „Dritten Mann" (1949) gespielt, neben Orson Welles, Alida Valli und Joseph Cotten, die Unsterblichkeit wäre ihm sicher: Er war der britische Wien-Besatzer, der Major der Militärpolizei, der Klugheit und Menschlichkeit hinter einer Maske von Ironie, ja Zynismus verbarg. Was britisches Understatement war – an dem ebenso ausdruckslosen wie ausdrucksvollen Gesicht dieses Schauspielers ließ es sich ablesen. Dabei hat er in unzähligen Filmen und Bühnenrollen brilliert, hat Tschechow und Zuckmayer auf dem Theater gespielt und, das vor allem, den Captain Bligh in der „Meuterei auf der Bounty" (1961, Photo), die Paraderolle des Abenteuerfilms. Trevor Howard starb vergangenen Donnerstag in London.

Gaston Eyskens, 82. Als belgischer Premierminister verteidigte der flämische Christlichsoziale 1960 Parlamentsherrschaft gegen Fürstenwillkür, als ihn eine Clique um König Baudouin stürzen wollte: Dem Hof paßte nicht, daß Eyskens die gerade in die Unabhängigkeit entlassene Kolonie Kongo tatsächlich räumte, statt im Interesse belgischer Investoren in die Bürgerkriegswirren des neuen Staates massiv einzugreifen. 1961, nach einer Wahlschlappe, verließ Eyskens sein Amt; 1971 – jetzt als Premier einer großen Koalition mit den Sozialisten – setzte er eine Verfassungsreform durch, die den Dauerzwist zwischen Flamen und Wallonen beenden sollte. „Papas Belgien ist tot", verkündete der Premier allzu optimistisch – 1972 stürzte das letzte Kabinett Eyskens über eine Neuauflage des unlösbaren Streits der belgischen Sprachgruppen. Gaston Eyskens starb vorvergangenen Sonntag in Löwen.

Josef Grohé, 85. Adolf Hitlers rheinischer Paladin hatte in der NSDAP eine Blitzkarriere gemacht: mit 19 Parteigenosse, mit 24 Hauptschriftleiter des in Köln erscheinenden Kampfblattes „Westdeutscher Beobachter" und in dieser Eigenschaft 121mal vor Gericht, mit 29 Chef des Parteibezirks Köln-Aachen, damals der zweitjüngste im Reich, erfahren „in zahllosen Saalschlachten", wie ein Biograph lobend erwähnte. Als in der Endphase des Kriegs in Belgien und Nordfrankreich ein Reichskommissar als Nachfolger des der Führung zu milden Generals Alexander von Falkenhausen gesucht wurde, war Grohé, der Mann aus dem Hunsrück, zur Stelle. 1950 wurde er in Bielefeld zu viereinhalb Jahren Gefängnis verurteilt – wegen Mitgliedschaft im politischen Führerkorps der NSDAP. Von Judendeportationen habe er gewußt, befand die Kammer, Beteiligungen an Greueltaten hatten ihm jedoch nicht nachgewiesen werden können. Seinen Berufsweg beendete der gelernte kaufmännische Angestellte als gut verdienender Vertreter deutscher Spielwarenproduzenten. Grohé starb am vorvergangenen Sonntag in Köln.

Business first. *Ab 1. 1. 1988* bei Austrian Airlines die separate Klasse für den Geschäftsmann. Mit individueller Betreuung und e x c e l l e n t e m B o r d s e r v i c e → österreichische Gastfreundschaft. 30 kg Freigepäck. Reservierung des *Wunschsitzes* schon bei Flugbuchung. Größerer S i t z r e i h e n a b s t a n d für mehr Komfort → entspannt ankommen mit der **Austrian Business Class.**



AUSTRIAN AIRLINES friendly AUSTRIAN

DIE FREUNDLICHE ART ZU FLIEGEN.

DIESE WOCHE IM FERNSEHEN

Montag, 11. 1.

19.30 Uhr. ZDF. Dem Tod auf der Spur
Dr. Mabuses Schreckenskabinett – modern gestylt: Eine Wissenschaftlerin, die einen geheimniskrämerischen Genetikgelehrten (Ferdy Mayne) bespitzeln soll, wird heimlich einem Experiment unterzogen. „Spatzl" Ruth-Maria Kubitschek spielt eine Vogelforscherin. Fernsehfilm von Wolf Gremm.

21.10 Uhr. ZDF. WISO
Themen: Kettenbriefe; Gebrauchtmarkt für Betriebe; Urlaub '88; Blumen aus Holland.

22.45 Uhr. ZDF. Die stillen Stars
Frank Elstner interviewt den deutschen Nobelpreisträger für Physik Gerd Binnig, Konstrukteur des Raster-Tunnel-Mikroskops.

23.00 Uhr. ARD. Daheim sterben die Leut
Eine Satire (Szenenphoto) über bizarre Bräuche und Bigotterie im Allgäu. Als wär's ein Stück von Herbert Achternbusch, so ironisch gebrochen erzählt dieser deutsche Film (1985, Regie: Leo Hiemer) der „WAF – Westallgäuer Filmproduktion" die Geschichte vom aufmüpfigen Bauern Allgeier, der am Ende in der Psychiatrie landet.

Dienstag, 12. 1.

20.00 Uhr. Hessen III. Gewagtes Spiel
Als hätte Glücksspiel etwas mit Können zu tun, tischt dieser US-Streifen von 1982 (Regie: Jim Wilson) die Geschichte der quasi unbesiegbaren Blackjack-Spielerin Stacy (Andra Millian) auf. Sie gewinnt so viel, daß sie Hausverbot in Las Vegas bekommt. Als ihr Freund vermeintlich auf Geheiß des Casinos ermordet wird, kehrt sie als Mann verkleidet zurück und sprengt die Bank. Die „Stuttgarter Zeitung" über die Zocker-Story: „Dem vielversprechenden Titel zum Trotz ein langatmiger Film."

21.00 Uhr. ARD. Kontraste
Themen: Eine von West-Berlin finanzierte Giftmüllanlage bei Potsdam weist Mängel auf; BGH-Freispruch für den Anwalt Jürgen Rieger, der wegen judenfeindlicher Äußerungen angeklagt war; Straße oder Schiene: Güterverkehr im Zwiespalt.

21.15 Uhr. Südwest III. Der stumme Gast
Verfilmung der Fontane-Novelle „Unterm Birnbaum" aus dem Jahre 1944/45 mit René Deltgen, Gisela Uhlen und Rudolf Fernau. Mathias Radschek, Wirt des Gasthofs „Der Birnbaum", ist bis über den Kopf verschuldet. Als einer seiner Gläubiger unter mysteriösen Umständen verschwindet, wird die Polizei mißtrauisch. Man gräbt im Garten des Gasthofs, findet anstelle einer Leiche aber Schmuggelware. Erst ein Zufall führt auf die Spur des Verschwundenen; der „Kriminalfall" ist damit aber noch nicht aufgeklärt.

21.45 Uhr. Bayern III. Die Gewaltigen
Die Massenkeilerei in diesem US-Western von 1967 mit Kirk Douglas und John Wayne (Regie: Burt Kennedy) sei „mangelhaft begründet", meinte die „Welt". Dafür entschädigen die Dynamit-Orgien und jede Menge Indianer.

22.20 Uhr. Nord III. Mühen der Behutsamkeit
Dagmar Brendecke und Peter Hans Göpfert berichten über die Internationale Bauausstellung Berlin (IBA), die nicht wenige Berliner für iba-flüssig halten.

23.00 Uhr. ARD. Private Conversations
Bericht des New Yorker Dokumentarfilmers Christian Blackwood über Volker Schlöndorffs Verfilmung „Tod eines Handlungsreisenden".

Mittwoch, 13. 1.

20.15 Uhr. ARD. Zwei wie Katz und Maus
Wie die kratzbürstige Geierwally haust die schöne Ornithologin Nell (Photo:

Blair Brown) einsam in den Rocky Mountains, ganz den Vögeln ergeben. Da besucht sie der Journalist Souchak (Photo: John Belushi) zwecks Interview. Der mollige Reporter macht die Bergtour nicht ganz freiwillig, sondern weil ihn die Chefredaktion in Chicago aus dem Verkehr gezogen hat, wo er zu tief in Affären gebohrt hatte. Natürlich kommen sich in dieser gelungenen Komödie (1981, Regie: Michael Apted) Medienmann und Vogelfrau näher.

20.15 Uhr. ZDF. Kennzeichen D
Themen: Hormonspritze für Kühe; Atommüllskandal; Grenzstreit DDR-Polen.

22.10 Uhr. ZDF. Denn wir sind Menschen voller Hoffnung
Der Tübinger Theologe Michael von Brück interviewt das Oberhaupt des tibetanischen Buddhismus, den Dalai Lama (Photo). Dabei gelangen exklusive Aufnahmen, wie die von Meditationsübungen des seit 29 Jahren im indischen Exil lebenden Mönchkönigs.

22.40 Uhr. ZDF. Patriot ohne Vaterland
Der Debütfilm (deutsche Erstaufführung) des italienischen Schauspielers, Dramatikers und Theaterregisseurs Franco Molè beschreibt das Dilemma eines jungen Mannes in Mussolinis Italien, der nicht nur ein Opfer des Antisemitismus, sondern auch ein Opfer seiner eigenen Naivität und Unentschlossenheit wird. Der Halbjude Oberdan (Ray Lovelock) ist intelligent und aufgeschlossen, aber er bleibt den Denkweisen seiner Vorfahren verhaftet. Obwohl er am politischen Leben teilnimmt, bleibt sein Bezug zur Wirklichkeit doch arg gestört: Oberdan ist unfähig, Lehren aus den Erfahrungen zu ziehen, die er im Krieg, in der Ehe und im Beruf machen mußte.

Donnerstag, 14. 1.

20.00 Uhr. Hessen III. Nanu, Sie kennen Korff noch nicht?

Brauchen Sie auch nicht. Denn diese deutsche Filmkomödie von 1938 (Regie: Fritz Holl und Georg Bruckbauer), in der Krimi-Autor Heinz Rühmann von Gangstern (Viktor Janson, Franz Schafheitlin) verfolgt wird, hat laut „Tagesspiegel" einen solchen Grad von Harmlosigkeit erreicht, daß Langeweile ins Spiel kommt.

20.15 Uhr. ARD. Der perfekte Mord

Mindestens 32 000 Menschen haben sie zum Tode verurteilt, aber nicht ein einziger Richter in der NS-Zeit hat später dafür gebüßt, daß er im Namen so aberwitziger Ziele wie der Reinhaltung des deutschen Blutes dem Terror der Nazis den Mantel von Rechtmäßigkeit verlieh. Für die Darstellung dieses größten Skandals in der deutschen Justizgeschichte haben die Programm-Verantwortlichen dem Autor der Sendung, Ralph Giordano, nur 45 Minuten Zeit gelassen. Zu wenig: Atemlos muß er durch erschreckende wie komplizierte Materie hetzen und ständig zu dem trokkenen Stilmittel greifen, die aberwitzigen Entscheidungen westdeutscher Gerichte zugunsten belasteter Kollegen mit sehr kurzen Schrifteinblendungen zu zitieren. Da kommt der Laie kaum mit.

22.10 Uhr. ZDF. Journalisten fragen – Werner Höfer antwortet

Auf Fragen von Carola Stern, Daniel Vernet („Le Monde"), Gernot Romann (NDR), Hellmuth Karasek (DER SPIEGEL). Leitung: Reinhard Appel.

23.20 Uhr. Bayern III. Die Frau in den Dünen

Dieser 1964 gedrehte japanische Film von Hiroshi Teshigahara ist ein schwer zu enträtselndes Beckettsches Endspiel voller Symbole. Die Geschichte handelt von einem Insektenforscher aus Tokio, der in den Dünen den letzten Bus verbummelt und nun zu einer jungen Witwe gebracht wird, deren Haus in einer Grube tief im Dünensand verborgen liegt. Doch das ihm freundlich bereitete Nachtquartier entpuppt sich als Falle: Die Strickleiter – der einzige Weg nach oben – ist von den Dorfbewohnern heimlich heraufgezogen.

Freitag, 15. 1.

20.15 Uhr. ARD. Sängergala

Der Generalintendant des Bayerischen Staatstheaters, August Everding, präsentiert goldene Kehlen: Bernd Weikl, Gwyneth Jones, Julia Varady, Nicolai Ghiaurov, Kurt Moll, Ruggiero Raimondi.

21.45 Uhr. NDR-Talkshow

Eingeladen: Udo Lattek, Elke Sommer, Desirée Nosbusch, Drafi Deutscher, Ex-DDR-Sängerin Veronika Fischer.

22.10 Uhr. ZDF. Aspekte

Art-deco-Künstler Romain de Tirtoff (Erté); Simone Veil zum Europäischen Fernsehjahr; Finanznot der deutschen Buchhandlung in Paris „Erlkönig".

23.30 Uhr. ARD. Kleiner Spinner

Hochgelobte französische Filmkomödie von Gérard Lauzier (1983). Ein junger Mann (Photo: Bernard Brieux mit Souad Amidou) bastelt sich aus lauter Sprechblasen seine eigene bornierte Weltanschauung zusammen. Klischees werden aufgetürmt, aber das Handlungsgebäude

stürzt nicht ein, so geschickt dosiert Lauzier seine Montagen.

Samstag, 16. 1.

20.15 Uhr. ZDF. Der Puppenspieler

Spionage-Klamauk mit Jean-Paul Belmondo (Photo, l.). Frankreich/Italien, 1979, Regie: Georges Lautner. Die Kritik über den Cancan des französischen James Bond: Die „Welt" lobte den „Action-Spaß", die „SZ" bedauerte „seichte Kinounterhaltung".

22.55 Uhr. ARD. Lawinen-Express

Robert Shaw als innerlich zerrissener sowjetischer Überläufer und Maximilian Schell als russischer Spionageoffizier sind noch das Beste an diesem Spionage-Ulk des Routiniers Mark Robson (1978). Ansonsten kaum mehr als naive Unterhaltung und Anschauungsmaterial für schlechte Geographiekenntnisse der Amerikaner über Europa: Davos im Tiroler Look. Zu allem Überfluß liegt es im Film am Eingang zum Gotthard-Tunnel, um spektakuläre Lawinenstürze zeigen zu können.

0.40 Uhr. ZDF. Er kam nur nachts

Der amerikanische Regisseur William Castle, der diesen Film 1964 drehte, gilt als erfahrener Spezialist für Horror-Unterhaltung. Der Ingenieur Trent (Hayden Rorke) ist durch einen Unfall erblindet und äußerst mißtrauisch. Er beschuldigt seine Frau (Barbara Stanwyck), ihn mit seinem Anwalt (Robert Taylor) zu betrügen. Nach einer Auseinandersetzung mit seiner Frau kommt der Ingenieur ums Leben. Doch seine Leiche bleibt unauffindbar.

Sonntag, 17. 1.

20.15 Uhr. ZDF. Kampf der Tiger

Den Aufstieg eines Nachwuchsspielers und den Abstieg eines Eishockey-Stars schildert das zweiteilige TV-Spiel (Szenenphoto) von Dieter Wedel, das dabei nicht nur ein sozial genaues Bild dieser härtesten Sportart gibt, sondern auch schildert, wie beim Training Psychen angeknackst und beim Spiel Knochen gebrochen werden. Wie der Profisport für harte Jungs die Chance ist, ihrer sozialen Misere zu entkommen, wie sich profitgierige und profilierungsgeile Manager auf Mannschaften stürzen und sie zu effektiven Industrieunternehmen (Firmenprodukt: Brutalität) umformen, das alles zeigt Wedels Film. Echte tschechoslowakische Profis sorgen für richtige Härte auf dem Eis. Auf dem spiegelglatten Schlachtfeld wirken Stars wie Daniel Olbrychski, Peter Striebeck und Peter Fitz mit. Frauen sind eher sentimentale Staffage, denn nur der Puck trifft wirklich ins Herz der harten Männer. Zweiter Teil: Montag, 18.1., 19.30 Uhr.

21.00 Uhr. ARD. Wie kommt das Salz ins Meer?

Nach dem Roman von Brigitte Schwaiger verfilmte Peter Beauvais diese Geschichte der Emanzipation einer jungen Frau. Beauvais starb 1986 während der letzten Drehphase dieses Films.

HOHLSPIEGEL

Die „Neue Juristische Wochenschrift" zitiert aus der Rechtsprechung des Landgerichts Hamburg: „Beabsichtigt ein Gericht, seiner Entscheidung eine unvertretbare Rechtsauffassung zugrunde zu legen, dann ist es gem. § 139 ZPO verpflichtet, hierauf vorab hinzuweisen, damit es von der betroffenen Partei auf den Rechtsirrtum hingewiesen werden kann. Eine Versäumung dieses Hinweises führt zur Aufhebung und Zurückverweisung (Urt. v. 11.6.1987-2 S 199/86)."

△

HRB 61 852 - AIDS Dokumentationen für Luftfahrtindustrie Gesellschaft mit beschränkter Haftung, München. Die Gesellschafterversammlung vom 25. November 1987 hat die Änderung des § 1 (Firma) der Satzung beschlossen. Neue Firma: **AID Dokumentationen für die Luftfahrtindustrie Gesellschaft mit beschränkter Haftung.**

Aus der „Süddeutschen Zeitung".

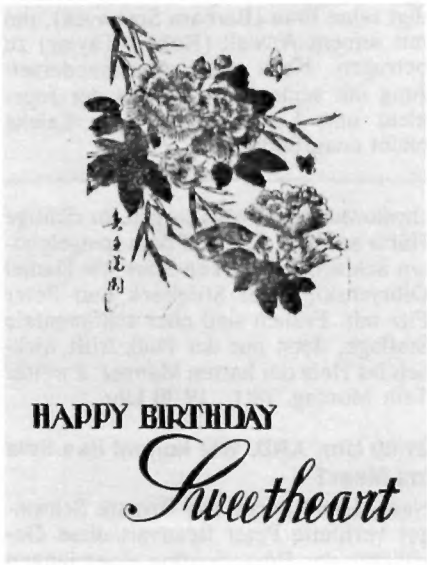
△

Aus dem „Kölner Stadt-Anzeiger": „Ein einfaches Wort wie zum Beispiel ‚Birne' stellt jeden Übersetzungscomputer vor das Problem: Ist die Frucht, der Beleuchtungskörper oder der Bundeskanzler gemeint?"

△

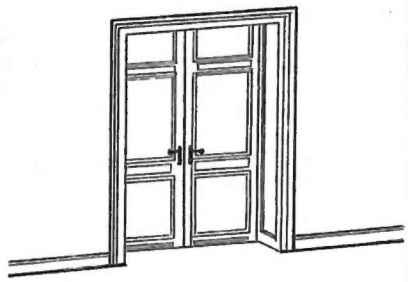
Die „Welt am Sonntag" über Gerhard Stoltenberg: „Nach der Havarie sank er etwa auf den Kurs des Dollars ab. Kohl hat damit den stützenden und orientierenden Stab verloren, der ihm nie die Hand durchbohren wollte."

△



Neujahrs-Glückwunschkarte aus der chinesischen Botschaft in Bonn.

DIE KUNST DES LEBENS. (2)



„Einen so geistreichen Tischnachbarn zu haben", sagte Chesterton zu dem neben ihm sitzenden George Bernard Shaw, beglücke ihn. „Gratuliere, mein Lieber", antwortete Shaw, „Sie haben eben mehr Glück als ich."

Nicht undirekt, Herr Shaw. Und vielleicht haben Sie sich ja mit einem Gläschen Henkell Trocken getröstet. Schließlich gab es unseren Sekt bereits zu Ihrer Zeit.

HENKELL TROCKEN

RÜCKSPIEGEL

Zitat

Die „Frankfurter Allgemeine" über die Anti-Nietzsche-Polemik des DDR-Philosophen Wolfgang Harich, der auch Rudolf Augsteins SPIEGEL-Titel EIN NIETZSCHE FÜR GRÜNE UND ALTERNATIVE? in Nr. 24/1981 angreift:

Für (Harich) hat Nietzsche den „Willen zur Macht" gewollt und geschrieben. Seine Schwester möge das Buch zwar zusammengestellt haben, das ändere aber nichts an seinem Inhalt. Wenn die Nietzsche-Philologen seit Schlechta und erst recht seit Montinari behaupten, ihre Neuordnung des Nachlasses ergebe ein bestürzend neues Bild des Philosophen, das den reaktionären Zugriff auf ihn erschwere, kontert Harich, daß die Schwester vielmehr die Vorläuferin der Weißwäscher gewesen sei . . . „Colli, Montinari, Holz, Augstein, Reschke e tutti quanti können sich getrost als Enkelschüler der Elisabeth Förster-Nietzsche betrachten. Obwohl sie wie Rohrspatzen auf sie schimpfen, betreiben sie weiterhin ihr Geschäft." Auch in der DDR gebe es solche Weißwäscher. Im Mäntelchen des wissenschaftlichen Objektivismus leisten sie dem Übergreifen der Nietzsche-Renaissance auf die DDR Schützenhilfe. Das ist keine nur akademische Debatte. Solange man Nietzsche aus freiem Willen lesen kann oder auch nicht, mag man sich über seine Auslegung streiten. Harichs Polemik aber spricht zu einem Publikum, das Nietzsches Werke in den Buchhandlungen nicht vorfindet.

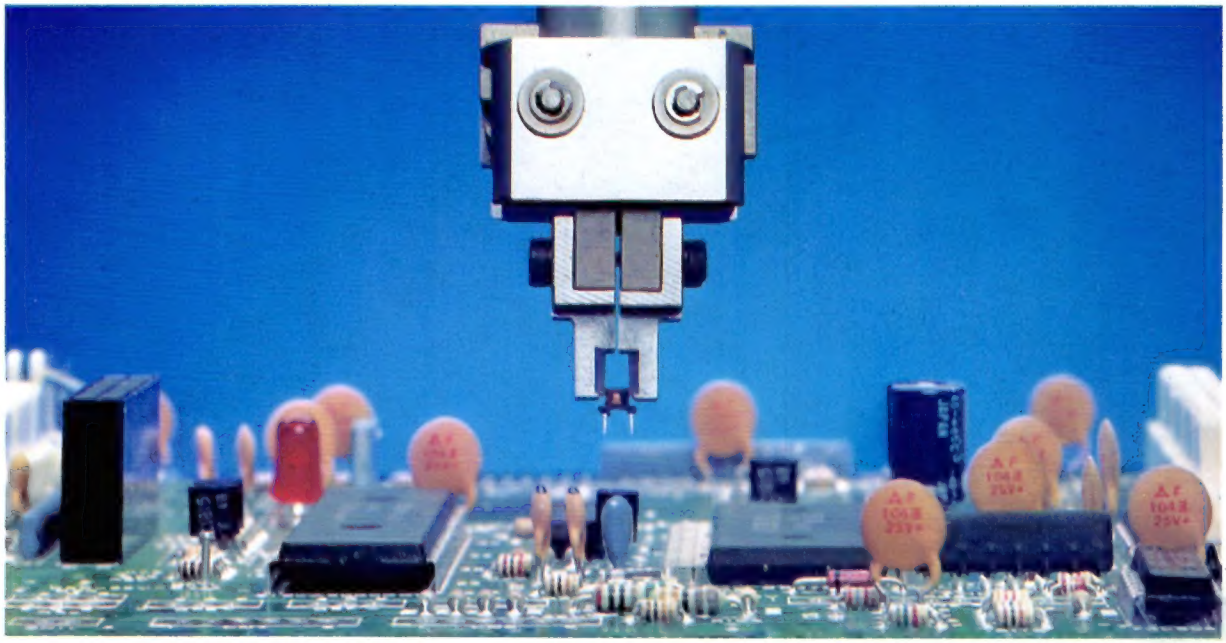
Der SPIEGEL berichtete . . .

. . . in Nr. 53/1987 PANORAMA – AUSCHWITZ ALS VORBILD über einen Aufsatz des Vizepräsidenten des Wehrbereichs VI der Bundeswehr, Rainer Reinhart, in den „Unterrichtsblättern für die Bundeswehrverwaltung". Reinhart nennt darin den „Einsatz von Giftgas zur Massenvernichtung von Juden anstelle der individuellen Hinrichtung auch (einen) Sieg des Wirtschaftlichkeitsprinzips".

Nach der SPIEGEL-Meldung entschuldigte sich Manfred Wörners Parlamentarische Staatssekretärin Agnes Hürland-Büning für die Äußerungen. Gleichzeitig wies das Verteidigungsministerium darauf hin, daß Reinhart nur als Privatmann für die „nicht amtlichen" Unterrichtsblätter geschrieben habe. Deren „Hauptschriftleiter" ist der in der Sozialabteilung des Ministeriums für „Aus- und Fortbildung" zuständige Ministerialdirigent Elmar Fischer; in der „Schriftleitung" steht ihm Michael Streffer zur Seite, Referatsleiter auf der Hardthöhe, der im Februar das Referat „Disziplinarrecht" übernehmen soll – und dann für ein eventuelles Disziplinarverfahren wegen des Aufsatzes zuständig wäre.

EPSON. Der Unterschied.

M.L.&S.



EPSON Drucker werden von EPSON Robotern montiert, die von EPSON Computern kontrolliert werden.

Wir bei EPSON sind besonders stolz auf unsere Mitarbeiter, die gewissenhaft und sorgfältig den hohen Qualitäts-Standard unserer Produkte sichern. Doch es gibt in der Montage von Druckern und Computern Arbeiten, die mehr Präzision erfordern, als man von Menschen verlangen kann. Nicht einmal die auf dem Weltmarkt verfügbaren Roboter sind uns genau und zuverlässig genug. Deshalb entwickeln und bauen wir selbst Fertigungs-Roboter, die sich nicht zuletzt durch ihre besonders rationelle und vielseitige Computer-Steuerung auszeichnen. So wurden wir ganz nebenbei auch für Präzisions-Roboter zu einem bedeutenden Hersteller. Wir nehmen es eben ganz genau, wenn es um Perfektion und Qualität geht. Und diesen Unterschied können Sie an jedem unserer Drucker und Computer erleben. Bei Ihrem EPSON Fachhändler.

PC AX und Laser-Drucker GQ-3500

EPSON

Technologie, die Zeichen setzt.

EPSON Deutschland GmbH · Zülpicher Straße 6 · 4000 Düsseldorf 11 · Telefon 0211/5603-0
Vertriebsbüro Hamburg: Telefon 040/441331-34 · Vertriebsbüro München: Telefon 089/917205-07

Der Bundesgesundheitsminister: Rauchen gefährdet Ihre Gesundheit. Der Rauch einer Zigarette dieser Marke enthält 1,0 mg Nikotin und 14 mg Kondensat (Teer). (Durchschnittswerte nach DIN).